

**Kanton Zürich**

**Konsolidierter Entwicklungs-  
und Finanzplan 2008–2011**

**Entwurf Budget 2008**

Vom Regierungsrat festgelegt  
am 12. September 2007





Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2007

**4439**

**Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2008 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2008-2011 (KEF 2008)**

(vom ... )

*Der Kantonsrat,*

gestützt auf die Art. 66 Abs. 2 und 56 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005, § 3 des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 6. Juni 2005 und § 31 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 2. September 1979 sowie nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2007,

*beschliesst:*

- I. Vom Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2008-2011 (KEF 2008) einschliesslich der Richtlinien der Regierungspolitik (Legislaturziele 2007-2011) wird Kenntnis genommen.
- II. Das Budget für das Rechnungsjahr 2008 wird festgesetzt.
- III. Veröffentlichung im Amtsblatt.





## Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) Entwurf Budget

Inhaltsübersicht	Seite
A Legislaturziele 2007–2011	7–34
B Finanzentwicklung des Kantons Zürich	35–76
C Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei	77–484
D Entwicklungen der Funktionsbereiche	485–508
Anhang 1: Planungen der Behörden und des Ombudsmannes	1-1 bis 1-10
Planungen der Rechtspflege	1-11 bis 1-26
Planungen der Unselbstständigen und Selbstständigen staatlichen Anstalten	1-27 bis 1-50
Anhang 2: Entwurf Budget 2008	2-1 bis 2-10
Anhang 3: Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung des Regierungsrates	3-1 bis 3-12
Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF	4-1 bis 4-4

**Hinweis:**

Der KEF 2008-2011 ist auch im Internet zu finden unter [www.regierungsrat.zh.ch](http://www.regierungsrat.zh.ch)





## Einleitung

### Grundlagen

Der Regierungsrat legt die mehrjährige Planung in der Form eines Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes (KEF) für die Planperiode 2008 – 2011 sowie daraus abgeleitet den Entwurf des Budgets 2008 vor. Der KEF zeigt die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen der Leistungen und Ressourcen auf. Er umfasst einen Planungszeitraum von vier Jahren und wird jährlich im Sinne der rollenden Planung aktualisiert.

### Inhalte und Gliederung des KEF

Der vorliegende KEF gliedert sich in die folgenden Abschnitte:

#### - **A Legislaturziele**

Der Regierungsrat umschreibt in diesem Abschnitt seine Ziele für die Legislaturperiode 2007 - 2011. Diese bleiben während der Legislaturperiode unverändert.

#### - **B Finanzentwicklung des Kantons Zürich**

Dieser Abschnitt zeigt für die Planperiode 2008 - 2011 die finanzielle Entwicklung der Verwaltung, der Behörden und der Rechtspflege insgesamt. Beschrieben wird erstens die Entwicklung des Budgets 2008 gegenüber dem Budget 2007 und zweitens die Entwicklung aller Planjahre im Vergleich zum Budget 2007.

#### - **C Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei**

Jede Direktion und die Staatskanzlei umschreiben in diesem Abschnitt bedeutende Veränderungen gegenüber dem KEF vom Vorjahr (Kapitel 1), ihre Aufgabenschwerpunkte (Kapitel 2), ihre strategischen Ziele (Kapitel 3) sowie die entsprechenden finanziellen Entwicklungen (Kapitel 4). In Kapitel 5 werden die Entwicklungs- und Finanzplanungen nach Leistungsgruppen dargestellt. Der Regierungsrat hat verwaltungswweit 113 Leistungsgruppen festgelegt. Sie enthalten Aussagen über die finanziellen Entwicklungen sowie über die Wirkung/Effektivität, Leistung/Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Im Weiteren sind bedeutende Entwicklungsschwerpunkte aufgeführt, abgestimmt auf die strategischen Ziele der entsprechenden Direktion. Zudem wird auf bedeutende Entwicklungen über den Planungszeitraum hingewiesen. Kapitel 6 enthält die Entwicklungsplanungen der Fonds. Es werden die Entwicklung der einzelnen Finanzierungsgrössen, der steuerbaren finanziellen Grössen und fallweise weiterer bedeutender Grössen sowie die Entwicklung des Fondsbestandes dargestellt. Wo ein Bezug zu einzelnen Leistungsgruppen besteht, wird dieser aufgezeigt. Wenn Leistungen und Zahlungen direkt an Dritte erfolgen, werden zum Teil Aussagen über die Wirkung/Effektivität, Leistung/Effizienz und Wirtschaftlichkeit gemacht. In Kapitel 7 werden bedeutende Projekte, abgestimmt auf die strategischen Ziele der einzelnen Direktionen, dargestellt. Die Projektbeschreibungen enthalten Angaben über die angestrebten Wirkungen und Projektergebnisse sowie über wichtige Meilensteine. Zudem sind der Projektaufwand sowie die zu erwartenden wiederkehrenden finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt aufgeführt.

- **D Planungen der Funktionsbereiche**

In diesem Abschnitt werden bedeutende zukünftige Entwicklungen in Funktionsbereichen sowie deren Auswirkungen auf die Zürcher Verwaltung, die strategischen Ziele des Regierungsrates und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen aufgezeigt. Im vorliegenden KEF sind die Funktionsbereiche Immobilien, Informatik, Personal und Umwelt dargestellt.

- **Anhang 1: Planungen der Behörden und des Ombudsmannes/ Planungen der Rechtspflege/ Planungen der selbstständigen und unselbstständigen staatliche Anstalten**

Im Anhang 1 sind die vom Regierungsrat unverändert übernommenen Planungen der Behörden und des Ombudsmanns sowie der Rechtspflege ausgewiesen. Zudem werden die Planungen der selbstständigen und unselbstständigen staatlichen Anstalten aufgeführt. Die Darstellung erfolgt in Anlehnung an die formale Gestaltung des regierungsrätlichen KEF.

- **Anhang 2: Entwurf Budget 2008**

Im Anhang 2 wird der der Budgetentwurf 2008 zusammengefasst dargestellt für die Gesamtverwaltung, die Direktionen und die Leistungsgruppen.

- **Anhang 3: Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung Regierungsrat**

Im Anhang 3 sind alle dem Regierungsrat überwiesenen Motionen und Postulate aufgelistet. Die Vorstösse werden solange im KEF aufgeführt, bis der Kantonsrat über den regierungsrätlichen Antrag beschlossen hat.

- **Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF**

Im Anhang 4 sind Richtlinien und Konventionen ausgewiesen, auf denen die Planungen für den vorliegenden KEF 2008 - 2011 basieren.

## **Budgetentwurf des Regierungsrates**

Der Erstellungsprozess des KEF und des Budgets hat sich gegenüber dem Vorjahr geändert: Neu wird der Budgetentwurf in den KEF integriert. Damit können Doppelspurigkeiten zwischen KEF und Budgetentwurf beseitigt werden. Der Regierungsrat leitet den KEF dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme und gleichzeitig den Entwurf zum Budget 2008 zur Festlegung weiter.

In den Leistungsgruppen werden für das Budgetjahr 2008 die Budgetkredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie Kredite mit Sperrvermerk gemäss § 28 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) in einem Kästchen hervorgehoben. Die Budgetkredite der Erfolgsrechnung werden als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Die Budgetkredite der Investitionsrechnung umfassen die Investitionsausgaben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Budgetkredite im Kästchen der Leistungsgruppen auf tausend Franken auf- und abgerundet.

Die Budgetkredite 2008 aller Leistungsgruppen werden im Anhang 2, Entwurf Budget 2008, in einer Tabelle zusammen mit den Sperrvermerken frankengenau aufgelistet. Sie sind für den Budgetbeschluss des Kantonsrates massgebend, zusammen mit den Leistungsbeschreibungen der Leistungs-

gruppen im KEF für das Budgetjahr 2008. Diese Tabelle wird nachgeführt, wenn der Regierungsrat Nachträge zum Budget (Novemberbrief) vorlegt und wenn der Kantonsrat mit seinem Budgetbeschluss Änderungen gegenüber dem Budgetentwurf des Regierungsrates festlegt

## **Leseempfehlung**

### **Kanton Zürich**

Wer sich über die Entwicklung der Leistungen und Finanzen des Kantons Zürich insgesamt (Gesamtverwaltung) informieren will, dem ist die Lektüre der Kapitel „A. Legislaturziele“ und „B. Finanzentwicklung des Kantons Zürich“ empfohlen. Weitere Informationen dazu finden Sie im Anhang 3, „Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung Regierungsrat“.

### **Planung in einzelnen Aufgabenbereichen**

Informationen über die Planung in einzelnen Aufgabenbereichen wie Bildung, Gesundheit oder Justiz sind im Entwicklungs- und Finanzplan der zuständigen Direktion im Kapitel „C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei“ aufgeführt. Die Planungen in den Bereichen Informatik, Personal, Immobilien und Umwelt sind im Kapitel „D. Planungen der Funktionsbereiche“ dargestellt.

### **Entwicklungen detailliert**

Wer sich detaillierter über bestimmte Leistungen und finanzielle Entwicklungen informieren will, dem ist das Studium der entsprechenden Leistungsgruppen- und Projektplanungen im Kapitel „C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei“ sowie im Anhang 1, „Planungen der Behörden, der Rechtspflege und der kantonalen Anstalten“, empfohlen.





# Legislaturziele 2007 – 2011



## Legislaturziele des Regierungsrates 2007–2011

### *Innovation und Integration*

Drei Leitlinien und siebzehn Legislaturziele werden die politische Arbeit im Kanton Zürich in den nächsten vier Jahren prägen. Die Festlegung der Schwerpunkte erfolgte auf Grund der Ergebnisse einer breiten Analyse gestützt auf Berichte zu Nachhaltigkeit, Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Standort, Integrations- und Alterspolitik, auf statistische Publikationen und Berichte des Bundes sowie wissenschaftliche Fachliteratur.

Die Lebensqualität im Kanton Zürich ist hoch. Die Magnetwirkung der Zentrumsstädte Zürich und Winterthur auf urbane Menschen ist ungebrochen, aber auch ländliche Gemeinden wachsen stark, ihre Attraktivität für Familien ist dank intakter Natur und hervorragender Verkehrsanbindungen hoch. Die Neuansiedlung zahlreicher Unternehmen zeigt, dass der Kanton Zürich ein begehrter Standort ist. Doch Finanzen und Produktionsmittel, aber zunehmend auch die Arbeitskräfte sind in der globalisierten Welt mobil. Die verschärfte Standortkonkurrenz spüren auch die im Kanton Zürich traditionellen Branchen wie der Finanzplatz oder der mit seiner für die ganze Region hohen Wertschöpfung sehr leistungsfähige Flughafen. Unternehmen im Bereich neuer Technologien führen zunehmend zu Spezialisierungen, die mit grossen Chancen verbunden sind.

Die Situation der öffentlichen Finanzen im Kanton Zürich hat sich dank der guten Wirtschaftslage verbessert. Auf der Einnahmenseite will der Regierungsrat angesichts des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen sorgen. Auf der Ausgabenseite bleibt der Staatshaushalt mit den immer noch steigenden Gesundheits- und Sozialkosten und kommenden Investitionsvorhaben weiter unter Druck.

Die Siedlungsausdehnung in dynamische Gebiete sowie Ansprüche von Unternehmen und der Bevölkerung führen zu Forderungen nach Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und einem leistungsfähigen Strassennetz. Der Regierungsrat nimmt die Zielkonflikte und die unterschiedlichen Interessen ernst und ist sich im Klaren, dass die Erhaltung der Lebensqualität einen nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutz bedingt, der gegenüber dem Siedlungsdruck gebührend gewichtet werden muss.

Die Leitlinien und Ziele der nächsten Legislatur orientieren sich am Gedanken der Nachhaltigkeit mit den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Der Regierungsrat will mit effizienten, innovativen und finanzierbaren Lösungen die Zukunftsfähigkeit des Kantons Zürich sichern.

Die Planungen der Direktionen erfolgen im Rahmen der Legislaturziele des Regierungsrates. Die Anpassung der Direktionsplanungen an die Ziele des Regierungsrates für die neue Legislatur konnte aus zeitlichen Gründen noch nicht vollumfänglich erfolgen. Sie wird im Rahmen der jährlichen Überarbeitung des KEF mit dem KEF 2009–2012 erfolgen.



## Legislaturziele

### **1 Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Zürich stärken**

1. <i>Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglichen und fördern</i>
---

#### **1.1 *In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln***

In einem ersten Schritt erarbeiten die Universitätsspitäler und die Universität jeweils für ihren Betrieb eine Strategie in der hochspezialisierten Medizin. In einem zweiten Schritt werden die erarbeiteten Strategien im Bereich der Dienstleistung unter Leitung der Gesundheitsdirektion, im Bereich der Lehre und Forschung unter der Leitung der Universität aufeinander abgestimmt. In einem dritten Schritt soll auf dieser Grundlage die Festlegung der gesamtkantonalen Strategie durch die Bildungsdirektion und die Gesundheitsdirektion erfolgen.

#### **1.2 *In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren***

Diese laufende, in der kommenden Legislaturperiode jedoch noch zu verstärkende Massnahme beruht auf dem übergeordneten Ziel, die hochspezialisierte Medizin zu stärken, indem die erforderliche, international konkurrenzfähige bauliche Infrastruktur sowie die technische Ausstattung, vor allem im Bereich der medizinischen Kern-disziplinen, bereitgestellt wird. Schlanke, schnelle Entscheidungsprozesse sollen ermöglichen, rasch und zielgerichtet auf spitzenmedizinische Entwicklungen und neue Angebote anderer Leistungserbringer zu reagieren.

#### **1.3 *Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen***

Innovationen sind massgebende Erfolgsfaktoren für eine Volkswirtschaft. Sie erschliessen neue Märkte und können auch bei der mit der Globalisierung einhergehenden Intensivierung des internationalen Wettbewerbs zusätzliches Wachstum schaffen. Die Förderung von innovativen Ideen und Projekten durch einen kantonalen Förderpreis bietet die Chance, die Zukunft des Wissenschaftsstandortes Zürich zu sichern und konsequent weiterzuentwickeln.



#### **1.4 *Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern***

Der Kanton Zürich verfolgt eine kantonale Hochschulstrategie, die es einzelnen Institutionen ermöglicht, thematische Schwerpunkte zu setzen, etwa in den Lebenswissenschaften (Life Sciences), in den Bank- und Finanzwissenschaften, in der Hochschulmedizin und den Gestaltungs- und Kunstdisziplinen Design und Musik. Die Schwerpunktbildung ist in der Entwicklungs- und Finanzplanung von Universität und Zürcher Fachhochschule festgehalten und wird über Staatsbeiträge finanziert.

#### **1.5 *Begabung und Begabte in der Volksschule fördern***

Die individuelle Förderung mit dem Ziel, jedem Kind die bestmögliche Ausbildung zu bieten, steht im Zentrum der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes. Die Begabungs- und Begabtenförderung ist Gegenstand der vom Regierungsrat beschlossenen Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen sowie des darauf gestützten neuen sonderpädagogischen Konzepts. Gestützt darauf findet die Begabungs- und Begabtenförderung im Rahmen des Regelunterrichts und in der integrativen Förderung statt.

#### **1.6 *Zweisprachige Maturitätsausbildung an Mittelschulen weiterentwickeln***

Das Pilotprojekt zur Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen (deutsch/englisch), das 2006 für drei Jahre verlängert und auf drei weitere Pilotschulen ausgeweitet wurde, soll auf der Grundlage einer externen Evaluation weiterentwickelt werden.

### **2. *Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen***

#### **2.1 *Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen***

Im KEF 2008–2011 vom September 2007 sind Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele 2007–2011 nur teilweise enthalten, weil die Finanzplanung im Juli 2007 vor der Festlegung der Legislaturziele des Regierungsrates abgeschlossen werden musste. Der gesetzlich notwendige mittelfristige Haushaltsausgleich und die anzustrebende Verstetigung der Finanzpolitik mit strategischen Handlungsspielräumen erfordern die Beseitigung des strukturellen Defizits. Die Verschuldung soll höchstens für die teilweise Finanzierung von Investitionen in zukunftsweisende Grossprojekte erhöht werden. Zudem wird bei steigenden Steuererträgen eine sinkende Steuerbelastung angestrebt, um interkantonal und international steuerlich konkurrenzfähig zu bleiben. Grundlage für die Finanzstrategie sollen Szenarien für die langfristige Finanzentwicklung sein. Die Finanzstrategie zeigt auf, wie die Ziele mittelfristig erreicht werden sollen. Dazu werden die Finanzmittel festgelegt, die den Aufgabenbereichen sowie der Steuerstrategie zur Verfügung stehen. Der KEF 2009–2012 vom September 2008 wird aufzeigen, wie die Finanzstrategie konkret umgesetzt werden soll.



### 3. *Das Standortmarketing verstärken*

#### 3.1 *Führung der Marke Zürich beanspruchen*

Der Kanton Zürich setzt sich für die Bündelung der Massnahmen des Standortmarketings auf nationaler und interkantonaler Ebene ein. Er führt die Marke Zürich und definiert deren Inhalt. Insbesondere die Bedeutung Zürichs als Wissensstandort und Werkplatz mit höchster Lebensqualität muss stärker kommuniziert werden. Ein neu gebildeter Markenrat unter Einbezug aller massgeblichen Kreise (Standortförderung, Tourismus, Hochschulen, Wirtschaft, Kulturinstitutionen) koordiniert die Massnahmen verbindlich und überwacht deren Wirkung.

#### 3.2 *Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten*

Der zunehmende Standortwettbewerb macht es notwendig, wichtige Indikatoren der Standortqualität systematisch zu erheben, deren Entwicklung national und international zu vergleichen, darüber regelmässig Bericht zu erstatten und aus dem Monitoring Politikempfehlungen abzuleiten. Typische Beispiele solcher Indikatoren der Standortqualität sind die Steuerbelastung juristischer Personen oder die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte mit Tertiärabschluss.

#### 3.3 *Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken*

Vertretungen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Hochschulen wirken zusammen auf eine Stärkung des Finanzplatzes im internationalen Wettbewerb hin (Finanzplatzmonitoring, Stärkung von Bildung und Forschung, Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, internationale Vermarktung).

#### 3.4 *Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern*

Mit gezielten Kommunikationsmassnahmen soll das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die bestehenden Standortvorteile gestärkt werden. Nur wenn sich die (lokale) Bevölkerung über die Vorzüge ihres Standorts bewusst ist und sich mit diesem identifiziert, kann sie als Multiplikator nach Aussen wirken.

#### 3.5 *Infrastruktur an internationalen Schulen stärken*

Der Kanton Zürich fördert die Schaffung internationaler Schulen. Zu diesem Zweck schafft er die Voraussetzungen zur finanziellen Unterstützung von deren Infrastruktur.



### **3.6 Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen**

Neuansiedlungen sollen in Zukunft durch eine direktionsübergreifend koordinierte und damit verbesserte Auskunftsbereitschaft verschiedener Verwaltungseinheiten unterstützt werden.

## **4. Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken**

### **4.1 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen**

Es wird eine Steuerstrategie mit begleitenden Massnahmen erarbeitet. Sie weist folgende Stossrichtungen auf:

- Jährliches Monitoring: Damit die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb laufend überprüft und bei Bedarf Massnahmen ergriffen werden können, richtet das kantonale Steueramt zusammen mit BAK Basel Economics AG ein jährliches Monitoring ein.
- Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Die dafür notwendige Gesetzesänderung soll bei Annahme in der Volksabstimmung ab Steuerperiode 2008 eingeführt werden.
- Auf Grund des Monitorings, der Entwicklung der Steuererträge und der konkreten Gesetzesänderungen konkurrierender Standorte wird neu in einem laufenden Prozess der Handlungsbedarf ermittelt. Zur Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit sind gezielte Massnahmen allgemeinen Steuerentlastungen vorzuziehen. In einer ersten Phase will der Regierungsrat die Attraktivität insbesondere bei den natürlichen Personen steigern. In einer zweiten Phase wird je nach Ausgang der Volksabstimmung über die Unternehmenssteuerreform II des Bundes entschieden, welche Massnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung zu ergreifen sind.

## **5. Die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden verbessern**

### **5.1 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen**

Der Regierungsrat prüft laufend die Mitgliedschaften des Kantons in interkantonalen und internationalen Konferenzen. Wo es die Sache erfordert, sollen auch regionsübergreifende Allianzen mit variabler Geometrie gepflegt werden. Angestrebt wird im Weiteren eine verstärkte institutionelle Zusammenarbeit bzw. die Beziehungspflege zu Nachbarkantonen und Gremien innerhalb der Metropolregion Zürich sowie eine wirkungsvolle Wahrung der Zürcher Interessen im Haus der Kantone.



## **5.2 Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln**

Auf einer Informationsplattform soll ein institutionalisiertes Berichtssystem über die Kontakte und Arbeiten der Direktionen auf Aussenbeziehungs- und Bundesebene eingerichtet werden. Dieses soll gleichzeitig die Früherkennung von bundespolitischen Entwicklungen schon im vorparlamentarischen Verfahren verbessern.

## **5.3 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren**

Um dem Kanton Zürich in Bern mehr politisches Gewicht zu verschaffen, sind die zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier gezielter über Anliegen der zürcherischen Politik und Auswirkungen der Bundespolitik auf den Kanton Zürich zu informieren. Neben einer periodischen Information ist die Einrichtung einer Anlaufstelle beabsichtigt, bei der im Einzelfall aktuelle Auskünfte bezogen werden können.

## **5.4 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen**

Der Kanton Zürich fördert die Schaffung von grenzüberschreitenden Innovationsnetzwerken im Alpenraum und schafft Plattformen zur Stärkung von internationalen Geschäftsbeziehungen mit Baden-Württemberg und anderen Nachbarregionen. Insbesondere verstärkt er die Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation und Jungunternehmerprogramme.

## **5.5 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren**

Die Stiftung Greater Zurich Area wird überprüft und die gemeinsamen Interessen der beteiligten Kantone sollen durch eine verstärkte Abstimmung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit besser wahrgenommen werden.

## **5.6 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten**

Vertreterinnen und Vertreter des Kantons in den verschiedenen Fachgremien sollen in Zukunft vermehrt auch für die Gesamtinteressen des Kantons sensibilisiert werden. Diese Führungsaufgabe soll in den Direktionen unter anderem durch die Auswahl von geeigneten Vertreterinnen und Vertretern wahrgenommen werden. Zudem wird der Informationsaustausch und die Koordination zu «ausserpolitischen» Themen im Koordinationsgremium für Aussenbeziehungen (KAB) verbessert.



6. *Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern*

**6.1 *Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren***

Ein einheitliches Corporate Design nach einem umfassenden Verständnis ist notwendig zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls der Angestellten zum Kanton und damit zur Schaffung einer identitätsstiftenden «Verwaltungskultur», zur Verbesserung der Transparenz staatlicher Leistungen sowie zur Kosteneinsparung. Dieser Prozess muss unterstützt werden durch die Modernisierung des Erscheinungsbildes der Gebäude der Zentralverwaltung (Sitzungszimmer, Eingangs- und Publikumsbereiche).

**6.2 *Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten***

Es wird eine Teilrevision des Lohnsystems durchgeführt mit Überprüfung und Nachführung vereinzelter Richtpositionen sowie Erarbeitung eines flexibleren und verstärkt leistungsorientierten Konzepts der individuellen Lohnentwicklung, verbunden mit der Einführung halber Stufen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve werden unverändert beibehalten.

**6.3 *Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen***

Zur Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber wird ausgehend von den für das Personalmanagement relevanten Trends eine Personalmanagement-Strategie mit folgenden Stossrichtungen erarbeitet und umgesetzt:

- Stärkung der Führung, Personalmanagement wird als zentrale Führungsaufgabe anerkannt und gelebt. Gewinnung, Erhaltung und Motivation der Mitarbeitenden durch professionelle Führung
- Stärkung der Personalentwicklung, gezielte Förderung der Mitarbeitenden zur Bewältigung bestehender und künftiger Aufgaben und gezielte Nachwuchsplanung für Schlüsselpositionen. Förderung von Job-Rotation zwischen den Direktionen und mit Betrieben der Privatwirtschaft
- Stärkung der Personalbereiche, durch Anerkennung des Personalmanagements als zentraler Erfolgsfaktor, durch Personalcontrolling zur Beurteilung und Optimierung des Personalmanagements sowie zur Planung, Evaluation und Qualitätsentwicklung strategischer HR-Projekte
- Stärkung der Marktpositionierung, Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber gegen innen und aussen, Steigerung der Leistungsorientierung durch Anreize im Bereich der Honorierung, marktübliche Anstellungsbedingungen, auch im Lohnbereich.



#### **6.4 Neue Informatikstrategie erarbeiten und umsetzen**

Mit einer neuen Informatikstrategie, die Standards und Architekturen vorgibt, sollen Effizienzsteigerungen sowie Verbesserungen in der Informatikstruktur der kantonalen Verwaltung erreicht werden. Zudem sollen Kompetenzzentren für das Projektmanagement und die Informatiksicherheit aufgebaut werden. Mit allgemein verwendbaren Lösungen für das Dokumentenmanagement soll die mittelfristige Archivierung als Vorarbeit zur Langzeitarchivierung durch das Staatsarchiv standardisiert und ein Workflowmanagement für die elektronische Ausführung von Geschäftsprozessen ausgearbeitet werden.

#### **6.5 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern**

Die Zentralverwaltung ist heute frei zugänglich. Dies ist ein Sicherheitsrisiko (Personenschutz, Diebstähle). Hinzu kommt, dass sich verwaltungsexterne Personen oft in den Gebäuden nicht zurechtfinden. Die Zugänglichkeit der Zentralverwaltung ist deshalb zu überprüfen und anzupassen, wobei eine Zugangskontrolle geschaffen werden soll, die an die jeweilige Bedrohungslage angepasst werden kann.

#### **6.6 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (e-Government)**

Alle Bewilligungsverfahren und der gesamte Amtsverkehr im weiteren Sinn sollen ab spätestens 2011 elektronisch und interaktiv über das Internet abgewickelt werden können. Dazu gehört insbesondere auch die Anbindung von Steuerpflichtigen und Treuhändern an ein Online-Steuerportal (e-taxes).

### **7. Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken**

#### **7.1 Gemeindestrategie erarbeiten**

Der Kanton soll eine einheitliche und klare Haltung gegenüber den Gemeinden einnehmen und für deren Aufgabenerfüllung sichere Rahmenbedingungen schaffen. Die Strategie soll aufzeigen, wie der Kanton im Bereich der Gemeindestrukturen und der interkommunalen Zusammenarbeit Gemeindereformen unterstützen will. Die Gemeinden sollen in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbstständig und kostengünstig zu erfüllen. Starke Gemeinden sind das Fundament eines starken Kantons.

#### **7.2 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren**

Der Finanzausgleich soll dafür sorgen, dass alle Gemeinden über genügend finanzielle Mittel verfügen, um ihre Kernaufgaben mit einem vertretbaren Steuerfuss wahrnehmen zu können. Er soll die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Gemeinden schaffen und negative Anreize für die Anpassung der Gemeindestrukturen an veränderte Verhältnisse beseitigen.



### **7.3 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen**

Jedes Gemeinwesen soll diejenigen Aufgaben wahrnehmen, die es am besten erfüllen kann. Dabei sind insbesondere staatspolitische, gesellschaftliche und ökonomische Kriterien zu berücksichtigen. Die Grundsätze sollen vor allem bei der Rechtsetzung im Bereich der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden angewendet werden und Kriterien für die Beurteilung von Aufgaben- oder Lastenverschiebungen umfassen. Besondere Aufmerksamkeit ist dem späteren Vollzug zu widmen. Die Verantwortung für Entscheidung, Vollzug und Finanzierung soll wenn möglich in eine Hand gelegt werden. Es soll ein Bericht an den Kantonsrat zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erarbeitet werden.

### **7.4 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen**

Mit einer Gebietsreform soll die Gemeindelandschaft gestärkt werden. Es soll eine bessere Übereinstimmung der historisch entstandenen Gemeindegrenzen mit den heutigen Lebensräumen geschaffen werden. Grössere Gemeinden sind besser in der Lage, die immer komplexer werdenden Aufgaben selbstständig zu lösen. Ausserdem sollen neue Zusammenarbeitsmodelle erarbeitet werden, die eine verbindliche und bereichsübergreifende Steuerung der kommunalen Aufgaben erlauben.

### **7.5 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen**

Kantonale Massnahmen mit Auswirkungen auf die Gemeinden sollen durch ein Koordinationsgremium inhaltlich und zeitlich koordiniert werden. Die Gemeinden sind frühzeitig in kantonale Vorhaben mit einzubeziehen.

### **7.6 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern**

Das geltende Gesundheitsgesetz geht von einer gemeinsamen Finanzierung der stationären Grundversorgung, der Pflegeheimversorgung und der Spitexversorgung aus. Im Rahmen der Reform des Zürcher Finanzausgleichs (REFA) wurde ein Modell Szenario Spital 100 erarbeitet, bei dem die Finanzströme entflochten werden. Das Szenario Spital 100 würde dazu führen, dass der Kanton künftig die stationäre Akutversorgung alleine finanziert, wohingegen die Gemeinden für die Pflegeheimfinanzierung zuständig blieben. Eine gemeinsame Finanzierung würde einzig bei der Spitexversorgung beibehalten.



## **2 Natürliche Lebensgrundlagen schützen**

8. *Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern*

### **8.1 *Richtplanvorlage auf Grund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen***

Eine Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde letztmals Anfang der 90er Jahre vorgenommen. Der gesamthaft revidierte Richtplan wurde am 31. Januar 1995 durch den Kantonsrat festgesetzt. Mit der laufenden Gesamtüberprüfung sollen nun die Weichen für die räumliche Entwicklung der nächsten 25 Jahre gestellt werden.

Nicht zuletzt aus Gründen der Verlässlichkeit und Rechtssicherheit soll an den bewährten Festlegungen des kantonalen Richtplans festgehalten und eine Fokussierung auf die wesentlichen Fragen der räumlichen Entwicklung vorgenommen werden. Im Zentrum stehen der Erhalt und die Förderung der hohen Lebensqualität. Deshalb soll die künftige Entwicklung innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets und an gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen erfolgen. Die S-Bahn bildet dabei weiterhin das Rückgrat der Siedlungsentwicklung. Im Bereich öffentliche Bauten und Anlagen ist neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Schliesslich sollen auch die Leitplanken für die nachhaltige Landschaftsentwicklung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

### **8.2 *Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen***

Der Regierungsrat wird 2008 über die grundsätzliche Ausrichtung des Flugplatzes Dübendorf entscheiden. Auf dieser Grundlage soll ihm ein Vorgehenskonzept zur Kenntnis gebracht werden, damit das eigentliche Entwicklungsprojekt unter Einbezug aller massgebenden Stellen 2008 gestartet werden kann.

### **8.3 *Renaturierung von Gewässern fördern***

Mit einer Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes sollen die Grundlagen für eine Förderung der Renaturierung von Gewässern festgelegt werden. Die Renaturierung erfordert die Ausdehnung des jeweiligen Gewässerraums, was raumplanerisch zu sichern ist. Es soll ein kantonales Programm für die Renaturierung von Gewässern erarbeitet werden.



#### **8.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben**

Bis 2009 wird eine Übersicht der belasteten Standorte im Kanton Zürich fertiggestellt sein. Auf dieser Grundlage sollen die vordringlichen Altlastensanierungen auch unabhängig von konkreten Bauprojekten vorangetrieben und so die Nutzung von Industriebrachen ermöglicht werden.

#### **8.5 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung**

Der Kanton Zürich ist der fünftgrösste Agrarkanton der Schweiz. Die Landwirtschaft steht wegen der Handelsliberalisierung im Agrarbereich vor grossen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Regierungsrat im Rahmen des Projektes «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kanton Zürich» klar zu einer produzierenden multifunktionalen Zürcher Landwirtschaft bekannt.

Die Nutzung des Waldes wird mit den steigenden Holzpreisen und einer Verknappung nicht erneuerbarer Energien an Bedeutung gewinnen.

#### **8.6 Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen**

Die am stärksten mit Lärm belasteten Strassenzüge im überbauten Gebiet werden vorrangig entlastet.

Die Massnahmen (Lärmschutzwände, Schallschutzfenster) sollen schneller umgesetzt werden als in der mit dem Bund für die Jahre 2008 bis 2011 abzuschliessenden Programmvereinbarung vorgesehen. Der Kanton wird die Massnahmen vorfinanzieren.

#### **8.7 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten**

Mit einer vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Hoch- und Tiefbauten wird ein Beitrag zur Erhaltung attraktiver Siedlungs- und Landschaftsräume geleistet. In den kommenden Jahren stehen dabei Projekte wie das Polizei- und Justizzentrum (PJZ), die 5. Etappe der Universität Zürich-Irchel, die Entwicklungsplanung Hochschulgebiet Zürich-Zentrum, die laufenden Autobahnausbauten und Hochwasserschutzprojekte entlang der Achse Sihl-Limmat-Zürichsee im Vordergrund.

### **9. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken**

#### **9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss schaffen**

Mit einer Revision des Verkehrsabgabengesetzes soll dem Verursacherprinzip besser Rechnung getragen werden. Dabei ist auf bereits vorhandene Bemessungsgrundlagen abzustellen, die Energieverbrauch und Emissionen stärker berücksichtigen als die heutige Hubraumbesteuerung.



## **9.2 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken**

Harmonisiert mit anderen Kantonen sollen die energetischen Mindestanforderungen an Bauvorhaben ab 2009 verschärft werden. Der zulässige Energieverbrauch pro m<sup>2</sup> Wohnfläche wird dabei um einen Drittel gesenkt. Zudem soll durch verstärkte Information und Motivation der Bevölkerung zum bewussten Umgang mit fossilen Energien der Energieverbrauch gesenkt werden. Minergie und Minergie-P-Standards werden weiterhin gefördert und zudem steuerliche Anreize bei energetischen Gebäudeerneuerungen angestrebt.

## **9.3 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen**

26 kantonale Neu- und Umbauten mit einer Bruttogeschossfläche von 145'000 Quadratmetern erfüllen den Minergie-Standard. Im Sinne der Vorbildfunktion soll die Anzahl Minergie-Bauten kontinuierlich steigen. Dadurch verbessert der Kanton die Energieeffizienz der eigenen Bauten unter gleichzeitiger Verminderung des Bedarfs fossiler Energien.

10. <i>Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen</i>
---

## **10.1 Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen**

Die Förderung beruht heute auf dem Rahmenkredit 2002 bis 2010 (2,5 Mio. Franken jährlich) gestützt auf § 16 des Energiegesetzes. Dieser Rahmenkredit soll bereits 2008 durch einen umfassenderen Rahmenkredit (4 Mio. Franken jährlich) für verstärkte Information der Bevölkerung, Weiterbildung der Baufachleute und Förderung der erneuerbaren Energien sowie energieeffizienter Gebäudeerneuerungen abgelöst werden. Daneben werden die Zielvereinbarungen betreffend Energieeffizienz mit Energie-Grossverbrauchern im Kanton weitergeführt.

## **10.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen**

Mit dem 2008 in Kraft tretenden eidgenössischen Stromversorgungsgesetz wird die Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz eingeführt. Die bisherigen staatlichen Monopole in den Bereichen Stromproduktion und Stromhandel fallen weg. Zur Sicherstellung der zukünftigen Stromversorgung unter veränderten Rahmenbedingungen ist die Eigentümerstrategie des Kantons bezüglich seiner Beteiligungen an EKZ und Axpo anzupassen.



### **10.3 Die Einföhrungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten**

Mit dem eidgenössischen Stromversorgungsgesetz erhalten die Kantone neue Aufgaben. Insbesondere haben sie die Netzgebiete zuzuteilen und die Einföhrung eines Ausgleichsfonds für den Fall unterschiedlicher Netznutzungsgebühren zu prüfen. Das kantonale Energiegesetz, das EKZ-Gesetz sowie der NOK-Gründungsvertrag sind an die neue Gesetzgebung anzupassen.

<h3><b>11. Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen</b></h3>
--

#### **11.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben**

Die Verkehrsinfrastrukturen im Kanton Zürich haben eine weit über die Kantonsgrenzen hinausreichende Bedeutung. Sie sind für den ganzen Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich von grosser Bedeutung, stellen im internationalen Wettbewerb einen wichtigen Standortfaktor dar und sind deshalb für die Bevölkerung aus allen Kantonen und Landesteilen von Nutzen. Es ist deshalb notwendig, dass der Kanton seine Interessen beim Bund – wo geeignet im Verbund mit anderen Kantonen – und bei anderen Kantonen vertritt.

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) übernimmt der Bund grundsätzlich die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Nationalstrassen. Der Kanton Zürich setzt sich dafür ein, dass die im Richtplan festgesetzten Schlüsselvorhaben wie Ausbau Nordumfahrung, Oberlandautobahn, Glattalautobahn, Stadttunnel und Kapazitätsausbau Winterthur vom Bund prioritär behandelt werden. Der Kanton ist bereit, auch nach Umsetzung der NFA die Bauherrschaft für komplexe Projekte zu übernehmen (z.B. Einhausung Schwamendingen, Lärmschutz Grünau).

#### **11.2 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen**

Der Flughafen Zürich ist in Bezug auf die internationale Erreichbarkeit des Wirtschaftsraums Zürich und die hier erzielte Wertschöpfung und Beschäftigung ein bedeutender standortpolitischer Erfolgsfaktor. In den laufenden Prozessen zur Festlegung des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und der Teilrevision des Richtplans Verkehr (Kapitel 4.6.1) sind Lösungen zu suchen, mit denen die Lärmschutzziele erreicht werden, ohne die Drehkreuzfunktion oder die Verkehrsentwicklung des Flughafens unverhältnismässig einzuschränken. Zudem sind mit einer beständigen und langfristigen Bezeichnung der fluglärmbelasteten Gebiete durch die so genannte Abgrenzungslinie die Weichen für die künftige Siedlungsentwicklung in der Flughafenregion zu stellen. Damit werden die Grundlagen für den Erlass des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich gelegt.



### **11.3 *Strategieprozess und Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln***

Die verkehrspolitischen Entscheide sind immer aus der Gesamtsicht des Gesamtverkehrskonzepts zu fällen. Zukünftig sind die verkehrspolitischen Entscheide darüber, welche Vorhaben mit welcher Dringlichkeit und mit welchen finanziellen Ressourcen vorangetrieben werden sollen, im Rahmen des «Strategieprozesses Gesamtverkehr» zu treffen.

### **11.4 *Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen***

Der Kantonsrat hat mit Beschluss zum kantonalen Richtplan festgelegt, welche Verkehrsvorhaben mit welcher Priorität voranzutreiben sind und welche Massnahmen zur Umsetzung ergriffen werden sollen.



### **3 Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren**

#### **12. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern**

##### **12.1 Tagesstrukturen für Kinder im Schulalter gemäss Volksschulgesetz umsetzen und eine gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen**

Mit der Einführung von Blockzeiten und der Gewährleistung einer bedarfsgerechten ausserschulischen Betreuung durch die Gemeinden bis im Schuljahr 2009/10 verbessert das neue Volksschulgesetz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Familien mit Schulkindern im Kanton Zürich. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an ausserfamiliärer Betreuung und Frühförderung für die Kinder im Vorschulalter gewährleisten.

##### **12.2 Fehlanreize im Steuer- und Sozialleistungssystem beseitigen**

Das Zusammenspiel von Beitragsreglementen für familienergänzende Kinderbetreuung (Krippen- und Horttarife), Sozialleistungen und Steuern kann dazu führen, dass eine Einkommenserhöhung zu einer Reduktion der tatsächlich einem Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel führt. Damit liegt ein Fehlanreiz in Bezug auf die Erhöhung des Haushaltseinkommens vor. Eine ungelöste Betreuungssituation führt zudem dazu, dass eine arbeitslose Person kein Erwerbslosengeld beziehen kann, weil sie als nicht vermittlungsfähig gilt. Das Steuer-, Abgaben- und Sozialleistungssystem soll auf solche Fehlanreize in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern untersucht und es sollen Massnahmen zu deren Beseitigung umgesetzt werden.

##### **12.3 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen**

Nach dem geltenden kantonalen Steuergesetz können für jedes weniger als 15 Jahre alte Kind für die Betreuung durch Drittpersonen während der Erwerbstätigkeit der Eltern maximal Fr. 6'000 abgezogen werden. Auf Grund der geltenden Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes des Bundes sind weitere Abzüge nicht möglich. Finanzdirektion und Regierungsrat setzen sich jedoch beim Bund dafür ein, dass weitere Möglichkeiten, wie insbesondere ein allgemeiner Abzug für die Kinderbetreuungskosten, eingeführt werden.



#### **12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren**

Die Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Angestellte des Kantons sollen direktionsübergreifend koordiniert und flächendeckend ausgerichtet werden. Dazu soll eine Projektorganisation errichtet werden. Für die Verwirklichung der familienergänzenden Kinderbetreuung sind folgende Schritte notwendig:

- Erhebung des Bedarfs der kantonalen Angestellten an familienergänzender Kinderbetreuung
- Erarbeiten von Konzepten zu Koordination, Vermittlung und eventuell finanzieller Unterstützung
- Regelung der Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung als Arbeitgeberin durch den Regierungsrat.

#### **12.5 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern**

Es sollen bestehende flexible Arbeitszeitmodelle auf der Grundlage von Jahres- oder Lebensarbeitszeit verstärkt kommuniziert, technische und organisatorische Möglichkeiten zur Heimarbeit geprüft, Konzepte für Teilzeitarbeit auch im Kaderbereich entwickelt und Rahmenbedingungen für Heimarbeit und Teilzeitarbeit festgelegt werden.

#### **12.6 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen**

Folgende Schritte sind notwendig:

- Erarbeiten von Konzepten für eine systematische Laufbahnplanung in direktionsübergreifender Projektgruppe
- Besondere Berücksichtigung von frauenspezifischen Lebensläufen / Frauenförderung
- Festlegung von Standards zur Laufbahnplanung durch den Regierungsrat
- Einführung einer systematischen Laufbahnplanung, Information und Schulung der Führungskräfte.

13. <i>Mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken</i>
---

#### **13.1 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen**

Die Bevölkerung soll regelmässig über die Integrationspolitik, die Chancen und Risiken der Migration, die Fortentwicklung der Integrationsmassnahmen und die Optimierung der Projekte breit und sachlich informiert werden, um Vorurteile ab- und Vertrauen aufzubauen. Die Information ist dabei zielgruppenspezifisch ausgerichtet (Gemeinden, Bevölkerung mit Deutschkenntnissen, Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, Migrantinnen und Migranten und deren Vereine, kantonale Behörden, Integrationsfachleute, Projektanbieter, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Religionsgemeinschaften).



### **13.2 Aktive Integrationsbereitschaft fordern**

Als Gegenstück zur Förderung der Integration soll die aktive Integrationsbereitschaft und -betätigung gefordert werden. Diese Forderung wird klar kommuniziert und mit individuellen Vereinbarungen umgesetzt.

### **13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern**

Als Folge der NFA fallen Einrichtungen für erwachsene invalide Menschen in die alleinige Zuständigkeit der Kantone. Mit dem Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen schafft der Kanton die Voraussetzung, um die soziale Integration der betroffenen Menschen zu gewährleisten.

### **13.4 Leistungsniveau und Bildungschancen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler verbessern**

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (Projekt Qualität in multikulturellen Schulen [QUIMS], Deutsch als Zweitsprache [DAZ]) führen alle Schulen mit hohen Anteilen Fremdsprachiger zur Sicherung der Qualität bis 2010 zusätzliche Angebote und Massnahmen ein. Die Schulen werden dabei finanziell unterstützt. Damit sollen das Leistungsniveau und die Bildungschancen der betroffenen Kinder verbessert werden.

### **13.5 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten**

Die Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist Gegenstand der vom Regierungsrat im Juli 2007 beschlossenen Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen. Das Angebot wird darin neu gestaltet und integrativ ausgerichtet. Kinder mit Lernschwierigkeiten wie auch besonders begabte Schülerinnen und Schüler werden so weit als möglich innerhalb der Regelklasse gefördert. Zur Umsetzung der Verordnung wird ein neues sonderpädagogisches Konzept ausgearbeitet.

### **13.6 Berufliche Grundbildung stärken und Übergang in die Berufsbildung gewährleisten**

Das neue kantonale Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz wird im Herbst 2007 im Kantonsrat beraten. Es ermöglicht die Weiterführung einer aktiven Lehrstellenförderung, die Mitwirkung an der Entwicklung neuer Bildungsangebote, die Förderung von beruflichen Grundbildungen für Schulschwächere (zweijährige Grundbildung mit Attest, fachkundige individuelle Begleitung) und die Verbesserung der Brückenangebote.



### **13.7 Weiterbildungsmassnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fördern**

Der Entwurf zum neuen kantonalen Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass der Kanton berufsorientierte Weiterbildung anbietet und entsprechende Angebote Dritter unterstützen kann. Er kann ferner Angebote zur allgemeinen Weiterbildung unterstützen, wenn diese der Integration von Personen in die Gesellschaft dienen. Gestützt darauf erarbeitet der Kanton ein Weiterbildungskonzept.

<h3><b>14. Die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen fördern</b></h3>
--

#### **14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern**

Das revidierte Sozialhilfegesetz schafft die Voraussetzungen für eine bessere Eingliederung der Hilfesuchenden in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt, indem insbesondere Organe der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Berufsberatung zur Zusammenarbeit verpflichtet werden («Interinstitutionelle Zusammenarbeit»).

#### **14.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen**

Die Kampagnen der Gesundheitsförderung sind auf die Befähigung der Bevölkerung zu einem gesunden Lebensstil auszurichten und in der Umsetzung des Konzeptes für Prävention und Gesundheitsförderung zu berücksichtigen.

<h3><b>15. Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern</b></h3>
--

#### **15.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten**

Der Kanton unterstützt in einem ausgewogenen Verhältnis einerseits die Erhaltung kultureller Traditionen, er fördert aber auch neue Impulse. Sein Engagement beschränkt sich nicht auf Partnerschaften mit etablierten, prestigeträchtigen Institutionen. Es ist vielmehr die Aufgabe des Kantons, das Kulturschaffen vor allem ausserhalb der Zentrumsstädte zu fördern. Mittels gezielter Massnahmen sollen in ländlicheren Regionen und Gemeinden Projekte unterstützt werden, deren Initianten hinsichtlich Finanzierung und Publikumsaufkommen Risiken eingehen müssen. Besonderes Augenmerk gilt der Nachwuchspflege. Voraussetzung für die massgebliche Finanzierung eines Projekts mit überregionaler Bedeutung ist jedoch ein



angemessenes Engagement durch die Standortgemeinde. Regionale Kulturzentren in Landgemeinden sollen mit zweckgebundenen Produktionsmitteln für Projekte von regionalen Kunstschaaffenden und Nachwuchskünstlern ausgestattet werden. Gemeinden, die Strukturen für ein vielfältiges Kulturleben schaffen und erhalten beziehungsweise kulturelle Projekte initiieren, werden verstärkt unterstützt. Damit besteht ein Anreizsystem für kommunale Eigeninitiativen.

16. *Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention*

**16.1 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden**

Veranstaltungen und Örtlichkeiten, an denen scheinbar ungestraft gegen die Rechtsordnung verstossen werden darf, verursachen eine schwere Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls (Ausschreitungen im Umfeld von Sportveranstaltungen, Kundgebungen, Drogen- und Rotlichtmilieu). Mit einer verstärkten polizeilichen Präsenz an solchen Veranstaltungen und Örtlichkeiten kann die Entstehung rechtsfreier Räume verhindert werden. Mit Blick auf die EURO 08 ist die Bekämpfung des «Hooliganismus» besonders wichtig. Das Massnahmenpaket «Langstrasse plus» zielt auf die Betäubungsmittelkriminalität und damit verbundene Auswüchse.

**16.2 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren**

Stärken der föderalistischen Polizeistruktur sind Vertrautheit mit dem Einsatzort und kurze Entscheidungswege. Da Delinquenz nicht an Landes-, Kantons- und Gemeindegrenzen Halt macht, ist eine laufend zu verstärkende Zusammenarbeit unabdingbar. International sind Verbesserungen mit dem Schengener Informationssystem zu erwarten. National von Bedeutung ist das künftige Funksystem «POLYCOM». Innerhalb des Kantons schafft das Polizeiorganisationsgesetz die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien. Die Planung des Polizei- und Justizzentrums bietet die Möglichkeit, die Abläufe zwischen Polizei und Justiz zu verbessern.

**16.3 Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen**

Die Gewaltdelikte nehmen zu, wobei vor allem die Zunahme jugendlicher Gewalttäter auffällt. Der Regierungsrat hat deshalb Schwerpunkte für die Strafverfolgung festgelegt, zu denen unter anderem Gewaltdelikte und Jugendkriminalität gehören.



#### **16.4 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen**

Das neue Strafprozessgesetz des Bundes führt zu Anpassungen in den Kantonen. Dabei wird ein Verfahrensrecht und eine Gerichtsorganisation angestrebt, die den heutigen Anforderungen an eine effiziente und effektive Rechtsdurchsetzung entsprechen, die präventive Wirkung des Rechts verstärken und die objektive und subjektive Sicherheit erhöhen.

#### **16.5 Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken**

Die Rückfall- und Gewaltprävention ist eine Kernaufgabe des Justizvollzuges. Die diesbezüglichen Bemühungen sollen in den Institutionen des Justizvollzuges weiter verstärkt, durch Projekte und Programme – insbesondere auch der Bewährungs- und Vollzugsdienste und des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes – unterstützt und auf ihre Wirkung hin evaluiert werden. Dies betrifft einerseits die Lernprogramme der Bewährungs- und Vollzugsdienste, in denen in der Auseinandersetzung mit der Straftat Änderungen in der Einstellung und im Verhalten angestrebt werden sollen, andererseits aber auch die deliktorientierten Therapien des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes, die Behandlungen für das gesamte Spektrum der seelischen Störungen und Erkrankungen anbieten und darauf hinzielen, die Klienten zu befähigen, in Zukunft rückfallfrei zu leben. Insbesondere sind auch die Umsetzungsmassnahmen nach Art. 59 Abs. 3 StGB zu erwähnen, wonach psychisch schwer gestörte Täter stationär therapeutisch behandelt werden sollen. Ferner wird in den Gefängnissen eine stufengerechte Schulbildung in Form von Lernwerkstätten angestrebt, die den Wiedereintritt in die Gesellschaft erleichtern und die Rückfälligkeit minimieren soll. Für die jugendstrafrechtlichen Sanktionen gemäss neuem Recht (insbesondere Freiheitsentzug und geschlossene Unterbringung) fehlen im Kanton Zürich geeignete Vollzugsplätze. Diese sind durch einen Aus- und Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) zu schaffen.

#### **16.6 Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren**

Ein wichtiges Ziel des jugendstrafrechtlichen Handelns ist es, straffällige Jugendliche vom weiteren Delinquieren abzuhalten. Zwei Gruppen von Jugendlichen stehen dabei im Vordergrund: Jugendliche, die immer wieder delinquieren und Jugendliche, bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie Gewalt anwenden. Die jugendstrafrechtlichen Massnahmen tragen damit, zusammen mit Massnahmen anderer Behörden, dazu bei, das Risiko zukünftiger Gewaltstraftaten zu vermindern.

#### **16.7 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken**

Die Zusammenarbeit im Bereich Gewaltprävention (Jugendgewalt) soll ausgebaut und zwischen den Direktionen verankert werden. Die Massnahmen zur wirksamen Gewaltprävention und -intervention im schulischen Umfeld werden verstärkt.



### **16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten**

Schulsozialarbeit bietet der Schule niederschwellige Unterstützung zur Vermeidung und Bewältigung von Konflikt- und Krisensituationen. Im Rahmen der Jugendhilfe-reform sollen bis 2009 kantonale Empfehlungen zur Schulsozialarbeit erarbeitet und eine kantonale Fachstelle aufgebaut werden.

### **16.9 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten**

Gewaltprävention in der Schule muss möglichst früh ansetzen. Damit sie wirksam sein kann, müssen die Eltern einbezogen werden. Studien zeigen, dass Eltern von Problemkindern vielfach nicht freiwillig an Präventionskursen teilnehmen. Das Volksschul-gesetz regelt die Mitwirkungsrechte und -pflichten der Eltern. Die Verpflichtung zur Kursteilnahme soll in einer neuen Bestimmung geregelt werden.

<h3><b>17. Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsver-sorgung erhalten</b></h3>
--

### **17.1 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren**

Die absehbaren Neuerungen auf Bundesebene (KVG-Revision) müssen in die Planungsprozesse einbezogen werden, damit die Festlegungen bezüglich Versorgungsstruktur, die in den kantonalen Spitallisten und in den Rahmenkontrakten zwischen dem Kanton und den institutionellen Leistungserbringern enthalten sind, aktualisiert und präzisiert werden können. Die Planung der stationären Versorgung soll vermehrt auch die Zusammenhänge von Strukturen einerseits und Kosten und Qualität andererseits einbeziehen.

### **17.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern**

Je nach Leistungsbereich sind innovative und zukunftsgerichtete Entwicklungen zu stärken und mit Pilotprojekten zu validieren; dazu zählen vor allem auch Konzepte der integrierten Versorgung sowie des institutionen- und dienstleisterübergreifenden Fall-managements.



### **17.3 Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren**

Damit medizinische Leistungen qualitativ hochstehend und wirtschaftlich erbracht werden können, müssen sie in einem adäquaten medizinischen Umfeld zusammengefasst und in einer minimalen Häufigkeit (Mindestfallzahl) getätigt werden. Dazu sind ausgewählte medizinische Fachbereiche nach Diagnose- und Behandlungsarten zu analysieren und anschliessend zur Optimierung von Qualität und Wirtschaftlichkeit gegebenenfalls unter den Leistungserbringern neu aufzuteilen.

### **17.4 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren**

Das Sportkonzept des Kantons Zürich und das Schwerpunktprogramm «Bewegung – Ernährung – Entspannung» mit einer breit angelegten Sensibilisierungskampagne zielen auf eine nachhaltige Förderung der Bewegung in breiten Kreisen der Bevölkerung ab. Ab 2008 wird das Schwerpunktprogramm in Anlehnung an die Aktivitäten des Bundes und der nationalen Organisationen auf das Thema «Übergewicht» fokussiert werden. Eine grosse Bedeutung kommt dabei der Bewegungsförderung in der Schule, in der Kinderbetreuung und gemäss Sportkonzept im ganzen Sportbereich zu. Weiter ist vorgesehen, besonders auch die Gemeinden im Bereich von Bewegung und Ernährung für Massnahmen gegen das Gesundheitsrisiko Übergewicht zu sensibilisieren. Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung werden dazu, insbesondere im Schulbereich, Daten erhoben, die für das Monitoring des Übergewichts bedeutsam sind.

### **17.5 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln**

Um die Kostendaten der psychiatrischen Kliniken aussagekräftig auswerten zu können, bedarf es einer Gruppierungsmethodik, nach der die Behandlungsfälle in Gruppen zusammengefasst werden können. Mit Hilfe des zu entwickelnden Fallgruppierungssystems lassen sich verbesserte Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den psychiatrischen Kliniken gewinnen. Die Fallgruppierung ist zudem die Grundlage für ein Benchmarking unter den psychiatrischen Kliniken. Damit wird die Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation geschaffen, was die wirtschaftliche und zweckmässige Leistungserbringung fördert.

### **17.6 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln**

Das leistungsorientierte Abgeltungssystem DRG wird sich in den nächsten Jahren flächendeckend durchsetzen. Mit diesem Wechsel weg von der Objekt- bzw. Kostenfinanzierung hin zu einer Leistungsfinanzierung werden die wettbewerbstypischen Anreize für Leistungserbringer gestärkt, Kosten zu senken beziehungsweise das Preis-Leistungs-Verhältnis zu optimieren.

**Rechtsetzungsprogramm für die Legislaturperiode 2007–2011**

<b>Staatskanzlei</b>	
<i>Publikationsgesetz</i>	Anpassung an Kantonsverfassung und weitere Anpassungen
<i>Gesetz über die Finanzkontrolle</i>	Anpassung an Kantonsverfassung
<b>Direktion der Justiz und des Innern</b>	
<i>Kantonsratsgesetz</i>	Regelung des Einbezugs des Kantonsrates in die Aushandlung von interkantonalen und internationalen Verträgen
<i>Finanzausgleichsgesetz</i>	Mängel des geltenden Systems und strukturerhaltende Wirkung für Gemeindelandschaft erfordern Revision des Finanzausgleichssystems
<i>Gemeindegesezt</i>	Anpassung an Kantonsverfassung sowie an heutige Anforderungen
<i>Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht</i>	Anpassung an neue Kantonsverfassung
<i>Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs</i>	Professionalisierung des Betreibungswesens
<i>Verfahrensrecht und Gerichtsorganisation (Rechtsmittelzug in Verwaltungssachen, Einführungsgesetz Bundesstrafprozessordnung, Einführungsgesetz Bundeszivilprozessordnung, Gerichtsorganisationsgesetz)</i>	Anpassung des kantonalen Verfahrensrechts an die neuen Anforderungen, die die Bundesverfassung, das Bundesgerichtsgesetz (Totalrevision der Bundesrechtspflege), die Bundeszivilprozessordnung, die Bundesstrafprozessordnung und die neue Kantonsverfassung stellen. Entsprechende Neuregelung der Gerichtsorganisation.
<i>Gesetz über die politischen Rechte</i>	Im Bereich der Volksrechte hat die neue Verfassung zu zahlreichen Änderungen geführt, die in der Praxis grösstenteils bereits in Anwendung sind, die nun aber noch auf Gesetzesstufe umgesetzt werden müssen.
<i>Gesetz über die Volkswahl der Mitglieder der Arbeitsgerichte und der Mietgerichte</i>	Neuerlass Vorlage 4430, in der parlamentarischen Beratung
<i>Verordnung Strafmediation</i>	Anpassung an das Gesetz über Änderungen im Strafverfahren.
<i>Verordnung Kirchengesetz</i>	Ausführungserlass zum Kirchengesetz, das vom Kantonsrat am 9. Juli 2007 in 2. Lesung verabschiedet wurde und voraussichtlich auf 1. Januar 2009 in Kraft treten wird (Teilkraftsetzung Abtretung kirchlicher Liegenschaften voraussichtlich auf 1. Januar 2008)
<i>Verordnung Gewaltschutzgesetz</i>	Ausführungserlass zum Gewaltschutzgesetz
<i>Anpassung an Registerharmonisierungsgesetz</i>	Anpassung an die mit dem Registerharmonisierungsgesetz des Bundes veränderten Registervorgaben
<i>Informationsverwaltungsverordnung</i>	Anpassung an § 5 Abs. 4 des Informations- und Datenschutzgesetzes



<i>Verordnung über die Gebühren- und Kostenansätze der Strafverfolgungsbehörden</i>	Anpassung auf Grund der neuen Verordnung des Obergerichts über die Gerichtsgebühren
---	---

<b>Sicherheitsdirektion</b>	
<i>Polizeigesetz</i>	Neuerlass, Vorlage 4330, Referendumsabstimmung bevorstehend
<i>Bevölkerungsschutzgesetz</i>	Neuerlass, Vorlage 4403, in der parlamentarischen Beratung
<i>Gesetz über das Halten von Hunden</i>	Totalrevision, Vorlage 4402 betreffend Hundegesetz, in der parlamentarischen Beratung
<i>Verkehrsabgabengesetz</i>	Teilrevision im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzepts durch die Volkswirtschaftsdirektion
<i>Einführungsgesetz AHVG/IVG</i>	Teilrevision als Folge der NFA, Vorlage 4395, in der parlamentarischen Beratung
<i>Zusatzleistungsgesetz</i>	Teilrevision als Folge der NFA, Vorlage 4396, in der parlamentarischen Beratung
<i>Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer</i>	Totalrevision aufgrund Bundesrecht, Ablösung durch Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen, in Vernehmlassung
<i>Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen</i>	Neuerlass als Folge der NFA, Vorlage 4394, in der parlamentarischen Beratung
<i>Verordnung über den Vollzug von Nichteintretensentscheiden im Asylverfahren</i>	Totalrevision namentlich zufolge geänderten Bundesrechts
<i>Verordnung über den Schweizer Pass und die Identitätskarte</i>	Teilrevision unter anderem im Zusammenhang mit der durch den Bund gestützt auf internationales Recht vorgegebenen Einführung biometrischer Ausweispapiere
<i>Verordnung über die zivile Kriegsorganisation des Kantons</i>	Totalrevision, neue Verordnung über die Führung in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen gestützt auf das Bevölkerungsschutzgesetz
<i>Verordnung über den Vollzug der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht</i>	Totalrevision namentlich zufolge geänderten Bundesrechts
<i>Verordnung über das kantonalrechtliche Ordnungsbussenverfahren</i>	Teilrevision zur Anpassung an geänderte Gesetzeserlasse
<i>Kantonale Verordnung über den Zivilschutz</i>	Totalrevision gestützt auf das neue Zivilschutzgesetz
<i>Verordnung zum Polizeigesetz</i>	Neuerlass gestützt auf das Polizeigesetz
<i>Verordnung über das Polizei-Informationssystem POLIS</i>	Teilrevision in Erfüllung parlamentarischer Vorstösse
<i>Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition</i>	Teilrevision zur Anpassung an die gestützt auf internationales Recht erfolgte Änderung der Waffengesetzgebung des Bundes
<i>Verordnung zum Gesetz über das Halten von Hunden</i>	Totalrevision gestützt auf das neue Hundegesetz
<i>Verkehrsabgabenverordnung</i>	Teilrevision gestützt auf das geänderte Verkehrsabgabengesetz



<i>Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</i>	Teilrevision als Folge der kantonalen Gesetzgebung zur NFA
<i>Vollziehungsverordnung zum Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer</i>	Totalrevision gestützt auf das neue Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen
<i>Verordnung zum Sozialhilfegesetz</i>	Teilrevision als Folge der kantonalen Gesetzgebung zur NFA
<i>Verordnung zum Gesetz über die Beitragsleistungen des Staates für Altersheime sowie Heime, Eingliederungsstätten und Werkstätten für Invalide</i>	Teilrevision als Folge der kantonalen Gesetzgebung zur NFA

<b>Finanzdirektion</b>	
<i>Gesetz über die Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behörden und Beamten (Haftungsgesetz)</i>	Anpassung an Kantonsverfassung, Vorlage 4416 in der parlamentarischen Beratung
<i>Steuergesetz (StG) Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz (ESchG)</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anpassung der Rechtsmittel an Art. 29a BV, Bundesgerichtsgesetz (BGG) und die neue KV (Federführung liegt bei der Direktion der Justiz und des Innern)</li> <li>- Anpassung an das im Unternehmenssteuerreformgesetz II geänderte Steuerharmonisierungsgesetz, vorbehältlich der Annahme dieses Bundesgesetzes in der Volksabstimmung vom 24. Februar 2008</li> <li>- Eventuell Änderungen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Kantons im Steuerwettbewerb</li> </ul>
<i>Verordnung über die Notariats- und Grundbuchgebühren (Notariatsgebührenverordnung)</i>	Verschiedene Änderungen im materiellen Recht (insbesondere Fusionsgesetz und Gesetz über die eingetragene Partnerschaft)
<i>Rechnungslegungsverordnung</i>	Neuerlass gestützt auf Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG), Teilgenehmigung, Vorlage 4432 in der parlamentarischen Beratung
<i>Finanzcontrollingverordnung</i>	Neuerlass gestützt auf Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)
<i>Verordnung zum Steuergesetz</i>	Anpassung an die neue Bestimmung des Steuergesetzes zum vereinfachten Abrechnungsverfahren gemäss Schwarzarbeitsgesetz
<i>Personalverordnung</i>	Verschiedene Aktualisierungen des Personalrechts
<i>Vollzugsverordnung zum Personalgesetz</i>	Verschiedene Aktualisierungen des Personalrechts

<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>	
<i>Verkehrsabgabengesetz</i>	Schaffung einer verursachergerechten Verkehrsabgabe auf der Grundlage des Gesamtverkehrskonzeptes
<i>Strassengesetz</i>	Neugestaltung der politisch-strategischen Steuerung des Strassenverkehrs auf der Grundlage des Gesamtverkehrskonzeptes



<i>Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr</i>	Anpassung an Erlasse des Bundes im Rahmen der Bahnreform 2
<i>Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz</i>	Anpassung an NFA, Vorlage 4393, in der parlamentarischen Beratung
<i>Strassenbeitragsverordnung</i>	Streichung des Finanzkraftindex als Bemessungsgrundlage für Staatsbeiträge in §§ 2 und 8 in Anpassung an den neuen kantonalen Finanzausgleich
<i>Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz</i>	Anpassung an das geänderte Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz
<i>Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung</i>	Das Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) beauftragte die Kantone, ihre organisationsrechtlichen Erlasse im Bereich der Wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) zu überprüfen und gegebenenfalls an die bundesrechtliche Neuorientierung anzupassen.

<b>Gesundheitsdirektion</b>	
<i>Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962 und Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007</i>	Neuregelung der Finanzierung und Steuerung der Institutionen des Gesundheitswesens im Zusammenhang mit der Reform des kantonalen Finanzausgleiches
<i>Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962 und Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007</i>	Anpassung an laufende KVG-Revision im Bereich der Spital- und der Pflegefinanzierung
<i>Gesetz über das Universitätsspital Zürich und Gesetz über das Kantonsspital Winterthur</i>	Anpassung an das Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare, Vorlagen 4437 und 4436 in der parlamentarischen Beratung
<i>Ausführungsverordnungen zum Gesetz über das Gesundheitswesen</i>	Die neuen Regelungen des Gesundheitsgesetzes erfordern Anpassungen verschiedener Ausführungsverordnungen zum bisherigen Gesetz über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962.
<i>Verordnung über die Berufe im Gesundheitswesen</i>	Die im Medizinalberufegesetz statuierten Regelungen bezüglich Berufsausübung der Fachpersonen im Bereich der Humanmedizin, der Zahnmedizin, der Chiropraktik, der Pharmazie und der Veterinärmedizin erfordern Anpassungen der Verordnungen über die Berufe im Gesundheitswesen.
<i>Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung</i>	Die Revision des Epidemiengesetzes, mit der den veränderten Lebensumständen wie zum Beispiel der erhöhten individuellen Mobilität und einem damit einhergehenden substanziell erhöhten Ausbreitungspotenzial von Infektionskrankheiten Rechnung getragen werden soll, wird eine Anpassung der kantonalen Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung vom 19. März 1975 erfordern und je nach definitiver Ausgestaltung der bundesrechtlichen Bestimmungen auch auf Stufe des Gesundheitsgesetzes vom 2. April 2007 Änderungen erfordern.

<b>Bildungsdirektion</b>	
<i>Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung</i>	Vorlage 4351 in der parlamentarischen Beratung



<i>Gesetz über das Zentrum für Gehör und Sprache</i>	Vorlage 4380 in der parlamentarischen Beratung
<i>Volksschulgesetz</i>	Anpassungen in den Bereichen Bedarfsplanung Sonderschulung, Elternpflichten und Frühförderung
<i>Gesetz über die Jugendhilfe</i>	Anpassungen in den Bereichen Schulsozialarbeit, ausserfamiliäre Betreuung und regionale Strukturen
<i>Verordnungen zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung</i>	Ausführungserlasse zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung
<i>Verordnungen zum Fachhochschulgesetz</i>	Ausführungserlasse zum Fachhochschulgesetz
<i>Verordnungen zum Volksschulgesetz</i>	Ausführungserlasse zum neuen Volksschulgesetz

<b>Baudirektion</b>	
<i>Waldgesetz</i>	Anpassung an revidiertes Bundesrecht
<i>Kantonales Geoinformationsgesetz/Anpassung der Verordnungen zu Amtliche Vermessung, GIS und Datenlogistik</i>	Anpassung an Bundesrecht
<i>Wasserwirtschaftsgesetz</i>	Renaturierung von Gewässern inkl. Raumsicherung für Gewässer; Umsetzung Art. 105 Abs. 3 Satz 2 KV.
<i>EKZ-Gesetz</i>	Anpassung an Vorgaben des eidg. Stromversorgungsgesetzes
<i>Energiegesetz</i>	Anpassung an Vorgaben des eidg. Stromversorgungsgesetzes
<i>Planungs- und Baugesetz PBG</i>	Teilrevisionen in vier Bereichen: Verfahren und Rechtsschutz; Parkierungsregelung und publikumsintensive Einrichtungen; behindertengerechtes Bauen; private Kontrolle.
<i>NOK-Gründungsvertrag (KR-Beschluss betreffend Beteiligung Kt. ZH beim Erwerb der Kraftwerke Beznau-Löntschi durch Übernahme von 38% oder 13'680 Stück der Aktien dieser Gesellschaft vom 6. Juli 1914)</i>	Anpassung an Vorgaben des eidg. Stromversorgungsgesetzes
<i>Verordnung über den Rebbau</i>	Änderungen der Bundesgesetzgebung bezüglich Ursprungsbezeichnungen
<i>Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung</i>	Anpassung an die Revision der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundes
<i>Gesamtes Bauordnungsrecht</i>	Die Revision des Bauordnungsrechts soll den Beitritt zur IVHB ermöglichen. Sie zieht eine Totalrevision der kommunalen Bauordnungen nach sich.





# Finanzentwicklung des Kantons Zürich





## Finanzentwicklung des Kantons Zürich

§ 31 des Finanzhaushaltsgesetzes verpflichtet den Regierungsrat, auf den Zeitpunkt der Festsetzung des Steuerfusses einen Finanzplan vorzulegen. Dieser enthält für zwei Steuerfussperioden bzw. vier Planjahre

- einen Überblick über Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung,
- eine Übersicht über die Investitionen,
- eine Schätzung des Finanzbedarfs und dessen Finanzierung,
- eine Übersicht über die Entwicklung des Vermögens und der Schulden.

Auf Grund von § 35 lit. a des Finanzhaushaltsgesetzes unterbreitet der Regierungsrat dem Kantonsrat den Entwurf zum Budget des nächsten Jahres.

### Inhaltsverzeichnis:

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres
  - 1.1 Strukturelle Veränderungen
  - 1.2 Änderungen in der Rechnungslegung
  - 1.3 Weitere Änderungen
  - 1.4 Wesentliche finanzielle Veränderungen zum KEF Vorjahr
2. Eckwerte des Staatshaushaltes
  - 2.1 Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital
  - 2.2 Verschuldung
3. Erfolgsrechnung
  - 3.1 Aufwand und Ertrag
  - 3.2 Steuern
  - 3.3 Saldo Erfolgsrechnung der Direktionen
4. Investitionsrechnung
5. Fonds
6. Staats- und Steuerquote
7. Entlastungsprogramme des Kantons (Sanierungsprogramm 04/ Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06/ Entlastungsprogramm E08)
8. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)
9. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden
10. Finanzpolitische Beurteilung

### Anhänge:

- I. Wirtschaftliche Entwicklung und Planungsgrundlagen
- II. Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt
- III. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen
- IV. Investitionsrechnung nach Sachgruppen
- V. Finanzielle Entwicklung nach Direktionen
- VI. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten
- VII. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich



## **1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**

### **1.1 Strukturelle Veränderungen**

Die Begriffe im KEF 2008-2011 richten sich neu nach den Begriffen im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG), das am 9. Januar 2006 vom Kantonsrat verabschiedet wurde. Das heisst, der „Voranschlag“ wird neu als „Budget“ bezeichnet und die „Laufende Rechnung“ als „Erfolgsrechnung“.

Der Erstellungsprozess des KEF und des Budgets hat sich gegenüber dem Vorjahr geändert: Neu wird der Budgetentwurf in den KEF integriert. Damit können Doppelspurigkeiten zwischen KEF und Budgetentwurf beseitigt werden. Die Beschlussgegenstände des Budgets 2008 werden im KEF speziell hervorgehoben. Der Regierungsrat leitet den KEF dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme und gleichzeitig den Entwurf zum Budget 2008 zur Festlegung weiter.

Mit dem neuen Informations- und Datenschutzgesetz wird der Datenschutzbeauftragte administrativ der Geschäftsleitung des Kantonsrates zugeordnet. Die Leistungsgruppe Nr. 2231, Datenschutzbeauftragter, wird daher aus der Direktion der Justiz und des Innern ausgegliedert und mit der neuen Leistungsgruppennummer 9071 im Anhang 1 des KEF dargestellt. Weitere kleinere strukturelle Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr werden in den einzelnen Direktionsplanungen im Kapitel C detaillierter beschrieben.

### **1.2 Änderungen in der Rechnungslegung**

Der Kantonsrat hat das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) am 9. Januar 2006 verabschiedet. Im Dezember 2006 hat der Regierungsrat entschieden, die Einführung der neuen Rechnungslegung und damit die Inkraftsetzung des CRG auf 2009 zu verschieben. Aus diesem Grund werden der KEF 2008-2011 und das Budget 2008 nach den bisherigen Grundsätzen im Finanzhaushaltsgesetz (FHG) erstellt.

Gegenüber dem KEF Vorjahr wurden in der Rechnungslegung somit keine wesentlichen Änderungen vorgenommen.

### **1.3 Weitere Änderungen**

Das Rechnungsergebnis 2006 ist über Erwarten gut ausgefallen. Die Erfolgsrechnung 2006 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 115 Mio. Franken ab, was einer Verbesserung von 516 Mio. Franken gegenüber dem Budget entspricht. Von dieser Verbesserung sind 61 Mio. Franken auf höhere Steuererträge zurückzuführen. Verschlechterungen bei den Staatssteuern (einschliesslich Quellensteuern) werden durch Verbesserungen bei den Direkten Bundessteuern überkompensiert.

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Entlastungsprogramms E08 entschieden, dass zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Laufenden Rechnung 2003-2010 die Finanzplanung der Jahre 2007-2010 gesamthaft um 510 Mio. Franken bzw. rund 125 Mio. Franken pro Jahr entlastet werden soll. Die Ergebnisse aus E08 für die Jahre 2008-2010 sind in den KEF 2008-2011 eingeflossen.



Im KEF Vorjahr wurde bei den Staatssteuererträgen für das Jahr 2007 von einem Steuerfuss von 100% ausgegangen, für die Jahre 2008-2010 von einem solchen von 105%. Nachdem die Rechnung 2006 über eine halbe Milliarde Franken besser abgeschlossen hat als budgetiert und die Direktionen für die Jahre 2007-2010 Entlastungen von 510 Mio. Franken gemeldet haben, hat sich die Ausgangslage für den Entscheid über den Steuerfuss 2008/2009 verändert. Wegen des zunehmenden Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen ist es vorteilhaft, auf eine Erhöhung des Steuerfusses verzichten zu können. Der Regierungsrat geht für den KEF 2008-2011 deshalb von einem gleich bleibenden Steuerfuss von 100% über die ganze Planperiode aus.

Die Planung der Hochbauinvestitionen erfolgte erstmals nach den Vorgaben der Immobilienverordnung (ImV). Neben den Projekten in Realisierung sind nur Projekte in die Investitionsplanung aufgenommen worden, für die eine Nutzwertanalyse und eine darauf basierende Priorisierung gemäss Standardprozess ImV durchgeführt werden konnte. Dies hat zu einer Verminderung der geplanten Investitionen geführt.

Neu kann der Kantonsrat aufgrund von § 13 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) beschliessen. Zu diesem Zweck hat der Regierungsrat eine Teilkraftsetzung des CRG auf den 1. Oktober 2007 beschlossen.

#### 1.4 Wesentliche finanzielle Veränderungen zum KEF Vorjahr

Tabelle 1: Veränderung Saldo Erfolgsrechnung und Nettoinvestitionen zum KEF Vorjahr vom 13. September 2006

in Mio. Franken, + Verbesserung; - Verschlechterung	Veränderungen KEF zu KEF Stand 13.9.2006 (KEF Vorjahr)	
	Saldo Erfolgsrechnung 08-10 (kum.) <sup>1)</sup>	Nettoinvestitionen 08-10 (kum.) <sup>1)</sup>
<b>Veränderung Total</b>	<b>+342</b>	<b>+78</b>
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-67	-1
- Justiz und Inneres	+18	-5
- Sicherheit	-121	-4
- Finanzen	+192	-26
- Volkswirtschaft	+21	+65
- Gesundheit	+234	-17
- Bildung	+11	+55
- Bau	+57	+28
- Behörden	-1	-1
- Rechtspflege	-2	-17

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

<sup>1)</sup> Abweichungen der Jahre 2008-2010 zusammengezählt.

Der Saldo der Erfolgsrechnung in den Jahren 2008-2010 verbessert sich im Vergleich zum KEF Vorjahr um insgesamt 342 Mio. Franken. Wichtigste Ursachen:

- 67 Staatskanzlei
  - 38 Verbesserungen aus Massnahmen Informatik und ZERZE im San04 und MH06 fallen nicht in der Staatskanzlei, sondern bei den Direktionen an.
  - 19 Verbesserungen aus Massnahme Beschaffungswesen im MH06 tiefer eingeschätzt.
  - 6 Verbesserungen aus Massnahme Raumdisposition im San04 fallen später an.
  - 4 Übrige Abweichungen.
- 121 Sicherheit
  - 86 Sozialamt, vor allem Mehraufwand für vorläufig aufgenommene Personen wegen Zuständigkeitswechsel vom Bund zum Kanton (Asylgesetzrevision), Mehraufwand für Kinderzulagen zu Gunsten Nichterwerbstätiger und höhere einmalige Restzahlung an die IV im Jahr 2008 (NFA).
  - 45 Vor allem höherer Personalaufwand bei der Kantonspolizei wegen höheren Aspirantenzahlen zur Annäherung an den Korps-Sollbestand, Teuerungsausgleich, Beförderungen und Stufenaufstieg.
  - +10 Übrige Abweichungen.
- +192 Finanzen
  - 514 Tiefere Steuererträge wegen des Verzichts auf die Steuerfusserhöhung um 5% ab 2008. Die entsprechenden Verschlechterungen wurden durch höhere Steuerprognosen teilweise kompensiert.
  - +290 Höhere Vermögenserträge, insbesondere wegen des ZKB-Gewinnanteils und höheren Zinseinnahmen.
  - +214 Höherer Ertrag aus Anteilen an Direkten Bundessteuern und Verrechnungssteuern.
  - +102 Verbesserung beim interkantonalen Lastenausgleich nach definitiver Berechnung des Ressourcenausgleichs.
  - +79 Es wird angenommen, dass die eingestellten Investitionsbudget 2007-2011 nur zu 85% ausgeschöpft werden. Der errechnete Minderaufwand für Abschreibungen ist zentral in der Finanzdirektion eingestellt.
  - +21 Übrige Abweichungen
- +234 Gesundheit
  - +188 Verbesserungen in der somatischen Akutversorgung (Minderaufwand als Folge der Verschiebung der KVG-Revision um ein Jahr ins 2009, Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, gegenläufig Mehraufwand für Löhne und Sachkosten).



- +28 Verbesserungen bei den Beiträgen für die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
- +18 Übrige Abweichungen.
- +57 Bau
  - Vor allem Verringerung des baulichen und betrieblichen Unterhalts für die Nationalstrassen sowie weniger Kapitalkosten aufgrund von Verschiebungen im Projekt Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich (PJZ).
- +47 Übrige Abweichungen (vgl. Abweichungsbegründungen in den Direktionsplanungen)

Die Nettoinvestitionen 2008-2010 liegen um insgesamt 78 Mio. Franken unter dem KEF Vorjahr. Wichtigste Ursachen:

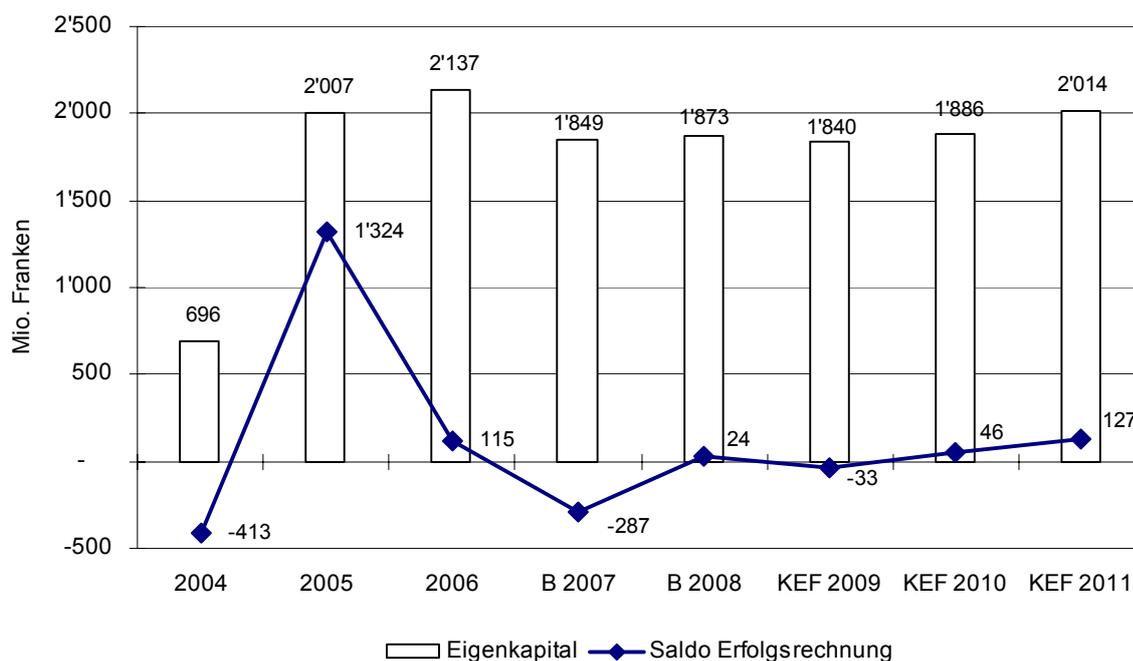
- 26 Finanzen
  - Neu wurde ein Darlehen von 20 Mio. für die MCH Messe Schweiz (Holding) AG im Jahr 2009 in die Planung eingestellt.
- +65 Volkswirtschaft
  - +133 Weniger Investitionen in den Nationalstrassenbau als Folge der NFA.
  - 67 Für 2007 geplante Investitionen im Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs fallen erst in späteren Planjahren an.
  - 1 Übrige Abweichungen.
- +55 Bildung
  - Die Investitionsplanung erfolgte dieses Jahr erstmals nach den Vorgaben der Immobilienverordnung. Wegen der neuen Priorisierung wurden deshalb weniger Investitionen bei den Hochbauten und Darlehen in die Planung eingestellt.
- 17 Übrige Abweichungen (vgl. Abweichungsbegründungen in den Direktionsplanungen)

## 2. Eckwerte des Staatshaushaltes

### 2.1 Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Saldos der Erfolgsrechnung sowie des Eigenkapitals der acht Jahre 2004-2011, die für den mittelfristigen Haushaltsausgleich massgebend sind.

Abbildung 1: Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital 2004-2011



Nach einem budgetierten Aufwandüberschuss von 287 Mio. Franken im 2007 wird für die Planjahre 2008, 2010 und 2011 wieder mit Ertragsüberschüssen gerechnet. 2009 muss ein Aufwandüberschuss ausgewiesen werden, weil insbesondere die KVG-Revision den Staatshaushalt stark belastet. Der mittelfristige Ausgleich wird mit einem kumulierten Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung 2004-2011 von 903 Mio. Franken oder durchschnittlich 113 Mio. Franken pro Jahr erreicht. Ohne Berücksichtigung des einmaligen Erlöses von 1,6 Mrd. Franken aus überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im 2005 würde sich jedoch ein kumulierter Aufwandüberschuss von 700 Mio. Franken ergeben. Bei der Beurteilung des mittelfristigen Ausgleichs ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass die Rechnung für das laufende Jahr 2007 gemäss den Schätzungen der Direktionen im Zwischenbericht per Ende April 2007 voraussichtlich um rund 300 Mio. Franken besser ausfallen wird als budgetiert.

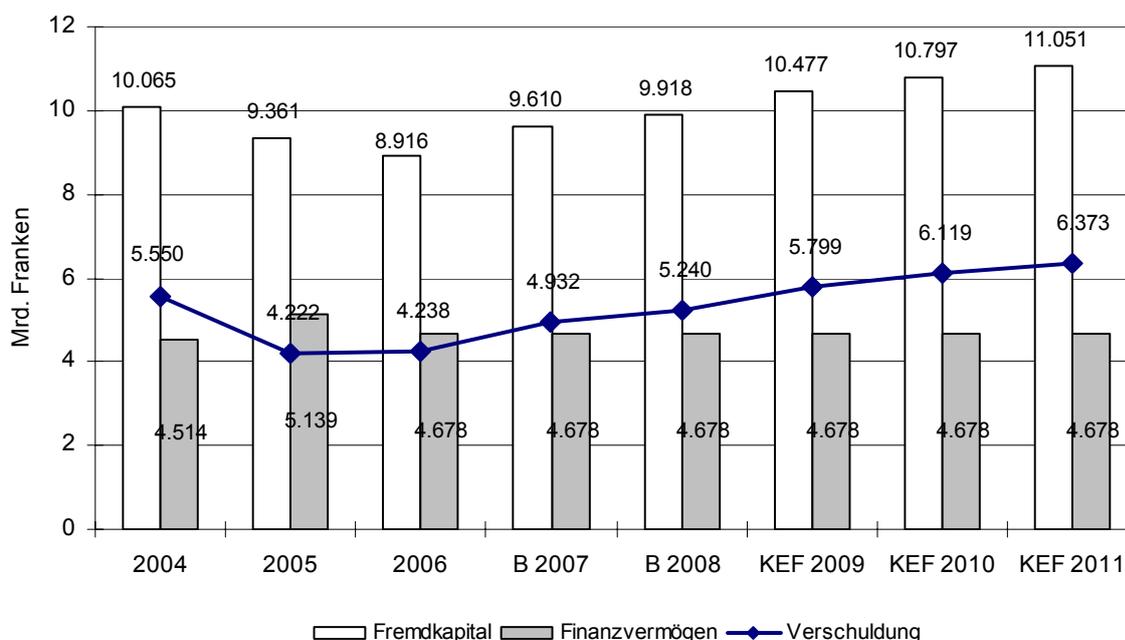
Grössere Aufwandüberschüsse in den Planjahren konnten mit dem Entlastungsprogramm E08 verhindert werden. Es hat die Finanzplanung für die Jahre 2007-2010 im Vergleich zum KEF Vorjahr gesamthaft um 510 Mio. Franken bzw. rund 125 Mio. Franken pro Jahr entlastet. Die Ergebnisse von E08 für die Jahre 2008-2010 sind in die vorliegende Planung eingeflossen. Negativ wirkt sich in allen Planjahren die jährliche Mehrbelastung aus dem neuen Bundesfinanzausgleich NFA von rund 48 Mio. Franken (2008 zusätzlich einmalige Restzahlung an die IV von 111 Mio. Franken) in der Erfolgsrechnung aus.

Dank des einmaligen Golderlöses konnte 2005 und 2006 ein Eigenkapital ausgewiesen werden, wie es seit dem Beginn der grossen Rezession in den Neunzigerjahren nicht mehr erreicht wurde. Mit der vorliegenden Planung kann das Eigenkapital 2011 auf dem Niveau Ende 2005 von 2 Mrd. Franken gehalten werden. Wenn die Rechnung 2007 rund 300 Mio. Franken besser abschliesst, wie im Zwischenbericht per Ende April 2007 erwartet, so würde das Eigenkapital Ende 2011 rund 2.3 Mrd. Franken betragen.

## 2.2 Verschuldung

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung in den acht Jahren von 2004 bis 2011.

Abbildung 2: Fremdkapital, Finanzvermögen und Verschuldung 2004-2011



Annahmen: Finanzvermögen ab 2006 konstant.

Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung ist vom Fremdkapital das Finanzvermögen abzuziehen, das aus jenen Vermögenswerten besteht, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Dank des einmaligen Golderlöses konnte die Verschuldung Ende 2005 auf 4,2 Mrd. Franken abgebaut werden. Im Vergleich dazu blieb die Verschuldung 2006 praktisch konstant. Als Folge der hohen Nettoinvestitionen und der bescheidenen Selbstfinanzierung steigt die Verschuldung in der Planperiode 2008-2011 insgesamt um rund 1,4 Mrd. Franken oder 30% auf 6,3 Mrd. Franken. Wegen des voraussichtlich besseren Ergebnisses 2007 kann eine um rund 300 Mio. Franken geringere Verschuldung von 6 Mrd. Franken erwartet werden.



Tabelle 2: Veränderung Verschuldung 2008-2011

in Mio. Franken - Mittelbedarf, + Finanzierung	Planungsperiode 2008-2011 (kum.)					ungedeckter Mittelbedarf <sup>3)</sup>
	Mittelbedarf Erfolgsrechnung <sup>1)</sup>	Mittelbedarf Investitionsrechnung <sup>2)</sup>	Mittelbedarf Total	Finanzierung Total		
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-11	-1	-12			
- Justiz und Inneres	-2'281	-59	-2'340			
- Sicherheit	-3'739	-196	-3'935			
- Finanzen, ohne Steuern	-203	-100	-303			
- Finanzen, Steuern				24'133		
- Volkswirtschaft	-434	-1'396	-1'830			
- Gesundheit	-4'801	-623	-5'423			
- Bildung	-8'875	-921	-9'796			
- Bauten	-651	-659	-1'310			
- Behörden u. Rechtspflege	-524	-97	-622			
<b>Total</b>	<b>-21'520</b>	<b>-4'052</b>	<b>-25'572</b>	<b>24'133</b>		<b>-1'439</b>

<sup>1)</sup> Mittelbedarf Erfolgsrechnung = Saldo Erfolgsrechnung plus Abschreibungen des Verwaltungsvermögens und Einlagen in Bilanz abzüglich Entnahmen aus Bilanz.

<sup>2)</sup> Mittelbedarf Investitionsrechnung = Nettoinvestitionen.

<sup>3)</sup> Zunahme der Verschuldung in der Planperiode 2008-2011.

Dem Mittelbedarf der Direktionen, Behörden und Rechtspflege in der Planperiode von 25,5 Mrd. Franken steht eine Finanzierung aus Steuererträgen von 24,1 Mrd. Franken gegenüber. Zur Deckung der restlichen 1,4 Mrd. Franken muss sich der Kanton zusätzlich verschulden. Die Nettoinvestitionen 2008-2011 von 4,1 Mrd. Franken können also nicht vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden.

### 3. Erfolgsrechnung

Die folgenden Tabellen in diesem Kapitel vergleichen jeweils den Budgetentwurf 2008 mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den jährlichen Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

#### 3.1 Aufwand und Ertrag

Tabelle 3: Veränderung Aufwand und Ertrag gegenüber Budget 2007

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2007			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2008	Ø-2008-2011	Budget 2008	Ø-2008-2011
<b>Aufwand</b>	<b>-680.8</b>	<b>-1'000.8</b>	<b>-6.8%</b>	<b>-9.9%</b>
- 30 Personalaufwand	-238.2	-284.0	-7.6%	-9.1%
- 31 Sachaufwand	27.9	37.6	2.7%	3.7%
- 36 Eigene Beiträge	24.4	-273.8	0.6%	-7.0%
- Übriger Aufwand	-494.8	-480.6	-24.6%	-23.9%
<b>Ertrag</b>	<b>992.2</b>	<b>1'329.4</b>	<b>10.1%</b>	<b>13.6%</b>
- 40 Steuern	319.0	626.3	6.1%	12.1%
- 43 Entgelte	51.8	43.4	5.3%	4.4%
- 44 Anteile, Beiträge ohne Zweckbindung	211.2	216.1	27.4%	28.0%
- 46 Beiträge für eigene Rechnung	204.1	244.9	20.0%	24.0%
- Übriger Ertrag	206.0	198.6	-113.3%	10.9%

#### Veränderungen Budget 2008 gegenüber Budget 2007

Der Aufwand steigt 2008 gegenüber dem Budget 2007 um 680.8 Mio. Franken oder 6.8%. Eingerechnet ist eine Teuerung 2007 von 0,9%.

- 238 Personalaufwand
  - 191 Volksschulen, Kantonalisierung der Kindergärten, Einführung von Schulleitungen und Blockzeiten sowie Lohnentwicklung, zu zwei Drittel kompensiert durch Rückerstattungen der Gemeinden (vgl. übriger Ertrag).
  - 24 Kantonspolizei, zusätzliche von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte im Flughafen sowie Lohnentwicklung.
  - 23 Übrige Abweichungen, insbesondere Lohnentwicklung von 2,6% (Teuerung von 0,9%, Beförderung von 0,2% und Stufenaufstieg von 1,5%) und weitere Stellenschaffungen.
- +24 Eigene Beiträge
  - +152 Sozialamt, geringere Beiträge im Sozialbereich als Folge der NFA.
  - 107 Bildungsdirektion, insbesondere höhere Beiträge an Volksschulen, Universität, Fachhochschulen sowie Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen.
  - 34 Höhere Beiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien.

- +13 Übrige Abweichungen.
- 494 Übriger Aufwand
  - 526 NFA, erstmaliger Aufwand für Ressourcen- und Härteausgleich.
  - +32 Übrige Abweichungen.
  
- Der Ertrag steigt um 992,2 Mio. Franken oder 10,1%.
- +319 Höhere Steuererträge, wichtigste Ursachen vgl. Ziffer 3.2.
- +211 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung
  - +93 Neuer Bundesfinanzausgleich NFA, erstmaliger Ertrag aus soziodemografischem Lastenausgleich.
  - +93 Kapital- und Zinsendienst, höherer Anteil am Gewinn der SNB nach Einführung NFA.
  - +25 Steuern, höhere Erträge aus dem Anteil an der Verrechnungssteuer, teilweise kompensiert durch tiefere Erträge der Direkten Bundessteuern als Folge der NFA.
- +204 Beiträge für eigene Rechnung
  - +146 Sozialamt, höhere Bundesbeiträge an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (dafür fallen Durchlaufende Beiträge von 51 Mio. Franken weg).
  - +42 Bildungsdirektion, insbesondere höhere Bundesbeiträge für Gesundheitsschulen, Berufsfachschulen sowie nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen als Folge des neuen Berufsbildungsgesetzes.
  - +30 Ausgleichsfonds, höhere Abschöpfungen von finanzstarken Gemeinden im Steuerkraftausgleich.
  - +9 Höhere Bundesbeiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
  - 41 Tiefbauamt, tiefere Bundesbeiträge für Nationalstrassenunterhalt nach Einführung NFA.
  - +18 Übrige Abweichungen.
- +206 Übriger Ertrag
  - +157 Volksschulen, Rückerstattungen der Gemeinden für Löhne und Sozialleistungen der Volksschule einschliesslich Kindergärten.
  - +87 Kapital- und Zinsendienst, höherer Ertrag aus dem Anteil am Gewinn der ZKB sowie höherer Zinsertrag.
  - 38 Übrige Abweichungen.

**Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 gegenüber Budget 2007**

Der Aufwand liegt jährlich durchschnittlich um 1'000,8 Mio. Franken oder 9,9% über dem Niveau des Budgets 2007. Eingerechnet ist eine durchschnittliche Teuerung von 1,3% pro Jahr.

- 284 Personalaufwand
  - 223 Volksschulen, gleiche Begründung wie Budget 2008, zusätzlich Einführung der Schulsozialarbeit sowie Lohnentwicklung in der gesamten Planperiode.
  - 38 Kantonspolizei, gleiche Begründung wie Budget 2008, zusätzlich mehr Aspiranten zur Annäherung an den Korps-Sollbestand sowie Lohnentwicklung in der gesamten Planperiode.
  - 23 Übrige Abweichungen, insbesondere Lohnentwicklung.
- 274 Eigene Beiträge
  - 197 Bildungsdirektion, gleiche Begründung wie Budget 2008.
  - 190 Gesundheitsdirektion, insbesondere somatische Gesundheitsversorgung wegen der finanziellen Auswirkungen der KVG-Revision (neu ab 2009) und höheren Beiträge an die Krankenkassenprämien.
  - 37 Direktion der Justiz und des Innern, Staatsbeiträge an die reformierte Landeskirche anstelle von Personal- und Sachaufwand sowie höhere Beiträge der Fachstelle Kultur.
  - +172 Sozialamt, vor allem Wegfall der Beiträge an die Sozialversicherungen des Bundes wegen des NFA, teilweise kompensiert durch höhere Beiträge an Behinderteneinrichtungen.
  - 22 Übrige Abweichungen.
- 481 Übrige Aufwand, wichtigste Ursachen wie im Budget 2008.

Der Ertrag liegt durchschnittlich um 1'329,4 Mio. Franken oder 13.6% über dem Niveau des Budgets 2007.

- +626 Höhere Steuererträge, wichtigste Ursachen vgl. Ziffer 3.2.
- +216 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung, wichtigste Ursachen wie im Budget 2008.
- +245 Beiträge für eigene Rechnung, wichtigste Ursachen wie im Budget 2008.
- +199 Übriger Ertrag, wichtigste Ursachen wie im Budget 2008.



### 3.2 Steuern

Tabelle 4: Veränderung Steuern (netto) gegenüber Budget 2007

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2007			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2008	Ø-2008-2011	Budget 2008	Ø-2008-2011
4910.01 Staatssteuern <sup>1)</sup>	345.1	650.2	7.8%	14.7%
4910.02 Direkte Bundessteuer	-18.0	-18.0	-3.3%	-3.3%
4910.03 Erbschafts- und Schenkungssteuer	-29.0	-29.0	-13.2%	-13.2%
4910.04 Quellensteuer	7.7	8.1	4.7%	5.0%
4910.05 Verrechnungssteuer	43.1	46.2	169.6%	182.0%
<b>Total Steuern (Leistungsgruppe Nr. 4910 Steuern)</b>	<b>348.9</b>	<b>657.6</b>	<b>6.5%</b>	<b>12.2%</b>
Verkehrsabgaben	2.0	4.5	0.7%	1.6%
Schiffsteuern	0.0	0.1	1.0%	2.8%
<b>Total Steuern</b>	<b>350.9</b>	<b>662.2</b>	<b>6.2%</b>	<b>11.7%</b>

<sup>1)</sup> Nettostaatssteuerertrag = Bruttostaatssteuerertrag einschliesslich Verzugszinsen und Rückerstattungen abzüglich Abschreibungen, Erlasse, Skonti, Zinsvergütungen und Bezugsentschädigungen

Die Prognosen der Steuererträge wurden an einem Hearing mit externen Fachleuten der Credit Suisse, BAK Basel Economics und KOF Konjunkturforschungsstelle ETH unter Berücksichtigung der Erwartungen der Stadt Zürich im Mai 2007 diskutiert. Die Angaben in der Tabelle 4 sind das Ergebnis dieser Diskussion sowie der Beurteilung der Steuererträge des laufenden Jahres 2007 im Juli 2007.

- Die Staatssteuererträge steigen als Folge des realen Wirtschaftswachstums und der Teuerung über die ganze Planperiode stetig an. Es wird zudem angenommen, dass die Nachträge aus Staatssteuern für frühere Steuerperioden wegen der stabilen Konjunktur höher ausfallen als im Budget 2007 angenommen.
- Direkte Bundessteuer: Tiefere Erträge ab 2008 als Folge der NFA.
- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Neueste Zahlen des laufenden Jahres 2007 lassen künftig leicht niedrigere Erträge erwarten.
- Quellensteuer: Zwar hält der Zuzug qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer voraussichtlich an, weshalb leicht höhere Quellensteuern erwartet werden. Die Steuererträge der anfänglich der Quellensteuer unterliegenden zuziehenden Ausländer werden nach einem Jahr jedoch in den Staatssteuererträgen verbucht, falls ihr Einkommen 120'000 Franken übersteigt. Es erfolgt also eine Umschichtung von der Quellensteuer zur Staatssteuer.
- Verrechnungssteuer: Erträge steigen 2008 als Folge der NFA sprunghaft an.



### 3.3 Saldo Erfolgsrechnung der Direktionen

Tabelle 5: Veränderung Saldo Erfolgsrechnung gegenüber Budget 2007

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2007			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2008	Ø-2008-2011	Budget 2008	Ø-2008-2011
<b>Saldo Erfolgsrechnung</b>	<b>311.5</b>	<b>328.6</b>	-	-
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-22.7	-14.2	n.a.	n.a.
- Justiz und Inneres	11.3	-0.2	1.9%	0.0%
- Sicherheit	299.9	300.5	23.4%	23.5%
- Finanzen	165.9	472.9	3.0%	8.5%
- Volkswirtschaft	-10.4	-37.9	-3.5%	-12.8%
- Gesundheit	-26.6	-167.5	-2.3%	-14.3%
- Bildung	-107.7	-222.7	-5.1%	-10.5%
- Bauten	-2.4	-0.6	-1.0%	-0.2%
- Behörden	-0.5	-0.6	-3.5%	-3.7%
- Rechtspflege	4.8	-1.1	3.8%	-0.8%

#### Veränderung Budget 2008 gegenüber Budget 2007

Der Saldo der Erfolgsrechnung verbessert sich um 311,5 Mio. Franken. Eingerechnet ist eine Teuerung 2007 von 0,9%. Wichtigste Ursachen:

- +300 Sicherheitsdirektion: Verbesserung durch den Wegfall der Beiträge an die Sozialversicherungen AHV/IV sowie wegen höherer Beiträge vom Bund für Zusatzleistungen an AHV/IV als Folge der NFA, teilweise kompensiert durch höhere Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen.
- +166 Finanzen: Höhere Steuer- und Vermögenserträge wegen der stabilen Konjunktur, erstmaliger Aufwand für Ressourcen- und Härteausgleich aus NFA.
- 107 Bildungsdirektion: Mehraufwand für Lohnsummenentwicklung gemäss Vorgaben des Regierungsrates, für die Sonderschulung als Folge der NFA, wegen der Kantonalisierung der Kindergärten sowie der Einführung von Schulleitungen und Blockzeiten. Höhere Staatsbeiträge an Universität und Fachhochschulen.
- 27 Gesundheitsdirektion: Mehraufwand für Lohnsummenentwicklung gemäss Vorgaben des Regierungsrates sowie für die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
- 21 Übrige Abweichungen.

#### Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 gegenüber Budget 2007

Der Saldo der Erfolgsrechnung verbessert sich durchschnittlich um 328.6 Mio. Franken. Eingerechnet ist eine durchschnittliche Teuerung von 1,3% pro Jahr. Wichtigste Ursachen:

- +473 Finanzdirektion: Gleiche Begründung wie für Budget 2008. Saldo verbessert sich gegenüber dem Budget 2008 wegen durchschnittlichem Mehrertrag aus Staatssteuern.
- +300 Sicherheitsdirektion: Gleiche Begründung wie für Budget 2008.

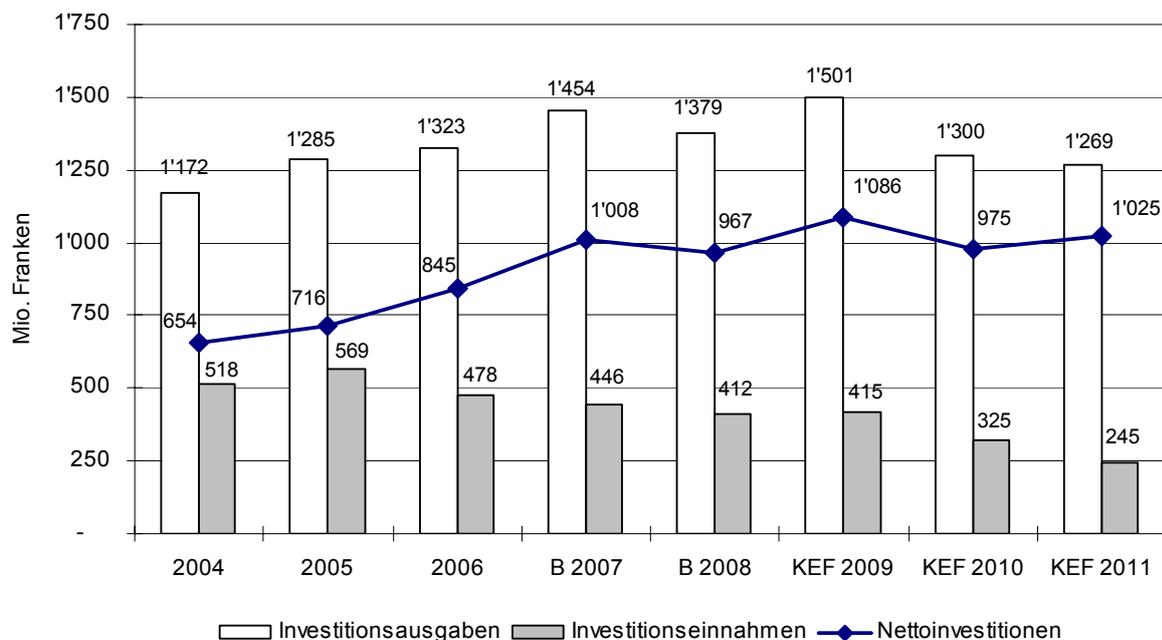


- 223 Bildungsdirektion: Gleiche Begründung wie für Budget 2008. Saldo verschlechtert sich gegenüber dem Budget 2008 zusätzlich wegen der Einführung der Schulsozialarbeit.
- 167 Gesundheitsdirektion: Gleiche Begründung wie für Budget 2008. Saldo verschlechtert sich gegenüber dem Budget 2008 zusätzlich wegen Mehraufwand als Folge der KVG-Revision.
- 54 Übrige Abweichungen.

#### 4. Investitionsrechnung

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Investitionsausgaben und -einnahmen sowie der Nettoinvestitionen in den acht Jahren von 2004 bis 2011.

Abbildung 3: Investitionsrechnung 2004-2011



Die geplanten Nettoinvestitionen in den Jahren 2008-2011 liegen mit Ausgaben von durchschnittlich 1'013 Mio. Franken rund jährlich 170 Mio. Franken oder 20% höher als in der Rechnung 2006. Ohne Berücksichtigung der ausserordentlichen Investitionsausgaben im Zusammenhang mit der Aktienkapitalerhöhung der Flughafen Zürich AG im Jahr 2006 sind sie sogar rund 270 Mio. Franken oder 35% höher.

Diese Mehrausgaben im Planungszeitraum sind ausschliesslich auf Grossinvestitionen zurückzuführen. Vor allem wird mehr in die Verkehrsinfrastruktur investiert, insbesondere in die Stadtbahn Glattal mit Anpassungen im Strassennetz, in den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse und in die 3. Teilergänzung der S-Bahn. Zusätzlicher Investitionsbedarf besteht auch bei der Bildungs- und Spitalinfrastruktur. Ab 2009 verursacht der Bau des Polizei- und Justizzentrums deutliche Mehrausgaben.



Tabelle 6: Veränderung Nettoinvestitionen gegenüber Budget 2007

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2007			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2008	Ø-2008-2011	Budget 2008	Ø-2008-2011
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>41.1</b>	<b>-5.3</b>	<b>4.1%</b>	<b>-0.5%</b>
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-1.3	-0.3	n.a.	n.a.
- Justiz und Inneres	-1.3	0.5	-8.3%	3.4%
- Sicherheit	-3.6	12.1	-5.9%	19.8%
- Finanzen	1.7	-0.3	7.0%	-1.2%
- Volkswirtschaft	49.9	125.9	10.5%	26.5%
- Gesundheit	8.1	-2.9	5.3%	-1.9%
- Bildung	-12.2	-55.2	-6.9%	-31.5%
- Bauten	3.0	-75.8	3.3%	-85.2%
- Behörden	-	-0.1	-	-
- Rechtspflege	-3.2	-9.2	-21.5%	-61.5%

**Veränderung Budget 2008 gegenüber Budget 2007**

Die Nettoinvestitionen nehmen um 41,1 Mio. Franken oder 5.3% ab. Wichtigste Ursache:

- +50 Volkswirtschaftsdirektion: Weniger Investitionen in die Staatsstrassen und weniger Investitionsbeiträge im Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs.
- 9 Übrige Abweichungen, insbesondere höhere Nettoinvestitionen im Bildungswesen.

**Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 gegenüber Budget 2007**

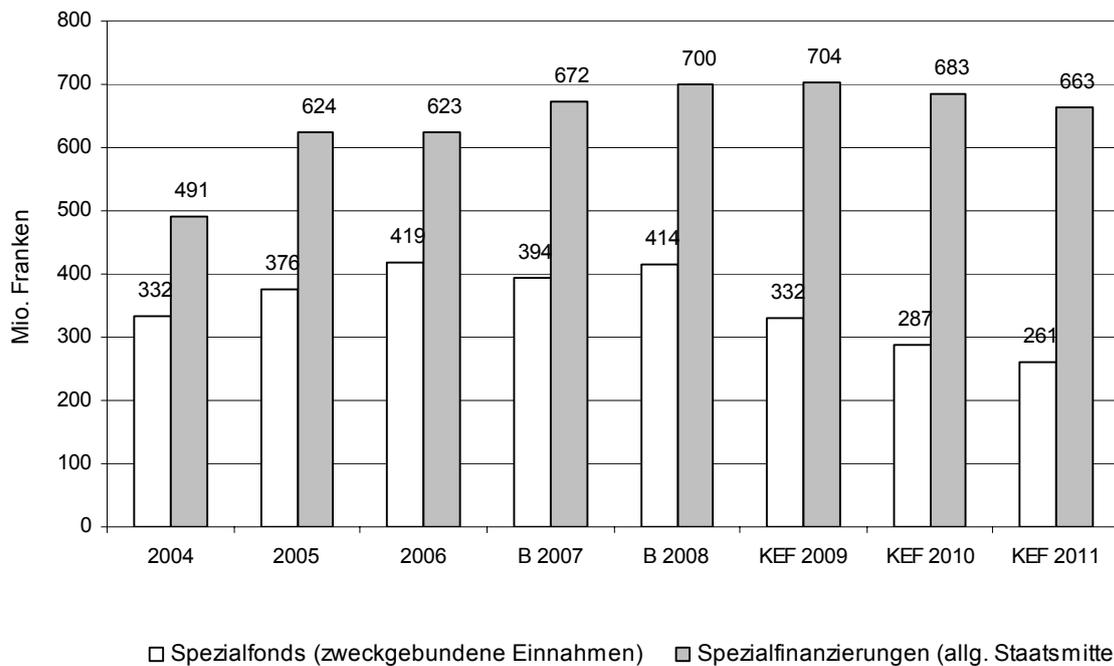
Die Nettoinvestitionen sind durchschnittlich um 5,3 Mio. Franken oder 0,5% höher. Wichtigste Ursachen:

- 76 Baudirektion: Investitionen in das Polizei- und Justizzentrum.
- 55 Bildungsdirektion: Höhere Investitionen in den Mittel-, Fachhoch- und Volksschulen.
- +126 Volkswirtschaftsdirektion: Nettoinvestitionen in den Nationalstrassenbau sowie zu Lasten des Fonds für den öffentlichen Verkehr nehmen gegenüber Budget 2008 weiter ab.

## 5. Fonds

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Fondsbestände in den acht Jahren von 2004 bis 2011.

Abbildung 4: Fondsbestände 2004-2011



Die Fondsbestände insgesamt nehmen in der Planperiode 2008-2011 um 141 Mio. Franken oder 13.2% ab.

Der Bestand der mit zweckgebundenen Einnahmen finanzierten Spezialfonds vermindert sich in der Planperiode um rund 132 Mio. Franken oder 33.6%:

- 101 Strassenfonds: Weil die Zuständigkeit für die Nationalstrassen an den Bund übergeht, werden die Vermögenswerte in Nationalstrassen neu als Investitionsbeiträge mit 15% abgeschrieben statt wie bisher mit 10%. Dadurch wird der Fondsbestand ab 2009 negativ. Ende 2011 werden Verpflichtungen gegenüber dem Kantonshaushalt von 51,8 Mio. Franken ausgewiesen.
- 51 Lotteriefonds: Grosse Ausgaben für Grossprojekte (Rheinau, Kongresshaus, Landesmuseum, Museen Winterthur). Trotzdem wird 2011 immer noch mit einem Fondsbestand von 98,9 Mio. Franken gerechnet.
- +20 Übrige Veränderungen.

Die mit allgemeinen Staatsmitteln geäufteten Fonds bleiben in der Planperiode praktisch konstant.



Tabelle 7: Veränderung Deckung Investitionen durch Fondsbestände

in Mrd. Franken / % - Zunahme, + Abnahme	Budget	Budget	KEF	Veränderung	
	Bestand	Bestand	Bestand	Δ absolut (Mio. Franken)	
	31.12.07	31.12.08	31.12.11	B08-B07	KEF11-B08
<b>Investitionen für Fonds</b>	<b>-2'013</b>	<b>-2'194</b>	<b>-2'374</b>	<b>-182</b>	<b>-180</b>
Spezialfonds	-1'362	-1'365	-1'373	-3	-8
Spezialfinanzierung	-651	-830	-1'001	-179	-172
<b>Fondsbestand</b>	<b>1'066</b>	<b>1'115</b>	<b>925</b>	<b>49</b>	<b>-190</b>
Spezialfonds	394	414	261	20	-153
Spezialfinanzierung	672	700	663	28	-37
<b>Ungedeckte Fondsinvestitionen</b>	<b>-947</b>	<b>-1'080</b>	<b>-1'450</b>	<b>-133</b>	<b>-370</b>
Spezialfonds	-969	-951	-1'112	18	-161
Spezialfinanzierung	22	-129	-338	-151	-209

Spezialfonds: Fonds mit gesetzlich zweckgebundenen Erträgen (keine Überträge aus allgemeinen Staatsmitteln)

Spezialfinanzierungen: Fonds mit gesetzlich festgelegten oder vom Kantonsrat bestimmten Überträgen aus allgemeinen Staatsmitteln (Investitionsfonds, Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Flughafenfonds, Natur- und Heimatschutzfonds).

### **Bestand Ende 2007**

Die aktivierten Investitionen für Fonds von 2,0 Mrd. Franken werden zur Hälfte durch Fondsbestände gedeckt. Zur Finanzierung der anderen Hälfte musste sich der Staat verschulden. Die Unterdeckung fällt im gesamten Umfang bei den Spezialfonds an, die durch zweckgebundene Erträge finanziert werden. Im Gegensatz dazu sind die aktivierten Investitionen für Spezialfinanzierung, die mit allgemeinen Staatsmitteln finanziert werden, durch die Fondsbestände vollständig gedeckt.

### **Veränderung Bestand Ende 2008 gegenüber Ende 2007**

Die Unterdeckung insgesamt und damit die Verschuldung durch die Fonds steigt um 133 Mio. Franken, weil die aktivierten Investitionen im Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs um rund 180 Mio. Franken zunehmen. Diese Erhöhung kann durch die Zunahme der Fondsbestände um 50 Mio. Franken nur teilweise gedeckt werden. Als Folge dieser Entwicklung sind auch die Investitionen der Spezialfinanzierung nicht mehr vollständig durch Fondsbestände gedeckt.

### **Veränderung Bestand Ende Planjahr 2011 gegenüber Ende 2008**

Die Unterdeckung und damit die Verschuldung durch die Fonds erhöht sich bis Ende 2011 um weitere 370 Mio. Franken, weil die aktivierten Investitionen im Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs um weitere rund 170 Mio. Franken zunehmen. Gleichzeitig nehmen die Fondsbestände um rund 200 Mio. Franken ab, zum grössten Teil bei den mit zweckgebundenen Erträgen finanzierten Strassenfonds und Lotteriefonds.



## 6. Staats- und Steuerquote

Für die Beurteilung der Entwicklung der Kantonsfinanzen gibt es eine Reihe von finanzpolitischen Kennziffern. Im Anhang unter Kapitel VII. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich werden die gängigsten und wichtigsten Kennzahlen für den Kanton Zürich ausgewiesen. Entscheidend für die Beurteilung der Finanzlage ist dabei nicht nur der aktuelle Wert, sondern ein Vergleich über eine längere Periode. Im Folgenden werden die Entwicklung der Staats- und die Steuerquote über die Planperiode näher erläutert.

Tabelle 8: Staatsquote 2006-2011 (+Zunahme, -Abnahme)

in Mrd. Franken / %	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF Ø-2008-2011	Veränderung zu Budget 2007 (%)	
					Budget 2008	Ø-2008-2011
<b>Staatsquote</b>	<b>11.1%</b>	<b>10.7%</b>	<b>11.1%</b>	<b>10.9%</b>		
Konsolidierte Gesamtausgaben	10.2	10.1	10.8	11.1	6.4%	9.3%
- Erfolgsrechnung	8.9	8.7	9.4	9.7	8.3%	11.9%
- Investitionsrechnung	1.3	1.4	1.4	1.4	-5.2%	-6.3%
Volkseinkommen	92.0	94.3	97.0	101.4	2.8%	7.5%

### **Veränderung Budget 2008 zu Budget 2007**

Staatsquote steigt deutlich, weil die konsolidierten Gesamtausgaben mit 6,4% deutlich stärker ansteigen als das Volkseinkommen mit 2,8%. Der Anstieg der konsolidierten Gesamtausgaben wiederum ist eine Folge höherer Ausgaben in der Erfolgsrechnung, vor allem wegen des neuen Bundesfinanzausgleichs NFA, während die Investitionsausgaben leicht abnehmen.

### **Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 zu Budget 2007**

Staatsquote steigt aus den gleichen Gründen wie im Budget 2008, aber weniger deutlich, weil das Volkseinkommen in den Jahren 2009-2011 stärker steigt als die konsolidierten Gesamtausgaben.

Tabelle 9: Steuerquote 2006-2011 (+Zunahme)

in Mrd. Franken / %	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF Ø-2008-2011	Veränderung zu Budget 2007 (%)	
					Budget 2008	Ø-2008-2011
<b>Steuerquote</b>	<b>4.9%</b>	<b>5.0%</b>	<b>5.2%</b>	<b>5.3%</b>		
Staatssteuern	4.5	4.7	5.0	5.3	7.4%	13.9%
Volkseinkommen	92.0	94.3	97.0	101.4	2.8%	7.5%

### **Veränderung Budget 2008 zu Budget 2007**

Steuerquote steigt an, weil die Erträge aus Staatssteuern mit 7,4% stärker steigen als das Volkseinkommen mit 2,8%.

### **Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 zu Budget 2007**

Steuerquote steigt in den Jahren 2009-2011 weiter leicht an, aus dem gleichen Grund wie im Budget 2008.

**7. Entlastungsprogramme des Kantons (Sanierungsprogramm 04/ Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06/ Entlastungsprogramm E08)**

Trotz grosser Anstrengungen zur Sanierung des Staatshaushalts im Rahmen des Sanierungsprogramms 04 (San04) und des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 (MH06) und trotz dem einmaligen Erlös aus den überschüssigen Goldreserven 2005 wurde der im Finanzhaushaltsgesetz geforderte mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung für den Zeitraum 2003-2010 deutlich verfehlt (KEF vom 13. September 2006). Der Regierungsrat erarbeitete daher ein weiteres Entlastungsprogramm E08 und stellte die Verbesserungen erstmals in den KEF 2008-2011 ein. Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Verbesserungen durch San04, MH06 und E08, wie sie aktuell im KEF 2008-2011 enthalten sind.

Tabelle 10: Verbesserung Saldo Erfolgsrechnung durch Entlastungsprogramme

in Mio. Franken	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Total <sup>2)</sup>
Einzelmassnahmen San04 <sup>1)</sup>	142	306	397	414				1'259
Einzelmassnahmen MH06			124	123	137	147		531
Ertragseitige Massnahmen San04	148	154	44	46				392
Ertragseitige Massnahmen MH06								
Personalmassnahmen San04	42	55	87	120				304
Personalmassnahmen MH06			36	62	118	166		382
Rotationsgewinne MH06			8	16	24	32		80
Querschnittmassnahmen San04			18	18				36
Querschnittmassnahmen MH06				30	30	30		90
Verbesserungen E08				107	144	149	110	510
<b>Total San04</b>	<b>332</b>	<b>515</b>	<b>546</b>	<b>598</b>				<b>1'991</b>
<b>Total MH06</b>			<b>168</b>	<b>231</b>	<b>309</b>	<b>375</b>		<b>1'083</b>
<b>Total E08</b>				<b>107</b>	<b>144</b>	<b>149</b>	<b>110</b>	<b>510</b>

<sup>1)</sup> Ist-Werte für die Jahre 2004-2006, Planwerte für das Jahr 2007

<sup>2)</sup> Die Tabelle weist die Verbesserungen für die jeweilige Zeitdauer der Entlastungsprogramme aus. Verbesserungen der Jahre 2004-2011 zusammengezählt.

Die Tabelle weist die Verbesserungen der Entlastungsprogramme jeweils für vier Jahre aus. Die einzelnen Entlastungsprogramme werden jedoch auch in den Folgejahren Verbesserungen bewirken. Die ausgewiesenen Entlastungspotentiale der einzelnen Programme müssen deshalb differenziert beurteilt werden.

Die Steuerfusserhöhung von 100 auf 105% ist nicht mehr Bestandteil der laufenden Sanierungsprogramme San04 und MH06 (San04 + 3 Steuerfussprozente, MH06 +2 Steuerfussprozente). Die entsprechenden ertragsseitigen Verbesserungen sind nicht mehr ausgewiesen.

**8. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)**

Die NFA wird auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Folglich sind die finanziellen Auswirkungen für die Jahre 2008 bis 2011 einzustellen.

Tabelle 11: Finanzielle Folgen der NFA-Einführung 2008

in Mio. Franken, + Entlastung, - Belastung	Berechnung Bund <sup>1)</sup>	Schätzung für 2008 Kanton	Schätzung für 2008 Gemeinden	Schätzung für 2008 Kanton und Gemeinden
<b>Zu entflechtende Aufgabenbereiche</b>	<b>281</b>	<b>345</b>	<b>-77</b>	<b>268</b>
Individuelle Leistungen der AHV	260	292		292
Individuelle Leistungen der IV	299	340		340
Ergänzungsleistungen zur AHV und IV	86	91		91
Bau- und Betriebsbeiträge für Heime und Werkstätten	-236	-270		-270
Sonderschulung (inkl. Ausbildungsstätten für Fachpersonal Sozialberufe)	-139	-114	-49	-163
Prämienverbilligung in der Krankenversicherung	-6	-8		-8
Regionalverkehr	-25	-13	-13	-26
Unterstützung Betagtenhilfe	-23	-6	-15	-21
Übrige Aufgabenbereiche	65	33		33
<b>Übrige Massnahmenbereiche</b>	<b>-406</b>	<b>-402</b>		<b>-402</b>
Disparitätenabbau (Ressourcenausgleich)	-496	-506		-506
Soziodemografischer Lastenausgleich	88	93		93
Härteausgleich	-24	-21		-21
Direkte Bundessteuer	-66	-95		-95
Verrechnungssteuer	28	34		34
Reingewinn der SNB	64	93		93
<b>Saldo</b>	<b>-125</b>	<b>-57</b>	<b>-77</b>	<b>-134</b>
davon Belastung Erfolgsrechnung		-48		
davon Belastung Investitionsrechnung		-9		
Kantonsbeteiligung an nachschüssigen IV-Beiträgen (Übergangsproblematik 2008)		-111		-111
<b>Gesamtwirkung</b>	<b>-125</b>	<b>-168</b>	<b>-77</b>	<b>-245</b>

<sup>1)</sup> Gemäss Globalbilanz 2004/2005 (Präsentation Eidgenössische Finanzverwaltung vom 5. Juli 2007)

Am 5. Juli 2007 präsentierte die Eidgenössische Finanzverwaltung die aktualisierten Zahlen der Globalbilanz 2004/2005, die sich auf statistische Grundlagen der Jahre 2004 und 2005 stützt. Danach hätte der Kanton Zürich mit einer jährlichen Mehrbelastung von 125 Mio. Franken rechnen müssen, wenn die NFA in den Jahren 2004/2005 eingeführt worden wäre.

Gemäss den aktuellen Schätzungen der Direktionen und den am 5. Juli präsentierten definitiven Zahlen 2008 für den Ressourcenausgleich, den soziodemografischen Lastenausgleich und den Härteausgleich hat der Kanton Zürich für 2008 eine Mehrbelastung von rund 134 Mio. Franken (Kanton und Gemeinden zusammen) zu erwarten. Zusätzlich fällt 2008 eine einmalige Belastung für den Kanton Zürich von voraussichtlich 111 Mio. Franken wegen der Beteiligung an den nachschüssigen IV-Beiträgen an.



In der obigen Tabelle ebenfalls aufgeführt sind die geschätzten Mehrbelastungen für die Gemeinden in den Bereichen Sonderschulung, Regionalverkehr und Unterstützung der Betagtenhilfe gemäss den Anträgen des Regierungsrates vom 11. April – 2. Mai 2007 (Vorlagen 4392-4398) von 77 Mio. Franken.

Somit verbleibt für den Kanton Zürich insgesamt eine Mehrbelastung wegen der NFA von 168 Mio. Franken in 2008 (Erfolgsrechnung 159 Mio. Franken, Investitionsrechnung 9 Mio. Franken). 111 Mio. Franken davon sind einmalig und fallen in den Folgejahren weg, 57 Mio. Franken sind nachhaltig.

Die ausgewiesenen Beträge entsprechen den Vorlagen 4392-4398. Die Anträge der kantonsrätlichen Spezialkommission vom August 2007 sind dabei noch nicht berücksichtigt.

**9. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden**

Tabelle 12: Veränderung finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden gegenüber Budget 2007

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2007			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2008	Ø-2008-2011	Budget 2008	Ø-2008-2011
<b>Bund</b>				
Aufwand	507.5	586.1	77.9%	90.0%
Ertrag	267.2	315.8	19.6%	23.1%
<b>Saldo</b>	<b>774.6</b>	<b>901.9</b>	<b>108.3%</b>	<b>126.1%</b>
Ausgaben	29.1	38.6	23.2%	30.7%
Einnahmen	-38.7	-94.9	-9.4%	-23.1%
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-9.6</b>	<b>-56.3</b>	<b>-3.4%</b>	<b>-19.7%</b>
<b>Kantone</b>				
Aufwand	-567.5	-584.0	-	-
Ertrag	99.4	104.3	-	-
<b>Saldo</b>	<b>-468.1</b>	<b>-479.7</b>	-	-
Ausgaben	-1.1	-0.3	-	-
Einnahmen	-	-	-	-
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1.1</b>	<b>-0.3</b>	-	-
<b>Gemeinden (ohne Ausgleichsfonds)</b>				
Aufwand	-66.8	-104.3	-7.7%	-12.0%
Ertrag	7.1	7.0	8.2%	8.1%
<b>Saldo</b>	<b>-59.7</b>	<b>-97.3</b>	<b>-7.6%</b>	<b>-12.4%</b>
Ausgaben	-16.7	-5.9	-14.8%	-5.2%
Einnahmen	-0.9	-0.7	-24.5%	-18.6%
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-17.6</b>	<b>-6.5</b>	<b>-16.2%</b>	<b>-6.0%</b>

Die Ablieferung der Erträge der Direkten Bundessteuern ist in der Staatsrechnung nicht als Aufwand erfasst.

Die NFA bringt wesentliche Änderungen bei den Finanztransfers zum Bund, zu den andern Kantonen und zu den Gemeinden. Bei den Finanztransfers zum Bund erfährt der Kanton eine Entlastung im 2008 von 774 Mio. Franken, der eine höhere Belastung durch Finanztransfers an andere Kantone von 468 Mio. Franken und an die Gemeinden von 59 Mio. Franken gegenübersteht.

**Bund****Veränderung Budget 2008 zu Budget 2007**

Der Saldo der finanziellen Beziehung zum Bund verbessert sich in der Erfolgsrechnung um 774 Mio. Franken oder 108,3% und verschlechtert sich in der Investitionsrechnung um 9,6 Mio. Franken oder 3,6%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- +498 Beiträge an die Sozialversicherungen AHV/IV im Umfang von 609 Mio. Franken entfallen als Folge der NFA, teilweise kompensiert durch einmalige Restzahlung 2008 an die IV von 111 Mio. Franken
- +146 Höhere Bundesbeiträge für Zusatzleistungen zur AHV/IV als Folge der NFA (dafür fallen Durchlaufende Beiträge im Umfang von 51 Mio. Franken weg).



- +93 Höherer Ertrag aus dem Anteil am Gewinn der Nationalbankgewinn nach Einführung NFA.
- +37 Übrige Abweichungen.

### **Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 zu Budget 2007**

Der Saldo der finanziellen Beziehung zum Bund verbessert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 901,9 Mio. Franken oder 126,1% und verschlechtert sich in der Investitionsrechnung um 56,3 Mio. Franken oder 19,7%.

Gleiche Ursachen in der Erfolgsrechnung wie im Budget 2008.

Wichtigste Ursachen in der Investitionsrechnung:

- 93 Investitionsbeiträge des Bundes für den Nationalstrassenbau nehmen als Folge der NFA ab. Sie nehmen erst ab 2010 deutlich ab, weil die laufenden Grossprojekte wie die Westumfahrung noch vom Kanton fertig gestellt werden.
- +39 Weniger Investitionsbeiträge an den Bund für den Durchgangsbahnhof und die 3. Teilergänzung.
- 2 Übrige Abweichungen.

### **Kantone**

#### **Veränderung Budget 2008 zu Budget 2007**

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Kantonen verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung um 468,1 Mio. Franken.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 526 Belastung aus dem Ressourcen- und Härteausgleich der NFA fällt 2008 erstmals an und wird als Aufwand in der Beziehung zu anderen Kantonen ausgewiesen.
- 36 Höhere Zahlungen an Invalideneinrichtungen anderer Kantone im Sozialbereich (NFA).
- +101 Entlastung aus dem Soziodemografischen Lastenausgleich der NFA fällt 2008 erstmals an und wird als Ertrag in der Beziehung zu anderen Kantonen ausgewiesen.
- 7 Übrige Abweichungen.

#### **Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 zu Budget 2007**

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Kantonen verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 497,7 Mio. Franken.

Gleiche Ursachen in den Planjahren 2008-2011 der Erfolgsrechnung wie im Budget 2008.

## Gemeinden

### **Veränderung Budget 2008 zu Budget 2007**

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Gemeinden verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung um 59,7 Mio. Franken oder 7,6% und in der Investitionsrechnung um 17,6 Mio. Franken oder 16,2%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 71 Höhere Beiträge an die Gemeinden für Zusatzleistungen zur AHV/IV als Folge der NFA (dafür fallen Durchlaufende Beiträge vom Bund an die Gemeinden von 51 Mio. Franken weg).
- +11 Übrige Abweichungen.

Wichtigste Ursachen in der Investitionsrechnung:

- 16 Höhere Investitionsbeiträge an die Gemeinden.
- 1 Übrige Abweichungen.

### **Veränderung Durchschnitt Planjahre 2008-2011 zu Budget 2007**

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Gemeinden verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 97,3 Mio. Franken oder 12,4% und in der Investitionsrechnung um 6,5 Mio. Franken oder 6,0%.

Gleiche Ursachen in der Erfolgs- und Investitionsrechnung wie im Budget 2008.

## 10. Finanzpolitische Beurteilung

Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung in den Jahren 2004-2011 wird mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von 903 Mio. Franken deutlich erreicht. Ohne Golderlös würde der mittelfristige Ausgleich jedoch um rund 700 Mio. Franken verfehlt. Der kumulierte Ertragsüberschuss erhöht sich auf rund 1,2 Mrd. Franken, wenn die Rechnung 2007 wie von den Direktionen geschätzt besser ausfällt.

Mit der vorliegenden Planung kann das Eigenkapital Ende 2011 mit 2 Mrd. Franken auf dem Niveau von Ende 2005 gehalten werden.

Die Verschuldung erhöht sich in der Planperiode 2008-2011 um 1,4 auf 6,3 Mrd. Franken. Wenn die Schätzungen der Direktionen für 2007 eintreffen, so steigt sie bis Ende 2011 noch auf 6,0 Mrd. Franken.

### Budget 2008

Der vorliegende Budgetentwurf rechnet in der Erfolgsrechnung mit einem leichten Ertragsüberschuss von 24 Mio. Franken. Das ist deutlich besser, als der Regierungsrat nach seinen Entscheiden zum Steuerfuss und zur Lohnentwicklung im März 2007 erwartet hat. Die Verbesserungen sind auf höhere Vermögens- und Steuererträge und Verbesserungen bei den Direktionen zurückzuführen.

Der Budgetentwurf 2008 entspricht etwa dem Rechnungsergebnis 2007, wie es im Zwischenbericht per Ende April erwartet wird. Die „schwarze Null“ kann angesichts der sehr guten konjunkturellen Lage jedoch nur teilweise überzeugen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Budgetentwurf einige neue Belastungen aufgefangen werden müssen: 159 Mio. Franken für die NFA, davon 111 Mio. Franken einmalig, oder 20 Mio. Franken wegen der neuen Zuständigkeit für vorläufig aufgenommene Personen (Asylgesetzrevison).

Der Regierungsrat hat mit den Richtlinien vorgegeben, dass Mittel für den vollen Teuerungsausgleich, für Beförderungen im Umfang von 0,4% der Lohnsumme und für einen Stufenaufstieg eingestellt werden. Die vorliegende Finanzplanung zeigt nun, dass der mittelfristige Ausgleich für die Jahre 2004-2011 mit diesen Lohnvorgaben dank des einmaligen Golderlöses im 2005 erreicht werden kann.

### Steuerfuss 2008/2009

Der mittelfristige Ausgleich für die Jahre 2004-2011 kann erreicht werden, wenn der Steuerfuss für die Jahre 2008 und 2009 unverändert mit 100% festgelegt wird.

### KEF 2008-2011

In allen Planjahren sind Mittel für den vollen Teuerungsausgleich und zusätzlich 0,2% der Lohnsumme für Beförderungen eingestellt. Für Beförderungen soll 2008 jedoch 0,4% und in den übrigen Planjahren jeweils 0,6% zur Verfügung stehen, weil auch Rotationsgewinne verwendet werden dürfen. 2008 ist ein Stufenaufstieg eingeplant.



Die vorliegende Planung weist einen ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad aus: Die geplanten Nettoinvestitionen in den Jahren 2008-2011 von rund 4,0 Mrd. Franken können nicht vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden. Für rund 1,4 Mrd. Franken muss sich der Kanton zusätzlich verschulden, was die Verschuldung in der Planperiode um rund 30% ansteigen lässt. Für eine bessere Selbstfinanzierung müssten entweder deutlichere Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung geschrieben oder die geplanten Nettoinvestitionen gesenkt werden.

Der mittelfristige Ausgleich wird voraussichtlich auch 2008 erreicht, wenn der KEF 2009-2012 erstellt wird und der mittelfristige Ausgleich für die Jahre 2005-2012 erreicht werden muss, weil der Aufwandüberschuss 2004 von 413 Mio. Franken aus der Berechnung fällt. Im Sommer 2009 entlastet jedoch der Ertragsüberschuss 2005 von 1,3 Mrd. Franken den mittelfristigen Haushaltsausgleich nicht mehr. Der gesetzlich geforderte mittelfristige Haushaltsausgleich wird stark gefährdet, mit der Folge eines weiteren Entlastungsprogramms, wenn die Erfolgsrechnung im Vergleich zur vorliegenden Planung schlechter ausfällt oder für 2012 und 2013 grössere Aufwandüberschüsse geplant werden müssen. Zusätzliche finanzielle Lasten durch Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele 2007-2011 des Regierungsrates konnten aus zeitlichen Gründen im vorliegenden KEF noch nicht eingestellt werden. Auch Forderungen der Personalverbände und ein Einbruch der Steuererträge können den Staatshaushalt ab 2009 leicht aus seinem nun erreichten labilen Gleichgewicht bringen. Der Ausweis des mittelfristigen Haushaltsausgleichs im vorliegenden KEF spiegelt einen finanzpolitischen Spielraum vor, der mittelfristig nicht vorhanden ist. Es gilt daher auch weiterhin, der Finanzierbarkeit neuer Vorhaben im Entscheidungsprozess grösstes Gewicht beizumessen. Die labile Lage des Staatshaushaltes eröffnet keine finanzpolitischen Spielräume.

**Anhänge:****I. Wirtschaftliche Entwicklung und Planungsgrundlagen**

## Wirtschaftliche Entwicklung

Die schweizerische Wirtschaft hat sich nach einer deutlichen Abschwächung in den Jahren 2002 und 2003 wieder erholt. Die Wachstumsraten für die Jahre 2004-2006 haben sich auf einem deutlich höheren Niveau eingependelt, das gemäss aktuellen Prognosen im laufenden Jahr 2007 nur leicht tiefer liegen wird. Mittelfristig wird in den Planjahren von einem stabilen Wirtschaftswachstum ausgegangen. Teuerungsgefahren zeichnen sich in naher Zukunft nicht ab.

## Planungsgrundlage für die Finanzplanung

Tabelle 13: Planungsgrundlage für die Finanzplanung

in % gegenüber Vorjahr (Werte KEF Vorjahr in Klammern)	Schätzung 2006	2007	2008	2009	2010	2011
Wachstum Bruttoinlandprodukt real	2.8 (2.7)	1.7 (1.8)	1.7 (2.0)	1.5 (2.5)	1.5 (2.0)	1.5
Jahresteuern (Dez. - Dez.) <sup>1)</sup>	0.6 (1.2)	0.9 (1.0)	1.1 (1.5)	1.5 (1.5)	1.5 (1.5)	1.5
Veränderung Lohnsumme		1.1 (0.7)	2.6 (0.7)	1.3 (0.7)	1.7 (0.7)	1.7

<sup>1)</sup> Landesindex der Konsumentenpreise

## Entwicklung der Lohnsumme

Tabelle 14: Entwicklung der Lohnsumme

in % gegenüber dem Vorjahr <sup>1)</sup> (2008 gegenüber Ist-Basis 2007)	2008	2009	2010	2011
Teuerungsausgleich	0.9	1.1	1.5	1.5
Stufenaufstieg per 1.1.2008	1.5			
Lohnerhöhungen/Beförderungen <sup>2)</sup>	0.2	0.2	0.2	0.2
Veränderung der Lohnsumme Gesamtverwaltung jeweils gegenüber Vorjahr	2.6	1.3	1.7	1.7
Im KEF 13. September 2006 geplant	0.7	0.7	0.7	-
Veränderungen gegenüber KEF 13. September 2006	1.9	0.6	1.0	-

<sup>1)</sup> Die Entwicklung im Budget 2008 wird auf der Basis der Lohnzahlungen von Januar bis März 2007 berechnet. In den Planjahren 2009-2011 wird die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr berechnet. Bei der zu planenden Entwicklung der Lohnsumme ist die Stellenreduktion wegen Massnahmen des Sanierungsprogramms 04 (San04) sowie des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 (MH06) berücksichtigt.

<sup>2)</sup> Beförderungsquote für 2008 von 0,4%, davon 0,2 aus Rotationsgewinnen und für die Jahre 2009-2011 von 0,6%, davon 0,4% aus Rotationsgewinnen.

Erläuterungen: Gemäss § 42 Abs. 1 der Personalverordnung (PVO) setzt der Regierungsrat die Teuerungszulage fest. Er berücksichtigt dabei die Situation des kantonalen Finanzhaushaltes sowie das wirtschaftliche Umfeld. Auf Grund der gegenüber dem KEF Vorjahr verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen wird in der Finanzplanung vorgesehen, die für die Jahre 2007 bis 2010 erwartete Teuerung in den Folgejahren vollständig auszugleichen.

Die verbesserte finanzpolitische Ausgangslage erlaubt es, gemäss § 16 Abs. 1 der Personalverordnung (PVO) auf den 1. Januar 2008 den Stufenaufstieg einzuplanen für Angestellte in den Erfahrungsstufen, die mindestens mit „gut“ qualifiziert werden. Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung im KEF 2010-2013 ist gefährdet, weil dann der einmalige Golderlös im 2005 aus der Berechnung fällt. Deshalb werden keine weiteren Stufenaufstiege in die Planung aufgenommen.

Für Beförderungen dürfen 2008 0,4% der Lohnsumme verwendet werden. Davon sind 0,2% der Lohnsumme aus Rotationsgewinnen zu finanzieren. Sofern die Rotationsgewinne einer Leistungsgruppe in einem Planjahr weniger als 0,2% der Lohnsumme betragen, darf die Vorgabe für Beförderungen um höchstens 0,2% überschritten werden. Der Gewinn aus Rotationen wird überprüft. Für die Planjahre 2009 bis 2011 beträgt die Beförderungsquote neu 0,6%. Die Leistungsgruppen dürfen für Beförderungen zusätzlich neu 0,4% der Lohnsumme aus Rotationsgewinnen verwenden.

Für das Jahr 2010 ist im KEF 2008-2011 eine Lohnsummenentwicklung von 1,7% vorgesehen. Im KEF Vorjahr haben die Leistungsgruppen für 2010 eine Erhöhung von 3,2% eingestellt, weil der Regierungsrat mit den Richtlinien den vollen Teuerungsausgleich und einen Stufenaufstieg vorgegeben hatte (einschliesslich Beförderungen insgesamt 3,2%). Mit der Festlegung des KEF Vorjahr am 13. September 2006 hat er wegen des verfehlten mittelfristigen Haushaltsausgleichs die Lohnsummenentwicklung für 2010 jedoch auf 0,7% herabgesetzt, auf das Niveau der Jahre 2007 bis 2009. Der entsprechende Minderaufwand von 2,5% der Lohnsumme oder 100 Mio. Franken ist zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen, eingestellt und in den einzelnen Leistungsgruppen nicht korrigiert worden. Über den ganzen Staatshaushalt hinweg war die Lohnsumme für 2010 im KEF Vorjahr deshalb richtig, in den Leistungsgruppen jedoch zu hoch.

#### Arbeitgeberbeiträge in die Beamtenversicherungskasse

Die Arbeitgeberbeiträge an die Beamtenversicherungskasse (BVK) werden wie im KEF Vorjahr mit durchschnittlich 13,1% der versicherten Lohnsumme (Grundlohn minus Koordinationsabzug mal Beschäftigungsgrad) budgetiert. Der Koordinationsabzug beträgt Fr. 23'205. Der Mindestlohn für die Aufnahme in die berufliche Vorsorge beträgt Fr. 19'890. Für die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge sind die tatsächlichen altersspezifischen Gegebenheiten gemäss § 64 der Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal zu berücksichtigen.

#### Nettoinvestitionen und Abschreibungen

Es wird angenommen, dass die Investitionsbudgets der Jahre 2007-2011 wie in den letzten Jahren nicht voll ausgeschöpft werden. Als Richtwert wird für die Berechnung der Abschreibungen von einer Auslastung der Investitionsbudgets von 85% ausgegangen. Die Finanzdirektion hat deshalb den Abschreibungsaufwand in der Erfolgsrechnung 2008-2011 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 „Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen“ um 13, 26, 40 und 53 Mio. Franken ohne gleichzeitige Verminderung der Nettoinvestitionen gekürzt.

### Interne Verrechnungen

Der Abgleich der Internen Verrechnungen ist erstmals auch für die Jahre 2009-2011 detailliert erfolgt, weshalb nur noch kleine Differenzen zwischen aufwand- und ertragsseitigen internen Verrechnungen zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 „Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen“ ausgeglichen werden mussten.

### Kapital- und Zinsaufwand

Der Kapital- und Zinsaufwand ist auf der Grundlage der materiellen Festlegung KEF im Juli 2007 berechnet und eingestellt.

### Rundungsregeln

Die in den Tabellen und Abbildungen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**II. Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt**

Tabelle 15: Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt 2006-2011

in Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Erfolgsrechnung</b>						
Aufwand ohne interne Verrechnungen	-10'422	-10'068	-10'749	-11'016	-11'162	-11'349
Ertrag ohne interne Verrechnungen	10'537	9'781	10'773	10'983	11'208	11'476
Saldo	115	-287	24	-33	46	127
<b>Investitionsrechnung</b>						
Total der Ausgaben	-1'323	-1'454	-1'379	-1'501	-1'300	-1'269
Total der Einnahmen	478	446	412	415	325	245
Nettoinvestitionen	-845	-1'008	-967	-1'086	-975	-1'025
<b>Finanzierung</b>						
Selbstfinanzierung	764	339	677	610	700	797
Nettoinvestitionen	-845	-1'008	-967	-1'086	-975	-1'025
Finanzierungssaldo	-80	-668	-290	-476	-274	-228
Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen	90.5%	33.7%	70.0%	56.2%	71.8%	77.8%
<b>Bestandesrechnung</b>						
	Rechnung 2006 31.12.06	Planbilanz 2007 31.12.07	Planbilanz 2008 31.12.08	Planbilanz 2009 31.12.09	Planbilanz 2010 31.12.10	Planbilanz 2011 31.12.11
Finanzvermögen <sup>1)</sup>	4'678	4'678	4'678	4'678	4'678	4'678
Verwaltungsvermögen	7'417	7'847	8'188	8'636	8'936	9'272
Total Aktiven	12'095	12'525	12'866	13'314	13'614	13'950
Fremdkapital	8'916	9'610	9'918	10'477	10'797	11'051
Spezialfonds	1'042	1'066	1'075	996	931	886
Eigenkapital	2'137	1'849	1'873	1'840	1'886	2'014
Total Passiven	12'095	12'525	12'866	13'314	13'614	13'950
<b>Finanzkennzahlen</b>						
in %	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
Steuerquote	4.9%	5.0%	5.2%	5.2%	5.3%	5.3%
Staatsquote	11.1%	10.7%	11.1%	11.2%	10.8%	10.6%

<sup>1)</sup> Annahmen: Finanzvermögen ab 2006 konstant.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



## III. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen

## Aufwand Erfolgsrechnung

Tabelle 16: Aufwand 2006-2011

in Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
30 Personalaufwand	-3'708	-3'125	-3'363	-3'373	-3'424	-3'475
31 Sachaufwand	-1'230	-1'023	-996	-989	-982	-977
32 Passivzinsen	-245	-237	-222	-195	-186	-176
33 Abschreibungen	-740	-676	-714	-729	-765	-779
34 Anteile, Beiträge ohne Zweckbindung	-345	-320	-868	-881	-863	-871
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	-84	-83	-82	-84	-85	-90
36 Eigene Beiträge	-3'290	-3'911	-3'887	-4'189	-4'274	-4'390
37 Durchlaufende Beiträge	-624	-637	-569	-561	-566	-572
38 Einlagen in Spezialfonds, Spezialfinanzierungen, Rückstellungen, Rücklagen	-157	-56	-48	-17	-16	-18
<b>Total (ohne interne Verrechnungen)</b>	<b>-10'422</b>	<b>-10'068</b>	<b>-10'749</b>	<b>-11'016</b>	<b>-11'162</b>	<b>-11'349</b>

Tabelle 17: Veränderung Aufwand zu Vorjahr der Planperiode 2008-2011

in Mio. Franken / in % + Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung zu Vorjahr							
	B08-B07		KEF09-B08		KEF10-KEF09		KEF11-KEF10	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-238	-7.6%	-10	-0.3%	-51	-1.5%	-51	-1.5%
31 Sachaufwand	+28	+2.7%	+7	+0.7%	+7	+0.7%	+6	+0.6%
32 Passivzinsen	+15	+6.2%	+27	+12.2%	+9	+4.7%	+10	+5.4%
33 Abschreibungen	-39	-5.7%	-14	-2.0%	-36	-4.9%	-15	-1.9%
34 Anteile, Beiträge ohne Zweckbindung	-548	-171%	-12	-1%	+17	+2.0%	-8	-0.9%
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	+1	+0.8%	-2	-2.3%	-1	-1.6%	-5	-6.2%
36 Eigene Beiträge	+24	+0.6%	-302	-7.8%	-85	-2.0%	-116	-2.7%
37 Durchlaufende Beiträge	+68	+10.7%	+8	+1.5%	-6	-1.0%	-6	-1.0%
38 Einlagen in Spezialfonds, Spezialfinanzierungen, Rückstellungen, Rücklagen	+8	+14.5%	+31	+65.4%	+0.1	+0.5%	-2	-11.6%
<b>Total (ohne interne Verrechnungen)</b>	<b>-681</b>	<b>-6.8%</b>	<b>-267</b>	<b>-2.5%</b>	<b>-146</b>	<b>-1.3%</b>	<b>-187</b>	<b>-1.7%</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**Ertrag Erfolgsrechnung**

Tabelle 18: Ertrag 2006-2011

in Mio. Franken		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
40	Steuern	4'985	5'190	5'509	5'690	5'917	6'149
41	Regalien und Konzessionen	9	7	6	6	6	6
42	Vermögenserträge	361	304	400	341	333	332
43	Entgelte	1'710	978	1'030	1'030	1'008	1'020
44	Anteile, Beiträge ohne Zweckbindung	882	771	983	986	989	992
45	Rückerstattungen von Gemeinwesen	826	839	1'012	1'016	1'026	1'040
46	Beiträge für eigene Rechnung	1'018	1'022	1'226	1'259	1'281	1'302
47	Durchlaufende Beiträge	624	637	569	561	566	572
48	Entnahmen aus Spezialfonds	122	32	38	95	81	63
<b>Total (ohne interne Verrechnungen)</b>		<b>10'537</b>	<b>9'781</b>	<b>10'773</b>	<b>10'983</b>	<b>11'208</b>	<b>11'476</b>

Tabelle 19: Veränderung Ertrag zu Vorjahr der Planperiode 2008-2011

in Mio. Franken / in % + Verbesserung, - Verschlechterung		Veränderung zu Vorjahr							
		B08-B07		KEF09-B08		KEF10-KEF09		KEF11-KEF10	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
40	Steuern	+319	+6.1%	+181	+3.3%	+227	+4.0%	+232	+3.9%
41	Regalien und Konzessionen	-1.1	-16.5%	-0.1	-1.7%	-0.0	-0.9%	-	-
42	Vermögenserträge	+96	+31.6%	-59	-14.7%	-8	-2.2%	-2	-0.5%
43	Entgelte	+52	+5.3%	-1	-0.1%	-22	-2.1%	+12	+1.1%
44	Anteile, Beiträge ohne Zweckbindung	+211	+27.4%	+3	+0.3%	+4	+0.4%	+3	+0.3%
45	Rückerstattungen von Gemeinwesen	+173	+20.6%	+5	+0.5%	+10	+0.9%	+14	+1.3%
46	Beiträge für eigene Rechnung	+204	+20.0%	+33	+2.7%	+22	+1.8%	+21	+1.7%
47	Durchlaufende Beiträge	-68	-10.7%	-8	-1.5%	+6	+1.0%	+6	+1.0%
48	Entnahmen aus Spezialfonds	+6	+20.2%	+57	> 100%	-14	-14.5%	-18	-21.9%
<b>Total (ohne interne Verrechnungen)</b>		<b>+992</b>	<b>+10.1%</b>	<b>+210</b>	<b>+2.0%</b>	<b>+225</b>	<b>+2.0%</b>	<b>+268</b>	<b>+2.4%</b>

Tabelle 20: Steuererträge 2006-2011, Leistungsgruppe Nr. 4910 Steuern (netto)

in Mio. Franken		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>4910 Steuererträge</b>		<b>5'289</b>	<b>5'376</b>	<b>5'725</b>	<b>5'906</b>	<b>6'134</b>	<b>6'369</b>
4910.01	Staatssteuern	4'256	4'426	4'771	4'950	5'176	5'409
4910.02	Direkte Bundessteuer	645	543	525	525	525	525
4910.03	Erbschafts- und Schenkungssteuer	211	219	190	190	190	190
4910.04	Quellensteuer	144	162	170	170	170	170
4910.05	Verrechnungssteuern	34	25	69	71	73	75

Tabelle 21: Veränderung Steuererträge zu Vorjahr der Planperiode 2008-2011

in Mio. Franken / in % + Verbesserung, - Verschlechterung		Veränderung zu Vorjahr							
		B08-B07		KEF09-B08		KEF10-KEF09		KEF11-KEF10	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<b>4910 Steuererträge</b>		<b>+349</b>	<b>+6.5%</b>	<b>+181</b>	<b>+3.2%</b>	<b>+228</b>	<b>+3.9%</b>	<b>+235</b>	<b>+3.8%</b>
4910.01	Staatssteuern	+345	+7.8%	+179	+3.7%	+226	+4.6%	+233	+4.5%
4910.02	Direkte Bundessteuer	-18	-3.3%	-	-	-	-	-	-
4910.03	Erbschafts- und Schenkungssteuer	-29	-13.2%	-	-	-	-	-	-
4910.04	Quellensteuer	+8	+4.7%	+0.5	+0.3%	+0.1	+0.1%	-	-
4910.05	Verrechnungssteuern	+43	+170%	+2	+3.1%	+2	+3.0%	+2	+2.9%

**IV. Investitionsrechnung nach Sachgruppen****Investitionsausgaben**

Tabelle 22: Investitionsausgaben 2006-2011

in Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
501 Tiefbauten	-613	-611	-543	-529	-443	-344
503 Hochbauten	-236	-295	-283	-429	-434	-439
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-91	-82	-76	-67	-58	-54
52 Darlehen und Beteiligungen	-102	-15	-12	-30	-13	-13
56 Eigene Beiträge	-262	-434	-448	-430	-336	-405
57 Durchlaufende Beiträge	-15	-13	-12	-12	-12	-12
Übriges	-3	-5	-4	-4	-4	-3
<b>Total</b>	<b>-1'323</b>	<b>-1'454</b>	<b>-1'379</b>	<b>-1'501</b>	<b>-1'300</b>	<b>-1'269</b>

Tabelle 23: Veränderung Investitionsausgaben zu Vorjahr der Planperiode 2008-2011

in Mio. Franken / in % + Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung zu Vorjahr							
	B08-B07		KEF09-B08		KEF10-KEF09		KEF11-KEF10	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
501 Tiefbauten	+67	+11.0%	+15	+2.7%	+86	+16.2%	+99	+22.3%
503 Hochbauten	+11	+3.8%	-146	-51.6%	-4	-1.0%	-5	-1.2%
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	+7	+8.3%	+9	+11.5%	+9	+13.3%	+4	+7.5%
52 Darlehen und Beteiligungen	+3	+20.0%	-18	-150%	+17	+58.0%	-	-
56 Eigene Beiträge	-14	-3.3%	+18	+4.0%	+94	+21.9%	-69	-20.4%
57 Durchlaufende Beiträge	+0.9	+7.1%	+0.0	+0.1%	-0.0	-0.2%	-0.0	-0.2%
Übriges	+0.4	+7.6%	+0.5	+10.6%	-0.0	-0.3%	+0.6	+15.8%
<b>Total</b>	<b>+75</b>	<b>+5.2%</b>	<b>-122</b>	<b>-8.9%</b>	<b>+202</b>	<b>+13.4%</b>	<b>+30</b>	<b>+2.3%</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**Investitionseinnahmen**

Tabelle 24: Investitionseinnahmen 2006-2011

in Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
60 Abgang von Sachgütern	0.1	-	-	-	-	-
61 Nutzungsabgaben und Vorteilsentgelte	5	2	2	3	2	2
62 Rückzahlungen Darlehen, Beteiligungen	11	9	8	8	8	8
63 Rückerstattungen für Sachgüter	9	8	12	8	8	6
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen	3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
66 Beiträge für eigene Rechnung	436	414	378	384	295	217
67 Durchlaufende Beiträge	15	13	12	12	12	12
<b>Total</b>	<b>478</b>	<b>446</b>	<b>412</b>	<b>415</b>	<b>325</b>	<b>245</b>

Tabelle 25: Veränderung Investitionseinnahmen zu Vorjahr der Planperiode 2008-2011

in Mio. Franken / in % + Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung zu Vorjahr							
	B08-B07		KEF09-B08		KEF10-KEF09		KEF11-KEF10	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
60 Abgang von Sachgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
61 Nutzungsabgaben und Vorteilsentgelte	-0.2	-10.2%	+0.9	48.5%	-0.6	-21.4%	-	-
62 Rückzahlungen Darlehen, Beteiligungen	-1.0	-11.0%	-	-	-0.5	-6.2%	-	-
63 Rückerstattungen für Sachgüter	+4.3	56.1%	-4.4	-36.3%	-0.1	-1.8%	-2.0	-25.9%
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen	-	-	-	-	-	-	-	-
66 Beiträge für eigene Rechnung	-36	-8.8%	+6	1.7%	-89	-23.2%	-78	-26.5%
67 Durchlaufende Beiträge	-0.9	-7.1%	-0.0	-0.1%	+0.0	0.2%	+0.0	0.2%
<b>Total</b>	<b>-34</b>	<b>-7.6%</b>	<b>+3</b>	<b>+0.7%</b>	<b>-90</b>	<b>-21.8%</b>	<b>-80</b>	<b>-24.6%</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



## V. Finanzielle Entwicklung nach Direktionen

Tabelle 26: Saldo Erfolgsrechnung 2006-2011 nach Direktionen

in Mio. Franken / in % + Ertragsüberschuss, Verbesserung / - Aufwandüberschuss, Verschlechterung		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
Regierungsrat u. Staatskanzlei	Saldo	-18.4	11.3	-11.4	-2.9	0.5	2.3
	Veränd. absolut		+29.7	-22.7	+8.5	+3.4	+1.8
	Veränd. %		n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
davon Regierungsrat u. Staatskanzlei (ohne San04 und MH06)	Saldo	-16.3	-17.0	-18.6	-18.8	-19.0	-19.2
	Veränd. absolut		-0.7	-1.5	-0.2	-0.2	-0.2
	Veränd. %		-4.3%	-9.0%	-1.2%	-1.0%	-1.0%
Justiz und Inneres <sup>1)</sup>	Saldo	-552.6	-591.8	-580.6	-601.8	-587.8	-597.9
	Veränd. absolut		-39.2	+11.3	-21.3	+14.1	-10.1
	Veränd. %		-7.1%	+1.9%	-3.7%	+2.3%	-1.7%
Sicherheit	Saldo	-1'211.5	-1'279.9	-980.0	-953.6	-981.4	-1'002.6
	Veränd. absolut		-68.4	+299.9	+26.5	-27.8	-21.3
	Veränd. %		-5.6%	+23.4%	+2.7%	-2.9%	-2.2%
Finanzen	Saldo	5'532.7	5'544.6	5'710.5	5'864.3	6'115.2	6'379.8
	Veränd. absolut		+11.9	+165.9	+153.8	+250.9	+264.6
	Veränd. %		+0.2%	+3.0%	+2.7%	+4.3%	+4.3%
davon Steuererträge	Saldo	5'288.8	5'375.8	5'724.6	5'905.7	6'134.0	6'369.1
	Veränd. absolut		+87.0	+348.9	+181.1	+228.2	+235.1
	Veränd. %		+1.6%	+6.5%	+3.2%	+3.9%	+3.8%
davon Ämter Finanzen (ohne Steuern, Kapital- dienst, Zinsen)	Saldo	-167.8	-181.5	-176.0	-184.6	-189.1	-192.2
	Veränd. absolut		-13.7	+5.5	-8.6	-4.5	-3.1
	Veränd. %		-8.2%	+3.0%	-4.9%	-2.4%	-1.6%
Volkswirtschaft <sup>2)</sup>	Saldo	-269.2	-295.5	-305.9	-333.2	-341.1	-353.3
	Veränd. absolut		-26.3	-10.4	-27.3	-7.8	-12.2
	Veränd. %		-9.8%	-3.5%	-8.9%	-2.4%	-3.6%
Gesundheit	Saldo	-1'020.5	-1'170.1	-1'196.7	-1'334.4	-1'381.3	-1'438.1
	Veränd. absolut		-149.5	-26.6	-137.7	-46.9	-56.9
	Veränd. %		-14.7%	-2.3%	-11.5%	-3.5%	-4.1%
Bildung	Saldo	-1'978.4	-2'118.8	-2'226.5	-2'322.9	-2'375.8	-2'440.8
	Veränd. absolut		-140.4	-107.7	-96.4	-52.9	-65.0
	Veränd. %		-7.1%	-5.1%	-4.3%	-2.3%	-2.7%
Bauten <sup>2)</sup>	Saldo	-240.4	-244.7	-247.0	-207.0	-256.0	-271.0
	Veränd. absolut		-4.3	-2.4	+40.0	-48.9	-15.1
	Veränd. %		-1.8%	-1.0%	+16.2%	-23.6%	-5.9%
Behörden	Saldo	-14.1	-15.3	-15.8	-15.7	-15.8	-16.1
	Veränd. absolut		-1.2	-0.5	+0.1	-0.1	-0.2
	Veränd. %		-8.2%	-3.5%	+0.8%	-0.9%	-1.4%
Rechtspflege	Saldo	-112.7	-127.2	-122.4	-125.3	-130.4	-135.0
	Veränd. absolut		-14.5	+4.8	-2.9	-5.1	-4.5
	Veränd. %		-12.9%	+3.8%	-2.4%	-4.1%	-3.5%
<b>Total</b>	<b>Saldo</b>	<b>115</b>	<b>-287</b>	<b>24</b>	<b>-33</b>	<b>46</b>	<b>127</b>

<sup>1)</sup> Der Saldo der Erfolgsrechnung der Justiz und Inneres wird nach der Ausgliederung des Datenschutzbeauftragten ab 2008 auch rückwirkend für die Jahre 2006 und 2007 bereinigt ausgewiesen. Die Abweichungen sind damit bereinigt ausgewiesen.

<sup>2)</sup> Die Auswirkungen der Umorganisationen zwischen der Volkswirtschafts- und der Baudirektion ab 2007 wurden für den Saldo der Erfolgsrechnung 2006 rückwirkend nachvollzogen. Die Abweichungen sind damit bereinigt ausgewiesen.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 27: Nettoinvestitionen 2006-2011 nach Direktionen

in Mio. Franken / in % + Einnahmenüberschuss, Verbesserung / - Ausgabenüberschuss, Verschlechterung		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
Regierungsrat u. Staatskanzlei	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-	-	-1.3	-	-	-
Justiz und Inneres	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-14.6	-15.3 -0.7 -4.7%	-16.6 -1.3 -8.3%	-15.3 +1.3 +8.0%	-16.6 -1.3 -8.5%	-10.7 +5.9 +35.3%
Sicherheit	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-29.0	-61.1 -32.1 -110.6%	-64.8 -3.6 -5.9%	-41.3 +23.5 +36.3%	-42.0 -0.7 -1.7%	-48.2 -6.2 -14.9%
Finanzen	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-20.8	-24.7 -3.9 -18.5%	-23.0 +1.7 +7.0%	-41.7 -18.7 -81.6%	-22.1 +19.6 +46.9%	-13.2 +8.9 +40.2%
Volkswirtschaft <sup>1)</sup>	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-205.9	-474.9 -268.9 -130.6%	-425.0 +49.9 +10.5%	-391.7 +33.3 +7.8%	-283.3 +108.3 +27.7%	-296.0 -12.7 -4.5%
Gesundheit	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-185.4	-152.7 +32.7 +17.6%	-144.6 +8.1 +5.3%	-149.4 -4.8 -3.3%	-165.2 -15.8 -10.6%	-163.3 +2.0 +1.2%
Bildung	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-123.2	-175.1 -51.9 -42.1%	-187.3 -12.2 -6.9%	-192.0 -4.7 -2.5%	-237.8 -45.8 -23.8%	-304.3 -66.5 -28.0%
Bauten <sup>1)</sup>	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-258.6	-88.9 +169.7 +65.6%	-86.0 +3.0 +3.3%	-228.7 -142.7 -166.1%	-181.4 +47.3 +20.7%	-162.7 +18.7 +10.3%
Behörden	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-0.0	-	-	-	-0.3	-0.1
Rechtspflege	Nettoinvestitionen Veränd. absolut Veränd. %	-6.9	-15.0 -8.1 -117.2%	-18.2 -3.2 -21.5%	-26.2 -8.0 -43.7%	-26.2 -0.1 -0.3%	-26.2 +0.1 +0.3%
<b>Total</b>	<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-845</b>	<b>-1'008</b>	<b>-967</b>	<b>-1'086</b>	<b>-975</b>	<b>-1'025</b>

<sup>1)</sup> Die Auswirkungen der Umorganisationen zwischen der Volkswirtschafts- und der Baudirektion ab 2007 können für die Nettoinvestitionen 2006 nicht vollständig bereinigt abgebildet werden, weshalb ein Vergleich in diesen beiden Direktionen verzerrt ist.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



## VI. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten

Tabelle 28: Durchlaufende Beiträge 2006-2011

in Mio. Franken + Entlastung, - Belastung	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Erfolgsrechnung</b>						
Bund	-	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0
Kantone	-0.1	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Gemeinden	-149	-140	-61	-58	-58	-58
Eigene Anstalten	-266	-286	-304	-307	-314	-318
Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-11	-	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Private Institutionen	-198	-211	-204	-195	-194	-196
Private Haushalte	-	-	-	-	-	-
<b>Total Aufwand</b>	<b>-624</b>	<b>-637</b>	<b>-569</b>	<b>-561</b>	<b>-566</b>	<b>-572</b>
Bund	477	496	426	417	423	428
Kantone	136	136	137	138	138	139
Gemeinden	8	6	6	6	6	6
Eigene Anstalten	-	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1
Ausland	4	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Total Ertrag</b>	<b>624</b>	<b>637</b>	<b>569</b>	<b>561</b>	<b>566</b>	<b>572</b>
<b>Investitionsrechnung</b>						
Gemeinden	-8	-8	-7	-7	-7	-7
Eigene Anstalten	-5	-2	-3	-3	-3	-3
Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-0.1	-	-	-	-	-
Private Institutionen und Unternehmungen	-3	-3	-2	-2	-2	-2
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-15</b>	<b>-13</b>	<b>-12</b>	<b>-12</b>	<b>-12</b>	<b>-12</b>
Bund	15	13	12	12	12	12
Kantone	-	-	-	-	-	-
Eigene Anstalten	-	-	-	-	-	-
<b>Total Einnahmen</b>	<b>15</b>	<b>13</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>12</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 29: Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden 2006-2011

in Mio. Franken + Entlastung, - Belastung	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Bund</b>						
Aufwand <sup>1)</sup>	-625	-651	-144	-36	-38	-43
Ertrag	1'417	1'366	1'633	1'672	1'698	1'725
<b>Saldo</b>	<b>792</b>	<b>715</b>	<b>1'490</b>	<b>1'636</b>	<b>1'660</b>	<b>1'681</b>
Ausgaben	-35	-126	-96	-61	-67	-123
Einnahmen	429	412	373	383	294	216
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>394</b>	<b>286</b>	<b>276</b>	<b>323</b>	<b>227</b>	<b>93</b>
<b>Kantone</b>						
Aufwand	-37	-42	-609	-621	-631	-641
Ertrag	21	18	118	123	124	126
<b>Saldo</b>	<b>-16</b>	<b>-23</b>	<b>-491</b>	<b>-498</b>	<b>-507</b>	<b>-515</b>
Ausgaben	-	-	-1	-	-	-
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Gemeinden (ohne Ausgleichsfonds)</b>						
Aufwand	-813	-872	-938	-989	-981	-995
Ertrag	80	87	94	93	94	94
<b>Saldo</b>	<b>-734</b>	<b>-785</b>	<b>-845</b>	<b>-896</b>	<b>-887</b>	<b>-901</b>
Ausgaben	-99	-112	-129	-122	-119	-103
Einnahmen	3	4	3	3	3	3
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-97</b>	<b>-109</b>	<b>-126</b>	<b>-119</b>	<b>-116</b>	<b>-100</b>
<b>Ausgleichsfonds (Steuerkraftausgleich)</b>						
Aufwand	-262	-230	-257	-257	-257	-257
Ertrag	303	255	285	285	285	285
<b>Saldo</b>	<b>41</b>	<b>25</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>29</b>

<sup>1)</sup> Die Ablieferung der Erträge der Direkten Bundessteuern ist in der Staatsrechnung nicht als Aufwand erfasst.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 30: Finanzielle Beziehungen zu Dritten ohne Durchlaufende Beiträge und  
Rückerstattungen von Gemeinwesen 2006-2011

in Mio. Franken + Entlastung, - Belastung	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Eigene Anstalten</b>						
Aufwand	-633	-1'003	-1'125	-1'206	-1'250	-1'300
Ertrag	-	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
<b>Saldo</b>	<b>-633</b>	<b>-1'003</b>	<b>-1'125</b>	<b>-1'206</b>	<b>-1'249</b>	<b>-1'300</b>
Ausgaben	-6	-15	-13	-13	-13	-51
Einnahmen	0.3	-	5	-	-	-
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-5</b>	<b>-15</b>	<b>-8</b>	<b>-13</b>	<b>-13</b>	<b>-51</b>
<b>Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen</b>						
Aufwand	-339	-381	-375	-441	-444	-458
Ertrag	-	-	-	-	-	-
<b>Saldo</b>	<b>-339</b>	<b>-381</b>	<b>-375</b>	<b>-441</b>	<b>-444</b>	<b>-458</b>
Ausgaben	-193	-139	-141	-162	-68	-61
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-193</b>	<b>-139</b>	<b>-141</b>	<b>-162</b>	<b>-68</b>	<b>-61</b>
<b>Private Institutionen und Unternehmungen</b>						
Aufwand	-437	-513	-734	-918	-908	-908
Ertrag	1	1	1	1	1	1
<b>Saldo</b>	<b>-435</b>	<b>-512</b>	<b>-733</b>	<b>-917</b>	<b>-907</b>	<b>-907</b>
Ausgaben	-31	-57	-80	-102	-82	-79
Einnahmen	8	7	6	6	5	5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-23</b>	<b>-50</b>	<b>-74</b>	<b>-97</b>	<b>-77</b>	<b>-74</b>
<b>Private Haushalte</b>						
Aufwand	-572	-622	-655	-685	-715	-749
Ertrag	-	-	-	-	-	-
<b>Saldo</b>	<b>-572</b>	<b>-622</b>	<b>-655</b>	<b>-685</b>	<b>-715</b>	<b>-749</b>
<b>Übrige</b>						
Aufwand	-	-	-	-	-	-
Ertrag	78	66	78	70	68	64
<b>Saldo</b>	<b>78</b>	<b>66</b>	<b>78</b>	<b>70</b>	<b>68</b>	<b>64</b>
Ausgaben	-	-	-	-	-	-
Einnahmen	6	1	-	-	-	-
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



## VII. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

### ...quote = Verhältnis zum Volkseinkommen

Steuerquote: Staatssteuern in Prozent des Volkseinkommens

Staatsquote: Konsolidierte Gesamtausgaben (Ausgaben ohne Abschreibungen, Einlagen in Bestandeskonti von Spezialfonds und -finanzierungen sowie Rückstellungen und Rücklagen, Interne Verrechnungen und Durchlaufende Beiträge) in Prozent des Volkseinkommens

Aufwandquote: Aufwand ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Fondseinlagen aus allgemeinen Staatsmitteln sowie Einlagen in Rückstellungen und Rücklagen in Prozent des Volkseinkommens

(Netto) Investitionsquote: Nettoinvestition in Prozent des Volkseinkommens (auch als Kennzahl für Bruttoinvestition)

### ...grad = Verhältnis zu den Nettoinvestitionen

Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen

Neuverschuldungsgrad: Finanzierungsfehlbetrag (+) / -überschuss (-) in Prozent der Nettoinvestitionen

### ...anteil = Verhältnis zum (bereinigten) Ertrag

Selbstfinanzierungsanteil: Selbstfinanzierung (Abschreibungen des Verwaltungsvermögens, Fondseinlagen und -entnahmen aus allgemeinen Staatsmitteln sowie Einlagen und Entnahmen von Rückstellungen und Rücklagen und Saldo Erfolgsrechnung) in Prozent des Ertrags ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Fondsentnahmen aus allgemeinen Staatsmitteln sowie Entnahmen aus Rückstellungen und Rücklagen

Kapitaldienstanteil: Passivzinsen und ordentliche Abschreibung des Verwaltungsvermögens abzüglich Nettovermögensertrag (Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand und Abschreibung für Liegenschaften des Finanzvermögens und bis 2001 abzüglich Anteil am Nationalbankgewinn) in Prozent des Ertrags ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Fondsentnahmen aus allgemeinen Staatsmitteln sowie Entnahmen aus Rückstellungen und Rücklagen

Eigenkapitalanteil: Eigenkapital (inkl. Rückstellungen) einschliesslich Fondskapitalien gebildet aus allgemeinen Staatsmitteln in Prozent des Ertrags ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Fondsentnahmen aus allgemeinen Staatsmitteln sowie Entnahmen aus Rückstellungen und Rücklagen

Zinsbelastungsanteil: Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag (Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand und Abschreibung für Liegenschaften des Finanzvermögens und bis 2001 abzüglich Anteil am Nationalbankgewinn) in Prozent des Ertrags ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Fondsentnahmen aus allgemeinen Staatsmitteln sowie Entnahmen aus Rückstellungen und Rücklagen.



Tabelle 31: Kennzahlen 2000-2011

in %	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Steuerquote	5.2	6.0	6.2	5.1	4.8	4.8
Staatsquote	11.0	12.3	12.9	11.8	11.5	11.4
Aufwandquote	10.9	12.4	12.5	11.5	11.0	10.9
Netto-Investitionsquote	0.4	0.2	0.8	0.7	0.8	0.8
Brutto-Investitionsquote	1.5	1.3	1.7	1.2	1.4	1.4
Selbstfinanzierungsgrad	458.6	479.8	150.9	17.4	41.0	278.1
Neuverschuldungsgrad	-358.6	-379.8	-50.9	82.6	59.0	-178.1
Selbstfinanzierungsanteil	16.6	8.3	9.4	1.1	2.9	18.0
Kapitaldienstanteil	2.5	5.7	8.1	7.2	5.4	4.3
Eigenkapitalanteil	17.0	19.9	20.9	16.8	13.6	24.3
Zinsbelastungsanteil	-6.5	0.4	0.6	0.5	-0.5	-0.8

in %	2006	B 2007	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
Steuerquote	4.9	5.0	5.2	5.2	5.3	5.3
Staatsquote	11.1	10.7	11.1	11.2	10.8	10.6
Aufwandquote	10.6	9.9	10.5	10.5	10.3	10.2
Netto-Investitionsquote	0.9	1.1	1.0	1.1	0.9	1.0
Brutto-Investitionsquote	1.4	1.5	1.4	1.5	1.3	1.2
Selbstfinanzierungsgrad	90.5	33.7	70.0	56.2	71.8	77.8
Neuverschuldungsgrad	9.5	66.3	30.0	43.8	28.2	22.2
Selbstfinanzierungsanteil	7.8	3.7	6.6	5.9	6.6	7.3
Kapitaldienstanteil	5.6	5.7	4.5	4.8	5.0	5.0
Eigenkapitalanteil	28.6	28.0	25.6	24.8	24.6	25.0
Zinsbelastungsanteil	-1.1	-0.6	-1.7	-1.3	-1.3	-1.4

Für die Kennzahlenberechnung der Quoten wird auf das kantonale Volkseinkommen abgestützt. Die aktuellste Angabe zum Zürcher Volkseinkommen des Bundesamtes für Statistik betrifft 2005 und das auch nur provisorisch. Die Volkseinkommen für 2006 bis 2011 sind auf Grund von Schätzungen zum Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes und der Konsumentenpreise hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten ab 2005 werden deshalb noch ändern.





# Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei





**Staatskanzlei** Seiten 77–90

**Direktion für Justiz und Inneres** Seiten 91–162

**Sicherheitsdirektion** Seiten 163–200

**Finanzdirektion** Seiten 201–254

**Volkswirtschaftsdirektion** Seiten 255–316

**Gesundheitsdirektion** Seiten 317–358

**Bildungsdirektion** Seiten 359–424

**Baudirektion** Seiten 425–484





## Staatskanzlei

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Überblick
- 2.2 Umfeldanalyse

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Übrige Investitionen
- 4.2 Finanzielle Entwicklung
  - 4.2.1 Übersicht
  - 4.2.2 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Projekte



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

- Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) ist am 6. Juni 2005 vom Kantonsrat verabschiedet worden. Am 21. September 2005 konnte nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist die Rechtskraft festgestellt werden. Das neue Gesetz und die zum Vollzug notwendige Verordnung wurden auf 1. September 2007 in Kraft gesetzt. Das neue Organisationsrecht ersetzt das bisherige Gesetz von 1899 und bringt für die kantonale Verwaltung eine der heutigen Zeit angepasste Regelung der Aufgaben und Pflichten. Für die Staatskanzlei werden sich vor allem Änderungen im Bereich Planung und Controlling ergeben.
- Bis zur vollständigen Umsetzung aller im Rahmen des Sanierungsprogrammes 04 (San.04) und des Massnahmenplans Haushaltsanierung 06 (MH 06) erlassenen Beschlüsse werden die beiden Leistungsgruppen 1990 und 1991 geführt. Querschnittmassnahmen, welche nicht direkt den einzelnen Amtsstellen zugeordnet werden können, werden solange in diesen Leistungsgruppen erfasst, bis sie in den davon betroffenen Bereichen vollzogen sind.
- Mit Beschluss vom 4. April 2007 hat der Regierungsrat entschieden, die Stabsstelle e-Government unbefristet in der Staatskanzlei weiter zu führen. Darin beauftragte er diese mit dem Ausbau des bisherigen sowie der Erstellung von neuen e-Government Angeboten.

### 1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011
<b>Saldo Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	16	19	19	-
KEF 2008-2011	-12	-3	0	2
Veränderung	-28	-16	-19	-
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-	-	-	-
KEF 2008-2011	-1.3	-	-	-
Veränderung	-1.3	-	-	-

- Die Staatskanzlei hat alle ihr aus den beiden Massnahmenpaketen San.04 und MH 06 aufgetragenen vollziehbaren Massnahmen bis Ende 2006 umgesetzt. Die sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen sind in der Leistungsgruppe 1000, Regierungsrat und Staatskanzlei, ab 2007 berücksichtigt.
- Die finanziellen Änderungen zum KEF Vorjahr ergeben sich aus den beiden Leistungsgruppen Querschnittmassnahmen Sanierungsprogramme San04 und MH06 (LG 1990 und 1991).

## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

### 2.1 Überblick

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates. Ihr obliegen gemäss OG RR vom 6. Juni 2005 und der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 18.



Juli 2007, VOG RR (beide Erlasse in Kraft ab 1. September 2007):

- Die Vorbereitung der Sitzungen des Regierungsrates, insbesondere die Prüfung der Anträge der Direktionen in formeller, redaktioneller und rechtlicher Hinsicht;
- die Rechtsberatung des Regierungsrates und die Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren;
- die Unterstützung des Regierungsrates bei der politischen Planung (Legislaturschwerpunkte) und bei der Berichterstattung über seine Tätigkeit (Geschäftsbericht);
- die Wahrnehmung verwaltungsübergreifender Koordinationsaufgaben (beispielsweise Europa- und grenzüberschreitende Fragen);
- die Unterstützung der Regierungsmitglieder in ihrer Vertretung des Kantons in interkantonalen und internationalen Konferenzen (regionale Regierungskonferenzen, Konferenz der Kantonsregierungen, Internationale Bodensee-Konferenz);
- das Controlling für den Regierungsrat;
- der Auf- und Ausbau der elektronischen Informations- und Transaktions-Angebote des Kantons sowie die Förderung von Kooperationen im Bereich e-Government;
- die Ausfertigung und der Versand der Beschlüsse des Regierungsrates sowie die redaktionelle und satzmässige Herstellung der amtlichen und weiterer Publikationen;
- die Planung und Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Regierungsrates, u.a. die Verantwortung für den Internet-Auftritt des Kantons und Intranet der Verwaltung;
- die Erbringung von Informatikdienstleistungen für den eigenen Bereich, für die Mitglieder des Regierungsrates und weitere Stellen der Verwaltung;
- die Organisation und Durchführung von Anlässen des Regierungsrates, Betreuung des Rathauses und dem Haus zum Rechberg;
- die Instruktion von Rekursen gegen Verfügungen der Direktionen, die durch den Regierungsrat zu entscheiden sind;
- die Erledigung des Postdienstes in der Zentralverwaltung sowie Besorgung des Weibeldienstes für den Kantonsrat, den Regierungsrat und die kirchlichen Synoden.
- die Ausführung von Überbeglaubigungen von Unterschriften zürcherischer Amtsträger gemäss § 246 Abs. 3 EG ZGB in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion.

## 2.2 Umfeldanalyse

Die Staatskanzlei erfüllt die ihr durch das Organisationsrecht und den Regierungsrat im Einzelfall zugewiesenen Aufgaben. Es bestehen keine weiteren Planungsgrundlagen für die Arbeit der Staatskanzlei.

Im Rahmen wichtiger Gesetzesrevisionen (Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Organisationsgesetz des Regierungsrates) soll auf der Grundlage der Instrumente der wirkungsorientierten Verwaltungsführung eine umfassende und kohärente Berichterstattung verwirklicht werden. Ein erster Schritt dazu erfolgte mit der Neugestaltung des Geschäftsberichtes des Regierungsrates. Mit der Einführung einer Leistungsplanung und des Leistungscontrollings werden diese Bestrebungen fortgeführt.

Für den Bereich Kommunikation ist eine immer stärkere Verwendung der elektronischen Medien wie Internet zu Lasten der Printmedien zu erwarten. Der Daten- und Informationsaustausch sowie der Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern wird künftig unter dem Einfluss der neuen Technologien immer mehr auf elektronischem Weg erfolgen. Dieser Trend soll mit weiteren e-Government-Projekten unterstützt werden.

Der Staatskanzlei wurde die operative Durchführung des Sanierungsprogramms 04 (San. 04) sowie des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 (MH 06) übertragen. Dies bindet vor allem personelle Ressourcen im Bereich Leistungscontrolling. Die Staatskanzlei ist weiterhin für die Vorbereitung und Umsetzung der dafür notwendigen Beschlüsse des Regierungsrates sowie entsprechende Reportings zuständig.



### 3. Strategische Ziele

#### **Ziel 1. Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings**

Das neue OG RR sowie die zugehörige Verordnung VOG RR (Inkraftsetzung per 1. September 2007) bilden die Grundlage für den Aufbau des Regierungscontrollings in der Staatskanzlei. Die Staatskanzlei als allgemeine Stabsstelle berät und unterstützt den Regierungsrat in Zukunft verstärkt bei der Wahrnehmung der Regierungsaufgaben. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung des Regierungsrates in der Planung und Steuerung. Die entsprechenden Verfahren und Instrumente sind bis 2011 zu verankern.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

→ Im Voranschlag und der KEF-Planung berücksichtigt.

#### **Ziel 2. Gezielte und abgestimmte Weiterentwicklung des e-Government Angebots**

Der Regierungsrat hat im April 2007 beschlossen, die gute Position des Kantons Zürich im e-Government zu festigen und auch in Zukunft dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft und die Bevölkerung die wichtigen und häufig anfallenden Behördengeschäfte bequem und für beide Seiten effizient abwickeln kann. Er hat die Stabsstelle e-Government beauftragt, eine kantonale e-Government-Strategie zu erarbeiten, die sich an die im Januar 2007 vom Bundesrat verabschiedete e-Government Strategie Schweiz anschliesst. Zudem soll eine e-Government Architektur etabliert werden, welche die einfache und rasche Einführung von verschiedensten elektronischen Verwaltungsprozessen ermöglicht. Der Fokus der entsprechenden Projekte liegt dabei auf der grossen Breitenwirkung, der Bedürfnisorientierung und einem ausgewogenen Kosten-Nutzen-Verhältnis.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

→ Im Voranschlag und der KEF-Planung berücksichtigt.

#### **Ziel 3. Koordination Aussenbeziehungen**

Optimale Voraussetzungen für directionsübergreifende Koordination der Aussenbeziehungen schaffen

Im Rahmen der Interessenwahrung des Kantons durch verstärkte Zusammenarbeit kommt der Staatskanzlei eine wesentliche Koordinationsfunktion zu (s. auch VOG RR). Zu deren Wahrnehmung müssen bewährte Instrumente (z.B. Leitung des KEGEF, neu KAB) weitergeführt und zusätzliche Instrumente geschaffen werden. Dazu gehört vornehmlich eine verstärkte Beobachtung und Bündelung kantonsinterner und externer Informationen zu den Aussenbeziehungen, damit Regierungsrat und Verwaltung möglichst früh, d.h. auch schon im vorparlamentarischen Verfahren, Entwicklungen auf Bundesebene erkennen können, die wesentliche staatspolitische und/oder finanzielle Auswirkungen auf den Kanton haben. Zu prüfen ist auch eine Intensivierung der Betreuung der Zürcher Deputation in den Eidgenössischen Räten, um dieser eine von der Staatskanzlei zu koordinierende objektive, sach- und zeitgerechte Information über die Interessen des Kantons auf Bundesebene zu vermitteln.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

→ Im Voranschlag und der KEF-Planung berücksichtigt.



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Ersatz Informatik-Ausrüstung der Staatskanzlei	-	-	0.2	-	-	-
Beitrag an "Haus der Kantone" Konferenz der Kantonsregierungen, KdK	-	-	1.1	-	-	-
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	-	-	<b>1.3</b>	-	-	-

### 4.2 Finanzielle Entwicklung

#### 4.2.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	5.8	1.2	0.9	1.0	1.0	1.0
Aufwand	-24.3	10.1	-12.4	-3.9	-0.5	1.3
Saldo	-18.5	11.3	-11.4	-2.9	0.5	2.3
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-	-	-1.3	-	-	-
Nettoinvestitionen	-	-	-1.3	-	-	-

#### 4.2.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Staatskanzlei mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	-0.2	-0.2	-19.0%	-17.1%
Aufwand	-22.5	-14.0	n.a.	n.a.
Saldo	-22.7	-14.2	n.a.	n.a.
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-	-	-	-
Ausgaben	-1.3	n.a.	n.a.	n.a.
Nettoinvestitionen	-1.3	n.a.	n.a.	n.a.

### Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

#### Erfolgsrechnung

Ertrag sinkt um 0.3 Mio. Franken oder 21.6%. Wichtigste Ursachen:

- 0.3 Mio. Erwartete Reduktion Rückerstattung Dritter.

Aufwand erhöht sich um 22.8 Mio. Franken. Wichtigste Ursache:

- 8 Mio. Querschnittprojekt Informatik in Direktionen enthalten.
- 4 Mio. Querschnittprojekt ZERZE in Direktionen enthalten.
- 12 Mio. Querschnittprojekt Beschaffung, Kürzung Einsparung
- 0.8 Mio. Erhöhung Stellen LG 1000 (e-Government, Leistungscontrollerdienst)
- 1 Mio. Sachaufwand LG 1000 (Ausbau e-Government, Kosten Projekt IKP Geschäftsbericht)
- + 1 Mio. Kosten Querschnittprojekt ZERZE tiefer
- + 2 Mio. Einsparung Querschnittprojekt Immobilien

#### Investitionsrechnung

2008 fallen einmalige Investitionen von 1.3 Mio. Franken an. Wichtigste Ursachen:

- 1.1 Mio. Beitrag „Haus der Kantone“
- 0.2 Mio. Ersatz EDV-Hardware Staatskanzlei

### Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

#### Erfolgsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Ertrag durchschnittlich um 0.3 Mio. oder 21.6% unter dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

- 0.3 Mio. Erwartete Reduktion Rückerstattung Dritter.

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Aufwand durchschnittlich um 14.2 Mio. über dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

- 12 Mio. Einsparungen der Querschnittprojekte ZERZE und Informatik wurden in den Budgets der Direktionen erfasst.
- 2 Mio. Einsparungen aus den Projekten Beschaffung und Immobilien wurden den neuen Voraussetzungen angepasst.

#### Investitionsrechnung

- keine



## **5. Leistungsgruppen**

**1000 Regierungsrat und Staatskanzlei**

**1990 Sanierungsprogramm 04, Querschnittmassnahmen**

**1991 Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06, Querschnittmassnahmen**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	2.7	1.2	-0.2	0.9	-0.2	1.0	-0.2	1.0	1.0	-64.5
Aufwand	-19.1	-18.2	-1.3	-19.5	-1.3	-19.8	-1.1	-20.0	-20.2	5.6
Saldo	-16.3	-17.0	-1.5	-18.6	-1.5	-18.8	-1.3	-19.0	-19.2	0.0
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben	0.0		-1.3	-1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2
Nettoinvestitionen	0.0		-1.3	-1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	62.8	63.4	4.2	66.5	4.7	67.0	4.7	67.0	67.0	

**Aufgaben**

- A1 Als Stabsstelle des Regierungsrates hat die Staatskanzlei diejenigen Leistungen zu erbringen, die ein reibungsloses Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde garantieren (Sitzungsvorbereitung, Rechts- und Politikberatung, Controlling, Veranstaltungsorganisation, Informationstätigkeit, Rekursinstruktion). Sie erbringt zudem Dienstleistungen für die Verwaltung (Postdienst, Informatik und e-Government).

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufbau und Umsetzung eines Regierungs- und Verwaltungscontrollings	2011	1
E2 Gezielte und abgestimmte Weiterentwicklung des e-Government Angebots	2011	2
E3 Koordination Aussenbeziehungen	2011	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Regierungsratsbeschlüsse	P	1'852	1'800	1'850	1'850	1'850	1'850
L2 Umfang Regierungsratsprotokoll in Anzahl Seiten	P	8'681	6'500	8'500	8'500	8'500	8'500
L3 Anzahl Ausfertigungen von Regierungsratsbeschlüssen	P	239'649	300'000	240'000	240'000	240'000	240'000
L4 Anzahl durch den Regierungsrat erledigte Rekurse	P	828	850	850	850	850	850
L5 ungedeckte Kosten pro erledigter Rekurs in CHF	max.	2'740	2'756	2'760	2'780	2'800	2'820
L6 Abgehende externe Postsendungen	P	5'142'294	5'100'000	5'150'000	5'150'000	5'150'000	5'150'000
L7 Ankommende externe Postsendungen	P	1'435'500	1'700'000	1'450'000	1'450'000	1'450'000	1'450'000
L8 Intern beförderte Postsendungen	P	723'250	720'000	725'000	725'000	725'000	725'000
L9 Erstellte Publikationsseiten	P	19'250	19'000	20'000	20'000	20'000	20'000
L10 Umfang des Amtsblattes in Zeitungsseiten	P	1'432	1'400	1'450	1'450	1'450	1'450
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

**Leistungsgruppe 1000 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-18.579
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.300

**Budget Leistungsgruppe 1000**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 1.0 Mio. Erweiterung der Abteilung e-Government
- 0.4 Mio. Erweiterung der Abteilung Leistungscontrollerdienst
- 0.1 Mio. 1 Stelle Rekursabteilung
- 0.1 Mio. 0.5 Stellen Aussenbeziehungen
- 0.1 Mio. 0.5 Stellen Kommunikationsabteilung
- 0.2 Mio. Kosten Projekt Zusammenlegung Rechnung/Geschäftsbericht

**Investitionsrechnung**

- 0.2 Mio. Ersatz der Informatik-Ausrüstung der Staatskanzlei
- 1.1 Mio. Beitrag an das "Haus der Kantone" der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang erhöht sich auf 66.5 Vollzeitstellen.
- +0.5 Stellen Kommunikationsabteilung
- +1.0 Stelle Rekursabteilung
- +3.0 Stellen Leistungscontrollerdienst
- +0.5 Stellen Aussenbeziehungen
- +0.9 Stellen e-Government
- -2.8 diverse Pensenreduktionen, Abbau und Umwandlung von Stellen

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Investitionsrechnung**

- 0.2 Mio. Ersatz der EDV-Hardware in der Staatskanzlei
- 1.1 Beitrag an das "Haus der Kantone" der Konferenz der Kantonsregierungen, KDK

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang erhöht sich auf 66.5 Vollzeitstellen.
- +0.5 Stellen Kommunikationsabteilung
- +1.0 Stelle Rekursabteilung
- +3.0 Stellen Leistungscontrollerdienst
- +0.5 Stellen Aussenbeziehungen
- +0.9 Stellen e-Government
- -2.8 diverse Pensenreduktionen, Abbau und Umwandlung von Stellen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	3.1									-100.0
Aufwand	-5.2	-1.7	-3.5	-0.8	-5.6	0.9	-5.0	1.5	1.5	-128.0
Saldo	-2.1	-1.7	-3.5	-0.8	-5.6	0.9	-5.0	1.5	1.5	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11.)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)		0.0								

**Aufgaben**

A1 Querschnittmassnahmen des Sanierungsprogramms 04, welche noch nicht einer Direktion zugeordnet werden können, werden in dieser Leistungsgruppe erfasst.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erfassung der Querschnittmassnahmen für das Sanierungsprogramm 04		0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe 1990	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.848
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 1990
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Optimierung der Raumdisposition, Umsetzung der Resultate aus dem wif! Projekt Nr. 50/3010
  - Zentralisierung des Rechnungswesens Querschnittprojekt ZERZE
- 

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- 1.2 Mio. Einsparung Fremdmieten Pojekt Raumdisposition
  - 1.0 Mio. Kosten Umzüge Projekt Raumdisposition
  - 1.0 Mio. Kosten Projekt ZERZE
- 

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- 2008, 1.0 Mio. Kosten Projekt ZERZE
  - 2009, 0.4 Mio. Kosten Projekt ZERZE
  - 
  - 2008, 1.0 Mio. Kosten Projekt Raumdisposition
  - 2009, 0.1 Mio. Kosten Projekt Raumdisposition
  - 
  - 2008, 1.2 Mio. Einsparung Projekt Raumdisposition
  - 2009, 1.4 Mio. Einsparung Projekt Raumdisposition
  - 2010, 1.5 Mio. Einsparung Projekt Raumdisposition
  - 2011, 1.5 Mio. Einsparung Projekt Raumdisposition
  - 
  - 2008 - 2011 Die Einsparungen aus dem Projekt ZERZE wurden in den Direktionen eingestellt.
- 

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Einsparungen von 2 Mio. Projekt ZERZE sind in den Direktionen eingestellt.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag										
Aufwand		30.0	-22.0	8.0	-15.0	15.0	-12.0	18.0	20.0	
Saldo		30.0	-22.0	8.0	-15.0	15.0	-12.0	18.0	20.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)		0.0								

**Aufgaben**

A1 Querschnittmassnahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06, welche noch nicht einer Direktion zugeordnet werden können, werden in dieser Leistungsgruppe erfasst.

Entwicklungsschwerpunkte								bis	Direktionsziel Nr.
Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11		
Wirkungen									
Leistungen									
Wirtschaftlichkeit									

Leistungsgruppe 1991	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	8.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 1991
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 2008, 8 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- 2008, 8 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
  - 2009, 15 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
  - 2010, 18 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
  - 2011, 20 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im KEF 2006 wurden Einsparungen für das Projekt Beschaffungswesen in der Höhe von CHF 20 Mio. ab dem Jahr 2008 eingestellt. Das laufende Projekt hat folgende Entwicklung der Einsparungen aufgezeigt:
- 2008, 8 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
- 2009, 15 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
- 2010, 18 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
- 2011, 20 Mio. Einsparung Projekt Beschaffungswesen
- Die Einsparungen des Projekts ZERZE von 2 Mio. sind in der Planung der Direktionen enthalten.
- Die Einsparungen des Projekts Informatik von 8 Mio. sind in der Planung der Direktionen enthalten.



## 6. Projekte



## Direktion für Justiz und Inneres

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Die Direktion im Überblick
- 2.2 Aufgaben
- 2.3 Umfeldentwicklung

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.4.1 Übersicht
  - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Neben der Fortführung der bereits für den vorjährigen KEF relevanten Grossprojekte werden in der laufenden KEF-Periode Reformprojekte im Bereich des Gemeindegewesens im Vordergrund stehen. Das Gemeindeamt wird in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat neben dem Projekt für die Reform der Bezirks- und Gemeindestrukturen neu auch die Reform des Zürcher Finanzausgleichs und die Totalrevision des Gemeindegesetzes vorantreiben. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung und die damit zu koordinierenden Anpassungen der kantonalen Gerichtsordnung und des Verfahrensrechts an das neue Bundesgerichtsgesetz, die eidgenössische Zivil- und die eidgenössische Strafprozessordnung werden das Generalsekretariat weiter intensiv beschäftigen. Das Projekt elektronische Langzeitarchivierung wird die Direktion (v.a. Staatsarchiv und LFC) auch die nächsten Jahre begleiten.

### 1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010*	-607	-585	-596	-
KEF 2008-2011	-581	-602	-588	-598
Veränderung	+26	-17	+9	-
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010*	-14	-13	-16	-
KEF 2008-2011	-17	-15	-17	-11
Veränderung	-4	-3	-1	-

\* KEF Vorjahr ohne Werte des Datenschutzbeauftragten

Die finanzielle Entwicklung zeigt im Vergleich zur Vorjahresplanung beim Saldo Laufende Rechnung folgendes Bild:

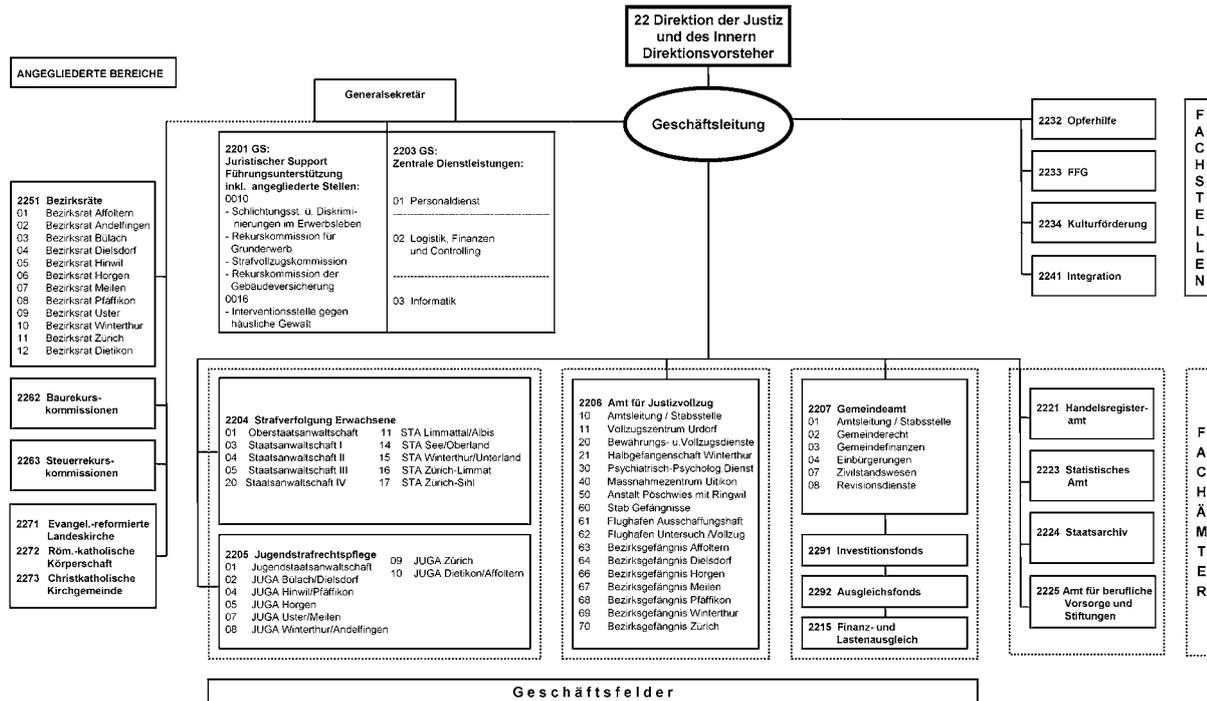
- Die Einhaltung der Vorgaben gemäss Entlastungsprogramm E08 von rund 10 Mio. Franken pro Jahr führt in den Jahren 2008 - 2010 zu positiven Abweichungen.
- Die Verschiebung des Projektes Finanzausgleich um ein Jahr führt in 2009 zur ausgewiesenen Verschlechterung, da die wirtschaftlichen Auswirkungen erst ab 2010 eingestellt wurden.
- Alle Aufwandsteigerungen (Personalaufwand gemäss Vorgaben, Teuerung, Projekte usw.) konnten durch Ertragserhöhungen aufgefangen werden.

In der Investitionsrechnung ist das Umbauprojekt des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) vorgezogen worden.



## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

### Organigramm



Direktion der Justiz und des Innern

### 2.1 Die Direktion im Überblick

Die Direktion der Justiz und des Innern ist in die drei grossen Bereiche Strafverfolgung (Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege), Amt für Justizvollzug und Gemeindeamt, sodann in die Gruppen Fachstellen und Fachämter sowie die sogenannten angegliederten Bereiche unterteilt. Der Direktionsvorsteher führt die Direktion mit Hilfe des Generalsekretariates (Führungsunterstützung/ jur. Support, Personaldienst, Logistik/Finanzen/Controlling/Informatik) und einer Geschäftsleitung.

#### Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege

Dieser Bereich umfasst die Oberstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaften, die Jugendstaatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaften. Kernaufgabe dieser Organisationseinheiten ist die Strafverfolgung. Bei der Jugendstrafrechtspflege steht zusätzlich die Integration der jugendlichen Straftäterinnen und Straftäter im Mittelpunkt. Dieser Leitidee folgend ist die Jugendstrafrechtspflege auch für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständig.

#### Amt für Justizvollzug

Das Amt für Justizvollzug umfasst die Abteilungen Vollzug und Bewahrung, den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst, das Massnahmenzentrum Uitikon, die Strafanstalt Pöschwies, die Hauptabteilung Gefängnisse, das Vollzugszentrum Urdorf sowie die Halbgefängenschaft Winterthur. Kernaufgabe dieses grossen Geschäftsfeldes ist der Vollzug von Strafen und Massnahmen an Erwachsenen, inklusive der erforderlichen Nachbetreuung.



### **Gemeindeamt**

Hier sind die Abteilungen Gemeinderecht, Gemeindefinanzen, Einbürgerungen, Zivilstandswesen und Revisionsdienste zusammengefasst. Durch die Vernetzung der Strukturen werden im Geschäftsfeld Gemeinden alle Aufgaben und Geschäftsvorfälle mit kommunalem oder kommunal-rechtlichem Kontext zusammengefasst, koordiniert und im Sinne eines eigentlichen Kompetenzzentrums gestaltend betreut.

### **Fachämter**

Die Fachämter sind Amtsstellen mit hoher fachlicher Selbständigkeit. Sie haben einen eigenen Prozessbereich und eigene Klientel. Zu den Fachämtern gehören das Handelsregisteramt, das Staatsarchiv, das Statistische Amt sowie das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen.

### **Fachstellen**

Die Fachstellen sind selbständige, kleine Organisationseinheiten, welche übergreifend für die ganze Direktion oder für die gesamte kantonale Verwaltung tätig sind. Hierzu gehören die Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen, die Fachstelle Kultur, die kantonale Opferhilfestelle und die Fachstelle für Integrationsfragen.

### **Angegliederte Bereiche**

Die sogenannten angegliederten Bereiche sind in aller Regel der Direktion lediglich administrativ zugeordnet. Ihre Führungsinstanzen sind zum Teil nicht in die Hierarchie der Direktion eingebunden und werden vom Volk, Kantonsrat oder Regierungsrat direkt gewählt. Hierzu gehören die Bezirksräte, die Baurrekurskommissionen, die Steuerrekurskommissionen und die Kirchen.

## **2.2 Aufgaben**

Die Direktion der Justiz und des Innern sorgt für

- die Sicherstellung des Rechts als Ordnungs- und Steuerungsinstrument und die Rechtsentwicklung: Schwerpunkt Recht
- die Aufrechterhaltung funktionstauglicher föderalistischer Staatsstrukturen: Schwerpunkt Föderalismus
- die gesellschaftliche Integration.

## **2.3 Umfeldentwicklung**

- In der modernen Gesellschaft wird eine abnehmende Wirksamkeit des Rechts beklagt. Der Grund liegt darin, dass der Staat auf Voraussetzungen beruht, die er selbst nur schwer schaffen kann. Es sind die gesellschaftlichen Ordnungssysteme, die an Wirksamkeit verlieren. Die normative Kraft von gesellschaftlichen Gruppierungen wie Familie, Arbeitswelt oder Nachbarschaft lässt nach und es findet ein Zerfall gesamtgesellschaftlicher Ordnungsgefüge in Teilordnungen der pluralistischen Gesellschaft statt. Durch diese Entwicklung gewinnt das Recht aber neu an Wichtigkeit. Will der Staat nicht in Teilordnungen zerfallen und soll sozialer Fortschritt durchgesetzt werden können, wird es entscheidend auf das Recht ankommen. Die traditionelle Gesetzgebung vermag diesen Anforderungen aber nicht immer gerecht zu werden. Sie hat zudem vermehrt ökonomische Aspekte der staatlichen Steuerungsprozesse zu berücksichtigen.
- Dezentrale Staatsstrukturen geraten wegen gestiegener Anforderungen und der damit verbundenen Forderung nach mehr Effizienz und Effektivität immer stärker unter Druck. Mitwirkende in Milizstrukturen sowie Bürgerinnen und Bürger artikulieren zunehmend Enttäuschung oder Besorgnis über das Auseinanderschieren von demokratischen Wertvorstellungen und erzielbaren Wirkungen.
- Integration und Identitätsfindung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen stehen im Spannungsfeld von zunehmender Individualisierung sowie von Partikulärinteressen verschiedenster Gruppierungen.



### 3. Strategische Ziele

#### Ziel 1: Stärkung des Rechts als Integrations- und Steuerungsinstrument

Das Recht muss seine Aufgabe als gesamtgesellschaftliches Integrations- und Steuerungsinstrument erfüllen können. Die Gesetzgebung soll in ihrer demokratischen Legitimationskraft gestärkt werden. Sie soll sich zunehmend darauf konzentrieren, auf hohem Qualitätsniveau übergreifende Ziele vorzugeben, zu koordinieren und zu integrieren. Es sind aber auch die Grenzen der Regulierbarkeit durch die Rechtsetzung aufzuzeigen, und das Verhältnis zu den ökonomischen Steuerungsinstrumenten ist zu klären.

##### Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Gewaltschutzgesetz, Umsetzung
- Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung (Projekt Nr. 43JI2201)
- Gesetz über das Kantons- und Gemeindegürgerrecht
- Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) (Projekt Nr. 45JI2204)

##### Bezug zu Leistungsgruppen:

- Generalsekretariat JI (LG 2201)
- Amt für Justizvollzug JI (LG 2206)
- Strafverfolgung Erwachsene (LG 2204)
- Jugendstrafrechtspflege (LG 2205)
- Gemeindeamt (LG 2207)

#### Ziel 2: Optimierung föderalistischer Staatsstrukturen

Föderalistische Staatsstrukturen sollen optimiert werden. Dabei sind Organisation und Strukturen bestmöglich den aktuellen Erfordernissen der Aufgabenerfüllung anzupassen.

##### Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umsetzung neue Kantonsverfassung: Koordinationsstelle (Projekt Nr. 42JI2201)
- Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (Projekt Nr. 28JI2215)
- Optimierung Betreuungswesen (Projekt Nr. 38JI2201)
- Totalrevision Gemeindegesetz

##### Bezug zu Leistungsgruppen:

- Generalsekretariat (LG 2201)
- Gemeindeamt (LG 2207)
- Finanz- und Lastenausgleich (LG 2215)

#### Ziel 3: Förderung von Milizengagements

Wertvolle Milizengagements sind zu fördern und es gilt dafür zu sorgen, dass geeignete Milizstrukturen funktionswirksam bleiben. Unterstützungsmassnahmen und Verwesentlichung sollen bedürfnisgerecht initiiert und begleitet werden. Professionalisierung ist stets dort anzustreben, wo der Bürgernutzen dies klar nahelegt.

##### Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umsetzung neue Kantonsverfassung: Koordinationsstelle (Projekt Nr. 42JI2201)
- Freiwillige Versicherung der beruflichen Vorsorge von Milizbehörden (KR-Nr. 147/2004)

##### Bezug zu Leistungsgruppen:

- Gemeindeamt (LG 2207)



→ Generalsekretariat (LG 2201)

#### **Ziel 4: Verstärkung der integrativen Wirkung staatlicher und nichtstaatlicher Aktivitäten**

Die integrative Wirkung staatlicher Tätigkeit soll verstärkt bzw. die integrativen Aktivitäten nichtstaatlicher Stellen gezielt unterstützt werden. Besondere Schwerpunkte ergeben sich für die Direktion und ihre Organisationseinheiten im Kulturbereich und im Hinblick auf die Integration straffällig gewordener Jugendlicher, von Ausländerinnen und Ausländern sowie im Zusammenhang mit der Gleichstellungs- und Diskriminierungsproblematik. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt bei der Resozialisierung von Straffälligen. Der Erschliessung des statistischen und historischen Kontextes staatlicher und gesellschaftspolitisch relevanter Aktivitäten kommt in diesem Zusammenhang entscheidende Bedeutung zu.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Umsetzung der Neuregelung des Verhältnisses Kirche – Staat (Projekt Nr. 44JI2201)
- Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau
- Statistikgesetz

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Generalsekretariat JI (LG 2201)
- Jugendstrafrechtspflege (LG 2205)
- Statistisches Amt (LG 2223)
- Staatsarchiv (LG 2224)
- Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen (LG 2233)
- Fachstelle der kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen (LG 2241)
- Evangelisch-reformierte Landeskirche (LG 2271)
- Römisch-Katholische Körperschaft (LG 2272)
- Christkatholische Kirchgemeinde (LG 2273)

#### **Ziel 5: Interessenwahrung des Kantons Zürich gegenüber Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden**

Der Kanton Zürich positioniert sich besser gegenüber Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden und vertritt seine Interessen proaktiv, insbesondere auch im Hinblick auf eine wirksame Agglomerationspolitik. Die Interessenwahrung hat, wo möglich und sinnvoll, nicht auf einzelne Sachthemen isoliert zu bleiben, sondern geeignete Themen sind zu bündeln und im Sinne einer Gesamtschau bzw. aufeinander abgestimmt und koordiniert zu bearbeiten.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Klärung der Federführung innerhalb der kantonalen Verwaltung durch RRB
- Evaluation des Ist-Zustandes mit Stärken- und Schwächenanalyse
- Sicherstellung des Informationsaustausches zwischen allen potentiell an den Agglomerationsprogrammen des Bundes, interessierten Kreisen innerhalb des Kantons Zürich (Direktionen, Gemeinden, Dritte) und zwischen den Bundesstellen und dem Kanton Zürich
- Förderung von Agglomerationsprogrammen und Modellvorhaben
- Informationsdrehscheibe für Zürcher Stände- und Nationalrätinnen und –räte bereitstellen zwecks besserer Koordination und Vernetzung der Interessen von Kanton, Regionen und Gemeinden

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Gemeindeamt JI (LG 2207)
- Generalsekretariat JI (LG 2201)

#### **Ziel 6: Förderung eines breiten und hochstehenden Kulturangebotes**

Das Kulturschaffen erfüllt als Gradmesser für die Befindlichkeiten unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion. Der Kanton fördert (subsidiär zu den Gemeinden und Städten) ein eigenständiges und vielfältiges Schaffen. Die Schwerpunkte der kantonalen Kulturförderung sind mit dem Leitbild von 2002 neu bestimmt worden. Sie betreffen einerseits das kulturelle Leben in den Landgemeinden und andererseits überregionale Anliegen. Dabei stehen die finanzielle Sicherung der traditionsreichen Kulturinstitute und die langfristige



Erhaltung einer unabhängigen Zürcher Filmproduktion im Vordergrund.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Umsetzung des kantonalen Kulturförderungsleitbildes
- Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs
- Interkantonale Kulturlastenvereinbarung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Generalsekretariat (LG 2201)
- Gemeindeamt (LG 2207)
- Fachstelle Kultur (LG 2234)



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)
Umbau/Erweiterung Staatsarchiv	20,4	1997	2000	2003 - 2008
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	10.0	2006	2007	2008 - 2012

### 4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Umbau/Erweiterung Staatsarchiv	-5,3	-2,9	-0,4	-	-	-
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon			-1,7	-3,3	-2,3	-0,8
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	<b>-14,6</b>	<b>-15,3</b>	<b>-16,6</b>	<b>-15,3</b>	<b>-16,6</b>	<b>-10,7</b>

### 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Erweiterung Staatsarchiv	2000	2005-2008	- 3.0
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	2007	2008-2012	- 3.0



## 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

### 4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	501.6	431.9	487.1	468.0	467.6	470.0
Aufwand	-1'055.7	-1'025.3	-1'067.7	-1'069.9	-1'055.4	-1'067.9
Saldo	-554.1	-593.4	-580.6	-601.9	-587.8	-597.9
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	-	-	0.6	0.9	0.7	0.5
Ausgaben	-14.6	-15.3	-17.2	-16.2	-17.3	-11.2
Nettoinvestitionen	-14.6	-15.3	-16.6	-15.3	-16.6	-10.7

### 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Direktion für Justiz und Inneres mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, -schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	+55.6	+41.7	+12.9%	+9.7%
Aufwand	-44.4	-41.9	-4.3%	-4.1%
Saldo	+11.2	-0.2	+1.9%	-0.0%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	+0.5	+0.7	n.a.	n.a.
Ausgaben	-1.8	-0.2	-12.0%	-0.9%
Nettoinvestitionen	-1.3	+0.5	-8.4%	+3.4%

Aus Vergleichsgründen wurde das Budget 2007 für diesen Zweck nachträglich um die Werte des Datenschutzauftrags korrigiert.

#### a) Entwicklung Budget 08 zu Budget 07:

##### Erfolgsrechnung

Sowohl Ertrag und Aufwand sind im wesentlichen beeinflusst durch die Veränderung von 30.0 Mio. Franken beim Steuerkraftausgleich, einerseits aus der höheren Abschöpfung bei den finanzstarken Gemeinden und andererseits aus der entsprechend höheren Zahlung an die zuschussberechtigten Gemeinden.

Der Saldo der Erfolgsrechnung verbessert sich um +11.2 Mio. Franken; die wichtigsten Ursachen sind:

- Anstieg der Gebühreneinnahmen und Entgelte um +6.9 Mio. Franken (davon Strafverfolgung Erwachsene +3.3 Mio. Franken).



- Weniger Beiträge aus Steuerfussausgleich an Gemeinden (+6.0 Mio. Franken) und Zunahme der Rückerstattungen von Gemeinden (+11.0 Mio. Franken).
- Abnahme der Abschreibungen und Zinsen aufgrund des geringen Investitionsvolumens in den Vorjahren (+1.0 Mio. Franken).
- Zunahme Lastenabgeltung an Stadt Zürich (-1.6 Mio. Franken). Die nächste Überprüfung des Lastenausgleichs für die Periode 2008 - 2010 ist im Jahr 2008 fällig. Zum heutigen Zeitpunkt kann noch nicht abgeschätzt werden, inwieweit die Lastenabgeltung der Aufwandentwicklung angepasst wird.
- Erhöhung der Beiträge an Opernhaus und Theater des Kantons Zürich infolge vertraglichem Teuerungsausgleich (-1.5 Mio. Franken)
- Anstieg des Personalaufwandes gemäss Vorgaben zum KEF um -6.8 Mio. Franken (Teuerungsausgleich -2.0 Mio. Franken, Stufenanstieg -3.4 Mio. Franken, Beförderungen -0.5 Mio. Franken, übriger Personalaufwand -0.9 Mio. Franken).
- Erhöhung Einlage in das Bestandeskonto des Investitionsfonds, damit das geforderte mittelfristige Sanierungsziel des Investitionsfonds erreicht werden kann (-3.2 Mio. Franken).

#### Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen steigen um -1.3 Mio. Franken, was einerseits auf die Zunahme der Investitionsbeiträge für das Opernhaus (-3.5 Mio. Franken, Projekt Parkhaus), die erhöhten Investitionen im Amt für Justizvollzug - im wesentlichen infolge Realisierung der ersten Bauetappe des Umbaus des Massnahmenzentrums Uitikon - um -1.9 Mio. Franken, zurückzuführen ist.

Andererseits führen der Abschluss des Um- und Erweiterungsbaus des Staatsarchives um +2.5 Mio. Franken sowie weniger Investitionen im Bereich Informatik um +1.6 Mio. Franken zu einer Abnahme der Investitionsaufwendungen.

#### b) Entwicklung in den Planjahren

##### Erfolgsrechnung

Die Beeinflussung sowohl des Ertrages als auch des Aufwandes durch die Veränderungen von 30.0 Mio. Franken beim Steuerkraftausgleich ausgeschlossen, liegt die durchschnittliche Erhöhung der Einnahmen bei +11.7 Mio. Franken und diejenige der Ausgaben bei -11.9 Mio. Franken. Damit verschlechtert sich der Saldo im Schnitt um lediglich -0.2 Mio. Franken. Die wichtigsten Ursachen der Veränderungen im Schnitt der Jahre 2008 - 2011 sind:

- Abnahme Steuerfussausgleichszahlungen an Gemeinden +14.9 Mio. Franken (Einführung des neuen kantonalen Finanzausgleichs in 2010)
- Zunahme Einnahmen aus Gebühren und Bussen, Rückerstattungen usw. +8.0 Mio. Franken
- Zunahme Rückerstattungen Finanzausgleich +6.5 Mio. Franken
- Zunahme Einnahmen aus interkantonaem Lastenausgleich für Kultur +2.3 Mio. Franken
- Zunahme Personalaufwand gemäss Vorgaben -10.3 Mio. Franken (Teuerungsausgleich -5.9 Mio. Franken, Stufenanstieg -3.4 Mio. Franken, Beförderungen -1.0 Mio. Franken)
- Zunahme Personalaufwand infolge struktureller Änderungen wie Eröffnung Gefängnis Limmattal (-2.4 Mio. Franken) im 2009 sowie Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund durch das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen im 2009 (-2.2 Mio. Franken) um insgesamt -5.0 Mio. Franken.
- Zunahme Staatsbeiträge -9.8 Mio. Franken (Opernhaus -4.0 Mio. Franken, Kulturinstitute der Städte Zürich und Winterthur -3.5 Mio. Franken, Lastenabgeltung an Stadt Zürich -1.6 Mio. Franken, übrige Beiträge -0.7 Mio. Franken). Dazu steigt der Betrag für kulturelle Projekte aus dem Lotteriefonds sowie dessen Verwendung um 5 Mio. Franken ab 2009 (saldoneutral).
- Zunahme Sachaufwand insgesamt um -3.5 Mio. Franken
- Zunahme Einlagen in Bestandeskonto des Investitionsfonds um -3.3 Mio. Franken, damit das geforderte mittelfristige Sanierungsziel des Investitionsfonds erreicht werden kann.
- Die Auswirkungen des neuen Kirchengesetzes (Staatsbeiträge statt Personal- und übriger Aufwand sowie Rückerstattungen von Kirchgemeinden, insgesamt saldoneutral) bewirken im Durchschnitt rund 13 Mio. Franken weniger Rückvergütungen, was den Rückgang beim Ertrag von 55.6 Mio. Franken im Budget 07 auf 41.7 Mio. Franken im Schnitt der Jahre 2008 - 2011 erklärt.



#### Investitionsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Direktion der Justiz und des Innern durchschnittlich -0.2 Mio. Franken oder 0.9% mehr als im Jahr 2007. Die Nettoinvestitionen zeigen durch die Bundesbeiträge eine positive Entwicklung.



## **5. Leistungsgruppen**

**2201 Generalsekretariat JI**

**2203 Zentrale Dienstleistungen JI**

**2204 Strafverfolgung Erwachsene**

**2205 Jugendstrafrechtspflege**

**2206 Amt für Justizvollzug**

**2207 Amt für Gemeinden**

**2215 Finanz- und Lastenausgleich**

**2221 Handelsregisteramt**

**2223 Statistisches Amt**

**2224 Staatsarchiv**

**2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen**

**2232 Fachstelle Opferhilfe**

**2233 Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen**



- 2234 Fachstelle Kultur**
- 2241 Fachstelle für Integrationsfragen**
- 2251 Bezirksräte**
- 2262 Baurekurskommissionen**
- 2263 Steuerrekurskommissionen**
- 2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche**
- 2272 Römisch-katholische Körperschaft**
- 2273 Christkatholische Kirchgemeinde**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.2	0.1	0.0	0.1	-0.0	0.1	-0.0	0.1	0.1	-55.0
Aufwand	-4.2	-4.1	-0.4	-4.5	-0.4	-4.5	-0.4	-4.6	-4.6	10.9
Saldo	-4.0	-4.0	-0.4	-4.4	-0.4	-4.4	-0.4	-4.5	-4.5	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	15.9	15.4	0.3	15.7	0.3	15.7	0.3	15.7	15.7	

**Aufgaben**

- A1 Das Generalsekretariat unterstützt den Direktionsvorsteher in seiner Führungsaufgabe (Stabsfunktion). Es bearbeitet parlamentarische Geschäfte und führt Rechtsmittelverfahren in Direktionskompetenz und bereitet die Entscheide vor
- A2 Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt angegliedert
- A3 Zudem unterstützt das GS die einzelnen Organisationseinheiten der Direktion sowie die ihm organisatorisch angegliederten Rekurskommissionen Gebäudeversicherung und Schlichtungsstelle gemäss Gleichstellungsgesetz bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und als Supportfunktion bei Wahlen und Abstimmungen

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung	2010	2
E2 Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes	2010	4
E3 Verbesserung der Struktur im zürcherischen Betreuungswesen und Professionalisierung, Gesetzesvorlage	2010	2
E4 Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung	2010	1
E5 Rückgaben Kirchen-Liegenschaften	2012	4

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
W1 Zufriedenheit Direktionsvorsteher	> gut	> gut	> gut	> gut	> gut	> gut
W2 Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Umfrage alle 2 Jahre)	-	> gut	-	> gut	-	> gut
W3 Externe Inanspruchnahme Gesetzgebungsdienst	31x	50x	50x	50x	50x	50x
W4 Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden	< 10 %	< 10 %	< 10 %	< 10 %	< 10 %	< 10 %
<b>Leistungen</b>						
L1 Rekurs erledigungen (inkl. Begnadigungen)	225	150-200	150-200	150-200	150-200	150-200
L2 Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte	100	100	100	100	100	100
L3 Keine Wiederholung von Abstimmungen und Wahlen wegen Fehler des Generalsekretariates	0	0	0	0	0	0
<b>Wirtschaftlichkeit</b>						
B1 Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten)	1	1	1	1	1	1

**Leistungsgruppe 2201 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.369  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 2201**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Folgende Projekte werden 2007 beendet: Totalrevision Organisationsgesetz Regierungsrat: Umsetzung, Neuerlass eines Informations- und Datenschutzgesetzes, Neuerlass eines Gewaltschutzgesetzes, Umsetzung N-StGB. Ab 2007 wird sich das Generalsekretariat schwergewichtig den Projekten gemäss Entwicklungsschwerpunkten widmen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der Sanierungsmassnahme San04.105: -0.20 Mio. Franken; Entlastungsmassnahmen MH06 220101 und 220202: 2006 -0.02 Mio. Franken, ab 2007 -0.22 Mio. Franken; Entlastungsmassnahmen E08: 2008-2011: je -0.03 Mio. Franken

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Das Gesamtbudget erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um rund Fr. 400'000.- Es steigert sich um den Wert der vorgegebenen Erhöhung der Gehälter und der Teuerung, personellen Mutationen sowie durch höhere Ausgaben im Bereich Dienstleistungen Dritter, aufgrund der Erhöhung der Beiträge der Stelle IST (Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt des Kantons Zürich) Die Erträge bleiben praktisch konstant.

**Investitionsrechnung**

- keine Investitionen

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Leichte Zunahme aufgrund personeller Mutationen.

**Indikatoren**

- keine Aenderungen

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

**Investitionsrechnung**

- keine Investitionen

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine Aenderungen vorgesehen

**Indikatoren**

- Voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Verschlechterung des Saldos ist im wesentlichen auf die Erhöhung der Personalkosten gemäss Vorgaben, Mutationen und auf die Erhöhung der Beiträge der Stelle IST zurückzuführen.

**Investitionsrechnung**

- -

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine wesentlichen Veränderungen

**Indikatoren**

- -

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	12.5	12.2	-0.3	12.3	-0.1	12.5	-0.2	12.6	12.8	2.4
Aufwand	-15.0	-14.3	0.2	-14.3	-0.1	-14.8	-0.0	-14.9	-15.3	2.6
Saldo	-2.4	-2.0	-0.1	-2.1	-0.3	-2.3	-0.2	-2.2	-2.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										0.0
Ausgaben		-1.3	0.5	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	-3.0	-3.0	-1.2
Nettoinvestitionen		-1.3	0.5	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	-3.0	-3.0	-1.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	33.0	32.4	1.7	34.1	1.7	34.1	1.7	34.1	34.1	

**Aufgaben**

- A1 Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Arbeitsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät MitarbeiterInnen sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.
- A2 Die Hauptabteilung LFC erbringt zentrale Dienstleistungen in der Direktion in den Bereichen Logistik (Gebäude, Raumplanung usw.), Informatikdienstleistungen, Betrieb des Rechtsinformationssystems in der Direktion, Finanzen und Controlling
- A3 Zusätzliche Dienstleistungen Personalausweis-/Krypto-Chipkartenbearbeitung und Bearbeitung aller IT-Sicherheitsfragen (Informatik-Sicherheitsverordnung) sowie Führung Rechnungswesen für Arbeitsstellen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Qualitätsförderung der Führungsarbeit	2010	0
E2 Ausbau des Personalcontrollings auf Direktionsebene zu einem Führungsinstrument (Regelmässiges, zeitgerechtes und qualitativ hochstehendes Reporting)	2008	0
E3 Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit	2009	0
E4 Weiterführung der logistischen Dienstleistungen im Bereich Bewirtschaftung von Liegenschaften und Chipkarten	laufend	0
E5 Neues Gemeindeformationssystem (GEMIS) für das Gemeindeamt	2007	0
E6 Sicherstellung Führungs- und Finanzreporting auf Stufe Direktion	laufend	0
E7 Einführung und Umsetzung CRG in DJI	2008	0
E8 Projekt neues Rechenzentrum PJZ (Planung, Realisierung)	2012	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Auswertung Austrittsgespräche		70 %	90 %	90%	90 %	90 %	90 %
W2 Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit den Vorgesetzten (Messinstrument: Personalumfrage alle 3 Jahre) (ab 08)		-	-	gut	-	-	gut
W3 Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren (ab 07)		-	< 10 %	< 10 %	< 10 %	< 10 %	< 10 %
W4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit den Personaldiensten im Rahmen der Personalumfragen mit separatem Modul (Umfrage alle 3 Jahre) (ab 08)		-	-	gut	-	-	gut
W5 Zufriedenheit der Informatikbenutzer (Ermittlung mittels Umfragen)		90 %	90 %	90 %	90 %	90 %	90 %
W6 Keine wesentlichen Revisionsbemerkungen (ab 07)		-	0	0	0	0	0
W7 Zufriedenheit der LFC-Nutzer im Rahmen der Personalumfragen mit separatem Modul (Umfrage alle 3 Jahre) (ab 08)		-	-	gut	-	-	gut
W8 Zufriedenheit Direktionsvorsteher mit Controlling und Finanzreporting (ab 07)		-	gut	gut	gut	gut	gut
W9 Kursumfrage Schulung Führungskräfte (mind. gute Bewertung = 80 % der TeilnehmerInnen) (bis 06)		-	-	-	-	-	-
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl spezifisch geschulter Führungskräfte in Prozent Gesamtführungskräfte		80 %	85 %	90 %	90 %	90 %	90 %
L2 Personalreporting durchführen		1 x	1 x	1 x	1 x	1 x	1 x
L3 Anzahl unterstützender Massnahmen zur Erweiterung der Führungskompetenzen (Schulungen, Meetings, Qualitätszirkel, Interventionsgruppen) (ab 07)		-	10	10	10	10	10
L4 Betreuung PC-Arbeitsplätze		1'393	1'442	1'392	1'392	1'392	1'392
L5 Einhaltung der vereinbarten Reaktionszeiten von 4 Stunden durch Informatik		4 Std.	4 Std.	4 Std.	4 Std.	4 Std.	4 Std.
L6 Anzahl Rechnungsführungen für Arbeitsstellen		10	10	9	9	9	9
L7 Verbesserung Aussagekraft Kosten-/Leistungsrechnung/Controlling (ab 07)		-	gut	sehr gut	sehr gut	sehr gut	sehr gut
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kosten pro geschulte Führungskraft		5'000	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000

Leistungsgruppe 2203	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-2.059
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.100

Budget	Leistungsgruppe 2203
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B2 Kosten des Personalcontrollings gemessen am Gesamtpersonalaufwand JI (ab 07)		-	0.2 %	0.1 %	0.1 %	0.1 %	0.1 %
B3 Kosten pro PC-Arbeitsplatz		8'573	8'350	8280	8280	8280	8280
B4 Kosten je PC-Arbeitsplatz in % der Vorgabe Gartner Group (Fr. 14'000)		61 %	60 %	60 %	60 %	60 %	60 %
B5 Kostendeckungsgrad Rechnungsführung BVS; StA; StAZ (ab 07)		-	100 %	100 %	100 %	100 %	100

**Allgemeine Bemerkungen**

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- 

**Indikatoren**

- L4: Der Indikator "Betreuung PC-Arbeitsplätze" enthält im Budget 07 die gesamte vorhandene Anzahl Stationen. Ab RE 06 wurden korrekterweise nur noch die an die Ämter verrechneten PC-Arbeitsplätze ausgewiesen. Die an diese Zählweise angepasste Zahl wäre im Budget 07 1400. Die Differenz zwischen Inventar und Anzahl verrechnete Stationen befindet sich in der Abt. Informatik (inkl. Reservearbeitsplätze) und im Schulungsraum.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der Entlastungsmassnahmen MH06 220301 bis 220305: 2006 -0.5 Mio. Franken, 2007 -0.5 Mio. Franken, 2008 -0.4 Mio. Franken, 2009 -0.8 Mio. Franken sowie der Entlastungsmassnahmen E08: 2007-2011 je -0.01Mio Franken

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Die Entwicklung der Personalkosten entspricht den Vorgaben betreffend Beförderungen, Stufenanstieg und Teuerung. Eine massive Aufwandreduktion bei den Abschreibungen und Zinsen ergibt sich durch Minderinvestitionen. Gleichzeitig nehmen aber auch die internen IT-Kosten (Betriebskosten, Verbrauchsmaterial sowie zusätzliche Verträge für Glasfaserleitungen) zu, sodass sich schlussendlich eine leichte Saldoverschlechterung gegenüber dem Budget 07 ergibt.

**Investitionsrechnung**

- Mangels Investitionsvorhaben sinkt im Vergleich zur Investitionsplanung des Vorjahres der Betrag der Nettoinvestitionen um Fr. 1.15 Mio.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Personalanstieg ist bei der Abt. Informatik zu verzeichnen. Es handelt sich um zusätzliche Applikationsbetreuungsstellen infolge grosser und neuer Aufwendungen im applikatorischen Bereich, was sich nicht auf die Anzahl PC, aber sehr auf die Komplexität der zu betreuenden IT-Arbeitsplätze auswirkt: Ausbau Rechtsinformationssystem (RIS) auf neue Gegebenheiten StGB; Einführung und Betreuung der Dokumenten- und Objektverwaltung mit Volltextsuche sowie des Wissensmanagements für alle Strafuntersuchungsbereiche und das Justizvollzugsamt; Ergänzung der Archivierung im RIS; Einführung und Betreuung neue Applikationen im Bereich STA III (Ermittlungen Wirtschaftsdeliktebereich); Einführung der Geschäftskontrolle (GEMRIS) in allen Abteilungen des Gemeindeamtes; neue Applikationen einführen und betreuen im Staatsarchiv und bei den Revisoren des Gemeindeamtes.

**Indikatoren**

- Durch die Überarbeitung der Indikatoren werden einzelne nicht weitergeführt und die neuen ab 07/08 ausgewiesen. Die Entwicklung der bisherigen Messwerte ergibt voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung in den Planjahren ergibt sich im wesentlichen aus den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Infolge der geplanten Investitionen steigen ab 2011 auch die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen.

**Investitionsrechnung**

- Im Jahre 2010 ist der Ersatz der PC-Arbeitsplätze in der Direktion vorgesehen und im 2011 ist der Umzug des Rechenzentrums ins PJZ geplant.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine Veränderungen vorgesehen

**Indikatoren**

- Durch die Überarbeitung der Indikatoren werden einzelne nicht weitergeführt und die neuen ab 07/08 ausgewiesen. Die Entwicklung der bisherigen Messwerte ergibt voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Infolge Verzicht auf gesamter Weiterverrechnung von Informatikkosten trotz Kostenanstieg gemäss Vorgaben zum KEF, ergibt sich eine negative Abweichung zu den Vorjahreswerten.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- vgl. Bemerkung zum Budget 08

**Indikatoren**

- keine wesentlichen Veränderungen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	19.0	16.1	3.9	19.6	1.5	17.2	1.5	17.2	17.2	-9.4
Aufwand	-80.9	-83.4	-0.1	-84.0	0.1	-84.6	1.1	-85.4	-86.3	6.7
Saldo	-61.9	-67.3	3.8	-64.4	1.6	-67.4	2.6	-68.2	-69.1	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben		-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.1
Nettoinvestitionen		-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	317.4	318.0	-0.5	317.5	-2.5	315.5	-2.5	315.5	315.5	

**Aufgaben**

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft entscheidet über Rekurse und Beschwerden gegenüber den Staatsanwaltschaften.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verbesserung der Alterstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre)	2011	1
E2 Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft	2011	1
E3 Umsetzung AT StGB	2008	1
E4 Umsetzung der Schwerpunkte in der Strafverfolgung	2009	1
E5 Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung	2010	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen (ab 07)	-	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %
W2 Anteil erstmaliger Strafbefehle (ab 07)	-	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %
W3 Zugelassene Anklagen (ab 07)	-	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %
<b>Leistungen</b>							
L1 Anklagen		2'212	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
L2 Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)		9'247	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000
L3 Strafbefehle		13'256	11'500	11'500	11'500	11'500	11'500
L4 Total der Erledigungen (Summe L1-L3)		24'715	21'500	21'500	21'500	21'500	21'500
L5 Rekurs- und Beschwerdeentscheide		143	200	200	200	200	200
L6 Pendenzen total		9'784	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000
L7 Pendenzen älter als 1 Jahr		14.6 %	12.0 %	13.1 %	12.5 %	12.0 %	11.5 %
L8 Pendenzen älter als 2 Jahre		3.1 %	3.1 %	3.8 %	3.6 %	3.4 %	3.2 %
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 07)	-	2'634	2'651	2'671	2'695	2'723	
B2 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 07)	-	21'385	21'541	21'703	21'900	22'123	
B3 Bruttoaufwand pro erledigten Fall total in Fr. (ab 07)	-	3'881	3'908	3'937	3'973	4'013	

**Leistungsgruppe 2204 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-64.403
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150

**Budget Leistungsgruppe 2204**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die termingerechte Umsetzung der voraussichtlich per 1. Januar 2010 in Kraft tretenden Schweizerischen Strafprozessordnung wird umfangreiche Vorarbeiten mit sich bringen. Um die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei noch enger zu gestalten, legte der Regierungsrat Schwerpunkte in der Strafverfolgung fest. Die Umsetzung und Auswirkungen der getroffenen Massnahmen werden einer Analyse unterzogen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung ergibt sich aus den KEF-Vorgaben zur Personalaufwandsplanung und zur Teuerung. Für ein Reorganisationsprojekt bei der Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) wird mit Aufwendungen von 0.3 Mio. gerechnet. Mit dem Entlastungsprogramm 08 ergab sich eine Ertragsverbesserung von Fr. 1.5 Mio. Aufgrund der Erfahrungen mit dem AT STGB (in Kraft seit 1.1.07) wurden die Erträge (Bussen- und Geldstrafen) erhöht.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Bei den Personalstellen sind auch Aushilfen und befristete Stellen enthalten. Der geplante Abbau geht auf den MH 06 zurück.

**Indikatoren**

- Durch die Folgen des neuen AT StGB (Inkraftsetzung 1.1.07) wurde eine Verlagerung der Erledigungsart Anklage zu Strafbefehlen berücksichtigt. Wertmässig angepasst wurden die Indikatoren zur Alterstruktur der Pendenzen. Bei diesem Entwicklungsschwerpunkt mit zwei abgeleiteten Leistungszielen musste eine Anpassung nach oben erfolgen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Finanzentwicklung wurde mit den Vorgaben des Regierungsrates zum Personalaufwand und zur Teuerung fortgeschrieben. Eine jährliche Saldoverbesserung von 1.5 Mio. wird mit dem Entlastungsprogramm 08 geplant. Mit einem leicht erhöhten Aufwand wird im Jahr 2009 wegen des Einzugs im Bezirksgebäude Dietikon gerechnet.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Das Entlastungsprogramm 08 bringt eine jährliche Ertragsverbesserung von Fr. 1.5 Mio. Aufwandsminderungen im Umfang von Fr. 0.8 Mio. wurden bei den Mieten / kalkulatorischen Raumkosten geplant. Leicht höherer Personalaufwand ergibt sich aufgrund der Planungsvorgaben. Aufgrund der Erfahrungen mit dem AT StGB wurden die Erträge (Bussen- und Geldstrafen) im 08 erhöht und in den Folgejahren zurückhaltend eingeplant.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	2.2	2.4	0.2	2.6	-0.0	2.4	-0.0	2.4	2.4	8.0
Aufwand	-33.2	-32.5	-1.0	-33.5	-1.0	-34.0	-0.7	-34.3	-34.9	5.1
Saldo	-30.9	-30.1	-0.8	-30.9	-1.0	-31.6	-0.7	-31.9	-32.5	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	65.8	64.0	6.1	70.1	6.6	70.6	5.6	69.6	69.6	

**Aufgaben**

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahreneinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren.
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht (JStG)	2008	1
E2 Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität	2009	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmevollzug Entlassenen)	P	58 %	> 65 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %
W2 Rechtsmittel (Von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel inkl. Rechtsbehelfe)	P	3.2 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %
<b>Leistungen</b>							
L1 Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl verurteilte Jugendliche)	P	3'727	3'700	3'750	3'750	3'750	3'750
L2 Verfahrenserledigungen (Anzahl erledigte Verfahren)	P	11'024	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000
L3 Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	P	122	150	150	150	150	150
L4 Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen)	P	409	420	420	420	420	420
L5 Vorsorgliche Schutzmassnahmen (Neuanordnungen und Versetzungen im vorläufigen Vollzug von ambulanten oder stationären Schutzmassnahmen)	P	185	160	175	175	175	175
L6 Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche, für welche während des Untersuchungsverfahrens eine Unterbringung angeordnet wurde) (ab 08)	P	-	-	150	155	160	160
L7 Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche, für welche während des Untersuchungsverfahrens eine ambulante Schutzmassnahme angeordnet wurde) (ab 08)	P	-	-	60	60	60	60
L8 Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche (ab 08)	P	-	-	950	1'000	1'000	1'000
L9 Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen (ab 08)	P	-	-	3'600	4'000	4'000	4'000
L10 Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	P	214	200	215	215	215	215
L11 Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	P	262	200	300	300	300	300
L12 Pendenzen pro Jugendanwalt/ -anwältin	P	97	< 110	< 105	< 105	< 105	< 105
L13 Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen	P	151	< 190	< 180	< 180	< 180	< 180
L14 Anteil der Pendenzen > 750 Tage	P	1 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen)	P	149	< 190	< 180	< 180	< 180	< 180
B2 Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen	P	71 %	> 60 %	> 65 %	> 65 %	> 65 %	> 65 %

**Leistungsgruppe 2205 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-30.909
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

**Budget Leistungsgruppe 2205**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Das Jahr 2008 wird im Wesentlichen von der Umsetzung des am 01. Januar 2007 in Kraft getretenen Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG) vom 20. Juni 2003 geprägt.

**Indikatoren**

- Da noch keine Erfahrungen aus der Anwendung des JStG vorliegen, ist die Entwicklung der Indikatoren, insbesondere bei den Strafen und Schutzmassnahmen, nur begrenzt prognostizierbar.
- Bei den Indikatoren wurden die Bezeichnungen an das JStG angepasst.
- Neu ausgewiesen werden die Werte für die Indikatoren L6, L7, L8 und L9.
- Mit den Indikatoren L6 und L7 werden neu die Anzahl Jugendliche angegeben, bei denen bereits während des laufenden Untersuchungsverfahrens eine stationäre (L6) oder ambulante Schutzmassnahme (L7) angeordnet werden musste.
- Mit den Indikatoren L8 und L9 wird ausgewiesen, wieviele Jugendliche zu einer persönlichen Leistung verurteilt (L8) und zu wievielen Tagen Arbeit (L9) sie insgesamt verpflichtet wurden.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Mehraufwand im Budget 2008 geht im Wesentlichen auf die mit RRB 2007/158 per 01. April 2007 neu im Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege enthaltenen Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretäre und Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre zurück. Infolge der nicht indextierten Ersatzleistungen an die Massnahmenvollzugskosten erfolgte beim Ertrag keine grosse Anpassung.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch die Schaffung von 3,6 Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretären und 2,0 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre erhöht sich der Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege von 64,0 auf neu 69,6 Stellen. Diese Stellenplanerweiterung zielt darauf ab, die Anzahl der durch die Jugendanwaltschaften im schriftlichen Verfahren erledigten Fälle zu reduzieren. Dieser Wert ist nicht als Indikator im KEF vorhanden. Er wird aber jeweils im Geschäftsbericht dargestellt.
- Zusätzlich sind befristete 0,5 Stellen für die Bewältigung der durch die erwartete Einführung der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung notwendigen Anpassungsarbeiten im Bereich der Jugendstrafrechtspflege eingeplant.

**Indikatoren**

- Da es sich bei der Stellenplanerhöhung um eine weitgehend qualitative Veränderung handelt, bleiben die Indikatorenwerte unverändert.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Entwicklung in den Planjahren ergibt sich aus den Vorgaben zum Personalaufwand und der Teuerung. Beim Ertrag erfolgte keine Anpassung.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch die befristete Stelle für die Umsetzung der JStPO erhöht sich der Personalbestand im 2009.

**Indikatoren**

- Die KEF-Planung der Jugendstrafrechtspflege geht von einem grundsätzlich gleichbleibenden Bedarf an jugendstrafrechtlichen Interventionen aus. Die noch zu entwickelnde Praxis zum JStG und die Massnahmen zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität deuten auf einen längerfristig höheren Ressourcenbedarf hin.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Mehraufwand im Budget 2008 gegenüber dem KEF Vorjahr geht im Wesentlichen auf die mit RRB 2007/158 per 01. April 2007 neu im Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege geschaffenen Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretäre und Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre sowie die vom Kantonsrat in der Budgetberatung vom Dezember 2006 beschlossene Budgeterhöhung zurück.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch die mit RRB 2007/158 beschlossene Schaffung von 3,6 Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretären und 2,0 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre erhöhte sich der Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege von 64,0 auf neu 69,6 Stellen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	46.9	46.7	1.1	48.1	-0.1	47.3	0.2	47.9	48.3	3.1
Aufwand	-179.8	-186.1	0.4	-187.3	1.3	-192.3	-0.5	-198.7	-203.6	13.3
Saldo	-132.9	-139.4	1.5	-139.2	1.2	-145.1	-0.3	-150.8	-155.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06-11)									
Einnahmen			0.6	0.6	0.9	0.9	0.2	0.7	0.5	0.4
Ausgaben	-4.5	-4.3	-2.7	-6.8	-4.2	-7.2	-2.0	-6.0	-3.9	-5.4
Nettoinvestitionen	-4.5	-4.3	-2.2	-6.3	-3.4	-6.3	-1.8	-5.2	-3.4	-5.0

Personal (Beschäftigungsumfang)	725.3	731.1	1.1	731.2	9.4	761.7	12.7	766.0	781.0	
---------------------------------	-------	-------	-----	-------	-----	-------	------	-------	-------	--

**Aufgaben**

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
- A2 Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft
- A3 Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
- A4 Betrieb und Planung der notwendigen Anstalten und Therapie-/Behandlungsformen
- A5 Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fachgerechte und effiziente Umsetzung des revidierten Strafgesetzbuches	2008	1
E2 Anpassung der Infrastruktur an die Belegungssituation unter Einbezug von Dietikon und PJZ	2012	1
E3 Wirkungsevaluation der JuV-Leistungen im Hinblick auf die Rückfallprävention	2011	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug	P	1'811	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800
W2 - davon korrekt zurückgekehrt in %	min.	99	99	99	99	99	99
W3 Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug	max.	0	0	0	0	0	0
W4 Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft	max.	0	0	0	0	0	0
W5 Anzahl Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit	P	875	850	850	850	850	850
W6 - davon erfolgreich in %	P	73.9	80	80	80	80	80
W7 Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	P	741	650	650	650	650	650
W8 - davon Rückversetzungen	P	157	120	120	120	120	120
W9 Anzahl Suizide	max.	1	0-2	0-2	0-2	0-2	0-2
W10 Anzahl Übergriffe auf Personal	max.	9	12	12	12	12	12

**Leistungen**

L1 Anzahl Belegungstage	P	501'194	500'000	500'000	510'000	520'000	524'000
L2 - davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft	P	156'216	168'000	160'000	160'000	160'000	160'000
L3 Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in %	P	98.9	96	98	98	98	98
L4 Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	P	11'605	12'000	12'000	12'200	12'400	12'500
L5 Vollzugsfälle und Sozialberatung (Bewährungs- und Vollzugsdienst)	P	6'249	5'600	6'000	6'000	6'000	6'000

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Nettokosten (Staatsbeitrag) pro Belegungstag in Franken:							
B2 - Strafanstalt Pöschwies	P	195.8	204	204	204	204	204
B3 - Gefängnisse Kanton Zürich	P	115.7	116	116	116	116	116
B4 - Massnahmenzentrum Uitikon	P	430.8	420	420	420	420	420
B5 - Vollzugszentrum Urdorf	P	146.2	131	131	131	131	131
B6 - Halbgefängenschaft Winterthur	P	74	70	75	75	75	75
B7 Kostendeckungsgrad Psychiatrisch-Psychologischer Dienst in %	P	27.3	32	27	27	27	27
B8 Gemeinnützige Arbeit							
B9 - eingesparte Hafttage	P	27'723	25'000	25'000	25'000	25'000	25'000
B10 - geleistete Stunden	P	110'891	100'000	100'000	100'000	100'000	100'000
B11 - volkswirtschaftlicher Nutzen (geleistete Stunden x 20.--)	P	2'217'820	2'000'000	2'000'000	2'000'000	2'000'000	2'000'000

Leistungsgruppe 2206	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-139.176
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-6.813

Budget	Leistungsgruppe 2206
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Bei den Entwicklungsschwerpunkten wird die fachgerechte und effiziente Umsetzung des revidierten Strafgesetzbuches auch in mittelfristiger Zukunft einen zentralen Bestandteil der Amtstätigkeit bilden. Bei der Anpassung der Infrastruktur an die Belegungssituation werden mit der Inbetriebnahme des Gefängnisses Dietikon und des PJZ wichtige Meilensteine erreicht werden. Die Wirkungsevaluation der JuV-Leistungen in Bezug auf die Rückfallprävention wird gemäss den JuV-Zielen neu im KEF aufgenommen.

**Indikatoren**

- Das revidierte Strafgesetzbuch wird auf einige der aufgeführten Indikatoren Auswirkungen haben, welche jedoch zum heutigen Zeitpunkt nur sehr schwierig abzuschätzen sind. Es zeichnet sich ab, dass in mittelfristiger Zukunft gestützt auf die Erfahrungen im Jahr 2007 die Indikatoren beziehungsweise deren Werte angepasst werden müssen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Neueröffnung des Gefängnisses Limmattal (G Limmattal) und die Erweiterung des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) prägen das Budget 08 und insbesondere die Planjahre 09-11 nachhaltig. Die beiden Ereignisse wirken sich auf die Personalstellen, auf den Saldo der Erfolgsrechnung, bei den Nettoinvestitionen sowie bei den Leistungsindikatoren aus.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Vergleich zum Budget des Vorjahres erhöhte sich der Aufwand um Fr. 1.2 Mio. in einem bescheidenen Rahmen. Er steigerte sich bloss um den Wert der vorgegebenen Erhöhung der Gehälter und der Teuerung. Der Ertrag erhöhte sich durch Anpassung an die Werte der Rechnung 06 um Fr. 1.4 Mio. Die Differenz des Gesamtbudgetsaldos weist im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung von rund Fr. +0.2 Mio. auf.

**Investitionsrechnung**

- Im Vergleich zur Investitionsplanung des Vorjahres erhöhte sich der Betrag der Nettoinvestitionen um rund Fr. -2.0 Mio. Dies ist im Wesentlichen auf die Realisierung der ersten Bauetappe des Umbaus des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) zurückzuführen. Die übrigen Investitionen in der Strafanstalt Pöschwies und in den Gefängnissen des Kantons Zürich liegen mit Fr. -4.5 Mio. im üblichen Rahmen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Ab 2007 wurden die bis anhin nicht aufgeführten Praktikantenstellen des PPD zusätzlich im Stellenplan mitgezählt: + 3 Stellen.

**Indikatoren**

- Der relativ starke Rückgang bei den Belegungstagen der Untersuchungs- und Sicherheitshaft (L2) im Jahr 2006 bedingt eine Anpassung der Werte für das Planjahr 08. Ebenfalls aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre werden bei den Vollzugsfällen und Sozialberatungen (L5) die Planwerte entsprechend höher prognostiziert. Um den Zusammenhang zwischen Belegungstagen und prozentualer Belegung konsequent abzubilden, wird die Belegung aller Anstalten und Gefängnisse (L3) leicht höher angesetzt.
- Die Nettokosten pro Belegungstag der Halbgefängenschaft Winterthur (B6) werden auf das aktuelle Rechnungsergebnis abgestimmt. Der leicht tiefere prognostizierte Kostendeckungsgrad des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (B7) geht auf einen erhöhten Aufwand (veränderte Buchungsmethodik) bei gleichbleibenden Erträgen zurück.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- In den Planjahren 09 - 11 steigt der Gesamtsaldo der LR von Fr. -145.1 Mio. auf Fr. -155.3 Mio. an. Diese Erhöhung liegt darin begründet, dass 2009 das Gefängnis Limmattal mit 26 Mitarbeitenden und 72 Plätzen neu eröffnet wird und der Mitarbeiterstab des MZU sukzessive bis zur Inbetriebnahme des Umbaus im Jahre 2011 um 26 Mitarbeitende und um 12 Klienten-Plätze erweitert wird.

**Investitionsrechnung**

- Im Planjahr 09 bleiben die Nettoinvestitionen mit Fr. - 6.3 Millionen in Folge des Umbaus des MZU auf hohem Niveau. Im Jahr 2010 und 2011 senkt sich das Investitionsvolumen durch die allmähliche Fertigstellung des Erweiterungsbaus des MZU wiederum auf das "normale Niveau" von Fr. 5.2 bis 3.4 Mio.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch die Eröffnung des Gefängnisses Limmattal im Planjahr 2009 erhöht sich der Stellenplan um 26 Stellen.
- Der Erweiterungsbau am MZU wird stufenweise umgesetzt. Im 2009: + 4,5 neue Mitarbeitende; im 2010: + 4 neue Mitarbeitende und im 2011: + 15 neue Mitarbeitende.
- Insgesamt werden die Stellen im 2009 um 30,5 Stellen erhöht, im 2010 um 4 Stellen und im 2011 um 15 Stellen.

**Indikatoren**

- Aufgrund der um ein halbes Jahr später als ursprünglich vorgesehenen Eröffnung des Gefängnisses Dietikon auf neu Mitte 2009 wird bei der Anzahl Belegungstage (L1) in diesem Jahr die prognostizierte Zunahme leicht geringer veranschlagt. Im Jahr 2011 werden zusätzliche Belegungstage in Folge der Erweiterung des MZU hinzugerechnet. Die auf das Planjahr 2008 abgeänderten Werte bei den Indikatoren L2, L3, L5, B6 und B7 werden auch für die folgenden Entwicklungsjahre übernommen. Bei den Indikatoren zur Gemeinnützigen Arbeit (W5, W6, B9, B10, B11) sowie bei der Anzahl der bedingten Entlassungen aus dem Strafvollzug (W7) und den Rückversetzungen (W8) werden trotz der abweichenden Resultate in der Rechnung 2006 die ursprünglich prognostizierten Werte beibehalten, da die Entwicklung dieser Indikatoren in erheblichem Masse von der konkreten Umsetzung des revidierten Strafgesetzbuches beeinflusst werden wird und eine präzisere Prognose zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Für die Jahre 2008 und 2009 konnte trotz vorgegebener Gehältererhöhung und Teuerung eine Saldoverbesserung von insgesamt Fr. 1.7 Mio. gegenüber dem letztjährigen KEF erreicht werden. Im Jahr 2010 muss hauptsächlich in Folge der zusätzlichen Betriebskosten des MZU-Umbaus eine Saldoerhöhung von Fr. 300'000.-- in Kauf genommen werden.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionsrechnung wurde inzwischen um das Umbauprojekt MZU erweitert.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Neu werden die rund 23,5 Stellen, die durch den Erweiterungsbau und die Leistungserweiterung des MZU entstehen im KEF aufgeführt.

**Indikatoren**

- An den aufgeführten Indikatoren wurden gegenüber dem KEF des Vorjahres L1 und L3 leicht angepasst.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	8.1	5.9	1.0	6.7	0.6	6.3	0.5	6.4	6.3	-21.2
Aufwand	-11.7	-11.3	-0.8	-11.4	-0.4	-11.1	-0.3	-11.3	-11.4	-2.8
Saldo	-3.7	-5.4	0.2	-4.7	0.2	-4.8	0.2	-4.9	-5.1	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	57.6	55.7	6.5	58.7	4.5	56.7	4.5	56.7	56.7	

**Aufgaben**

A1 Das Gemeindeamt ist allgemeiner Ansprechpartner für Gemeinden, Behörden sowie Gemeindeverbände und zuständige Stelle in den Bereichen Gemeindefinanzen, Gemeinderecht, Einbürgerungen, Zivilstandswesen, Vormundschaft (2. Aufsichtsinstanz). Die Aufgaben umfassen insbesondere die Aufsicht (inkl. Informations- und Schulungsangebote), Revision, Koordination, Kommunikation, Beratung sowie die Rechtssprechung und Weiterentwicklung aller Verantwortungsbereiche. Daneben betreut das Gemeindeamt den Finanz- und Lastenausgleich (mit dem Investitions- und Ausgleichsfonds), die in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert werden.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

E1	Berichterstattung über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2008	2
E2	Erlass eines Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht	2008	1
E3	Inkraftsetzung neuer Bestimmungen zur fachkundigen und unabhängigen Rechnungsprüfung (Dir.ziele 1 - 3)	2008	1
E4	Sicherstellung der kantonsweiten Rückerfassung der seit 1. Januar 1988 angelegten Familienregisterblätter ins Informatisierte Standesregister	2008	5
E5	Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich (Gesetzesvorlage, Entwurf einer Verordnung, Erarbeitung eines Handbuches zur Rechnungsführung) (Dir.ziele 1 + 3)	2009	1
E6	Anpassung der Gemeindegesetzgebung an die neue Kantonsverfassung / Erarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes (Dir.ziele 1 - 3)	2010	1
E7	Reform der Bezirks- und Gemeindestrukturen / Erprobung neuer Formen der interkommunalen Zusammenarbeit (Interkommunalkonferenzen / kantonsübergreifende Agglomerationen) (Dir.ziele 2 + 5)	2012	2

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

W1	Zufriedenheit Kursteilnehmer	min.	gut - sehr gut					
W2	Aufhebung/Rückweisung gemeinderechtl. Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	0 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %
W3	Anzahl Websitebenutzungen „www.gaz.zh.ch“	P	151'323	160'000	150'000	150'000	150'000	150'000

**Leistungen**

L1	Anzahl Schulungstage für Behörden und Angeh. d. Kommunalverwaltung	P	81	33	26	26	38	30
L2	Teilnehmerzahlen Kurse und Schulungen	P	1'054	700	420	400	720	500
L3	Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen	P	19'009	17'000	19'950	20'150	20'400	20'600
L4	Beantwortung telefonischer, juristischer Anfragen innert 24 Stunden	min.	90.7 %	80 %	80 %	80 %	80 %	80 %
L5	Verfahrensdauer bei Namensänderungen (in Monaten)	max.	3.0	3.5	3.0	2.5	2.5	2.5

**Wirtschaftlichkeit**

B1	Kostendeckungsgrad Einbürgerungen	P	199 %	138 %	173 %	159 %	157 %	154 %
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste	P	104 %	103 %	110 %	104 %	103 %	101 %

**Leistungsgruppe 2207 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.676  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 2207**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Entwicklungsschwerpunkte Gemeindestruktur- und Finanzausgleichsreform sowie die Erarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes bedingen die Einstellung zeitlich befristeter Projektmitarbeiter (Details vgl. Kommentar zum Personal).

### Indikatoren

- L5: Verfahrensdauer bei Namensänderungen: Die bereits teilweise erfolgreich umgesetzte Senkung der Verfahrensdauer soll sich auch in den Planjahren fortsetzen, um eine effiziente Bewirtschaftung der Namensänderungen sicherzustellen.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die deutliche Zunahme bei den ordentlichen Einbürgerungen erlaubte es, den Gebührenerlös auf Fr. 3.0 Mio. (Budget 2007: Fr. 2.2 Mio.) zu erhöhen. Der Ertragsumsatz bei den Revisionsdiensten bleibt als Folge einer soliden Mandatslage stabil. Mit Beginn 2008 wird den Gemeinden ein Teil des IT-Supportes beim Informatisierten Standesregister (INFOSTAR) weiterverrechnet. Die INFOSTAR-Betriebskosten reduzieren sich auf Fr. 350'000.00 (bisher Fr. 500'000.00). Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht, wobei ein Teil der Mehrkosten durch höhere Einnahmen kompensiert werden kann (vgl. auch Indikator "Anzahl Erledigungen).

### Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Bei den Einbürgerungen und beim Zivilstandswesen wurde mit Stellenerhöhungen auf die deutliche Zunahme an Gesuchseingängen reagiert. Im Rahmen von Reformprojekten wurde ausserdem die Anstellung von zwei Projektmitarbeitern bis Ende 2008 verlängert.

### Indikatoren

- L1 und L2: Die Höhe der Anzahl Schulungstage und der Teilnehmerzahlen richtet sich nach den Bedürfnissen der zu schulenden Zielgruppe (Wahlzyklus, neue Gesetzgebung usw.)
- L3: Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen: Die nachhaltige Steigerung bei den Gesuchseingängen (insbesondere bei den ordentlichen Einbürgerungen) führte zu einer Erhöhung der Planwerte.
- L4: Die Anzahl der telefonischen Anfragen hat in den letzten 5 Jahren stetig zugenommen. Diese Entwicklung betrifft sowohl die Quantität des Geschäftsvolumens als auch die Komplexität der Thematik. Durch Effizienzsteigerung soll der Indikatorenwert beibehalten werden.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die Ende 2008 auslaufenden Projektstellen reduzieren den Personalaufwand mit Beginn Planjahr 2009. Bei der Ertragsentwicklung ist mit einem kontinuierlichen Geschäftsvolumen auf hohem Niveau zu rechnen.

### Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die im Zusammenhang mit den Reformvorhaben eingestellten Mitarbeiter sind bis Ende 2008 befristet angestellt.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Der Aufwand für die Betriebskosten INFOSTAR reduziert sich um Fr. 150'000.00 auf neu Fr. 350'000.00. Ein Teil der IT-Supportkosten beim Zivilstandswesen wird neu den Gemeinden in Rechnung gestellt. Die gestiegene Anzahl Gesuche begünstigte eine Erhöhung des Erlösumsatzes auf neu Fr. 3.0 Mio. (bisher Fr. 2.2 Mio.).

### Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das hohe Geschäftsvolumen bei den Einbürgerungen und beim Zivilstandswesen führte zu einer Erhöhung des Stellenplanes, welche jedoch teilweise durch die Erhöhung der Gebühreinnahmen kompensiert werden kann. Das umfangreiche Innovationsportfolio (vgl. Entwicklungsschwerpunkte) verlangt nach qualifizierten Fachkräften bei den jeweiligen Themengebieten.

### Indikatoren

- W3: Anzahl Websitebenützen "www.gaz.zh.ch": Mit der Neugestaltung der Website soll der Zugang zu den bereits vorhandenen Informationen vereinfacht und verbessert werden. Die Anzahl der Websitebesuche scheint sich bei ca. 150'000 (bisher wurden 160'000 eingestellt) zu stabilisieren, und es wird versucht, vor allem den wiederkehrenden Benutzern aus dem Behörden- und Verwaltungsbereich mit Downloads, Wegleitungen, Formularen etc. die tägliche Arbeit zu erleichtern. Die umfangreichen Unterlagen sollen zu einer Entlastung der Mitarbeiter und gleichzeitig zu einer wirkungsvollen Unterstützung unserer Partner führen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	31.1	20.0	11.0	31.0	5.0	25.0	5.0	25.0	25.0	-19.5
Aufwand	-183.2	-192.4	13.3	-190.9	-21.5	-195.1	3.5	-169.3	-171.1	-6.6
- Steuerfussausgleichsbeiträge	-77.7	-86.0	12.3	-80.0	-22.5	-84.8	2.5	-59.8	-59.8	-23.1
- Lastenabgeltung an Stadt Zürich	-100.9	-100.9	1.0	-102.5	1.0	-102.5	1.0	-102.5	-102.5	1.6
<b>Saldo</b>	<b>-152.1</b>	<b>-172.4</b>	<b>24.3</b>	<b>-159.9</b>	<b>-16.5</b>	<b>-170.1</b>	<b>8.5</b>	<b>-144.3</b>	<b>-146.1</b>	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)			0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

**Aufgaben**

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verabschiedung der Gesetzesvorlage zum neuen Finanzausgleich (Direktionsziele 2 + 6)	2008	2

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	0 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %
W2 Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden	max.	0 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %
W3 Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
<b>Leistungen</b>							
L1 Steuerfussausgleich (Anträge)	P	27	30	32	33	33	33
L2 Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	2	1	2	1	1	1
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe 2215	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-159.889
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2215
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Das Projekt neuer Finanzausgleich im Kanton Zürich (REFA) wird in einem Projektblatt als Ergänzung zum Leistungsgruppenblatt dokumentiert.

**Indikatoren**

- W1: Ergreifung von Rechtsmitteln und W2 deren Aufhebung: Die beiden Indikatoren wurden - basierend auf den bisherigen, erfreulichen Erfahrungswerten weiterhin ehrgeizig budgetiert: > 3% Ergreifung von Rechtsmitteln und < 1% Aufhebung von Entscheidungen.
- L1: Die leichte Erhöhung des Indikators über die ganze Planperiode ist damit begründet, dass potenziell 21 Gemeinden (Steuerfuss zwischen 120% und 123%) neu in den Steuerfussausgleich fallen könnten, weshalb diese "Kandidaten" bei der Prognose berücksichtigt wurden. Ausserdem ist die wirtschaftliche Entwicklung nur ein Faktor bei der Steuerfussfestsetzung. Ebenso wichtig für die Situation der kommunalen Haushalte sind z.B. Sozialentwicklungskosten und Ausgaben im Bildungsbereich (neues Volksschulgesetz).

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Lastenabgeltung an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe ist für die Jahre 2008 - 2010 (Planwerte Fr. 102.5 Mio.) neu zu berechnen. Es wird mit einer Kostenzunahme von Fr. 1.6 Mio. gerechnet.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Steuerfussausgleichsbeiträge werden im Budget 2008 mit Fr. 80.0 Mio. geplant, was einer Reduktion von Fr. 6.0 Mio. gegenüber dem Budget 2007 entspricht. Zudem wurden die Rückzahlungen dem Rechnungsjahr 06 angepasst. Zusammen mit der obenerwähnten Zunahme der Lastenabgeltung an die Stadt Zürich sowie der erhöhten Einlagen in den Investitionsfonds, verbessert sich der Saldo um 12.5 Mio. gegenüber dem Budget 07.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Jahr 2007 erheben 21 Gemeinden einen Steuerfuss zwischen 120 - 123%. Diese Gemeinden könnten zusätzlich zu den bereits bestehenden im Jahr 2008 Steuerfussausgleich beanspruchen. Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren die finanzschwachen Gemeinden nur geringfügig, so dass auch im Jahr 2008 mit den bestehenden Kunden gerechnet werden muss. Zusätzlich zu den Kürzungen im KEF 07 - 10 sind mit dem Entlastungsprogramm E08 nochmals 7,5 Mio. enthalten.

**Investitionsrechnung**

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Rückerstattungen ab 2008 wurden entsprechend der Rechnung 06 sowie im Rahmen des Entlastungsprogrammes E08 festgelegt und mit Beginn 2009 auf Fr. 25 Mio. (im KEF 2007 - 10 wurden Fr. 20 Mio. eingestellt) erhöht. Die Umsetzung des neuen Finanzausgleichs im Kanton Zürich (REFA) hat sich zeitlich verzögert, weshalb die wirtschaftlichen Auswirkungen (Fr. 30 Mio.) erst mit Beginn 2010 eingestellt wurden (Details zur Projektagenda vgl. Projektblatt REFA).

**Investitionsrechnung**

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	12.7	12.6	0.1	12.7	-0.0	12.5	-0.4	12.2	12.1	-4.6
Aufwand	-9.9	-10.1	-0.1	-10.4	-0.1	-10.4	0.1	-10.5	-10.6	7.7
Saldo	2.9	2.4	0.0	2.3	-0.1	2.1	-0.3	1.7	1.5	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	54.5	53.3	0.1	53.4	0.1	53.4	0.1	53.4	53.4
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

**Aufgaben**

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Sachverhalte und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 VE Handelsregisterverordnung).

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aktuell nachgeführtes und wahres Register	2011	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	100%	80%	80%	80%	90%	90%
W2 Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 2-jährlich Gesamtwertung	min.	gut	-	gut	-	gut	-
W3 Revisionsbericht EHRA	min.	sehr gut	-	gut	-	gut	-
W4 Kundenbefragung: Jur. Korrektheit, Beratungsqualität	min.	sehr gut	-	gut	-	gut	-

**Leistungen**

L1 Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	259'248	265'000	271'000	277'000	283'000	289'000
L2 Anzahl Rechtsauskünfte	P	20'153	20'500	20'000	19'500	19'500	19'500
L3 Anzahl Tagebucheintragen	P	35'071	36'200	37'500	37'500	35'000	35'000
L4 Anzahl Registerauskünfte	P	75'020	77'000	60'000	60'000	60'000	60'000

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	129%	125%	122%	120%	116%	114%
---	---	------	------	------	------	------	------

**Leistungsgruppe 2221 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) 2.310  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 2221**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
 können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- ---

**Indikatoren**

- W1: Der Indikator "Kontinuierliche Überprüfung der Tatsachen" hat zum Ziel, die Aktualität des Registerinhaltes durch aktive Registerbereinigung des Handelsregisteramtes zu gewährleisten. Dabei werden Unternehmen, die seit mehr als fünf Jahren keinen Handelsregistereintrag zu verzeichnen haben, aufgefordert, die eingetragenen Angaben zu bestätigen oder deren Korrektur zu veranlassen.
- W3: Das Eidgenössische Amt für das Handelsregisteramt (EHRA) übt die Oberaufsicht über die kantonalen Handelsregisterämter aus.

**Sonstige Bemerkungen**

- ---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung hängt sowohl von der wirtschaftlichen Entwicklung als auch von den Gesetzgebungsprojekten des Bundes bzw. deren Inkraftsetzung ab. Am 1.1.2008 treten auf Bundesebene verschiedene Gesetzesänderungen mit Auswirkungen auf die Gebührenerträge der kantonalen Handelsregisterämter in Kraft (Obligationenrecht, Handelsregisterverordnung). Einerseits resultieren daraus dauerhafte Gebührenauffälle im Umfang von voraussichtlich mind. 0.3 Mio. Franken.- (im Wesentlichen infolge der - neu - unentgeltlichen Abgabe von unbeglaubigten Handelsregisterauszügen via Internet). Diese Mindererträge dürften jedoch während der Übergangsfrist 2008 und teilweise 2009 durch einmalige Mehrerträge aufgefangen werden (neue Revisionsregelung für KMU-AG/GmbH). Ab 2010 ist jedoch nicht mehr mit diesen Zusatzeinnahmen zu rechnen. Die ausgewiesene Aufwandsteigerung ist im Handelsregisteramt auf externe Vorgaben zurückzuführen.

**Investitionsrechnung**

- ---

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- ---

**Indikatoren**

- L1: Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu (Neueintragungen).
- L3: Der vorübergehend prognostizierte Anstieg der Anzahl Tagebucheintragen in den Jahren 2008 und 2009 ist auf die Einführung der neuen Revisionsregelung für KMU-AG/GmbH zurückzuführen (vgl. Bemerkungen oben zu Erfolgsrechnung).
- L4: Die Anzahl der Registerauskünfte reduziert sich ab 2008 dauerhaft. Die Handelsregisterverordnung sieht ab diesem Zeitpunkt die -neu unentgeltliche- Abgabe von unbeglaubigten Handelsregisterauszügen via Internet vor. Die Kunden können sich somit diese Art der Information gratis direkt aus dem Internet beschaffen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Rückgang des Ertrages muss insbesondere aufgrund der neu per 1.1.2008 auf Bundesebene vorgeschriebenen Gratisabgabe der unbeglaubigten Handelsregisterauszüge im Internet geplant werden (vgl. oben). Beim Aufwand orientiert sich die finanzielle Entwicklung in den Planjahren an den Vorgaben zu den Personalkosten und zur Teuerung.

**Investitionsrechnung**

- ---

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- ---

**Indikatoren**

- Vgl. Bemerkungen zu der Entwicklung Indikatoren Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die oben erwähnten Auswirkungen der neuen Bundesgesetzgebung (Obligationenrecht/Handelsregisterverordnung) per 1.1.2008 auf die Gebührenerträge waren im Zeitpunkt der Erstellung des KEF Vorjahres nicht bekannt und konnten deshalb erst im aktuellen KEF berücksichtigt werden. Die Verbesserungsvorgaben gemäss Entlastungsprogramm E 08 (B 08: 0.1 Mio.; P 09 und P 10 je 0.11 Mio.) wurden vom Handelsregisteramt umgesetzt.

**Investitionsrechnung**

- ---

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- ---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.6	0.7	-0.4	0.5	-0.4	0.6	-0.4	0.5	0.6	-63.3
Aufwand	-8.8	-9.1	-0.1	-8.3	-0.6	-8.6	-0.8	-9.0	-9.2	4.6
Saldo	-7.2	-8.4	-0.5	-7.7	-0.9	-8.0	-1.2	-8.4	-8.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben		-0.4								-0.1
Nettoinvestitionen		-0.4								-0.1

Personal (Beschäftigungsumfang)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11
	32.4	34.2	-2.2	31.0	-1.7	31.0	-1.2	31.0	31.0

**Aufgaben**

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessener guter Qualität
- A2 Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
- A3 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen, sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes	2009	4
E2 Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u.a. für die Volkszählung 2010		0
E3 Ausbau des Statistikangebots auf Internet		0
E4 Ausbau des e-Votings		0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen	P	67	> 40	> 45	> 50	> 50	> 50
W2 Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Homepage	P	1'065'732	>750'000	>1'000'000	>1'050'000	> 1'100'000	> 1'200'000
W3 Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden)	P	95 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	P	-	< 4	< 4	< 4	< 4	> 4
W5 Zufriedenheitsgrad bei Wahlen u. Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %)	P	-	> 80 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl geführte Statistiken	P	27	27	27	27	27	27
L2 Anzahl Statistikanfragen an Data Shop	min.	2'908	> 2'800	> 2'500	> 2'200	> 2'000	> 2'000
L3 Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen	min.	20	> 20	> 22	> 24	> 26	> 28
L4 Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	1'075	>1'000	> 500	> 500	> 500	> 500
L5 Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500.-- je Fall	min.	46	> 30	> 35	> 35	> 40	> 40
L6 Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende	P	4	9	4	4	4	6
L7 Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses)	max.	7	< 15	< 15	< 15	< 15	< 15
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten)	P	90 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
B2 Umsatz European Statistical Data Support in Franken	P	5'708	3'000	-	-	-	-
B3 Kostendeckungsgrad Dienstleistungen im Vergleich zu anderen Statistischen Ämtern: Rangfolge unter 5 Ämtern der Schweiz	max.	-	-	-	-	-	-

Leistungsgruppe 2223	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.750
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2223
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Zur Erweiterung und Verbesserung der statistischen Grundversorgung soll die Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen optimiert und ausgebaut werden. Ein spezieller Effort ist in diesem Bereich für eine effiziente und ökonomische Durchführung der Volkszählung erforderlich.
- Das Angebot von statistischen Informationen wird auf "www.statistik.zh.ch" kontinuierlich erweitert.
- Die elektronische Stimmabgabe soll im Rahmen der vom Bund erteilten Bewilligung sukzessive einer immer grösseren Anzahl Gemeinden und Stimmberechtigten ermöglicht werden.

**Indikatoren**

- W2: Aufgrund des erweiterten Informationsangebotes auf "www.statistik.zh.ch" wird mit einer stets steigenden Anzahl Nutzern gerechnet.
- L2: Das erweiterte Angebot von statistischen Informationen über das Internet führt beim Datashop zu einem Rückgang vor allem der kleinen Anfragen.
- L4: Aufgrund des erweiterten Informationsangebotes auf "www.statistik.zh.ch" wird ab 2008 auf die Produktion und den Verkauf einer Jahrbuch-CD-Rom verzichtet, was voraussichtlich zu einer stark verminderten Anzahl Verkäufen führt.
- B2: Auch vom Statistischen Amt der EU werden die Daten in grossem Umfang auf dem Internet angeboten. Vom Statistischen Amt des Kantons Zürich können heute lediglich noch Supportleistungen verrechnet werden, deren Volumen kein relevanter Wirtschaftlichkeitsindikator mehr ist.
- B3: Der Vergleich des Kostendeckungsgrades mit anderen statistischen Ämtern kann aus erhebungstechnischen Gründen nicht ermittelt werden.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Mit 7,75 Mio. Franken liegt der Globalkredit 2008 rund 0.6 Mio. unter jenem des Vorjahres. Mit dem Abbau projektbedingter Stellen und von Aushilfen konnte beim Personalaufwand 0.35 Mio. gespart werden. Da 2008 keine Wahlen budgetiert werden mussten, reduzierte sich der Sachaufwand inkl. interner Verrechnungen um 0.9 Mio. Andererseits mussten externe Kosten für den Pilotbetrieb von e-Voting von 0.2 Mio. und für die Vorbereitung der auf harmonisierten Registern basierenden Volkszählung 2010 zusätzlich 0.5 Mio. budgetiert werden.
- Die Budgetierung der Erträge von Dienstleistungen und Benützungsgebühren musste entsprechend den derzeitigen realen Marktaussichten um rund 0.15 Mio. reduziert werden.

**Investitionsrechnung**

- Ab Budget 08 sind keine Investitionen mehr vorgesehen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch den Abbau von projektbedingten Stellen und Aushilfen wurde der Personalbestand von 34.2 auf 31 Stellen reduziert.

**Indikatoren**

- vgl. allgem. Bemerkungen

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Vergleich zum Budget 2008 erhöht sich der Globalkredit in den Jahren 2009 und 2010 um rund 0.3 bzw. 0.7 Mio. Dies vor allem aufgrund des zusätzlichen Mittelbedarfs für die Vorbereitung der Volkszählung 2010. Im Jahre 2011 entfallen diese Kosten weitgehend, andererseits wurden für die Durchführung der Wahlen rund 0.9 Mio. in die Planung aufgenommen, was auch der gesamten Erhöhung gegenüber dem Budget 2008 entspricht.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Eine Veränderung des Beschäftigungsumfanges von 31 Stellen ist in der Planung nicht vorgesehen.

**Indikatoren**

- vgl. allgem. Bemerkungen

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Gegenüber der Vorjahresplanung mussten für die Jahre 2008 bis 2010 neu die Kosten für die Vorbereitung der auf harmonisierten Registern basierenden Volkszählung von 0.4, 0.75 und 0.9 Mio. aufgenommen werden. Zudem mussten zusätzlich für den Pilotbetrieb von e-Voting jährliche Kosten von 0.2 Mio. veranschlagt werden. Diese Mehrkosten konnten teilweise durch die Reduktion der Personalkosten von jährlich 0.2 bis 0.3 Mio. und weiteren jährlichen Einsparungen von rund 0.1 Mio. kompensiert werden.
- Die in der Planung des Vorjahres für die Jahre 2008 - 2010 geplanten Erträge von Dienstleistungen und Benützungsgebühren mussten entsprechend den derzeitigen realen Marktaussichten um rund 0.4 Mio. reduziert werden.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im Vergleich zur Vorjahresplanung wurde der Beschäftigungsumfang um 1,2 bis 2,2 Stellen reduziert.

**Indikatoren**

- vgl. allgem. Bemerkungen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.3	0.2	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	-58.2
Aufwand	-6.3	-7.4	-0.4	-8.1	-0.5	-7.9	-0.4	-7.7	-7.6	20.8
Saldo	-5.9	-7.2	-0.4	-7.9	-0.5	-7.7	-0.4	-7.6	-7.4	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	0.0									0.0
Ausgaben	-5.3	-2.9	-0.4	-0.4						-1.4
Nettoinvestitionen	-5.3	-2.9	-0.4	-0.4						-1.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	23.4	25.2	2.0	27.2	2.0	27.2	2.0	27.2	27.2	

**Aufgaben**

- A1 Ueberlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Ueberlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten  
A2 Akten: Aktenschliessung der Archivalien unter Berücksichtigung der Kundeninteressen  
A3 Individuelle Kundendienste: Gewährleistung der Benützung der Archivbestände durch die Kunden  
A4 Beständeerhaltung: Erhaltung und Pflege der Archivbestände

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Ueberlieferungsbildung: 1) Aktenführung in der Verwaltung (Records Management) / 2) Langzeitarchivierung elektronischer Akten	2011	4
E2 Aktenschliessung: 1) Aktenschliessung Akten 19./20.Jh. 2) Abbau Restanzen Zwischenarchiv	2011	4
E3 Individuelle Kundendienste/Marketing: Aufbau Plattform für historische Forschungsprojekte (z.B. Universitäten)	2011	4
E4 Beständeerhaltung: 1) Konservierung Akten 19./20.Jh. 2) Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung / Restaurierung moderne Medien	2011	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Gesamtzufriedenheit der Kunden (alle Segmente ausser Aemter) mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	0	90 %	0	90 %	0	90 %
W2 Gesamtzufriedenheit Kundensegment Aemter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	0	0	90 %	0	0	90 %
W3 Anzahl erreichte potentielle Leser: 100'000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
W4 Anzahl Internetbenützigungen: 150'000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Ablieferungen	min.	96	50	80	80	80	80
L2 Anzahl Ablieferungsvereinbarungen	min.	35	30	40	45	45	45
L3 Abgelieferte Mengen in Laufmetern	min.	630	500	600	600	600	600
L4 Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst	P	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
L5 Anzahl Besucher/Innen und schriftliche Anfragen	min.	1'816	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
L6 Schriftliche Anfragen sind innert 3 Wochen beantwortet	min.	95 %	95 %	95 %	95 %	95 %	95 %
L7 Anzahl katalogisierte Neueingänge	min.	1'700	2'000	2'000	1'500	1'500	1'500
L8 Anzahl Konservierungsschachteln	min.	160	200	200	200	200	200
L9 Anzahl erstellter Mikrofilmaufnahmen	min.	455'000	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000
L10 Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände	min.	5	20	20	20	20	20
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

**Leistungsgruppe 2224 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.944
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.431

**Budget Leistungsgruppe 2224**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Um die zentralen Aufgaben und Entwicklungsschwerpunkte auch in Zukunft gemäss Gesetzauftrag wahrnehmen zu können, wurde mit RRB 1560 vom 8. November 2006 der Stellenplan erweitert. Für das Jahr 2007 werden 3,5 neue Stellen geschaffen, 4,2 Stellen wurden im Stellenplan integriert (bereits bestehende Arbeitsverhältnisse). Ab 2008 wird der Stellenplan um 2 neue Stellen erweitert.

**Indikatoren**

- L1-L3: Die bewilligten neuen Stellen 2007/2008 wirken sich ab 2008 auf die Indikatoren im Bereich Ueberlieferungsbildung aus. Die Anzahl der Ablieferungen steigt von 50 auf 80, die Ablieferungsvereinbarungen erhöhen sich von 30 auf 45 und die abgelieferten Mengen in Laufmetern nehmen um 100 von 500 auf 600 zu.
- L10: Die Entwicklung des Indikators "Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände" ist damit begründet, dass der Bereich sich in einer strategischen Neuausrichtung befindet. Mit dem Beirat für Gemeindefragen wird diese Neuausrichtung diskutiert. Die Idee ist, dass es zukünftig in Bezug auf die Archivierung Gemeindearchiv-Verbünde geben soll. Diese Verbünde ihrerseits sollen dafür besorgt sein, dass für Archivierungsfragen kompetente Mitarbeitende beschäftigt werden. Aus diesem Grunde reduziert sich der Indikator.
- Sinnvolle Indikatoren zur Wirtschaftlichkeit sind bezüglich Tätigkeiten im Staatsarchiv sehr schwierig zu entwickeln. Daher sind (noch) auch keine Vergleichswerte mit anderen Staatsarchiven vorhanden.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der Entlastungsmassnahmen MH 06 222401 und 222402: 2006 -0.27 Mio. Fr., 2007 -0.36 Mio. Fr., 2008 -0.37 Mio. Fr., 2009 -0.33 Mio. Fr.
- Umsetzung E08: KEF 2008 bis 2011 -0.4 Mio. Fr.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Zunahme des Aufwandes von Fr. 700'000 von 2008 gegenüber 2007 ist zurückzuführen auf a) Neue Stellen Fr. 300'000 b) höhere Abschreibungen und Zinsen wegen Neubau Fr. 280'000 c) höhere Informatikkosten wegen neuen Stellen und Neubau Fr. 90'000 und d) höhere Unterhaltskosten Liegenschaft wegen Neubau Fr. 30'000.
- Der Ertrag reduziert sich im 2008 um Fr. 50'000 gegenüber 2007, da das Projekt Verwaltungsgeschichte 2007 abgeschlossen wird, und der Beitrag vom Lotteriefonds entfällt.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionssumme verringert sich im 2008 um 2,5 Mio., da der Neubau 2007 beendet wird.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im 2008 steigt der Beschäftigungsumfang von 25.2 auf 27.2 gemäss RRB 1560, 8.11.06.

**Indikatoren**

- Die Indikatorenwerte L1-L3 im Bereich Ueberlieferungsbildung steigen ab 2008 infolge neuer Stellen an. (siehe oben)

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Beendigung der Investitionstätigkeit 2007/2008 wirkt sich ab 2009 bis 2011 auf den Aufwand aus. Niedrigere Abschreibungen und Zinsen reduzieren den Aufwand ab 2009 um durchschnittlich Fr. 190'000.-.

**Investitionsrechnung**

- Abschluss Projekt Neubau/Erweiterung Staatsarchiv per 2007/2008.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- In den Planjahren bleibt der Beschäftigungsumfang bei 27.2 Stellen.

**Indikatoren**

- L7: Der Indikator "Anzahl katalogisierte Neueingänge" sinkt ab Planjahr 2009 um ein Viertel von 2000 auf 1500, da langfristig gemäss Bibliothekskonzept die Vorgabe von 2000 nicht umgesetzt wird.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im letztjährigen KEF waren die Kosten bezüglich neuer Stellen mit Fr. 280'000 budgetiert. Kosten neue Stellen Total: Fr. 650'000.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionskosten laufen gegenüber dem letztjährigen KEF bis ins 2008 (P08: Fr. 431'000).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im KEF Vorjahr waren erst 3,5 neue Stellen gegenüber aktuellem KEF mit 5,5 neuen Stellen budgetiert. (4,2 Stellen Integration bestehender Arbeitsverhältnisse).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	2.8	2.9	0.0	3.2	0.5	4.1	0.5	4.1	4.1	45.9
Aufwand	-3.2	-3.2	-0.2	-3.4	-0.1	-5.9	-0.0	-5.9	-6.0	87.9
Saldo	-0.4	-0.4	-0.2	-0.2	0.4	-1.9	0.5	-1.9	-2.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	17.6	18.0	0.1	18.1	0.1	32.6	0.1	32.6	32.6	

**Aufgaben**

- A1 Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
- A2 Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen (ab 1.1.2007)
- A3 Verstärkte Pensionskassen-Aufsicht wegen der Unterdeckungsproblematik
- A4 Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide
- A5 Informations- und Beratungstätigkeit

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der 1. BVG-Revision	2008	1
E2 Übernahme Sammeleinrichtung vom BSV	2009	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen	min.	gut	gut	gut	gut	gut	gut
W2 Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	< 5%	< 5%	5%	5%	5%	5%
W3 Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit	min.	n.q.	gut	n.q.	gut	n.q.	gut
W4 Anzahl Unterdeckungsfälle mit Problemen im Verhältnis zu den gesamten Unterdeckungsfällen (bis 2010)	max.	< 10%	< 10%	10%	10%	10%	--
<b>Leistungen</b>							
L1 Lückenlose Erfassung aller zu beaufsichtigenden Vorsorgeeinrichtungen: Vollständige Erfassung	P	100%	100%	100%	100%	100%	100%
L2 Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten)	max.	< 6	< 6	6	6	6	6
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungs-Aufsicht	P	87%	100%	94%	64%	64%	63%

Leistungsgruppe 2225	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.206
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2225
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Das BVS wird weiterhin damit beschäftigt sein, die Umsetzung der 1. BVG-Revision durch die Vorsorgeeinrichtungen zu überwachen.
- Neu kam mit dem 3. Paket der 1. BVG-Revision hinzu, dass die Leistungsreglemente der Vorsorgeeinrichtungen auch in steuerlicher Hinsicht zu prüfen sind. Diese Aufgabe hat das BVS von der Steuerverwaltung übernommen.
- Per 1.1. 2007 übt das BVS zudem auch die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton Schaffhausen aus.
- Per ca. 1.1.2008 werden voraussichtlich die Vorbereitungsarbeiten für die Übernahme der Aufsicht über die Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen anlaufen. Diese Aufgabe wird das BVS voraussichtlich ca. im Jahr 2009 übernehmen.
- Personalstellen: Die Uebernahme der Sammeleinrichtungen führt ab 09 zur ausgewiesenen Stellenerhöhung von 14,5 Stellen.

**Indikatoren**

- Der Indikator "Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit" soll alle 2 Jahre mittels einer schriftlichen Umfrage erhoben werden. Über die Veränderungen der Indikatoren im Zusammenhang mit der Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund können keine Prognosen gestellt werden.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der Entlastungsmassnahme E08: ab 2009 0.5 Mio. mehr Ertrag

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Das Budget 2008 basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Aufgrund der geplanten Gebührenerhöhung zeichnet sich eine Ertragszunahme und damit ein leicht verbesserter Saldo ab.

**Investitionsrechnung**

- keine

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine Veränderung

**Indikatoren**

- B1: Anpassung an Vorjahr (Budget 07 zu hoch).

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Die weitere finanzielle Entwicklung ist geprägt durch die voraussichtliche Uebernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund mit dem entsprechenden personellen Ausbau. Neben der Kostenzunahme führt dies auch zu mehr Einnahmen. Im weiteren basiert die finanzielle Entwicklung auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

**Investitionsrechnung**

- -

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Die Uebernahme der Sammeleinrichtungen führt ab 09 zur ausgewiesenen Stellenerhöhung von 14.5 Stellen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Die Vorgaben zum Personalaufwand führten zu Mehrkosten und die Mehreinnahmen durch die Uebernahme der Sammeleinrichtungen zur positiven Abweichung gegenüber den Planjahren im Vorjahres-KEF.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine Veränderung

**Indikatoren**

- Der Indikator W4 wird ab dem Jahr 2011 nicht mehr erhoben, da die Problemfälle bei den Unterdeckungsfällen stark abnehmend sind.
- B1: Die Uebernahme der Sammeleinrichtung erfolgt nicht zu kostendeckenden Ansätzen, deshalb Reduktion des Kostendeckungsgrades. Bei den Sammeleinrichtungen handelt es sich um wenige Kassen mit riesigen Vermögen. Die Beaufsichtigung erfordert grossen Ressourceneinsatz (+14.5 Stellen). Da sich die Aufsichtsgebühr aufgrund der Bilanzsumme errechnet, gegen oben aber plafoniert ist, können diese Zusatzkosten nicht vollständig durch die vereinnahmten Gebühren abgedeckt werden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.4	0.2	0.2	0.4	0.2	0.4	0.2	0.4	0.4	-10.9
Aufwand	-9.2	-7.9	-0.1	-8.1	-0.2	-8.2	-0.3	-8.3	-8.4	-9.3
Saldo	-8.8	-7.7	0.1	-7.7	0.0	-7.8	-0.1	-7.9	-8.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.7	6.6	0.0	6.6	0.0	6.6	0.0	6.6	6.6	

**Aufgaben**

A1 Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe, administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfeverfahren	2010	0
E2 Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung	2010	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit der Beratungsstellen mit der administrativen Aufsicht (inkl. Finanzierung) und mit der Beurteilung der mit Hilfe von ihnen eingereichten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (messbar mittels Umfragen)	min.	-	-	-	gut	-	-
W2 Anteil vom Sozialversicherungsgericht gutgeheissener Beschwerden gegen im Rechnungsjahr erlassene Entscheide der Opferhilfestelle	max.	10 %	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	P	501	490	500	500	520	520
L2 Anzahl der beurteilten Gesuche von Beratungsstellen	P	12	20	20	20	20	20
L3 Anzahl der Pendenzen (spruchreife und nicht spruchreife Opferhilfegesuche) ohne sistierte Verfahren	max.	170	300	280	280	250	250
L4 Durchschnittliche Dauer eines Opferhilfeverfahrens (ohne Dauer allfälliger Sistierung) (messbar ab 2007)	P	-	2 Mte.				
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle	P	80 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
B2 Kosten je Opferhilfeverfahren im Durchschnitt in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer)	P	5'700	5'900	5'900	5'900	5'900	5'900

Leistungsgruppe 2232	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.747
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2232
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Da die Sanierungsvorgaben 04 von 0.8 Mio. ab 2007 nicht eingehalten werden können (Begründung siehe unten), resultiert gegenüber dem letztjährigen KEF eine entsprechende Verschlechterung des Saldos. Trotzdem liegen die Planwerte unter dem Rechnungsergebnis 2006.

### Indikatoren

- Indikatoren: „Zufriedenheit der Beratungsstellen“: Das Neue Finanzierungsmodell Opferhilfe ist seit Anfang 2006 in Kraft. Bis eine gewisse Etablierung vorhanden ist, werden keine Umfragen durchgeführt. „Durchschnittliche Durchlaufzeit eines Gesuches“: Wert beruht bis und mit 2006 auf Schätzungen.

### Sonstige Bemerkungen

- Umsetzung der Sanierungsmassnahme San04.123: (2006 –0.20 Mio. Franken, 2007 –1.0 Mio. Franken). Die Vorgaben bezüglich der Staatsbeiträge an die Beratungsstellen konnten eingehalten werden. Einsparungen bei den Leistungen an Opfer erhoffte man sich mit dem Inkrafttreten des neuen Opferhilfegesetzes (OHG). Das neue OHG wird frühestens am 1. Oktober 2008 in Kraft treten. Zudem werden gestützt darauf voraussichtlich keine Einsparungen möglich sein, jedenfalls nicht im erhofften Umfang von 0.8 Mio.
- Umsetzung der Entlastungsmassnahme MH06 223201: 2006 –0.05 Mio. Franken, 2007 –0.05 Mio. Franken, 2008 –0.12 Mio. Franken, 2009 –0.12 Mio. Franken.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand entwickelt sich gemäss den Vorgaben zur Planung. Im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz wurde das Beratungsangebot per 1.1.07 um 200 Stellenprozent ausgebaut. Ab 1.1.08 wird das Angebot infolge des Gewaltschutzgesetzes um weitere 100 Stellenprozent ausgebaut, weshalb sich die Betriebsbeiträge - unter Berücksichtigung der Teuerung - wiederum um 0.2 Mio. Franken erhöhen.

### Investitionsrechnung

- keine Investitionen

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderungen vorgesehen

### Indikatoren

- -

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung beeinflussen die finanzielle Entwicklung.

### Investitionsrechnung

- -

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderungen

### Indikatoren

- Abgesehen von der Zunahme der Anzahl beurteilter Gesuche zeichnen sich keine Veränderungen ab.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Durch die höheren Einnahmen konnten die Aufwandsteigerungen beim Personal- und Sachaufwand sowie der Betriebsbeiträge aufgefangen werden.

### Investitionsrechnung

- -

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

### Indikatoren

- -

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	17.8
Aufwand	-1.0	-1.0	-0.3	-1.3	-0.2	-1.3	-0.2	-1.3	-1.3	32.6
Saldo	-0.9	-0.9	-0.3	-1.2	-0.2	-1.2	-0.2	-1.2	-1.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.7	3.4	1.5	4.9	1.5	4.9	1.5	4.9	4.9	

**Aufgaben**

- A1 Förderung, Durchsetzung und Sicherung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Verbesserung der Erkenntnis- und Informationsbasis über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
- A3 Aufzeigen und Beseitigung von Diskriminierungen
- A4 Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
- A5 Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
- A6 Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen Personalpolitik
- A7 Gezielte Frauenförderung zur Verbesserung der beruflichen Stellung und Vertretung der Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung zu verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen)	laufend	4
E2 Aktivitäten im Bereich "Vereinbarkeit Beruf und Familie" werden verstärkt (Art. 107 Abs. 2 KV)	laufend	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit der Direktion, Ämter, Abteilungen mit den Leistungen der FFG (bis 09)	min.	-	gut	-	gut		
W2 Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG von anderen LeistungsempfängerInnen /Umfrage alle 2 Jahre (bis 09)	min.	-	gut	-	gut	-	-
<b>Leistungen</b>							
L1 Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr		20	8	15	15	15	15
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (ab 08)		-	-	20	20	20	20
L3 Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf website (Durchschnitt/Mt.) (ab 08)		-	-	4500	4725	5000	5250
L4 Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (ab 08)		-	-	34	36	38	40
L5 Umsetzung der in den Projekten vorgeschlagenen Massnahmen je Projekt (bis 07)		1	1	-	-	-	-
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Anlauf- und Informationsstelle für Fragen und Beschwerden aus der Öffentlichkeit (inkl. Dokumentation und Bibliothek):							
B2 - Einhaltung einer Frist: Anzahl Arbeitstage für Auskünfte (bis 07)		2	2	-	-	-	-
B3 - Einhaltung einer Frist: Anzahl Arbeitstage für Beratungen (bis 07)		10	10	-	-	-	-

Leistungsgruppe 2233	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.228
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2233
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die FFG verstärkt ihre Aktivitäten im Bereich "Vereinbarkeit von Beruf und Familie", um damit die Umsetzung des Art. 107 Abs. 2 KV zu unterstützen. Dafür ist ein Stellenausbau von insgesamt 1.5 Stellen auf 2008 vorgesehen.

### Indikatoren

- Die Leistungsindikatoren wurden den veränderten Rahmenbedingungen (z.B. grösseres Gewicht bei der elektronischen Information, Wegfall der Personalzeitung "diagonal") angepasst. Die Leistungsindikatoren L2, L3 und L4 wurden neu erarbeitet.
- L5: wird ab 2008 nicht mehr erhoben
- B1-B3: werden ab 2008 nicht mehr erhoben

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand im Budget 08 ist im wesentlichen auf den geplanten Stellenausbau (vgl. Personal) sowie auf die notwendige Neumöblierung zurückzuführen. Daneben basiert die Kostenzunahme auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

### Investitionsrechnung

- keine Investitionen

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die FFG verstärkt ihre Aktivitäten im Bereich "Vereinbarkeit von Beruf und Familie", um damit die Umsetzung des Art. 107 Abs. 2 KV zu unterstützen. Dafür ist ein Stellenausbau von insgesamt 1.5 Stellen auf 2008 vorgesehen.

### Indikatoren

- siehe allgemeine Bemerkungen

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung beeinflussen die finanzielle Weiterentwicklung.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderung

### Indikatoren

- L3 und L4: leichte Zunahme der Aktivitäten von Jahr zu Jahr

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Durch den vorgesehenen Umzug ins Kaspar Escher-Haus fallen weniger Mietkosten an, andererseits führt der oben erwähnte Personalausbau zu Mehrkosten und damit auch zur Abweichung gegenüber dem Vorjahres KEF.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Stellenausbau (vgl. Bemerkung zum Budget 08)

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	32.6	28.5	3.5	32.0	8.5	40.0	8.5	40.0	40.0	22.8
Aufwand	-110.9	-110.7	-3.2	-116.0	-8.5	-123.7	-8.5	-126.7	-129.0	16.4
- Beitrag an Opernhaus Zürich	-67.3	-70.5		-72.0		-73.6		-75.2	-76.8	
Saldo	-78.3	-82.2	0.3	-83.9	-0.0	-83.7	-0.0	-86.7	-89.0	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-3.0	-3.0	0.0	-6.5	0.0	-7.0	0.0	-7.0	-3.0	-4.9
Nettoinvestitionen	-3.0	-3.0	0.0	-6.5	0.0	-7.0	0.0	-7.0	-3.0	-4.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	5.6	5.3	0.0	5.3	0.0	5.3	0.0	5.3	5.3	

**Aufgaben**

- A1 Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität.
- A2 Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten.
- A3 Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näher zu bringen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen.	laufend	6
E2 Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten.	laufend	6
E3 Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche.	laufend	6

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Publikumserfolg am Opernhaus, Publikumsumfrage mit Ergebnis "gut"		-	-	-	-	gut	-
W2 Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung		79.9%	74-78%	74-78%	74-78%	74-78%	74-78%
W3 Zufriedenheit der Gesuchstellenden mit der Arbeit der Fachstelle Kultur mit Ergebnis mind. "gut" als Ziel geplant (Fragebogen, jährl. wechselnde Sparten)		-	gut	gut	gut	gut	gut
W4 Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (neu ab 07)		-	135	135	135	135	135
W5 Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mind. "gut"		-	-	-	gut	-	-
W6 Freie Kredite, Musik: Anzahl Uraufführungen, Neubearbeitungen, in % (neu ab 08)		-	-	35	40	45	50
W7 Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (neu ab 08)		-	-	12	13	14	15
W8 Freie Kredite: Anzahl fremdsprachiger Veranstaltungen (neu ab 08)		-	-	20	20	25	25
W9 Staatsbeitrag Opernhaus Zürich AG; jährlicher Beitrag (in Mio. Fr.) (bis 07)		67.3	70.5	-	-	-	-
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen		39	41	41	42	42	42
L2 Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur		1'380	1'500	1'650	1'800	1'900	1'950
L3 davon Kulturkredit: Anzahl Gesuche / Anzahl daraus resultierende subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden		1'100	160/1'200	160/1'200	160/1'200	160/1'200	160/1'200
L4 davon in Zürich und Winterthur / in den übrigen Gemeinden		-	650/550	620/580	590/610	560/640	530/670
L5 davon Projektbeiträge Musik, Tanz, Theater, Literatur und bildende Kunst: Anzahl Gesuche / Anzahl genehmigte Projekte		-	500/200	500/200	500/200	500/200	500/200
L6 Anzahl Wiedererwägungsgesuche (neu ab 07)		-	<=30	<=30	<=30	<=30	<=30
L7 Anzahl Kunstschaaffende, von denen Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft werden		61	30	45	45	45	45
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %		46.8	44-46	44-46	44-46	44-46	44-46
B2 Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Opernhaus		53.25	56.15	57.34	58.62	59.89	61.1
B3 Jährliche Staatsbeiträge an die übrigen Institutionen		7.08	7.54	7.86	8.2	8.3	8.5

<b>Leistungsgruppe 2234 Budgetentwurf 2008</b>	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-83.947
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-6.500

<b>Budget Leistungsgruppe 2234</b>	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirtschaftlichkeit</b> (ohne Opernhaus, Mio. Fr.)						
B4 Freie Kredite bildende Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kulturkredit (in Mio. Fr.)	2.75	4.09	4.09	9.09	9.09	9.09
B5 Freie Kredite (wie vorgängig) im Vergleich zu den regelmässigen Staatsbeiträgen in %	3.7	5.23	5.12	11.15	10.92	10.71
B6 Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Kulturförderung	61.91	65.4	66.85	68.16	69.49	70.8
B7 Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	1.22	1.15	1.15	1.17	1.17	1.17

**Allgemeine Bemerkungen**

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Subsidiäre Hilfe an öffentliche und private kulturelle Einrichtungen und Projekte in Form von Beiträgen an Einzelne und Institute (Kulturförderungsgesetz) sowie Unterstützung für den Betrieb des Opernhauses (Opernhausgesetz). Die Schwerpunkte der kantonalen Förderung des breiten und hochstehenden Kulturangebots sind mit dem Leitbild 2002 verabschiedet worden. Sie betreffen einerseits das kulturelle Leben in den Landgemeinden, andererseits überregionale Anliegen. Dabei steht die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute im Vordergrund.

**Indikatoren**

- W9: Indikator Staatsbeitrag Opernhaus Zürich AG wird ab 07 nicht mehr weitergeführt, da die Höhe des Staatsbeitrags keine Aussagen zur Wirkung der eingesetzten Mittel ermöglicht.
- L1: ab 2009 ist vorgesehen, das Landesmuseum in Zürich mit einem regelmässigen Staatsbeitrag zu unterstützen.
- B3: Anstieg der Beiträge ab 2009, siehe L1.
- B4, B5: Erhöhung des Beitrages aus dem Lotteriefonds für kulturelle Projekte ab 2009 um Fr. 5 Mio. (saldoneutral).
- Alter Indikator Nr. 21: Anzahl der unterstützten Produktionen in den Sparten Musik, Tanz und Theater wird ab 07 nicht weitergeführt (Wert 2006: 114).

**Sonstige Bemerkungen**

- Keine Bemerkungen

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Das Budget 2008 schneidet gegenüber dem Voranschlag 2007 um 1,7 Mio. Fr. schlechter ab. Dies infolge Erhöhung Personalaufwand gemäss Vorgaben sowie der teuerungsbedingten Erhöhung der Beiträge an das Opernhaus und an das Theater des Kantons Zürich.

**Investitionsrechnung**

- Zunahme infolge Projekt Opernhaus Parking um 3,5 Mio. Franken.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Keine Veränderung

**Indikatoren**

- Teils neue Indikatoren zur besseren Aussage zu Innovation und Vielfalt der Veranstaltungen und zur Qualität der Gesuchsbearbeitung.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Ab 2009: Beitragsberechtigung für das Landesmuseum, Erträge aus der Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) in Höhe von Fr. 3 Mio. vorgesehen. Zudem steigt der Beitrag für kulturelle Projekte aus dem Lotteriefonds sowie dessen Verwendung um Fr. 5 Mio. (saldoneutral).

**Investitionsrechnung**

- Keine Veränderungen. Insgesamt Fr. 11.5 Mio. für Opernhaus Parking in den Jahren 2008 - 2010.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Keine Veränderung

**Indikatoren**

- Keine Veränderung

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Minimale Abweichungen im Rechnungssaldo im Promille-Bereich

**Investitionsrechnung**

- Keine Bemerkungen

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Keine Bemerkungen

**Indikatoren**

- Keine Bemerkungen

Direktion der Justiz und des Innern

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.3	0.3	0.0	0.3	0.0	0.3	0.0	0.3	0.3	-13.0
Aufwand	-1.6	-1.5	-0.0	-1.5	-0.0	-1.5	-0.0	-1.5	-1.5	-3.1
Saldo	-1.2	-1.2	-0.0	-1.2	-0.0	-1.2	-0.0	-1.2	-1.2	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.6	4.3	-0.3	4.0	-0.3	4.0	-0.3	4.0	4.0	

**Aufgaben**

- A1 Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich im Rahmen einer Informations-, Beratungs- und Koordinationstätigkeit in der kantonalen Verwaltung, für die Gemeinden und für private Organisationen
- A2 Zusammenarbeit mit allen Akteuren im Bereich Integration im Kanton und auf Bundesebene, insbesondere mit der EKA (Eidgenössische Kommission für Ausländer und Ausländerinnen)

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Entwicklung von Dienstleistungen für die Gemeinden	2008	4
E2 Etablierung der Antennen im Integrationsnetz und Erweiterung der Angebote	2008	4
E3 Erste Schritte zur Sensibilisierung für Integrationsfragen in der kantonalen Verwaltung	2008	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit der Gemeinden (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	-	-	sehr gut	-	-	sehr gut
W2 Zufriedenheit der Fachorganisationen (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	-	-	gut	-	-	gut
<b>Leistungen</b>							
L1 Beanspruchung des Dienstleistungsangebots durch die Gemeinden		120	25	25	25	25	25
L2 Prüfung von Beitragsgesuchen/Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten		106	60	60	60	60	60
L3 Mitarbeit beim Aufbau regionaler Strukturen		5	2	2	2	2	2
L4 Mitwirkung bei der Behandlung von Beitragsgesuchen an den Bund und weitere Stellen		124	150	150	150	150	150
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kantonale gesetzlicher Grundlagen für die Tätigkeit liegen inzwischen vor (s. Bemerkungen)							

Leistungsgruppe 2241	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.174
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2241
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die in den letzten Jahren geleistete Arbeit der Integrationsfachstelle soll konsolidiert werden. Akzente werden bei der Verstärkung der Präsenz in der Öffentlichkeit sowie der thematischen Verankerung und Koordination der Integrationsbestrebungen auf kantonaler Ebene, insbesondere innerhalb der Verwaltung, gesetzt.

### Indikatoren

- Voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen.
- B1: Die Wirtschaftsindikatoren werden von der neuen Integrationsbeauftragten festgelegt und müssen noch erarbeitet werden.

### Sonstige Bemerkungen

- Umsetzung Entlastungsmassnahme MH06 224101: ab 2006 –0.08 Mio. Franken
- 

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung des Aufwandes ergibt sich aus den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung
- Eine leichte Kostenzunahme resultiert aus den höheren Mietkosten im Kaspar-Escher-Haus.
- Die Einnahmen entsprechen dem Vorjahresbudget.

### Investitionsrechnung

- keine

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Personalbestand in RE06 und Budget 07 umfasst auch befristete Stellen und Aushilfen.

### Indikatoren

- -
- 

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung in den Planjahren basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

### Investitionsrechnung

- -

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- unverändert

### Indikatoren

- -
- 

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die minimale Verschlechterung zu den Vorjahren resultiert hauptsächlich aus den höheren Mietkosten im Kaspar-Escher-Haus.

### Investitionsrechnung

- -

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Anpassung des Personalbestandes durch Verzicht auf Aushilfen.

### Indikatoren

- -

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.9	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	0.1	1.6	1.6	-13.2
Aufwand	-8.7	-9.4	0.0	-9.3	0.0	-9.5	0.0	-9.6	-9.7	11.0
Saldo	-6.8	-7.7	0.0	-7.7	0.0	-7.8	0.1	-7.9	-8.1	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	37.4	39.7	-0.2	39.5	-0.2	39.5	-0.2	39.5	39.5	

**Aufgaben**

A1 Rechtspflegefunktion / Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden / Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren / Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktionsziel Nr.

E1 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG)	bis 2011	0
E2 Abbau der Pendenzen	2011	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %)	P	16.39	12.92	14.00	14.09	14.09	14.45
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl erledigte Rechtsmittel	P	1'365	1'393	1'525	1'525	1'525	1'525
L2 Anzahl Rechtsauskünfte	P	10'580	10'200	10'050	10'200	10'300	10'570
L3 Entscheide und Bewilligungen	P	1'169	1'205	1'155	1'155	1'170	1'665
L4 Aufsicht und Genehmigungen: - Jahresrech., Visitation u. Kontr.-Bericht	P	2'888	2'595	2'635	2'645	2'645	2'665
L5 Aufsicht und Genehmigungen: - Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen, Zivilstandsämter	P	709	717	727	727	727	727
L6 Aufsicht und Genehmigungen: - Berichte und Inventare Vormundschaftswesen	P	10'364	9'130	9'390	9'560	9'760	9'720
L7 Pendente Geschäfte: - spruchreife Pendenzen	P	285	270	293	303	313	308
L8 Pendente Geschäfte: - total Pendenzen	P	1'133	785	850	880	880	880

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Fristgerecht erledigte Rechtmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %)	P	67	69	68	68	68	68
---	---	----	----	----	----	----	----

**Leistungsgruppe 2251 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -7.730  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 2251**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Das neue Volksschulgesetz ist im Sommer 2006 in Kraft getreten. Dies hat die Übernahme der Schulreurse sowie Aufsichtsfunktionen für die Bezirksräte zur Folge (vorher Bezirksschulpflege). Der daraus resultierende Aufwand und die Mehrbelastung wurde im Budget 2007 und KEF 2008-2011 berücksichtigt.

**Indikatoren**

- Wirkung: - Es ist zu erwarten, dass zunehmend Rechtsmittel ergriffen und die Entscheide weitergezogen werden.
- Leistung: - im Schwankungsbereich
- Wirtschaftlichkeit: - Dass mit 67 % fristgerecht erledigten Rechtsmitteln die Zielsetzung von 70 % nicht erreicht werden konnte, liegt insbesondere an der weiterhin starken Zunahme der Komplexität der Fälle.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der Sanierungsmassnahme SAN04.127: - für 2006 -0.1 Mio. Franken, für 2007 -0.1 Mio. Franken. Die Realisierung der übrigen 0.2 Mio. Franken gemäss der Vorgabe wurde in Absprache mit der Direktion zurückgestellt.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Das Budget 08 bleibt mit einem Aufwand von -9.3 Mio. und einem Ertrag von 1.6 Mio. im Schwankungsbereich. Der daraus resultierende Saldo von -7.7 Mio. entspricht der Planung aus dem Vorjahr (Budget 07).

**Investitionsrechnung**

- Es sind keine Investitionen geplant.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der geplante Personalbestand bleibt nach der Erhöhung im KEF 2007-2010 aufgrund des Volksschulgesetzes über die Planjahre konstant.

**Indikatoren**

- Wirkung: - Es wird erwartet, dass zunehmend Rechtsmittel ergriffen und die Entscheide weitergezogen werden.
- Leistung: - im Schwankungsbereich
- Wirtschaftlichkeit: - Es ist mit einer weiterhin starken Zunahme der Komplexität der Fälle zu rechnen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung entspricht hauptsächlich den KEF-Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

**Investitionsrechnung**

- Es sind keine Investitionen geplant.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine Personaländerung im KEF 2008-2011 geplant.

**Indikatoren**

- Wirkung: - Es wird erwartet, dass zunehmend Rechtsmittel ergriffen und die Entscheide weitergezogen werden.
- Leistung: - im Schwankungsbereich
- Wirtschaftlichkeit: - Es ist mit einer weiterhin starken Zunahme der Komplexität der Fälle zu rechnen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung entspricht hauptsächlich den KEF-Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

**Investitionsrechnung**

- Es sind keine Investitionen geplant.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- keine Personaländerung im KEF 2008-2011 geplant.

**Indikatoren**

- Wirkung: - Es wird erwartet, dass zunehmend Rechtsmittel ergriffen und die Entscheide weitergezogen werden.
- Leistung: - im Schwankungsbereich
- Wirtschaftlichkeit: - Es ist mit einer weiterhin starken Zunahme der Komplexität der Fälle zu rechnen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.7	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	1.6	-4.8
Aufwand	-5.5	-6.0	0.0	-6.0	-0.0	-6.1	0.1	-6.2	-6.3	14.5
Saldo	-3.8	-4.4	0.0	-4.4	-0.0	-4.4	0.1	-4.6	-4.7	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	27.9	27.0	0.0	27.0	0.0	27.0	0.0	27.0	27.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

**Aufgaben**

- A1 Erstinstantzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie kantonaler Amtsstellen.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung im Sinne eines hinreichenden Rechtsschutzes für die Rechtssuchenden.
- A3 Fristgerechte und für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung von Rekursverfahren (§ 27a VRG und Art. 18 KV).
- A4 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

- E1 Erzielung von möglichst hohen Gebühreneinnahmen - unter Beachtung des von Art. 18 der Kantonsverfassung ("wohlfeile Erledigung des Verfahrens") gesetzten Rahmens.

0

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

W1 Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht	P	12.7%	< 15%	< 15%	< 15%	< 15%	< 15%
W2 Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRK-Entscheide	P	3.7%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%
W3 Abweisung von Beschwerden durch Verwaltungsgericht	P	62.8%	> 66%	> 66%	> 66%	> 66%	> 66%

**Leistungen**

L1 Einhaltung der Verfahrensdauer § 27a VRG	P	91.1%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%
L2 Verhältnis Eingänge : Erledigungen	P	1.08 : 1.00	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L3 Eingänge	P	1'032	1'230	1'240	1'240	1'240	1'240
L4 Erledigungen	P	955	1'230	1'240	1'240	1'240	1'240

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Kostendeckungsgrad		31.10%	26.75%	27.10%	26.80%	26.30%	25.80%
B2 Kosten je Rekursverfahren in Franken (netto)		3'979	3'550	3'550	3'600	3'700	3'800

**Leistungsgruppe 2262 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.378  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 2262**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
 können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- ---

**Indikatoren**

- Bezugsgrößen der Wirkungsindikatoren:  
W1: Jahresausstoss der Baurekurskommissionen. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRK-Entscheide schliessen.  
W2: Jahresausstoss der Baurekurskommissionen.  
W3: Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle.
- Nachdem die Zahl der eingegangenen Rekurse zwischen den Jahren 2002 und 2004 um insgesamt 14% gestiegen ist, fiel diese im Jahre 2005 wieder auf das Niveau aus dem Jahre 2002 zurück. Im Jahr 2006 stiegen die Rekurseingänge gegenüber dem Vorjahr aber wieder um 10%. Dies war hauptsächlich auf die Zuständigkeitserweiterung der Baurekurskommissionen zurückzuführen (seit dem 1.01.2006 fallen auch Rekurse betreffend Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen sowie betreffend Bauten und Anlagen, die der Umweltverträglichkeitsprüfung [UVP] unterliegen, in die Zuständigkeit der Baurekurskommissionen).

**Sonstige Bemerkungen**

- Bei der Rechnung 2006 wird unter dem Personal (Beschäftigungsumfang) der Bestand (inklusive nebenamtliche Mitglieder der Baurekurskommissionen I bis IV) mit 27.9 Stellen ausgewiesen. Um die Stellen der Mitglieder berichtigt ergibt sich für das Rechnungsjahr 2006 beim Kanzleipersonal ein Beschäftigungsumfang von 25.3 Stellen. In den folgenden Planjahren erfasst der Beschäftigungsumfang richtigerweise nur noch die 27 bewilligten Stellen der Kanzlei.
- Ein Benchmarking mit anderen Leistungsanbietern ist nicht möglich, weil vergleichbare Leistungsanbieter nicht existieren. Die Baurekurskommissionen sind im Kanton Zürich das einzige erstinstanzliche Gericht in Bau-, Planungs- und Umweltschutzsachen. Ein Vergleich etwa mit den Steuerrekurskommissionen wäre deshalb verfehlt, weil die zu bearbeitende Materie, die Anzahl der Streitgegenstände, die Streitwerte, der Bearbeitungsaufwand und auch die Verfahren zu unterschiedlich sind, um aussagekräftige Vergleiche zu ermöglichen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Aufwand gemäss Budgetentwurf steigt gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich anhand der Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Dass der Aufwandüberschuss gemäss Entwurf dennoch nur geringfügig höher ausfällt, liegt einerseits an den eingestellten Einsparungen gemäss dem Entlastungsprogramm E08 (Fr. 75'000) und an kleineren Rotationsgewinnen beim Personal sowie andererseits an den im VA 2008 erhöhten Gebühreneinnahmen aufgrund der Zuständigkeitserweiterung der Baurekurskommissionen per 1.01.2006 und der damit verbundenen vermehrten Erledigung auch dieser Rekursverfahren.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang erfährt gegenüber dem Vorjahr keine Änderung.

**Indikatoren**

- ---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung in den weiteren Planjahren richtet sich nach den Vorgaben zur Erstellung der Planung 2009 bis 2011 sowie nach den Einsparungen gemäss dem Entlastungsprogramm E08. In der Entwicklung nicht berücksichtigt sind eventuelle Zuweisungen von weiteren Aufgaben, wie zum Beispiel einer Zuständigkeitsverlagerung vom Regierungsrat, den Direktionen und von den Bezirksräten zu den Baurekurskommissionen (vgl. RRB Nr. 436/2007).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- In den weiteren Planjahren bleibt der Beschäftigungsumfang unverändert (sofern den Baurekurskommissionen nicht weitere Aufgaben zugewiesen werden [vgl. oben]).

**Indikatoren**

- B1: Ab dem Planjahr 2009 sind keine zusätzlichen Saldoverbesserungen eingeplant, weshalb die Kostendeckungsgrade hauptsächlich anhand der vorgegebenen Lohnzunahmen und der eingestellten Teuerung beim Sachaufwand sinken.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- In den Planjahren 2008 und 2009 steigen die Personalkosten aufgrund der geänderten Vorgaben zum Personalaufwand gegenüber dem KEF Vorjahr. Diese Mehrkosten werden aber im Planjahr 2008 durch das Entlastungsprogramm E08 sowie durch Rotationsgewinne beim Personal mehr als ausgeglichen und im Planjahr 2009 dadurch grösstenteils kompensiert. Das Planjahr 2010 kann zusätzlich durch geringere Lohnzunahmen als im KEF Vorjahr eingestellt, entlastet werden. Ertragsseitig ergeben sich gegenüber dem KEF Vorjahr keine Änderungen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Gegenüber dem KEF Vorjahr haben sich keine Veränderungen ergeben.

**Indikatoren**

- ---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.9	1.2	-0.1	1.2	0.0	1.4	0.0	1.4	1.4	55.3
Aufwand	-3.9	-4.1	-0.0	-4.1	-0.1	-4.1	0.0	-4.2	-4.2	7.7
Saldo	-3.1	-2.8	-0.1	-2.9	-0.1	-2.8	0.0	-2.8	-2.9	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	18.1	18.1	0.0	18.1	0.0	18.1	0.0	18.1	18.1
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

**Aufgaben**

A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen

A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen

A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neuordnung/Erweiterung Rechtsprechungszuständigkeiten	2009	1
E2 Reorganisation	2009	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Geringe Anzahl Weiterzüge (Akzeptanz der gefällten Urteile)	max.	15.74 %	< 20 %	< 20 %	< 20 %	< 20 %	20 %
W2 Geringe Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen	max.	27	< 35	< 32	< 40	< 40	40
<b>Leistungen</b>							
L1 Verhältnis Eingänge/Erledigungen = 1:1:	P	1 : 1.012	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L2 Eingänge	P	659	800	750	1'000	1'000	1'000
L3 Erledigungen	P	667	800	750	1'000	1'000	1'000
L4 Pendenzen	P	252	< 300	< 300	< 300	< 300	300
L5 Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	max.	4.96	< 6	< 6	< 6	< 6	6
L6 Anteil Dispositivurteile	min.	31.93 %	> 30 %	> 30 %	> 30 %	> 30 %	30
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kosten je Rekursverfahren im Durchschnitt (netto Fr.)		4'581	3'500	3'800	2'800	2'800	2'900
B2 Kostendeckungsgrad		22.3 %	30.4 %	29.7 %	33.0 %	32.4 %	32.2 %

**Leistungsgruppe 2263 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-2.868
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

**Budget Leistungsgruppe 2263**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Aufgrund der Einführung der Rechtsweggarantie wird zur Zeit die Erweiterung der Rechtsprechungskompetenzen der Steuerrekurskommissionen insb. im Bereich Steuerbezug bzw. -erlass geprüft. Die per 2009 geplante Kompetenzerweiterung steht unter dem Vorbehalt der Schaffung der hierfür notwendigen gesetzlichen Grundlagen.

**Indikatoren**

- W1-W2: Als Folge der geplanten Zunahme von Geschäften ab 2009 (Kompetenzerweiterung) ist die Anzahl der oberinstanzlichen Urteilsaufhebungen entsprechend zu erhöhen.
- L2-L3: Die gleichzeitige Behandlung von Rechtsmitteln im Bereich der Staats- und Gemeindesteuern sowie der direkten Bundessteuer als Folge der bundesgerichtlichen Rechtsprechung hat nicht im prognostizierten Umfang zu einer Erhöhung der Rechtsmitteleingänge bzw. -erledigungen geführt. Unter dem Eindruck der im Berichtsjahr 2006 ausserordentlich geringen Anzahl an Geschäftseingängen und -erledigungen sind die entsprechenden Indikatorenwerte für das Planjahr 2008 nach unten zu korrigieren. Aufgrund der ab 2009 angestrebten Erweiterung der Rechtsprechungszuständigkeiten (insb. Steuerbezug und -erlass, evtl. auch Nach-, Straf- und Erbschaftssteuern) wird per 2009 ein erheblicher Anstieg der Rechtsmitteleingänge und -erledigungen prognostiziert. Die Prognose steht freilich unter dem Vorbehalt, dass bis 2009 die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Kompetenzerweiterung geschaffen sein werden.
- B1-B2: Im Planjahr 2008 erhöhen sich die Nettokosten pro Verfahren aufgrund der geringeren Anzahl von Geschäftserledigungen. Mit der geplanten Kompetenzerweiterung und der damit verbundenen höheren Geschäftslast sinken die Nettokosten pro Verfahren per 2009 markant. Ab diesem Zeitpunkt ist mit einem verbesserten Kostendeckungsgrad zu rechnen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Mehraufwand im Budgetentwurf 08 ist insb. im Bereich der Personalkosten (Gewährung allg. Stufenanstieg) zu lokalisieren. Dem stehen Einsparungen insb. zufolge der Mietflächenreduktion und des Abbaus von Computerarbeitsplätzen gegenüber. Ertragsseitig ist im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige Reduktion des Gebührevolumens eingestellt. Insgesamt schliesst der Saldo der laufenden Rechnung Budget 08 im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich schlechter ab.

**Indikatoren**

- L2-L3: Aufgrund der Ist-Indikatoren 2006 werden die beiden Indikatoren im Budget 08 von 800 auf 750 herabgesetzt.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- In den Planjahren 09 - 11 sind als Folge der vorgesehenen Kompetenzerweiterung Mehrerträge prognostiziert. Der Aufwand bewegt sich im Rahmen der Vorgaben zur Teuerung.

**Indikatoren**

- L2-L3/B1-B2: Ab 2009 ist - unter Vorbehalt des Bestands entsprechender gesetzlicher Grundlagen - aufgrund der vorgesehenen Kompetenzerweiterung mit einem markanten Anstieg der Geschäftslast zu rechnen. Dies führt zu niedrigeren Nettokosten pro Verfahren sowie zu einem erhöhten Kostendeckungsgrad.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aufwandseitig können Einsparungen insb. aufgrund der Reduktion der Mietfläche (inkl. Reinigungskosten) sowie des Abbaus von Computerarbeitsplätzen eingestellt werden. Dem stehen Mehrausgaben bei den Personalkosten (allg. Stufenanstieg inkl. Auswirkungen in den Folgejahren) gegenüber. Ertragsseitig musste aufgrund des schlechten Abschlusses 2006 der budgetierte Gebührenertrag per 2008 leicht nach unten korrigiert werden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	16.6	16.6	0.8	17.5	-16.8		-17.4			-100.0
Aufwand	-58.0	-58.5	-1.8	-60.6	19.1	-40.1	23.0	-38.1	-34.7	-40.3
Saldo	-41.4	-41.9	-1.0	-43.1	2.3	-40.1	5.6	-38.1	-34.7	

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Seelsorge / Evangelisch-Reformiertes Kirchenwesen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

**Leistungen**

**Wirtschaftlichkeit**

Leistungsgruppe 2271 Budgetentwurf 2008	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-43.082
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.471

Budget Leistungsgruppe 2271	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Teuerung und Stufenanstiege bei Pfarrstellen gemäss den Vorgaben zum Personalaufwand sowie die finanziellen Auswirkungen aus der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften.

**Investitionsrechnung**

- Teuerungsbedingte Erhöhung der Baubeiträge, Renovation Kirche Hirzel
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ab dem Zeitpunkt der Inkraftsetzung des neuen Kirchengesetzes (Annahme: 1.1.2009) reduzieren sich die jährlichen Beiträge des Kantons an die reformierte Landeskirche um rund CHF 2,5 Mio pro Jahr. Ausgangsbasis sind die heutigen Beiträge für die Pfarrbesoldung (ca. CHF 42 Mio). Im Aufwand der Planjahre sind die finanziellen Auswirkungen aus der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften enthalten.

**Investitionsrechnung**

- Mit dem neuen Kirchengesetz fallen auch die Investitionsbeiträge weg.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Anzahl der Pfarrstellen bleibt stabil, Rotationsgewinne sind zu erwarten. Minderaufwand ab 2009 infolge neuem Kirchengesetz, Mehraufwand aufgrund der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften.

**Investitionsrechnung**

- stabil in 08, ab 09 keine Investitionsbeiträge mehr.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.6		0.4	0.4						-100.0
Aufwand	-10.1	-8.8	-0.7	-9.5	-2.6	-11.5	-5.1	-14.0	-16.5	63.8
Saldo	-9.5	-8.8	-0.3	-9.1	-2.6	-11.5	-5.1	-14.0	-16.5	

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Seelsorge / Römisch-Katholisches Kirchenwesen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe 2272 Budgetentwurf 2008	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-9.123
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.500

Budget Leistungsgruppe 2272	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Zunahme des Aufwandes um Mio. 0,3 resultiert aus teuerungsbedingten Mehrkosten beim Personal- und Sachaufwand, sowie den grösseren Abschreibungen und Zinsen auf Grund der vorgesehenen Turmsanierung in Rheinau sowie der finanziellen Auswirkung aus der Abtretung der kirchlichen Liegenschaften.

**Investitionsrechnung**

- Die im Jahr 2007 vorgesehene Turmsanierung an der Klosterkirche in Rheinau wird in die Jahre 2008 und 2009 verschoben.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Bei einer Inkrafttretung des neuen Kirchengesetzes ab dem Jahr 2009 ist in den Jahren 2009 bis 2012 mit einer abgestuften Erhöhung der Staatsbeiträge an die katholische Körperschaft von jeweils ca. Mio. 2,5 zu rechnen.

**Investitionsrechnung**

- Die im Jahr 2007 vorgesehene Turmsanierung an der Klosterkirche in Rheinau wird in die Jahre 2008 und 2009 verschoben.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Mehraufwand ab 2009 infolge neuem Kirchengesetz.

**Investitionsrechnung**

- Zunahme Aufwand infolge Verschiebung sowie Mehrkosten für Turmsanierung der Klosterkirche Rheinau.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-0.2	-0.2	-0.0	-0.2	-0.0	-0.2	-0.0	-0.2	-0.2	11.4
Saldo	-0.2	-0.2	-0.0	-0.2	-0.0	-0.2	-0.0	-0.2	-0.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

**Aufgaben**

A1 Seelsorge / Christkatholisches Kirchenwesen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

**Leistungen**

**Wirtschaftlichkeit**

Leistungsgruppe 2273	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.215
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2273
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Kostenentwicklung entspricht den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Kostenentwicklung entspricht den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- keine





## **6. Fonds**

**2291 Investitionsfonds**

**2292 Ausgleichsfonds**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	4.5	5.5	0.0	8.4	0.0	7.8	0.0	7.0	8.8	93.7
- Übertrag aus Erfolgsrechnung	4.5	5.5	0.0	8.4	0.0	7.8	0.0	7.0	8.8	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-4.5	-5.5	0.0	-8.4	0.0	-7.8	0.0	-7.0	-8.8	93.7
- Abschreibungen	-2.4	-2.2	0.0	-2.0	0.0	-1.9	0.0	-1.8	-1.7	
- Einlage in Bestandeskonto	-0.5	-1.7	-0.1	-5.0	-0.0	-4.7	-0.0	-4.3	-6.3	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.7	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.1
Nettoinvestitionen	-0.7	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.1
Fondsbestand	-26.6	-24.9	0.3	-19.9	0.3	-15.2	0.4	-10.9	-4.6	0.0

**Aufgaben**

A1 Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich, Nr. 2215.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Die im KEF 2008-11 eingestellten Planwerte führen zu einer Fondssanierung bis 2012. bis 2012 | Direktionsziel Nr. 1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	0	3	3	3	3	3
<b>Leistungen</b>							
L1 Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat	P	0	6	4	4	4	4
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Fonds 2291	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.200

Budget	Fonds 2291
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die geplante Fondssanierung bis 2012 basiert auf einer stabilen Investitionsbeitragsannahme von Fr. 1.2 Mio. je Planjahr.

**Indikatoren**

- L1: Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat: Die Prüfungskriterien ergeben sich aus § 20 des Finanzausgleichsgesetzes wonach eine Gemeinde einen Beitrag erhält, wenn sie durch Investitionen unverhältnismässig stark belastet würde. In den Planjahren wird mit 4 Gesuchen jährlich gerechnet.

**Sonstige Bemerkungen**

- Durch die Fixierung der jährlichen Investitionsbeiträge auf Fr. 1.2 Mio ist von einer konstanten Anzahl an Gesuchen auszugehen.
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die restriktive Zusicherungspolitik der letzten Jahre bewirkt eine Abnahme der noch abzuschreibenden Investitionsbeiträge was zu einem geringeren Abschreibungsaufwand führt. Im Budget 2008 liegt dieser bei ca. Fr. 2 Mio., im Budget 2007 lag der Planwert noch bei Fr. 2.2 Mio.
  - Tiefere Abschreibungs- und Zinsaufwendungen aufgrund der höheren Einlagen führen zur planmässigen Reduktion der Fondsverschuldung.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der tiefere Bestand an noch abzuschreibenden Investitionsbeiträgen (verursacht durch weniger Zusicherungen bzw. Beitragszahlungen) führt zu weniger Zinsaufwand (Annahme Zinssatz 3.75%).

**Investitionsrechnung**

- Gemäss RRB-Nr. 1034 vom 12.7.06 sind die Auszahlungen auf Fr. 1.2 Mio. zu limitieren.

**Fondsbestand**

- Der Fonds wird - basierend auf den eingestellten Planwerten - bis 2012 entschuldet.

**Indikatoren**

- Die Entwicklung der Beitragsgesuche bzw. deren Prüfung bleibt voraussichtlich stabil.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Investitionsrechnung**

- Das jährliche Investitionsvolumen wurde bei Fr. 1.2 Mio. belassen.

**Indikatoren**

- Die Anzahl Beitragsgesuche und deren Prüfung hat sich gegenüber dem KEF 2007 - 10 in allen Planjahren auf 4 (bisher 10) verringert.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	304.4	256.1	30.5	286.6	30.5	286.6	30.5	286.6	286.6	-5.8
- Beiträge finanzstarker Gemeinden/ Steuerkraftausgleich	303.3	255.0	30.0	285.0	30.0	285.0	30.0	285.0	285.0	
- Entnahme aus Bestandskonto										
<b>Aufwand</b>	<b>-304.4</b>	<b>-256.1</b>	<b>-30.5</b>	<b>-286.6</b>	<b>-30.5</b>	<b>-286.6</b>	<b>-30.5</b>	<b>-286.6</b>	<b>-286.6</b>	<b>-5.8</b>
- Beiträge an finanzschwache Gemeinden/ Steuerkraftausgleich	-262.3	-230.0	-26.5	-256.5	-26.5	-256.5	-26.5	-256.5	-256.5	
- Einlagen in Bestandskonto	-11.8	-1.1	-0.5	-1.6	-0.5	-1.6	-0.5	-1.6	-1.6	
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand	41.4	42.5	11.2	44.1	11.7	45.7	12.2	47.3	48.9	0.0
--------------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	-----

**Aufgaben**

A1 Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.

**Entwicklungsschwerpunkte**Direktions-  
ziel Nr.**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	94	90	91	91	91	91
W2 Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	51	51	51	51	51	51
<b>Leistungen</b>							
L1 Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70 - 90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	94	92	93	93	93	93
L2 Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	25	23	24	24	24	24
L3 Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	102	97	99	99	99	99
L4 Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	2	3	3	3	3	3

**Wirtschaftlichkeit****Fonds 2292 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 0.000  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Fonds 2292**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der Ausgleichsfonds stellt das wichtigste Instrument dar, um die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Gemeinde zu verbessern, die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden zu stärken und das Ausmass der kommunalen Steuerfussdisparität zu steuern. 10 % des Abschöpfungsbetrages werden für die Unterstützung der grossen Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur verwendet.

**Indikatoren**

- L3: Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kunstinstitute): Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 91 Gemeinden, 6 Kunstinstitute sowie die Städte Zürich und Winterthur für kulturelle Einrichtungen von kantonaler und regionaler Bedeutung. Generell werden die Anspruchsberechtigung (Basis eigene Steuerkraft) sowie die Erfüllung der Voraussetzungen bezüglich des Steuerfusses (mindestens auf dem Kantonsmittel) geprüft. Mit der späteren Rechnungsprüfung wird die ordnungs- und plangemässe Haushaltsführung und die sinnvolle Mittelverwendung überwacht.

**Sonstige Bemerkungen**

- Das Fondsvermögen verändert sich durch Einlagen oder Entnahmen für den Ausgleich zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen und dient als Sicherheitsreserve.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Das Kantonsmittel der Pro-Kopf-Steuerkraft wird insbesondere bei den finanzstarken Gemeinden etwas mehr wachsen. Deshalb wurden im Budget 2008 Fr. 285 Mio. (Budget 2007: Fr. 255 Mio.) Abschöpfungen eingestellt.

**Indikatoren**

- W1: Gemeinden mit einer relativen Steuerkraft unter dem Kantonsmittel erhalten Beiträge (§ 10 FAG). Die Zuschüsse an die Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft und der eigenen Steuerkraft des Vorjahres. Den Planwerten liegt die Annahme zugrunde, dass 93 Gemeinden grundsätzlich Anspruch auf Ausgleich haben. Das Ziel, welches bei diesem Indikator verfolgt wird, ist die Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70 - 90% des Kantonsmittel (Anzahl Gemeinden). Bei 2 Gemeinden wird erwartet, dass diese keinen Anspruch haben, da der Gemeindesteuerfuss nicht mindestens dem Kantonsmittel entspricht.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Das Kantonsmittel der Pro-Kopf-Steuerkraft wird sich tendenziell leicht erhöhen. Die Steuerkraft bei den finanzstarken Gemeinden wird etwas mehr wachsen als bei den finanzschwachen. Daraus dürften etwas höhere Ansprüche der zuschussberechtigten Gemeinden entstehen. Keine Anpassung der Werte 08 in den Planjahren.

**Investitionsrechnung**

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

**Indikatoren**

- W2: Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %): Der Steuerfussunterschied benennt die Differenz zwischen dem höchsten und dem tiefsten Steuerfuss in Prozentpunkten. Es ist kein gesetzliches Ziel definiert. Die Kantonsverfassung verlangt in Art. 127 nur eine nicht erhebliche Abweichung.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Pro-Kopf-Steuerkraft im Kantonsdurchschnitt wird sich insbesondere bei finanzstarken Gemeinden tendenziell leicht erhöhen, was zu etwas höheren Abschöpfungen von Fr. 285 Mio. (im KEF 2007-10 waren es Fr. 255 Mio.) führen dürfte.

**Investitionsrechnung**

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

**Indikatoren**

- L2: Steuerkraftabschöpfungen (Anzahl Verfügungen): Die Planwerte von 24 (im KEF 2007-10 waren es 23) entsprechen der tatsächlichen Anzahl Verfügungen 2007. Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher eigener Steuerkraft wird sich im Planungszeitraum kaum verändern



## 7. Projekte

### Generalsekretariat JI

- Projekt-Nr. 18JI2201: Statistikgesetz
- Projekt-Nr. 38JI2201: Optimierung Betreuungswesen
- Projekt-Nr. 42JI2201: Umsetzung neue Kantonsverfassung
- Projekt-Nr. 43JI2201: Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung (Neu)
- Projekt-Nr. 44JI2201: Abtretung kirchliche Liegenschaften (Neu)

### Finanz- und Lastenausgleich

- Projekt-Nr. 28JI2215: Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (Beginn als wif!-Projekt Nr. 71/2207)

### Staatsarchiv

- Projekt-Nr. 22JI2224: Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau

### Strafverfolgung Erwachsene

- Projekt-Nr. 45JI2204: Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) (Neu)



<b>Projekt-Nr.</b> <b>18JI2201</b>	<b>Statistikgesetz</b>
---------------------------------------	------------------------

**Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI**

**Kurzumschreibung Projekt**

Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes  
**Probleme Ist-Zustand:**  
 Fehlen von gesetzlichen Bestimmungen über Datenlieferung und Erstellung von Statistiken. Die heutige statistische Tätigkeit des Kantons ist in vielen Erlassen auf unterschiedlicher Ebene (Gesetze, Verordnungen, RRB) geregelt und damit unübersichtlich.

**Wirkungsziel:**

- Moderne mit dem Bundesstatistikgesetz übereinstimmende, gesetzliche Grundlagen.
- Einheitliche und transparente Gesetzesgrundlage.

**Leistungsziel:**  
 Verbesserte Stellung des Statistischen Amtes bei der Datenbeschaffung.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 18JI2201**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Konzept Gesetzesvorlage
2008	- Antrag RR / Beschluss KR

**Bemerkungen**

**Chancen/Stärken:**  
 Gesetzesgrundlage mit klarer Regelung der Verbindlichkeiten.

**Gefahren/Schwächen:**  
 Abwehrrhaltung von Datenlieferanten.

**Abhängigkeiten:**

- Zustimmung von Parlament und Volk.
- Anpassung verschiedener Gesetze und Verordnungen.

**Personalbedarf:**  
 Kein zusätzlicher Personalbedarf.

**Organisation:**  
 Erarbeitung durch Statistisches Amt / Arbeitsgruppe mit juristischer Beratung durch JI.



<b>Projekt-Nr.</b> <b>38JI2201</b>	<b>Optimierung Betreuungswesen</b>
---------------------------------------	------------------------------------

**Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI**

**Kurzumschreibung Projekt**

Verbesserung der Strukturen im zürcherischen Betreuungswesen und Professionalisierung, Gesetzesvorlage

**Probleme Ist-Zustand:**

Grundsätzlich gut funktionierendes Betreuungswesen, aber

- zahlreiche kleine und kleinste Betreuungskreise
- Sicherstellung des Fachwissens der Betreibungsbeamtinnen und –beamten
- Unklarheiten bei der organisatorischen und personellen Aufsicht der Betreibungsämter
- Besoldungssystem der Betreibungsbeamtinnen und –beamten (sog. Sportelsystem)
- Volkswahl der Betreibungsbeamtinnen und -beamten

**Wirkungsziel:**

Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung im Betreuungswesen durch:

- Vergrößerung der Betreuungskreise
- Einführung von Wahlfähigkeitsvoraussetzungen für Betreibungsbeamtinnen und –beamte, ev. Abschaffung der Volkswahl der Betreibungsbeamtinnen und –beamten
- Regelung der Aufsicht über die Betreibungsämter in organisatorischer und personeller Hinsicht
- Abschaffung des Sportelsystems

**Leistungsziel:**

Gesetzesvorlage

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 38JI2201**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Gesetzesvorlage vom Kantonsrat verabschiedet; Vorbereitung der Umsetzarbeiten

**Bemerkungen**

**Chancen/Stärken:**

Breite Abstützung der Reformanliegen durch Einbezug der Interessierten

Qualitätssicherungsmaßnahmen in fachlicher Hinsicht dürften auch bei den Betroffenen unbestritten sein.

**Gefahren/Schwächen:**

Widerstand der betroffenen Behörden, Festhalten an bisheriger Struktur

**Abhängigkeiten:**

Einbezug der Gemeinden

**Organisation:**

Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der beteiligten Behörden



<b>Projekt-Nr.</b> 42JI2201	<b>Umsetzung neue Kantonsverfassung</b>						
<b>Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Anpassung der geltenden Rechtsordnung an die neue Kantonsverfassung. Die Direktion der Justiz und des Innern koordiniert die notwendigen Anpassungsarbeiten und Rechtssetzungsprojekte der Direktionen und überwacht den Stand der Umsetzungsarbeiten.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Rasche Umsetzung der neuen KV							
<b>Leistungsziel:</b>							
Einheitliches Vorgehen in den Direktionen und koordiniertes Vorgehen gegenüber verschiedenen Ansprechpartnern, die ihrerseits Anpassungsarbeiten vornehmen müssen (Kantonsrat, Gemeinden, Gerichte usw.), sichern, damit das Wirkungsziel erreicht werden kann.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-0.1	-0.1	-0.1	-0.1		
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-0.1	-0.1	-0.1	-0.1		
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 42JI2201</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2008	- Neuer Meilenstein; Konzepte Teilprojekte verabschiedet						
<b>Bemerkungen</b>							
<b>Chancen:</b>							
Schaffung einer kohärenten Rechtsordnung. Möglichkeit, weitergehende Revisionsvorhaben an die Hand zu nehmen.							
<b>Gefahren:</b>							
Rechtsunsicherheit aufgrund vieler Rechtsänderungen und Überschneidungen mit laufenden Revisionsvorhaben.							
<b>Abhängigkeiten:</b>							
Kantonsrat, Souverän.							
<b>Organisation:</b>							
Projektverantwortliche in den Direktionen. Koordinationsstelle JI, befristete Stellenaufstockung mit 50% Pensum für die Jahre 2006 bis 2009.							



<b>Projekt-Nr.</b> 43JI2201	<b>Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung (Neu)</b>						
<b>Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Anpassung der geltenden Rechtsordnung (GVG, ZPO, StPO, etc.) an die künftigen Bundesprozessordnungen (EZPO, EStPO) unter Beachtung von 29a BV und der Vorgaben der Kantonsverfassung							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Fristgerechte Anpassung der kantonalen Gesetze an die Bundeserlasse							
<b>Leistungsziel:</b>							
Gesetzesvorlagen							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 43JI2201</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2008	- Konzept RRB						
<b>Bemerkungen</b>							
Chancen: Anpassung und Überprüfung der gesamten Gerichtsordnung und der Rechtspflege im Kanton Zürich							
Risiken: Rollende Anpassung der Vorlagen aufgrund der noch nicht verabschiedeten Gesetzesvorlagen des Bundes							
Abhängigkeiten: Bund, Kantonsrat, Souverän.							



<b>Projekt-Nr. 44JI2201</b>	<b>Abtretung kirchliche Liegenschaften (Neu)</b>
---------------------------------	--

**Direktion für Justiz und Inneres / Generalsekretariat JI**

**Kurzumschreibung Projekt**

Reduktion des staatlichen Eigentums an kirchlichen Liegenschaften auf Grossmünster sowie Klosterkirchen Kappel und Rheinau. Übertragung sämtlicher anderen kirchlichen Liegenschaften (8 Kirchen und 7 Pfarrhäuser) im Eigentum des Staats auf die jeweiligen Kirchgemeinden.

**Wirkungsziel:**

Umsetzung Art. 130 KV, Entflechtung Verhältnis zwischen Kirchen und Staat auch im Bereich der Liegenschaften, Übereinstimmung von Nutzung und Eigentum

**Leistungsziel:**

Abbau des Aufwands ausserhalb des staatlichen Aufgabenbereichs

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-5.8			-0.9	-1.6	-2.1	-1.2
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-5.8			-0.9	-1.6	-2.1	-1.2
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 44JI2201**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Konzept-RRB und Ermächtigung JI
2007	- Rückgabe Bergkirche Rheinau
2008	- Rückgabe 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2009	- Rückgabe 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2010	- Rückgabe 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2011	- Rückgabe letzte Kirche und letztes Pfarrhaus
2011	- Projektabschluss

**Bemerkungen**

Die finanziellen Angaben basieren auf den gegenwärtig aktuellen Schätzwerten der Liegenschaften.



<b>Projekt-Nr. 28JI2215</b>	<b>Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (Beginn als wif!-Projekt Nr. 71/2207)</b>
---------------------------------	---

**Direktion für Justiz und Inneres / Finanz- und Lastenausgleich**
**Kurzumschreibung Projekt**

Optimierung des direkten und indirekten Finanzausgleichs / Beseitigung falscher Anreize

**Probleme Ist-Zustand:**

Die Wirkung der nach Finanzkraft abgestuften Staatsbeiträge ist wenig transparent. Eine zielkonforme Steuerung ist erschwert, weil gleichzeitig mit der Lenkungs- auch eine Ausgleichswirkung angestrebt wird.

Im direkten Finanzausgleich finden sich eine Reihe von Mängeln. Beim Steuerkraftausgleich werden die technische Ausgestaltung sowie die U-Kurve (Abstufung der Zuschussätze nach Gemeindegrösse) als Element eines Belastungsausgleichs, beim Steuerfussausgleich die fehlenden Sparanreize für die Gemeinden infolge der Defizitgarantie als unbefriedigend empfunden.

Als Schwäche der Lastenabgeltung für die Stadt Zürich zeigt sich deren Bemessung nach dem IST-Aufwand der Stadt Zürich, des Kantons und der übrigen Gemeinden. Die Erhebung des IST-Aufwandes ist aufwändig und er kann durch die Beteiligten beeinflusst werden.

**Wirkungsziel:**

Zielgerechte Steuerbarkeit eines reformierten Finanzausgleichs im Hinblick auf den Finanzbedarf einer einzelnen Gemeinde sowie bezüglich der Auswirkungen auf den Kanton.

**Leistungsziel:**

Ablösung des indirekten Finanzausgleichs (Abstufung der Staatsbeiträge nach Finanzkraftindex); Reformierung des Steuerkraftausgleichs, Ablösung des Steuerfussausgleichs durch einen Belastungsausgleich inkl. Sonderlasten der Städte Zürich und Winterthur (Ablösung des Lastenausgleichs der Stadt Zürich).

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	- 1.05	- 0.4	- 0.85	- 0.2	- 0.1	- 0.1	
Netto-Investitionen	0						

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 28JI2215**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1999	- Projektstart
2000	- Einsetzen einer Projektgruppe
2001	- Abschluss Vorstudie Ende März
2002	- Hauptstudie Modelle bis 09/02
2002	- Modellrechnungen/-korrekturen 12/02
2003	- Schlussbericht vom 11. Juni 2003
2005	- Überprüfung des Modells und Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Finanzausgleichssystems
2007	- Entwurf zu einem neuen Finanzausgleichsgesetz
2007	- Vernehmlassung und Überarbeitung des Gesetzesentwurfs
2008	- Verabschiedung der Gesetzesvorlage durch den Regierungsrat an den Kantonsrat
2009	- Volksabstimmung

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 28JI2215****Jahr                    Meilensteine / Ergebnisse**

2010                    -    Inkrafttreten

**Bemerkungen****Organisation:**

Die Projektarbeiten werden durch eine sechsköpfige Projektgruppe des Gemeindeamtes, unter Ausschluss der Gemeinden und Verbände, aber in engem Austausch mit den Direktionen weitergeführt. Sie werden vom Institut für Finanzwissenschaften und Finanzrecht (IFF), Varnbühlstrasse 19, 9000 St. Gallen, wissenschaftlich begleitet.

**Chancen/Stärken:**

Die neuen Grundsätze und Instrumente sind vom NFA her bereits bekannt. Der kantonale Finanzausgleich kann auf den NFA abgestimmt werden. Der Kanton will zudem die Gemeinde- und Bezirksstrukturen überprüfen. Die Förderung effizienter Gemeindestrukturen setzt den Verzicht auf strukturerhaltende Finanzausgleichsinstrumente (Steuerfussausgleich, U-Kurve im Steuerkraftausgleich) voraus. Das geplante Ausgleichssystem wird den haushälterischen Umgang mit öffentlichen Mitteln im Kanton und in den Gemeinden fördern, die Gemeindeautonomie stärken und das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden verbessern.

**Abhängigkeiten:**

Die Direktionen finanzieren diverse Aufgaben gemeinsam mit den Gemeinden und dies nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Instrumenten. Sie betreiben indirekt Finanzausgleich. Um die Auswirkungen eines Systemwechsels aufzeigen zu können, müssen die Finanzströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden transparent gemacht und auf ihre Finanzausgleichswirkung untersucht werden. Dies ist nur gemeinsam mit den Direktionen möglich. Ein neues Finanzausgleichssystem erfordert, dass die Direktionen Gemeindeaufgaben nach neuen Regeln mitfinanzieren. Voraussetzung dafür ist die Mitgestaltung der neuen Regeln durch die Direktionen. Die finanzielle Verantwortung von Gemeinden im Steuerfussausgleich wird durch die kantonale Defizitabdeckung beschränkt. Dies gilt dank des Höchststeuerfusses in schwächerem Mass auch für die übrigen Gemeinden. Die Gemeinden müssen bereit sein, mehr Verantwortung für die finanziellen Folgen ihres Handelns zu tragen.



<b>Projekt-Nr.</b> 22JI2224	<b>Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau</b>						
<b>Direktion für Justiz und Inneres / Staatsarchiv</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
<p>Aufbau der notwendigen Ressourcen für genügende Archivierung, Abbau von Restanzen:          Umsetzen wesentlicher fachlicher, technischer, baulicher und organisatorischer Massnahmen, um den gesetzlich verlangten Stand der Archivierung zu sichern.</p> <p><b>Probleme Ist-Zustand:</b>          Die seit Jahrzehnten mangelhaften Ressourcen haben grosse Restanzen in der Archivierung, Erschliessung und Konservierung hinterlassen und genügen vollends nicht, die "neuen Herausforderungen" wie lifecycle management von Akten (auch elektronischen), die laufende Bewertung / Erschliessung zu gewährleisten. Die Raumreserven sind zu Ende; die Sicherheit für Originale bei der Benützung ist mangelhaft.</p>							
<b>Wirkungsziel:</b>							
<p>Alle Archivbestände, inkl. elektronische, stehen konserviert, bewertet und erschlossen und in vielbenutzten Teilen schutzverfilmt dem Publikum, der Forschung und Verwaltung zur Verfügung. Die Datenschutzbelange sind gewährleistet, die Aktenströme, inkl. "elektronische Akten", in der Verwaltung bez. Endarchivierung vorgesteuert.</p>							
<b>Leistungsziel:</b>							
<p>Für ca. 10 zentrale Archivabt. Neue Kataloge und 20'000 Konservierungsboxen; Abbau von 3000 Laufmetern Restanzen; Hunderttausende neuer Datensätze im Erschliessungssystem; 200 Ablieferungsvereinbarungen; Hunderttausende Schutzfilmaufnahmen, Hunderte restaurierte Pläne; Zerfall für 30 % der Bestände gestoppt.</p>							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-20.4	-5.2	-2.9	-0.43	0	0	0
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 22JI2224</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
1999	- Entscheid RR						
2000	- Entscheid KR						
2006	- Bezug Erweiterungsbau / Umbau Altbau						
2007	- Erweiterungs- und Anpassungsbau Staatsarchiv fertig						
2007	- Bezug Altbau						
offen	- Wegen fehlenden Ressourcen und Arbeitsplätzen sowie der bevorstehenden zweijährigen Bauphase kann mit dem Restanzenabbau erst im Jahr 2007 begonnen werden.						
<b>Bemerkungen</b>							
<b>Chancen/Stärken:</b>							
Optimale Bearbeitung und gesicherte Benützung							



<b>Projekt-Nr.</b> <b>45JI2204</b>	<b>Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) (Neu)</b>
---------------------------------------	---

**Direktion für Justiz und Inneres / Strafverfolgung Erwachsene**

**Kurzumschreibung Projekt**

Aufgrund der hohen Personalfuktuation und der Überlastung der Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) wurden Massnahmen iniiert, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Situation hinzielen. Die Massnahmen sind dreigeteilt: 1. Sofortmassnahmen, 2. Projekt Quo Vadis (Arbeits-abläufe/-hilfsmittel), 3. Projekt "Frischer Wind" (Personalbereich). Für die Umsetzung der Massnahmen 2. und 3. sind EDV-Hilfsmittel, sowie Beratungsdienstleistungen notwendig.

**Wirkungsziel:**

**Leistungsziel:**

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.33			-0.33			
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.33			-0.33			
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 45JI2204**

**Jahr**                      **Meilensteine / Ergebnisse**

**Bemerkungen**





## Sicherheitsdirektion

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Kantonspolizei
  - 2.1.1 Aufgaben
  - 2.1.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.2 Strassenverkehrsamt
  - 2.2.1 Aufgaben
  - 2.2.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.3 Migrationsamt
  - 2.3.1 Aufgaben
  - 2.3.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.4 Amt für Militär und Zivilschutz
  - 2.4.1 Aufgaben
  - 2.4.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.5 Kantonales Sozialamt
  - 2.5.1 Aufgaben
  - 2.5.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.6 Statthalterämter
  - 2.6.1 Aufgaben
  - 2.6.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.4.1 Übersicht
  - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Das vom Kantonsrat am 23. April 2007 verabschiedete Polizeigesetz (PolG) gelangt in die Volksabstimmung. Bei Annahme bildet es zusammen mit dem bereits in Kraft stehenden Polizeiorganisationsgesetz (POG) die künftige Grundlage für die Arbeit aller Polizeikorps im Kanton Zürich.

Die Umsetzung des Fürsorgeausschlusses für Asylsuchende mit einem Nichteintretensentscheid konnte sozialverträglich umgesetzt werden. Eine beachtliche Zahl der betroffenen Personen konnte zum Verlassen unseres Landes veranlasst werden. Die Ausdehnung des Fürsorgeausschlusses auf abgewiesene Asylsuchende soll in gleicher Weise umgesetzt werden. In Erarbeitung ist eine entsprechende Verordnung.

Der Regierungsrat hat zuhanden des Kantonsrates die Gesetzesänderungen zur Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) verabschiedet. Der Umsetzung der NFA im Bereich der Einrichtungen für erwachsene invalide Menschen wird das künftige Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen (IEG) dienen.

### 1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Saldo Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-971	-896	-926	-
KEF 2008-2011	-980	-954	-981	-1'003
Veränderung	-9	-58	-55	
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-58	-43	-43	-
KEF 2008-2011	-65	-41	-42	-48
Veränderung	-7	+2	+1	

Saldo Erfolgsrechnung:

Ab 2009 verschlechtert sich die Planung durch gesetzesbedingten Mehraufwand für Kinderzulagen zu Gunsten Nichterwerbstätiger sowie durch Mehraufwand für vorläufig aufgenommene Personen infolge Zuständigkeitswechsel vom Bund zum Kanton (Asylgesetzrevision). Für weitere Informationen verweisen wir auf das Leistungsgruppenblatt des Sozialamts.

Zudem steigt der Personalaufwand überwiegend im Rahmen der Vorgaben (Teuerung, Stufenaufstieg, Beförderungen).

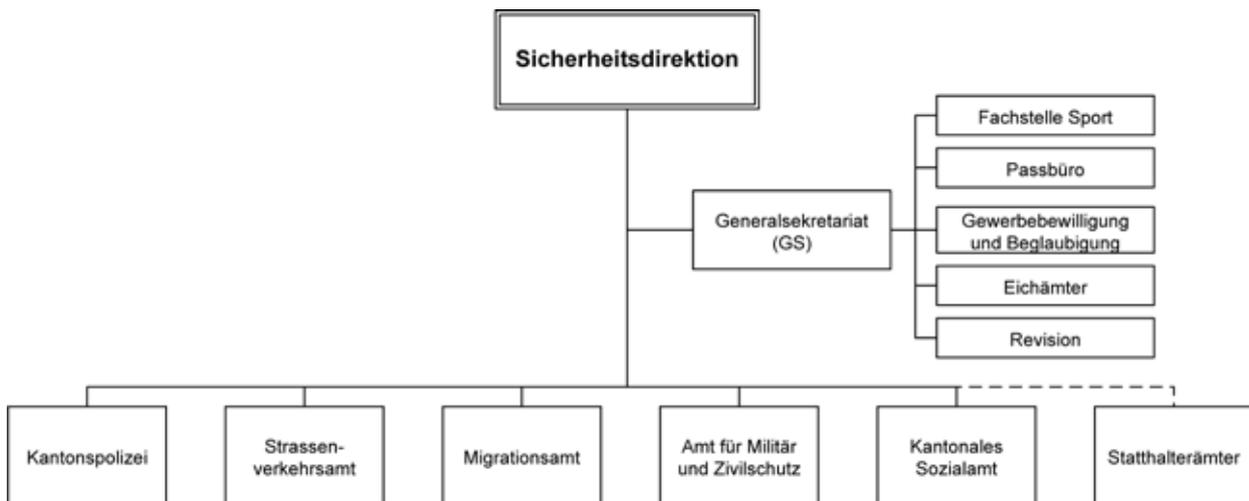
Saldo Investitionsrechnung:

Im Planjahr 2008 NFA bedingter Mehraufwand beim Sozialamt für Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen.

## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

Seit 1. Januar 1999 besteht für die Sicherheitsdirektion folgendes Organigramm:

.



Die in der Sicherheitsdirektion zusammengefassten Ämter haben sehr unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Alle Bereiche nehmen zur Hauptsache Vollzugsaufgaben wahr, welche sich zwingend aus dem Bundesrecht ergeben. Dadurch sind die wichtigsten strategischen Ziele gegeben, und der Handlungsspielraum ist in den meisten Gebieten eng.

Die Ämter der Sicherheitsdirektion sind mehrheitlich im Bereich der klassischen Eingriffsverwaltung tätig und werden fremdbestimmt (Entwicklung Bundesrecht, Migration, Verkehrsaufkommen usw.). Auch die wichtigsten Planungsgrundlagen werden durch Bundesrecht bestimmt. Die Entwicklung der Bundesgesetzgebung wie auch unbeeinflussbare tatsächliche Entwicklungen wirken sich auf die künftige Aufgabenerfüllung direkt und massgeblich aus.

Um Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Informationen zu gewährleisten, werden Aufgaben und Umfeldentwicklungen (Trends) jeweils unter den wesentlichsten Hauptleistungsgruppen aufgeführt.

## 2.1 Kantonspolizei

### 2.1.1 Aufgaben

Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Prävention und Repression (Strafverfolgung), Hilfeleistung, polizeinahe Dienstleistungen, Information und Schulung.

### 2.1.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Anhaltend hohe Migration, zunehmende Mobilität.
- Leicht rückläufige Kriminalitätsbelastung, Zunahme der Gewaltdelikte.
- Tendenziell schwindendes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.
- Rasche technologische Entwicklungen (Internet, elektronischer Zahlungsverkehr usw.).
- Zeitintensivere Aufgaben (z.B. durch Gewaltschutzgesetz).

## 2.2 Strassenverkehrsamt

### 2.2.1 Aufgaben

Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechts. Gewährleistung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugführerinnen/-führern, Gewährleistung der Verkehrssicherheit von Fahrzeugen sowie Förderung von



Sicherheit und Effizienz im Strassenverkehr. Einzug der kantonalen Verkehrsabgaben sowie Mitwirkung beim Einzug der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (LSVA) und der pauschalen Schwerverkehrsabgabe. Realisierung kundenfreundlicher Zulassungsverfahren und -kontrollen (elektronisch lesbare Ausweise usw.). Qualitätssicherung bei Fahrzeugprüfungen (Projekt der Vereinigung der Strassenverkehrsämter). Optimierung der Erfassung und Sanktionierung von Fahrzeuglenkerinnen/-lenkern, deren Fahrfähigkeit oder Fahreignung zweifelhaft ist.

### 2.2.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Einführung einer zentralen Motorfahrzeug-Datenbank (MOFIS) und des elektronischen Versicherungsnachweises "eVN" auf Bundesebene.
- Technische Erneuerung der Geschäftsfallapplikation VIACAR mit den Partnerkantonen.
- Weitere Elektronisierung der Geschäftsfallabwicklungen (z.B. elektronischer Versicherungsnachweis).
- Zunahme des Motorisierungsgrades (Zunahme Anzahl Fahrzeuge und Fahrzeuglenker/-innen).
- Steigende Anzahl Mutationen (Fahrzeugwechsel, Halterwechsel).
- Forderung nach verursachergerechter Besteuerung von Motorfahrzeugen.
- "Hohe und kurze Kadenz" der Änderungen des Bundesrechts.
- Umsetzung von Massnahmen der neuen Strassenverkehrs-Sicherheitspolitik des Bundes ("Via Secura: Das Programm für mehr Sicherheit auf den Strassen").
- Anpassung an EU-Recht (digitaler Fahrtenschreiber), Zulassung von Berufsschauffeuren etc.).
- Die ständig zunehmende Geschäftslast zwingt zu weiteren Automatisierungen (E-Government usw.).

## 2.3 Migrationsamt

### 2.3.1 Aufgaben

Vollzug des eidgenössischen Fremdenrechts in den Bereichen Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Erwerbstätigkeit. Unterstützung des Bundes im Asylverfahren. Administrativ- und Zwangsmassnahmen gegenüber ausländischen Personen.

### 2.3.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Wohlstandsgefälle und regionale Konfliktherde verursachen eine permanente Migration in Richtung der Industriestaaten, wobei die Schweiz als Zielland eine hohe Attraktivität aufweist.
- Im Asylbereich verlagern sich die Schwerpunkte weg vom Verfahren (Bundesangelegenheit ab 1.1.2008) hin zum Vollzug negativer Asylentscheide bzw. zur Administration der Bestände.
- Das Personenfreizügigkeitsabkommen hat eine spürbare Zuwanderung von Personen aus dem EU-/EFTA-Raum zur Folge. Die Nachfrage nach Aufenthaltsbewilligungen von Personen aus diesen Staaten ist unvermindert hoch.
- Ein dauernder Fokus stellt die Bekämpfung von Missbräuchen im Bereich des Familiennachzugs dar, welcher den zahlenmässig höchsten Zuwanderungsfaktor aus Drittstaaten darstellt.

## 2.4 Amt für Militär und Zivilschutz

### 2.4.1 Aufgaben

Vollzug des Bundesrechts betreffend Militärwesen und Zivilschutz.



## 2.4.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Veränderung der Bedrohungsbilder und Bedrohungsszenarien.
- Die Reformprojekte des Bundes wirken sich auf die künftige Aufgabenerfüllung direkt und massgeblich aus ("Armee XXI" und "Bevölkerungsschutz 200X", Entwicklungsschritte „2008 / 2011“).

## 2.5 Kantonales Sozialamt

### 2.5.1 Aufgaben

Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen durch Beitragsgewährung und –abrechnung, Beaufsichtigung, Beratung, Information, Fortbildung, Erarbeiten von Grundlagen, Klärung der Zuständigkeit und Kostentragung in den Bereichen öffentliche Sozialhilfe, Asylkoordination, Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen, Zusatzleistungen, Kinderzulagen sowie Verwaltung des Alkoholzehntels, Erteilung von Betriebsbewilligungen für Heime und Betrieb der kantonalen Empfangsstelle sowie der Rückkehrberatung für Asylsuchende. Das Sozialamt ist im Bereich der Leistungsverwaltung tätig und seine Tätigkeit richtet sich nach kantonalem Recht und Bundesrecht.

### 2.5.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Demographische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen (Wirtschaftslage) bestimmen den Bedarf nach Sozialleistungen.
- Strukturgefälle zwischen urbanen Agglomerationen und ländlichen Gegenden im Bereich der Soziallasten.
- Trend zur Zweiklassengesellschaft infolge ungleicher Wohlstandsverteilung.

## 2.6 Statthalterämter

### 2.6.1 Aufgaben

Übertretungsstrafrecht und Verwaltungstätigkeit (Rechtsmittelverfahren, Waffenrecht, Aufsicht über die Gemeinden in Polizeisachen, Feuerwehrwesen usw.).

### 2.6.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Ausbau und vermehrte Ausschöpfung der Rechtsmittel.
- Zunahme des Verkehrsaufkommens und der Gesetzesübertretungen.
- Schwierigkeiten beim Bussenbezug (nachlassende Zahlungsmoral).



### 3. Strategische Ziele

#### **Ziel 1. Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags**

Möglichst kostengünstige Erfüllung des übertragenen gesetzlichen Auftrags mittels tragbarer Lösungen in allen Ämtern und Leistungsgruppen, wobei Zürich als grösster Kanton eine Führungsrolle übernimmt.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Gesetzliche Aufträge erfüllen
- Durch möglichst standardisierte und laufend optimierte Arbeitsabläufe und gezielten Informatikeinsatz die in allen Ämtern zahlenmässig grosse Geschäftslast bei Vollzugsaufgaben effizient bewältigen

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Alle Leistungsgruppen der Sicherheitsdirektion

#### **Ziel 2. Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll**

Die Gewährleistung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung gehört zu den Legislaturzielen des Regierungsrates. Mit dem Polizeiorganisationsgesetz wurden verbindliche Vorgaben für Aufgaben und Zusammenarbeit von Kantonspolizei, Stadt- und Gemeindepolizeien gegeben. Diese Vorgaben berücksichtigen gleichermaßen organisatorisch-taktische Kooperationsbedürfnisse wie Autonomieanliegen der Städte und Gemeinden. Die Polizeientwicklung und Polizeizusammenarbeit ist deshalb innerhalb dieses Rahmens laufend weiter zu entwickeln. Das materielle Polizeigesetz wird verbindliche Richtschnur für das Handeln der Polizei sein.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Organisation und Zusammenarbeit auf der Basis des Polizeiorganisationsgesetzes konsolidieren und ausgehend von neuen Anforderungen und Erwartungen der Bevölkerung weiterentwickeln
- Realisierung des Funknetzes "POLYCOM"
- Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage (Polizeigesetz) und dessen Verordnung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Kantonspolizei

#### **Ziel 3. Optimierung der Verkehrssicherheit**

Die Zahl der Unfallopfer im Strassenverkehr zu senken, ist auch ein Ziel des Bundes ("via segura"). Es bleibt unverändert Aufgabe des Kantons, die Vorgaben des Bundes umzusetzen und die eigenen Möglichkeiten zur Hebung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Mit präventiven, repressiven und technischen Massnahmen sind die kantonalen Möglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen
- Einführung eines Qualitätssicherungssystems im Bereich Fahrzeugprüfungen
- Umsetzung von diversen Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen
- Auswertung Verkehrsunfallstatistik (VUSTA 2)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Strassenverkehrsamt
- Kantonspolizei

**Ziel 4. Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen**

Die Verkehrsabgaben sollen aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen verursachergerechter erhoben werden.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Revision des Verkehrsabgabengesetzes (im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzeptes durch die Volkswirtschaftsdirektion)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Strassenverkehrsamt

**Ziel 5. Einflussnahme beim Bund im Ausländer- und Asylwesen**

Im Migrationsbereich soll der kantonale Vollzugauftrag gleichzeitig mehreren Interessen gerecht werden: Dem Bedarf der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften, der Bekämpfung unerwünschter Zuwanderung und von Missbräuchen des Aufenthaltsrechts sowie der Rückschaffung aus der Schweiz wegweisener Personen. Von diesen sich daraus ergebenden Problemstellungen ist der Kanton Zürich alleine schon aufgrund des Umstandes, dass er gut 1/5 der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz aufnimmt, in besonderem Masse betroffen.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Auf Direktions- und Amtsebene ist laufend darauf Einfluss zu nehmen, dass der Bund bei der Weiterentwicklung der Ausländer- und der Asylgesetzgebung die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kantone berücksichtigt

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Migrationsamt

**Ziel 6. Bedarfsgerechte Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage**

Der Bevölkerungsschutz stellt ein Verbundsystem von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und Zivilschutz dar. Gleichzeitig wird das Einsatzschwergewicht der Armee von der Landesverteidigung tendenziell in Richtung Raumsicherung verlagert. Aktuell nehmen die subsidiären Einsätze zugunsten der zivilen Behörden einen wesentlichen Platz ein (Überwachung von diplomatischen Vertretungen, „AMBA CENTRO“). Der Kanton strukturiert den Bevölkerungsschutz einschliesslich der Führungsorganisation entsprechend seinen Bedürfnissen und beabsichtigt, eine einheitliche Verbindungsplattform (Polycom) zu schaffen. Vor dem Hintergrund des Stationierungskonzeptes der Armee ist die Übertragung des kantonalen Waffenplatzes Zürich-Reppischtal an den Bund unter diesen geänderten Gegebenheiten neu zu prüfen.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich
- Kantonale Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen
- Anpassung des Übungsdorfes des Ausbildungszentrums Andelfingen an die zukünftigen Schulungsbedürfnisse des Bevölkerungsschutzes
- Realisierung des Funknetzes „POLYCOM“
- Übertragung des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Kantonspolizei
- Amt für Militär und Zivilschutz

**Ziel 7. Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich**

Angesichts der steigenden Sozialhilfekosten erhält die zielgerichtete Aufgabenerfüllung eine immer grössere Bedeutung, insbesondere soll die wirtschaftliche Sozialhilfe Anreize zur Rückkehr in die



wirtschaftliche Selbstständigkeit schaffen ("Arbeit statt Fürsorge"). Die Beiträge an Behinderten-, Sozialhilfe- und Suchttherapieeinrichtungen sind noch stärker nach wirtschaftlichen Kriterien auszurichten.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Konsequente, zielgerichtete Umsetzung des teilrevidierten SHG und der SKOS-Richtlinien
- Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) (Projekt in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der Sozialversicherungsanstalt)
- Gezielte Finanzierung der Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Kantonales Sozialamt
- Bemerkungen: Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat im Sozialbereich umfangreiche Anpassungsarbeiten zur Folge, insbesondere bei der Finanzierung von Behinderteninstitutionen, den Beiträgen an die Sozialversicherungen des Bundes und bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

### **Zeil 8. Erhöhung des Anteils der sportlich aktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien und Bevölkerungsgruppen**

Mehr Bewegung gehört zu den Zielen des Regierungsrates im Rahmen der Gesundheitsvorsorge. Sportkonzept und Sportanlagenkonzept orientieren sich denn auch am Hauptziel einer Förderung des Breitensports im ganzen Kanton. Die Mittel des Sportfonds sind u.a. entsprechend dieser Zielsetzung zu verwenden und periodische Untersuchungen haben über Veränderungen im sportlichen Verhalten der Bevölkerung Aufschluss zu geben.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Mittel des Sportfonds gezielt einsetzen, um weitere Bevölkerungsgruppen zur sportlichen Betätigung zu motivieren

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben
- Sportfonds

### **Ziel 9. Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen (Pässe, Identitätskarten, Reisedokumente für Ausländer usw.)**

Gemäss Bundesvorgaben - gestützt auf internationales Recht - sollen Pässe und Reisedokumente für Ausländer ab Ende 2009, Identitätskarten ab ca. 2011 biometrische Daten enthalten. Die Erfassung bedingt die Schaffung neuer kantonaler Erfassungszentren. Ebenso sollen biometrische Daten in Ausländerausweise Eingang finden.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Schaffung von Erfassungszentren für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben
- Migrationsamt
- Kantonspolizei (Notpassstelle Flughafen)

### **Ziel 10. Konzentration der Zuständigkeiten im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter**

Im kommunalen Übertretungsstrafrecht sollen Rechtssetzung und Rechtsanwendung getrennt werden. Zudem sollen die übrigen Organe der Strafjustiz (Staatsanwälte) entlastet und die Rechtsprechung vereinheitlicht werden.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*



- Im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung ist die Untersuchung und Beurteilung von Übertretungsstraftatbeständen den Statthalterämtern zu übertragen

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Statthalterämter
- Bemerkungen: Die zukünftige Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden kann die Umsetzung des strategischen Ziels beeinflussen.



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Ersatz Kapo Funknetz und -geräte 1)	-41.2	2005	2006	2006-2009

1) Gesamtbetrag für das Netz (Polycom) im Kanton Zürich, inkl. Kapo-Funkgeräte. 2009 ist mit einem Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Franken an die Infrastrukturkosten (ca. 50 %) zu rechnen (Leistungen im Umfang von 12.8 Mio. Franken hat der Bund bereits erbracht).

### 4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Ersatz Funknetz (Polycom)	-6.0	-14.0	-13.7	+6.5	0	0
Übrige Investitionen	-23.0	-47.1	-51.1	-47.8	-42.0	-48.2
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	<b>-29.0</b>	<b>-61.1</b>	<b>-64.8</b>	<b>-41.3</b>	<b>-42.0</b>	<b>-48.2</b>

### 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Neuer Finanzausgleich		ab 2008	458



## 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

### 4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Laufende Rechnung:</b>						
Ertrag	828.3	826.3	909.7	910.7	921.8	940.4
Aufwand	-2'039.8	-2'106.2	-1'889.7	-1'864.2	-1'903.2	-1'943.1
Saldo	-1'211.5	-1'279.9	-980.0	-953.5	-981.4	-1'002.7
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	8.7	2.7	1.7	15.8	1.8	1.8
Ausgaben	-37.7	-63.8	-66.4	-57.0	-43.7	-50.0
Nettoinvestitionen	-29.0	-61.1	-64.7	-41.2	-41.9	-48.2

### 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Sicherheitsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Fr. als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	+83.4	+94.4	+10.1%	+11.4%
Aufwand	+216.5	+206.1	+10.3%	+9.8%
Saldo	+299.9	+300.5	+23.4%	+23.5%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-1.0	+2.6	-37.6%	+94.4%
Ausgaben	-2.7	+9.5	-4.1%	+15.0%
Nettoinvestitionen	-3.6	+12.1	-5.9%	+19.8%

#### Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

##### Erfolgsrechnung

Ertrag erhöht sich um 83.4 Mio. Fr. oder 10.1 %. Wichtigste Ursachen:

+73.8 Mio. Fr. Mehrertrag beim Sozialamt, davon

- +98.1 Mio. Fr. NFA bedingte höhere Beiträge vom Bund an die Zusatzleistungen zur AHV/IV,
- +15.8 Mio. Fr. vor allem einmalige Entschädigung des Bundes für die Gewährung von Nothilfe,
- 40 Mio. Fr. tiefere Bundesbeiträge im Asylbereich infolge Zuständigkeitswechsel vom Bund zum Kanton (Asylgesetzrevision) für vorläufig aufgenommene Personen und sinkende Zahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden.

+9.3 Mio. Fr. Mehrertrag der Kantonspolizei für Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (+ 12.1 Mio. Fr.) teilweise kompensiert durch Minderertrag in anderen Bereichen.



Aufwand sinkt um 216.5 Mio. Fr. oder 10.3 %. Wichtigste Ursache:

+241.3 Mio. Fr. Minderaufwand beim Sozialamt, davon

- +498.4 Mio. Fr. NFA bedingter Wegfall der jährlichen Kantonsbeiträge an die Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV,
- +20.7 Mio. Fr. Rückgang der durchlaufenden Beiträge im Asylbereich (sinkende Zahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden),
- +6.2 Mio. Fr. Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe,
- -262.2 Mio. Fr. NFA bedingte Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen,
- -22.1 Mio. Fr. Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV als Folge der NFA und Zunahme der Fälle.

-25.8 Mio. Fr. höherer Personalaufwand vor allem bei der Kantonspolizei für zusätzliche Sicherheitsmassnahmen am Flughafen, Stufenaufstieg, Teuerungsausgleich etc.

### Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen erhöhen sich 2008 um 3.6 Mio. Fr. oder 5.9 % vor allem infolge höherer Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen im Rahmen der NFA.

### Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

#### Erfolgsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Ertrag durchschnittlich um 94.4 Mio. Fr. oder 11.4% über dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

+83.4 Mio. Fr. höherer Ertrag 2008 gegenüber 2007 (vgl. Begründung oben),

+16.1 Mio. Fr. (Berechnungsgrundlage Mai 2007) Mehrertrag von Ausweisgeschäften 2011 im Vergleich zu 2008 im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung von biometrischen Daten in Schweizer Pässen (ab 2009) und Identitätskarten (ab 2011),

+15.9 Mio. Fr. höhere Bundesbeiträge 2011 im Vergleich zu 2008 an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Zunahme der Anzahl Fälle etc.),

+7.3 Mio. Fr. Mehrertrag 2011 im Vergleich zu 2008 für zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung).

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Aufwand durchschnittlich um 206.1 Mio. Fr. oder 9.8 % unter dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

+241.3 Mio. Fr. Minderaufwand 2008 gegenüber 2007 (vgl. Begründung oben),

+110.9 Mio. Fr. NFA bedingter Wegfall der Restzahlung an die IV aus dem Jahr 2008,

-30 Mio. Fr. ab 2009 neu anfallender jährlicher Aufwand für Kinderzulagen an Nichterwerbstätige aufgrund des Bundesgesetzes über die Familienzulagen,

-43.2 Mio. Fr. Mehraufwand 2011 im Vergleich zu 2008 für Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (Zunahme der verfügbaren Plätze etc.)

-29.4 Mio. Fr. Mehraufwand 2011 im Vergleich zu 2008 für Zusatzleistungen zur AHV/IV (Zunahme der Anzahl Fälle etc.),

-29.9 Mio. Fr. Zunahme Personalaufwand 2011 im Vergleich zu 2008 vor allem wegen Teuerung und Beförderungen im Rahmen der Vorgaben.

#### Investitionsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Sicherheitsdirektion durchschnittlich 12.1 Mio. Fr. oder 19.8 % weniger als im Jahr 2007. Bis 2009 wird die Investitionsrechnung der Kantonspolizei stark durch das Projekt Polycom (Ersatz Funknetz) beeinflusst (Gesamtbruttoinvestitionen inkl. Kapo-Funkgeräte 2006 bis 2009 41.2 Mio. Fr.), 2009 14 Mio. Fr. einmalige Mehreinnahmen aus Bundesbeitrag an Projekt Polycom (Leistungen im Umfang von 12.8 Mio. Franken hat der Bund bereits erbracht).



## **5. Leistungsgruppen**

**3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben**

**3100 Kantonspolizei**

**3200 Strassenverkehrsamt**

**3300 Migrationsamt**

**3400 Amt für Militär und Zivilschutz**

**3500 Sozialamt**

**3600 Statthalterämter**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	22.3	20.4	-2.4	14.7	0.2	17.3	3.3	20.4	30.8	38.1
Aufwand	-18.4	-18.4	1.9	-16.6	-1.5	-20.0	-5.2	-23.9	-29.8	62.2
Saldo	3.9	1.9	-0.5	-1.9	-1.3	-2.7	-1.9	-3.5	1.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										0.0
Ausgaben					-2.0	-2.0	0.5		-0.2	-0.4
Nettoinvestitionen					-2.0	-2.0	0.5		-0.2	-0.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	44.9	46.5	0.0	46.5	13.0	59.5	26.0	72.5	77.5	

**Aufgaben**

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung ("Think Tank")
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A4 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
- A5 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A6 Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben)	2009	9
E2 Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben)	2011	9
E3 Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept)	laufend	8
E4 Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben	laufend	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug							
W2 Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)							
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	P	123	150	150	150	150	150
L2 Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %)	P	100	100	100	100	100	100
L3 Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	P	1'218	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
L4 Anzahl Beglaubigungen	P	25'616	20'500	24'000	24'000	24'000	24'000
L5 Anzahl Ausweisgeschäfte	P	322'211	275'000	220'000	220'000	220'000	220'000
L6 Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und Fortbildung sowie Leiteraus- und fortbildung)	P	2'088	2'100	2'100	2'100	2'100	2'100
L7 Anzahl bewilligte Jugend + Sport-Kurse	P	6'491	6'400	6'400	6'400	6'400	6'400
L8 Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel	P	15'505	14'000	15'000	15'000	15'000	15'000
L9 Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	P	1'864	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)		0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
B2 Anzahl Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)		0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3

Leistungsgruppe 3000	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.945
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 3000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen****Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- E1+E2 - Passbüro: Die finanziellen und personellen Konsequenzen im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden ab P 09 berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt (Berechnungsgrundlage: Mai 2007) mit grossen Unsicherheiten behaftet.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht MH06 300001 (ab 2006: -0.1 Mio. Fr.).
- Umsetzung Entlastungsprogramm E08 (P 08: -0.1 Mio. Fr., ab P 09: -0.2 Mio. Fr.).

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Seit 2003 sind die Ausweise (Pässe03 und Identitätskarten) 10 Jahre gültig. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Ausweisen ab 2003 sinkt voraussichtlich der Bedarf an Ausweisen in den kommenden Jahren (ab P 08) (-3.8 Mio. Fr.). Die Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal- oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten (Lotteriekommision) ist seit 1. Juli 2006 in Kraft. Aufgrund der stufenweisen Umsetzung entfallen ab P 08 -1.9 Mio. Fr. Bewilligungsgebühren für Lotterien der SWISSLOS.
- Aufwand: Saldoneutraler Minderaufwand für Ausweisgeschäfte (Pässe und Identitätskarten) infolge Rückgang der Nachfrage nach Ausweisen (Fr. +2 Mio. Fr.) sowie Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen).

**Indikatoren**

- L4 Anzahl Beglaubigungen: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte (2005: 24'352, 2006: 25'616).
- L5 Anzahl Ausweisgeschäfte: Seit 2003 sind die Ausweise (Pässe03 und Identitätskarten) 10 Jahre gültig. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Ausweisen in den letzten Jahren (ab 2003) sinkt voraussichtlich der Bedarf an Ausweisen in den kommenden Jahren (ab P 08).
- L8 Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte (2004: 14'147, 2005: 16'290, 2006: 15'505).

**Entwicklung in den weiteren Planjahren****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Die finanziellen Konsequenzen im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet (P 09: +2.6 Mio. Fr., P 10: +3.1 Mio. Fr., P 11: +10.4 Mio. Fr.).
- Aufwand: Die finanziellen und personellen Konsequenzen im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet (P 09: -3.3 Mio. Fr., P 10: -3.8 Mio. Fr., P 11: -5.8 Mio. Fr.). Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung, Beförderungen).

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Verschiebung Hardware-Ersatz von P 10 auf P 09 um Nutzen aus einer koordinierten Beschaffung mit anderen Ämtern ziehen zu können (-0.5 Mio. Fr.). Die finanziellen Konsequenzen (Investitionen für Arbeitsplätze, Maschinen, Geräte und Informatik) im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet (P 09: -1.5 Mio. Fr., P 11: -0.2 Mio. Fr.).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Die flächendeckende Einführung von biometrischen Daten in Schweizer Pässen (ab 2009) und Identitätskarten (ab 2011) erfordert höhere Personalkapazitäten. Dem Mehraufwand stehen zeitverschoben auch Mehrerträge gegenüber.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Seit 2003 sind die Ausweise (Pässe03 und Identitätskarten) 10 Jahre gültig. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Ausweisen in den letzten Jahren (ab 2003) sinkt voraussichtlich der Bedarf an Ausweisen in den kommenden Jahren (P 08: -2.4 Mio. Fr.). Die finanziellen Konsequenzen im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet (P 09: +0.2 Mio. Fr., P 10: +3.3 Mio. Fr.).
- Aufwand: Salodneutraler Minderaufwand für Ausweise (Pässe und Identitätskarten) infolge Rückgang der Nachfrage nach Ausweisen (P 08: +2 Mio. Fr., P 09: +0.6 Mio. Fr.). Die finanziellen und personellen Konsequenzen im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet (P 09: -2.1 Mio. Fr., P 10: -5.2 Mio. Fr.).

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Verschiebung Hardware-Ersatz von P 10 auf P 09 um Nutzen aus einer koordinierten Beschaffung mit anderen Ämtern ziehen zu können (-0.5 Mio. Fr.). Die finanziellen Konsequenzen (Investitionen für Arbeitsplätze, Maschinen, Geräte und Informatik) im Zusammenhang mit der Umsetzung biometrischer Daten in Pässen (Pilotprojekt, voraussichtlich ab Mitte 2009 flächendeckende Einführung) und mit der Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (voraussichtlich ab 2011) wurden berücksichtigt, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet (P 09: -1.5 Mio. Fr.).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Die flächendeckende Einführung von biometrischen Daten in Schweizer Pässen (ab 2009) und Identitätskarten (ab 2011) erfordert höhere Personalkapazitäten. Dem Mehraufwand stehen zeitverschoben auch Mehrerträge gegenüber.

**Indikatoren**

- L4 Anzahl Beglaubigungen: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte (2005: 24'352, 2006: 25'616).
- L5 Anzahl Ausweisgeschäfte: Seit 2003 sind die Ausweise (Pässe03 und Identitätskarten) 10 Jahre gültig. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Ausweisen in den letzten Jahren (ab 2003) sinkt voraussichtlich der Bedarf an Ausweisen in den kommenden Jahren.
- L8 Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte (2004: 14'147, 2005: 16'290, 2006: 15'505).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	143.1	149.1	7.9	158.4	8.5	160.6	7.7	163.3	166.1	16.1
Aufwand	-456.7	-463.5	-16.4	-489.4	-29.9	-506.9	-23.4	-512.0	-519.5	13.8
Saldo	-313.6	-314.4	-8.5	-331.0	-21.4	-346.3	-15.7	-348.7	-353.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen	0.4				14.0	14.0				2.4
Ausgaben	-17.7	-27.6	0.0	-25.1	-2.4	-18.5	0.4	-11.9	-15.7	-19.4
Nettoinvestitionen	-17.2	-27.6	0.0	-25.1	11.6	-4.5	0.4	-11.9	-15.7	-17.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	2,897.4	2,888.0	137.0	3,028.0	164.6	3,057.6	172.1	3,065.1	3,070.6	

**Aufgaben**

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konsolidierung der Organisation und laufende Weiterentwicklung zur Umsetzung übergeordneten Rechts sowie zur Bewältigung neuer Sicherheitsherausforderungen	laufend	1
E2 Schaffung klarer Planungsgrundlagen für die polizeiliche Bewältigung der EURO 08	2008	1
E3 Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes	2008	1
E4 Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen	2009	2
E5 Umsetzung des Polizeigesetzes und Schaffung einer Polizeiverordnung	2009	2
E6 Planung/Realisierung Funknetz Polycom unter Einbezug der Partnerorganisationen (Feuerwehr, Sanität, Städte und Gemeinden usw.)	2009	1
E7 Umsetzung des Projekts Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid	2009	1
E8 Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen in den Bereichen Asyl, Visa und Polizeikooperation (u.a. Fahndungssystem)	2010	1

**Indikatoren**

Wirkungen	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
W1 Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG [in %])	P		0	0	0	0	0
W2 Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung [in %]	min.	90	80	80	80	80	80
W3 Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.]	max.	20	20	20	20	20	20
W4 Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %)	max.	11	10	10	10	10	10
W5 Aufklärungsquote (alle Delikte [in %])	min.	31	30	30	30	30	30
W6 Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gg. Leib u. Leben [in %])	min.	88	81	81	81	81	81

**Leistungen**

L1 Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontr.)	P	81	80	80	80	80	80
L2 Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen)	P	8'040	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000
L3 Anzahl Notrufe	P	201'169	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
L4 Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen	P	66'173	65'000	65'000	65'000	65'000	65'000
L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger	P	44	40	40	40	40	40
L6 Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	P	8'473	9'000	8'500	8'500	8'500	8'500
L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden	P	19'901	35'000	45'000	35'000	35'000	35'000
L8 Anzahl Geschwindigkeitskontrollen	P	2'571	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
L9 Anzahl erfasste Straftaten	P	143'906	160'000	160'000	160'000	160'000	160'000
L10 Anzahl erfasste Straftatverdächtige	P	32'908	34'000	34'000	34'000	34'000	34'000
L11 Anzahl Ordnungsbussen	P	118'900	125'000	125'000	125'000	125'000	125'000
L12 Anzahl Arrestanteneingänge	P	10'682	11'500	11'500	11'500	11'500	11'500
L13 Anzahl Arrestantentransporte	P	40'758	41'000	41'000	41'000	41'000	41'000
L14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	P	249'440	252'000	252'000	252'000	252'000	252'000
L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.	P	9.6	9.8	10.0	10.2	10.3	10.5
L16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	P	13'932	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000

Leistungsgruppe 3100	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-330.950
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-25.050

Budget	Leistungsgruppe 3100
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Leistungen</b>							
L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg	P	4'917	7'000	5'000	5'000	5'000	5'000
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]	P	2.8					

## Allgemeine Bemerkungen

### Sonstige Bemerkungen

- Umsetzung Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht MH06 310001 und 310002 (ab VA 2006: -3.65 Mio. Fr.)
- Offen sind die Auswirkungen des Schengener Abkommens auf Personalaufwand, Sachaufwand sowie Investitionsausgaben.

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Mehrertrag: zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen +12.1 Mio Fr.
- Minderertrag: tieferer Bussenerlös -2.2 Mio. Fr., weniger Rückerstattungen von Bund und Gemeinden -0.7 Mio. Fr.
- Mehraufwand: höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Teuerungsausgleich, Beförderungen, Stufenaufstieg, Überzeit im Zusammenhang mit EURO 08) -24.3 Mio. Fr., höhere Abschreibungen -1.2 Mio. Fr.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Personalzuwachs auf 2008 erklärt sich durch zusätzliche von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei.
- Die geplanten, höheren Aspirantenzahlen zur Annäherung an den Korps-Sollbestand bewirken ab 2008 eine leichte Erhöhung des Gesamtpersonalbestandes.

### Indikatoren

- L6 Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur): Reduktion durch Eliminierung von Unfallschwerpunkten.
- L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden: Zusätzlicher Aufwand der Kantonspolizei für EURO 08.
- L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere: Entwicklung im Rahmen des von der Unique geplanten Passagierwachstums.
- L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Erschwerte Ausschaffungen nach Afrika. Allgemein weniger Asylbewerber.

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

### Erfolgsrechnung

- Mehrertrag (P 08 - P 11): zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung) + 7.3 Mio. Fr.
- Mehraufwand (P 08 - P 11): höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Personalzuwachs, Teuerungsausgleich, Beförderungen, Stufenaufstieg) -25.2 Mio. Fr., allgemeiner Sachaufwand (inkl. Teuerung) -6.2 Mio. Fr., Betrieb und Unterhalt Polycom (Funknetz und -geräte) -1.5 Mio. Fr.
- Minderaufwand (P 08 - P 11): Abschreibungen +2.4 Mio. Fr., Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen +0.6 Mio. Fr.

### Investitionsrechnung

- Mehreinnahmen: 2009 Bundesbeitrag an Projekt Polycom +14 Mio. Fr.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die geplanten, höheren Aspirantenzahlen zur Annäherung an den Korps-Sollbestand bewirken ab 2008 eine Erhöhung des Gesamtpersonalbestandes.

### Indikatoren

- L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere: Entwicklung im Rahmen des geplanten Passagierwachstums.

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Mehrertrag: zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung).
- Minderertrag: tieferer Bussenerlös.
- Mehraufwand: höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Personalzuwachs, Teuerungsausgleich, Beförderungen, Stufenaufstieg), Mehrwertsteuer -1 Mio. Fr., ab 2009 Betrieb und Unterhalt Polycom (Funknetz und -geräte) -1.5 Mio. Fr.
- Minderaufwand: Abschreibungen und Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen, Informatik-Nutzungsaufwand (P 08).

### Investitionsrechnung

- Mehreinnahmen: 2009 Bundesbeitrag am Projekt Polycom +14 Mio. Fr.
- Mehrausgaben: 2009 zusätzliche Zahlungstranche an Lieferfirma Projekt Polycom (Rückstand aus dem Jahr 2006) -2 Mio. Fr.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die geplanten, höheren Aspirantenzahlen zur Annäherung an den Korps-Sollbestand bewirken ab 2008 eine Erhöhung des Gesamtpersonalbestandes.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	364.9	366.0	-0.3	368.2	0.4	371.7	-0.1	373.2	373.2	2.3
- Verkehrsabgaben	283.2	285.0		287.0		289.0		291.0	291.0	
Aufwand	-341.6	-346.7	3.3	-346.5	1.5	-350.3	2.1	-353.0	-353.7	3.5
- Übertrag an Strassenfonds	-282.3	-284.1		-286.1		-288.1		-290.1	-290.1	
Saldo	23.3	19.3	3.0	21.7	2.0	21.4	2.0	20.3	19.6	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-1.5	-4.2	0.0	-4.0	0.1	-2.5	0.0	-1.2	-4.4	-2.9
Nettoinvestitionen	-1.5	-4.2	0.0	-4.0	0.1	-2.5	0.0	-1.2	-4.4	-2.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	332.4	337.0	0.0	337.0	0.0	337.0	0.0	337.0	337.0	

**Aufgaben**

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneuliker/innen anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie der Konformität mit den Bundesvorschriften bei Fahrzeugen, die neu in Verkehr gesetzt werden
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführer/innen in Erfüllung der Bundesvorschriften. Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Annordnung von Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsgesetz (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführer/innen (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben, Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (LSVA)

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Optimierung der Verkehrssicherheit (u.a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamt für Strassen ASTRA)	2008	3
E2 Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeug-Prüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen	2009	3
E3 Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen	2009	3
E4 Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativ-Massnahmen)	2009	3
E5 Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen	2009	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)		--	--	--	gut	--	--

**Leistungen**

L1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz)	P	236	260	260	260	260	260
L2 Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.)	P	269	240	240	240	240	240
L3 Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.)	P	1'657	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L4 Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	P	547	500	500	500	500	500
L5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	P	6'744	7'000	7'000	7'200	7'200	7'200
L6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	P	4'351	5'100	5'100	5'100	5'100	5'100
L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	P	49'361	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmed. Kontrollen	P	50'404	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in	P	1'827	1'670	1'750	1'750	1'750	1'750
L10 Anzahl erstellte Rechnungen (Mio.)	P	1.610	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
L11 Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	P	315'031	294'000	294'000	294'000	294'000	294'000
L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	P	6'577	5'420	6'250	6'250	6'250	6'250
L13 Anzahl Chauffeurfahrten	P	1'675	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L14 Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen	P	6'050	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	173'841	186'000	179'000	185'000	187'000	189'000
B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	245'333	243'000	244'000	248'000	247'000	247'000

**Leistungsgruppe 3200 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	21.696
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.950

**Budget Leistungsgruppe 3200**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

**Allgemeine Bemerkungen****Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Prüfungsintervalle sind vom Bundes- und EU-Recht vorgegeben.
- Die Übernahme der bilateralen Verträge verpflichtet zu kürzeren Prüfungsintervallen (LKW's) mit teilweiser Erhöhung der Fahrzeug-Prüfzeiten.
- Zusätzlich durch Verkehrsexperten ausgeführte Arbeiten: Prüfung von 43'000 Fahrzeugen, die wegen beanstandeter Mängel ein zweites Mal vorgeführt werden müssen sowie die Abnahme von Geräusch- und Behindertenprüfungen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung Entlastungsprogramm E08 (ab 2007: -2 Mio. Fr.).

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum (+2 Mio. Fr.), Mehrertrag aus e-Kontrollschilder-Versteigerungen und Fahrzeug-Prüfungen (+2.7 Mio. Fr.), Minderertrag aus Inkassoentschädigung für Verkehrsabgaben (-2.5 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höherer Übertrag in Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben (-2 Mio. Fr.), weniger Sachaufwand (+2.8 Mio. Fr., davon Post- und Telefongebühren [+1.7 Mio. Fr.], Unterhalt Liegenschaften [+0.4 Mio. Fr.], Informatik-Nutzungsaufwand [+0.2 Mio. Fr.], Büromaterial- und Drucksachen [+0.2 Mio. Fr.], Reisespesen [+0.1 Mio. Fr.], Übriger Aufwand [+0.2 Mio. Fr.], Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (-0.6 Mio. Fr. Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen).

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: niedrigerer Investitionsbedarf.

**Indikatoren**

- L 9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Die verschärften Gesetzesbestimmungen haben mehr verfügte Administrativ-Massnahmen zur Folge.
- L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2006 (ab 2006: zusätzlich inkl. Fax- und E-Mail-Anfragen).
- B 1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Niedrigerer Gesamtaufwand führt zu einer Verbesserung des Indikators.
- B 2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Höherer Gesamtertrag führt zu einer Verbesserung des Indikators.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum und Zunahme der Erlöse aus Gebühren im Führerbereich (ab 2009: Umtausch der provisorischen Führerausweise in definitive Führerausweise sowie e-Kontrollschilder-Versteigerungen).
- Aufwand: Höherer Übertrag in Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben und Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen).

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: 2011: steigende Investitionen im Gebäudeunterhalt.

**Indikatoren**

- W 1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre): Die Einführung des Qualitätsmanagement und die unveränderten Strukturen im Strassenverkehrsamt erlauben eine Verschiebung der Befragung von P 08 auf P 09.
- L 5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle): ab 2009 Umtausch der provisorischen Führerausweise in definitive Führerausweise.
- B 1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Höherer Gesamtaufwand und Anpassung der Personalplanung führt zu einer Verschlechterung des Indikators.
- B 2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Höherer Gesamtertrag führt zu einer Verbesserung des Indikators.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: tiefere Inkassoentschädigung für Verkehrsabgaben.
- Aufwand: tiefere Post- und Telefongebühren sowie Umsetzung Entlastungsprogramm E08.

**Indikatoren**

- W 1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre): Die Einführung des Qualitätsmanagement und die unveränderten Strukturen im Strassenverkehrsamt erlauben eine Verschiebung der Befragung von P 08 auf P 09.
- L 5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle): Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte.
- L 9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Die verschärften Gesetzesbestimmungen haben mehr verfügte Administrativ-Massnahmen zur Folge.
- L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2006 (ab 2006: zusätzlich inkl. Fax- und E-Mail-Anfragen).
- B 1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): tieferer Gesamtaufwand führt zu einer Verbesserung des Indikators.
- B 2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): höherer Gesamtertrag im 2009 führt zu einer Verbesserung des Indikators.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	13.7	14.2	0.6	14.9	0.4	15.0	0.6	15.0	14.9	8.7
Aufwand	-22.5	-23.7	0.1	-23.4	-0.5	-23.7	-0.3	-23.8	-23.8	5.7
Saldo	-8.7	-9.5	0.8	-8.5	-0.0	-8.7	0.3	-8.7	-8.8	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.2						-0.2	-0.2		-0.1
Nettoinvestitionen	-0.2						-0.2	-0.2		-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	114.4	114.5	5.5	120.0	6.5	120.0	4.5	118.0	116.0	

**Aufgaben**

- A1 Vollzug des Ausländerrechtes des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen, u.a.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
- A3 Die Hauptaufgaben des Amtes sind a) die Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern oder Entziehen von Bewilligungen, bzw. Ablehnungen derselben, b) Befragungen von Asylsuchenden, Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich sowie c) das Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit und von illegaler Anwesenheit

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich	laufend	1
E2 Umsetzung der Reorganisation in der Abteilung Bewilligungsverfahren (Projekt BV 2008)	2008	1
E3 Verfeinerung und Anwendung des amtsinternen Controllingkonzepts	2008	1
E4 Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben)	2011	9

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	5	5	5	5	5	5
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche	P	24'579	24'000	24'000	24'000	24'000	24'000
L2 Anzahl Visageschäfte / Schaltervorsprachen	P	57'411	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	P	105'680	130'000	135'000	140'000	140'000	135'000
L4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	P	15'475	16'000	16'000	16'000	16'000	16'000
L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen	P	6'164	7'000	6'000	6'000	6'000	6'000
L6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender	P	34'100	31'000	32'000	32'000	32'000	32'000
L7 Anzahl Pendenzen pro Mitarbeitende	max.	140	35	80	70	60	50
L8 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen)	max.	11	8	8	8	8	8
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.)	P	-11	-10	-10	-5	-5	-6

Leistungsgruppe 3300	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.455
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 3300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen**

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Anteil der genügenden Grundlagen für das BFM (in %) und Anzahl bearbeitete Asylfälle: Ab P 08 erfolgen die Befragungen der Asylsuchenden neu durch den Bund. Deshalb wird auf die beiden bisherigen Indikator verzichtet.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht MH06 330001 und 330002 (2006: -0.8 Mio. Fr., ab 2007: - 1 Mio. Fr.)
- Kostenträger Migrationsamt (Vollkostenrechnung)..... R 05..... R 06..... B 07..... P 08
- Ertrag:.....14'245'797.....13'749'949..... 14'180'000.....14'910'000
- Bewilligungsverfahren.....8'679'002.....8'466'783.....8'868'000.....9'006'000
- Asylverfahren.....5'074'902.....4'738'983.....4'803'000.....5'421'000
- Administrativ- und Zwangsmassnahmen.....218'418.....238'597.....204'000.....201'000
- Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle).....273'475.....305'586.....305'000.....282'000
- Aufwand:.....-23'098'721.....-22'477'089.....-23'672'000.....-23'365'000
- Bewilligungsverfahren.....-9'743'768.....-10'029'783.....-10'693'000.....-10'842'000
- Asylverfahren.....-7'652'062.....-7'043'042.....-7'408'000.....-6'975'000
- Administrativ- und Zwangsmassnahmen.....-2'897'205.....-2'772'589.....-2'978'000.....-2'735'000
- Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle).....-2'625'686.....-2'531'676.....-2'593'000.....-2'813'000
- Rücklagen.....-180'000.....-100'000

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Höhere Rückerstattungen des Bundes (BFM) (+0.7 Mio. Fr., Verwaltungskostenpauschale für zugeweilte Asylsuchende und Ausschaffungshaft von abgewiesenen Asylsuchenden).
- Aufwand: Personalaufwand (Kapazitätserweiterung aufgrund der Pendenzen im Bewilligungsbereich [Besetzung von 7 vakanten Stellen] und Abbau im Asylbefragungsbereich [1.5 Stellen] sowie Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben [Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen]), Dienstleistungen Dritter (+0.9 Mio Fr., Verschiebung der Einführung des neuen Ausländerausweises, Wegfall von Dolmetscherkosten etc.).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- P 08: Kapazitätserweiterung aufgrund der Pendenzen im Bewilligungsbereich (Besetzung von 7 vakanten Stellen) sowie Abbau im Asylbefragungsbereich (1.5 Stellen).

**Indikatoren**

- L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Die Planwerte berücksichtigen die periodische Schwankung der Geschäftsfälle durch das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit den EU-/EFTA-Staaten (FZA).
- L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswert R 06.
- L6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswerte.
- L7 Anzahl Pendenzen pro Mitarbeitende: B 07 zu tief budgetiert.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Aufwand: P 09: Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerung und Beförderungen), ab P 10 teilweise kompensiert durch tieferen Personalbestand.

**Investitionsrechnung**

- P 10: Anschaffung Laserpersonalisierungsmaschinen zur Erstellung des neuen Ausländerausweises (-0.2 Mio Fr.).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Die verschiedenen Massnahmen zur Optimierung im Bewilligungsbereich (Pendenzenabbau) führen zu einer Verringerung der Anzahl Mitarbeitenden ab P 10.

**Indikatoren**

- L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Die Planwerte berücksichtigen die periodische Schwankung der Geschäftsfälle durch das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit den EU-/EFTA-Staaten (FZA).
- L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen: Anpassung der Planwerte an Erfahrungswert R 06.
- L7 Anzahl Pendenzen pro Mitarbeitende: Die verschiedenen Massnahmen zur Optimierung im Bewilligungsbereich (Pendenzenabbau) führen zu einer Verringerung der Pendenzenzahl pro Mitarbeitende ab P 09.
- B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.): Die Zunahme der Geschäftsfälle führt zu einer Erhöhung des Kostendeckungsgrades.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Höhere Rückerstattungen des Bundes (BFM) (+0.7 Mio. Fr., Verwaltungskostenpauschale für zugeweilte Asylsuchende und Ausschaffungshaft von abgewiesenen Asylsuchenden).
- Aufwand: Personalaufwand (Kapazitätserweiterung aufgrund der Pendenzen im Bewilligungsbereich [Besetzung von 7 vakanten Stellen] sowie Abbau im Asylbefragungsbereich [1.5 Stellen] sowie Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben [Teuerungsausgleich und Beförderungen]), Wegfall von Dolmetscherkosten, Verschiebung der Einführung des neuen Ausländerausweises.

**Investitionsrechnung**

- Anschaffung der Laserpersonalisierungsmaschinen: Verschiebung von 2006 auf P 10 wegen der Einführung des neuen Ausländerausweises.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- P 08 + P 09: Kapazitätserweiterung aufgrund der Pendenzen im Bewilligungsbereich [Besetzung von 7 vakanten Stellen] sowie Abbau im Asylbefragungsbereich [1.5 Stellen]; P 10: Reduktion aufgrund Reorganisation (E2).

**Indikatoren**

- L 2 + L 3 + L 5 + L 6: Anpassung Planwerte an Erfahrungswert 2006.
- L 7 Durchschnittliche Anzahl Pendenzen pro Mitarbeitende: zu tief budgetiert.
- B 1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.): Die Zunahme der Geschäftsfälle führt zu einer Erhöhung des Kostendeckungsgrades.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	16.4	13.1	0.5	13.2	0.8	13.3	1.6	13.7	13.8	-15.9
Aufwand	-33.1	-34.1	1.9	-32.5	1.5	-31.4	0.8	-31.6	-31.4	-5.0
Saldo	-16.7	-21.0	2.4	-19.2	2.3	-18.1	2.3	-18.0	-17.6	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	8.3	1.7	0.0	1.7	0.1	1.8	0.1	1.8	1.8	2.8
Ausgaben	-10.6	-12.0	1.5	-12.2	-1.4	-6.6	-3.2	-6.6	-5.3	-8.9
Nettoinvestitionen	-2.4	-10.3	1.6	-10.6	-1.3	-4.8	-3.1	-4.8	-3.5	-6.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	135.1	137.0	-4.0	133.0	7.0	121.0	4.0	116.0	111.0	

**Aufgaben**

- A1 Das AMZ mit seinen Abteilungen Militärverwaltung, Militärbetriebe, Wehrpflichtersatz sowie Zivilschutz erfüllt vor allem vom Bund vorgeschriebene Aufgaben in den Bereichen Militärwesen und Zivilschutz
- A2 Dazu gehören insbesondere das Dienstverschiebungswesen und die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der im Kanton Zürich wohnhaften Angehörigen der Armee sowie das Verhängen und den allfälligen Vollzug von Disziplinarstrafen
- A3 Sodann werden die Wehrpflichtersatzpflichtigen (jährlich rund 30'000) veranlagt, Zivilschutzpflichtige ausgebildet sowie bestehende Zivilschutzinfrastrukturanlagen unterhalten
- A4 Weiter werden alle in der Schweiz wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert, und für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt
- A5 Schliesslich ist das AMZ zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und für die jährliche Abrüstung mehrerer tausend Armeeangehöriger bei der Entlassung aus der Militärdienstpflicht

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erarbeitung der Konzeption "Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich" und Regelung der Zusammenarbeit aller ziviler Partner (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Rettungswesen und Tiefbau), inkl. kantonale Gesetzgebung	2008	6
E2 Umsetzung neues Entschädigungsmodell Waffenplatz	2011	1
E3 Einbezug der Entwicklungsschritte von Armee / Bevölkerungsschutz (u.a. "08/11")	laufend	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb 14 Tagen (in %)	min.	95	90	90	90	90	90
W2 Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag [OT] (in %)	min.	94	90	90	90	90	90
W3 Hoher Bereitschaftsgrad der persönlichen Ausrüstung, Mängel der kontrollierten Ausrüstung (in %);	P	19	9	9	9	9	9
W4 Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten / Material (in %)	min.	92	80	80	80	80	80
<b>Leistungen</b>							
L1 Betreuung Anzahl Meldepflichtige (inkl. Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung	min.	3'140	3'400	3'400	3'400	3'400	3'400
L2 Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen	min.	26	7	7	7	7	7
L3 Gleichbleibende Kosten im Bereich der persönlichen Ausrüstung (Zeughaus); Kosten pro Angehöriger der Armee im Kt. ZH für die persönliche Ausrüstung (in Fr.)	max.	78	60	60	60	60	60
L4 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage	min.	9'343	8'000	9'600	9'600	9'600	9'600
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag [OT] (in Fr.)	max.	28	28	28	28	28	28
B2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %)	min.	189	148	139	124	124	120
B3 Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %)	min.	97	90	90	90	90	90

Leistungsgruppe 3400	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-19.245
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-12.245

Budget	Leistungsgruppe 3400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

## Allgemeine Bemerkungen

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Durch die engen bundesrechtlichen Verflechtungen sind die Möglichkeiten zur Einflussnahme des Amtes für Militär und Zivilschutz auf Budget und Rechnung gering.

### Sonstige Bemerkungen

- Umsetzung der Sanierungsmassnahmen: San04.141 (Verschiebung, ab P09 -5.2 Mio. Fr.) und San04.142 (RE 2005: -0.5 Mio. Fr., RE 2006-1.0 Mio. Fr.). Die Höhe der zukünftigen Saldoverbesserung ist aufgrund des aktuellen Projektstands noch nicht abschliessend bezifferbar.
- Umsetzung Massnahmenplan: Haushaltsgleichgewicht (MH06 340001-340004): ab 2006 -0.88 Mio. Fr.
- Entlastungsprogramm 2008 (E08): B 07 -0.9 Mio. Fr., P 2008 -1.6 Mio. Fr., P 09 -1.3 Mio. Fr. und P 10 -1.4 Mio. Fr.

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Ertrag: Höhere Vermögenserträge (+0.1 Mio. Fr., höhere Vergütungen vom Bund für die Benützung des Waffenplatzes).
- Aufwand: Tiefere Personalkosten (+0.5 Mio. Fr.), v.a. aufgrund der Redimensionierung des Zeughauses zur Retablierungsstelle (4 Vollzeitstellen) sowie weniger Aufwand für Kurse, Prüfungen und Beratungen im Zivilschutz; Anpassung der Ausbildungskapazitäten bei der Grundausbildung für Betreuer (+0.2 Mio. Fr.). Die Verschiebung von verschiedenen Investitionsvorhaben führt zu weniger Abschreibungen und Zinsen (+0.6 Mio. Fr.). Geringerer Leistungsbezug von der Stadt Zürich zu Gunsten der Militärverwaltung des Kt. ZH (+0.3 Mio. Fr., Synergie MILVA, neuer Vertrag).

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Abbau von 4 Vollzeitstellen aufgrund der Redimensionierung des Zeughauses zur Retablierungsstelle.

### Indikatoren

- L 2 Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen: Dank oneline-Zugriff auf die Daten der Einwohnerkontrolle sind die gesuchten Personen rascher auffindbar und damit ist die Anzahl Verjährungen geringer als in R 06.
- L 4 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage: Nach dem Wegfall der Kostenbeteiligung der Gemeinden an den Grundkurskosten ist ein Anstieg der Teilnehmertage zu erwarten (Nachholbedarf; die Kosten werden aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung zu 100% vom Kanton getragen).
- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Mehraufwand, v.a. bei den Informatikkosten (exogen bedingte Software-Anpassungen) führt zu einem tieferen Kostendeckungsgrad.

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

### Erfolgsrechnung

- Ertrag: Höhere Rückerstattungen vom Bund für zusätzliche Belegungen der Kaserne und revidierter Waffenplatzvertrag) sowie geringerer Anteil am Wehrpflichtersatz aufgrund der tieferen Mannschaftsbestände der Armee.
- Aufwand: Die Umsetzung von San04.141 reduziert sowohl den Personal- als auch den Sachaufwand. Die Verschiebung von Investitionsvorhaben aus den Vorjahren in diese Planperiode erhöhen die Abschreibungen und Zinsen.

### Investitionsrechnung

- Ausgaben: Ab P 09 v.a. weniger Ausgaben im Bereich Hochbauten.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- P09-P11: Die geplante Vollreduktion (San04.141) kann aus vertraglichen Gründen (Kanton Zürich / Bund) noch nicht realisiert werden. Der im Rahmen von San04.141 geplante Personalabbau ist schrittweise geplant (P 09: -12 Stellen, P 10 und P 11 je -5 Stellen).

### Indikatoren

- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatzverwaltung (in %): Der geringere Anteil am Wehrpflichtersatz aufgrund der tieferen Mannschaftsbestände der Armee verschlechtert den Kostendeckungsgrad.

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Ertrag: Erhöhung Wehrpflichtersatz aufgrund von Erfahrungswerten sowie höhere Vergütungen vom Bund (zusätzliche Belegungen der Kaserne und revidierter Waffenplatzvertrag) etc.
- Aufwand: Minderaufwand, v.a. im Personal- und Sachaufwand. Durch Etappierung und Reduktion von Vorhaben fallen weniger Abschreibungen und Zinsen an.

### Investitionsrechnung

- Ausgaben: Gleichbleibendes Investitionsniveau beim Tiefbau. Verschiebung von Hochbauvorhaben aus den Vorjahren sowie neu geplante Vorhaben (Bsp.: Rückbau Produktionsstätte Pfäffikon und Erweiterung Sportanlage Waffenplatz Reppischtal).

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Abbau von 4 Vollzeitstellen aufgrund der Redimensionierung des Zeughauses zur Retablierungsstelle und neu schrittweiser Abbau des Personalbestandes im Rahmen von San04.141. Die geplante Reduktion kann aus vertraglichen Gründen (Kanton Zürich / Bund) nicht wie ursprünglich geplant realisiert werden.

### Indikatoren

- W 4 Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten / Material (in %): Aufgrund der tieferen Kontrollkapazität können weniger Anlagen (40 statt 70) pro Jahr kontrolliert werden.
- L 4 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage: Nachholbedarf bei der Grundausbildung Zivilschutz (mehr Anmeldungen) nach der Aufhebung der Kostenbeteiligung durch die Gemeinden (neue Gesetzgebung).
- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Im Vergleich zum KEF Vorjahr werden die Erträge P 09 und P 10 leicht höher geschätzt. Dies führt zu einem leicht höheren Kostendeckungsgrad.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	220.8	221.6	-32.4	295.4	-45.6	288.2	-48.6	291.3	296.8	34.4
- Rückerstattungen an wirtschaftliche Hilfe	62.6	60.3		76.1		63.8		61.7	61.7	
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	108.9	109.5		69.5		69.5		69.5	69.5	
- Rückerstattung an Zusatzleist. und Kinderzulagen	48.9	51.4		149.5		154.6		159.9	165.4	
<b>Aufwand</b>	<b>-1,129.7</b>	<b>-1,183.9</b>	<b>26.6</b>	<b>-942.6</b>	<b>6.5</b>	<b>-893.0</b>	<b>7.1</b>	<b>-919.6</b>	<b>-945.5</b>	<b>-16.3</b>
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-167.6	-172.1		-166.0		-170.8		-171.0	-169.9	
- Beiträge an Asylaufgaben	-102.9	-108.2		-87.6		-88.6		-88.6	-88.6	
- Beiträge an Zusatzleist. und Kinderzulagen	-237.9	-250.4		-272.5		-311.9		-321.7	-331.9	
- Beiträge an Soziale Einrichtungen	-12.4	-19.2		-281.4		-294.6		-309.1	-324.6	
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-588.5	-611.7		-113.3		-3.3		-3.3	-3.3	
<b>Saldo</b>	<b>-908.9</b>	<b>-962.4</b>	<b>-5.8</b>	<b>-647.2</b>	<b>-39.1</b>	<b>-604.9</b>	<b>-41.6</b>	<b>-628.2</b>	<b>-648.7</b>	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										0.0
Ausgaben	-4.2	-11.8	-6.0	-17.7	-3.8	-19.3	3.8	-16.7	-17.7	-14.6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-4.2</b>	<b>-11.8</b>	<b>-6.0</b>	<b>-17.7</b>	<b>-3.8</b>	<b>-19.3</b>	<b>3.8</b>	<b>-16.7</b>	<b>-17.7</b>	<b>-14.6</b>
Personal (Beschäftigungsumfang)	50.2	51.5	-1.0	50.5	-1.0	50.5	-1.0	50.5	50.5	

**Aufgaben**

- A1 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)  
A2 Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge  
A3 Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen und Beihilfen)  
A4 Durchführung des Kinderzulagengesetzes  
A5 Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Asylbereich (Sozialhilfestopp, Asylgesetzrevision)	2008	7
E2 Einführung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen	2009	7
E3 Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV	2011	7
E4 Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich	laufend	7

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.)	P	521.1	550.0	807.5	865.9	890.5	915.0
W2 Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Fr.)	P	588.5	611.7	113.3	3.3	3.3	3.3
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe	P	20'654	19'200	21'000	21'000	21'000	21'000
L2 Vom Bund zugewiesene Asylbewerber	P	1'681	1'500	1'700	1'700	1'700	1'700
L3 Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich	P	6'784	7'000	5'000	5'000	5'000	5'000
L4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen	P	13'412	13'200	12'600	12'750	12'900	13'000
L5 Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	40'446	41'000	43'000	44'000	45'000	46'000
L6 Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	121	110	105	100	95	95
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %)	P	68	90	90	90	90	90
B2 Auslastungsgrad Soziale Einrichtungen (in %)	P	99	94	94	94	94	94

**Leistungsgruppe 3500 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-647.236
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-17.700

**Budget Leistungsgruppe 3500**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

**Allgemeine Bemerkungen****Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Auswirkungen der NFA sind für das Kantonale Sozialamt bedeutend: Die Beiträge an die Sozialversicherungen des Bundes für die AHV und die IV fallen weg (für P 08 wird noch eine Restzahlung als Anteil des Kantons an Leistungen der IV für das Vorjahr fällig). Der Kanton wird bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV entlastet, muss sich aber vermehrt im Bereich der Betriebs- und Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen beteiligen. Die Budgetierung erfolgt auf der Grundlage der dem Kantonsrat beantragten Gesetzesanpassungen.
- Als Folge der Asylgesetzrevision fallen für die Kantone neue Kosten für vorläufig aufgenommene Personen an.
- Aufgrund des am 26.11.2006 angenommenen Bundesgesetzes über die Familienzulagen ist die kantonale Gesetzgebung anzupassen.

**Indikatoren**

- L 1 und L 2 Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte.
- L 3 Übergang der Zuständigkeit für vorläufig aufgenommene Personen an die Kantone (keine Erfassung mehr in diesem Indikator).
- L 4 Ab P 08 fallen im Indikator die Plätze für Eingliederer (Bundeszuständigkeit) und von anderen Kantonen subventionierte Plätze weg.
- L 5 Steigende Anzahl der Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV infolge Zunahme der Bezügerinnen und Bezüger im IV-Bereich.
- L 6 Zusammenschluss/Aufgabenübertragung im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht (MH06 350001) abgeschlossen.
- Umsetzung Entlastungsprogramm E08: Voraussichtlicher Ausgabenrückgang für Staatsbeitrag (wirtschaftliche Hilfe) und Ausländerfürsorge.

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Ertrag +73.8 Mio. Fr.: Höhere Rückerstattungen für wirtschaftliche Hilfe (+15.7 Mio. Fr.; einmalige Entschädigung des Bundes für Nothilfe) und höhere Beiträge vom Bund an die Zusatzleistungen (NFA; +98.1 Mio. Fr.). Im Asylbereich weniger Bundesbeiträge (-40 Mio. Fr.) infolge Zuständigkeitswechsel für vorläufig aufgenommene Personen und sinkende Zahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden.
- Aufwand +241.4 Mio. Fr.: Wegfall der jährlichen Kantonsbeiträge an die Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV (+498.4 Mio. Fr.), Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe +6.2 Mio. Fr., höhere Zusatzleistungen zur AHV/IV (-22.1 Mio. Fr.); höhere Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (-262.2 Mio. Fr.) sowie Rückgang der Beiträge im Asylbereich (+20.7 Mio. Fr.).

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Infolge NFA mehr Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (-7.6 Mio. Fr.); Verschiebung der Realisierung einer Asylsiedlung um ein Jahr (+1.6 Mio. Fr.).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Eine temporär nicht besetzte Stelle.

**Indikatoren**

- W 1 Höhere Beiträge an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (NFA; Zunahme der Fälle). Höhere Betriebsbeiträge für Behinderteneinrichtungen (NFA). Kosten für vorläufig aufgenommene Personen im Asylbereich.
- W 2 Wegfall der Beiträge an die Sozialversicherungen des Bundes für die AHV und die IV (2008: Einmalige Zahlung an die IV 110.9 Mio. Fr.).
- B 1 Der Auslastungsgrad von 90% ist eine langjährige Zielgrösse. Die effektive Belegung unterliegt grossen Schwankungen. Der Bestand der Asylunterkünfte wird laufend unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen angepasst.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren****Erfolgsrechnung**

- Ertrag +1.4 Mio. Fr.: Höhere Bundesbeiträge an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Zunahme der Anzahl Fälle) und Wegfall der Entschädigung des Bundes für die Gewährung von Nothilfe.
- Aufwand -3.0 Mio. Fr.: Wegfall der Restzahlung an die IV aus dem Jahr 2008 (+110.9 Mio. Fr.). Durch die Annahme des Bundesgesetzes über die Familienzulagen werden erstmalig die voraussichtlichen Kosten für Kinderzulagen an Nichterwerbstätige eingestellt (-30.0 Mio. Fr.). P 08 - P 11 Mehraufwände für Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (-43.3 Mio. Fr., u.a. Zunahme der verfügbaren Plätze), für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-29.4 Mio. Fr., u.a. Zunahme der Anzahl Fälle) und für wirtschaftliche Hilfe (-3.9 Mio. Fr.).

**Investitionsrechnung**

- P 09: Realisierung einer Asylunterkunft.

**Indikatoren**

- W 1 Höhere Zusatzleistungen zur AHV/IV, Betriebsbeiträge für Behinderteneinrichtungen und neue Kosten für Kinderzulagen an Nichterwerbstätige.
- W 2 Ab 2009 Wegfall der einmaligen Zahlung des Kantons an bereits gesprochene Leistungen der IV (+110.9 Mio. Fr.). Ab P 09 lediglich Anteile an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Im Asylbereich weniger Bundesbeiträge (-40 Mio. Fr.) infolge Zuständigkeitswechsel für vorläufig aufgenommene Personen und sinkende Zahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden. Einmalige Entschädigung des Bundes für die Gewährung von Nothilfe. Leicht tiefere Bundesbeiträge an die Zusatzleistungen zur AHV/IV infolge neuer Berechnungen.
- Aufwand: Zusätzlich Zahlung an die IV (-15.9 Mio. Fr.). Rückgang der durchlaufenden Beiträge im Asylbereich; zusätzliche Kosten infolge Zuständigkeitswechsel der vorläufig aufgenommenen Personen (-20.0 Mio. Fr.). Ab P 09 Mehraufwand für Kinderzulagen für Nichterwerbstätige (-30.0 Mio. Fr.). P 08 - P 11 Anpassung der wirtschaftlichen Hilfe an Rechnung 2006; Mehraufwände für Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen (Zunahme der verfügbaren Plätze) und für Zusatzleistungen zur AHV/IV (Zunahme der Anzahl Fälle).

**Investitionsrechnung**

- Anpassung Kosten Investitionsbeiträge an Behinderteneinrichtungen und Verschiebung Realisierung Asylsiedlung (P 08 / P 09).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Eine temporär nicht besetzte Stelle.

**Indikatoren**

- W 1 Vergleiche Erklärungen unter Erfolgsrechnung (Aufwand).
- W 2 Anpassung an NFA-Beschlüsse und Bundesgesetz über die Familienzulagen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	24.8	22.7	-0.0	22.7	-0.3	22.4	-0.4	22.5	22.5	-9.2
Aufwand	-15.5	-16.5	0.1	-16.6	0.1	-16.7	-0.1	-17.0	-17.0	10.2
Saldo	9.3	6.2	0.0	6.1	-0.2	5.7	-0.4	5.5	5.4	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben					-0.6	-0.6	0.6			-0.1
Nettoinvestitionen					-0.6	-0.6	0.6			-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	60.9	65.0	-0.1	65.0	-0.1	65.0	-0.1	65.0	65.0	

**Aufgaben**

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
- A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehresen mit bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter	2011	10
E2 Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter	2011	10

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	P	2'195	2'600	2'600	2'600	2'600	2'600
W2 - in % der erledigten Fälle	P	4.41	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
W3 Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	P	5'366	4'800	5'000	5'000	5'000	5'000
W4 - in % aller Fälle	P	9.74	9.20	9.60	9.60	9.60	9.60
W5 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	P	1'300	1'700	1'500	1'500	1'500	1'500
W6 - in % der erledigten Fälle	P	2.61	3.30	2.80	2.80	2.80	2.80
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl erledigte Straffälle	P	49'737	52'000	52'000	52'000	52'000	52'000
L2 Anzahl Rechtsmittelverfahren	P	47	40	40	40	40	40
L3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	P	4'266	2'000	2'000	5'000	2'000	2'000
L4 Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	P	3'072	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
L5 Anzahl Bussenbezugsmassnahmen	P	94'644	80'000	90'000	90'000	90'000	90'000
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %)	P	71	85	66	66	66	66

**Leistungsgruppe 3600 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) 6.131  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 3600**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
 können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht (E 1) und Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompetenz der Statthalter (E 2): Verschiebung von 2008 auf 2011 (Auswirkungen Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches [NStGB]).

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht (MH06 360001): ab 2006 -0.1 Mio. Fr.
- R 06: Ausserordentlicher Mehrertrag aufgrund staatlichem Einzug von widerrechtlich erlangtem Vermögen (Fr. +3.7 Mio.).

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aufwand: Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg, Beförderungen).

**Indikatoren**

- W 3 Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (inkl. W 4: in % aller Fälle): Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- W 5 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (inkl. W 6: in % der erledigten Fälle): Anpassung Planwert an Erfahrungswerte. Infolge Komplexität der Fälle und damit verbundenem höheren Bearbeitungsaufwand künftig eher längere Erledigungsdauer.
- L 5 Anzahl Bussenbezugsmassnahmen: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte. Wegen nachlassender Zahlungsmoral kommt es zu mehr Mahnungen, Betreibungen, Haftumwandlungen etc. und dadurch zu einem entsprechenden Mehraufwand.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag (P 09): Rückgang der Bussenerträge wegen weniger Verzeigungen.
- Aufwand: Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben (Teuerungsausgleich und Beförderungen).

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Verschiebung Hardware-Ersatz von P 10 auf P 09 um Nutzen aus einer koordinierten Beschaffung mit anderen Ämtern ziehen zu können (-0.6 Mio. Fr.).

**Indikatoren**

- L 3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise: In P 09 sind rund 3'000 Invalidenbegleitkarten enthalten, welche nur alle 4 Jahre neu ausgestellt werden.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Rückgang der Bussenerträge wegen weniger Verzeigungen.

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Verschiebung Hardware-Ersatz von P 10 auf P 09 um Nutzen aus einer koordinierten Beschaffung mit anderen Ämtern ziehen zu können (-0.6 Mio. Fr.).

**Indikatoren**

- W 3 Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (inkl. W 4: in % aller Fälle): Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte.
- W 5 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (inkl. W 6: in % der erledigten Fälle): Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte. Infolge Komplexität der Fälle und damit verbundenem höheren Bearbeitungsaufwand künftig eher längere Erledigungsdauer als R 06.
- L 5 Anzahl Bussenbezugsmassnahmen: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- B 1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht: Die in die Indikatoren-Berechnung einflussenden Leistungen wurden ab April 2006 neu definiert. Deshalb ist der Indikatorwert des Budgets 2007 mit dem Rechnungswert 2006 und den Planwerten nur noch bedingt vergleichbar. Für das Budget 2007 und die Planwerte P 08 - P 11 ergibt sich nach neuer Berechnungsmethode ein Wert von 66 %.





## **6. Fonds**

**3910 Sportfonds**

**3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	18.1	15.0	2.7	17.9	2.8	17.9	2.8	18.0	18.0	-0.5
- Toto/Loto	14.9	12.5	2.5	15.0	2.5	15.0	2.5	15.0	15.0	
- Zinsen	2.5	2.5	0.2	2.7	0.3	2.8	0.3	2.9	3.0	
- Entnahme Bestandeskonto										
Aufwand	-18.1	-15.0	-2.7	-17.9	-2.8	-17.9	-2.8	-18.0	-18.0	-0.5
- Betriebsbeiträge	-5.3	-6.0	-1.6	-7.6	-1.6	-7.6	-1.6	-7.6	-7.6	
- Einlage in Bestandeskonto	-5.5	-1.0	-1.4	-2.6	-1.3	-1.8	-0.8	-2.1	-1.7	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen		1.0	-1.0		-1.0		-1.0			0.2
Ausgaben	-3.5	-8.2	-0.9	-7.5	-1.5	-7.6	-0.3	-7.2	-6.7	-6.8
- Investitionsbeiträge	-2.8	-3.9	-0.3	-4.2	-0.3	-6.2	-0.3	-6.2	-6.2	-4.9
Nettoinvestitionen	-3.5	-7.2	-1.9	-7.5	-2.5	-7.6	-1.3	-7.2	-6.7	-6.6
Fondsbestand	71.4	72.4	6.9	75.0	8.1	76.8	9.0	78.9	80.6	0.0

**Aufgaben**

A1 Einsatz/Verwendung der kantonalen SWISSLOS / Sport-Toto-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzlerberg)

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.  
bis

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 3910	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-7.500

Budget	Fonds 3910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Umsetzung "Sportkonzept Regierungsrat" überwiegend aus Sport-Toto Geldern (Sportfonds).
- Auftragsverhältnis mit Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS): Antragstellung für die Verwendung der dem Verband zugewiesenen Gelder (Verbandsanteil) und für die Unterstützung von Sportanlagen von Gemeinden sowie Führung des Sportzentrums Kerenzerberg.

**Indikatoren**

- Vor allem aufgrund Auftragsverhältnis mit dem ZKS im Bereich Sport-Toto-Gelder wird auf Indikatoren verzichtet.

**Sonstige Bemerkungen**

- Verfügbarkeit des Sportfonds: Für das Sportzentrum Kerenzerberg sind insgesamt Fr. 15 Mio. Mindestreserven für Erneuerung und Unterhalt reserviert.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Markanter Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil des Reingewinnes zur Folge (+2.5 Mio. Fr., Umsatzsteigerung), der höhere Fondsbestand gegenüber KEF-Vorjahr hat höhere Zinsen zur Folge (+0.2 Mio. Fr.), Umbuchung von Projektierungskosten (+0.2 Mio. Fr.).
- Aufwand: Mehrertragsbedingte höhere Einlage in Bestandeskonto (-1.7 Mio. Fr.), höherer Betriebsbeitrag an ZKS (-1.6 Mio. Fr.), weniger Sachaufwand (+0.2 Mio. Fr.), Abschreibungen und Zinsen (+0.2 Mio. Fr.).

**Investitionsrechnung**

- Einnahmen: Verlängerung Rückzahlungsfrist (Darlehen).
- Ausgaben: Weniger Erneuerungsunterhalt an den Gebäuden im Sportzentrum Kerenzerberg (+1 Mio. Fr.) und mehr Investitionsbeiträge an Sportbauten Dritter (-0.3 Mio. Fr.).

**Fondsbestand**

- Der markante Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil und somit einen höhere Fondsbestand zur Folge.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Weniger Erneuerungsunterhalt an den Gebäuden im Sportzentrum Kerenzerberg (P 10: +0.4, P 11: +0.5).

**Fondsbestand**

- Der markante Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil und somit einen höhere Fondsbestand zur Folge.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Markanter Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil des Reingewinnes zur Folge (P 08 bis P 10: +2.5 Mio. Fr., Umsatzsteigerung), der höhere Fondsbestand gegenüber KEF-Vorjahr hat höhere Zinsen zur Folge (P 08: +0.2 Mio. Fr., P 09 und P 10: +0.3 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höherer Betriebsbeitrag an ZKS (P 08 bis P 10: -1.6 Mio. Fr.), höhere Fondseinlagen gegenüber KEF Vorjahr infolge Umsatzsteigerung bei der SWISSLOS (P 08: -1.4 Mio. Fr., P 09: -1.3 Mio. Fr., P 10: -0.8 Mio. Fr.).

**Investitionsrechnung**

- Einnahmen: Verlängerung Rückzahlungsfrist (Darlehen).
- Ausgaben: Sportzentrum Kerenzerberg SZK (Verzögerung Schadstoffsanierung: P 08 -0.6 Mio. Fr., P 09 -0.7 Mio. Fr.; Sanierung Schiessanlage: P 08 -0.5 Mio. Fr.), Hotel Top of Sports und SZK (Verzögerung der Heizungssanierungen: P 08 +0.5 Mio. Fr., P 09 -0.5 Mio. Fr.), Anhebung der Beitragszahlungen an Gemeinden und Private (ab P 08 -0.3 Mio. Fr.).

**Fondsbestand**

- Der markante Mehrertrag der SWISSLOS hat einen höheren Kantonsanteil und somit einen höhere Fondsbestand zur Folge.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	4.3	4.3	0.0	4.3	0.0	4.3	0.0	4.3	4.3	0.5
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.2	4.2	0.0	4.2	0.0	4.2	0.0	4.2	4.2	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
- Zinsen aus Bestandeskonto	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	
<b>Aufwand</b>	<b>-4.3</b>	<b>-4.3</b>	<b>-0.0</b>	<b>-4.3</b>	<b>-0.0</b>	<b>-4.3</b>	<b>-0.0</b>	<b>-4.3</b>	<b>-4.3</b>	<b>0.5</b>
- Betriebsbeiträge	-2.1	-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.2	
- Einlage in Bestandeskonto	-0.4	-0.3	-0.0	-0.3	-0.0	-0.3	-0.0	-0.3	-0.3	
- Übertrag an GD/Prävention	-1.8	-1.8	0.0	-1.8	0.0	-1.8	0.0	-1.8	-1.8	
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>								

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand	2.2	2.4	0.2	2.7	0.2	3.0	0.2	3.3	3.7	0.0

**Aufgaben**

A1 Der Fonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche, eigene und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an Laufende Rechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Durchschnittliche Erfolgsquote	P						
<b>Leistungen</b>							
L1 Kosten pro Fall	P						
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Optimierung der finanziellen Mittel	P						

Fonds 3920	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 3920
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Nach der Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrages aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind zur Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden.

**Indikatoren**

- Die Leistungserfassung und Qualitätsüberprüfung der Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich soll ausgebaut werden. Ein Behandlungskonzept wird Aussagen bezüglich Wirkungen, Leistungen und Wirtschaftlichkeit und eine Optimierung der finanziellen Mittel ermöglichen. Erstmalige Anwendung voraussichtlich 2009.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Fondsbestand**

- Der Fondsbestand nimmt zu und kann damit aussergewöhnliche Schwankungen auffangen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Mit gleichbleibenden Ausgaben soll der Fondsbestand gewährleistet bleiben.

**Fondsbestand**

- Der Fondsbestand soll aussergewöhnliche Schwankungen auffangen können.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---



## 7. Projekte

### **Amt für Militär und Zivilschutz**

- Projekt-Nr. 3400.001: Bevölkerungsschutz
- Projekt-Nr. 3400.002: Waffenplatz

### **Kantonspolizei**

- Projekt-Nr. 3100.001: Ersatz Funknetz (POLYCOM)
- Projekt-Nr. 3100.002: Polizeigesetz (PolG)



<b>Projekt-Nr.</b> <b>3400.001</b>	<b>Bevölkerungsschutz</b>
---------------------------------------	---------------------------

**Sicherheitsdirektion / Amt für Militär und Zivilschutz****Kurzumschreibung Projekt**

Umsetzung Konzept Bevölkerungsschutz Kanton Zürich / Reorganisation Zivilschutz.

**Wirkungsziel:**

Zusammenarbeit der Partnerorganisationen institutionalisieren, Zivilschutzorganisationen reorganisieren.

**Leistungsziel:**

Klare Führungsstruktur auf allen Stufen, Abstimmung der Partnerorganisationen und Mittel auf kantonale / kommunale Bedürfnisse.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.20	-0.05	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-1.80	-0.50	-0.30	-0.25	0	0	0

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	jährlich 1)	0.10	0.10	0.10	0.10	0.10	0.10
Netto-Investitionen		0.20	0.20	0.10	0.10	0.10	0.10

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3400.001**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Beginn Umsetzungsmaßnahmen Kanton / Gemeinden.
2007	- Inkraftsetzung kantonaler Rechtserlasse.
2008	- Abschluss der Reorganisation.

**Bemerkungen**

Mitte 2005: Wechsel der Koordinationsstelle für Gesamtverteidigung zur KAPO.

1) Nach Abschluss der Reorganisationsphase ist mit Entlastungen des Staatshaushaltes zu rechnen ( ab 2008); Umfang ca. 15 % der bisherigen Aufwendungen.



<b>Projekt-Nr.</b> 3400.002	<b>Waffenplatz</b>						
<b>Sicherheitsdirektion / Amt für Militär und Zivilschutz</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Vorbereitung / Vollzug der Übertragung des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Übertrag des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Vollständige Abgeltung / Übernahme der Aufwendungen (Investitionen / Betrieb) des Kantons durch den Bund.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-0.25 1)		-0.10	-0.10	-0.05	0	0
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	jährlich 2)				5.20	5.20	5.20
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3400.002</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
	- Klärung der kurzfristigen Nutzung durch den Bund (Armee XXI).						
Sept. 2003	- Aufnahme konkreter Verhandlungen mit dem Bund.						
Jan. 2004	- Festlegung eines gemeinsamen Zeitplans mit dem Bund.						
Ende 2005	- Vorlage einer Lösungsvariante.						
April 2008	- Detailverhandlungen Lösungsvariante Umsetzungskonzept bis 30. April 2008.						
Sept. 2008	- Vertragsabschluss bis 30. Sept. 2008.						
Jan. 2009	- Inkrafttreten des neuen Vertrages.						
<b>Bemerkungen</b>							
1) Anwalt, Schätzungen, Vermessungs- und Grundbucharbeiten, u.a.m.							
2) Die Höhe der zukünftigen Saldoverbesserung ist aufgrund des aktuellen Projektstands noch nicht abschliessend bezifferbar.							
=> San04.141 Übertrag Waffenplatz Reppischtal an den Bund.							



<b>Projekt-Nr. 3100.001</b>	<b>Ersatz Funknetz (POLYCOM)</b>
---------------------------------	----------------------------------

**Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei****Kurzumschreibung Projekt**

Das im Jahr 2000 in Betrieb genommene Funknetz der Kantonspolizei Zürich muss 2008 ersetzt werden, da der Lieferant die Wartung und die Ersatzteillieferung auf diesen Zeitpunkt einstellt. In Anbetracht der Tatsache, dass auf Bundesebene das "Sicherheitsnetz Funk der Schweiz (POLYCOM)" im Aufbau begriffen ist, ist es sinnvoll, die gleiche Technologie zu wählen und das "Teilnetz Zürich" in POLYCOM zu integrieren.

**Wirkungsziel:**

Sicherstellen der Kommunikation zu den und zwischen polizeilichen Einsatzkräften und zu den Partnerorganisationen (Sanität, Feuerwehr, REGA, etc.)

Integration in das "Sicherheitsnetz Funk der Schweiz"

**Leistungsziel:**

Aufbau des Teilnetzes Zürich

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	- 27,2	- 6,0	- 14,0	- 13,7	+6,5		

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	- 1,5				- 1,5	- 1,5	- 1,5
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.001**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Projektierung (durch Amt für Militär und Zivilschutz) abgeschlossen / Grundlagen für Realisierung - RRB vorhanden
2006	- Detailprojektierung abgeschlossen, Submissionsgrundlage (Mengengerüst, etc.) vorhanden / Realisierungsentscheid RRB 1682/06 POLYCOM Basis-Infrastruktur: Objektkredit Fr. 33,5 Mio.
2007	- Submission / Vergabe restl. Infrastruktur
2009	- Systemabnahme / Operative Inbetriebnahme
2010	- Gewährleistung abgeschlossen / Projektabschluss

**Bemerkungen**

Die Gesamtinvestitionen inkl. Kapo-Funkgeräte werden auf 41,2 Mio. Franken, verteilt über die Jahre 2006 bis 2009 veranschlagt. 2009 ist mit einem Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Franken an die Infrastrukturkosten (ca. 50 %) zu rechnen. Der Bund hat Leistungen im Umfang von 12,8 Mio. Franken bereits erbracht.

Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt beinhalten die für den gesamten Kanton (alle Direktionen) zu erwartenden wiederkehrenden Kosten, unter der Voraussetzung, dass der Unterhalt extern vergeben wird (ab 2009).



<b>Projekt-Nr.</b> <b>3100.002</b>	<b>Polizeigesetz (PolG)</b>
---------------------------------------	-----------------------------

**Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei****Kurzumschreibung Projekt**

Schaffung eines Polizeigesetzes. Das Polizeigesetz bestimmt, nach welchen Grundsätzen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln die polizeilichen Aufgaben zu erfüllen sind.

**Wirkungsziel:**

Moderne und klare gesetzliche Grundlage für das kantonale Polizeirecht.

**Leistungsziel:**

Gesetzesvorlage.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.002**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
Juli 2005	- Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf (Frist bis 31. Oktober 2005)
2. Quartal 2006	- Antrag DS an den RR
Frühjahr 2007	- Verabschiedung durch Kantonsrat - Volksabstimmung ausstehend, anschliessend Erarbeitung der (genehmigungspflichtigen) Verordnung

**Bemerkungen**

Am 3. September 2003 hat der Regierungsrat das Konzept für die Schaffung eines Polizeigesetzes verabschiedet (RRB 1284/2003). Antrag des Regierungsrates vom 5. Juli 2006.

Zusammenhang zum POG: Das POG regelt, wer im Kanton für welche polizeilichen Aufgaben zuständig ist.



## Finanzdirektion

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Personal
- 2.3 Aufgaben
  - 2.3.1 Planungs- und Steuerungsaufgaben
  - 2.3.2 Interne Dienstleistungen
  - 2.3.3 Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung
- 2.4 Umfeldentwicklung

#### 3. Strategische Zielsetzungen

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.3.1 Übersicht
  - 4.3.2 Amtsstellen der Finanzdirektion
  - 4.3.3 Finanzielle Leistungsgruppen
  - 4.3.4 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Die strategischen Ziele der Finanzdirektion wurden vollständig überarbeitet. Neu werden die strategischen Ziele für die Legislaturperiode 2007-2011 ausgewiesen.

### 1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011
<b>Saldo Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	5'527	5'801	6'169	-
KEF 2008-2011	5'711	5'864	6'115	6'380
Veränderung	+184	+63	-54	-
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-22	-21	-18	-
KEF 2008-2011	-23	-42	-22	-13
Veränderung	-1	-21	-4	-

#### Erfolgsrechnung

Gegenüber dem KEF Vorjahr hat sich der Saldo der Erfolgsrechnung für die Jahre 2008 (+183 Mio.) und 2009 (+63 Mio.) verbessert, für das Jahr 2010 um 54 Mio. verschlechtert. Wichtigste Ursachen:

- Verschlechterung bei den Steuererträgen von 25 Mio. (2008), 108 (2009) und 144 Mio. (2010): Im KEF Vorjahr wurde für die Staatssteuern ein Steuerfuss von 105% angenommen, im vorliegenden KEF ein Steuerfuss von 100%. Die entsprechenden Verschlechterungen wurden durch bessere Steuerprognosen teilweise kompensiert.
- Jährliche Verbesserung von rund 135 Mio. beim Kapital- und Zinsendienst Staat: Höherer Anteil am Gewinn der Zürcher Kantonalbank, höhere Zinserträge, niedrigerer Zinsaufwand.
- Verschlechterung des Saldos des Jahres 2010 wegen Wegfall eines zentral eingestellten Minderaufwands von 100 Mio. für die Lohnentwicklung. Entsprechende Verbesserung in den Direktionen, deshalb für den Staatshaushalt saldoneutral.
- Verbesserung beim interkantonalen Lastenausgleich von 27 bis 40 Mio. pro Jahr wegen definitiver Berechnung des Ressourcenausgleichs.

#### Investitionsrechnung

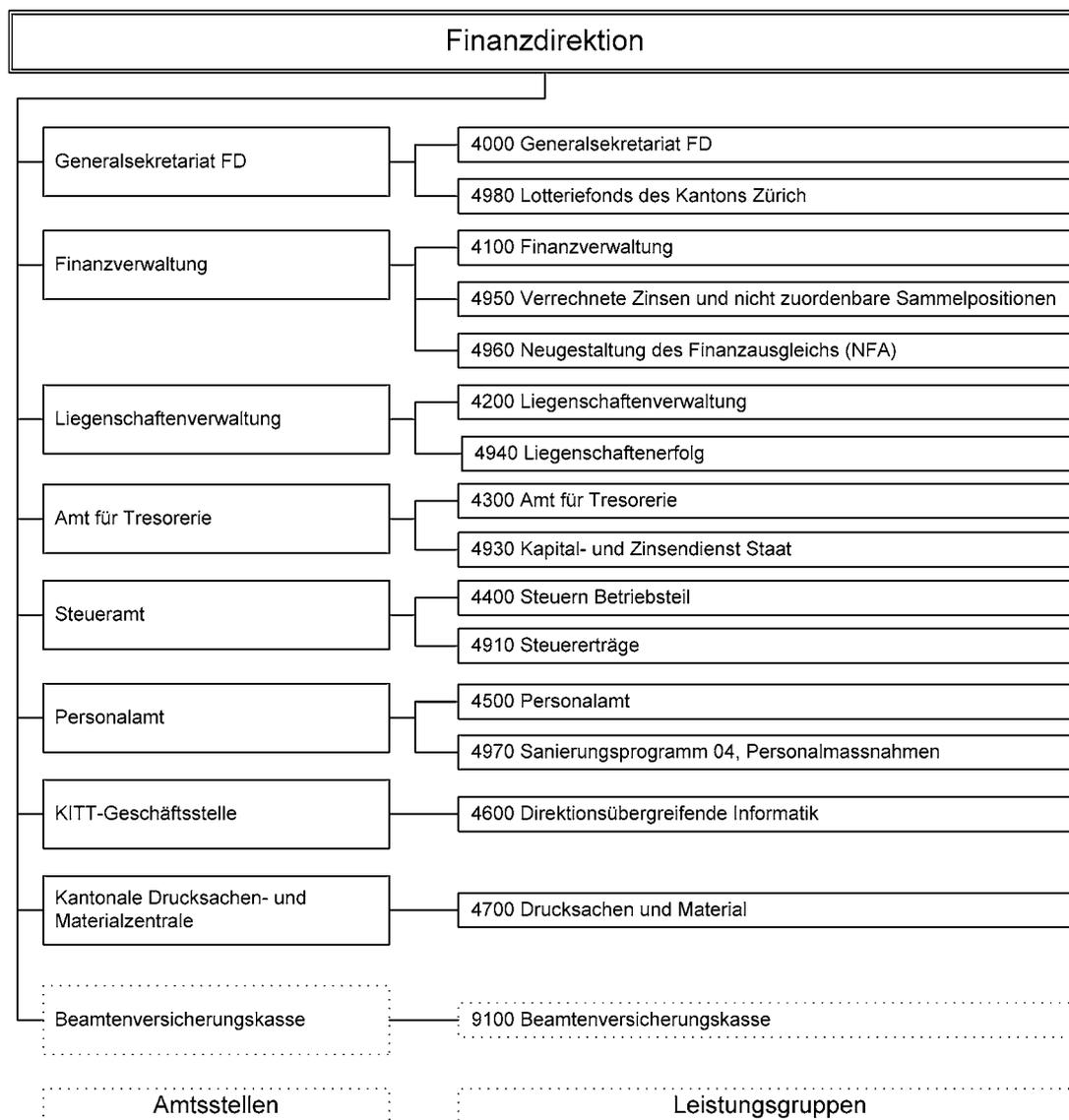
Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2009 verdoppeln sich von 21 Mio. auf 42 Mio. Wichtigste Ursache:

- Darlehen von 20 Mio. für die MCH Messe Schweiz (Holding) AG.



## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

### 2.1 Organigramm



### 2.2 Personal

In der Finanzdirektion arbeiten insgesamt rund 900 Angestellte, verteilt auf rund 790 Stellen (Stand Dezember 2006). Die Grösse der Ämter ist sehr unterschiedlich und variiert vom Steueramt mit ungefähr 730 Angestellten bis zum Amt für Tresorerie mit 4 Angestellten. Der Stellenabbau im Steueramt infolge des Sanierungsprogramms 04 wird 2009 abgeschlossen sein.

### 2.3 Aufgaben

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben subsumieren. Die Dienstleistungen der Finanzdirektion kommen – mit Ausnahmen – nicht direkt, son-



dem höchstens indirekt der Bevölkerung zu, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben (2.3.1) sowie interne Dienstleistungen (2.3.2) unterteilen. Eigentliche Aufgaben mit Aussenbeziehungen, d.h. mit einem direkten Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen, bestehen vorwiegend bei der Aufgabenerfüllung des Steueramtes (2.3.3).

### 2.3.1 Planungs- und Steuerungsaufgaben

Diese Aufgaben sind für den Kanton von strategischer Bedeutung. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Aufbengruppen:

#### Finanzen

- Finanzcontrollerdienst für den Regierungsrat, Vorbereitung von finanzpolitischen Entscheiden des Regierungsrates und Unterstützung bei der Zielerreichung

#### Personal

- Umsetzung Personalmanagement-Strategie mit den Hauptstossrichtungen Führung, Personalentwicklung und Stärkung der Personalbereiche sowie Personalcontrolling für den Regierungsrat

#### Informatik

- Weiterentwickeln und Überwachen der Informatikstrategie, Informatikcontrolleraufgaben

#### Liegenschaften

- Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs und der strategischen Bewirtschaftung

### 2.3.2 Interne Dienstleistungen

Bei diesen Aufgaben handelt es sich um operative Tätigkeiten. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Aufgaben:

#### Finanzen

- Organisation eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
- Buchungszentrum und Kompetenzzentrum SAP

#### Personal

- Lohnadministration
- Personalentwicklung
- Aus- und Weiterbildung
- Personalcontrolling
- Interne Personaldienstleistungen für FD-Amtsstellen
- Rechtsberatung
- Berufliche Vorsorge

#### Vermögensverwaltung

- Bewirtschaftung der Kapitalanlagen der BVK
- Staatliche Mittelaufnahme, -bewirtschaftung und Cash Management

#### Direktionsübergreifende Informatik

- Betriebskoordination Datennetzwerk (LEUnet)
- Verzeichnisdienst ZHdirectory
- Active Directory Service

#### Beschaffung

- Beschaffung und Vertrieb von administrativen Sachmitteln
- Versicherungsdienste
- Abschluss und Verwaltung von Versicherungsverträgen
- Bearbeitung von versicherten Schäden und Staatshaftungsfällen

#### Liegenschaften

- Beschaffung von Räumen für staatliche Leistungserbringer



### 2.3.3 Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung

Das Steueramt ist praktisch die einzige Amtsstelle, die intensiven Bürgerkontakt hat. Im Steueramt werden die direkten Steuern von Bund und Kanton (inkl. Erbschafts- und Quellensteuern) veranlagt und bezogen. Insgesamt handelt es sich um über 800'000 Steuerpflichtige mit jährlichen Steuererträgen von über 5 Milliarden Franken. Das Steueramt hat die Software Private Tax weiterentwickelt und den Internetauftritt überarbeitet. Viele Formulare und Weisungen sind online verfügbar und die Software Private Tax kann heruntergeladen werden.

## 2.4 Umfeldentwicklung

Die Arbeit der Finanzdirektion wird insbesondere geprägt durch

- divergierende Vorstellungen über die Aufgaben und Leistungen des Staates im Spannungsfeld der Haushaltssanierung
- den verstärkten Standortwettbewerb (zwischen den Kantonen und mit dem Ausland)
- die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- den Druck zur Senkung der Steuerbelastung
- höhere Ansprüche an die Informationen der Controllerdienste
- den höheren Leistungsdruck beim Personal
- die Auslagerung von Aufgaben, die nicht zum Kerngeschäft gehören (z.B. Beamtenversicherungskasse)



### 3. Strategische Zielsetzungen

Die Ziele 1 bis 5 gehen direkt aus den Legislaturzielen des Regierungsrates hervor. Die Ziele 6 bis 9 sind die Legislaturziele der Finanzdirektion.

#### **Ziel 1. Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen (Legislaturziel 2 des Regierungsrates).**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Die Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4100 Finanzverwaltung

#### **Ziel 2. Das Standortmarketing verstärken (Legislaturziel 3 des Regierungsrates).**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4400 Steuern Betriebsteil

#### **Ziel 3. Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken (Legislaturziel 4 des Regierungsrates).**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Eine Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4400 Steuern Betriebsteil

#### **Ziel 4. Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern (Legislaturziel 6 des Regierungsrates).**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten.
- Personalmanagementstrategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen.
- Die Informatik der kantonalen Verwaltung gemäss der neu zu erarbeitenden Informatikstrategie ausrichten und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung (insbesondere für die Informatiksicherheit und die elektronische Dokumentenverwaltung) schaffen.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4500 Personalamt
- 4600 Direktionsübergreifende Informatik

#### **Ziel 5. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinbaren (Legislaturziel 12 des Regierungsrates).**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen.



- Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung für kantonale Angestellte koordinieren.
- Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern.
- Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4400 Steuern Betriebsteil
- 4500 Personalamt

**Ziel 6. Zentrales Steuerregister bereitstellen, Informationsqualität gegen aussen und innen verbessern.**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo, vgl. Projekt Nr. 4400/01.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4400 Steuern Betriebsteil

**Ziel 7. Das kantonale Beschaffungswesen optimieren.**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Lieferantenmanagement aufbauen.
- Verschiedene Pilotprojekte aufbauen und realisieren.
- Beschaffungsprozesse verbessern und ein Prototyp einer Portal-Lösung erstellen.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4700 Drucksachen und Material

**Ziel 8. Die dezentrale Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln überprüfen.**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Regierungsratsbeschluss betreffend Auftrag an die Finanzdirektion zur Überprüfung der dezentralen Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln erwirken.
- Auftrag an externen Experten durch die Finanzdirektion erteilen.
- Regierungsratsbeschluss betreffend Inkraftsetzung der neuen (zentralen) Organisationsstruktur erwirken.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 4000 Generalsekretariat FD

**Ziel 9. Die Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bis 1. Januar 2011 verselbständigen.**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Verordnung über die Wahl des ersten Stiftungsrates der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich erlassen.
- Fusionsvertrag mit der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich abschliessen.
- Regierungsratsbeschluss über den Vollzug der Verselbständigung erwirken.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 9100 Beamtenversicherungskasse



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
ZüriPrimo, 12 Realisierungseinheiten *	-126.7	2004	2004 ff.	2004-2015

\* Vgl. Projekt 4400/01.

### 4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Total Nettoinvestitionen	-0.5	-3.4	-6.6	-22.4	-2.5	-2.9

### 4.3 Finanzielle Entwicklung Direktion

#### 4.3.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	6'229.9	6'277.3	6'906.5	7'089.2	7'296.5	7'524.3
Aufwand	-697.2	-732.7	-1'196.0	-1'224.9	-1'181.3	-1'144.5
Saldo	5'532.7	5'544.6	5'710.5	5'864.3	6'115.2	6'379.8
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	1.0	0.0	0.2	0.4	0.4	0.7
Ausgaben	-21.9	-24.7	-23.2	-42.1	-22.5	-13.9
Nettoinvestitionen	-20.8	-24.7	-23.0	-41.7	-22.1	-13.2

#### 4.3.2 Amtsstellen der Finanzdirektion

Die Finanzdirektion wird betragsmässig durch die finanziellen Leistungsgruppen 4910 bis 4970 dominiert. Die Ziffern 4.3.2 und 4.2.3 zeigen die finanzielle Entwicklung der Amtsstellen der Finanzdirektion einerseits und jene der finanziellen Leistungsgruppen andererseits.



(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	55.7	54.4	58.0	55.5	56.9	58.5
Aufwand	-223.5	-235.9	-234.0	-240.1	-245.9	-250.7
Saldo	-167.8	-181.5	-176.0	-184.6	-189.1	-191.2
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	0.0	0.0	0.2	0.4	0.4	0.7
Ausgaben	-20.9	-24.7	-21.2	-22.1	-22.5	-13.9
Saldo	-20.8	-24.7	-21.0	-21.7	-22.1	-13.2

In der Erfolgsrechnung der Amtsstellen sinkt der Saldo 2008 um 5.5 Mio. gegenüber dem Budget 2007. In den weiteren Planjahren steigt der Saldo auf 191 Mio. (2011) an.

Die Nettoinvestitionen der Amtsstellen liegen in den Jahren 2008-2010 jeweils zwischen 21-23 Mio. und sinken 2011 auf rund 13 Mio. Franken.

#### 4.3.3 Finanzielle Leistungsgruppen

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
4910 Steuern (Nettoerträge)	5'289	5'376	5'725	5'906	6'134	6'369
- Staatssteuern	4'256	4'426	4'771	4'950	5'176	5'409
- Direkte Bundessteuern	645	543	525	525	525	525
- Erbschafts- und Schenkungssteuern	211	219	190	190	190	190
- Quellensteuern	144	162	170	170	170	170
- Verrechnungssteuern	34	25	69	71	73	75
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	239	175	378	360	358	372
4940 Liegenschaftenerfolg	7	20	28	10	12	11
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	171	157	190	214	246	272
4960 Interkantonaler Finanzausgleich	0	0	-433	-439	-446	-452
4970 Sanierungsprogramme Personalmassnahmen	-5	-1	-1	-1	-1	-1
Saldo finanzielle Grössen	5'700	5'726	5'887	6'049	6'304	6'572

#### 4.3.4 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der gesamten Finanzdirektion mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	629.1	926.8	+10.0%	+14.8%
Aufwand	-463.2	-454.0	-63.2%	-62.0%
Saldo	+165.9	+472.9	+3.0%	+8.5%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	0.2	0.4	>+100.0%	>+100.0%
Ausgaben	1.6	-0.7	+6.3%	-2.9%
Nettoinvestitionen	1.7	-0.3	+7.0%	-1.2%

### Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

#### Erfolgsrechnung

Ertrag steigt um 629 Mio. Franken oder 10%. Ursachen:

+346 Bruttostaatssteuererträge, davon

- +227 Laufende Steuerperiode infolge Wirtschaftswachstum,
- +112 Nachträge für frühere Steuerperioden,
- +7 Übrige Erträge.

+211 Einführung NFA, davon

- +93 Soziodemografischer Lastenausgleich,
- +93 Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank,
- +43 Verrechnungssteuern,
- -18 Direkte Bundessteuern.

+50 Gewinnanteil der Zürcher Kantonalbank.

+37 Zinsertrag Kapital- und Zinsendienst Staat.

-29 Ertrag aus Erbschafts- und Schenkungssteuern.

+14 Übriger Ertrag.

Aufwand steigt um 463 Mio. Franken oder 63.2%. Ursachen:

-526 Einführung NFA, davon

- -506 Ressourcenausgleich,
- -21 Härteausgleich.

+27 Zentral eingestellter Aufwand (2007: Lohn, 2008: Abschreibungen).

+24 Zinsaufwand und Kapitalbeschaffung Kapital- und Zinsendienst Staat.

+12 Übriger Aufwand.

#### Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen sinken 2007 um 1.7 Mio. Franken oder 7%.

### Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

#### Erfolgsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Ertrag durchschnittlich um 927 Mio. oder 14.8% über dem Niveau des Budgets 2007. Ursachen:

+629 Höherer Ertrag 2008 gegenüber 2007 (vgl. Begründung oben),

+305 Zusätzlicher Mehrertrag 2009 bis 2011 aus Staatssteuern für laufende Steuerperioden,



-7 Übriger Minderertrag.

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Aufwand durchschnittlich um 454 Mio. oder 62% über dem Niveau des Budgets 2007. Ursachen:

-463 Höherer Aufwand 2008 gegenüber 2007 (vgl. Begründung oben),

+9 Übriger Minderaufwand 2009 bis 2011.

### **Investitionsrechnung**

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Finanzdirektion durchschnittlich praktisch gleich viel wie im Jahr 2007 (-0.3 Mio. oder -1.2%).



## **5. Leistungsgruppen**

**4000 Generalsekretariat FD**

**4100 Finanzverwaltung**

**4200 Liegenschaftenverwaltung**

**4300 Amt für Tresorerie**

**4400 Steuern Betriebsteil**

**4500 Personalamt**

**4600 Direktionsübergreifende Informatik**

**4700 Drucksachen und Material**

**4910 Steuererträge**

**4930 Kapital- und Zinsendienst Staat**

**4940 Liegenschaftenerfolg**

**4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen**

**4960 Interkantonaler Finanzausgleich**



**4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	3.0	1.0	4.1	5.0	0.1	1.0	0.1	1.0	1.0	-67.5
- Übertrag aus Lotteriefonds	0.4	0.4		0.1		0.4		0.4	0.4	
- Regalien	2.1	0.3		0.3		0.3		0.3	0.3	
- Ertrag aus Erbanfällen	0.3	0.2		4.3		0.2		0.2	0.2	
<b>Aufwand</b>	<b>-3.6</b>	<b>-3.8</b>	<b>0.0</b>	<b>-3.8</b>	<b>0.1</b>	<b>-3.7</b>	<b>0.1</b>	<b>-3.9</b>	<b>-3.9</b>	<b>7.1</b>
- Versicherungsprämien	-1.0	-1.3		-1.2		-1.2		-1.3	-1.3	
<b>Saldo</b>	<b>-0.6</b>	<b>-2.8</b>	<b>4.1</b>	<b>1.2</b>	<b>0.2</b>	<b>-2.8</b>	<b>0.2</b>	<b>-2.9</b>	<b>-2.9</b>	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen										
Ausgaben										
<b>Nettoinvestitionen</b>										
Personal (Beschäftigungsumfang)	10.9	11.5	-1.0	10.5	-1.0	10.5	-1.0	10.5	10.5	

**Aufgaben**

- A1 Stabsdienste: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.
- A2 Div. eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.
- A3 Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.
- A4 Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit Direktionsvorsteher mit Unterstützung GS (vgl. A1)	min.	sehr gut	gut	gut	gut	gut	gut
W2 Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0%	10%	10%	10%	10%	10%
W3 Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0%	1%	1%	1%	1%	1%
<b>Leistungen</b>							
L1 Arbeitsstunden für Unterstützung des Direktionsvorstehers (vgl. A1)	P	5067	5000	5100	5100	5100	5100
L2 Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	192	170	180	180	180	180
L3 Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1785	1800	1800	1800	1800	1800
L4 Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse (vgl. A2)	P	18	10	14	14	14	14
L5 Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	2	15	4	10	10	10
L6 Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	18	22	18	18	18	18
L7 Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	37	45	42	42	42	42
L8 Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	182	135	150	150	150	150
L9 Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	35	25	25	25	25	25
L10 Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	424	470	410	430	440	420
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	30	27	29	29	29	29
B2 Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	9	8	9	9	10	10
B3 Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0.59	1	1	1	1	1

Leistungsgruppe 4000	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	1.226
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.
- Bei der durchschnittlichen Anzahl Stunden pro (nicht) versicherten Haftpflichtfall werden für Prozesse aufgewendete Stunden nicht mitgezählt.
- Unter „Aufwand für Versicherungen“ wird der Beschaffungs-, Vollzugs- und Informationsaufwand für Versicherungen (verrechnete Personalkosten sowie Anteil Strukturkosten) verstanden. Dies entspricht etwa dem, was Broker durch die Courtage decken müssen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +4.0 Gegenüber dem Budget 2007 wurden für das Jahr 2008 auf Grund des Entlastungsprogramms E08 bei den Erbfällen zusätzliche Erträge eingestellt. Es wird damit gerechnet, dass 2008 ein zusätzlicher grösserer Erbfall abgeschlossen werden kann.
- +0.01 MH06-Massnahme 400003 (Sicherstellung von Staatsbeiträgen).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Aushilfen und Praktikanten waren im Beschäftigungsumfang 2007 fälschlicherweise enthalten, ab 2008 nicht mehr (0.7 Stellen).
- Reduktion Arbeitszeit (0.2 Stellen).
- MH06-Massnahme 400003 (Sicherstellung von Staatsbeiträgen): Reduktion um 0.1 Stelle (von 0.1 Stelle im Jahr 2007 auf 0.2 Stellen im Jahr 2008).

**Indikatoren**

- Die Indikatorenwerte für das Jahr 2008 wurden u.a. auf Grund der Erkenntnisse der Rechnung 2006 aktualisiert. Die Werte für das Jahr 2007 basieren auf älteren Schätzungen.
- L10: Veränderung eingegangener Gesuche Lotteriefonds, vgl. Lotteriefonds des Kantons Zürich (Leistungsgruppe Nr. 4980).

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Für die Jahre 2010 und 2011 wird mit höheren Sachversicherungsprämien gerechnet.
- Anders als im Jahr 2008 wird für die weiteren Planjahre mit moderaten Erträgen aus Erbfällen gerechnet (0.2 Mio. pro Jahr).

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Vgl. Begründung unter "Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr (oben).

**Indikatoren**

- Die Indikatorenwerte wurden u.a. auf Grund der Erkenntnisse der Rechnung 2006 aktualisiert.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.3	1.3	0.3	1.5	0.3	1.5	0.3	1.5	1.5	16.1
- Interne Verrechnungen Dienstleistungen	0.7	1.0	0.5	1.5	0.5	1.5	0.5	1.5	1.5	
Aufwand	-8.8	-9.8	-0.5	-9.7	-1.0	-10.0	-1.1	-10.0	-9.8	10.9
- Personalaufwand	-4.3	-4.7	-1.1	-5.8	-1.1	-5.8	-1.1	-6.0	-6.1	
- Abschreibungen und Zinsen	-1.0	-1.0	-0.0	-0.8	-0.2	-0.9	-0.2	-0.7	-0.6	
Saldo	-7.5	-8.5	-0.2	-8.2	-0.7	-8.5	-0.8	-8.4	-8.3	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11)									
Einnahmen	0.0									
Ausgaben	-0.5		-1.0	-1.0						-0.2
Nettoinvestitionen	-0.5		-1.0	-1.0						-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	27.6	29.0	10.0	39.0	10.0	39.0	10.0	39.0	39.0	

**Aufgaben**

- A1 Organisation/Koordination des Rechnungswesens der Gesamtverwaltung, Betreuung eines Buchungszentrums sowie eines Kompetenzzentrums SAP, Führung der konsolidierten Buchhaltung.
- A2 Controllerdienst für Finanzdirektion und Regierungsrat, Erstellung des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes, des Budgets und des Rechnungsabschlusses.
- A3 Weiterentwicklung des finanziellen Controllingsystems.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Projekt ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren, vgl. A1 und Projekt 4100/03)	2009	0
E2 Einführung neue Rechnungslegung (IPSAS, vgl. A3 und Projekt 4100/02)	2010	0
E3 Umsetzung des Finanzcontrollings der Beteiligungen des Kantons, der Risiken und der Substanzerhaltung des kantonalen Vermögens (vgl. A3)	2009	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Beanstandungen im Bericht der Finanzkontrolle über die formelle Prüfung der Rechnung (vgl. A1)	max.	0	0	0	0	0	0
W2 Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Fr., vgl. A2)	P	1'606	350	546	353	157	903
W3 Verschuldung (Fremdkapital – Finanzvermögen in Mrd. Fr.), max. 6.5 (vgl. A2)	max.	4.2	5.7	5.2	5.8	6.1	6.4
W4 Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre, vgl. A2)	P	170%	122%	106%	88%	80%	85%

**Leistungen**

L1 Anzahl Buchungen (vgl. A1)	P	710'000	600'000	840'000	850'000	855'000	860'000
L2 Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzzentrum) betreut werden (vgl. A1)	P	364	550	900	950	960	980
L3 Anzahl Support-Tickets CCC SAP (Kompetenzzentrum, vgl. A1)	P	963	1'375	1'440	1'520	1'540	1'570
L4 Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF / Budget / Nachtragskredite, vgl. A2)	P	2'915	3'150	2'950	2'950	2'950	2'950
L5 Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung / Zwischenberichte / Kreditüberschreitungen, vgl. A2)	P	852	950	785	785	785	785
L6 Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über 50'000 Fr. / einfache unter 50'000 Fr. (vgl. A2)	P	0/11	1/12	0/12	0/12	0/12	0/12
L7 Anzahl Stellungnahmen (vgl. A2)	P	609	650	650	650	650	650
L8 Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Fr., vgl. A3)	P	2	2	2	2	1	1
L9 Anzahl Projekte (zwischen 100'000 und 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	4	2	5	3	4	4

**Wirtschaftlichkeit****Leistungsgruppe 4100 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-8.185
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.950

**Budget Leistungsgruppe 4100**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- L6, L8, L9: Zur Kategorisierung wurde der interne Aufwand mitberücksichtigt.
- L8: Die zwei Grossprojekte im Jahr 2008 sind ZERZE (vgl. Projekt 4100/03) und die Einführung der neuen Rechnungslegung (IPSAS, vgl. Projekt 4100/02).

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 1.1 Die Zunahme des Beschäftigungsumfangs um 10 Stellen erhöht den Personalaufwand um rund 1.1 Mio. Franken.
- +0.5 Im Projekt IPSAS nimmt der Aufwand gegenüber dem Vorjahr um rund eine halbe Million Franken ab.
- +0.6 Im Ertrag ist erstmalig ein Betrag von rund 630'000 Franken für die interne Weiterverrechnung von Dienstleistungen des Buchungszentrums enthalten.
  - Aufwand für Lizenzen und Betrieb SAP von rund einer halben Million Franken ist im Unterschied zum Vorjahr nicht mehr im Aufwand und als Weiterverrechnung im Ertrag enthalten, da die Belastung direkt bei den psychiatrischen Kliniken anfällt.

**Investitionsrechnung**

- Ein neues System für die Abwicklung von Inkasso- und Verlustscheinverfahren erfordert Investitionen von rund 600'000 Franken.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Gegenüber dem Voranschlag 2007 erhöht sich der Beschäftigungsumfang um 10 Stellen:
  - + 2 Stellen in der Stabsabteilung: für neu übernommene Aufgabe des Investitionscontrollings;
  - + 4 Stellen im Kompetenzzentrum SAP: 3 Stellen übernommen von den psychiatrischen Kliniken, 1 Stelle neu geschaffen im Rahmen des Zentralisierungsprojektes ZERZE;
  - + 4 Stellen im Buchungszentrum: im Rahmen des Zentralisierungsprojektes ZERZE von anderen Direktionen übernommen.

**Indikatoren**

- L1: Das Zentralisierungsprojekt ZERZE führt zu einer markanten Zunahme der Anzahl Buchungen.
- L2: Die Anzahl SAP-Benutzer, die durch das Kompetenzzentrum SAP betreut werden, steigt markant an: Neu betreut das Kompetenzzentrum zusätzlich die Psychiatrische Universitätsklinik sowie den Psychiatrieverbund Winterthur und Zürcher Unterland.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Von 2008 bis 2011 bleiben Aufwand und Ertrag stabil.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Saldoverschlechterung gegenüber dem KEF 2007-2010 ist vor allem auf den Mehraufwand von 400'000 Franken wegen der neu übernommenen Aufgabe des Investitionscontrollings zurückzuführen (2 zusätzliche Stellen, externe Expertisen).
- Die neu eingestellten Investitionen 2008 belasten die Erfolgsrechnungen ab 2009 zusätzlich um rund 200'000 Franken für Abschreibungen und Zinsen.
- Aufwand für Lizenzen und Betrieb SAP von rund einer halben Million Franken ist im Unterschied zum KEF Vorjahr nicht mehr im Aufwand und als Weiterverrechnung im Ertrag enthalten, da die Belastung direkt bei den psychiatrischen Kliniken anfällt.

**Investitionsrechnung**

- Die Investition von 600'000 Franken für ein System für die Abwicklung von Inkasso- und Verlustscheinverfahren war im KEF Vorjahr noch nicht vorgesehen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im KEF Vorjahr wurde in allen Planjahren mit einem Beschäftigungsumfang von 29 Stellen geplant, im vorliegenden KEF dagegen mit 39 Stellen (vgl. Begründung unter "Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr", oben).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.6	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	-81.2
Aufwand	-1.1	-1.2	0.1	-1.0	0.1	-1.0	0.1	-1.1	-1.1	1.8
Saldo	-0.4	-1.1	0.1	-0.9	0.1	-0.9	0.1	-0.9	-1.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11.)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	5.0	5.0	0.0	5.0	0.0	5.0	0.0	5.0	5.0
---------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

**Aufgaben**

A1 Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs: Akquisition/Veräusserung/Rechtseinräumung

A2 Strategische Liegenschaftenbewirtschaftung, inkl. Betreuung Bauvorhaben

A3 Raumbeschaffung in nichtstaatlichen Liegenschaften für kantonale Amtsstellen

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Mitwirkung bei der Portfoliobereinigung Liegenschaften VV/FV durch das Immobilienamt	2008	0
E2 Mitwirkung beim Projekt Neunutzung Inselklinik Rheinau (vgl. A2)	2012	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV in % (vgl. A2)	P	5.7	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
W2 Nettorendite aller Liegenschaften des FV in % (vgl. A2)	P	4.6	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
<b>Leistungen</b>							
L1 Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Fr., vgl. A1)	P	257	205	244	234	232	232
L2 Anzahl Liegenschaften FV (vgl. A1)	P	357	327	346	343	340	339
L3 Buchgewinne aus Veräusserungen von Liegenschaften FV (in Mio. Fr., vgl. A1)	P	2.4	14.6	24.6	6.2	8.0	6.8
L4 Anzahl betreuter Bauvorhaben Liegenschaften FV (vgl. A2)	P	5	4	3	3	3	3
L5 Anzahl betreuter Mietverhältnisse in nichtstaatlichen Liegenschaften (vgl. A3)	P	368	355	410	405	410	410
L6 Anzahl neuer Mietverhältnisse in nichtstaatlichen Liegenschaften (vgl. A3)	P	21	20	20	20	20	20
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Aufwand für Bewirtschaftung Liegenschaften des FV/VV in % des Ertrags	P	2.53	2.75	2.75	2.75	2.75	2.75

**Leistungsgruppe 4200 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -0.902  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 4200**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- Die Indikatoren der Leistungsgruppe Nr. 4940, Liegenschaftenerfolg, werden in der Leistungsgruppe Nr. 4200, Liegenschaftsverwaltung, aufgezeigt.
- Die Indikatoren bezogen auf die BVK-Liegenschaften sind ab 2007 entfallen. Die entsprechenden in der Rechnung 2006 ausgewiesenen Indikatoren werden nicht mehr aufgeführt.
- B1: Benchmark privater Treuhänder ist 5%.

**Sonstige Bemerkungen**

- FV = Finanzvermögen, VV = Verwaltungsvermögen
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +0.2 Die Honorare für Drittverwaltungen werden nicht mehr der Leistungsgruppe Nr. 4200 Liegenschaftsverwaltung belastet, sondern auf die entsprechenden Liegenschaften verteilt und somit der Leistungsgruppe Nr. 4940 Liegenschaftenerfolg belastet.

**Indikatoren**

- L1-L2: Während eines Teils des Jahres 2006 galt ein Stopp für die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens. Währenddessen hat der Regierungsrat ein neues Verfahren für die Veräusserung beschlossen, mit dem Ziel, Verhandlungen über die Veräusserung von Liegenschaften, die der Kanton noch für Verwaltungszwecke brauchen kann, zu vermeiden. Durch den Veräusserungsstopp waren Ende 2006 der Bilanzwert und die Anzahl Liegenschaften höher als angenommen. Die Indikatorenwerte für 2008 bauen auf diese höheren Werte auf. Bei der Budgetierung für das Jahr 2007 wurde noch von mehr Liegenschaftenverkäufen und damit von niedrigeren Indikatorenwerten ausgegangen.
  - L3: 2008 werden 10 Mio. Fr. höhere Buchgewinne erwartet. Die Liegenschaftsverwaltung erwartet, im Jahr 2008 Bauland in Au-Wädenswil mit einem erwarteten Buchgewinn von 22 Mio. Franken verkaufen zu können.
  - L5: Die Anzahl Mietverhältnisse hat gegenüber 2007 zugenommen, da etliche Verträge der Hochschule Wädenswil übernommen wurden.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Indikatoren**

- L3: Nach einer Spitze im Jahr 2008 pendeln sich die Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens in den Jahren 2009 bis 2011 bei 6 bis 8 Mio. Franken pro Jahr ein.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Gegenüber dem KEF Vorjahr werden die Honorare für Drittverwaltungen auf die Liegenschaften verteilt und somit nicht mehr in der vorliegenden Leistungsgruppe Nr. 4200 Liegenschaftsverwaltung, sondern in der Leistungsgruppe Nr. 4940 Liegenschaftenerfolg geplant.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	-0.0	-0.8	0.0	-0.8	-0.9	1.0
Saldo	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	-0.0	-0.8	0.0	-0.8	-0.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.0	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	4.0	

**Aufgaben**

- A1 Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
- A2 Anlagebewirtschaftung der Sondervermögen der Legate und Stiftungen
- A3 Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
- A4 Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	P	1	0	0	0	0	0
W2 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (vgl. A1)	min.	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA
<b>Leistungen</b>							
L1 Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	P	3'361	2'750	3'000	3'000	3'000	3'000
L2 Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung Sondervermögen (vgl. A2)	P	586	650	600	600	600	600
L3 Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	P	1'538	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	3.14	3.03	3.40	3.23	3.14	3.02
B2 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0.11	0.16	0.11	0.11	0.11	0.11

Leistungsgruppe 4300	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.801
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Wirkungsindikatoren erlauben einerseits eine Aussage über die Aufrechterhaltung der steten Zahlungsbereitschaft und andererseits über die Kreditwürdigkeit des Kantons.
- Die Leistungsindikatoren zeigen die Anzahl Arbeitsstunden der drei Hauptaufgaben.
- Die Wirtschaftsindikatoren zeigen einerseits die durchschnittlichen Zinskosten des mittel- bis langfristigen Fremdkapitals und andererseits die Verwaltungskosten für die Bewirtschaftung der Vermögenswerte der Legate und Stiftungen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Aufwand konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 3% gesenkt werden.

**Indikatoren**

- L1: Im Budget 2007 wurde ein zu tiefer Stundenaufwand geplant. Der Stundenaufwand dürfte sich bei rund 3'000 Arbeitsstunden einpendeln.
- B1: Der durchschnittliche Zinssatz des Fremdkapitals nimmt gegenüber dem Vorjahr auf Grund steigender Geld- und Kapitalmarktzinsen zu.
- B2: Abnahme der Verwaltungskosten infolge Effizienzsteigerungen (Reduktion Arbeitsaufwand).

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Aufwand steigt im Rahmen der Planungsvorgaben geringfügig an.

**Indikatoren**

- L1-L3: Es wird mit konstanten Stundenaufwänden für die Hauptaufgaben gerechnet.
- B1: Nach dem Anstieg im Jahr 2008 geht der Indikatorwert im Verlauf der Planperiode auf Grund des rückläufigen Fremdkapitals zurück. Des weiteren laufen hochverzinsliche Fremdkapitalaufnahmen aus. Dadurch kann der Anstieg der Geld- und Kapitalmarktzinsen überkompensiert werden.
- B2: Die Verwaltungskosten konnten im Jahr 2006 durch Effizienzsteigerungen nachhaltig gesenkt werden und bleiben voraussichtlich auf diesem Niveau.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	6.1	5.0	0.6	5.6	0.4	5.6	0.5	5.7	6.0	-1.5
Aufwand	-142.9	-148.0	3.0	-149.1	0.6	-152.8	0.7	-157.3	-160.7	12.5
- Personalaufwand	-88.2	-88.6	-1.6	-90.9	-1.9	-90.1	-0.6	-91.7	-93.2	
- Abschreibungen und Zinsen	-11.1	-14.0	1.2	-15.7	1.5	-17.2	1.0	-18.8	-20.2	
- Betrieb Informatik	-16.0	-19.3		-17.4		-20.2		-21.0	-21.6	
Saldo	-136.8	-143.0	3.6	-143.5	1.0	-147.2	1.2	-151.5	-154.7	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06-11)
Einnahmen	0.0	0.0	0.2	0.2	0.4	0.4	0.4	0.4	0.7	0.3
Ausgaben	-20.3	-24.3	2.1	-19.8	-1.4	-21.7	-4.3	-22.1	-13.5	-20.3
Nettoinvestitionen	-20.3	-24.3	2.3	-19.6	-1.0	-21.3	-3.9	-21.7	-12.8	-20.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	654.5	632.5	0.0	632.5	0.0	612.5	0.0	612.5	612.5	

**Aufgaben**

- A1 Veranlagung der direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern des Kantons
- A2 Bezug der direkten Bundessteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Quellensteuer
- A3 Durchführung des Quellensteuerverfahrens für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (vgl. Projekt 4400/01)	2015	0
E2 Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit	2010	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Durch Rechtsmittelinstanzen wesentlich korrigierte Entscheide des Steueramtes	max.	6%	5%	5%	5%	5%	5%
W2 Ansiedelung neuer juristischer Personen mit Gewinn > 5 Mio. Fr./Jahr im Kanton Zürich (vgl. E2)	min.	3	5	5	5	5	5
W3 Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1)	P	47%	75%	85%	90%	95%	98%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen (vgl. A1)	P	792'248	805'000	815'000	825'000	835'000	845'000
L2 Anzahl steuerpflichtige juristische Personen (vgl. A1)	P	51'826	50'000	54'000	55'000	56'000	57'000
L3 Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen der Staatssteuern (vgl. A1)	P	1'020'000	1'006'000	1'015'000	1'025'000	1'036'000	1'048'000
L4 - davon eingeschätzt durch Kanton	P	333'000	350'000	355'000	360'000	370'000	375'000
L5 - davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	538'000	510'000	515'000	520'000	520'000	525'000
L6 - davon pendent Ende Jahr	P	149'000	146'000	145'000	145'000	146'000	148'000
L7 Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode	P	71%	72%	72%	72%	72%	72%
L8 - 2 Jahre nach Steuerperiode	P	98%	96%	96%	96%	96%	96%
L9 - 3 Jahre nach Steuerperiode	P	99%	99%	99%	99%	99%	99%
L10 Anzahl Quellensteuerpflichtige Personen (vgl. A3)	P	79'190	80'000	85'000	88'000	91'000	94'000
L11 Anzahl veranlagte Erbschaftsfälle (vgl. A1)	P	1'559	2'200	1'800	1'800	1'800	1'800
L12 Anzahl veranlagte Schenkungen (vgl. A1)	P	381	600	500	500	500	500
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	219	220	225	230	235	235
B2 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	342	350	360	375	375	375

Leistungsgruppe 4400	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-143.481
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-19.800

Budget	Leistungsgruppe 4400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 2.3 Erhöhung des Personalaufwands um 2.6% gemäss den Vorgaben (Stufenanstieg, Beförderungen, Teuerungsausgleich).
- 1.7 Die Investitionen für das Projekt ZüriPrimo führen in der Erfolgsrechnung zu einer Erhöhung der Abschreibungen und Zinsen.
- +0.4 Senkung des Mietzinsaufwands durch Wegfall von Doppelmieten.

**Investitionsrechnung**

- +4.7 Einzelne Realisierungseinheiten des Informatikprojektes ZüriPrimo werden auf Grund der Prioritätensetzung zeitlich verschoben.

**Indikatoren**

- W3: Zunahme infolge Projektfortschritt ZüriPrimo.
- L2: Zunahme infolge vieler Neugründungen.
- L11 und L12: Die demografischen Veränderungen der Gesellschaft (Einzelpersonen, Partnerschaften etc.) und Steueroptimierungen der Nachlassvermögen führen zu einem Rückgang der Erbschaftsfälle und der Schenkungen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Personalaufwand steigt von 90.9 Mio. Franken im Jahr 2008 auf 93.2 Mio. Franken im Jahr 2011. Die Vorgaben der Personalaufwandentwicklung (Teuerungsausgleich, Beförderungen) werden eingehalten.
- Die Investitionen für das Projekt ZüriPrimo führen in den weiteren Planjahren zu einer Aufwanderhöhung: Die Abschreibungen steigen von 13.2 Mio. Franken im Jahr 2008 auf 17.0 Mio. Franken im Jahr 2011. In der gleichen Zeit steigt der interne Zinsaufwand von 2.5 auf 3.2 Mio. Franken.
- Der Ertrag steigt infolge Gebührenerhöhung für einzelne Dienstleistungen kontinuierlich an. Im Jahre 2011 erreicht er den Höchststand von 5.8 Mio. Franken.
- Im Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 ist das Steueramt in der Leistungsgruppe Nr. 4400 verantwortlich für die Umsetzung der Massnahmen 440002 und 440004. In der Massnahme 440002 ist die Senkung der Informatikkosten für die direkte Bundessteuer erfüllt. Die Ertragsverbesserungen der Massnahme 440004 sind in der Leistungsgruppe Nr. 4910 Steuererträge eingestellt.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionen für das Informatikprojekt ZüriPrimo steigen von 19.8 Mio. Franken im Jahr 2008 auf den höchsten Stand von 22.1 Mio. Franken im Jahr 2010 an. Im Jahr 2011 sinken die Investitionen auf 13.5 Mio. Franken.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Das Einsparpotenzial des Sanierungsprogramms 04 kann 2007 und 2008 nicht vollständig erreicht werden. Erst im Verlauf des Jahres 2008 können die restlichen 20 Stellen der Sanierungsmassnahme San04.153 (Zentralisierung Steueramt) abgebaut werden. Der Stellenabbau ist aus diesem Grunde erst im Jahr 2009 vollständig erfolgswirksam.

**Indikatoren**

- W2: Der Standortwettbewerb unter den Kantonen wird sich weiter verschärfen. Die Ansiedelung neuer juristischer Personen mit einem Gewinn von > 5 Mio. Franken/Jahr wird deshalb stagnieren.
- W3: Der Fortschritt im Informatikprojekt ZüriPrimo führt zu einem Anstieg der Anzahl Steuerpflichtigen am zentralen Register.
- L4: Die Informatikprogramme für die Einschätzungen der natürlichen und juristischen Personen werden laufend erweitert. Als Folge davon werden die Einschätzungen durch den Kanton ansteigen.
- L5: Die Anzahl der durch die Gemeinden eingeschätzten Steuererklärungen stabilisiert sich auf einem hohen Niveau. Bei den natürlichen Personen werden die selbständig erwerbenden Steuerpflichtigen und die wirtschaftlich komplexen Fälle weiterhin durch den Kanton eingeschätzt.
- L7: Zukünftige Gesetzesänderungen und die per 1.1.2009 geplante Liegenschafteneubewertung werden sich auf den Stand der fristgerechten Veranlagungen auswirken. Der mutmassliche Mehraufwand hat zur Folge, dass der Indikator nicht weiter ansteigt.
- B2: Die Realisierung der Applikation für die juristischen Personen wird zu einem Anstieg der Kosten führen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Durch Kosteneinsparungen wird der Saldo der Erfolgsrechnung in den Jahren 2008 bis 2010 unterschritten.

**Investitionsrechnung**

- Die Verschiebung einzelner Realisierungseinheiten des Informatikprojektes ZüriPrimo führt in den Jahren 2009 und 2010 zu einem kurzfristigen Anstieg der Ausgaben. Ab dem Jahr 2011 sinken die Ausgaben markant.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	2.2	2.7	-0.1	2.6	-0.1	2.6	-0.1	2.6	2.6	20.5
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.0	1.8		1.8		1.8		1.8	1.8	
Aufwand	-19.2	-21.2	1.1	-20.2	0.8	-20.7	0.8	-20.6	-20.7	7.8
- Personalaufwand	-5.8	-7.3	-0.1	-7.9	-0.2	-8.3	-0.2	-8.5	-8.6	
- Betrieb Informatik	-8.1	-8.3		-6.9		-7.0		-7.0	-7.0	
Saldo	-17.0	-18.5	1.0	-17.5	0.7	-18.1	0.7	-18.0	-18.1	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	29.5	36.1	1.6	37.7	1.6	37.7	1.6	37.7	37.7	

**Aufgaben**

- A1 Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung sowie Stärkung der Personalbereiche. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling.
- A2 Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung.
- A3 Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts.
- A4 Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktionsziel Nr.

E1 Teilrevision des Lohnsystems (vgl. A4 und Projekt 4500/02)	bis 2009	0
E2 Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2010, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (vgl. A1)	2010	0
E3 Einführung und Etablierung von OptimoFit für Führungskräfte des oberen Kaders (vgl. A2 und Projekt 4500/03)	2009	0
E4 Einführung Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung (vgl. Projekt 4500/06)	2010	0
E5 Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen San04 und MH06 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970)	2009	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt, mind. "gut" (vgl. A1-4)	min.	-	80%	-	80%	-	80%
W2 Beurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	93%	85%	85%	85%	85%	85%
W3 Kursbeurteilung Personalschulung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	93%	90%	90%	90%	90%	90%
W4 Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	92%	90%	90%	90%	90%	90%

**Leistungen**

L1 Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	44	50	60	60	60	60
L2 Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage inkl. Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P	7'042	7'100	7'100	7'100	7'100	7'100
L3 Anzahl betreute Lehrlinge (vgl. A2)	P	116	151	173	195	206	206
L4 Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2'200	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
L5 Anzahl begleitete juristische Verfahren (vgl. A3)	P	42	30	35	35	35	35
L6 Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	42'500	41'000	35'500	35'500	35'500	35'500
L7 Anzahl mit PALAS bewirtschafteter Personaldossiers (ZST 1) (vgl. A4)	P	15'500	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung in Fr. (vgl. A2)	P	5'652	6'500	6'500	6'500	6'500	6'500
B2 Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung in Fr. (vgl. A2)	P	628	650	650	650	650	650
B3 Kosten pro Lehrling in Fr., ohne Kosten am Arbeitsplatz (vgl. A2)	P	20'801	21'000	21'000	21'000	21'000	21'000
B4 Kosten pro juristische Beratung in Fr. (vgl. A3)	P	70	70	70	70	70	70
B5 Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr. (ohne Abschreibungen und Zinsen) (vgl. A4)	P	188	205	197	197	197	197

**Leistungsgruppe 4500 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -17.542  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 4500**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die neue Mitarbeiterbeurteilung wurde erfolgreich eingeführt, daher fällt dieser Entwicklungsschwerpunkt weg.

**Indikatoren**

- L7: ZST1 = Zahlstelle 1.

**Sonstige Bemerkungen**

- PALAS ist das Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem.
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +1.5 Niedrigere Betriebskosten PALAS im Rahmen der Entlastungsprogramme MH06 und E08.
- 0.7 Erhöhter Personalaufwand durch die Vorgaben für den Personalaufwand (Stufenaufstieg, Teuerungsausgleich, Beförderungen) und zusätzliche 1.6 Stellen (vgl. Begründung unter "Personal", unten).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Erhöhung um insgesamt 1,6 zusätzliche Stellen für die operative Einführung des Case Managements, Aufbau des Personalcontrollings und Aufstockung des Rechtsdienstes.

**Indikatoren**

- L5: Durch den Ausbau des Rechtsdienstes erhöhen sich die Anzahl begleiteter juristischer Verfahren von 30 auf 35.
  - L6: Die Ausgliederung von USZ und KSW reduzieren die Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat auf rund 33'000. Durch die Kantonalisierung der Kindergärten erhöht sich diese Anzahl wiederum auf rund 35'500.
  - B5: Die Reduktion der Anzahl Lohnauszahlungen (vgl. L6) widerspiegelt sich auch im Indikator Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Investitionsrechnung**

- Mit dem Projekt "PALAS II" wird ein Releasewechsel von PALAS bzw. die Beschaffung eines neuen Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems vorbereitet. Dafür werden voraussichtlich ab 2009 Investitionen anfallen. Weil deren Höhe erst nach Durchführung einer Ausschreibung verlässlicher bekannt ist, werden in Übereinstimmung mit der Investitionsüberprüfung des Sanierungsprogramms MH06 vorerst keine Investitionen eingeplant.

**Indikatoren**

- L3: Die Anzahl betreuter Lehrlinge erhöht sich bis 2010 kontinuierlich. Es wird ein fünfter Klassenzug für kaufmännische Lehrstellen eingeführt. Die Anzahl der Informatiklehrstellen wird durch den Ausbau und die Zentralisierung der Ausbildung ebenfalls erhöht.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Aufwand für die Jahre 2008 bis 2010 liegt gegenüber dem KEF Vorjahr jeweils rund 800'000 Franken niedriger. Dies ist insbesondere auf niedrigere Betriebskosten für PALAS zurückzuführen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr liegt der Beschäftigungsumfang in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils 1.6 Stellen höher (vgl. Begründung oben).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-5.0	-6.9	0.6	-6.4	0.5	-6.5	0.5	-6.6	-6.6	30.6
Saldo	-5.0	-6.9	0.6	-6.4	0.5	-6.5	0.5	-6.6	-6.6	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.6	7.6	0.3	7.9	0.3	7.9	0.3	7.9	7.9	

**Aufgaben**

- A1 Kantonale Informatikstrategie entwickeln und pflegen
- A2 Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
- A3 Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

**Entwicklungsschwerpunkte**

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Standardisierung der Kollaborationsplattform (Groupware) (vgl. A3 und Projekt 4600/04)	2008	0
E2 Aufbau des CC Informatiksicherheit; Umsetzung von Massnahmen (vgl. A2)	2008	0
E3 Weiterentwicklung des Informatikcontrollings	2008	0

**Indikatoren**

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99.93	99.4	99.4	99.4	99.4	99.4
<b>Leistungen</b>							
L1 Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	660	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
L2 Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	3'641	4'500	4'500	4'500	4'500	4'500
L3 Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	5	20	20	20	20	20
L4 Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	10'604	11'000	11'000	11'500	11'500	11'500
L5 Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	555	1'000	800	800	800	800
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe 4600	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-6.440
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4600
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr ist der Entwicklungsschwerpunkt "Weiterentwicklung und Vertragserneuerung LEUnet" entfallen. Der Schwerpunkt wird 2007 umgesetzt.

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Leistungsgruppe Direktionsübergreifende Informatik enthält den Aufwand der KITT-Geschäftsstelle, die im Auftrag des Kantonalen IT-Teams (KITT) arbeitet und der das Kompetenzzentrum Netzwerkdienste angeschlossen ist.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

+0.3 Die Beiträge an die Netzwerkkosten der Gemeinden sinken durch eine Preissenkung von 2.2 Mio. auf 1.9 Mio. Franken.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Erhöhung des Beschäftigungsumfangs für die Betriebskoordination Messaging um 0.3 Stellen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Rahmen des Entlastungsprogramms E08 wurde der Aufwand ab 2007 um jährlich 0.5 Mio. Franken gesenkt. Der Aufwand der Jahre 2008-2010 ist daher niedriger als im KEF Vorjahr.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang ist in den Jahren 2008 bis 2010 im Vergleich zum KEF Vorjahr jeweils 0.3 Stellen höher (vgl. Begründung oben).

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	42.4	44.3	-1.7	43.0	-0.5	44.6	0.1	45.9	47.3	11.5
Aufwand	-42.0	-44.1	1.6	-42.9	0.5	-44.4	0.0	-45.7	-47.1	12.1
Saldo	0.4	0.1	-0.0	0.1	0.0	0.2	0.1	0.2	0.2	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben		-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.3
Nettoinvestitionen		-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	52.6	52.7	3.3	56.0	3.3	56.0	3.3	56.0	56.0	

**Aufgaben**

- A1 Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung (Kanton tritt gegenüber der Privatwirtschaft als ein Kunde auf) aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen, und zwar kostendeckend.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einführung Beschaffungsmanagement	2009	4
E2 Optimierung/Erweiterung der elektronischen Bestellabwicklung mittels eProcurement	2009	4
E3 Optimierung/Erweiterung eFormulare (digitale Formulare)	2009	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl erstellte eFormulare	P	700	360	740	760	780	800
W2 Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden	P	4500	4700	5000	5200	5400	5500
W3 Anteil Recyclingpapier am Gesamtverbrauch an Papier	min.	21%	25%	35%	40%	45%	50%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Bestellungen	P	95'800	99'000	97'000	98'000	99'000	100'000
L2 Anzahl Bestellungen elektronisch (e-shop) in % des Totals	P	37%	39%	42%	45%	50%	50%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Preisindex Kopierpapier (2004 = 100)	max.	97	100	100	100	100	100
B2 Preisindex Kopierclick (2004 = 100)	max.	115	108	115	110	105	100

**Leistungsgruppe 4700 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.110
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.400

**Budget Leistungsgruppe 4700**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- W2: Die Bezeichnung des Indikators wurde verbessert. Die Bezeichnung "Anzahl Kunden, die eFormulare verwenden" war nicht präzise genug.
- B1 und B2: Es ist nicht das primäre Ziel der kdmz, einen grossen Gewinn zu erzielen, sondern effiziente und kostengünstige Dienstleistungen für die Verwaltung zu erbringen. Es wird daher mit einem kleinen Gewinn geplant. Darüber hinausgehende Gewinne werden den Kunden der kdmz (vor allem Verwaltungseinheiten) in der Form von Preissenkungen oder von einem Verzicht auf Preiserhöhungen "weitergegeben". Aus diesem Grund wurden Wirtschaftlichkeitsindikatoren mit den zwei mengenmässig wichtigsten Produkten der kdmz entwickelt. Ziel des Preisindex Kopierpapier ist es, den Index im immer schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld auf höchstens 100 zu halten. Auch der Preisindex Kopierclicks soll auf höchstens 100 (beide Stand 2004) gehalten werden.

**Sonstige Bemerkungen**

- Die kdmz erwirtschaftet den Ertrag und den Aufwand im gleichen Verhältnis. Schwankungen im Ertrag haben eine entsprechende Aufwandsveränderung zur Folge.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Ertrag und der Aufwand der kdmz für das Budget 2007 basieren auf der Rechnung 2005, sind aber im Hinblick auf das Rechnungsergebnis 2006 zu hoch: Aufwand und Ertrag waren 2006 jeweils rund 2 Mio. Franken niedriger als 2005, auch durch permanente Preissenkungen. Für 2008 wird im Vergleich zu 2006 ein Zuwachs des Umsatzes erwartet, vor allem durch die Erweiterung der elektronischen Bestellabwicklung mittels eProcurement und Beschaffungsmanagement.

**Investitionsrechnung**

- Investitionen für Erneuerung und Anpassung eForm und eProcurement sowie der IT-Struktur.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Für das Projekt Beschaffungsmanagement und für die Erweiterung der elektronischen Bestellabwicklung ist ein Ausbau des Beschäftigungsumfanges von 52.7 auf 56 unumgänglich. Der Mehraufwand kann jedoch durch Effizienzgewinne kompensiert werden, der Saldo der Erfolgsrechnung wird durch den Ausbau nicht negativ beeinflusst.

**Indikatoren**

- W1: Die Anzahl erstellter eFormulare hat sich 2006 stark entwickelt, von 300 im Jahr 2005 auf 700 im Jahr 2006. Der Wert für 2007 (360) ist aus diesem Grund nicht mehr realistisch, er wird sich voraussichtlich auf 720 verdoppeln. Für 2008 wird eine weitere Erhöhung der Anzahl eFormulare erwartet.
- L1: Die Schätzung der Anzahl Bestellungen für das Jahr 2007 basiert auf dem Stand 2005. Auf Grund der Erkenntnis der Anzahl Bestellungen für 2006 dürfte der Wert für 2007 bei rund 96'000 statt den geschätzten 99'000 liegen. Für 2008 wird mit einem weiteren Wachstum der Anzahl Bestellungen gerechnet.
- B1: Der Preisindex für Kopierpapier konnte 2005 und 2006 mit Werten von 98 und 97 unter dem Zielwert 100 gehalten werden. Weil jedoch im Papier Preissteigerungen zu erwarten sind, wird der Indikatorwert für 2008 auf 100 und nicht darunter festgelegt.
- B2: Der Preisindex Kopierclicks beinhaltet neu ab 2006 auch die Eigenproduktion der kdmz. Dies hat 2006 eine 3%-Verbesserung bewirkt: Ohne kdmz-Eigenproduktion wäre der Index 2006 bei 118. Der Wert für 2007 (108) ist unrealistisch, durch die starke Zunahme der Anzahl Farbkopien wird der Wert 2007 sicher höher als 115 sein. Bis Massnahmen zur Senkung der Anzahl Farbkopien greifen, ist eine Senkung des Preisindex unrealistisch. Für 2008 wird daher eine Stabilisierung auf dem Stand von 2006 (115) erwartet, sofern die Beschaffung über den kdmz-Vertrag (Submission) laufen kann.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der geplante Ausbau des eProcurements bzw. des Beschaffungsmanagements bewirkt, dass der Umsatz der kdmz bis 2011 sukzessive wächst. Ertrag und Aufwand wachsen im gleichen Umfang, der geplante Ertragsüberschuss bleibt dadurch stabil.

**Investitionsrechnung**

- Investitionen für Erneuerung und Anpassung eForm und eProcurement sowie der IT-Struktur.

**Indikatoren**

- W1: Die kdmz erwartet, dass die Anzahl erstellter eFormulare weiterhin zunimmt, wenn auch nicht mehr so rasant wie zwischen 2005 und 2006.
- W3: Klares Ziel der kdmz ist, dass der Anteil des Recyclingpapiers am Gesamtverbrauch bis 2011 sukzessive steigt. Sie wird dazu ein Konzept erstellen (vgl. auch Stellungnahme des Regierungsrat zur Motion KR-Nr. 245/2006).
- L1 und L2: Die kdmz plant für die Jahre 2009 bis 2011 jeweils mit einer Zunahme der Anzahl Bestellungen. Dagegen erwartet sie, dass die Anzahl elektronischer Bestellungen als Prozentsatz vom Total der Bestellungen stärker (von 37% im Jahr 2006 auf 50% bis 2010) zunimmt.
- B2: Kurzfristig kann das Ziel, den Preisindex Kopierclicks auf 100 (d.h. auf den Stand Ende 2004) zu senken, nicht realisiert werden. Mittelfristig, d.h. bis 2011, soll das Ziel wieder erreicht werden.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr plant die kdmz für die Jahre 2008 - 2010 mit einem Beschäftigungsumfang von 56 statt 52.7. Durch Effizienzsteigerungen kann der Saldo der Erfolgsrechnung für diese Jahre jedoch auf dem gleichen Stand gehalten werden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	5,407.7	5,505.5	-29.9	5,848.7	-116.3	6,030.7	-152.3	6,259.9	6,495.0	20.1
- Staatssteuern: Laufende Steuerperiode	3,788.8	3,999.0		4,226.0		4,407.0		4,631.0	4,862.0	
- Staatssteuern: Nachträge früherer Steuerperioden	521.3	484.0		596.0		593.0		593.0	593.0	
- Quellensteuern	157.3	178.0		185.0		185.0		185.0	185.0	
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	211.4	220.0		191.0		191.0		191.0	191.0	
- Direkte Bundessteuer	645.2	543.0		525.0		525.0		525.0	525.0	
- Verrechnungssteuer	33.2	25.4		68.0		70.0		72.0	74.0	
Aufwand	-119.0	-129.7	4.6	-124.1	7.5	-125.0	7.5	-125.9	-125.9	5.8
- Staats-/Quellensteuer: Entschädigungen an Gemeinden	-65.3	-64.5		-67.4		-66.9		-66.8	-66.8	
Saldo	5,288.8	5,375.8	-25.3	5,724.6	-108.8	5,905.7	-144.8	6,134.0	6,369.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

**Aufgaben**

Entwicklungsschwerpunkte	bis Direktionsziel Nr.									

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4910	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	5,724.630
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Als Ertrag wird der Bruttoertrag inklusive Verzugszinsen ausgewiesen; als Aufwand Zinsvergütungen, Abschreibungen, Erlasse, Einschätzungs- und Bezugskosten an die Gemeinden.
- Bei den Staatssteuererträgen wird für alle Planjahre ein Steuerfuss von 100% angenommen.
- Bei den Erträgen aus Staatssteuern sind die zusätzlichen Steuererträge infolge der Anstellung von Bücherrevisoren (Sanierungsprogramm 04) und von Steuerinspektoren (Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06) berücksichtigt.
- Vgl. Ziffer 4.3.3 der Entwicklungs- und Finanzplanung der Finanzdirektion für eine Übersicht über die Nettoerträge der fünf Steuerarten.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +339 Staatssteuern: Auf Grund der Mehrerträge im Rechnungsjahr 2006, der unverändert hohen Wachstumsrate der Wirtschaft im Kanton Zürich sowie der anhaltenden Attraktivität des Standorts Zürich wird mit einem markanten Anstieg der Steuererträge gerechnet. Der Ertrag für das Jahr 2007 dürfte rund 100 Mio. Franken höher liegen als budgetiert.
- +43 Verrechnungssteuern: Infolge der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA per 1.1.2008 wird der Kantonsanteil an die Verrechnungssteuern nur noch nach Einwohnerzahl und nicht mehr hälftig nach Einwohnerzahl und hälftig nach Finanzkraft verteilt. Weil der Kanton Zürich bisher an der Verteilung des Finanzkraftteils nicht beteiligt war, verdoppeln sich die Anteile an den Verrechnungssteuern.
- +7 Niedrigere Erträge aus Quellensteuern infolge Tarifänderung per 1.1.2008 und dem markanten Anstieg von Rückzahlungen als Folge der nachträglichen Veranlagung von Quellensteuerpflichtigen am ordentlichen Register der Staatssteuern werden durch Mehrerträge infolge Wirtschaftswachstum kompensiert.
- 29 Erbschafts- und Schenkungssteuern: Die demographischen Veränderungen der Gesellschaft und Steueroptimierungen der Nachlassvermögen führen zu einem Rückgang der Erbschafts- und Schenkungssteuern.
- 18 Direkte Bundessteuer: Niedrigere Erträge ab 2008 infolge Ausgleich der kalten Progression sowie infolge Einführung der NFA (neu werden wegen Wegfall der Verteilung nach Finanzkraft nur noch 17% statt 30% der Erträge aus Direkten Bundessteuern an die Kantone verteilt) werden teilweise durch höhere Erträge infolge Wirtschaftswachstum kompensiert.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Staatssteuern: Der Nettostaatssteuerertrag steigt in den Planjahren auf Grund des Wirtschaftswachstums von 4.7 Mrd. auf 5.4 Mrd. Franken. In allen Planjahren wird ein gleich bleibender Steuerfuss von 100% angenommen.
- Direkte Bundessteuer: Der Nettoertrag stabilisiert sich nach dem Rückgang im Jahr 2008 (vgl. Begründung oben) auf dem Niveau von 2008..
- Erbschafts- und Schenkungssteuern: Nach dem Rückgang im Jahr 2008 (vgl. Begründung oben) wird eine Stabilisierung der Nettoerträge bei rund 190 Mio. Franken pro Jahr erwartet.
- Quellensteuern: Die Nettoerträge stabilisieren sich bei rund 170 Mio. Franken pro Jahr.
- Verrechnungssteuern: Auf Grund des Wirtschaftswachstums wird mit einem leichten Anstieg der Erträge gerechnet.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Staatssteuern: Im KEF Vorjahr wurde für die Jahre ab 2008 mit einem Steuerfuss von 105% gerechnet. Im vorliegenden KEF wird ein Steuerfuss von 100% angenommen. Die Nettoerträge sind entsprechend niedriger als im KEF Vorjahr.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	467.4	404.0	115.7	584.0	86.7	542.6	78.4	531.2	529.7	13.3
- Zinsertrag	141.7	109.9		146.7		120.4		108.9	107.4	
- Gewinnanteil ZKB	130.0	100.0		150.0		135.0		135.0	135.0	
- Gewinnanteil Nationalbank	194.1	194.1		287.2		287.2		287.2	287.2	
Aufwand	-228.6	-229.5	26.4	-205.7	44.8	-183.0	55.8	-172.8	-157.2	-31.3
- Kapitalbeschaffung und Vermögensverwaltung	-1.5	-11.8		-1.4		-6.3		-6.3	-0.7	
- Zinsaufwand	-227.1	-217.7		-204.4		-176.7		-166.5	-156.5	
Saldo	238.7	174.6	142.1	378.3	131.5	359.6	134.2	358.4	372.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen	1.0				0.0	0.0				0.2
Ausgaben	-1.0		-2.0	-2.0	-20.0	-20.0				-3.8
Nettoinvestitionen	0.0		-2.0	-2.0	-20.0	-20.0				-3.7

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

**Leistungen**

**Wirtschaftlichkeit**

Leistungsgruppe 4930	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	378.250
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.000

Budget	Leistungsgruppe 4930
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Die "Davons" zeigen die wichtigsten Sach- und Kontengruppen.
- Der Zinsertrag des Dotationskapitals der ZKB ist im "Davon" Zinsertrag enthalten.
- ZKB = Zürcher Kantonalbank, SNB = Schweizerische Nationalbank, NFA = Neugestaltung des Finanzausgleichs.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +93.1 Gewinn SNB: Ab 2008 wird der Gewinn der SNB infolge der Einführung der NFA nur noch nach Einwohnerzahl der Kantone ausgeschüttet. Die Finanzkraft der Kantone wird nicht mehr berücksichtigt.
- +50.0 Gewinn ZKB: Höhere geplante Gewinnausschüttung der ZKB.
- +36.9 Zinsertrag: Höherer Ertrag aus Festgeldanlagen infolge steigender Geldmarktzinsen und höherer Liquidität. Höherer Ertrag aus Swap-Geschäften infolge steigender Geldmarktzinsen trotz auslaufender Swap-Geschäfte.
- +13.3 Zinsaufwand: Sinkender Zinsaufwand auf Grund Abnahme des Fremdkapitals und auslaufender Swap-Geschäfte. Dadurch kann der steigende Zinsaufwand des variabel verzinslichen Fremdkapitals infolge steigender Geldmarktzinsen überkompensiert werden.
- +10.5 Kapitalbeschaffung und Vermögensverwaltung: Es ist keine Emission einer Staatsanleihe geplant. Dadurch sinkt der Kapitalbeschaffungsaufwand.

**Investitionsrechnung**

- 2.0 Beteiligung des Kantons an der geplanten Aktienkapitalerhöhung der MCH Messe Schweiz (Holding) AG.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Zinsertrag: Der Zinsertrag sinkt in der Planperiode insbesondere auf Grund auslaufender Swap-Geschäfte. Des weiteren nehmen Zinserträge aus Festgeldanlagen infolge Abnahme der Liquidität ab.
- Gewinn ZKB: Die Gewinnausschüttungen beruhen auf einer Schätzung der ZKB. Sie hängen insbesondere von der Geschäftsentwicklung der ZKB ab.
- Gewinn SNB: Es wird mit einer konstanten Ausschüttung der SNB gerechnet. Diese beruht auf einer Vereinbarung zwischen der SNB und dem Eidgenössischen Finanzdepartement.
- Kapitalbeschaffung und Vermögensverwaltung: In den Jahren 2009 und 2010 sind deutlich höhere Fremdkapitalaufnahmen geplant als 2008 und 2011.
- Zinsaufwand: Der Zinsaufwand sinkt in der Planperiode insbesondere auf Grund auslaufender Swap-Geschäfte und einer Abnahme des festverzinslichen Fremdkapitals. Dadurch kann der Anstieg der Geld- und Kapitalmarktzinsen überkompensiert werden.

**Investitionsrechnung**

- 2009 soll der MCH Messe Schweiz (Holding) AG ein zinsvergünstigtes, rückzahlbares Darlehen von 20 Mio. Franken gewährt werden.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Investitionsrechnung**

- Neu sind die Unterstützungsmassnahmen für die MCH Messe Schweiz (Holding) AG im Zusammenhang mit dem Projekt "Messezentrum Basel 2012". Diese Massnahmen bestehen einerseits aus der Beteiligung an der geplanten Aktienkapitalerhöhung im Jahr 2008 (2 Mio. Franken) und andererseits aus der Gewährung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens (20 Mio. Franken) im Jahr 2009.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	20.8	34.2	16.8	41.7	-1.0	23.4	0.9	25.2	24.0	15.4
- Buchgewinne Liegenschaften	2.4	14.6	19.0	24.6	1.2	6.2	3.0	8.0	6.8	
- Mietzins'ertrag	17.6	19.1	-2.0	16.8	-2.0	16.9	-2.0	16.9	16.9	
<b>Aufwand</b>	<b>-13.9</b>	<b>-14.3</b>	<b>-0.7</b>	<b>-13.5</b>	<b>-0.5</b>	<b>-13.3</b>	<b>-0.2</b>	<b>-12.9</b>	<b>-12.9</b>	<b>-7.3</b>
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-9.8	-8.2	-1.7	-9.4	-1.5	-9.2	-1.1	-8.8	-8.7	
<b>Saldo</b>	<b>6.9</b>	<b>19.9</b>	<b>16.1</b>	<b>28.2</b>	<b>-1.5</b>	<b>10.0</b>	<b>0.7</b>	<b>12.2</b>	<b>11.1</b>	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11 )

Einnahmen
Ausgaben
<b>Nettoinvestitionen</b>
Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Darstellung von Aufwand und Ertrag aus der Bewirtschaftung, Akquisition und Veräusserung von Liegenschaften

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.

<b>Indikatoren</b>	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

<b>Leistungsgruppe 4940</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	28.168
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

<b>Budget</b>	<b>Leistungsgruppe 4940</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im Jahr 2006 hat der Regierungsrat eine Liegenschaftenpolitik für die Liegenschaften des Finanzvermögens festgelegt. Insbesondere die Veräusserungen von Liegenschaften werden nach den Eckwerten dieser Politik geplant.

### Indikatoren

- Die Indikatoren der Leistungsgruppe 4940 Liegenschaftenerfolg werden in der Leistungsgruppe 4200 Liegenschaftenverwaltung aufgezeigt.

### Sonstige Bemerkungen

- Die aufgeführten "Davons" hängen zusammen. Bei Veräusserungen von Liegenschaften des Finanzvermögens verändern sich die Buchgewinne, die Mietzinserträge, der kalkulatorische Zinsaufwand und der Buchwert.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

+10.0 Im Jahr 2008 wird auf Grund der geplanten Veräusserungen von Liegenschaften mit höheren Buchgewinnen gerechnet. Für 2008 wird mit dem Verkauf von Bauland in Au-Wädenswil, mit einem erwarteten Buchgewinn von 22 Mio. Franken, gerechnet.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die Buchgewinne pendeln sich nach einer Spitze im Jahr 2008 ab 2009 bei 6 bis 8 Mio. Franken pro Jahr ein.
- Bei den Veräusserungen von Liegenschaften ab 2009 handelt es sich um Baulandreserven. Diese Veräusserungen führen deshalb zu keinen Veränderungen der Mietzinserträge.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr wird insbesondere im Jahr 2008 mit höheren Buchgewinnen gerechnet. Als Folge daraus resultieren niedrigere Mietzinserträge.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	211.7	214.6	-0.3	220.4	-7.8	231.7	-5.0	246.9	257.6	21.7
- Kalkulatorischer Zinsertrag	211.7	214.0	-0.3	220.4	-7.8	231.8	-5.1	246.9	257.6	
Aufwand	-40.7	-57.6	1.1	-30.7	13.8	-17.8	-69.2	-0.5	14.3	-135.1
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-38.7	-40.0	-12.2	-42.7	-12.2	-42.7	-9.6	-40.1	-38.3	
Saldo	170.9	156.9	0.8	189.7	6.0	214.0	-74.2	246.4	271.9	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

**Leistungsgruppe 4950 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 189.727  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 4950**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Für die Jahre 2008 bis 2011 wurden zentral Minderaufwände bei den Abschreibungen eingestellt. Diese Verbesserungen resultieren aus der Annahme, dass die Investitionsbudgets 2007 bis 2010 nur zu 85% ausgeschöpft werden.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Saldoverbesserung von rund 33 Mio. Franken ist vor allem dem Wegfall der im Vorjahr zentral eingestellten Erhöhung der Personalkosten wegen Beförderungen von 0.4% (+16 Mio. Franken) und der 2008 neu zentral eingestellten Aufwandminderung bei den Abschreibungen (+13.3 Mio. Franken) zu verdanken.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die kontinuierliche Saldoverbesserung 2008 bis 2011 ist darauf zurückzuführen, dass die zentral eingestellten Aufwandminderungen bei den Abschreibungen sich von 2008 bis 2011 von 13 Mio. Franken auf über 53 Mio. Franken aufkumulieren und auch die den Ämtern verrechneten kalkulatorischen Zinsen jährlich zunehmen.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Im Planjahr 2010 des KEF Vorjahr war ein zentraler Minderaufwand von 100 Mio. Franken enthalten (Lohnentwicklung). Dieser ist im Planjahr 2010 neu nicht mehr enthalten.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag			-6.2	93.1	-4.8	94.5	-3.4	95.9	97.3	
- Soziodemografischer Lastenausgleich			-6.2	93.1	-4.8	94.5	-3.4	95.9	97.3	
Aufwand			46.5	-526.3	38.9	-533.9	31.2	-541.6	-549.4	
- Ressourcen- und Härteausgleich			46.5	-526.3	38.9	-533.9	31.2	-541.6	-549.4	
Saldo			40.3	-433.2	34.1	-439.4	27.8	-445.7	-452.1	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11 )

Einnahmen	
Ausgaben	
Nettoinvestitionen	
Personal (Beschäftigungsumfang)	

**Aufgaben**

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

**Entwicklungsschwerpunkte** Direktions-  
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4960	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-433.249
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4960
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Auf 1. Januar 2008 tritt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. In 2008 sind für den Kanton Zürich die folgenden Aufwände und Erträge aus den verschiedenen Ausgleichstöpfen zu erwarten:
- - Ressourcenausgleich: -506 Mio. Franken
- - Soziodemografischer Lastenausgleich: +93 Mio. Franken
- - Härteausgleich: -21 Mio. Franken

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 506 Erstmalige Budgetierung des Aufwands für den Ressourcenausgleich.
- 21 Erstmalige Budgetierung des Aufwands für den Härteausgleich.
- +93 Erstmalige Budgetierung des Ertrags aus dem soziodemografischen Lastenausgleich.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Beträge für den Ressourcenausgleich, den soziodemografischen Lastenausgleich und den Härteausgleich sind am 5. Juli 2007 vom Bund für 2008 festgelegt worden.
- Für die drei Folgejahre gelten unterschiedliche Regelungen:
- Der Grundbeitrag der finanzstarken Kantone an den Ressourcenausgleich nimmt im gleichen Ausmass zu wie die Summe der Ressourcenpotenziale der finanzstarken Kantone (Annahme: +1.5% jährlich). Die Aufteilung der Belastung unter den finanzstarken Kantonen hängt von der Entwicklung ihrer Ressourcenindices ab (Annahme: unverändert).
- Der Grundbeitrag an den soziodemografische Lastenausgleich wird gemäss der Wachstumsrate des Landesindexes der Konsumentenpreise angepasst (Anahme +1.5% jährlich). Die Ausgleichsbeiträge an die Kantone werden jeweils auf Grund der Daten des letzten verfügbaren Bemessungsjahres berechnet (Annahme: unverändert).
- Der Härteausgleich bleibt unverändert.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	7.6									-100.0
Aufwand	-12.5	-1.0	0.0	-1.0	0.0	-1.0	0.0	-1.0	-0.5	-96.0
Saldo	-4.9	-1.0	0.0	-1.0	0.0	-1.0	0.0	-1.0	-0.5	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
- A2 Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen.
- A3 Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
- A4 Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktionsziel Nr.

	bis	
E1 Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	2010	0
E2 Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	2010	0
E3 Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	2010	0
E4 Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	2010	0

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

**Leistungen**

**Wirtschaftlichkeit**

**Leistungsgruppe 4970 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -1.000  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 4970**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Das Sanierungsprogramm 04 ist per Ende 2007 abgeschlossen. Über die Leistungsgruppe Nr. 4970 werden weiterhin die Sozialplankosten für den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH06) der Jahre 2006 bis 2009 eingestellt.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Auch nach dem Abschluss der Sanierungsprogramme im Jahr 2009 entstehen Folgekosten. Deshalb werden im Planjahr 2010 auf Grund laufender Überbrückungszuschüsse zur Finanzierung von Frühpensionierungen und möglicher verzögerter Entlassungen oder Frühpensionierungen Aufwendungen eingestellt. Im Planjahr 2011 wird mit um die Hälfte reduzierter Aufwendungen gerechnet.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---





## 6. Fonds

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	59.0	64.7	-6.6	60.6	56.1	110.8	29.9	80.7	62.2	5.4
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	54.1	49.0	9.0	54.0	8.0	51.0	6.0	49.0	45.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto		9.5	-17.0		45.5	52.7	23.0	26.5	13.1	
- Kalkulatorischer Zinsertrag	5.0	6.2	1.4	6.6	2.6	7.1	0.9	5.2	4.2	
<b>Aufwand</b>	<b>-59.0</b>	<b>-64.7</b>	<b>6.6</b>	<b>-60.6</b>	<b>-56.1</b>	<b>-110.8</b>	<b>-29.9</b>	<b>-80.7</b>	<b>-62.2</b>	<b>5.4</b>
- Zahlungen an Private und Dritte	-21.7	-53.2	20.4	-35.2	-51.2	-94.3	-24.9	-64.1	-45.7	
- Einlage in Bestandeskonto	-26.6		-13.9	-13.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
- Übertrag an Leistungsgruppen	-10.7	-11.6	0.1	-11.5	-4.9	-16.6	-4.9	-16.6	-16.6	
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
<b>Nettoinvestitionen</b>										
Fondsbestand	158.9	149.4	69.0	191.0	23.5	138.4	0.4	111.9	98.8	0.0

**Aufgaben**

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich – verwendet.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-

bis

ziel Nr.

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

**Leistungen**

L1 Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:							
L2 - Denkmalpflege	P	27	12	17	7	9	12
L3 - Ausland- und Inlandhilfe	P	21	10	18	7	10	13
L4 - Kultur	P	21	60	40	50	40	45
L5 - Zoo (Betrieb und Investitionen)	P	11	5	7	3	7	6
L6 - Bildung	P	12	5	10	25	14	15
L7 - Soziales/Gesundheit	P	3	3	5	5	10	6
L8 - Übriges	P	5	3	3	3	10	3
L9 Anzahl Gesuche	P	424	470	410	430	440	420

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Kosten pro Gesuch (in Fr.)	P	896	950	975	930	909	952
-------------------------------	---	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Fonds 4980	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 4980
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Sonstige Bemerkungen

- Die Beiträge für die Rubrik Ausland-/Inlandhilfe dürften auf Grund der Motion betreffend Rahmenkredit für die Entwicklungshilfe aus dem Lotteriefonds (KR-Nr. 121/2006) ab 2007 von 6 Mio. Franken auf 8 Mio. Franken pro Jahr wachsen.
- Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG), voraussichtlich auf Anfang 2009, erhöht sich die Ausgabenkompetenz des Regierungsrates auf 0.5 Mio. Franken pro Vorhaben und insgesamt 10 Mio. Franken pro Jahr.
- Es ist vorgesehen, ab 2009 aus dem Lotteriefonds jährliche Betriebsbeiträge zu Gunsten ausgewählter Organisationen zu gewähren. Bislang werden nur dem Zoo Zürich jährliche Betriebsbeiträge gewährt.
- Übertrag an Leistungsgruppen: Unter diesem "Davon" werden Beiträge an andere Leistungsgruppen ausgewiesen, insbesondere an den Denkmalpflegefonds (7.5 Mio./Jahr), an die Fachstelle Kultur (2008: 3.5 Mio., ab 2009 8.5 Mio./Jahr) und an das Generalsekretariat FD für die Fondsadministration (0.4 Mio./Jahr ab 2008).

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- +18.0 Gegenüber dem Budget 2007 nimmt der Aufwand für Zahlungen an Private und Dritte ab. Der Aufwand 2007 dürfte aber wesentlich niedriger liegen als noch im Budget 2007 vorgesehen.
- +5.0 Der Ertrag von SWISSLOS nimmt gegenüber dem Budget 2007 um 5 Mio. Franken zu.
- 22.9 Im Budget 2007 ist noch eine Entnahme aus dem Fondsbestand geplant (-9.5 Mio.) geplant. Weil im Jahr 2008 insbesondere der Ertrag von SWISSLOS wesentlich höher liegt als der Aufwand für Zahlungen an Private und Dritte, ist für 2008 eine Einlage in den Fondsbestand geplant (+13.4 Mio.).

### Fondsbestand

- Gemäss Budget 2007 läge der Fondsbestand per Ende 2007 bei knapp 150 Mio. Franken. Weil der Aufwand 2007 aber wesentlich niedriger liegen dürfte als im Budget 2007 vorgesehen, wird sich der Fondsbestand bis Ende 2007 auf voraussichtlich über 175 Mio. Franken erhöhen. Mit der für 2008 geplanten Einlage in den Fondsbestand erhöht sich dieser bis Ende 2008 auf über 190 Mio. Franken.

### Indikatoren

- L2-L8: Die Aufteilung der Gelder dürfte 2007 wesentlich von den mit dem Budget 2007 geschätzten Werte abweichen. Vor allem wird der Anteil der Rubrik Kultur wesentlich niedriger sein (rund 20% statt 60%), die Anteile der Rubriken Denkmalpflege und Ausland-/Inlandhilfe entsprechend höher (jeweils rund 20% statt 12% bzw. 10%).
- B1: Die Vergütung des administrativen Aufwands, die der Lotteriefonds an das Generalsekretariat FD zahlt, steigt 2008 von 380'000 auf 400'000 Franken. Die Kosten pro Gesuch (Vergütung geteilt durch Anzahl Gesuche) steigen entsprechend.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Es wird erwartet, dass die Erträge von SWISSLOS in der Planperiode zurückgehen, weil der Glücksspielmarkt gesättigt sein wird.
- Dagegen ist ab 2009 der Aufwand für Zahlungen an Private und Dritte wesentlich höher, mit einer Spitze im Jahr 2009. Ab diesem Jahr sind Ausgaben für diverse Grossprojekte geplant (u.a. Rheinau, Kongresshaus, Landesmuseum, Museen Winterthur). Dazu kommt, dass ab 2009 voraussichtlich mehr jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge als die für den Zoo Zürich zum Tragen kommen werden.

### Fondsbestand

- Die Beiträge an Grossprojekte sorgen dafür, dass der Fondsbestand bis 2011 auf unter 100 Mio. Franken sinken wird.

### Indikatoren

- Durch die Beiträge an Grossprojekte schwanken die Anteile der verschiedenen Rubriken relativ stark.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Erträge von SWISSLOS wurden gegenüber dem KEF Vorjahr aktualisiert und liegen 2008 bis 2010 jeweils 6 - 8 Mio. Franken höher als im KEF Vorjahr.
- Durch den höheren Fondsbestand sind auch die Zinsvergütungen im Vergleich zum KEF Vorjahr höher.
- Beim Aufwand macht sich die Verschiebung der Auszahlung von Beiträgen an Grossprojekte bemerkbar: Im Jahr 2008 liegt der Aufwand tiefer als im KEF Vorjahr, in den Jahren 2009 und 2010 dafür höher.

### Fondsbestand

- Die hohen Erträge und der geringer als budgetierte Aufwand für Grossprojekte führt dazu, dass der Fondsbestand Ende 2008 vorübergehend knapp 70 Mio. Franken höher liegen wird, als im KEF Vorjahr angenommen wurde. Mit den Auszahlungen für die Grossprojekte ab 2008 liegt der Fondsbestand bis Ende 2010 auf dem gleichen Niveau wie im KEF Vorjahr.



## 7. Projekte

### Finanzverwaltung

- Projekt-Nr. 4100/02: Neue Rechnungslegung
- Projekt-Nr. 4100/03: ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren)

### Steuern Betriebsteil

- Projekt-Nr. 4400/01: Projekt ZüriPrimo (Prozess Steuern erheben)

### Personalamt

- Projekt-Nr. 4500/02: Teilrevision Lohnsystem
- Projekt-Nr. 4500/03: Programm zur Führungsentwicklung, OptimoFit
- Projekt-Nr. 4500/06: Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung

### Direktionsübergreifende Informatik

- Projekt-Nr. 4600/04: Standardisierung der Groupwareplattform (Kollaboration)



<b>Projekt-Nr.</b> 4100/02	<b>Neue Rechnungslegung</b>
-------------------------------	-----------------------------

**Finanzdirektion / Finanzverwaltung****Kurzumschreibung Projekt**

Mit dem revidierten Finanzhaushaltsgesetz (neu: Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, CRG) werden Rechnungslegungsstandards eingeführt, die sich eng an IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) anlehnen. Die Rechnungslegungsgrundsätze werden über Gesetz und Verordnung in das kantonale Recht eingeführt. Diese Rechtssätze werden durch ein Rechnungslegungs-Handbuch (Manual) konkretisiert. Der Regierungsrat hat im März 2006 eine erste Verschiebung der Einführung der neuen Rechnungslegung auf den 1.1.2008 und Mitte Dezember 2006 eine zweite Verschiebung auf den 1.1.2009 beschlossen. Dadurch ergibt sich eine Projektverlängerung um zwei Jahre.

**Wirkungsziel:**

- Verbesserte Transparenz, Verständlichkeit und Vergleichbarkeit, objektivere Bewertung
- Beitrag zu einem optimalen Kreditrating
- Einheitliche Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen, was die Vergleichbarkeit erhöht
- Angleichung an Usancen in der Privatwirtschaft bringt eine erleichterte Durchlässigkeit des Personals zwischen Unternehmungen und öffentlichen Gemeinwesen
- Erleichtertes Benchmarking zu vergleichbaren Organisationen

**Leistungsziel:**

Betriebskosten nicht wesentlich höher als heute

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-2.75	-0.55	-0.30	-0.20	-0.10	-0.10	
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.05						-0.05
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4100/02**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Aktualisierung des Berichtes zur Bilanzübersicht per 31.12.2006, Bericht zur Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung, RRB zur Rechnungslegungsverordnung (RLV), Restatement Budget 2008
2008	- Erstmalige Budgetierung/KEF-Erstellung gemäss neuer Rechnungslegung, Restatement Rechnung 2007 und Bilanz per 31.12.2007
2009	- Neue Rechnungslegung
2010	- Erster Rechnungsabschluss gemäss neuer Rechnungslegung

**Bemerkungen**

Im Nutzen/Kosten-Verhältnis überwiegt der Nutzen, wenn auch dieser nicht direkt monetär ausgewiesen werden kann. Es bestehen gewisse Risiken, welche die Einführung der neuen Rechnungslegungsstandards erschweren könnten: zu grosse Erwartungshaltung, zu bürokratische Umsetzung, Überlastung der Kader.

Wegen der Verschiebung der Einführung der neuen Rechnungslegung wird mit Mehrkosten von 500'000 Franken gerechnet.



<b>Projekt-Nr.</b> <b>4100/03</b>	<b>ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren)</b>
--------------------------------------	--

**Finanzdirektion / Finanzverwaltung****Kurzumschreibung Projekt**

Mit dem Querschnittsprojekt ZERZE sollen das Rechnungswesen vereinheitlicht, die Prozesse überprüft und optimiert sowie ein Buchungszentrum eingeführt werden.

**Wirkungsziel:**

- Effiziente Prozesse im Rechnungswesen und im Zahlungsverkehr
- Einführung eines Buchungszentrums
- Zentralisierter Betrieb und Support von SAP-Lösungen
- SAP-Rollout

**Leistungsziel:**

Kosteneinsparungen durch effizienteres Rechnungswesen

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-10.5	-2.2	-1.2	-1.0	-0.4		
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung		2.8	3.5	4.0	4.0	4.0	4.0
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4100/03**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Umsetzung bis 2009

**Bemerkungen**

- Nach einer Pilotphase wurde auf Anfang 2007 das Buchungszentrum (BuZ) in Betrieb genommen. Es übernimmt verschiedene Aufgaben im Bereich Kreditoren, Debitoren, Zahlungsverkehr u.a.m. Bis März 2007 wurden beispielsweise rund 75'000 Kreditorenrechnungen eingescannt, per Workflow kontrolliert und elektronisch archiviert. Derzeit werden im BuZ weitere Leistungen für zusätzliche Kunden aufgebaut.
- Auf Januar 2006 wurde SAP erfolgreich bei 20 Mittelschulen, 12 Bezirksjugendsekretariaten und in der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich eingeführt. Weitere SAP-Einführungen sind auf 2008 und 2009 geplant.
- Das Kompetenzzentrum CCC SAP wurde als eigene Abteilung der Finanzverwaltung aufgebaut und unterstützt die SAP-User der kantonalen Verwaltung und der psychiatrischen Kliniken.
- Der SAP-Betrieb wurde erfolgreich ausgelagert.
- Die Zusammenführung der SAP-Systeme der Baudirektion und der Staatsbuchhaltung ist für 2008 geplant. Gleichzeitig wird das SAP-System auf die neue Rechnungslegung umgestellt.
- Bisher konnten jährliche Einsparungen im technischen Bereich von 2.8 Mio. CHF ausgewiesen werden (Betriebs- und Lizenzkosten).



<b>Projekt-Nr.</b> 4400/01	<b>Projekt ZüriPrimo (Prozess Steuern erheben)</b>
-------------------------------	--

**Finanzdirektion / Steuern Betriebsteil****Kurzumschreibung Projekt**

Die gesamte Informatik sowie die Hardware sind veraltet und müssen dringend erneuert und modernisiert werden. Unter dem Namen ZüriPrimo wird ein System realisiert, das eine ganzheitliche und integrierte Ausrichtung des Prozesses "Steuern erheben" vorsieht. Die einzelnen Realisierungseinheiten sollen über die kommenden 8 Jahre umgesetzt werden und im 2015 eingeführt sein.

**Wirkungsziel:**

- Die operative Führung des Steueramtes wird verbessert.
- Einheitliche Standards für alle 171 Gemeinden.
- Hohe Datensicherheit und Zuverlässigkeit.
- Verbesserung der Information und Kommunikation zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Steuern.

**Leistungsziel:**

- Vernetzung und Integration der Gemeinden in das Gesamtsystem.
- Zentrales Datenregister für die Aufbereitung von Grunddaten.
- Die anstehenden Aufgaben (z.B. E-Taxes, Daten für den NFA etc.) können zentral erledigt werden.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-127*	-17	-21	-17	-20	-20	-11

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-72	-7	-11	-12	-13	-13	-14
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4400/01**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Pilotprojekt Stadt Zürich inklusive Ausbreitung
2008	- Pilotprojekt VRSG-Gemeinden inklusive Ausbreitung
2011	- Juristische Bibliothek/E-Government
2012	- Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer
2015	- Die gesamte Software ist produktiv in Betrieb

**Bemerkungen**

\* Nach Kürzung von 10% der noch nicht ausgeführten Teile von ZüriPrimo (Investitionsüberprüfung Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06).



<b>Projekt-Nr.</b> 4500/02	<b>Teilrevision Lohnsystem</b>						
<b>Finanzdirektion / Personalamt</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
<p>Mit Beschluss Nr. 490/2006 verzichtet der Regierungsrat auf die Durchführung einer Strukturellen Lohnrevision und beauftragt die Finanzdirektion, ein Projekt „Teilrevision Lohnsystem“ einzuleiten.</p> <p>Gegenstand ist die Überprüfung und Nachführung vereinzelter Richtpositionen sowie die Erarbeitung eines flexibleren und verstärkt leistungsorientierten Konzepts der individuellen Lohnentwicklung, verbunden mit der Einführung halber Stufen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve werden unverändert beibehalten.</p>							
<b>Wirkungsziel:</b>							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anforderungs- und marktgerechtes Lohnsystem</li> <li>• Flexibles- und leistungsorientiertes Lohnsystem</li> <li>• Neues Lohnsystem ist möglichst kostenneutral</li> </ul>							
<b>Leistungsziel:</b>							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überprüfung einzelner Funktionen</li> <li>• Erarbeitung eines Konzeptes zur leistungsorientierten Lohnentwicklung</li> </ul>							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-0.2		-0.1	-0.1			
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/02</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2006	- Projektauftrag, Konzept halbe Stufen						
2007	- Vernehmlassung Beförderungs- und Zulagenkonzept sowie Ergebnisse Funktionsbewertungen						
2008	- Beschluss des Regierungsrates Anfang 2008, Vorlage Kantonsrat Mitte 2008						
2009	- Einführung neues Beförderungs- und Zulagenkonzept						
<b>Bemerkungen</b>							



<b>Projekt-Nr. 4500/03</b>	<b>Programm zur Führungsentwicklung, OptimoFit</b>
--------------------------------	--

<b>Finanzdirektion / Personalamt</b>
--------------------------------------

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
---------------------------------

Etablierung und Einführung des dritten Programmes (OptimoFit) zur direktionsübergreifenden Führungsentwicklung für Top-Kader (Amtsleitungen, Generalsekretärinnen und -sekretäre, Hauptabteilungsleitende und Kaderleute in gleichwertigen Funktionen).

Mit RRB Nr. 1626 / 2003 wurde bezüglich eines zu konzipierenden Programmes OptimoFit der Auftrag für eine Bedarfsabklärung erteilt.

Mit RRB 1339/2004 wurde der Auftrag für die Konzipierung und das Umsetzungskonzept des Programmes OptimoFit erteilt.

Das Umsetzungskonzept besteht aus folgenden zwei Elementen:

- Jährliche Kaderkonferenz (KaderForum)
- Modular aufgebautes Weiterbildungsprogramm

<b>Wirkungsziel:</b>
----------------------

- Das Personalentwicklungsthema «Führungskompetenz» erhält mehr Gewicht und die Qualität der Führung in der kantonalen Verwaltung soll gesichert werden.
- Eine zeitgemässe, unternehmerisch ausgerichtete Führungskultur und ein gemeinsames Rollenverständnis der Führungskräfte wird aufgebaut und erhalten.
- Der Aufbau von internen und externen Netzwerken soll die Aussensicht verstärken.

<b>Leistungsziel:</b>
-----------------------

- Konzipierung bedarfsgerechter und zielgruppenspezifischer Weiterbildungsmodulare
- Praxisbezogene Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.3			-0.1	-0.1	-0.1	
Netto-Investitionen							

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/03</b>
---

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Programmkonzept und Integration ins Gesamtpersonalentwicklungskonzept
2007-2009	- Durchführung und Evaluation des Pilotprogrammes
2008	- Definitive Einführung des Umsetzungskonzeptes

<b>Bemerkungen</b>



<b>Projekt-Nr. 4500/06</b>	<b>Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung</b>						
<b>Finanzdirektion / Personalamt</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
<p>Die Zahl von Mitarbeitenden, die aus gesundheitlichen Gründen für längere Zeit arbeitsunfähig sind und invalid werden, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Durch die Einführung eines systematischen Case Managements soll die Reintegration in die Arbeitswelt gefördert und die Zahl der Invalidisierungen gesenkt werden.</p> <p>Gleichzeitig soll der soziale Schutz der Mitarbeitenden bei Arbeitsunfähigkeit sowie die Leistungsabgrenzung zwischen Arbeitgeber und BVK klarer geregelt werden.</p>							
<b>Wirkungsziel:</b>							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von arbeitsunfähigen Mitarbeitenden</li> <li>• Verhinderung von Invaliditätsfällen</li> <li>• Klarheit und Sicherheit für die Mitarbeitenden bezüglich Leistungen des Arbeitgebers und der Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bei Krankheit und Invalidität</li> <li>• Klare Abgrenzung der Leistungspflichten zwischen Arbeitgeber und BVK</li> </ul>							
<b>Leistungsziel:</b>							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau eines leistungsfähigen Case Managements</li> <li>• Anpassung des Personalrechts</li> </ul>							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-0.73	-0.05	-0.08	-0.15	-0.15	-0.15	-0.15
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/06</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2006	- Projektstart						
2007	- Beschluss Regierungsrat betr. Einführung Case Manager, Aufbau Koordinationsstelle im Personalamt						
2008	- Operative Einführung Case Management						
2010-2011	- Evaluation Case Management						
<b>Bemerkungen</b>							
<p>Die Planungsphase des Projektes Case Management dauert bis Ende 2007. Ab 2008 entstehen im Personalamt Kosten von Fr. 150'000 für die Realisierungsphase des Projektes. Zum Abschluss der Realisierungsphase werden der Nutzen und die Qualität des Case Managements nach drei Jahren evaluiert.</p> <p>Die Aufwendungen für Case Manager werden dezentral durch die Ämter finanziert. Die Wirtschaftlichkeit von Case Management ist erreicht, wenn längere Krankheitsabsenzen und Neuinvalidisierungen um 10 bis 15% reduziert werden können. Zusätzliches Sparpotenzial lässt sich für die kantonale Verwaltung noch nicht abschätzen und wird daher bei den geplanten Auswirkungen auf den Staatshaushalt bis auf weiteres nicht berücksichtigt.</p>							



<b>Projekt-Nr. 4600/04</b>	<b>Standardisierung der Groupwareplattform (Kollaboration)</b>
--------------------------------	--

**Finanzdirektion / Direktionsübergreifende Informatik**
**Kurzumschreibung Projekt**

Der Betrieb der Groupwareplattform Notes (Software für E-Mail, elektronische Kalender und Anwendungen mit Workflow) und der Mailplattform Exchange soll auf wenige Servicezentren zentralisiert werden. Die Informatikarbeitsplätze sollen auf die Standardsoftware umgerüstet werden.

**Wirkungsziel:**

Weniger Kosten durch Verminderung der Datenschnittstellen und der Stellen, die die Kommunikations- und Groupwareplattformen heute betreiben.

**Leistungsziel:**
**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-1.1	-0.1	-0.5	-0.5			
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4600/04**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Ausschreibung Projektleitung Phase Konzept, Bedarfsanalyse, Detailkonzept, Auswahl Betreiber der Plattformen
2008	- Betriebsorganisation Betreiber der Plattformen, Migration der Arbeitsplätze

**Bemerkungen**

Das Projekt führt bei anderen Leistungsgruppen zu Einsparungen. Diese können im Moment noch nicht quantifiziert werden.





## Volkswirtschaftsdirektion

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Aufbauorganisation
- 2.2 Verkehr
  - 2.2.1 Aufgaben
  - 2.2.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)
  - 2.2.3 Umfeldentwicklung (Trends)
  - 2.2.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion
- 2.3 Wirtschaft
  - 2.3.1 Aufgaben
  - 2.3.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)
  - 2.3.3 Umfeldentwicklung (Trends)
  - 2.3.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion
- 2.4 Führungsunterstützung
  - 2.4.1 Aufgaben
  - 2.4.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.4.1 Übersicht
  - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen
    - A) Veränderungen Volkswirtschaftsdirektion
    - B) Veränderungen Leistungsgruppen (saldowirksam)
    - C) Veränderungen Fonds (nicht saldowirksam)
  - 4.4.3 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 5920 (Verkehrsfonds)
    - A) Bestandesrechnung und Erfolgsrechnung
    - B) Entwicklung Fondsbestand
    - C) Investitionsrechnung

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Die notwendigen organisatorischen Anpassungen im Bereich Verkehr, werden aufgrund der Entscheidung der Regierung zur Strukturbereinigung im Jahr 2007 abgeschlossen sein. Dazu werden auch die Abläufe und Prozesse angepasst.

### 1.2 Finanzielle Veränderungen

Mit Inkrafttreten der NFA im Jahre 2008 werden die Restbuchwerte der Nationalstrassen neu als Investitionsbeiträge an den Bund geführt. Dies hat gemäss § 24 der Verordnung über die Finanzverwaltung eine Erhöhung des Abschreibungssatzes von 10 auf 15% und damit zusätzliche jährliche Abschreibungen von ca. 30 Mio. Franken zur Folge.

(in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011
<b>Saldo Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-316	-338	-348	-
KEF 2008-2011	-306	-333	-341	-353
Veränderung (+ =Verbesserung / - =Verschlechterung)	10	5	7	-
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-416	-374	-376	-
KEF 2008-2011	-425	-392	-283	-296
Veränderung	-9	-18	+93	-

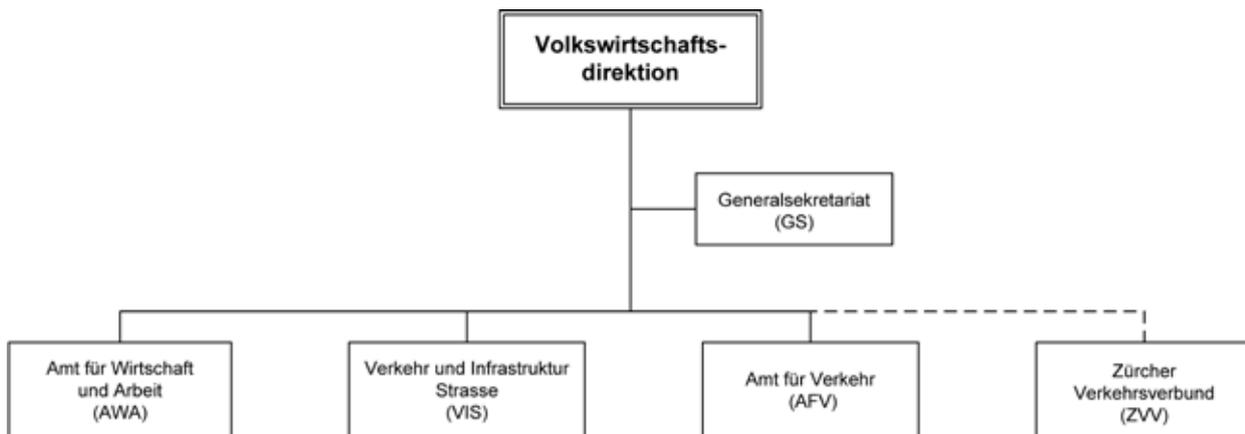
Veränderung der Nettoinvestitionen 2010 gegenüber KEF Vorjahr:

- Beim VIS haben sich die Nettoinvestitionen 2010 gegenüber der Planung des Vorjahres um 57.5 Mio. Fr. reduziert. Dies durch die Inkraftsetzung des NFA sowie der auslaufenden Projekte bei der Netzfertigstellung.
- Der Zahlungsbeginn für die weiteren Teilergänzungen (S-Bahn; neu 4. Teilergänzung genannt) und für die Ergänzungen zur Durchmesserlinie wurde von 2010 auf 2011 verschoben.
- Gemäss neuem Zahlungsplan für die Glattalbahn fällt ein grösseres Zahlungsvolumen auf 2009, so dass das Jahr 2010 entlastet wird.

## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

### 2.1 Aufbauorganisation

Das Organigramm der Volkswirtschaftsdirektion hat sich gegenüber dem KEF 2007-2010 nicht verändert und sieht wie folgt aus:



## 2.2 Verkehr

### 2.2.1 Aufgaben

#### Gesamtverkehr

Mit der Umsetzung des Projektes Strukturbereinigung Gesamtverkehr per 15. Mai 2006 und der Konzentration der strategisch-politischen Verantwortung für den Gesamtverkehr bei der Volkswirtschaftsdirektion, beabsichtigt der Regierungsrat die Optimierung der Leistungen von Schiene, Strasse und Luft aus einer gesamtverkehrlichen Sicht.

Eine zukunftstaugliche Verkehrsinfrastruktur für Schiene, Strasse und Luftverkehr trägt wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraumes Zürich bei. In diesem Kontext hat das Amt für Verkehr (AFV), dessen Funktionen sich auf die normative und strategische Ebene konzentrieren, den Schlussbericht zum Gesamtverkehrskonzept (GVK) erstellt, welcher der bisher zu wenig koordinierten Verkehrsplanung für alle Verkehrsträger Stosskraft verleihen soll. Das Gesamtverkehrskonzept kann damit in die Realisierungsphase überführt werden.

#### Luftverkehr/Flughafen

Der Flughafen wird ab 1. April 2000 als gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft (Flughafen Zürich AG) geführt. Die auf den Kanton Zürich als Flughafenhalter lautende Betriebskonzession des Bundes lief am 31. Mai 2001 aus und wurde per 1. Juni 2001 neu an die Flughafen Zürich AG erteilt. Der Flughafen Zürich hat auf nationaler Ebene eine herausragende volks- und verkehrswirtschaftliche Bedeutung als Landesflughafen und Schlüsselinfrastruktur. In seiner Rolle als Aktionär mit besonderen Rechten hat der Kanton darauf zu achten, dass diese Interessen mit den Schutzanliegen der Bevölkerung in Einklang gebracht werden können und die Gesamtlärmbelastung nicht unbegrenzt zunimmt. In diesem Kontext obliegen dem Kanton folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Erarbeiten und aktualisieren einer Strategie für den Luftverkehr als Teil des Gesamtverkehrskonzeptes. Diese soll auch einen Input für die Luftverkehrspolitik des Bundes liefern.
- Mitwirkung in den Verfahren für den Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL), der Revision des kantonalen Richtplans im Bereich der Flughafenregion und des definitiven Betriebsreglements für den Flughafen Zürich.
- Umsetzung des Zürcher Fluglärmindex (ZFI) im Fall einer Annahme als Gegenvorschlag zur sog. Plafonierungsinitiative.
- Kontinuierliche Überwachung der Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr.
- Festlegen einer Eigentümerstrategie und Sicherstellen einer fachkompetenten Vertretung der staatlichen Interessen im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG durch die gewählten Regierungsmitglieder bzw. die mandatierten Vertreter des Kantons Zürich.
- Wahrnehmen der Aufgaben gemäss Bundesrecht und Flughafengesetz (z.B. Aufsicht über die Einhaltung der An- und Abflugrouten und der Nachtflugordnung).



### **Strassenverkehr**

Folgende, bisher von der Baudirektion (Tiefbauamt) wahrgenommene Aufgaben wurden gemäss Regierungsratsbeschluss in die neue Organisationseinheit „Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)“ der Volkswirtschaftsdirektion übertragen:

- Die Erarbeitung der Strategien in den Bereichen Hochleistungsstrassen, Hauptverkehrsstrassen, Radwege und Verkehrsmanagement sowie der Werterhaltung der Infrastruktur
- Planungs-, Projektierungs- und Realisierungsprogramme
- Die Projektierung bis zum Vorliegen von Bau- und Kreditbewilligung, bzw. bis zur Übertragung der Aufgabe an das Tiefbauamt
- Der Strassenfonds, die Budgetierung und die mittel- und langfristige Finanzplanung
- Das Beitragswesen
- Die Baupolizei

### **Öffentlicher Orts- und Regionalverkehr**

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) nimmt als Management-Holding die strategischen Führungsaufgaben innerhalb des Verkehrsverbundes wahr und bringt zudem die Interessen des Kantons im nationalen und internationalen Schienenverkehr ein. Er ist dem Verkehrsrat, dem insgesamt neun Vertreter aus Bund, Kanton und Gemeinden angehören, unterstellt. Dem Verkehrsverbund sind acht marktverantwortliche Verkehrsunternehmen unterstellt, die zusammen mit kleineren Verkehrsunternehmen und Transportbeauftragten die eigentlichen Verkehrsleistungen erbringen. Der ZVV steht unter Aufsicht des Regierungsrates und ist administrativ der Volkswirtschaftsdirektion angegliedert.

## **2.2.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)**

### **Gesamtverkehr**

Ziele und Grundsätze für die Gesamtverkehrskonzeption, Agglomerationsprogramm

### **Öffentlicher Orts- und Regionalverkehr**

Strategiebericht 2009 - 2012 (Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr) und Management Konzept des ZVV

### **Strassenverkehr**

Verkehrsrichtplan, Strategie Hochleistungsstrassen (HLS), Radwegstrategie, Integriertes Verkehrsmanagement

### **Flugverkehr**

Flughafengesetz, Bundesluftfahrtrecht, Verkehrsprognosen und Verkehrsbedürfnisse der Flughafenbenutzer, SIL-Richtplan

## **2.2.3 Umfeldentwicklung (Trends)**

Der Kanton Zürich erwirtschaftet einen Fünftel des Volkseinkommens und der Wertschöpfung der Schweiz. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Arbeitslosigkeit auch im Kanton Zürich abgeschwächt. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt stark vom Dienstleistungssektor (Branche) sowie einer funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur ab. Die gute Verkehrsinfrastruktur (Strassenverkehr, öffentlicher Verkehr, Flughafen Zürich als Verkehrsinfrastruktur von nationaler Bedeutung) trägt einen wesentlichen Beitrag zur Standortattraktivität des Kantons Zürich bei. Die Nachfrage nach Mobilität wird aufgrund der Bedürfnisse der Bevölkerung sowie den Anforderungen einer prosperierenden Wirtschaft in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Der Güterverkehr wächst parallel mit der Wirtschaftsentwicklung mit. Die starken Mobilitätszunahmen im Luft-, Strassen- und Bahnverkehr führen einerseits zumindest punktuell zu Kapazitätsengpässen, andererseits aber auch zu einer stärkeren Immission für die Bevölkerung (Lärm, Luft) und zu negativen Umwelteinflüssen.

## **2.2.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion**

Die Verkehrsnachfrage wird primär beeinflusst durch die Entwicklung bei den Einwohnern und Beschäftigten sowie deren Mobilitätsverhalten, das Angebot an publikumsintensiven Einrichtungen, das Ver-



kehrsangebot und die Preisentwicklung. Für die KEF-Periode wird – ohne Berücksichtigung der bis dahin bereits wirksam werdenden Angebotsausbauten - von einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Anzahl Fahrten (Total öV und MIV) von 0.7% ausgegangen. Die Anzahl Fahrten dürfte dabei beim MIV um 0.8% und beim öV um 0.5% jährlich zunehmen.

Bei der Verkehrsleistung (Pkm) geht der ZVV – unter Berücksichtigung der bis dahin bereits wirksam werdenden Angebotsverbesserungen - als Grundlage für die Erarbeitung seiner Strategie 2009-2012 beim öffentlichen Orts- und Regionalverkehr für den Zeitraum von 2004 bis 2012 von einer Nachfragesteigerung von 20% aus, was einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von rund 2% entspricht. Sowohl beim öV wie beim MIV sind zur Bewältigung der Nachfragesteigerung und zur Erreichung der verkehrspolitischen Ziele gezielte Angebotsausbauten und betriebliche Optimierungen notwendig.

## 2.3 Wirtschaft

### 2.3.1 Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion unterstützt die Bestrebungen, Zürich als attraktiven Wirtschaftsstandort in Europa zu fördern und zu entwickeln. Durch ihre Dienstleistungen trägt sie zu einem günstigen Wirtschaftsklima für die Unternehmen bei. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) unterstützt zudem die rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Stellensuchenden (Vollzug AVIG), überwacht den Unfallschutz und die Gesundheitsvorsorge in Betrieben (Vollzug UVG und ArG) sowie den Vollzug der flankierenden Massnahmen und fördert den gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau mit kantonalen Mitteln und Bundesmitteln.

### 2.3.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Wirtschaftspolitische Zielsetzung des Kantons Zürich: Legislatorschwerpunkte des Regierungsrates, Studie Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich der Greater Zurich Area, Standortbericht.

### 2.3.3 Umfeldentwicklung (Trends)

- Abnehmende relative Wettbewerbsstärke des Standorts Zürich
- Anziehende wirtschaftliche Dynamik
- Grosser Strukturanpassungsdruck in wichtigen Wirtschaftszweigen (Finanzdienstleistungen, Telekommunikation u.a.)
- Liberalisierung des Personenverkehrs gemäss bilateralen Verträgen mit der EU, inkl. Erweiterung der EU
- Unsichere Prognose bezüglich mittelfristiger Entwicklung der Arbeitslosigkeit
- Längerfristig: Arbeitskräfte könnten als Folge der Alterung der Bevölkerung knapp werden
- Bedeutung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit im GZA-Raum und über die Landesgrenzen hinweg nimmt zu.

### 2.3.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion

Ohne ernsthafte Anstrengungen verliert der Wirtschaftsraum Zürich im globalen und nationalen Umfeld an Wettbewerbsfähigkeit und an Attraktivität. Die Verbesserung der Konjunktur wird sich kurzfristig auf den Arbeitsmarkt und damit auf die Zahl der registrierten Stellensuchenden auswirken. Letztere wird im Jahr 2007 im Jahresdurchschnitt voraussichtlich sinken, in welchem Ausmass ist aber unsicher.



## **2.4 Führungsunterstützung**

### **2.4.1 Aufgaben**

Das Generalsekretariat nimmt als Stabsstelle führungsunterstützende Funktionen für die VD als Organisation, die Direktionsvorsteherin und die Ämter wahr. Insbesondere zählt dazu die Aufarbeitung der strategischen Planung, einschliesslich Controllinginstrumente, für die Legislatur- und Direktionsziele, sowie für komplexe politische Projekte und Themenfelder (z.B. Flughafen). Ferner die Planung, Koordination und Bearbeitung juristischer und politischer Direktionsgeschäfte (Berichte und Anträge an Regierung und Parlament, Vorbereitung von Kommissionssitzungen, Rechtsetzungsprojekte, Rechtspflege etc.). Zudem ist das Generalsekretariat in Absprache mit den Ämtern für eine sach-, zeit- und stufengerechte sowie transparente interne und externe Kommunikation besorgt und erbringt für die Ämter jene Dienstleistungen, deren Zusammenfassung zu einer rationelleren Aufgabenerfüllung führt (z.B. Basisdienstleistungen in der Informatik für alle Mitarbeitenden). Die Europafachstelle ist als Kompetenzzentrum für europarechtliche Fragen Anlaufstelle für andere Direktionen und unterstützt die Direktionsvorsteherin insbesondere bei den Verhandlungen über das An- und Abflugregime zum Flughafen Zürich-Kloten sowie der Pflege der Beziehungen zu den angrenzenden Kantonen und dem grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum.

### **2.4.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)**

Grundlagen bilden neben der Legislaturplanung verschiedene politische Grundsatzentscheide sowie Berichte der Regierung in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft.



### 3. Strategische Ziele

Die Volkswirtschaftsdirektion will einen wesentlichen Beitrag leisten um:

- die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Zürich zu erhalten bzw. zu steigern
- das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen

**Ziel 1: Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Die Interessen des Kantons Zürich bei nationalen Projekten wahren sowie termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr 1.)
- Entwicklung Angebot und Tarif im ZVV (gemäss Zielen Strategie ZVV 2007-2010) 2.)
- Langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastruktur sowie Standardisierung beim Strassenbau 3.)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 1.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Zürcher Verkehrsverbund (Nr. 9300), Finanzierung öffentlicher Verkehr (Nr. 5210), Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs (Nr. 5920), Verkehr und Infrastruktur Strasse (Nr. 5205), Strassenfonds (Nr. 5922) und das Tiefbauamt (Nr. 8400) der BD
- 2.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Zürcher Verkehrsverbund (Nr. 9300), Finanzierung öffentlicher Verkehr (Nr. 5210) und Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs
- 3.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: VIS (Nr. 5205), Strassenfonds (Nr. 5922) und das Tiefbauamt der BD (Nr. 8400)

**Ziel 2: Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich sowie Stärkung des politischen Dialogs auf kantonaler und nationaler Ebene und im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Den politischen Dialog mit Bund, Nachbarkantonen, Gemeinden und Deutschland zur Förderung der Akzeptanz des Flughafens Zürich als nationale Verkehrsinfrastruktur und einer langfristigen Lösung stärken 1.)
- Planungs- und Rechtssicherheit im Rahmen des Sachplans Infrastruktur und des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich sowie des kantonalen Richtplans 2.)
- Eigentümerstrategie für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG 3.)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 1.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppe: GS (Nr. 5000)
- 2.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppe: AFV/Gesamtverkehr (Nr. 5200), GS (Nr. 5000) und Amt für Raumordnung und Vermessung (Nr. 8300) der BD
- 3.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppe: AFV/Gesamtverkehr (Nr. 5200)

**Ziel 3: Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept)**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Den Strategieprozesses (GVK) und das Controlling gestalten und weiterentwickeln 1.)



- Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der weiteren Reformen des Bundes im öffentlichen Verkehr und des Individualverkehrs sichern sowie langfristige Optionen für die Verkehrsfinanzierung entwickeln 2.)
- Politische Steuerungsinstrumente gemäss Gesamtverkehrskonzept entwickeln und implementieren (Strategiebeschluss Strasse, Rahmenkredit Strasse) 3.)
- Neuordnung des Verkehrsrechts 4.)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 1.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: AFV/Gesamtverkehr (Nr. 5200), GS (Nr. 5000) Verkehr und Infrastruktur Strasse (Nr. 5205), Finanzierung öffentlicher Verkehr (Nr. 5210) und Strassenfonds (Nr. 5922)
- 2.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Zürcher Verkehrsverbund (Nr. 9300), Finanzierung öffentlicher Verkehr (Nr. 5210) und Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs (Nr. 5920), Verkehr und Infrastruktur Strasse (Nr. 5205) und Strassenfonds (Nr. 5922).
- 3.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Verkehr und Infrastruktur Strasse (Nr. 5205), AFV/Gesamtverkehr (Nr. 5200), GS (Nr. 5000) und Strassenfonds (Nr. 5922)
- 4.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppe: GS (Nr. 5000), AFV/Gesamtverkehr (Nr. 5200), Verkehr und Infrastruktur Strasse (Nr. 5205), Zürcher Verkehrsverbund (Nr. 9300) und Finanzierung öffentlicher Verkehr (Nr. 5210) sowie bezüglich Verkehrsabgaben das Strassenverkehrsamt (Nr. 3200)

**Ziel 4: Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich im internationalen Wettbewerb**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren, einschliesslich einer Überprüfung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) 1.)
- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg ausbauen 1.)
- Gute Rahmenbedingungen und optimale Dienstleistungen für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmungen fördern, insbesondere auch in wichtigen Branchen und bei Clustern 1.)
- Standortbericht, inkl. Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich (im Rahmen der Stiftung Greater Zurich Area) 1.)
- Innovation und Technologietransfer stärken 2.)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 1.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Amtsleitung Amt für Wirtschaft und Arbeit (Nr. 5300) und Standortförderung (Nr. 5300-20)
- 2.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Amtsleitung Amt für Wirtschaft und Arbeit (Nr. 5300) und Standortförderung (Nr. 5300-20) in enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion
- Bemerkung: Die Standortqualität wird nebst Faktoren wie Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur, Bildungsmöglichkeiten, Lebensqualität usw. wesentlich durch die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Arbeitskräften und einem kompetitiven Steuersystem beeinflusst .

**Ziel 5: Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. –suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zurückführen 1.) sowie Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärken (interinstitutionelle Zusammenarbeit, IIZ) 2.)
- Umsetzen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit 3.)
- Aufbau und Umsetzung des Vollzugs des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) 3.)



*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 1.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Leistungen für Ausgesteuerte (Nr. 5300-50) und Vollzug AVIG/Arbeitsmarkt (Nr. 5300-40)
- 2.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Amtsleitung Amt für Wirtschaft und Arbeit (Nr. 5300) und Leistungsgruppe Vollzug AVIG/Arbeitsmarkt (Nr. 5300-40) in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt (Nr. 3500) der Direktion für Soziales und Sicherheit
- 3.) Federführung bei der VD. Hauptsächlich beteiligte Leistungsgruppen: Arbeitsbedingungen (Nr. 5300-30) und Standortförderung (Nr. 5300-20)



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
<b>Gesamtverkehr</b>				
Stadtbahn Glattal (Finanzierung Landerwerb und feste Anlagen durch Verkehrsfonds)	-555	2000	2002	2002-2011
Staatsbeitrag an das Projekt Durchgangsbahnhof Löwenstrasse (Finanzierung durch Verkehrsfonds)	-580	1999	2001	ab 2002
S-Bahn: 3. Teilergänzung	-96	2001	2003	2005-2008
Tram Zürich West	-48	2003	2007	ab 2008
Westumfahrung Zürich	-595		1996	1996-2011
N4 im Knonauer Amt	-215		1970	2002-2010
Einhausung Schwamendingen	-51		2006	2007-2013
Tramplanung Stadt Zürich	-190			ab 2012
Ergänzung Durchmesserlinie	-132			
Leistungssteigerung Oerlikon - Winterthur	-120			ab 2012
S-Bahn: 4. Teilergänzung	-215			
Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstr. / Tram ZH West	-63	2004		2008-2011
Ausführungsprojekt Oberlandautobahn	-3	2003		2005-2008

### 4.2 Übrige Investitionen

Übrige Investitionen in Mio. Fr.	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Total	-140	-132	-133	-131	-112

### 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Grundsätzlich haben alle Vorhaben/Investitionen Auswirkungen auf die Laufende Rechnung. Es sind hier nur Massnahmen und Projekte aufgeführt, die einen engen Bezug zu den strategischen Zielen oder Entwicklungsschwerpunkten haben.



Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Innovationsförderung	1999	ab 2000	- 1.0
Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen	2003	ab 2003	-0.4

## 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

### 4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	692	927	982	953	965	966
Aufwand	-961	-1'223	-1'288	-1'286	-1'306	-1'319
<b>Saldo</b>	<b>-269</b>	<b>-296</b>	<b>-306</b>	<b>-333</b>	<b>-341</b>	<b>-353</b>
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	13	418	387	374	297	217
Ausgaben	-219	-893	-812	-766	-580	-513
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-206</b>	<b>-475</b>	<b>-425</b>	<b>-392</b>	<b>-283</b>	<b>-296</b>

#### Rechnung 2006:

Die Zahlen in der Spalte R 2006 sind ohne das noch bis Ende 2006 buchhalterisch zur Volkswirtschaftsdirektion gehörende Amt für Landschaft und Natur (ALN) ausgewiesen (Saldo ALN 2006 = -53 Mio. CHF).

#### Budget 2007:

Im Budget 2007 fielen die Zahlen vom Amt für Landschaft und Natur (ALN) weg, dafür wurden neu die Budgetzahlen der Amtsstelle Verkehr und Infrastruktur Strassen (VIS) berücksichtigt.

### 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

#### A) Veränderungen Volkswirtschaftsdirektion

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Volkswirtschaftsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent.

(+ Verbesserungen, - Verschlechterungen)



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	54.9	39.4	+5.9%	+4.3%
Aufwand	-65.3	-77.3	-5.3%	-6.3%
Saldo	-10.4	-37.9	-3.5%	-12.8%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-31.3	-99.1	-7.5%	-23.7%
Ausgaben	81.1	225.0	+9.1%	+25.2%
Nettoinvestitionen	49.9	125.9	+10.5%	+26.5%

#### Wesentliche Entwicklungen der Volkswirtschaftsdirektion

- Übernahme der Einlage von 20 Mio. CHF für den Strassenfonds (zu Gunsten der Glattalbahn) vom GS der Baudirektion ins GS der Volkswirtschaftsdirektion (wurde im Budget 2007 nicht erwähnt, da die Budget-Einstellung erst mit Novemberbrief für den Voranschlag 2007 erfolgte).
- Mit dem Inkrafttreten der NFA werden die Restbuchwerte der Nationalstrassen ab 2008 als Investitionsbeiträge an den Bund geführt (Wechsel Anlagekategorie). Dies hat eine Erhöhung des Abschreibungssatzes von 10 auf 15% und damit zusätzliche jährliche Abschreibungen von ca. 30 Mio. CHF zur Folge.
- Investitionen: In den Planjahren 2010 / 2011 nehmen die Nettoinvestitionen um 10.5 respektive 26.5 % ab. Gründe dafür sind einerseits das Inkrafttreten des NFA (Reduktion Kosten Nationalstrassenbau), andererseits die ab 2010 auslaufenden Baukosten der Glattalbahn.

#### Wesentliche Entwicklungen bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs:

- Beiträge an den ZVV in Mio. CHF: 157.6 (Ist 2006); 158.0 (B 2007); 171.6 (B 2008); 191.6 (2009); 197.8 (2010); 207.8 (2011)
- Übertrag in den Verkehrsfonds in Mio. CHF: 85 (Ist 2006); 83 (B 2007); 83 (B 2008); 93.5 (2009); 94.1 (2010); 95.5 (2011)
- Rückerstattungen ZVV: Die Erträge entsprechen den Rückerstattungen von Staatsbeiträgen aus Abrechnungen der einzelnen Rahmenkreditjahre. Dank den guten Verkehrserträgen in der Verbandsrechnung 2006 kann auch 2008 eine substantielle Rückerstattung erfolgen.

#### B) Veränderungen Leistungsgruppen (saldowirksam)

Da die Fonds der Volkswirtschaftsdirektion für das Budget saldoneutral sind, jedoch grosse Abweichungen bei den Entnahmen und Einlagen in/aus Fondsbeständen aufweisen, wurde das Budget für die bessere Verständlichkeit der Abweichungsbegründungen in 2 Bereiche aufgeteilt: in Leistungsgruppen VD (saldowirksam) sowie in Fonds VD (saldoneutral).

**Veränderungen der Leistungsgruppen 5000, 5200, 5205 und 5300:**

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	+27.9	+5.3	+7.0%	+1.3%
Aufwand	-38.3	-43.1	-5.5%	-6.2%
Saldo	-10.4	-37.9	-3.5%	-12.8%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-31.3	-99.1	-7.5%	-23.7%
Ausgaben	+68.1	+151.4	+10.8%	+24.0%
Nettoinvestitionen	+36.9	+52.2	+17.2%	+24.4%

**B1. Veränderung Budgetentwurf Leistungsgruppen gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung:**

Ertrag erhöht sich um 27.9 Mio. CHF oder 7.0%. Wichtigste Ursache:

+ 20 Entnahme von 20 Mio. CHF aus Strassenfonds für Sonderabschreiber Glattalpbahn in der Leistungsgruppe Verkehrs- und Infrastruktur Strasse (VIS). Diese Entnahme wurde im Budget 2007 nicht budgetiert, wird jedoch in der Rechnung übertragen werden.

Aufwand erhöht sich um 38.3 Mio. CHF oder 5.5%. Wichtigste Ursachen:

-30 VIS: Durch Inkrafttreten der NFA werden die Restbuchwerte der Nationalstrassen ab 2008 als Investitionsbeitrag an den Bund geführt. Der Abschreibungssatz erhöht sich dadurch von 10 auf 15 %.

- 14 Höherer Beitrag an den ZVV durch Inkrafttreten des NFA.

**Investitionsrechnung:**

Nettoinvestitionen sinken 2008 um 36.9 Mio. CHF oder 17.2%. Wichtigste Ursache:

+ 38.0 VIS: Die Bruttoinvestitionen im Nationalstrassenbau reduzieren sich durch Inkraftsetzung des NFA sowie der auslaufenden Projekte der Netzfertigstellung (+ 27.9); Reduktion Staatsstrassen-Investitionen (+ 41.4); Tiefere Staatsbeiträge aufgrund NFA (- 31.8).

**B2. Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung:**

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Aufwand durchschnittlich um 43.1 Mio. CHF oder 6.2% über dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursache:

- 35 Finanzierung öffentlicher Verkehr: Die Beiträge an den ZVV steigen von 158 Mio. CHF im VA 2007 auf 208 Mio. CHF bis ins Planjahr 2011.

**Investitionsrechnung:**

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Volkswirtschaftsdirektion durchschnittlich 52.2 Mio. CHF oder 24.4% weniger als im Jahr 2007. Wichtigste Ursache:

+ 54.5 VIS: Durch die Verlagerung der Investitionskosten Nationalstrassen mit dem NFA sinken die Investitionen von 589.5 (VA 2007) bis auf 322.5 im Planjahr 2011. Dadurch sinken gleichzeitig auch die Investitionsbeiträge des Bundes.

**C) Veränderungen Fonds (nicht saldowirksam)****Veränderungen der Fonds (Verkehrsfonds, Flughafenfonds, Strassenfonds):**

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	+27.0	+34.1	+5.1%	+6.5%
Aufwand	-27.0	-34.1	-5.1%	-6.5%
Saldo	0.0	0.0	0.0%	0.0%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	0.0	0.0	0.0%	0.0%
Ausgaben	+13.0	+73.7	+5.0%	+28.2%
Nettoinvestitionen	+13.0	+73.7	+5.0%	+28.2%

**C1. Veränderung Budgetentwurf Fonds gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung Fonds (saldoneutral)**

Ertrag erhöht sich um 27 Mio. CHF oder 5.1%. Wichtigste Ursache:

+ 23.4                      Strassenfonds: Höhere Entnahme aus dem Bestand Strassenfonds für die Kostendeckung VIS (+ 16.2). Budgetierte Mehreinnahmen aus LSVA, Mineralölsteuer und Vignetten (+ 7.2).

Aufwand erhöht sich um 27 Mio. CHF oder 5.1%. Wichtigste Ursache:

- 28.4                      Strassenfonds: Höherer Fondsübertrag zur Kostendeckung an TBA und VIS.

**Investitionsrechnung**

Nettoinvestitionen sinken 2008 um 13.0 Mio. CHF oder 5.0%. Wichtigste Ursache:

+ 13                        Verkehrsfonds: Tiefere Investitionsbeiträge an Bund (+ 29.1) und an GMU (+ 3.6); Höhere Staatsbeiträge an Gemeinden (- 19.7).

**C2. Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Ertrag und der Aufwand durchschnittlich um 34 Mio. CHF oder 6.5% über dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursache:

+/- 30                      Die Fondsrechnungen als ‚Durchlauf‘ der Entnahmen aus dem Fondsbestand und der internen Belastung der Kosten von VIS und TBA wirken saldoneutral. Wesentlichste Abweichungen beim Verkehrsfonds (28 Mio. CHF).

**Investitionsrechnung**

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Volkswirtschaftsdirektion im Fondsbereich durchschnittlich 73.7 Mio. CHF oder 28.2% weniger als im Jahr 2007. Wichtigste Ursache:

-74                        Verkehrsfonds: Sinkende Investitionsbeiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmen.



#### 4.4.3 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 5920 (Verkehrsfonds)

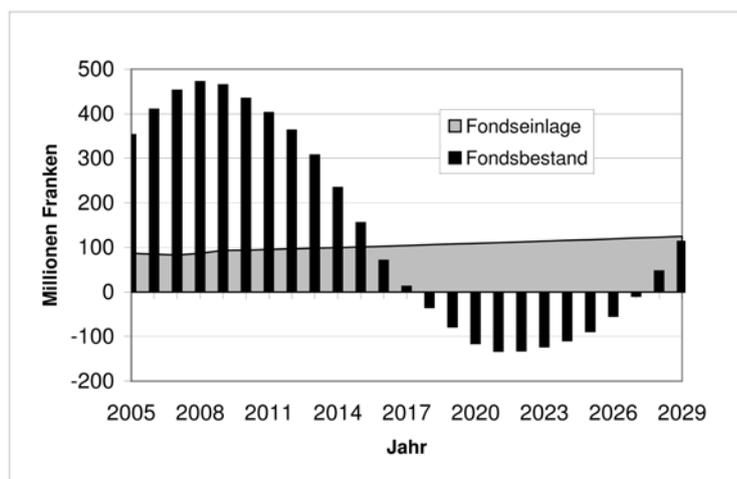
##### A) Bestandesrechnung und Erfolgsrechnung

in Mio. CHF	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Bestandesrechnung</b>				
5920 1169 0800 Beiträge aus dem Fonds (Anlagenbestand)	635.4	762.7	771.3	811.4
5920 2280 0000 Fondsbestand	-467.9	-460.7	-430.0	-398.0
<b>Erfolgsrechnung</b>				
5920 3312 0000 Abschreibungen	-68.4	-95.3	-114.4	-115.7
5920 3820 0000 Einlage in das Bestandeskonto	-15.4	-	-	-
5920 3940 0000 Zinsaufwand	-17.1	-23.8	-28.6	-28.9
5920 4364 0000 Rückerstattungen	0.9	0.9	0.9	0.9
5920 4820 0000 Entnahmen aus dem Bestandeskonto	-	7.2	30.7	32.1
5920 4940 0000 Zinsertrag	17.0	17.5	17.3	16.1
5920 4990 0000 Übertrag aus Laufender Rechnung (Fondseinlage)	83.0	93.5	94.1	95.5

Die Fondseinlage wurde im Rahmen der des Sanierungsprogramms 2004 und des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 2006 von 2004 bis 2008 um insgesamt 43.7 Mio. CHF reduziert. Der Fondsbestand erhöht sich trotzdem bis Ende 2008 auf 467.9 Mio. CHF. Diese Entwicklung ist notwendig, um die anstehenden Grossprojekte (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, Stadtbahn Glattal, 4. Teilergänzungen, Ergänzungen Durchmesserlinien, Tram Zürich West) ohne eine hohe und lang andauernde Fondsverschuldung finanzieren zu können. Der Fondsbestand wird entsprechend ab 2009 kontinuierlich abgebaut. Bei einer mit der Teuerung ansteigenden Einlage wird der Fondsbestand im Jahre 2018 erstmals negativ, um sich nach einer Phase des Unterbestands bis 2028 zu erholen.

##### B) Entwicklung Fondsbestand

Folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Fondsbestandes bis 2029.



**C) Investitionsrechnung**

in Mio. CHF	B 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Investitionsrechnung</b>				
5920 5600 0000 Investitionsbeiträge an den Bund	-96.4	-60.9	-67.0	-123.4
5920 5620 0000 Investitionsbeiträge an Gemeinden	-28.0	-22.4	-18.1	-2.2
5920 5640 0000 Investitionsbeiträge an gemischtwirtsch. Unternehmen	-123.6	-139.3	-37.9	-30.2
Saldo Investitionsrechnung	-248.0	-222.6	-123.0	-155.8
<b>davon Investitionsbeiträge an Grossprojekte (Kredit)</b>				
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse (- 580.0)	-81.6	-60.9	-67.0	-68.0
Stadtbahn Glattal (- 555.0)	-124.2	-132.0	-31.9	-16.0
3. Teilergänzungen (- 95.8)	-14.8			
Tram Zürich West (- 48)	-18.5	-13.3	-13.3	-0.5
4. Teilergänzungen S-Bahn (- 215)				-43.6
Ergänzung Durchmesserlinie (- 132)				-18.8
<b>Total Grossprojekte (-1'230.8)</b>	<b>-239.1</b>	<b>-206.2</b>	<b>-112.2</b>	<b>-146.9</b>

In der KEF-Periode entfällt der grösste Teil des Investitionsvolumens auf die erwähnten Grossprojekte. Für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, die Stadtbahn Glattal und die 3. Teilergänzungen liegen die Kreditgenehmigungen vor. Der Kredit für das Tram Zürich West ist vom Kantonsrat beschlossen, muss aber noch dem Volk unterbreitet werden. Die Verfahren zur Kreditgenehmigung für die 4. Teilergänzungen zur S-Bahn sowie für die Ergänzungen zur Durchmesserlinie müssen noch eingeleitet werden. Die übrigen Beiträge verteilen sich auf diverse kleine Positionen. Mitfinanziert werden Infrastruktur-Objekte der SBB, der Gemeinden und ihrer Verkehrsbetriebe sowie solche von Privatbahnen und Busunternehmen.



## **5. Leistungsgruppen**

**5000 Generalsekretariat (GS)**

**5200 Amt für Verkehr (AFV)**

**5205 Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)**

**5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr**

**5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)**

**5300\_10 Amtsleitung, Stab, Dienste**

**5300\_20 Standortförderung**

**5300\_30 Arbeitsbedingungen**

**5300\_40 Vollzug AVIG: RAV, AMM, ALV**

**5300\_50 Leistungen für Ausgesteuerte**

**5300\_70 Wohnbauförderung**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	3.0	3.8	0.1	4.3	0.2	4.4	0.5	4.6	4.6	51.2
- Interne Informatik-Dienstleistungen	2.1	2.8		3.3		3.3		3.3	3.3	
Aufwand	-7.6	-30.1	-20.1	-30.3	-0.3	-10.5	-0.6	-10.8	-10.9	43.5
- Übertrag für Sonderabschreibungen Glattabahn		-20.0		-20.0						
Saldo	-4.6	-26.3	-20.1	-26.0	-0.1	-6.1	-0.0	-6.3	-6.3	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.0	-1.8	-0.4	-0.9	-0.4	-0.9	0.1	-0.3	-0.2	-0.7
Nettoinvestitionen	-0.0	-1.8	-0.4	-0.9	-0.4	-0.9	0.1	-0.3	-0.2	-0.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	33.2	38.5	1.0	38.5	-2.0	35.5	-2.5	35.0	35.0	

**Aufgaben**

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin und die Ämter
- A2 Bearbeitung / Koordination der Direktionsgeschäfte
- A3 Dienstleistungen für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen
- A4 Europafachstelle

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Weiterentwicklung der führungsunterstützenden Instrumente für die Direktionsvorsteherin	2008	0
E2 Neuordnung des Verkehrsrechts	2011	3
E3 Personalentwicklungsstrategie	2009	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) 1)		5,1		>5		>5	
W2 Gutgeheissene oder teilweise gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden		33%	<20%	<20%	<20%	<20%	<20%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl von der VD erledigte Rekurse		28	45	45	45	45	45
L2 Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze 2)		1090	905	905	905	905	905
L3 Anteil Rekurse, die innerhalb vier Monaten erledigt sind		36%	>60%	>60%	>60%	>60%	>60%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe 5000	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-26.034
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.900

Budget	Leistungsgruppe 5000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- 1) Internetumfrage alle zwei Jahre bei allen PC-Benutzern der VD durch das Statistische Amt (Note im 2006: 5,1).
- 2) Die Planzahlen wurden wegen des Wechsel des ALN in die Baudirektion bereits im KEF Vorjahr nach unten angepasst.

**Sonstige Bemerkungen**

- 2007: Verschiebung der Budgetposten der Europafachstelle vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ins Generalsekretariat der Volkswirtschaftsdirektion.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Planjahr 2008 erfolgt die letzte Einlage über 20 Mio. CHF für die Sonderabschreibung Glattalbahn über das Generalsekretariat.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Ab Planjahr 2009 müssen Stellen gemäss Sanierungsprogramm 04 abgebaut werden. Es handelt sich um befristet bewilligte Stellen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Übernahme der Einlage von 20 Mio. CHF zu Gunsten der Glattalbahn vom Generalsekretariat der Baudirektion für den Strassenfonds ins Generalsekretariat der Volkswirtschaftsdirektion (wurde im Budget 2007 nicht erwähnt, da die Budget-Einstellung erst mit Novemberbrief für den Voranschlag 2007 erfolgte).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	3.6	3.6	-0.1	3.5	-0.1	3.5	-0.2	3.4	3.3	-8.9
Aufwand	-6.9	-7.9	0.1	-7.5	0.1	-7.3	0.2	-7.2	-7.2	4.3
- Abschreibungen auf Investitionsbeiträge	-1.2	-1.0	0.0	-0.9	0.0	-0.7	0.0	-0.6	-0.5	
- Zinsen auf Verwaltungsvermögen	-0.3	-0.3	0.0	-0.2	0.1	-0.2	0.1	-0.2	-0.1	
Saldo	-3.2	-4.3	0.1	-4.0	0.0	-3.9	0.0	-3.8	-3.8	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	13.1	15.6	-0.1	15.5	-0.1	15.5	-0.1	15.5	15.5	

**Aufgaben**

- A1 Strategieplanung für alle Verkehrsträger für Personen- und Güterverkehr
- A2 Überwachen und steuern der Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption und -strategie mittels eines umfassenden Controllings
- A3 Aufbau einer Eigentümerstrategie und einer strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr sowie kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr
- A4 Überwachung der Einhaltung der An- und Abflugrouten und der Nachtflugordnung des Flughafens Zürich

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Vollständige Umsetzung Neuorganisation Gesamtverkehr	2008	0
E2 Definition und Etablierung des Strategieprozesses Gesamtverkehr	2008	3
E3 Implementierung der Controlling-Instrumente und -Prozesse zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption, einschliesslich Gesamtverkehrsmodellierung	2009	3
E4 Weiterentwicklung und Auswahl von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung	2010	3
E5 Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL)	2011	2

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Interregionale Erreichbarkeit Kt. Zürich (Index)	P	130.1	132.0	130.5	130.5	130.5	130.5
W2 Interkontinentale Erreichbarkeit Kt. Zürich (Index)	P	110.9	110.0	111.0	111.0	111.0	111.0
W3 NOx-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	6'670	6'347	6'030	5'710	5'390	5'140
W4 PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	629	624	619	614	609	596
W5 CO2-Emissionen im Strassenverkehr (in 1'000 t)	P	2'057	2'062	2'068	2'074	2'079	2'078

**Leistungen**

L1 Bimodaler Modal Split (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte)	P	27.8	27.6	27.8	27.6	27.6	27.6
L2 Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperr	P	5'205	5'300	5'300	5'400	5'500	5'500
L3 Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements	P	353	260	300	260	260	260
L4 Anzahl interne Berichte zum Berichtswesen Beteiligungscontrolling	P	30	25	30	30	30	30

**Wirtschaftlichkeit**

**Leistungsgruppe 5200 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.016  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 5200**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- W1: Die gegenüber dem Budget 2007 tieferen Indexwerte bei der interregionalen Erreichbarkeit sind vor allem auf die Gewichtungen des BIP und der einzelnen Zeitfenster zurückzuführen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Verbesserung um 270'000 CHF, insbesondere wegen den um 220'000 CHF tiefer budgetierten Fremdaufträgen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	280.1	18.5	316.7	33.9	301.2	20.5	297.4	300.8		
- Übertrag aus Strassenfonds	271.4		287.7		292.3		288.4	291.8		
Aufwand	-280.1	-18.5	-316.7	-33.9	-301.2	-20.5	-297.4	-300.8		
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-66.5	19.9	-52.3	-7.5	-57.8	-7.3	-56.5	-53.2		
- Abschreibungen	-118.0	-27.4	-154.7	-19.8	-156.7	-11.9	-156.5	-154.5		
- Sonderabschreibungen Glattalbahn	-20.0	0.0	-20.0							
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen	409.8	-25.7	378.5	-24.0	366.0	1.8	289.4	209.7	275.6	
- Investitionsbeiträge Bund an Nationalstrassen	397.7	-32.2	361.5	-31.0	357.5	-3.7	281.5	202.5	0.0	
Ausgaben	-621.9	62.5	-552.7	62.7	-532.3	55.7	-444.5	-344.7	-416.0	
- Investitionen in Nationalstrassen	-474.8	5.1	-460.0	10.5	-450.0	-8.0	-360.0	-260.0	0.0	
Nettoinvestitionen	-212.2	36.7	-174.2	38.7	-166.3	57.5	-155.1	-135.0	-140.5	
Personal (Beschäftigungsumfang)	76.0	0.0	76.0	0.0	76.0	0.0	76.0	76.0		

**Aufgaben**

- A1 Erarbeitung der Strategien in den Bereichen Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen, Radwege, Verkehrsmanagement sowie der Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur
- A2 Planungs-, Projektierungs- und Realisierungsprogramme
- A3 Projektierung bis zum Vorliegen von Bau- und Kreditbewilligung, bzw. Übertragung der Aufgabe an das Tiefbauamt
- A4 Beitragswesen und Baupolizei

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Vervollständigen des beschlossenen Nationalstrassennetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen		1
E2 Vervollständigen des Radwegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen		0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Fr. pro Jahr, inkl. Land)	min.	11.4	13.2	14.0	14.0	14.0	14.0
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

**Leistungsgruppe 5205 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-552.665
Gesperrte Kredite:	
Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse	-4.6

**Budget Leistungsgruppe 5205**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Höherer projektbezogener Staatsstrassenunterhalt von 14.9 Mio. Fr.
- Mit der Inkraftsetzung der NFA werden die Restbuchwerte der Nationalstrassen ab 2008 als Investitionsbeiträge an den Bund geführt. Dies hat eine Erhöhung des Abschreibungssatzes von 10 auf 15% und damit zusätzliche jährliche Abschreibungen von ca. 30 Mio. Fr. zur Folge.
- Reduktion der Unterhaltsbeiträge an Gemeinden von 14 Mio. Fr. infolge Anpassung des Berechnungsfaktors.

**Investitionsrechnung**

- Reduktion der Staatsstrassen-Investitionen um 41.4 Mio. Fr. aufgrund aktualisierter Projektplanung.
- Die Bruttoinvestitionen im Nationalstrassenbau reduzieren sich um 27.9 Mio. Fr. wegen der Inkraftsetzung der NFA im Jahre 2008 sowie der auslaufenden Projekte der Netzfertigstellung. Entsprechend reduzieren sich auch die Investitionsbeiträge vom Bund (- 31.8 Mio. Fr.)

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ab 2009 Wegfall der Sonderabschreibungen von 20 Mio. Franken für die Stadtbahn Glattal

**Investitionsrechnung**

- Abnahme der Nationalstrassen-Investitionen und entsprechend weniger Investitionsbeiträge des Bundes wegen der Einführung der NFA im Jahre 2008 sowie der auslaufenden Projekte der Netzfertigstellung.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Mit der Inkraftsetzung der NFA werden die Restbuchwerte der Nationalstrassen ab 2008 als Investitionsbeiträge an den Bund geführt. Dies hat eine Erhöhung des Abschreibungssatzes von 10 auf 15% und damit zusätzliche jährliche Abschreibungen von ca. 30 Mio. Fr. zur Folge.
- Projektbezogene Schwankungen im Staatsstrassenunterhalt von jährlich zwischen 9 und 18 Mio. Fr.
- Weniger Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen wegen geänderter Abschreibungspraxis bei den ab 2008 im Rahmen der NFA neu als Investitionsbeiträge geführten Nationalstrassen.

**Investitionsrechnung**

- Abnahme der Bruttoinvestitionen im Nationalstrassenbau wegen der Inkraftsetzung der NFA im Jahre 2008 sowie der auslaufenden Projekte der Netzfertigstellung. Entsprechend reduzieren sich auch die Rückerstattungen vom Bund.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	9.9	20.6	14.4	14.4						-100.0
Aufwand	-242.6	-241.0	11.7	-254.6	2.6	-285.1	4.9	-291.9	-303.3	25.0
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-157.6	-158.0	7.9	-171.6	2.6	-191.6	4.9	-197.8	-207.8	
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-85.0	-83.0	3.8	-83.0	0.0	-93.5	0.0	-94.1	-95.5	
Saldo	-232.8	-220.4	26.1	-240.2	2.6	-285.1	4.9	-291.9	-303.3	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11 )

Einnahmen	
Ausgaben	
Nettoinvestitionen	
Personal (Beschäftigungsumfang)	

**Aufgaben**

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"	bis	Direktionsziel Nr.
		0

**Indikatoren**

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"							
<b>Leistungen</b>							
L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"							

<b>Leistungsgruppe 5210</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-240.167
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

<b>Budget</b>	<b>Leistungsgruppe 5210</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Leistungsgruppe 5210 ist auf die Finanztransaktionen „Beitrag an den ZVV“ bzw. „Rückerstattungen des ZVV“ sowie „Übertrag in den Verkehrsfonds“ beschränkt. Die Entwicklungsschwerpunkte und Indikatoren werden dort aufgezeigt, wo die materielle Planung erfolgt, nämlich in den Leistungsgruppen 9300 „ZVV“ und 5920 „Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs“. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an den ZVV (Leistungsgruppe 9300) und dem Übertrag in den Verkehrsfonds.
- Beitrag des Kantons an den ZVV in Mio. CHF 157.6 (Ist 2006); 158.0 (VA 2007); 171.6 (VA 2008); 191.6 (2009); 197.8 (2010); 207.8 (2011)
- Übertrag in den Verkehrsfonds in Mio. CHF 85 (Ist 2006); 83 (VA 2007); 83 (VA 2008); 93.5 (2009); 94.1 (2010); 95.5 (2011)
- Die Erträge entsprechen den Rückerstattungen von Staatsbeiträgen aus Abrechnungen der einzelnen Rahmenkreditjahre.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Höherer Beitrag an den ZVV durch Inkrafttreten des NFA (14 Mio. CHF)

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	90.7	91.8	-0.6	89.0	-2.0	88.6	-2.9	89.9	91.4	0.8
- Vollzug AVIG	79.7	81.1		78.6		78.1		79.4	80.9	
Aufwand	-119.4	-136.4	4.5	-124.7	4.1	-126.7	4.7	-129.0	-131.3	10.0
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-73.4	-81.1		-78.6		-78.1		-79.4	-80.9	
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-22.8	-27.6		-20.6		-21.4		-21.8	-22.2	
Saldo	-28.6	-44.5	3.9	-35.7	2.1	-38.1	1.8	-39.1	-39.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	9.5	8.1	0.0	8.1	0.0	8.1	0.0	7.6	7.6	8.2
Ausgaben	-4.2	-8.0	0.0	-10.0	0.0	-10.0	0.0	-12.6	-12.6	-9.6
Nettoinvestitionen	5.3	0.1	0.0	-1.9	0.0	-1.9	0.0	-5.0	-5.0	-1.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	619.9	634.9	-34.6	600.3	-33.1	601.8	-33.1	601.8	601.8	

**Aufgaben**

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
- A2 Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
- A3 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
- A4 Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IZ) stärken und ausweiten	2009	5
E2 Vollzug der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU	2009	5
E3 Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Arbeitssicherheit (Umsetzung der EKAS-Richtlinie 6508)	2010	0
E4 Clusterentwicklung in zukunftssträchtigen Branchen	2010	4
E5 Ausbau der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg	2010	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton ZH 1)	min.	564	400	400	400	400	400
W2 Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze 1)	min.	450	400	400	400	400	400
W3 Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006-09 mit dem seco 2)	min.	101	100	100	100	100	100
W4 zu ausreichender Wohnraumversorgung für Personen mit niedrigerem Einkommen: Wohnungsbelegung gemäss Subventionsanforderungen WBF-Recht 3)	min.	94.5%	90%	93%	93%	93%	93%
<b>Leistungen</b>							
L1 Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte 1)	min.	24	20	20	20	20	20
L2 Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen 4)	P	22 049	21 000	16 000	16 000	16 000	16 000
L3 Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen 4)	P	38 356	26 000	40 000	40 000	40 000	40 000
L4 Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) 5)	min.	1290	1200	1250	1250	1250	1250
L5 Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) 6)	P	33 770	28 - 33 000	25 - 30 000	25 - 30 000	25 - 30 000	25 - 30 000
L6 Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte: Anzahl Teilnehmende (vor Prüfung der Projektabrechnungen)	P	1159	1500	1200	1300	1300	1300
L7 Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen)	P	75	200	200	200	200	200
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Wirtschaftliche Betriebsführung, so dass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: Vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nch Art. 92 Abs. 7bis, Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG)	min.	99.2%	99.9%	99.9%	99.9%	99.9%	99.9%

Leistungsgruppe 5300	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-35.723
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.018

Budget	Leistungsgruppe 5300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

## Allgemeine Bemerkungen

### Indikatoren

- 1) Angaben gemäss Businessplan der Unternehmen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheidung der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.
- 2) Der Wirkungsindex umfasst folgende Komponenten: Rasche Wiedereingliederung der Stellensuchenden, Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden, Aussteuerungen vermeiden, Wiederanmeldungen vermeiden. Die entsprechenden Indikatoren werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) erhoben und berechnet (CH=100). Die aktuellste verfügbare definitive Berechnung bezieht sich auf Jan. - Dez. 2005.
- 3) Bei den übrigen Wohnungen wird die Verbilligung der Subventionsleistung aufgehoben, ausser bei Leerständen.
- 4) Durch die bilateralen Abkommen /Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU fand ein Systemwechsel statt: Seit 1. Juni 2004 wird der Aufenthalt für Bürger/innen der bisherigen EU/EFTA-Länder ohne arbeitsmarktliche Prüfung im Einzelfall direkt durch das Migrationsamt geregelt. Kurzfristige Tätigkeiten in der Schweiz sind den Arbeitsmarktbehörden zu melden (Meldeverfahren). Arbeitnehmende aus Ländern der EU-Erweiterung bleiben bewilligungspflichtig. Für sie werden seit 1.4.2006 neue Kontingente geführt. Die Bewilligungen für Personen aus dem zweiten Kreis (BVO) bleiben bestehen, allerdings entfällt mit dem neuen Ausländergesetz am 1.1.2008 die Bewilligungspflicht von Stellen- und Kantonswechseln.
- 5) Neuer umfassenderer Indikator im Rahmen der Umsetzung der revidierten ASA-Richtlinie
- 6) Diese Angaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) und anderer Institute.

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

### Erfolgsrechnung

Aufwand: B07 - P08 = 11,6 Mio. (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung des Saldos)

- + 1,1 Mio. Personalaufwand: Reduktion des Personalbestandes um 34,6 Vollzeitäquivalente; Stufenanstieg, Beförderung und Teuerungszulage von insgesamt 2,6% (-1,4 Mio.)
- + 1,8 Mio. Sachaufwand: Reduktion des Personalbestand hat Reduktion des Sachaufwandes zur Folge; im B07 ist die flächendeckende Neubeschaffung der Hard- und Software fürs AWA berücksichtigt
- + 8,7 Mio. Eigene Beiträge: Reduktion des Kantonsbeitrages an den AVIG-Vollzug (7,0 Mio.), v.a. weil mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA) der Finanzkraftindex in der Berechnung entfällt; Reduktion der Beiträge an Weiterbildungsprogramme für Ausgesteuerte (1.2 Mio.); Verschiebung der Europafachstelle ins GS VD (0,5 Mio.)

Ertrag: B07 - P08 = -2,8 Mio. (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung des Saldos)

- 0,1 Mio. Vermögenserträge: tiefere Mietzinszuschläge und Zinsen auf Wohnbaudarlehen wegen neuem Wohnbauförderungsrecht
- 0,3 Mio. Entgelte: Wegfall gewisser Bewilligungskategorien im neuen Ausländerrecht für Personen aus dem zweiten Kreis
- 2,2 Mio. Beiträge für eigene Rechnung: tiefere Rückerstattung des Bundes für den Vollzug AVIG wegen tieferem Aufwand (für den Kanton saldoneutral)

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Reduktion um zwei Stellen bei den Arbeitsbewilligungen für Personen aus dem Ausland (Entlastungsprogramm 08). Reduktion um eine weitere Stelle in dieser Abteilung als Beitrag zum Budgetausgleich.
- Reduktion um 31.9 Stellen im Vollzug AVIG wegen rückläufiger Zahl der Stellensuchenden.
- Reduktion um 0.5 Stellen in der Wohnbauförderung als Beitrag zum Budgetausgleich 2008.

### Indikatoren

- L2 : Mit dem neuen Ausländergesetz entfällt am 1.1.2008 die Bewilligungspflicht von Stellen- und Kantonswechsel für Personen aus dem zweiten Kreis (BVO).
- L3 : Die Entwicklung der Zahl der Meldeverfahren für Personen aus den "alten" EU-EFTA-Staaten wurde unterschätzt.

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

### Erfolgsrechnung

- In den Jahren 2009 - 2011 sind bisher keine wichtigen Veränderungen absehbar oder geplant.

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Reduktion des Kantonsbeitrags an die Finanzierung des AVIG-Vollzug um rund 2 Mio. pro Jahr aufgrund aktualisierter Schätzung.
- Stellenreduktion im Vollzug AVIG wirkt sich auf Aufwand- wie auf Ertragsseite aus (saldoneutral) mit rund 3 Mio. pro Jahr.
- Stellenreduktion für Arbeitsbewilligungen.
- Weniger Beiträge der Standortförderung geplant.
- Zusätzlicher Kontrolleur für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen und die Bekämpfung der Schwarzarbeit.
- Weniger Gebührenertrag für Arbeitsbewilligungen, da mit dem neuen Ausländerrecht ab 2008 einige Bewilligungskategorien wegfallen: rund 0.3 Mio. pro Jahr.
- Reduktion der Beiträge an Weiterbildungsprogramme für Ausgesteuerte (-1.2 Mio.) im 2008

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Reduktion um 2.0 Stellen bei den Arbeitsbewilligungen für Personen aus dem Ausland (Entlastungsprogramm 08)
- Reduktion um 31.9 Stellen im Vollzug AVIG wegen rückläufiger Zahl der Stellensuchenden (in der Erfolgsrechnung saldoneutral)
- Reduktion um 1.0 Stelle bei den Arbeitsbewilligungen und um 0.5 Stellen bei der Wohnbauförderung als Beitrag zum Budgetausgleich 08

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	3.4	3.9	-0.1	3.8	-0.0	3.9	-0.1	4.0	4.0	18.2
Aufwand	-4.9	-5.5	-0.1	-5.5	-0.2	-5.7	-0.1	-5.7	-5.8	19.6
Saldo	-1.5	-1.6	-0.1	-1.7	-0.2	-1.7	-0.2	-1.8	-1.8	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.2	28.2	0.0	28.2	0.0	28.2	0.0	28.2	28.2	

**Aufgaben**

**Entwicklungsschwerpunkte** Direktions-  
ziel Nr.

<b>Indikatoren</b>	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

<b>Leistungsgruppe</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
<b>5300_10</b>	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.693
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

<b>Budget</b>	<b>Leistungsgruppe</b>
	<b>5300_10</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Budget 2008

Fr. 5'516'700 Aufwand LG 5300-10 insgesamt

Fr. – 3'715'000 ≈67% Verrechnung an LG 5300-40 (finanziert durch ALV-Fonds)

Fr. 1'692'700 Verbleibender Aufwand LG 5300-10

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	4.0	3.1	-0.3	2.9	-0.3	2.9	-0.3	2.9	2.9	-27.9
Aufwand	-8.6	-9.1	0.8	-8.2	0.6	-8.4	0.3	-8.7	-8.7	1.5
Saldo	-4.6	-6.0	0.5	-5.3	0.3	-5.5	0.0	-5.8	-5.9	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen										0.0
Ausgaben		0.0								0.0
Nettoinvestitionen		0.0								0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.5	29.5	-3.0	26.5	-2.0	27.5	-2.0	27.5	27.5	

**Aufgaben**

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich, Förderung der wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, Ansiedlungen, Standortentwicklung, Standortpflege  
A2 Arbeitsbewilligungen für Ausländer/innen

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Clusterentwicklung in zukunftssträchtigen Branchen	2010	4
E2 Ausbau der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg	2010	4
E3 Förderung der Neugründung von und Nachfolgeregelungen in KMU	2010	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze Kt. ZH 1)	min.	564	400	400	400	400	400
W2 Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze 1)	min.	450	400	400	400	400	400
W3 Intensivierung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen und dem benachbarten Ausland: Regelmässige Konferenzen auf Regierungsebene	P	1	1	1	1	1	1
<b>Leistungen</b>							
L1 Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte 1)	min.	24	20	20	20	20	20
L2 Pflege ansässiger Betriebe: Anzahl abgeschlossene Projekte	min.	10	80	80	80	80	80
L3 Standortentwicklungsprojekte (Clusterprojekte u.a.)	min.	5	5	5	5	5	5
L4 Pflege ansässiger Betriebe: Unternehmensbesuche durch RR inkl. Foren	P	4	4	4	4	4	4
L5 Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	P	22 049	21 000	16 000	16 000	16 000	16 000
L6 Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen	P	38 356	26 000	40 000	40 000	40 000	40 000
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe	Budgetentwurf 2008
5300_20	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-5.292
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe
	5300_20
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Durch die bilateralen Abkommen / Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU fand ein Systemwechsel statt: Seit 1. Juni 2004 wird der Aufenthalt für Bürger/innen der bisherigen EU/EFTA-Länder ohne arbeitsmarktliche Prüfung im Einzelfall direkt durch das Migrationsamt geregelt. Kurzfristige Tätigkeiten in der Schweiz sind den Arbeitsmarktbehörden zu melden (Meldeverfahren). Arbeitnehmende aus Ländern der EU-Erweiterung bleiben bewilligungspflichtig. Für sie werden seit 1.4.2006 neue Kontingente geführt. Die Bewilligungen für Personen aus dem zweiten Kreis (BVO) bleiben bestehen, allerdings entfällt mit dem neuen Ausländergesetz am 1.1.2008 die Bewilligungspflicht von Stellen- und Kantonswechsellern.

**Indikatoren**

- 1) Angaben gemäss Businessplan der Unternehmungen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheid der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Reduktion um zwei Stellen für Arbeitsbewilligungen (Entlastungsprogramm 08) und um eine weitere Stelle im 2008 als Beitrag zum Budgetausgleich.

**Indikatoren**

- L5 Mit dem neuen Ausländergesetz entfällt am 1.1.2008 die Bewilligungspflicht von Stellen- und Kantonswechsellern für Personen aus dem zweiten Kreis (BVO).
- L6 Die Entwicklung der Zahl der Meldeverfahren wurde unterschätzt.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	2.3	2.4	0.2	2.6	0.1	2.6	0.1	2.6	2.6	11.3
Aufwand	-5.2	-5.9	-0.6	-6.2	-0.5	-6.2	-0.4	-6.2	-6.3	19.5
Saldo	-2.9	-3.5	-0.4	-3.6	-0.3	-3.6	-0.3	-3.7	-3.7	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	23.3	25.6	0.0	25.6	0.0	25.6	0.0	25.6	25.6
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

**Aufgaben**

- A1 Vollzug des Arbeitsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes (Unfallschutz und Gesundheitsvorsorge in Betrieben)  
 A2 Vollzug des Entsendegesetzes (Flankierende Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU)  
 A3 Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit  
 A4 Teilaufgaben im betrieblichen Umweltschutz (Lärmbekämpfung, Umweltverträglichkeit, Gefahrgutbeauftragte, Schutz vor mikrobiologischer Gefährdung)  
 A5 verschiedene gewerberechtliche Aufsichtsfunktionen (private Stellenvermittlung, Konsumkreditwesen)

**Entwicklungsschwerpunkte**bis Direktions-  
ziel Nr.

E1 Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU	2009	5
E2 Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Arbeitssicherheit (Umsetzung der EKAS-Richtlinie 6508)	2010	0
E3 Aufbau des Vollzugs des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2010	5

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen****Leistungen**

L1 Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) 1)	min.	1290	1200	1250	1250	1250	1250
L2 Anzahl briefliche Standortbestimmungen ASA	min.	423	400	400	400	400	400
L3 Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen für industrielle Betriebe	P	111	125	125	125	125	125
L4 Planbegutachtungen	P	268	200	200	200	200	200
L5 stete Arbeitszeitbewilligungen	P	1225	800	800	800	800	800
L6 Arbeitsvermittlungsgesetz: Anzahl Bewilligungen inkl. Mutationen	P	257	250	250	250	250	250
L7 Flankierende Massnahmen: Kontrollen für TPK (Anz. Arbeitsstätten) 2)	min.	3369	1850	1850	1850	1850	1850

**Wirtschaftlichkeit**

Leistungsgruppe	Budgetentwurf 2008
5300_30	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-3.602
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe
	5300_30
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- 1) Neuer umfassenderer Indikator im Rahmen der Umsetzung der revidierten ASA-Richtlinie
- 2) Anzahl Kontrollen von Arbeitsstätten in Branchen im Zuständigkeitsbereich der Tripartiten Kommission. Zielsetzung gemäss Leistungsvereinbarung zwischen Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und der Volkswirtschaftsdirektion

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	79.7	81.1	-0.5	78.6	-1.9	78.1	-2.7	79.4	80.9	1.6
Aufwand	-96.2	-108.7	2.9	-99.1	4.0	-99.5	4.8	-101.2	-103.1	7.2
Saldo	-16.6	-27.6	2.4	-20.6	2.1	-21.4	2.1	-21.8	-22.2	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	542.2	546.3	-31.9	514.4	-31.9	514.4	-31.9	514.4	514.4	

**Aufgaben**

- A1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Stellensuchenden (Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG))
- A2 Angebot an geeigneten Weiterbildungs- und Beschäftigungsmassnahmen
- A3 Prüfen, ob Versicherte die Leistungsvoraussetzungen und Pflichten erfüllen

**Entwicklungsschwerpunkte**

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und privaten Stellenvermittlern intensivieren	2010	0
E2 Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten	2009	5

**Indikatoren**

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Wirkungsindex der RAV im Kanton gemäss Vereinbarung 2006 – 2009 mit dem seco umfasst folgende Komponenten: Rasche Wiedereingliederung, Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden, Aussteuerungen vermeiden, Wiederanmeldungen vermeiden 1)	min.	101	100	100	100	100	100
<b>Leistungen</b>							
L1 Eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresdurchschnitt) 2)	P	33 770	28 - 33 000	25 - 30 000	25 - 30 000	25 - 30 000	25 - 30 000
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Wirtschaftliche Betriebsführung, so dass der Kanton finanziell nicht belastet wird: Vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7bis, Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG)	min.	99.2%	99.9%	99.9%	99.9%	99.9%	99.9%

Leistungsgruppe	Budgetentwurf 2008
5300_40	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-20.570
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe
	5300_40
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- 1) Wirkungsziele gemäss Vereinbarung 2006 – 09 mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco): Die entsprechenden Indikatoren werden vom seco erhoben und berechnet (CH = 100). Die aktuellste verfügbare definitive Berechnung bezieht sich auf Jan. – Dez. 2005.
- 2) Diese Angaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) und anderer Institute.

**Sonstige Bemerkungen**

- Finanzplanung inklusive dem Bund (für AVIG-Vollzug) effektiv verrechenbaren Anteil der Kosten von Stab und Diensten.
- Zielerreichung, Leistungs- und Aufwandentwicklung werden im Wesentlichen durch die Entwicklung des Arbeitsmarktes bestimmt. Die Kosten des Vollzugs werden vom Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung vergütet. Sie sind für den Kanton grundsätzlich saldoneutral.
- Vom Kanton zu tragen ist - unabhängig vom effektiven Aufwand des AVIG-Vollzugs - ein Beitrag an die Kosten für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der arbeitsmarktlichen Massnahmen nach Art. 92 Abs. 7bis AVIG. Dieser Beitrag bemisst sich nach der ALV-pflichtigen Lohnsumme in der ganzen Schweiz, der Finanzkraft der Kantone (entfällt mit der Einführung des NFA) und der relativen Höhe der Arbeitslosigkeit. Er ist damit praktisch unabhängig von der absoluten Höhe der Arbeitslosigkeit und kann vom Kanton nicht beeinflusst werden. Nach Art. 59d muss sich der Kanton zudem mit 20% an der Finanzierung von Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen für Personen beteiligen, die weder die Beitragszeit erfüllen noch von der Erfüllung der Beitragspflicht befreit sind. Der sich daraus ergebende negative Saldo wurde bis 2006 durch die schrittweise Auflösung des Arbeitslosenfonds (Nr. 5930) gemildert. Falls der Bundesrat nach Art. 27 Abs. 5 auf Gesuch des Kantons die Anzahl Taggelder erhöht, muss sich der Kanton mit 20% an den Kosten beteiligen. Diese drei Faktoren bestimmen den Saldo der Leistungsgruppe.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0	0.0								-100.0
Aufwand	-3.3	-5.8	1.2	-4.6	0.0	-5.8	0.0	-5.8	-5.8	77.4
Saldo	-3.3	-5.8	1.2	-4.6	0.0	-5.8	0.0	-5.8	-5.8	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	0.6	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.6	

**Aufgaben**

A1 Koordination, Steuerung, Qualitätssicherung und Subventionierung von Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogrammen für bei der Arbeitslosenversicherung nicht (mehr) anspruchsberechtigte Erwerbslose mit realen Wiedereingliederungschancen (Vollzug EG AVIG)

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.  
bis

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte: Anzahl Teilnehmende (vor Prüfung der Projektabrechnungen)	P	1159	1500	1200	1300	1300	1300
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe	Budgetentwurf 2008
5300_50	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-4.588
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe
	5300_50
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Leistung wird durch das EG AVIG und den Rahmenkredit des Kantonsrates bestimmt (Kantonsbeitrag als Subventionssatz). Der aktuelle Rahmenkredit für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte läuft bis Ende 2009.
- Es sind keine zuverlässigen Daten über die Situation der von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Personen im Kanton verfügbar.
- Eine Wirkungsanalyse hat gezeigt, dass gut ein Fünftel der Personen, die im Jahr 2003 aus einem EG AVIG-Programm für Ausgesteuerte ausgetreten sind, wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden konnte. 15% der Teilnehmenden hatten wieder eine Vollzeitstelle im ersten Arbeitsmarkt. Weitere 7% waren in einem Teilzeitarbeitsverhältnis oder in einer befristeten Anstellung beschäftigt. Dadurch wird die Sozialhilfe entlastet

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.4	1.3	0.0	1.2	0.1	1.1	0.1	1.1	1.0	-25.5
Aufwand	-1.2	-1.4	0.2	-1.2	0.1	-1.3	0.1	-1.4	-1.5	32.9
Saldo	0.2	-0.1	0.3	0.0	0.2	-0.2	0.1	-0.3	-0.5	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	9.5	8.1	0.0	8.1	0.0	8.1	0.0	7.6	7.6	8.2
Ausgaben	-4.2	-8.0	0.0	-10.0	0.0	-10.0	0.0	-12.6	-12.6	-9.6
Nettoinvestitionen	5.3	0.1	0.0	-1.9	0.0	-1.9	0.0	-5.0	-5.0	-1.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.1	4.7	0.3	5.0	0.8	5.5	0.8	5.5	5.5	

**Aufgaben**

- A1 Förderung des gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbaus
- A2 Zweckerhaltung der unterstützten Wohnungen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Beitrag zu ausreichender Wohnraumversorgung für Personen mit niedrigem Einkommen: Wohnungsbelegung gemäss Subventionsanforderungen WBF-Recht	min.	94.5%	90%	93%	93%	93%	93%
W2 Bestand an staatlich unterstützten Wohnungen, am Jahresende	P	5820	5000	5400	5300	5200	5100
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen)	P	75	200	150	150	150	150
L2 Anzahl neu unterstützte Wohneigentumsobjekte (Bürgerschaftsgebühren)	P	0	5	5	5	5	5
L3 Mietzinsverfügungen (Anzahl Wohnungen)	P	2055	2000	2000	2000	2000	2000
L4 Zweckerhaltungskontrollen (Anzahl Wohnungen)	min.	1098	800	1200	1200	1200	1200
L5 Zusatzverbilligungen des Bundes für finanzschwache Haushalte in Mio. CHF	P	11.3	11.0	10.5	10.0	9.5	9.0
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe	Budgetentwurf 2008
5300_70	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.021
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.018

Budget	Leistungsgruppe
	5300_70
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der maximale Betrag an ausstehenden Darlehen von 180 Mio. CHF ist im kantonalen Wohnbauförderungsgesetz vom 7.6.2004 festgelegt.

**Indikatoren**

- W1 Bei den übrigen Wohnungen wird die Verbilligung der Subventionsleistung aufgehoben, ausser bei Leerständen. 2006: 62 der 1098 im Geschäftsjahr überprüften Wohnungen.
- L3 Die Zahl der Mietzinsverfügungen hängt davon ab, wie häufig der Hypothekarzinsatz ändert. Annahme für die Planung: Konstante Hypothekarzinsen.
- L5 Die Anspruchsberechtigung der Mieter und Wohnungseigentümer wird von der Fachstelle WBF geprüft. Die Zusatzverbilligungen werden vom Bund jedoch direkt bezahlt (nicht über Staatsrechnung). Die WEG-Förderung des Bundes wurde per Ende 2001 eingestellt (keine neuen Gesuche mehr). Das neue Wohnraumförderungsgesetz (WFG) des Bundes sieht keine Zusatzverbilligungen mehr vor.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---





## **6. Fonds**

**5920 Verkehrsfonds**

**5921 Flughafenfonds**

**5922 Strassenfonds**

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	99.8	100.0	-3.8	100.9	-2.9	119.1	8.1	143.0	144.6	44.9
- Zinserträge	13.2	15.4	0.1	17.0	0.4	17.5	0.5	17.3	16.1	
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	85.0	83.0	-3.8	83.0	0.0	93.5	0.0	94.1	95.5	
- Entnahme aus Bestandeskonto					-3.3	7.2	7.6	30.7	32.1	
<b>Aufwand</b>	<b>-99.8</b>	<b>-100.0</b>	<b>3.7</b>	<b>-100.9</b>	<b>2.9</b>	<b>-119.1</b>	<b>-8.1</b>	<b>-143.0</b>	<b>-144.6</b>	<b>44.9</b>
- Zinsaufwände	-8.5	-11.8	2.7	-17.1	0.6	-23.8	-1.6	-28.6	-28.9	
- Abschreibungen	-33.8	-47.0	10.8	-68.4	2.3	-95.3	-6.5	-114.4	-115.7	
- Einlagen in Bestandeskonto	-57.5	-41.2	-9.7	-15.4						
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen	3.2									0.5
Ausgaben	-117.9	-261.0	-45.7	-248.0	-56.3	-222.6	34.6	-123.0	-155.8	-188.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-114.7</b>	<b>-261.0</b>	<b>-45.7</b>	<b>-248.0</b>	<b>-56.3</b>	<b>-222.6</b>	<b>34.6</b>	<b>-123.0</b>	<b>-155.8</b>	<b>-187.5</b>
Fondsbestand	410.0	451.1	11.0	467.9	14.3	460.7	6.7	430.0	398.0	0.0

**Aufgaben**

- A1 Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus laufender Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.							
W2 Darauf aufbauende Angebotsverbesserungen und deren Wirkung sind in der Leistungsgruppe 9300 Verkehrsverbund ersichtlich.							
<b>Leistungen</b>							
L1 - Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse		-14.2	-99.0	-81.6	-60.9	-67.0	-68.0
L2 - Beiträge an 3. Teilergänzung		-20.4	-30.3	-14.8			
L3 - Beiträge an Ergänzungen Durchmesserlinie							-18.8
L4 - Beiträge an 4. Teilergänzung							-43.6
L5 - Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz				-5.0	-10.9	-6.7	-3.4
L6 - Beiträge an Stadtbahn Glattal		-67.3	-126.1	-124.2	-132.0	-31.9	-16.0
L7 - Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmungen		-3.6	-4.8	-3.5	-5.1	-4.1	-5.1
L8 - Beiträge an Tram Zürich West				-18.5	-13.3	-13.3	-0.5
L9 - Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe		-1.2	-0.8	-0.4	-0.4		-0.4
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.							

<b>Fonds 5920</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-247.997
Gesperrte Kredite:	
Umsetzung Behindertengesetz	-5.0
Tram Zürich West	-18.5

<b>Budget</b>	<b>Fonds 5920</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Fondsbestand**

- Reduktion der Fondseinlage durch Umsetzung MH 06: 2006 -4.0 Mio. CHF, 2007 -4.5 Mio. CHF, 2008 -5.2 Mio. CHF. Da die laufende Rechnung erst über die Abschreibungen und Zinsen der Investitionen belastet wird, muss die Fondseinlage auf die langfristige Fondsentwicklung abgestimmt werden. Trotz steigender Investitionstätigkeit wächst der Fondsbestand bis 2008 an. Danach reduziert er sich und wird gemäss langfristiger Investitionsplanung im Jahr 2018 negativ. Mit der vorgesehenen Fondseinlage wird sich der Fondsbestand bis 2028 erholen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Verzögerungen gegenüber dem letztjährigen Zahlungsplan führen zu einem verzögerten Anstieg der Kapitalkosten und einer entsprechend geringeren Beanspruchung des Bestandeskontos.

**Investitionsrechnung**

- Für 2007 geplante Ausgaben werden erst 2008 und 2009 anfallen.

**Fondsbestand**

- Auf Grund der geringeren Kapitalkosten bildet sich der Fondsbestand langsamer zurück.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	79.5	8.7	-0.0	8.9	0.0	9.1	0.0	9.3	9.5	-88.0
- Vermögenserträge	5.2									
- Zinsertrag	11.1	8.7	-0.0	8.9	0.0	9.1	0.0	9.3	9.5	
- Entnahme aus Bestandeskonto	63.2									
<b>Aufwand</b>	<b>-79.5</b>	<b>-8.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-8.9</b>	<b>-0.0</b>	<b>-9.1</b>	<b>-0.0</b>	<b>-9.3</b>	<b>-9.5</b>	<b>-88.0</b>
- Übertrag an laufende Rechnung	-3.4	-3.4	0.1	-3.3	0.1	-3.3	0.2	-3.2	-3.2	
- Einlagen in Bestandeskonto		-5.2	-0.0	-5.5	-0.1	-5.7	-0.2	-6.0	-6.2	
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-96.6									-16.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-96.6</b>									<b>-16.1</b>
Fondsbestand	232.0	237.2	0.0	242.7	0.1	248.4	0.3	254.4	260.6	0.0

**Aufgaben**

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
bis  
ziel Nr.

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Fonds 5921	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 5921
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Fondsbestand**

- Der Fondsbestand erhöht sich dank Zinserträgen und stagnierenden Aufwendungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr um jährlich 5.5 bis 6.2 Mio. CHF.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	399.0	418.4	25.7	444.3	36.8	427.2	17.2	417.4	411.3	3.1
- Buchgewinne (Liegenschaften)	7.3	9.0		10.0		10.0		10.0	10.0	
- Ertrag Treibstoffzoll	35.4	34.5		36.1		36.6		37.1	37.6	
- Ertrag LSVA	51.5	46.9		52.6		57.3		57.2	57.1	
- Entnahme aus Bestandeskonto		21.0		37.3		34.5		23.0	16.5	
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	282.3	284.1		286.1		288.1		290.1	290.1	
Aufwand	-399.0	-418.4	-25.7	-444.3	-36.8	-427.2	-17.2	-417.4	-411.3	3.1
- Vergütung an Amtsstellen	-8.4	-8.7		-6.2		-6.2		-6.3	-6.3	
- Einlage in Bestandeskonto	-1.1									
- Übertrag an TBA und VIS	-388.5	-408.4		-436.9		-419.7		-409.1	-402.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand	70.5	49.5	-13.2	22.1	-41.5	-12.3	-50.2	-35.3	-51.8	0.0

**Aufgaben**

A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (LG 8400) sowie Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS, LG 5205), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 5922	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 5922
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Um 2.5 Mio. CHF geringere Vergütung an das Strassenverkehrsamt als Entschädigung für die Vereinnahmung der Verkehrsabgaben; der Verrechnungs-Ansatz pro Fahrzeug wurde ab 2008 auf CHF 7.- (bisher CHF 10.-) festgelegt.
- Höherer Fondsübertrag von 28.5 Mio. CHF an TBA und VIS. Dies insbesondere durch den von 10 auf 15% erhöhten Abschreibungssatz ab 2008. Durch die Einführung der NFA werden die Nationalstrassenbeständen neu als Investitionsbeiträge bilanziert.
- Aufgrund der aktuellsten Prognose der Eidg. Oberzolldirektion wurden die Erträge der LSVA um 5.7 Mio. CHF höher budgetiert.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Fondsübertrag an die Ämter reduziert sich ab 2009 wegen der im Jahr 2008 letztmals ausgerichteten Tranche für die Spezialfinanzierung der Glattalbahn (20 Mio. CHF) und dem mit Inkraftsetzung der NFA ab dem Jahre 2008 erfolgenden Übergang des Bereichs Nationalstrassen an den Bund.
- Der Ertragsanteil an der LSVA wurde an die aktuellste Prognose der Eidg. Oberzolldirektion angepasst und liegt durchwegs höher als bisher geplant (2009: + 4.6 Mio. / 2010: +3.7 Mio. / 2011: + 3.1 Mio.)

**Fondsbestand**

- Wegen dem von 10 auf 15% erhöhten Abschreibungssatz (durch Inkrafttreten der NFA im Jahre 2008) auf die als Investitionsbeiträge geführten Nationalstrassenbeständen, resultiert bis 2011 ein negativer Fondsbestand von 52 Mio. CHF. Der Bestand wird bei Inkrafttreten des CRG neu nach IPSAS bewertet werden.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Geringere Vergütung an das Strassenverkehrsamt für die Vereinnahmung der Verkehrsabgaben; der Verrechnungsansatz pro Fahrzeug wird ab 2008 von CHF 10.- auf Fr. 7.- reduziert.
- Höherer Fondsübertrag ans VIS wegen dem von 10 auf 15% erhöhten Abschreibungssatz auf den mit Inkrafttreten der NFA im Jahre 2008 neu als Investitionsbeiträge geführten Nationalstrassenbeständen.

**Fondsbestand**

- Starke Reduktion des Fondsbestandes (negativer Bestand ab 2009 und bis 2011 -52 Mio. CHF) wegen dem von 10 auf 15% erhöhten Abschreibungssatz auf den neu als Investitionsbeiträge geführten Nationalstrassenbeständen. Neubewertung mit Inkrafttreten von IPSAS.



## 7. Projekte

### Amt für Verkehr

- Projekt-Nr. AFV 01: Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen

### Verkehrsfonds

- Projekt-Nr. Verkehrsfonds Ausbau der SBB-Anlagen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse 01:
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds Stadtbahn Glattal 02:
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds Tram Zürich-West 03:
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds S-Bahn, 4. Teilergänzung 04:
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds S-Bahn, 3. Teilergänzung 06:

### Amt für Wirtschaft und Arbeit

- Projekt-Nr. AWA 02: Innovationsförderung

### Verkehr und Infrastruktur Strasse

- Projekt-Nr. VIS 01 (KEF07: Nr. 415): N4 / N 20, Zürich Westumfahrung
- Projekt-Nr. VIS 03: Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse/Tram Zürich West
- Projekt-Nr. VIS 04 (KEF07: Nr. 533): Ausführungsprojekt Oberlandautobahn
- Projekt-Nr. VIS 05: SN 1.4.4 Einhausung Autobahn Schwamendingen



### **Generalsekretariat VD**

- Projekt-Nr. VIS 02      N 4 im Knonauer Amt  
(KEF07: Nr. 416):



<b>Projekt-Nr. AFV 01</b>	<b>Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen</b>						
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Amt für Verkehr</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Das vorliegende Projekt wird als wichtigste Ergebnisse eine einheitliche Dokumentation der Ziele und Grundsätze der Agglomerationspolitik des Kantons Zürich im Kontext Verkehr – Siedlung – Umwelt, die Entwicklung und Evaluation von Verkehrskonzepten sowie konkrete Realisierungs- und Finanzierungsprogramme für die prioritären Massnahmen hervorbringen. Damit sollen die Entscheidungsträger in die Lage versetzt werden, Kosten und Nutzen der vorgeschlagenen Massnahmen im Gesamtzusammenhang zu beurteilen.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Konkretisierung des Gesamtverkehrskonzeptes auf regionaler Stufe; auf Siedlung und Umwelt abgestimmte Verkehrsentwicklung.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Entwicklung von regionalen Verkehrskonzepten, welche auf die Ziele der kantonalen Richtplanung sowie auf das Gesamtverkehrskonzept abgestimmt sind.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-0.2	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. AFV 01</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
10/04	- Strategie „Agglomerationsverkehr des Kantons Zürich“ (RRB Nr. 1638/2004)						
12/05	- Schlussbericht zu den Verkehrskonzepten und die Realisierungs- und Finanzpläne für die prioritären Massnahmen (11.11.05)						
02/06	- RRB 151/2006 Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr vom 1. Februar 2006						
07/06	- Bericht Zwischenbeurteilung Bund (6.7.2006)						
12/07	- Überarbeiteter Schlussbericht						
	- Für die Projektierungs- und Realisierungsphase werden neue Projekte definiert.						
<b>Bemerkungen</b>							
Projektauftrag gemäss RRB Nr. 528/2003 und RRB 151/2006							



<b>Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01</b>	<b>Ausbau der SBB-Anlagen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse</b>						
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme einer neuen Durchmesser Verbindung Wiedikon – Zürich HB – Oerlikon mit Westanschluss nach Altstetten und viergleisigem unterirdischem Bahnhof mit rund 400 m langen Perrons in Zürich entsprechend der am 23.9.2001 vom Stimmvolk genehmigten Kreditvorlage.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Maximaler Beitrag zur Standortqualität des Wirtschaftsraum Zürich (Verbesserung Erreichbarkeit, Verringerung Reisezeiten, Erhöhung Zuverlässigkeit, Verbesserung der interregionalen, nationalen und internationalen Vernetzung); Siedlungsentwicklung im Sinne des kantonalen Richtplans: Hohe Siedlungsqualität in Zentrumsgebieten; ebenso hohe Qualität in der Verkehrsgunst.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Ausreichende, auf die Verkehrsentwicklung abgestimmte Infrastruktur.							
Finanzierungsziele: Mitfinanzierung (40 %) der festen Anlagen durch den Verkehrsfonds, Mitfinanzierung des späteren Betriebs durch den ZVV (Abgeltung)							
Versorgungsträgerziele: Beachtung der Rahmenbedingungen Bahnreform und der Zuständigkeitsordnung Eisenbahngesetz sowie NFA (Neuer Finanzausgleich)							
Prozessziele: Ausschöpfung Rationalisierungspotential im Rahmen Modernisierung Bahninfrastruktur							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-580	-14.2	-99.0	-81.6	-60.9	-67.0	-68.0
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-9.3	-10.6	-27.6	-38.8	-44.4	-50.3
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2002 - 2007	- Projektierung, Realisierung von Vorinvestitionen						
2005 - 2008	- Vorzeitige Bauausführung Passage Sihlquai						
12.2006	- Plangenehmigung gemäss Eisenbahngesetz						
9.2007	- Baubeginn Hauptarbeiten						
12.2013	- Inbetriebnahme Bauetappe 1 (Wiedikon – Zürich HB – Oerlikon)						
12.2015	- Inbetriebnahme Bauetappe 2 (Anschluss Altstetten)						
<b>Bemerkungen</b>							
Bewilligter Kredit (Staatsbeitrag) mit Preisstand 1.8.00.							
Belastung der laufenden Rechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen.							



<b>Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02</b>	<b>Stadtbahn Glattal</b>						
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme der Stadtbahn Glattal gemäss Kreditbeschluss des Kantonsrates vom 23.09.02							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Notwendiger Beitrag zur Entwicklung der Zentrumsgebiete im Raum Glattal nach den Vorstellungen des kantonalen Richtplans; hoher Marktanteil des öffentlichen Verkehrs im Glattal, u.a. im landseitigen Verkehr des Flughafens.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Leistungsziele: Kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot ist auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet. Gewährleistung einer funktionierenden Verkehrserschliessung durch notwendige Strassenanpassungen.							
Finanzierungsziele: ÖV: Feste Anlagen durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV. Strassen: Finanzierung durch entsprechende Einlagen allgemeiner Staatsmittel in den Strassenfonds.							
Versorgungsträgerziele: ÖV: Projektierung erfolgt durch die Verkehrsbetriebe Glattal (Projektierungskosten werden durch den ZVV finanziert); Trägerschaft für Betrieb ist noch offen. Strassen: Projektierung erfolgt durch TBA.							
Wirtschaftlichkeitsziele: Wird durch Auswahl und Steuerung der Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-555	-67.3	-126.1	-124.2	-132.0	-31.9	-16.0
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	*	-21.5	-30.9	-48.5	-64.5	-79.6	-73.6
Netto-Investitionen	**						
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2003	- Kreditbeschluss; Volksabstimmung						
2003	- Plangenehmigung gemäss Eisenbahngesetz						
9.2004	- Baubeginn						
12.2006	- Inbetriebnahme Bauetappe 1 (Oerlikon – Auzelg)						
12.2008	- Inbetriebnahme Bauetappe 2 (Ambassador – Flughafen Fracht und Zusatzverbindung Binzmühlestrasse/Friesstrasse)						
12.2010	- Inbetriebnahme Bauetappe 3 (Auzelg – Stettbach)						
<b>Bemerkungen</b>							
* Belastung Verkehrsfonds laufende Rechnung							
** Zusätzliche Auswirkungen auf den Staatshaushalt entstehen nicht. Die o.g. Investitionen im ÖV werden durch den Verkehrsfonds finanziert (siehe 5920); die Projektierungskosten sind durch den Staatsbeitrag an den Verkehrsverbund abgedeckt (siehe 9300). Die Strassenanpassungen werden durch entsprechende Einlagen allgemeiner Staatsmittel in den Strassenfonds (5922) finanziert.							
Die Ausgaben der Strasse belaufen sich auf je 20 Mio. Fr. für die Jahre 2006-2008. Sie sind in den obgenannten Zahlen nicht inbegriffen und werden direkt zu Lasten der laufenden Rechnung abgeschrieben.							



<b>Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03</b>	<b>Tram Zürich-West</b>
---	-------------------------

**Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds****Kurzumschreibung Projekt**

Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme der Tramstrecke Zürich-West („Pfungstweid“) im Sinne des Eintrages im kantonalen Richtplan und der Vorlage Nr. 4358 an den Kantonsrat.

**Wirkungsziel:**

Massgeblicher Beitrag an die vom kantonalen Richtplan geforderte Siedlungsentwicklung nach innen. Bessere Erschliessung von Zürich-West mit dem öffentlichen Verkehr.

**Leistungsziel:**

Leistungsziele: kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet.

Finanzierungsziele: feste Anlagen durch Verkehrsfonds und Dritte, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV.

Versorgungsträgerziele: Projektierung und Bau erfolgen durch die Stadt Zürich (Verkehrsbetriebe Zürich und Tiefbauamt der Stadt Zürich).

Wirtschaftlichkeitsziele: wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	* -47.7			-18.5	-13.3	-13.3	-0.5

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	**				-3.5	-5.4	-7.1
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Abschluss Vorprojekt
2004	- Abschluss Bauprojekt
2007	- Abschluss Plangenehmigungsverfahren
2007	- Abschluss Kreditgenehmigungsverfahren
2008	- Baubeginn
12.2010	- Inbetriebnahme

**Bemerkungen**

\* Kostenbeteiligung Kanton Zürich (Preisstand 1.4.04). Der Antrag an den Kantonsrat erfolgt über 90 Mio CHF, darin enthalten ist der mutmassliche Bundesbeitrag von 45 Mio CHF.

\*\* Belastung der laufenden Rechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen

Das Bauprogramm wird mit demjenigen der Nationalstrasse SN 1.4.1 koordiniert.



<b>Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04</b>	<b>S-Bahn, 4. Teilergänzung</b>						
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Planung und Realisierung der 4. Teilergänzung der S-Bahn-Infrastruktur (Beitrag des Kantons Zürich)							
<b>Wirkungsziel:</b>							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirkungsziel: Beitrag zur Übernahme des vom Richtplan geforderten halben Verkehrswachstums durch den öffentlichen Verkehr</li> <li>• Finanzierung: Infrastruktur durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und Betrieb durch ZVV</li> <li>• Wirtschaftlichkeit: wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen</li> </ul>							
<b>Leistungsziel:</b>							
Leistungsziel: Erweiterung des Taktangebotes der S-Bahn, ausgerichtet auf die Eröffnung der Durchmesserlinie und die stark gestiegene Nachfrage							
Versorgungsträger: Projektierung erfolgt durch SBB; Träger des Betriebs sind die SBB							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-215.4						-43.6
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2006-2007	- Planungsstudie						
2008-2009	- Vorprojekte und Auflageprojekte						
2008	- Kreditantrag für 4. Teilergänzung						
2010	- Baubeginn erster Objekte						
<b>Bemerkungen</b>							



<b>Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06</b>	<b>S-Bahn, 3. Teilergänzung</b>
---	---------------------------------

**Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds****Kurzumschreibung Projekt**

Planung und Realisierung des 3. Ausbaus der S-Bahn-Infrastruktur (Beitrag des Kantons Zürich) im Oberland, Knonaueramt, Furtal, Sihltal und in Winterthur Hegi

**Wirkungsziel:**

- Wirkungsziel: Beitrag zur Übernahme des vom Richtplan geforderten halben Verkehrswachstums durch den öffentlichen Verkehr
- Finanzierung: Infrastruktur durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und Betrieb durch ZVV
- Versorgungsträger: Projektierung erfolgt durch SBB und SZU; Träger des Betriebs sind die SBB und die SZU
- Wirtschaftlichkeit: wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen

**Leistungsziel:**

Leistungsziel: Erweiterung Taktangebot der S-Bahn, ausgerichtet auf die stark gestiegene Nachfrage.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	* -95.8	-20.4	-30.3	-14.8			

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	**	-2.1	-5.6	-10.4	-11.6	-9.9	-8.4
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Projektierung
2005	- Baubeginn erstes Teilprojekt
12.2008	- Inbetriebnahme letztes Teilprojekt

**Bemerkungen**

\* bewilligter Kredit (Staatsbeitrag) mit Preisstand 12.2002

\*\* Belastung der laufenden Rechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen



<b>Projekt-Nr. AWA 02</b>	<b>Innovationsförderung</b>
-------------------------------	-----------------------------

**Volkswirtschaftsdirektion / Amt für Wirtschaft und Arbeit**
**Kurzumschreibung Projekt**

Ausgangslage und Problemstellung: Träger der Innovation sind meist KMU-Betriebe und Jungunternehmer. Für sie bestehen oft zu grosse Hürden (Wissen, Erfahrung, Know how fehlen).

**Wirkungsziel:**

Förderung von Know how-Transfer (insbes. Forschung - Wirtschaft) und Innovation in den Unternehmen in Branchen Clustern.

Stärkung des Innovationspotentials, vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmungen bzw. Gründerzentren. Dies als Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zur Schaffung zukunftstauglicher Arbeitsplätze.

**Leistungsziel:**
**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen		-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. AWA 02**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1999	- Projektstart
2001	- Projekt redimensioniert mangels Ressourcen
2002	- Klärung der Grundlagen
2003	- Projektstart II, Clusters Headquarters, Life Science, High Tech, Finanzdienstleister
2004	- Cluster Automobil-Zulieferer und Energie-Cluster Schweiz (in Zusammenarbeit mit Baudirektion)
2005	- Grenzüberschreitende Cluster-Vernetzung (Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg)
2006	- Aufbau Cluster Kreativwirtschaft
2007	- Überarbeitung und Bündelung Cluster Life Science Zürich (in enger Zusammenarbeit mit ETH und Universität Zürich)
2008	- Vertiefung Cluster-Kooperation mit Baden-Württemberg und Umsetzung der Cluster-Strategie aus dem Standortbericht

**Bemerkungen**

Chancen: Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes durch innovative Betriebe

Risiken: Selektion auf Vorhaben, die nicht von professionellen Finanzdienstleistern finanziert werden

Abhängigkeiten: Kreditgewährung durch KR oder gesetzliche Grundlage nötig

Projektkosten: Die Projektentwicklung erfolgt mit vorhandenen Ressourcen. Das Sanierungsprogramm 04 (San04.189) führt ab 2004 zu einer Halbierung des Kredits auf 1 Mio. CHF pro Jahr.



<b>Projekt-Nr. VIS 01 (KEF07: Nr. 415)</b>	<b>N4 / N 20, Zürich Westumfahrung</b>
--	--

<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehr und Infrastruktur Strasse</b>
--

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
---------------------------------

Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die Westumfahrung Zürich verbindet die Nationalstrassen N1 (Zürich Richtung Bern-Basel) mit der N3 (Zürich Richtung Chur) und schafft die Voraussetzung für den Anschluss der N4 (Zürich Richtung Innerschweiz). Sie knüpft an die bestehende Nordumfahrung an und entlastet die Stadt Zürich vom überregionalen Verkehr.

Die flankierenden Massnahmen in Zürich West sind integrierender Bestandteil dieses Projektes.

<b>Wirkungsziel:</b>
----------------------

Zusammenschluss der bedeutenden Verkehrswege im Wirtschaftsraum Zürich und die Entlastung der Stadt Zürich vom Durchgangsverkehr der A1 (Zürich West) zur A3 (Zürich Brunau).

<b>Leistungsziel:</b>
-----------------------

Bau einer Nationalstrasse 1. Klasse mit der Umfahrung Birmensdorf (N 20.1.4), dem Üetlibergtunnel (N 4.1.5) und dem Verkehrsdreieck Zürich Süd (Brunau: N 4.1.4).

Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Eindämmung des Durchgangsverkehrs in Zürich West.

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>
-------------------------------------

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-594.8	-60.6	-39.9	-23.3	-14.2	-8.7	-3.8

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>
--

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. VIS 01 (KEF07: Nr. 415)</b>
---

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1996	- 1996 Kreditbeschluss RR vom 28. August 1996
1996	- Grundsteinlegung in der Filderen, Baubeginn
1999	- Vergebung/Baubeginn der Eggrain-, Hafnerberg-, Aeschertunnel
2001	- Vergebung/Baubeginn des Üetlibergtunnels
2006	- Teileröffnung Abschnitt Urdorf Süd bis Lunnerntal (Anschluss Birmensdorf)
2008	- Projektfestsetzung und Einsprachenentscheid StR und RR zu den flankierenden Massnahmen
2009	- Fertigstellung/Eröffnung der Umfahrung Birmensdorf, Baubeginn flankierende Massnahmen
2009	- Fertigstellung/Eröffnung des Üetlibergtunnels und des Verkehrsdreiecks Zürich Süd
2011	- Fertigstellung der flankierenden Massnahmen

<b>Bemerkungen</b>
--------------------

Mit dem Projekt setzt der Kanton die beschlossene Planung des Bundes im Nationalstrassenbereich um. Dabei übernimmt der Bund Kosten in der Höhe von 80%. Der Objektkredit stellt für den Kanton eine gebundene Ausgabe in der Kompetenz der Regierung dar.

Die Gesamtkosten der flankierenden Massnahmen von 61.5 Mio. CHF werden zu 60% vom Bund, 24% vom Kanton und 16% von der Stadt Zürich übernommen.

Das Projekt befindet sich im Bau. Bis Ende 2006 sind Bruttoinvestitionen von rund 2'522 Mio. aufgelaufen.



<b>Projekt-Nr. VIS 03</b>	<b>Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse/Tram Zürich West</b>
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehr und Infrastruktur Strasse</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Gemeinsames Projekt: SN 1.4.1, Zürich - Westast. Umbau der Pfingstweidstrasse SN 1.4.1 als Stadtstrasse mit Zubringerfunktion (Nationalstrasse 3. Klasse), von Anlageteilen für den Langsamverkehr und städtebauliche Aufwertung/Gestaltung. Gemeinsames Projekt mit dem Tram Zürich West.
<b>Wirkungsziel:</b>
Umbau der Pfingstweidstrasse in eine Stadtstrasse im Gemischtverkehr mit Erschliessungsfunktion. Städtebauliche Aufwertung des Quartiers Zürich West.
<b>Leistungsziel:</b>
Umbau der Pfingstweidstrasse zusammen mit der neuen Tramlinie Zürich West in Seitenlage. Städtebauliche Gestaltung und Aufwertung des Quartiers Zürich West.

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-63.0	-0.8	-0.8	-4.6	-19.7	-19.7	-17.2

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. VIS 03</b>	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Baubeginn zusammen mit dem Tram Zürich West
2011	- Inbetriebnahme der Strasse zusammen mit der Tramlinie

<b>Bemerkungen</b>
Kostenanteile SN 1.4.1 an den Gesamtkosten von 149 Mio. CHF: Bund 58%, Kanton 42%.
Risiken:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Volksabstimmung vom 17. Juni in der Stadt Zürich (Beitrag von 59 Mio. CHF an das Tram)</li> <li>• Kantonale Volksabstimmung vom 25. November 2007 (Beitrag Kanton 90 Mio. CHF)</li> <li>• Allfällige Beschwerdeverfahren zur Projektfestsetzung UVEK/BAV.</li> </ul>



<b>Projekt-Nr. VIS 04 (KEF07: Nr. 533)</b>	<b>Ausführungsprojekt Oberlandautobahn</b>						
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehr und Infrastruktur Strasse</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
<p>Der Wirtschaftsraum Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die Umfahrung Wetzikon soll die Lücke im Zürcher Oberland zwischen dem Anschluss Uster Ost (Autobahnende) und dem Kreisell Betzholz schliessen. Damit können die regionalen und nationalen Verkehrsströme kanalisiert und das Siedlungsgebiet von Wetzikon und den anliegenden Gemeinden vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Zusammen mit Massnahmen des ÖV wird die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets gefördert.</p> <p>Die Oberlandautobahn ist im Sachplan Verkehr des Bundes, Teil Massnahmen, im Grundnetz als Nationalstrasse vorgesehen.</p>							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Lückenschliessung im kantonalen Hochleistungsstrassennetz. Entlastung der anliegenden Gemeinden vom Durchgangsverkehr.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Der Bau des noch fehlenden Autobahnabschnittes nimmt in hohem Masse Rücksicht auf die Umwelt, der Streckenabschnitt ist zur Hälfte in Tunnels geführt.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-2.9	-0.1	-2.0	-0.8	0	0	0
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. VIS 04 (KEF07: Nr. 533)</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2001	- Genehmigung des Generellen Projektes durch den Regierungsrat						
2003	- Am 5. Mai genehmigte der Kantonsrat einen Projektierungskredit von 9 Mio. Fr. für die Ausarbeitung eines Ausführungsprojektes samt Umweltverträglichkeitsbericht						
2005 - 2007	- Projektpräsentation mit anschliessender öffentlicher Planaufgabe, Einsprachenbehandlung und Projektänderungen. Projektfestsetzung durch den Regierungsrat.						
<b>Bemerkungen</b>							
Der Kostenbeitrag beträgt rund 8 Mio. Fr. auf eine Gesamtprojektsumme von rund 36 Mio. Fr.							



<b>Projekt-Nr. VIS 05</b>	<b>SN 1.4.4 Einhausung Autobahn Schwamendingen</b>
<b>Volkswirtschaftsdirektion / Verkehr und Infrastruktur Strasse</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Mit der Einhausung der Autobahn wird das, an die meistbefahrenen Verkehrsachse Zürichs angrenzende, dicht besiedelte Gebiet Schwamendingen von den hohen Lärmemissionen entlastet. Dies, und der Gewinn an Grünraum, eröffnen dem Quartier neue Entwicklungsperspektiven.
<b>Wirkungsziel:</b>
Lärmschutz, städtebauliche Neugestaltung und Aufwertung des Quartiers um die Nationalstrasse SN 1.4.4, Zürich - Nordost, in Schwamendingen.
<b>Leistungsziel:</b>
Bau einer Lärmschutzüberdeckung auf bestehendem Niveau (Einhausung), im Trasse der heutigen Nationalstrasse. Deckelnutzung als Grünraum (Parkanlage). Koordination mit privaten Arealüberbauungen der Anrainer.

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-51.4	0	0	-0.8	-0.7	-6.2	-14.3

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		0	0	0	0	0	0

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. VIS 05</b>	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001	- KR erteilt RR den Auftrag zur Erarbeitung einer Kreditvorlage für eine Einhausung (Motion KR Nr. 225/2001)
2005	- Kreditbeschluss KR vom November 2005 über 50.6 Mio. Fr. Dagegen wurde kein Referendum ergriffen
2006	- Volksabstimmung Stadt Zürich über Beitrag von 39.8 Mio. Fr. wurde am 26. Sept. 2006 angenommen
2008/2009	- Definitives Projekt mit Kostenvoranschlag - Plangenehmigungsverfahren (NSG)
2010	- Baubeginn
2013	- Bauende - Inbetriebnahme

<b>Bemerkungen</b>
Kostenanteile: 56% Bund, 25% Kanton, 19% Stadt Zürich
Risiko: Allfällige Beschwerdeverfahren zur Projektfestsetzung UVEK/BAV



<b>Projekt-Nr. VIS 02 (KEF07: Nr. 416)</b>	<b>N 4 im Knonauer Amt</b>
--	----------------------------

**Volkswirtschaftsdirektion / Generalsekretariat VD**

**Kurzumschreibung Projekt**

Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die N 4 im Knonauer Amt ermöglicht eine schnelle Verbindung zum Wirtschaftsraum Innerschweiz. Sie entlastet die anliegenden Siedlungen vom Durchgangsverkehr.

**Wirkungsziel:**

Verbinden der Wirtschaftsräume Kanton Zürich und Innerschweiz; Entlastung der Siedlungen im Knonauer Amt vom Durchgangsverkehr.

**Leistungsziel:**

Bau einer Nationalstrasse 1. Klasse im Knonauer Amt bestehend aus der offenen Strecke, dem Islisbergtunnel, dem Anschluss Zürich West (Filderen) sowie der Baulanderschliessung für die Raststätte Knonaueramt.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	-215.0	-29.0	-32.5	-24.6	-17.9	-5.8	-1.9

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. VIS 02 (KEF07: Nr. 416)**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1970	- Genehmigung des Detailprojektes Abschnitt N 4.1.7, Knonau bis Kantonsgrenze Zug
1997	- Rückzug des Teileröffnungsentscheides (N 4.1.7)
1998	- Zustimmung RR zum Ausführungsprojekt (N 4.1.6)
1999	- Entscheid des Verwaltungsgerichtes
2001	- Entscheid des Bundesgerichtes; Genehmigung des Ausführungsprojektes durch das UVEK
2001	- Baubeginn
2010	- Fertigstellung / Eröffnung

**Bemerkungen**

Mit den beiden Projekten N 4.1.6, Filderen bis Knonau, und der Fertigstellung der N 4.1.7, Knonau bis Kantonsgrenze Zug, setzt der Kanton die beschlossene Planung des Bundes im Nationalstrassenbereich um. Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Westumfahrung Zürich (Projekt Nr. VIS 01).

Das Projekt befindet sich im Bau, die Inbetriebnahme ist für 2010 vorgesehen. Bis Ende 2006 sind Bruttoinvestitionen von 664 Mio. CHF aufgelaufen.





## Gesundheitsdirektion

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Aufgaben
- 2.2 Organigramm
  - 2.2.1 Leistungsgruppenstruktur Gesundheitsdirektion
  - 2.2.2 Organisationsstruktur Direktionssekretariat
- 2.3 Grundlagen
  - 2.3.1 Rechtsgrundlagen
  - 2.3.2 Grundlagen für die Planung und Steuerung
- 2.4 Umfeldentwicklungen

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.4.1 Übersicht
  - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Die Entwicklungs- und Finanzplanung 2008-2011 der Gesundheitsdirektion hat in Bezug auf die Leistungsgruppen- und Fondsstruktur gegenüber dem KEF des Vorjahres keine Änderungen erfahren. Im KEF des Vorjahres wurden das USZ und das KSW organisatorisch und finanziell aus der Gesundheitsdirektion und der entsprechenden Leistungsgruppe 6300 „Somatische Akutversorgung und Rehabilitation“ ausgegliedert und in den neuen Leistungsgruppen 9510 (USZ) und 9520 (KSW) bei den selbständigen staatlichen Anstalten abgebildet. Der Saldo der Leistungsgruppe 6300 „Somatische Akutversorgung und Rehabilitation“ veränderte sich durch die organisatorische Ausgliederung des USZ und KSW nicht, weil die bisherige Bruttodarstellung des Aufwandes und Ertrages der beiden Spitäler durch einen Staatsbeitrag an die beiden neuen Anstalten in der Höhe des Saldos ersetzt wird.

Für den KEF 2008-2011 ist die Umfeldentwicklung überarbeitet und aktualisiert worden.

Die strategischen Ziele für die Periode 2008-2011 sind gegenüber dem KEF des Vorjahres wie folgt angepasst worden:

- Streichung Ziel „Erreichung des maximal möglichen Kostendeckungsgrades bei Krankenkassen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung“, da im Rahmen der KVG-Revision ein fixer Kostenteiler zwischen Kanton und Krankenversicherer vorgesehen ist.
- An Stelle „Erhöhung der Kostentransparenz zum verbesserten Ressourceneinsatz und leistungsgerechter Abgeltung“ neu „Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz“.
- An Stelle „Nachhaltige Kosteneindämmung durch Überprüfung der Leistungen, Strukturen, Standards und Qualität“ neu „Nachhaltige Kosteneindämmung“.
- Da die KVG-Revision weit fortgeschritten ist, wurde neu das Ziel „Umsetzung der Planung und Finanzierung gemäss KVG-Revision“ aufgenommen.

Bei den Projekten ergeben sich folgende Änderungen:

- Da der Kantonsrat am 2. April 2007 das revidierte Gesundheitsgesetz verabschiedet hat, ist das Projekt „Revision Gesundheitsgesetz“ aus dem KEF gestrichen worden.
- Neu wurde das Projekt „Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung“ in den KEF aufgenommen. Im Rahmen dieses Projektes sollen die Fragen der Spital- und Pflegeheimversorgung, die aus der Revision des Gesundheitsgesetzes herausgelöst wurden, bearbeitet werden.
- Die beiden Projekte „Sockelbeiträge an Privatspitäler“ und „Beteiligung der Versicherer an Investitionskosten“ wurden zum Projekt „Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung“ zusammengefasst.
- Neu aufgenommen wurde das Projekt „Medical Board“.



## 1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011
<b>Saldo Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-1'327	-1'366	-1'454	-
KEF 2008-2011	-1'197	-1'334	-1'381	-1'438
Veränderung	130	32	73	
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-137	-134	-171	-
KEF 2008-2011	-145	-149	-165	-163
Veränderung	-8	-15	6	

### Erfolgsrechnung:

Der Saldo für das Jahr 2008 verbessert sich gegenüber dem KEF des Vorjahrs um 130 Mio. Fr. Zu dieser Verbesserung tragen die Verzögerung der KVG Revision (100,0 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (37,3 Mio. Fr.), nachhaltige Produktivitätsverbesserungen (10 Mio. Fr.) sowie die Saldoverbesserung bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (6,6 Mio. Fr.) bei. Die eingestellten Verbesserungen im Bereich der Beiträge an Krankenkassenprämien ergeben sich vor allem aus einer optimistischeren Annahme zur Prämienentwicklung. Auf der anderen Seite sind Verschlechterungen bei den Lohn- und Sachkostenfaktoren (26,1 Mio. Fr.) zu verzeichnen.

Im Jahr 2009 resultiert gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von 32 Mio. Fr. Zu dieser Verbesserung tragen die Reduktion der geschätzten Mehraufwendungen durch die KVG-Revision (25,0 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (31,4 Mio. Fr.) sowie die Saldoverbesserung bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (8,8 Mio. Fr.) bei. Andererseits ist eine Mehrbelastung bei den Lohn- und Sachkostenfaktoren (35,3 Mio. Fr.) zu verzeichnen.

Im Jahr 2010 ergibt sich gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von 73 Mio. Fr. Diese Verbesserung ist auf die Reduktion der geschätzten Mehraufwendungen durch die KVG-Revision (25,0 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (41,9 Mio. Fr.) sowie die Saldoverbesserung bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (12,3 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Für die Periode 2008 bis 2010 kann gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von insgesamt 235 Mio. Fr. erzielt werden.

### Investitionsrechnung:

Die Investitionsplanung erfolgte dieses Jahr erstmals nach den Vorgaben der Immobilienverordnung (ImV). In die Investitionsplanung der Kontengruppe 503 Hochbauten wurden neben den Projekten in Realisierung nur jene Projekte in Planung aufgenommen, für die eine Nutzwertanalyse und eine darauf basierende Priorisierung gemäss Standardprozess ImV durchgeführt werden konnte. Ansonsten folgte die Planung den Plafondvorgaben der Regierung, wobei über die KEF-Planjahre hinweg auf eine bessere Verteilung und eine grössere Kontinuität der Ausgaben geachtet wurde.

## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

### 2.1 Aufgaben

Die Aufgaben der Gesundheitsdirektion lassen sich im Wesentlichen in zwei Gruppen aufteilen:



**Gesundheitsversorgung:**

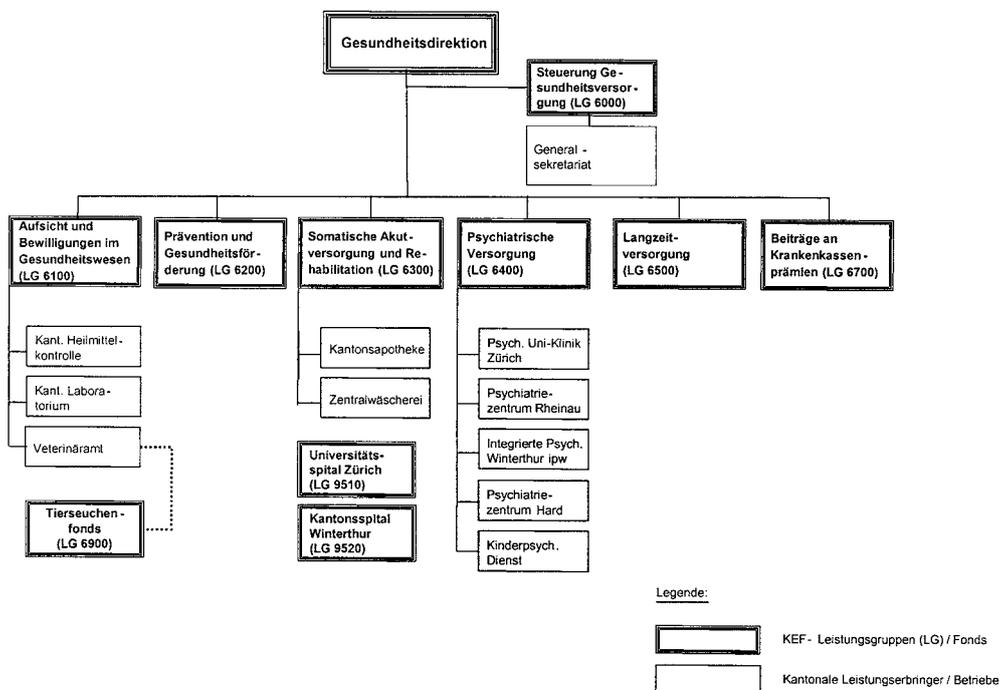
Die Gesundheitsdirektion stellt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten in erster Linie eine bedarfsgerechte, zugängliche und effiziente Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Kantons Zürich sicher. Hierzu gehören Leistungen zur Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit, wobei das Schwergewicht bei der stationären somatischen und psychiatrischen Patientenbehandlung liegt. Die Gesundheitsdirektion plant und steuert insbesondere die stationären Leistungsangebote und gewährt kantonalen, kommunalen und privaten Institutionen Beiträge an die Betriebs- und Investitionskosten. Darüber hinaus unterstützt, koordiniert bzw. veranlasst die Gesundheitsdirektion Aktivitäten zur Prävention sowie zur Gesundheitsförderung.

**Aufsicht:**

Die Gesundheitsdirektion erteilt Bewilligungen zur selbständigen Berufsausübung für die in der Gesundheitsgesetzgebung geregelten Berufe sowie Bewilligungen für den Betrieb von Spitälern, Pflegeheimen und anderen Institutionen des Gesundheitswesens. Sie kontrolliert und regelt gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung die Abgabe von Betäubungsmitteln, überwacht die Meldungen zu übertragbaren Krankheiten, kontrolliert Arzneimittel, Blut und Blutprodukte sowie Medizinalprodukte, kontrolliert die Lebensmittel, deren Verarbeitung und industrielle Herstellung und vollzieht die Tierschutzgesetzgebung.

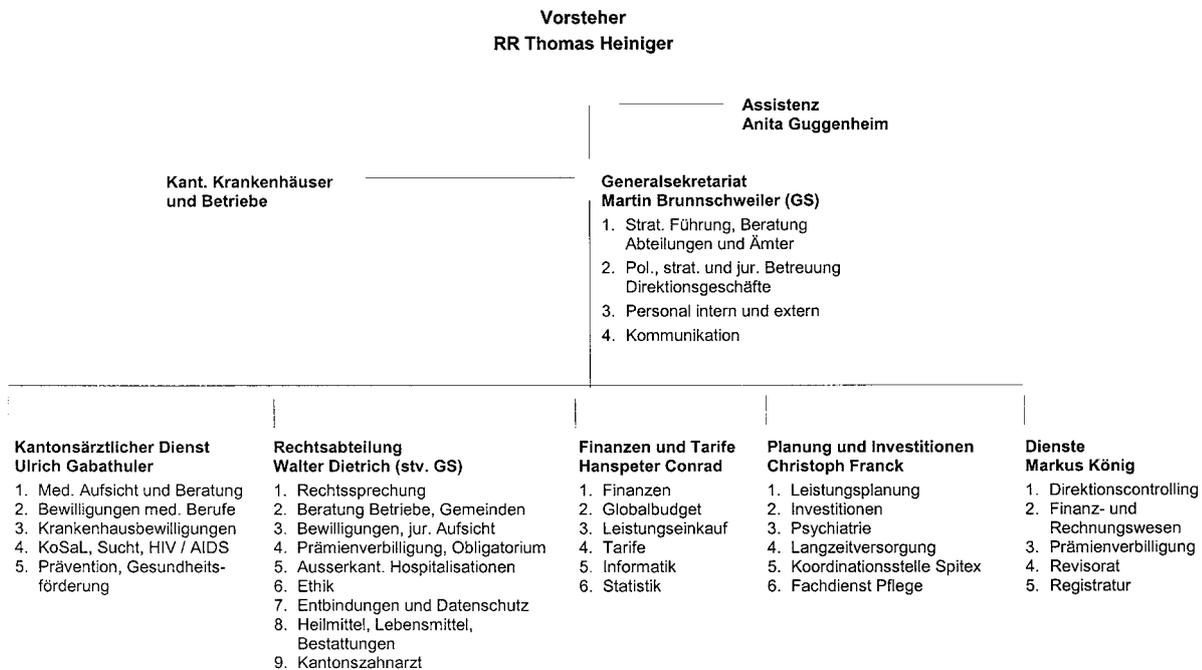
**2.2 Organigramm**

**2.2.1 Leistungsgruppenstruktur Gesundheitsdirektion**





## 2.2.2 Organisationsstruktur Direktionssekretariat



## 2.3 Grundlagen

### 2.3.1 Rechtsgrundlagen

#### a) Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen

- Sozialversicherungsgesetzgebung (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung)
- Epidemiengesetzgebung (Übertragbare Krankheiten des Menschen, Tierseuchen)
- Medizinalgesetzgebung (Forschung, Ethik, Medizinalberufe)
- Lebensmittelgesetzgebung (Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände)
- Heilmittelgesetzgebung (Arzneimittel, Medizinprodukte, Betäubungsmittel, Tierarzneimittel)
- Chemikaliengesetzgebung (gefährliche Stoffe)
- Tierschutzgesetzgebung
- Statistikgesetzgebung (Gesundheits- und Sozialstatistik)

#### b) Kantonales Recht

- Gesundheitsgesetz
- Gesetz über das Universitätsspital Zürich, Gesetz über das Kantonsspital Winterthur
- Patientinnen- und Patientengesetz
- Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare
- Einführungsgesetz zum KVG, Einführungsgesetz zum IVG
- Staatsbeitragsgesetz
- Verordnungen zu den kantonalen Krankenhäusern
- Verordnungen zu Staatsbeiträgen an die Krankenpflege
- Verordnungen zu den Medizinalberufen



- Verordnungen zu Lebensmitteln, Heilmitteln, Betäubungsmitteln, Chemikalien
- Verordnungen zur gesundheitlichen Fürsorge und zum Bestattungswesen
- Vollzugsverordnung zum Epidemiengesetz
- Zürcher Spitalliste 2001 (Regierungsratsbeschluss)

### 2.3.2 Grundlagen für die Planung und Steuerung

Die Gesundheitsdirektion erstellt periodisch Grundlagen für die Planung und Steuerung der Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich:

#### a) Zürcher Krankenhausplanung:

Die Gesundheitsdirektion erarbeitete erstmals im Jahr 1947 eine bedarfsorientierte Planung der stationären Einrichtungen für die somatische Medizin. Diese Planung wurde in der Folge mehrmals ganz oder teilweise überarbeitet, zuletzt im Jahr 1997 als Grundlage für die Verabschiedung der Zürcher Spitalliste 1998.

#### b) Zürcher Spitalliste 2001 (inkl. Fortschreibung, letztmals geändert am 24. Januar 2007); Zürcher Spitalliste Psychiatrie 2007;

#### Zürcher Pflegeheimliste 1998 (inkl. Fortschreibung, letztmals geändert am 28. November 2006):

Gemäss Bundesgesetz über die soziale Krankenversicherung (KVG) sind die Kantone verpflichtet, für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung eine bedarfsgerechte Spitalplanung durchzuführen. Die zur Behandlung von Patientinnen und Patienten zu Lasten der obligatorischen Grundversicherung zugelassenen Spitäler sind auf einer nach Leistungsaufträgen kategorisierten Spitalliste aufzuführen. Für Pflegeheime und Rehabilitationseinrichtungen sind analoge Listen zu erstellen.

#### c) Kenndatenbücher:

Die Gesundheitsdirektion führt statistische Erhebungen zur Gesundheitsversorgung durch. Seit knapp dreissig Jahren werden die wichtigsten Kennzahlen der somatischen Akutversorgung, der psychiatrischen Versorgung und der Langzeitversorgung in Form von Kenndatenbüchern publiziert.

#### d) Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich:

Die Gesundheitsdirektion führt jährlich eine Befragung zur Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung durch. Ausgewählte Ergebnisse werden als Wirkungsindikatoren in der Leistungsgruppe Steuerung Gesundheitsversorgung ausgewiesen.

#### e) Zürcher Gesundheitsbericht:

Im Auftrag der Gesundheitsdirektion erstellt das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) im Abstand von fünf bis sieben Jahren einen Bericht zur Gesundheitssituation im Kanton Zürich. Der Bericht analysiert den Gesundheitszustand und das Wohlbefinden der Bevölkerung und bezeichnet entsprechende Massnahmenbereiche. Er wurde bisher dreimal (1994, 1999, 2007) herausgegeben.

#### f) Leistungs- und Fachkonzepte:

Zu einzelnen medizinischen Fachbereichen werden nach Bedarf Leistungskonzepte erstellt, die im Wesentlichen Verfeinerungen der kantonalen Spitalplanung sind (chronologisch aufgelistet):

- Konzept Medical Board (2006)
- Leistungskonzentration Wirbelsäulenchirurgie (2006)
- Palliative Care-Konzept für den Kanton Zürich (2006)
- Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich (2004)
- Notfallversorgung durch den KJPD (2003)
- Dialysenkonzept (2002)
- Psychiatriekonzept für den Kanton Zürich (1999)

**g) Handbücher:**

Zu spezifischen Fachfragen erstellt die Gesundheitsdirektion nach Bedarf Handbücher, die den betroffenen internen und externen Stellen als Leitfaden dienen (chronologisch aufgelistet):

- Manual zur Einführung der Kostenträgerrechnung in den psychiatrischen Kliniken (2004)
- Investitionshandbuch für subventionierte Betriebe (2003)
- Investitionshandbuch für kantonale Betriebe (2003)
- Einführung Kostenträgerrechnung (2002)

**2.4 Umfeldentwicklungen****Gesellschaftliche Faktoren:**

- Die Bevölkerungsstruktur verändert sich langsam aber stetig, indem einerseits der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung abnimmt, die Anzahl jedoch recht stabil bleibt und andererseits der Anteil und die Anzahl der über 65-Jährigen stark zunimmt. Die steigende Lebenserwartung führt zu häufigerem Auftreten typischer Alterskrankheiten und zu einer Zunahme der Mehrfacherkrankungen (Multimorbidität) in der Bevölkerung. Gleichzeitig erhalten lebenserhaltende und beschwerdemindernde Massnahmen eine grössere Bedeutung. Auf der anderen Seite führt das zunehmende Risikoverhalten der Bevölkerung vor allem im Bereich der Freizeitgestaltung zu höheren Gesundheitsausgaben.
- Die zunehmende weltweite Migration und die damit verbundene Einwanderung in die Schweiz einerseits sowie die weiterhin hohe Mobilität bzw. grosse Reisetätigkeit der Schweizer Bevölkerung andererseits führen zu vielschichtigen Anforderungen an die Gesundheitsversorgung, die tendenziell die Gesundheitsausgaben steigen lassen. Die weltweite Wirtschaftsvernetzung und intensive Reisetätigkeit birgt auch die Gefahr einer rascheren Entwicklung und Ausbreitung übertragbarer Krankheiten.

**Allgemeine Trends im Gesundheitswesen:**

- Der Einfluss von aussen auf Grund supranationaler Verträge (WHO) und der Ausdehnung der bilateralen Verträge mit der EU auf die kantonalen Gesundheitswesen nimmt zu. Durch die Ausdehnung der Verträge auf die neuen EU-Länder verstärken sich insbesondere die mit dem freien Personenverkehr verbundenen Effekte im Gesundheitswesen (Krankenversicherung, Zulassung zu den freien Gesundheitsberufen).
- Ebenfalls ist eine Zunahme der Einflussnahme des Bundes auf die Steuerung des Gesundheitswesens festzustellen. Dadurch verändert sich die Rolle der Kantone von einer aktiv steuernden stärker zu einer vollziehenden hin. Stärkere Regulierungen durch den Bund, z.B. bei den Gesundheitsberufen, führen zu einem erhöhten Aufwand bei der kantonalen Aufsicht.
- Im Bereich der Gesundheitsberufe (u.a. Pflege- / MTTB-Berufe) erfolgt eine Angleichung an die übrigen Berufszweige aufgrund des neuen Berufsbildungssystems. Dies widerspiegelt sich ebenfalls in der Professionalisierung der Gesundheitsberufe, in dem einerseits die Ansprüche an die Tätigkeit und damit die Qualität steigt, andererseits jedoch auch die Kosten zunehmen.
- Die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz nimmt weiterhin zu, im Kanton Zürich bleibt sie jedoch konstant. Dabei nimmt der Anteil der Schweizer Ärzte ab, derjenige der ausländischen Ärzte jedoch zu.
- Die Fragen zur Konzentration in der Spitzenmedizin und zur hausärztlichen Versorgung sowie zur Notfall-Versorgung gewinnen stark an Bedeutung. Die Diskussion, was an medizinischen Leistungen machbar, wünschbar und finanzierbar ist, wird zunehmen. Die Ansprüche an das Leistungsangebot des Staates sind nach wie vor hoch.
- Die Bedeutung der Leistungsquantifizierung nimmt zu, insbesondere im Zusammenhang mit leistungsorientierten Finanzierungsmodellen. Damit steigen auch die Bedeutung von und die Anforderungen an Massnahmen zur Qualitätsmessung und -sicherung.

**Medizinische und medizintechnologische Faktoren:**

- Verbesserungen in der Diagnostik führen zur früheren und breiteren Erfassung von Gesundheitsstörungen sowie rascheren Behandlung von Patientinnen und Patienten.
- Die stetige Forschung und Weiterentwicklung im Bereich Geräte, Medikamente sowie Diagnose- und Behandlungstechniken führen nur in wenigen Fällen zu Effizienzsteigerungen im System Ge-



sundheitswesen, sondern zu Kostensteigerungen, insbesondere aber auch zu einer Erweiterung des Behandlungsspektrums mit entsprechenden Mengenausweitungen und damit weiteren Kostensteigerungen. Parallel steigt jedoch die Wirkung und Qualität der medizinischen Behandlung.

- Gleichzeitig findet eine permanente Diffusion von Diagnose- und Behandlungsverfahren aus der spezialisierten und hochspezialisierten Medizin in die Grundversorgung statt.
- Durch minimalinvasive Verfahren, aber auch durch die Intensivierung der Behandlung kann die Behandlungsdauer reduziert werden. Dies führt teilweise zu höheren Kosten für die Akutversorgung, aber auch zu tieferen sozialen Folgekosten. Die entsprechenden Einsparungen fallen jedoch ausserhalb des Gesundheitswesens an.
- Die Minimierung der Eingriffe in den menschlichen Körper durch die oben erwähnten neuen Operationstechniken führt zu einer Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen. Dies führt zu einer Intensivierung des Spitalbetriebes mit entsprechenden Auswirkungen z.B. auf die Pflege.

#### **Ökonomische Faktoren:**

- In den somatischen Akutspitälern des Kantons Zürich ist über die letzten 15 Jahre ein sinkender Bettenbestand, eine Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, ein Rückgang der verrechneten Pfl egetage bei steigendem Personalbestand und ein steigender Betriebsaufwand festzustellen. Die Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer entspricht einem gesamteuropäischen Trend und dürfte durch Einführung der Leistungsfinanzierung (SwissDRG) noch verstärkt werden.
- Der Druck zu weiteren Produktivitätssteigerungen nimmt auf Grund der Kostenentwicklung zu, was politische und gesellschaftliche Diskussionen auslösen und zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen führen wird. Auch die angebotenen Standards sowie ein allfälliger Qualitätsabbau werden diskutiert. Dies insbesondere vor dem Hintergrund von notwendigen Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes.
- Die Nachfrage nach Leistungen im Gesundheitswesen wird zu einem grossen Teil durch die Anbieter bestimmt. Es besteht eine hohe Zahl an selbständig tätigen Ärztinnen / Ärzten und an stationären Behandlungseinrichtungen. Der bundesweite Zulassungsstopp bei der niedergelassenen Ärzteschaft hat bisher keine nachweisbaren Auswirkungen gehabt. Die Zulassung weiterer neuer Gesundheitsberufe führt tendenziell zu einer Mengen- und Kostenausweitung.
- Das Gesundheitswesen steht mit den anstehenden Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vor einem Umbruch. Insbesondere zu erwähnen sind die Regelung der Spitalfinanzierung (mit der Einführung der Subventionierung von Privatspitälern sowie die Beteiligung der Versicherer an den Investitionskosten) und der Pflegefinanzierung im Rahmen der laufenden KVG-Revision und auf kantonalen Ebene im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes (Finanzierungsbereich) die Klärung der Aufgabenteilung bei der Finanzierung von Spitälern, Pflegeheimen und Spitex.
- Im Rahmen der seit 2004 laufenden KVG-Revision ist bezüglich der Spitalfinanzierung eine Ausdehnung der Subventionspflicht der Kantone auf nicht-öffentliche Privatspitäler voraussichtlich ab 2009 vorgesehen.
- Das Territorialitätsprinzip in der Krankenversicherung kommt - auch wegen der Öffnung des Schweizer Binnenmarktes zur EU - zunehmend unter Druck. Dies setzt die Leistungserbringer (aber auch die Versicherer) neuen Herausforderungen aus, indem sie nun nicht mehr nur dem schweizerischen, sondern auch dem europäischen Leistungswettbewerb ausgesetzt sind.



### 3. Strategische Ziele

Permanent zu verfolgende oberste Zielsetzungen:

- **Erhaltung und Förderung der Gesundheit**
- **Sicherstellung der Gesundheitsversorgung**
- **Erhaltung einer für alle Patientinnen und Patienten zugänglichen Spitalversorgung**
- **Bereitstellen von Angeboten, soweit notwendig**
- **Begrenzung des Wachstums der Ausgaben im Aufgabenbereich der Gesundheitsdirektion**
- **Ausschöpfen von Rationalisierungsmöglichkeiten**
- **Stärkung der Eigenverantwortung der Bevölkerung**

Strategische Zielsetzungen für den Zeitraum 2008-2011:

#### **Ziel 1: Interessenwahrung bei der Konzentration der hochspezialisierten Medizin**

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

#### **Ziel 2: Festlegung der Übernahme der Verantwortlichkeit des Staates unter Wahrung der Eigenverantwortung des Menschen**

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Steuerung Gesundheitsversorgung
- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- Psychiatrische Versorgung
- Langzeitversorgung

#### **Ziel 3: Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Prävention und Gesundheitsförderung

#### **Ziel 4: Punktuelle Vertiefung der Leistungs- und Bedarfsplanung**

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- Psychiatrische Versorgung

#### **Ziel 5: Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung
- Medical Board



- Massnahmen zur Erhebung der Kodier- und Ergebnisqualität sowie der Patientenzufriedenheit und -sicherheit

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- Psychiatrische Versorgung

#### **Ziel 6: Nachhaltige Kosteneindämmung**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Sanierungsmassnahmen der Gesundheitsdirektion
- Optimierungs- und Liberalisierungspotential Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
- Massnahmen zur Erhebung der Kodier- und Ergebnisqualität sowie der Patientenzufriedenheit und -sicherheit

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Steuerung Gesundheitsversorgung
- Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen
- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- Psychiatrische Versorgung

#### **Ziel 7: Einflussnahme des Kantons auf die Revision des KVG und anderer Bundesgesetzgebungen**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Steuerung Gesundheitsversorgung
- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- Psychiatrische Versorgung

#### **Ziel 8: Umsetzung der Planung und Finanzierung gemäss KVG-Revision**

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- Psychiatrische Versorgung



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Übersicht über die noch nicht bewilligten Investitionsvorhaben des Zeitraumes 2008-2011 mit Projektkosten bzw. Staatsbeiträgen ab CHF 5 Mio.:

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
USZ, Nordtrakt 1, Hochhaus, Sanierung	-45.0	-	2011	2011-2016
USZ, Gloriatrakt, Neubau	-80.0	-	2010	2010-2014
USZ, Nordtrakt 1, Energetische Sanierung	-9.5	-	2007	2008-2010
USZ, Nordtrakt 2, Kopfzentrum	-10.2	-	2007	2008-2010
USZ, Aufnahmetrakt/OP-Trakt, Helikopterlandeplatz	-6.0	-	2007	2009-2009
KSW, Hochhaus, Sanierung/Erweiterung	-122.0	-	2009	2010-2015
Bülach, Gesamtsanierung Etappe X	-8.7	-	2007	2008-2010
Bülach, Gesamtsanierung Etappe 3	-11.6	-	2011	2011-2014
Kinderspital, Neubau	-380.0	-	2007	2010-2015
Spital Limmattal, Gesamtsanierung	-84.0	-	2008	2009-2014
Männedorf, Teilsanierung Etappe 2	-18.5	-	2008	2009-2012
Stadtspital Triemli, Bettenhaus, Neubau	-128.0	-	2007	2008-2013
Stadtspital Triemli, Hochhaus, Sanierung	-88.0	-	2011	2013-2017
PUK, Trakt WT, Sanierung/Neugestaltung	-10.5	-	2008	2008-2010
PUK, Trakt D/K, Sanierung	-15.0	-	2011	2011-2013
PZR, Trakt 80/82, Sanierung	-15.0	-	2009	2009-2011
ipw, Haus Grün, Sanierung	-9.0	-	2008	2008-2010
PZH, Sanierung Küche	-10.4	-	2008	2008-2010
PZH, Fensterersatz	-7.6	-	2008	2008-2011
PZH, Spitaltrakt, Sanierung	-5.0	-	2010	2010-2011
KJPD, Brüsshalde, Neubau	-5.0	-	2008	2009-2011



## 4.2 Übrige Investitionen

Total der übrigen Investitionsausgaben (bereits beschlossene Vorhaben sowie noch nicht beschlossene Projekte unter CHF 5 Mio.):

Übersicht Investition in Mio. Fr.	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Total geplant	-36.6	-45.0	-56.2	-46.8
Total in Realisierung	-85.5	-45.0	-24.1	-5.2
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	<b>-122.1</b>	<b>-90.0</b>	<b>-80.3</b>	<b>-52.0</b>

Begründung zur Entwicklung:

Die Investitionsplanung für die Hochbauten (Kontengruppen 503 und 56) erfolgte dieses Jahr erstmals nach den Vorgaben der Immobilienverordnung. Dabei wurden die Projekte in Planung gemäss dem ImV-Standardprozess einer Nutzwertanalyse und einer Priorisierung unterzogen.

## 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Projekt Nr. 6000-03: Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung	2007/2008	ab 2009	-75 p/a

## 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

### 4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	1'463.7	698.4	723.6	740.2	760.7	782.3
Aufwand	-2'484.3	-1'868.5	-1'920.3	-2'074.6	-2'142.0	-2'220.4
Saldo	-1'020.5	-1'170.1	-1'196.7	-1'334.4	-1'381.3	-1'438.1
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-185.4	-152.7	-144.6	-149.4	-165.2	-163.3
Nettoinvestitionen	-185.4	-152.7	-144.6	-149.4	-165.2	-163.3

### 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 und den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem beschlossenen Budget 2007 (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	P 2008	Schnitt 2008-2011	P 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	25.2	53.3	+3.6%	+7.6%
Aufwand	-51.8	-220.8	-2.8%	-11.8%
Saldo	-26.6	-167.5	-2.3%	-14.3%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-	-	-	-
Ausgaben	8.1	-2.9	5.3%	-1.9%
Nettoinvestitionen	8.1	-2.9	5.3%	-1.9%

**Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

25 Mio. Franken mehr Ertrag (3.6%) wegen

+9 Mio. höherem Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung (LG 6700),

+16 Mio. übrigem Ertrag.

52 Mio. Franken mehr Aufwand (2.8%) wegen

-33 Mio. Mehraufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (LG 6700) wegen Erhöhung der Verbilligungsbeiträge,

-11 Mio. Mehraufwand somatische Akutversorgung (LG 6300) wegen Teuerungsausgleich und Stufenanstieg,

-8 Mio. übrigem Aufwand.

**Investitionsrechnung**

8 Mio. weniger Ausgaben (5.3%):

Der Saldo der Investitionsrechnung verbessert sich im Jahr 2008 gegenüber dem B 07. Dies ist neben vielen projektspezifischen Unterschieden vor allem auf die einmalige Auszahlung der ersten Tranche des Dotationskapitals für die beiden verselbständigten kantonalen Akutspitäler (Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur) von 5 resp. 2 Mio. Franken im Jahr 2007 zurückzuführen.

**Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

2008 bis 2011 durchschnittlich 53 Mio. Franken mehr Ertrag (7.6%) wegen

+31 Mio. höherem Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung (LG 6700),

+22 Mio. übrigem Ertrag.

2008 bis 2011 durchschnittlich 221 Mio. Franken mehr Aufwand (11.8%) wegen

-123 Mio. Mehraufwand somatische Akutversorgung (LG 6300) wegen KVG-Revision, Teuerungsausgleich und Stufenanstieg,

-77 Mio. Mehraufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (LG 6700) wegen Prämienteuerung und höheren Verbilligungsbeiträgen für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung,

-21 Mio. übrigem Aufwand.

**Investitionsrechnung**

2008 bis 2011 durchschnittlich 3 Mio. Franken mehr Ausgaben (1.9%).

Mit dem Neubau des Kinderspitals in Zürich-Hirslanden und der Inangriffnahme grösserer Bauvorhaben im Universitätsspital nimmt der Investitionsbedarf in der zweiten Hälfte der KEF-Periode weiter zu.





## **5. Leistungsgruppen**

**6000 Steuerung Gesundheitsversorgung**

**6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen**

**6200 Prävention und Gesundheitsförderung**

**6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation**

**6400 Psychiatrische Versorgung**

**6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen**

**6700 Beiträge an Krankenkassenprämien**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.5	1.2	0.3	1.5	0.4	1.6	0.4	1.6	1.6	4.0
Aufwand	-19.5	-20.6	-0.7	-21.4	-1.0	-21.8	-0.9	-22.1	-22.1	13.1
Saldo	-18.0	-19.4	-0.4	-19.9	-0.6	-20.3	-0.5	-20.5	-20.5	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.3	-0.6	-0.6	-1.2	-0.0	-0.6	-0.0	-0.6	-0.6	-0.7
Nettoinvestitionen	-0.3	-0.6	-0.6	-1.2	-0.0	-0.6	-0.0	-0.6	-0.6	-0.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	71.3	73.8	0.0	73.8	0.0	73.8	0.0	73.8	73.8	

**Aufgaben**

- A1 Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
- A2 Politische und strategische Geschäfte
- A3 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A4 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung	2008	5
E2 Auswirkungen KVG Revision auf Spitalfinanzierung	2009	7

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Generelle Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10)		7.74					
W2 Zufriedenheit der KundInnen mit Spitalerfahrung mit der Behandlung im Spital (Skala 1-10)		8.71					
W3 Quotient Zufriedenheit KundInnen mit Spitalerfahrung / Zufriedenheit BürgerInnen mit Gesundheitsversorgung (W2/W1)	min.	1.13	>1	>1	>1	>1	>1
W4 Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10)		8.59					
W5 Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10)		8.11					
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen	P	6	6	6	6	6	6
L2 Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser / Betriebe	P	19	20	20	20	20	20
L3 Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken	P	12	12	12	12	12	12
L4 Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter	P	3	3	3	3	3	3
L5 Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich	P	140	150	150	150	150	150
L6 Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbständ./unselbständig. Berufsausübung	P	1'216	1'360	1'360	1'360	1'360	1360
L7 Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	P	5	3	3	3	3	3
L8 Anzahl erledigte Rekurse	P	48	95	95	50	50	50
L9 Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	P	43	20	20	20	20	20
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr)		4.5	1.4				
B2 Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr)		5.6	2.2				
B3 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung		14.14	15.20	15.39	15.52	15.60	15.47

**Leistungsgruppe 6000 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-19.938
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.230

**Budget Leistungsgruppe 6000**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Leistungsgruppe 6000 umfasst das Direktionssekretariat (6000.1000), die Leistungen und Beiträge im Gesundheitswesen allgemein (6000.2000) sowie die Kantonale Ethikkommission (KEK) und ihre Spezialisierten Unterkommissionen (SPUK) (6000.3000).
- Neben der Umsetzung des MH 06 stehen die KVG-Revision, die Umsetzung der NFA und die Neuregelung der Spital- und Pflegeheimfinanzierung im Vordergrund.

**Indikatoren**

- Die Erhöhung der Zahl von Bewilligungen auf Grund der geänderten Gesetzgebung von Bund und Kanton ist noch nicht absehbar.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der MH 06-Massnahmen 6000.1-5: 2006-2009 -0.6 Mio. Fr. p/a.
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Saldo der Leistungsgruppe 6000 verschlechtert sich gegenüber dem B 07 um 0.5 Mio. Fr..
  - 0.6 höhere Lohnaufwendungen infolge Teuerungsausgleich und Stufenanstieg
  - +0.3 Einstellung höherer Gebühreneinnahmen bei den Bewilligungen
  - 0.1 basierend auf Erfahrungswerten des Jahres 2006 sind bei den Kantonalen Ethikkommission (KEK) und ihren Spezialisierten Unterkommissionen (SPUK) höhere Vergütungen für Kommissionen und Dienstleistungen Dritter eingestellt
  - 0.1 Informatikleistungen für die elektronische Kostengutsprache bei ausserkantonalen Hospitalisationen

**Investitionsrechnung**

- Im Jahre 2008 steigen die Investitionsausgaben um 0.6 Mio. Fr. auf 1.2 Mio. Fr.. Diese Erhöhung ist darauf zurückzuführen, dass die folgenden Projekte in die Realisierungsphase kommen: Projekt "Redesign Data Warehouse"; Projekt "Ablösung Server"; Projekt "Redesign des Statistikmoduls".

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang erfährt gegenüber dem B 07 keine Änderung.

---


**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- P 09 zu P 08:
  - 0.1 höhere Lohnaufwendungen (Teuerung, Beförderung)
  - 0.1 höhere Ausgaben für Lizenzen
  - 0.2 höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionsausgaben im Jahr 2008
  - +0.1 höhere Gebühreneinnahmen
- P 10 zu P 09:
  - 0.1 höhere Abschreibungen

**Investitionsrechnung**

- In den Folgejahren 2009 bis 2011 werden die Investitionsausgaben nach einem Hoch im Jahr 2008 wieder 0.6 Mio. Fr. pro Jahr betragen. Nach einem Tiefstand im Jahre 2008 wird der Abschreibungsbedarf aufgrund dieser höheren Investitionen aus dem Jahr 2008 deshalb zunehmen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Es wird mit einem gleichbleibenden Personalbestand gerechnet.

**Indikatoren**

- Bei L8 kann ab dem Jahr 2009 mit einem Rückgang der Rekurse gerechnet werden, da die Rekurse der verselbständigten Spitäler USZ und KSW von diesen Institutionen selber erledigt werden und die Lohnüberführungsrekurse (bei den Berufen im Gesundheitswesen) abgeschlossen sind.

---


**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 0.6 die höheren Lohnaufwendungen für 2008 sowie
- 0.1 Informatikleistungen für die elektronische Kostengutsprache bei ausserkantonalen Hospitalisationen führen in der gesamten Planperiode 2008 - 2010 zu einer Verschlechterung gegenüber dem KEF des Vorjahres
- +0.3 die mit dem P 08 eingestellten höheren Gebühreneinnahmen führen zu einer Verbesserung gegenüber dem KEF des Vorjahres für die gesamte Planperiode

**Investitionsrechnung**

- 0.6 im Jahr 2008 aufgrund der Projekte "Redesign Data Warehouse"; "Ablösung Server"; "Redesign des Statistikmoduls".

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Personalbestand ist gegenüber dem KEF des Vorjahres unverändert.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	4.3	3.6	0.8	4.5	0.8	4.5	0.9	4.5	4.6	6.1
Aufwand	-19.1	-19.7	-0.7	-20.6	-0.7	-20.9	-0.6	-21.2	-21.6	13.1
Saldo	-14.8	-16.0	0.2	-16.1	0.1	-16.4	0.3	-16.7	-17.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-1.1	-2.6	0.3	-1.6	0.2	-1.5	0.5	-1.3	-1.3	-1.6
Nettoinvestitionen	-1.1	-2.6	0.3	-1.6	0.2	-1.5	0.5	-1.3	-1.3	-1.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	102.1	103.9	2.1	106.0	2.1	106.0	2.1	106.0	106.0	

**Aufgaben**

A1 Aufsicht sowie Erteilung, Verweigerung, Einschränkung oder Entzug von Bewilligungen in den Bereichen Heilmittel, Tiere und Lebensmittel.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einführung Qualitätssicherungssystem im Veterinäramt	2008	0
E2 Anpassung des Vollzugs an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben	2008	0
E3 Umsetzung der neuen Heilmittelgesetzgebung, Anpassung der Infrastruktur der Heilmittelkontrolle	2009	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle)	P	7'980	7'400	7'800	7'800	7'800	7'800
L2 Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle)	P	386	390	390	390	390	390
L3 Anzahl Bewilligungen (Kantonale Heilmittelkontrolle)	P	1'858	1'950	1'860	1'860	1'860	1'860
L4 Anzahl laufende Bewilligungen Veterinäramt (Tierschutz, Tierversuche, Wildtierhaltung, Handel, Werbung m. Tieren, Importe, Märkte, Hundehaltung)	P	1'371	1'000	1'200	1'200	1'200	1'200
L5 Anzahl Inspektionen Nutztierhaltungen (Veterinäramt)	P	703	700	700	700	700	700
L6 Anzahl Fallaufarbeitungen Heimtierhaltungen und auffällige Hunde (Veterinäramt)	P	137	100	1'200	1'200	1'200	1'200
L7 Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor)	P	20'233	19'000	19'000	19'000	19'000	19'000
L8 Mikrobiologische Prüfungen (Proben) (Kantonales Labor)	P	11'216	11'000	11'000	11'000	11'000	11'000
L9 Gehaltsanalysen (Proben) (Kantonales Labor)	P	6'479	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
L10 Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt)	P	1'181		1'100	1'100	1'100	1'100
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in CHF)		11.60	12.55	12.45	12.54	12.68	12.84

Leistungsgruppe 6100	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-16.134
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.580

Budget	Leistungsgruppe 6100
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen****Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Leistungsgruppe 6100 umfasst die Betriebe Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor und Veterinäramt.
- Kantonale Heilmittelkontrolle: Inspektion von Spital- und Heimapotheken inklusive Bewilligungserteilung (revidierte Heilmittelverordnung).
- Kantonales Labor: Anpassung an die geänderte, an die EU angegliche Lebensmittellgesetzgebung sowie Neustrukturierung des Inspektionswesens.
- Veterinäramt: Die Entwicklungsschwerpunkte betreffen vor allem die Professionalisierung des Veterinärdienstes einschliesslich Kantonalisierung der Fleischkontrolle, die Umsetzung des neuen Lebensmittelrechts (Äquivalenz mit der EU) sowie die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben betreffend auffälliger Hunde.

**Indikatoren**

- Neu wurde der Indikator L10 "Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere" aufgenommen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung der Massnahmen MH06.6100.01-06: 2006 –0.55 Mio. Fr., 2007-2009 –0.6 Mio. Fr.

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- 0.7 höherer Personalaufwand wegen Stufenanstieg, Teuerung sowie bewilligte Stellenerhöhung um 2.0 Stellen beim Veterinäramt
- 0.3 höhere Sachkosten für den Bereich Hunde und Schlachttieruntersuchung
- +0.7 höhere Gebührenerträge, da das neue Hundegesetz vorsieht, dass ein Teil der Hundeabgabe von den Gemeinden neu an den Kanton abzuführen ist.

**Investitionsrechnung**

- Gegenwärtig sind Arbeiten für Umbauten im Kantonalen Labor zur Erfüllung der Anforderungen bezüglich Arbeitshygiene und Arbeitssicherheit in Gang.
- Es ist vorgesehen, mit Beginn des Jahres 2008 die Fachapplikationen im Veterinäramt stufenweise abzulösen, da sie den Bedürfnissen und dem Sicherheitsstandard nicht mehr entsprechen.
- Mit der Inkraftsetzung der Immobilienverordnung auf den 1.2.2007 wurden die Projekte zulasten der Kontengruppe 503 (Hochbauten) einer Überprüfung unterzogen. In die Planung wurden im Wesentlichen nur Projekte aufgenommen, die bereits in Ausführung sind oder für die zu diesem Zeitpunkt Nutzwertanalysen erstellt werden konnten.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Erhöhung des Stellenplans um 2.0 Stellen im Vollzugsbereich "Hunde".

**Indikatoren**

- Die Indikatoren L1, L4 sowie L6 weisen im Vergleich zum B 07 höhere Werte und L3 einen tieferen Wert aus.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren****Erfolgsrechnung**

- P 09 zu P 08:
  - 0.3 infolge Teuerungsausgleich und höheren Abschreibungen
- P 10 zu P 09:
  - 0.3 infolge Teuerungsausgleich, höheren internen Verrechnungen und höheren Abschreibungen
- P 11 zu P 10:
  - 0.3 infolge Teuerungsausgleich, höheren Sachkosten und höherem Übertrag in den Tierseuchenfonds

**Investitionsrechnung**

- P 09 zu P 08: Hochbauprojekte in Realisierung beendet; Mehrbedarf für Laboranalytik.
- P 10 zu P 09: Für Hochbauten lediglich Reserve-Freibetrag in der Investitionsplanung.
- P 11 zu P 10: Keine Veränderungen.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- P 08: Verbesserung des Saldos um +0.2 Mio. Fr. gegenüber KEF des Vorjahres:
  - 0.7 höher Personalaufwand (Stufenanstieg, Teuerung, zwei Stellen im Veterinäramt)
  - +0.7 neues Hundegesetz sieht vor, dass ein Teil der Hundeabgabe von den Gemeinden neu an den Kanton abzuführen ist
  - +0.2 höhere Gebühreinnahmen
- P 09: Verbesserung des Saldos um 0.1 Mio. Fr. gegenüber KEF des Vorjahres aufgrund der unter P 08 erwähnten Faktoren
- P 10: Verbesserung des Saldos um 0.3 Mio. Fr. gegenüber KEF des Vorjahres aufgrund der unter P 08 erwähnten Faktoren

**Investitionsrechnung**

- Veterinäramt: Für die Ablösung der individuellen Datenbanken, welche den Bedürfnissen und Sicherheitsaspekten nicht mehr genügen, sind neu jährlich 0.25 Mio. Fr. zu budgetieren.
- Die Planung enthält im Bereich Hochbauten im wesentlichen nur Projekte, die bereits in Ausführung sind oder für die zu diesem Zeitpunkt Nutzwertanalysen erstellt werden konnten (siehe oben).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Erhöhung des Stellenplanes um 2.0 Stellen im Vollzugsbereich "Hunde".

**Indikatoren**

- Die Indikatoren L1, L4 sowie L6 weisen gegenüber dem KEF des Vorjahres höhere Werte aus, der Indikator L3 dagegen eine tiefere Vorgabe.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.9	2.1	0.0	2.1	0.0	2.1	0.0	2.1	2.1	8.0
Aufwand	-6.4	-6.7	-0.4	-7.1	-0.3	-7.0	-0.3	-7.0	-7.2	13.3
Saldo	-4.4	-4.6	-0.4	-5.0	-0.3	-4.9	-0.3	-4.9	-5.1	

**Investitionen (in Mio. Fr.)** Ø (06 -11 )

Einnahmen	
Ausgaben	
Nettoinvestitionen	
Personal (Beschäftigungsumfang)	

**Aufgaben**

- A1 Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (inklusive Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
- A2 Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
- A3 Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
- A4 Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung
- A5 Vollzugsaufgabe beim Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ)

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Medienkampagne „Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung“	2008	3
E2 Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Konzeptumsetzung	2009	3
E3 Schwerpunktprogramm "Betriebliche Gesundheitsförderung"	2008	3
E4 Weiterentwicklung des Schwerpunktthemas "Bewegung, Ernährung, Entspannung" und Ausweitung der Aktivitäten auf weitere Bezirke	2009	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Medienkampagne „Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung“	min.	>70%	50%	50%	50%	50%	50%
W2 Leichte Reduktion des mindestens einmal wöchentlichen Tabakkonsums 15 jähriger Personen (Männer/Frauen)	max.	21.5/19.8%	19%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%
W3 Stabilerhaltung der Tb-Neuerkrankungen	max.	109	110	110	110	110	110
W4 Stabilerhaltung der Aids-Neuerkrankungen	max.	44	65	65	65	65	65
W5 Stabilerhaltung bei Selbsttötung (für 2006 Werte 2004 verfügbar)	max.	264	270	270	270	270	270
W6 Stabilerhaltung Todesursache Krebs (für 2006 Werte 2004 verfügbar)	max.	2'462	2'600	2'600	2'600	2'600	2'600
W7 Leichte Reduktion Todesursache Herz- und Gefässkrankheiten (für 2006 Werte 2004 verfügbar)	max.	3'825	4'200	4'200	4'200	4'200	4'200
<b>Leistungen</b>							
L1 Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung		-	-	-	-	-	+
L2 Punktuelle Zwischenberichte		+	+	+	+	+	-
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Im Rahmen des Gesundheitsberichtes auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit		*	*	*	*	*	*
B2 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in CHF)		3.49	3.61	3.89	3.78	3.75	3.88

<b>Leistungsgruppe 6200</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-5.040
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

<b>Budget</b>	<b>Leistungsgruppe 6200</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Sicherstellung von Prävention und Gesundheitsförderung sind gesetzliche Aufgaben des Staates. Um dieses Gebiet zu optimieren, ist vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) ein kantonales Konzept ausgearbeitet worden. Zur Zeit wird das kantonale Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich mit den vier Strategien „Information und Kommunikation“, „Durchführung von Schwerpunktprogrammen“, „Unterstützung für Politik und Verwaltung“ sowie „Weiterentwicklung der Strukturen von Prävention und Gesundheitsförderung“ eingeführt. Es sind bereits zwei Schwerpunktprogramme angelaufen. Einerseits das Schwerpunktthema „Bewegung, Ernährung, Entspannung“ mit der Kampagne „Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung und Entspannung“ und andererseits die „Betriebliche Gesundheitsförderung“. Beide Schwerpunktprogramme sind im Rahmen des kantonalen Konzepts zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich von der erweiterten Sanitätskommission gewählt worden.
- Finanzentwicklung: Die Aufgaben des ISPMZ werden jedes Jahr in einer Leistungsvereinbarung mit der Universität Zürich festgehalten und gemäss RRB Nr. 1767/2006 pauschal abgegolten. Mit dem RRB 1767/2006 ist die Abgeltung der Leistungsvereinbarung mit dem ISPMZ bis in das Jahr 2010 festgelegt worden. Ab 2011 ist mit einer teuerungsbedingten Anpassung zu rechnen.
- Wirtschaftlichkeit: 2004 Publikation des Berichts „Ökonomischer Nutzen und Kosten populationsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung“ durch das ISPMZ; in den Folgejahren wird in der Berichterstattung (siehe Leistung / Effizienz) darauf Bezug genommen.

### Indikatoren

- W2 Nächste Erhebung 2006; Publikation der Daten Mitte 2007
- B1 Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit wird in L1 integriert; zum Thema wurde 2004 der Bericht des ISPMZ "Ökonomischer Nutzen und Kosten populationsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung" publiziert.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Es ist ab P 08 ein zusätzlicher Aufwand von 0.3 Mio. Fr. budgetiert. Dieser Mehraufwand ist für die Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere für verstärkte Aids-Präventionsmassnahmen und für die schulischen Impfprogramme, vorgesehen. Mit einem einmaligen Mehraufwand von 0.1 Mio. Fr. soll an der Euro 2008 die Gesundheit gefördert werden.

### Indikatoren

- Die Entwicklung bewegt sich im Rahmen der vorgegebenen Indikatoren.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Vorerst sind keine weiteren Erhöhungen absehbar. Noch nicht klar (und damit auch nicht budgetierbar) ist, ob und welche Aufwanderhöhungen die vom Bund vorgegebene Pandemievorsorge in der LG 6200 nach sich ziehen wird. Ab 2011 ist mit einer teuerungsbedingten Anpassung zu rechnen (0.2 Mio. Fr.).

### Indikatoren

- Die Indikatoren bleiben weitgehend stabil.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF des Vorjahres ergibt sich eine Aufwanderhöhung von 0.3 Mio. Fr. für die Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere für verstärkte Aids-Präventionsmassnahmen und für schulische Impfprogramme sowie für das Jahr 2008 von 0.1 Mio. Fr. für die Gesundheitsförderung an der Euro 2008.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1,003.0	236.9	7.7	247.1	8.6	250.5	10.0	255.1	259.9	-74.1
Aufwand	-1,511.5	-829.6	107.2	-840.5	12.8	-957.0	42.2	-987.7	-1,025.3	-32.2
Saldo	-508.5	-592.6	114.9	-593.4	21.4	-706.5	52.2	-732.6	-765.4	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	0.0	0.0								0.0
Ausgaben	-148.8	-111.9	-5.9	-112.2	-14.7	-115.6	7.1	-126.3	-126.3	-123.5
Nettoinvestitionen	-148.8	-111.9	-5.9	-112.2	-14.7	-115.6	7.1	-126.3	-126.3	-123.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	6,448.2	251.1	-7.6	243.0	-32.9	215.0	-27.1	216.0	217.0	

**Aufgaben**

- A1 Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der jeweiligen Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6300 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Kantonsapotheke Zürich, Zentralwäscherei Zürich, an die ab 2007 selbstständigen Anstalten Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur sowie an 15 weitere Spitäler.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 - Abklärung des Optimierungs- und Liberalisierungspotentials Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)	2007	0

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
W1 - Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen	3.4%	< 8%	< 8%	< 8%	< 8%	< 8%
W2 - Ungeplante Rehospitalisationen	2.9%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%
<b>Leistungen</b>						
L1 - Stationäre Patientenaustritte total	167 520	164 700	170 000	172 000	174 000	176 000
L2 davon eigene Anstalten						
L3 - Grundversicherte (GV)	43 628	41 400	44 300	44 800	45 300	45 800
L4 - Zusatzversicherte (ZV)	11 091	11 000	11 300	11 400	11 500	11 700
L5 davon staatsbeitragsberechtigte Spitäler						
L6 - Grundversicherte (GV)	86 268	84 800	87 500	88 600	89 600	90 600
L7 - Zusatzversicherte (ZV)	26 533	27 500	26 900	27 200	27 600	27 900
<b>Wirtschaftlichkeit</b>						
B1 - Kantonaler Beitrag pro Einwohner / Einwohnerin (in CHF)	399	464	458	541	557	577
B2 - Kosten je APDRG-Normfall in CHF (nur som. Akutversorgung)	8 033	8 100	8 200	8 300	8 400	8 500

**Leistungsgruppe 6300 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-593.394
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-112.220

**Budget Leistungsgruppe 6300**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**
**Indikatoren**

- Wirkungsindikatoren: Diese werden den Qualitätsmessungen des Vereins Outcome entnommen. Der dargestellte Wert bezieht sich auf die kantonalen Anstalten und staatsbeitragsberechtigten Akutspitäler. Dargestellt ist der Median der Spitalmittelwerte. Beurteilung der Spitalbetreuung (W1): Anteil der Problemmeldungen in der Patientenzufriedenheitsmessung der Spitäler; je tiefer, desto besser; Ist 2006 basierend auf Messungen in 15 Spitälern. Ungeplante Rehospitalisationen (W2): Anteil der ungeplanten Wiedereintritte an den Eintritten insgesamt; je tiefer, desto besser; Ist 2006 basierend auf Messungen in je 5 Spitälern.
- Wirtschaftlichkeit: Patientenklassifikationssystem APDRG (All Patient Diagnosis Related Groups)

**Sonstige Bemerkungen**

- In Leistungsgruppe 6300 ist ab 2007 für die selbständigen Anstalten USZ und KSW nur noch der Staatsbeitrag enthalten. Siehe weitere Angaben in den Leistungsgruppen 9510 USZ und 9520 KSW.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**
**Erfolgsrechnung**

- P 08 zu B 07, Verschlechterung des Saldos um 0.8 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 25.2 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, 17.5 Mio. Fr. Abgeltung für Zürcher Grundversicherte mit Fallpreispauschalen, 10 Mio. Fr. E08: nachhaltige Produktivitätsverbesserungen, 8 Mio. Fr. Anpassung Separat-Kredite, VERSCHLECHTERUNGEN: 35.8 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 15.9 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 7.1 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 2.6 Mio. Fr. höherer Mehraufwand infolge Verselbständigung von USZ und KSW.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionsplanung für die Hochbauten (Kontengruppen 503 und 56) erfolgt dieses Jahr erstmals nach den Vorgaben der Immobilienverordnung. Dabei wurden die Projekte in Planung gemäss dem ImV-Standardprozess einer Nutzwertanalyse und einer Priorisierung unterzogen, wobei die zur Verfügung stehenden Finanzmittel durch den Regierungsrat vorgegeben waren (RRB Nr. 395/2007). Projekte in Realisierung wurden als gesetzt betrachtet. Hochprioritäre Projekte erhielten den Vorrang vor Projekten mit niedriger Priorität. Projekte, für die mangels verfügbarer Informationen keine Nutzwertanalyse erstellt werden konnte, wurden nicht in die Planung aufgenommen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Personalentwicklung: Zentralwäscherei (ZWZ), Umsatzrückgang bedingt Abbau von 9 Stellen. Kantonsapotheke (KAZ), 1.6 zusätzliche befristete Stellen während der IT-Projektvaluation. Ab 2007 werden die Personalstellen von USZ und KSW unter der Leistungsgruppen 9510 und 9520 geführt.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**
**Erfolgsrechnung**

- P 09 zu P 08, Verschlechterung des Saldos um 113.1 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 75 Mio. Fr. Mehraufwand infolge KVG-Revision, 16.4 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 8 Mio. Fr. Anpassung Separat-Kredite, 6 Mio. Fr. Rückgang Tax-Mehrerträge, 6 Mio. Fr. Anpassung Abgeltung für Zürcher Grundversicherte mit Fallpreispauschalen, 0.9 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 0.8 Mio. Fr. Veränderung Kostenanteile an ausserkantonalen Hospitalisationen,
- P 10 zu P 09, Verschlechterung des Saldos um 26.1 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 23.3 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren, 2.3 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 0.8 Mio. Fr. Veränderung Kostenanteile an ausserkantonalen Hospitalisationen
- P 11 zu P 10, Verschlechterung des Saldos um 32.8 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 23.7 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren, 7.8 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 0.9 Mio. Fr. Veränderung Kostenanteile an ausserkantonalen Hospitalisationen

**Investitionsrechnung**

- P 09 zu P 08: Mehrbedarf USZ für dritte Etappe San. Bettenhaus Ost I-III, Energet. San. Nordtrakt 1 und Verlegung Helikopterlandeplatz, Minderbedarf KSW nach Abschluss San./Erweit. Behandlungstrakt, Einrichtung Tumorzentrum und Rückbau Provisorien Verbindungstrakt, Mehrbedarf für Projektierung Neubau Kinderspital
- P 10 zu P 09: Mehrbedarf KSW für Beginn San. Hochhaus, Mehrbedarf für Projektierung Neubau Kinderspital
- P 11 zu P 10: Minderbedarf USZ für Abschluss San. Bettenhaus Ost I-III, Mehrbedarf KSW für San. Hochhaus

**Indikatoren**

- Leistungsentwicklung: moderate Fortschreibung der Zunahme der letzten Jahre.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**
**Erfolgsrechnung**

- P 08 zu P 08 des KEF Vorjahrs, Verbesserung Saldo um 114.9 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 100 Mio. Fr. Verzögerung der KVG-Revision, 26.7 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, 17.5 Mio. Fr. Abgeltung für Zürcher Grundversicherte mit Fallpreispauschalen, 10 Mio. Fr. nachhaltige Produktivitätsverbesserungen, 8 Mio. Fr. Anpassung Separat-Kredite, VERSCHLECHTERUNGEN: 20.9 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 6.6 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 6.8 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 6.3 Mio. Fr. Mehraufwand Honorare, 6 Mio. Fr. Mehraufwand für Verselbständigung USZ und KSW, 0.7 Mio. Fr. diverser Mehraufwand
- P 09 zu P 09 des KEF Vorjahrs, Verbesserung des Saldos um 21.4 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 25 Mio. Fr. Reduktion der geschätzten staatlichen Mehraufwendungen durch KVG-Revision, 25.1 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, 11.7 Mio. Fr. Abgeltung für Zürcher Grundversicherte mit Fallpreispauschalen, 10 Mio. Fr. nachhaltige Produktivitätsverbesserungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 28.3 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 5.4 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 4.2 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf, 6.8 Mio. Fr. Mehraufwand Honorare, 6 Mio. Fr. Mehraufwand für Verselbständigung USZ und KSW
- P 10 zu P 10 des KEF Vorjahrs, Verbesserung des Saldos um 52.2 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 25 Mio. Fr. Reduktion der geschätzten staatlichen Mehraufwendungen durch KVG-Revision, 35.6 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen, 11.7 Mio. Fr. Abgeltung für Zürcher Grundversicherte mit Fallpreispauschalen, 10 Mio. Fr. nachhaltige Produktivitätsverbesserungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 9.9 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 7.3 Mio. Fr. Mehraufwand Honorare, 6 Mio. Fr. Mehraufwand für Verselbständigung USZ und KSW, 5.2 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und

Zinsen, 1.7 Mio. Fr. teurerer medizinischer Bedarf

### Investitionsrechnung

- Über die Jahre 2008 bis 2010 bleiben die Nettoinvestitionen konstant, allerdings gab es Mittelverschiebungen zwischen den einzelnen Jahren.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Personalentwicklung: Zentralwäscherei (ZWZ), budgetierter Umsatzrückgang bedingt 2008 Abbau von 9 Stellen gegenüber KEF Vorjahr. Gegenüber P 09 des KEF des Vorjahres könnten durch neue Schmutzwäschesortierung weitere 33.7 Stellen eingespart werden.
- Kantonsapotheke (KAZ), 1.6 zusätzliche befristete Stellen gegenüber P 08 des KEF des Vorjahres während der IT-Projektevaluation.



**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	160.7	161.2	0.8	165.9	1.1	165.6	3.3	166.7	167.1	4.0
Aufwand	-374.5	-389.7	8.9	-388.7	1.3	-397.8	5.9	-404.2	-411.5	9.9
Saldo	-213.8	-228.5	9.7	-222.8	2.4	-232.3	9.2	-237.5	-244.4	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen	0.0	0.0								0.0
Ausgaben	-27.4	-28.7	-1.4	-20.6	-0.9	-22.7	-1.5	-27.0	-25.1	-25.2
Nettoinvestitionen	-27.4	-28.7	-1.4	-20.6	-0.9	-22.7	-1.5	-27.0	-25.1	-25.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,947.6	1,988.4	14.0	2,035.9	11.1	2,035.8	-0.9	2,036.7	2,038.6	

**Aufgaben**

A1 Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6400 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Psychiatrie-Zentrum Rheinau (PZR), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw), Psychiatrie-Zentrum Hard Embrach (PZH) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie 7 weitere psychiatrische Kliniken.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 - Überprüfung des Konzepts Kinder- und Jugendpsychiatrie	2007	0
E2 - Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie	2009	0

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
<b>Leistungen</b>						
L1 - Stationäre Patientenaustritte total	11 391	10 545	11 450	11 450	11 450	11 450
L2 davon Erwachsenenpsychiatrie	9 656	9 300	9 700	9 700	9 700	9 700
L3 davon Psychogeriatric	1 589	1 100	1 600	1 600	1 600	1 600
L4 davon Kinder- und Jugendpsychiatrie	146	145	150	150	150	150
L5 - Stationäre Pflergetage total	558 194	551 200	560 000	562 000	564 000	566 000
L6 davon Erwachsenenpsychiatrie	366 736	330 000	367 500	368 400	369 300	370 200
L7 davon Psychogeriatric	174 286	205 000	175 000	176 000	177 000	178 000
L8 davon Kinder- und Jugendpsychiatrie	17 172	16 200	17 500	17 600	17 700	17 800
L9 - Ambulante Einzelkonsultationen	169 442	162 000	170 000	172 000	173 000	174 000
L10 - Teilstationäre Fälle	1 210	1 200	1 250	1 300	1 350	1 400
<b>Wirtschaftlichkeit</b>						
B1 - Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in CHF)	168	179	172	178	181	184
B2 - Kantonaler Beitrag pro Behandlung (in CHF)	1204	1 315	1 220	1 257	1 278	1 308

Leistungsgruppe 6400	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-222.838
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-20.584

Budget	Leistungsgruppe 6400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- P 08 zu B 07, Verbesserung des Saldos um 5.7 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 13.9 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (v.a. Sicherheitstrakt Forensik PZR, Wiedereröffnung Station E0 in PUK und Neueröffnung Jugend- und Adoleszenzstation ipw), 6.4 Mio. Fr. Einsparungen infolge Ausgliederung der Alterspsychiatrie des KZU (Krankenheimverband Zürcher Unterland) aus dem PZH, 2.7 Mio. Fr. Rückgang Abschreibungen und Zinsen, 3 Mio. Fr. höhere Nettoentlastung als Folge der Streichung der Klinik Hohenegg von Spitalliste A, 1 Mio. Fr. Anpassung Separat-Kredite, VERSCHLECHTERUNGEN: 9.3 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 4.3 Mio. Fr. Mehraufwand für Sicherheitstrakt Forensik (PZR), 3.3 Mio. Fr. Wiedereröffnung Station E0 (PUK), 2 Mio. Fr. Neueröffnung Jugend- und Adoleszenzstation (ipw), 1.9 Mio. Fr. Wegfall Ertrag infolge Ausgliederung Alterspsychiatrie KZU aus dem PZH, 0.5 Mio. Fr. diverse Mehraufwendungen.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionsplanung für die Hochbauten (Kontengruppen 503 und 56) erfolgt dieses Jahr erstmals nach den Vorgaben der Immobilienverordnung. Dabei wurden die Projekte in Planung gemäss dem ImV-Standardprozess einer Nutzwertanalyse und einer Priorisierung unterzogen, wobei die zur Verfügung stehenden Finanzmittel durch den Regierungsrat vorgegeben waren (RRB Nr. 395/2007). Projekte in Realisierung wurden als gesetzt betrachtet. Hochprioritäre Projekte erhielten den Vorrang vor Projekten mit niedriger Priorität. Projekte, für die mangels verfügbarer Informationen keine Nutzwertanalyse erstellt werden konnte, wurden nicht in die Planung aufgenommen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Personalentwicklung: +26.5 Stellen infolge Inbetriebnahme Sicherheitstrakt Forensik (PZR), +15.2 Stellen aufgrund der Neueröffnung der Jugend- und Adoleszenzstation (ipw), +10.5 Stellen Wiedereröffnung Station E0 (PUK)

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- P 09 zu P 08, Verschlechterung des Saldos um 9.5 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 4.5 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren (Teuerung, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 4 Mio. Fr. Anpassung Tax-Erträge, 1.0 Mio. Fr. Anpassung Separat-Kredite
- P 10 zu P 09, Verschlechterung des Saldos um 5.2 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 5.5 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren
- P 11 zu P 10, Verschlechterung des Saldos um 6.9 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 5.4 Mio. Fr. Veränderung Lohnfaktoren, 0.6 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen, 0.9 Mio. Fr. Diverse Mehraufwendungen

**Investitionsrechnung**

- P 09 zu P 08: Mehrbedarf für San. Wirtschaftstrakt Psychiatriezentrum Hard, Auszahlung Bundesbeitrag an Neubau Sicherheitstrakt Forensik des Psychiatriezentrums Rheinau, Mehrbedarf Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst für Beginn Neubau Bettenhaus Brüschalde
- P 10 zu P 09: Mehrbedarf Psychiatriezentrum Rheinau für San. Massnahmenstationen Forensik, Minderbedarf Psychiatriezentrum Hard wegen Abschluss San. Wirtschaftstrakt, Mehrbedarf Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst für Neubau Bettenhaus Brüschalde
- P 11 zu P 10: Minderbedarf wegen Abschluss verschiedener Massnahmen (KJPD, PZR), Mehrbedarf ipw für 2. Etappe der San. Haus Grün

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Konstante Fortschreibung des aktuellen Personalbestandes in den Jahren 2009-2011.

**Indikatoren**

- Leistungsentwicklung: moderate Fortschreibung der Zunahme der letzten Jahre.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- P 08 zu P 08 des KEF Vorjahrs, Verbesserung Saldo um 9.7 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 10.6 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (u.a. Sicherheitstrakt Forensik PZR, Wiedereröffnung Station E0 PUK und Neueröffnung Jugend- und Adoleszenzstation ipw), 5 Mio. Fr. Einsparungen infolge Ausgliederung Alterspsychiatrie KZU (PZH), 3 Mio. Fr. höhere Nettoentlastung infolge Streichung der Klinik Hohenegg von Spitalliste A, 2.8 Mio. Fr. Abnahme Abschreibungen und Zinsen, 2.2 Mio. Fr. weitere Effizienzsteigerungen, 1 Mio. Fr. Anpassung Separat-Kredite, VERSCHLECHTERUNGEN: 5.2 Mio. Fr. Veränderungen Lohnfaktoren (Teuerung, Stufenanstieg, Beförderungen) und Anpassung Sachkostenfaktoren, 4.3 Mio. Fr. Mehraufwendungen Sicherheitstrakt Forensik (PZR), 3.3 Mio. Fr. Wiedereröffnung Station E0 PUK, 2 Mio. Fr. Neueröffnung Jugend- und Adoleszenzstation (ipw)
- P 09 zu P 09 des KEF Vorjahrs, Verbesserung des Saldos um 2.4 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 6.3 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, 4 Mio. Fr. Einsparungen infolge Ausgliederung Alterspsychiatrie KZU (PZH), 3 Mio. Fr. höhere Nettoentlastung infolge Streichung der Klinik Hohenegg von Spitalliste A, 3.5 Mio. Fr. Abnahme Abschreibungen und Zinsen, 2.6 Mio. Fr. weitere Effizienzsteigerungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 7 Mio. Fr. Veränderungen Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren, 4.3 Mio. Fr. Mehraufwendungen Sicherheitstrakt Forensik (PZR), 2.7 Mio. Fr. Wiedereröffnung Station E0 PUK, 2 Mio. Fr. Neueröffnung Jugend- und Adoleszenzstation (ipw), 0.9 Mio. Fr. diverser Mehraufwand
- P 10 zu P 10 des KEF Vorjahrs, Verbesserung des Saldos um 9.2 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: 6.3 Mio. Fr. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen, 4 Mio. Fr. Einsparungen infolge Ausgliederung Alterspsychiatrie KZU (PZH), 3 Mio. Fr. höhere Nettoentlastung infolge Streichung der Klinik Hohenegg von Spitalliste A, 3.9 Mio. Fr. Abnahme Abschreibungen und Zinsen, 3.1 Mio. Fr. weitere Effizienzsteigerungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 2.2 Mio. Fr. Veränderungen Lohnfaktoren und Anpassung Sachkostenfaktoren, 4.3 Mio. Fr. Mehraufwendungen Sicherheitstrakt Forensik (PZR), 2.7 Mio. Fr. Wiedereröffnung Station E0 PUK, 2 Mio. Fr. Neueröffnung Jugend- und Adoleszenzstation (ipw)

**Investitionsrechnung**

- Über die Jahre 2008 bis 2010 bleiben die Nettoinvestitionen konstant, allerdings gab es Mittelverschiebungen zwischen den einzelnen Jahren.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-26.9	-27.3	-0.4	-34.0	-0.4	-34.2	-0.6	-34.5	-34.8	29.5
Saldo	-26.9	-27.3	-0.4	-34.0	-0.4	-34.2	-0.6	-34.5	-34.8	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06-11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-7.9	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-10.0	-10.0	-9.1
Nettoinvestitionen	-7.9	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-9.0	0.0	-10.0	-10.0	-9.1

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeplätzen in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Dienstleistungen. Die Leistungsgruppe 6500 umfasst nur Staatsbeiträge.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Umsetzung der NFA im Spitex-Bereich

bis	Direktions- ziel Nr.
2008	0

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
-----	------	------	------	------	------	------

**Wirkungen****Leistungen**

L1 Pflagetage in Alters- und Krankenheimen (in Mio.)	2.7	2.7	2.7	2.8	2.8	2.8
L2 Leistungsstunden Spitex (in Mio.)	2.0	2.1	2.1	2.2	2.2	2.2
L3 Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Alters- und Pflegeheimen	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%
L4 Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Spitexdiensten	9.4%	9.5%	14.5%	15.0%	15.0%	15.0%

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in CHF) mit Abschreibungen und Zinsen	21	21	26	26	26	26
B2 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in CHF) ohne Abschreibungen und Zinsen	14	14	19	18	18	18

**Leistungsgruppe 6500 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-33.954
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-9.000

**Budget Leistungsgruppe 6500**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Indikatoren

- Die Leistungsgruppe 6500 erbringt ausschliesslich finanzielle Leistungen

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Ab 2008 wird sich der Bund gemäss Neugestaltung Finanzausgleichsgesetz (NFA) aus der Spitexfinanzierung zurückziehen und diese den Kantonen und Gemeinden überlassen (geschätzter Mehraufwand für Kanton Zürich 6.5 Mio. Fr.).
- Gegenüber dem B 07 ergibt sich daher für P 08 eine Verschlechterung des Saldos der Erfolgsrechnung um 6.6 Mio. Fr.

### Investitionsrechnung

- Die Eingaben entsprechen den Vorgaben des Regierungsrats gemäss RRB 395/2007.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- In den Planjahren 2009 bis 2011 werden zunehmend Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) in der Höhe von rund 0.3 Mio. Fr. budgetiert.

### Investitionsrechnung

- Grundsätzlich ist in den kommenden Jahren mit einem leicht höheren Mittelbedarf zu rechnen.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF des Vorjahres ergibt sich für 2008 - 2010 eine Verschlechterung von 0.5 Mio. Fr. aus dem mit den Gemeinden neu ausgehandelten Verteilschlüssel für die Folgen des Neuen Finanzausgleichs (NFA) bei der Spitexfinanzierung.

### Investitionsrechnung

- keine Veränderung

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	266.4	291.1	-5.0	300.4	-8.4	313.9	-11.6	328.5	344.9	29.5
Aufwand	-523.8	-572.6	11.6	-605.8	17.2	-633.8	23.9	-663.0	-695.8	32.8
- Entschädigung SVA	-5.0	-6.0		-5.0		-6.0		-6.0	-6.0	
- Individuelle Prämienverbilligung	-272.7	-307.5		-342.8		-354.5		-364.7	-379.2	
- Prämienübernahmen	-246.0	-259.1		-258.0		-273.3		-292.3	-310.6	
Saldo	-257.4	-281.6	6.6	-305.4	8.8	-319.9	12.3	-334.5	-350.9	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Der Kanton richtet gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.

A2 Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs 1bis KVG sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Optimierung des Prämienverbilligungssystems

bis  
Direktions-  
ziel Nr.  
2011 | 0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Umverteilung/Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Mio. Fr.	P	519	566	601	628	657	690
<b>Leistungen</b>							
L1 mind. 30% der Versicherten: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	31%	31%	31%	32%	32%	32%
L2 mind. 30% der Haushalte mit Kindern: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	31%	31%	31%	33%	32%	32%
L3 mind. 80% der Bundesgelder sind ausgeschöpft (bis 2007)	min.	80%	83%				
L4 (ab 2008) Kantonsbeitrag (in Mio. Fr.) entspricht mindestens dem Bundesbeitrag (exkl. SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand)	min.			300.4	313.9	328.5	344.9
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	15	15	15	17	17	17

Leistungsgruppe 6700	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-305.400
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 6700
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Familienpolitische Ziele (A2) gemäss KVG-Teilrevision vom 18.3.2005 sind bereits mit der im Jahr 2007 erfolgten Erhöhung der Verbilligungsbeiträge an berechnete Jugendliche in Ausbildung umgesetzt worden. Zudem wird ab 2009 bzw. zum Teil bereits ab 2008 ein Teil der Familien mit Kindern mit unterem und mittlerem Einkommen verstärkt unterstützt, indem sie dank den im revidierten Steuergesetz vorgesehenen höheren Abzugsmöglichkeiten für Kinder entweder in eine andere Berechtigungsgruppe oder neu in den Genuss der individuellen Prämienverbilligung kommen.
- Die angestrebte Optimierung der Mittel für die Prämienverbilligung (E1) steht primär im Zusammenhang mit den neuen technischen Möglichkeiten der bevorstehenden kantonalen Zentralisierung aller Steuerdaten. Diese werden eine differenziertere Analyse der Wirtschaftskraft der Leistungsempfänger grundsätzlich zulassen, was allgemein zu einer effizienteren Unterstützungspolitik führen sollte.

**Indikatoren**

- Unter dem NFA-Regime richtet der Bund neu ab 2008 einen Pauschalbeitrag an die Kantone aus. Die Festlegung des Kantonsbeitrages basiert nicht mehr auf der Ausschöpfungsregelung, so dass der entsprechende Indikator L3 in seiner bisherigen Form wegfällt. Im Zusammenhang mit dem Systemwechsel wird das EG KVG so angepasst, dass das finanzielle Ziel der Leistungsgruppe grundsätzlich erhalten bleibt. Der Nachfolge-Indikator L4 (ab 2008) bildet folglich eine finanzielle Beteiligung des Kantons ab, welche im Verhältnis zum Bundesbeitrag gleich hoch ist wie in den letzten Jahren (im Durchschnitt je 50%). Auch betragsmässig darf - unter Ausschluss der Mehraufwendungen infolge der KVG-Teilrevision - von einer Weiterführung der Ressourcen im bisherigen Rahmen gesprochen werden.

**Sonstige Bemerkungen**

- Das relativ steile Aufwandswachstum im Zeitraum 2006-2011 von insgesamt rund 30% spiegelt zum einen den Mehrbedarf aus den neuen Bundesvorgaben der KVG-Teilrevision wider, zum anderen die Tatsache, dass im Vergleichsjahr 2006 die Leistungen für alle Erwachsene infolge von MH06 gekürzt worden sind. Die im Jahr 2006 realisierten Einsparungen gemäss MH06 wurden nicht weitergeführt, so dass die Verbilligungsbeiträge 2007 für Erwachsene wieder auf das Niveau vom Jahr 2005 heraufgesetzt worden sind.
- Die Entschädigung an die SVA für die Administration der individuellen Prämienverbilligung (IPV) ist Teil des gesamten Prämienverbilligungsaufwandes. Sie wird in die Berechnung des Indikators L4 jedoch nicht integriert, da sie nicht an Leistungsempfänger der Prämienverbilligung ausbezahlt wird.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Aufwandsteigerung um 6% gegenüber B 07 ist zum einen auf eine Anpassung der Verbilligungsbeiträge für Erwachsene im Bereich der individuellen Prämienverbilligung (+23 Mio. Fr.), zum anderen auf die Berücksichtigung der neuen familienpolitischen Ziele (+5 Mio. Fr.) zurückzuführen. Im letzteren Bereich ist auf die Steuergesetzrevision mit Inkrafttreten 2006 hinzuweisen, welche höhere Abzüge für Kinder ermöglicht. Da auf eine entsprechende Korrektur bei der für die IPV massgebenden Einkommensgrenze verzichtet wird, werden schätzungsweise über 5'000 Haushalte mit Kindern neu IPV-berechtigt. Gleichzeitig werden bisher berechnete Familien mit Kindern teilweise höhere Beiträge erhalten, weil sie wegen der neuen Kinderabzüge einer tieferen Einkommensgruppe zugeteilt werden. Diese steuerliche Massnahme wirkt sich auf die Prämienverbilligung mit einer zeitlichen Verzögerung aus, so dass im Jahr 2008 die Leistungen nur in einem beschränkten Umfang angepasst werden. Zum Mehraufwand trägt auch die gemäss KVG-Teilrevision erforderliche Erhöhung der Leistungen an Jugendliche in Ausbildung ab 2007 bei, welche mehr Kosten (+ 6 Mio. Fr.) verursacht als geplant.
- Die Entwicklung des Ertrages 2008 gegenüber B 07 liegt mit einer Erhöhung von 3% quasi im üblichen Rahmen, obwohl hier ein bedeutender Wechsel des Finanzierungsmodus stattfindet. Im Jahr 2007 ist der Bundesbeitrag noch vom erfolgten Aufwand abhängig. Mit der NFA zahlt der Bund ab 2008 neu einen Pauschalbeitrag, der 7.5% der Gesundheitskosten entspricht, dies unabhängig von der Aufwandsentwicklung der Leistungsgruppe.

**Indikatoren**

- Der gemäss neuem Indikator L4 (ab 2008) zu erzielende Kantonsbeitrag entspricht genau dem voraussichtlichen Pauschalbeitrag, welchen der Bund zum ersten Mal im Jahr 2008 im Rahmen der neuen NFA-Regelung ausrichten wird. Der Indikatorwert von 300.4 Mio. Fr. schliesst die SVA-Entschädigung aus.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Aufwendungen in den Finanzplanjahren 2009-2011 entwickeln sich im gleichen Schritt wie die Bundespauschale und verzeichnen somit jährliche Steigerungen zwischen 4% und 5%. Mit den zusätzlichen Mitteln werden einerseits die Prämienteuering im Bereich der Prämienübernahmen, andererseits die Erhöhung der Verbilligungsbeiträge für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung gemäss gesetzlicher Vorgabe finanziert. Zu erwähnen ist auch der finanzielle Mehrbedarf insbesondere ab 2009 infolge der höheren Leistungen aufgrund der Revision des Steuergesetzes (höhere Kinderabzüge und höhere Abzüge für Kinderbetreuung). Zudem sollten ab 2010 die Verbilligungsbeiträge für Erwachsene erhöht werden, um die Prämienteuering wenigstens zum Teil auszugleichen.
- Die Entwicklung der Bundesbeiträge reflektiert grundsätzlich die Entwicklung der Gesundheitskosten (Prämien und Kostenbeteiligung) und berücksichtigt auch das Wachstum der Wohnbevölkerung. Die jährliche Steigerung der Bundespauschale im Zeitraum 2009-2011 liegt zwischen 4% und 5%.

**Indikatoren**

- Die Entwicklung der Indikatoren L1 und L2 ist vor allem Ausdruck der neuen familienpolitischen Ziele in der Prämienverbilligung. Dank den neuen Abzugsmöglichkeiten für Kinder gemäss revidiertem Steuergesetz kann der Kreis der durch eine individuelle Prämienverbilligung unterstützten Familien mit Kindern leicht ausgeweitet werden.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die erzielten Verbesserungen gegenüber der Vorjahrplanung wurden im Rahmen des Entlastungsprogramms E08 erarbeitet. Der verminderte Aufwand in der Höhe von insgesamt 53 Mio. Fr. auf die Zeitperiode 2008-2010 ist primär Ausdruck der revidierten Annahmen in Bezug auf die für das Aufwandsniveau massgebenden Bundesbeiträge. Die Bundespauschalen sollten aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung der Gesundheitskosten tiefer liegen als bisher eingestellt, was Mindererträge zur Folge hat. Die Saldoverbesserung für die Zeitperiode 2008-2010 beträgt insgesamt rund 28 Mio. Fr.





## 6. Fonds

6900 Tierseuchenfonds

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.9	2.3	-0.1	2.1	-0.1	2.2	-0.1	2.2	2.2	17.0
- Patente, Entgelte, Beiträge	0.5	0.6		0.4		0.4		0.4	0.5	
- Tiermehlfabrik Bazenheim *)	0.7	0.8		0.8		0.8		0.8	0.8	
- Interne Verrechnungen	0.6	0.6		0.6		0.6		0.6	0.6	
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.3		0.3		0.3		0.3	0.3	
Aufwand	-1.9	-2.3	0.1	-2.1	0.1	-2.2	0.1	-2.2	-2.2	17.0
- Sachaufwand	-0.9	-1.1		-1.1		-1.1		-1.1	-1.1	
- Tiermehlfabrik Bazenheim *)	-0.7	-0.8		-0.8		-0.8		-0.8	-0.8	
- Bereitstellungskosten TMF **)	-0.2	-0.2		-0.1		-0.1		-0.1	-0.1	
- Eigene Beiträge	-0.0	-0.2		-0.2		-0.2		-0.2	-0.2	
- Einlage in Bestandeskonto	-0.0									
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand	4.8	4.5	0.3	4.3	0.4	4.0	0.6	3.7	3.4	0.0
--------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

**Aufgaben**

A1 Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

Art

		R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl Seuchenfälle (gemäss Art. 2-4 Tierseuchenverordnung)	max.	91	<100	<100	<100	<100	<100
<b>Leistungen</b>							
L1 Stichprobenkontrolle Tierverkehr in den ca. 4000 Betrieben (gemäss technischer Weisung über die amtstierärztlichen Kontrollen in Tierhalterbetrieben vom 1.1.2001 des Bundesamtes f. Veterinärwesen)	P	10%	10%				
L2 Anzahl Viehhandelspatente (HP+NP)	P	93	100	100	100	80	80
L3 Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen	P			6'000	6'000	6'000	6'000
L4 Anzahl Laboruntersuchungen bei Aborten	P			125	125	125	125
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	0.36	0.42	0.42	0.42	0.42	0.43
B2 Kantonaler Beitrag pro Gossvieheinheit (in Fr.)	max.	6.41	<10	<10	<10	<10	<10

**Fonds 6900 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 0.000

Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Fonds 6900**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der Fonds steht in Beziehung zur Leistungsgruppe 6100. Er deckt den Sachaufwand der Tierseuchenvorsorge und -bekämpfung des Veterinäramtes. Der Aufwand für hauptberufliches Personal der Tierseuchenbekämpfung fällt im Veterinäramt, Leistungsgruppe 6100, an.
- Der Stellenwert der Tierseuchenbekämpfung und der Lebensmittelsicherheit, die eng zusammenhängen, hat zugenommen und wird in den nächsten 5 Jahren nochmals zunehmen. Dies ist einerseits durch die heute üblichen Produktionsmethoden für Lebensmittel tierischer Herkunft bedingt, welche zusätzliche Strategien der Überwachung zum Schutz der Konsumentenschaft verlangen (Überwachung der Futtermittel für Tiere, über Aufsicht im Stall und den Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben bis zum Verkauf). Andererseits haben verschiedene Seuchen eine grosse wirtschaftliche Bedeutung, da sie nicht nur direkt erhebliche Kosten verursachen können (z. B. Handelsrestriktionen), sondern auch indirekt grosse Schäden (Einbruch Fleischkonsum, Rückgang Tourismus). Die amtstierärztliche Überwachung muss an verschiedenen Stellen verstärkt werden, da dies vor allem auch für die Exportfähigkeit der Schweiz unumgänglich ist.

**Indikatoren**

- Die drei aufgeführten Leistungsindikatoren stellen eine Auswahl der Leistungen dar, betreffen einerseits Untersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (Stichproben, Aborte) und andererseits die Anzahl erteilter Viehandelspatente.

**Sonstige Bemerkungen**

- \*) Die Beiträge, welche über den Tierseuchenfonds an die Tiermehlfabrik Bazenhaid ausgerichtet werden, werden durch Rückerstattungen von Gemeinden / Dritten im Tierseuchenfonds vollumfänglich wieder vereinnahmt.
- \*\*) Jährliche Bereitstellungskosten zur Reservation von Kapazitäten im Fall von auftretenden Tierseuchen, die an die Tiermehlfabrik Bazenhaid zu entrichten sind, werden dagegen vollumfänglich durch Tierhalterbeiträge finanziert.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +0.2 Da die Anzahl diverser Untersuchungen und Stichproben reduziert werden kann, vermindert sich der Aufwand.
- -0.1 Durch den Wegzug des grössten Viehhandelsunternehmens in einen anderen Kanton sowie infolge von Geschäftsaufgaben weiterer Händler ergeben sich Mindereinnahmen bei den Konzessionen. Diese Ursachen müssen teilweise durch Entnahme vom Fondsvermögen ausgeglichen werden.

**Indikatoren**

- Der Leistungsindikator L1, Stichprobenkontrolle Tierverkehr, wird ab Planungsjahr 2008 nicht mehr in der Leistungsgruppe 6900, Tierseuchenfonds, aufgeführt, da diese Leistungen grossmehrheitlich sowohl inhaltlich als auch finanziell der Leistungsgruppe 6100 zuzuordnen sind. Der bisherige Leistungsindikator L2 und die ab dem Planungsjahr 2008 neuen Leistungsindikatoren L3 und L4 stellen eine Auswahl der Leistungen dar, betreffen einerseits die Anzahl erteilter Viehandelspatente und andererseits Untersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (Stichproben, Aborte).

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- In den Planjahren 2009 bis 2011 ergeben sich gegenüber 2008 keine wesentlichen Veränderungen.

**Indikatoren**

- Bei L2 ist ab 2010 mit einem Rückgang der Viehandelspatente zu rechnen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +0.1 Da die Anzahl diverser Untersuchungen und Stichproben reduziert werden kann, vermindert sich der Aufwand gegenüber dem KEF des Vorjahres.
- 0.1 Durch den Wegzug des grössten Viehhandelsunternehmens in einen anderen Kanton sowie infolge von Geschäftsaufgaben weiterer Händler ergeben sich Mindereinnahmen bei den Konzessionen.

**Indikatoren**

- Der Leistungsindikator L1 wird nicht mehr weitergeführt. Gegenüber dem KEF des Vorjahres sind die Leistungsindikatoren L3 und L4 neu.



## 7. Projekte

### Steuerung Gesundheitsversorgung

- Projekt-Nr. 6000-02: Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung
- Projekt-Nr. 6000-03: Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung

### Prävention und Gesundheitsförderung

- Projekt-Nr. 6200-04: Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung

### Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

- Projekt-Nr. 6300-08: Medical Board
- Projekt-Nr. 6300-09: Optimierungs- und Liberalisierungspotential Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)

### Psychiatrische Versorgung

- Projekt-Nr. 6400-12: Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie



<b>Projekt-Nr. 6000-02</b>	<b>Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung</b>
--------------------------------	---

**Gesundheitsdirektion / Steuerung Gesundheitsversorgung**

**Kurzumschreibung Projekt**

Der Regierungsrat verabschiedete am 26. Januar 2005 die Vorlage 4236 für ein neues Gesundheitsgesetz zuhanden des Kantonsrats. Im Laufe der Gesetzesberatung in der vorberatenden Kommission (KSSG) zeigte sich der Wunsch, im Bereich der Spitalfinanzierung den Wechsel zu einer Subjektfinanzierung zu prüfen. Da die vertiefte Prüfung dieses Systemwechsels die im übrigen unbestrittene Revision des Gesundheitsgesetzes über die Legislaturperiode 2003/2007 hinaus verzögert hätte, zog der Regierungsrat am 20. September 2006 die Bestimmungen über die Spital- und Pflegeheimversorgung der Gesetzesvorlage zurück. In der Folge verabschiedete der Kantonsrat am 2. April 2007 das revidierte Gesundheitsgesetz.

Parallel zur Gesundheitsgesetzrevision erfolgten die verwaltungsinternen Arbeiten an der Neuregelung des kantonalen Finanzausgleichs (REFA). Dabei wurde im Bereich der Gesundheitsversorgung in Betracht gezogen, die Finanzierung der Akutspitalversorgung in erhöhtem Ausmass oder evtl. vollständig dem Kanton zu überbinden. Am 7. Februar 2007 erteilte der Regierungsrat der Direktion der Justiz und des Innern den Gesetzgebungsauftrag zur Neuregelung des kantonalen Finanzausgleichs, wobei drei Varianten der Spitalfinanzierung auszuarbeiten seien. Die Gesetzgebungsarbeiten zur Subjektfinanzierung im Bereich der Akutspitalversorgung wurden vom Regierungsrat bis zum Variantenentscheid betreffend Staatsbeiträge im Gesundheitswesen sistiert.

Die Bearbeitung von Fragen der Leistungssteuerung im Spital- und Pflegeheimbereich sowie gegebenenfalls der Spitalfinanzierung werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2007 wieder aufgenommen bzw. weitergeführt.

**Wirkungsziel:**

- Erhöhung der Verursachergerechtigkeit und der Transparenz der Spitalfinanzierung.
- Förderung von Marktmechanismen bei der Akutspitalversorgung.
- Erhalt der Steuerbarkeit des Leistungsangebots.

**Leistungsziel:**

- Erlass eines Planungs- und Finanzierungsgesetzes.

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.2	-	-0.1	-0.1	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6000-02**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Projektplan, Projektstart (abhängig von REFA)
2008	- Entwurf, Vernehmlassung, Regierungsratsvorlage, Vorberatung in KSSG
2009	- Abschluss der KSSG-Beratung, Verabschiedung durch Kantonsrat

**Bemerkungen**

Die Umsetzung der Subjektfinanzierung soll per se kostenneutral erfolgen. Eine eventuelle Mehrbelastung des Kantons kann sich aber aus der Neuregelung des kant. Finanzausgleichs ergeben.



<b>Projekt-Nr. 6000-03</b>	<b>Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung</b>						
<b>Gesundheitsdirektion / Steuerung Gesundheitsversorgung</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
<p>Gemäss Botschaft des Bundesrates betreffend Änderung des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. September 2004 sowie den teilweise voneinander abweichenden Beschlüssen von National- und Ständerat sind im Bereich der Spitalfinanzierung im Wesentlichen nachfolgende Änderungen (mit Auswirkungen auf den Staatshaushalt) möglich bzw. offen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bestimmung des Kostenteilers zwischen Versicherern und Kantonen zur Einführung von leistungsbezogenen Pauschalen für die Vergütung von stationären Spitalbehandlungen unter Einschluss der Investitionskosten,</li> <li>• Umfang einer staatlichen Mitfinanzierung bisher nicht subventionierter Privatspitäler und</li> <li>• Einführung einer freien Spitalwahl.</li> </ul> <p>Die Gesetzesänderung soll nach Absicht der eidgenössischen Räte am 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt werden, wobei eine schrittweise Einführung der Neuerungen erfolgen soll.</p>							
<b>Wirkungsziel:</b>							
<p>Die Revisionsvorlage befindet sich im Differenzbereinigungsverfahren. Die Eckwerte sind von den eidgenössischen Räten somit noch nicht definitiv bestimmt, weshalb die Auswirkungen auf den Staatshaushalt zum heutigen Zeitpunkt nur grob geschätzt werden können. Im ungünstigsten Falle wäre eine Mehrbelastung von gegen jährlich wiederkehrend 200 Mio. Franken möglich. Realistischer Weise ist jedoch mit einer jährlich wiederkehrenden Mehrbelastung von 75 Mio. Franken zu rechnen.</p>							
<b>Leistungsziel:</b>							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-0.26	-	-0.06	-0.1	-0.1	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-75	-75	-75
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6000-03</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2007	- Projektstart nach definitiver Verabschiedung der KVG-Teilrevision betreffend Spitalfinanzierung durch das Parlament						
2007	- Koordination des Projekts mit der Revision der kantonalen Spitalfinanzierung						
<b>Bemerkungen</b>							



<b>Projekt-Nr. 6200-04</b>	<b>Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung</b>
--------------------------------	--

**Gesundheitsdirektion / Prävention und Gesundheitsförderung****Kurzumschreibung Projekt**

Nach der Umsetzung des Konzeptes für eine kantonsweite Suchtprävention hat das Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPMZ) eine Konzeption für eine allgemeine Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Zürich erarbeitet und dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Dieses Konzept wird nun eingeführt.

**Wirkungsziel:**

Prävention und Gesundheitsförderung sind ausgesprochene Querschnittsaufgaben. Daher sollen die staatlichen Aktivitäten in einem Gesamtsystem auf anderweitige Angebote abgestimmt und so eine strukturierte, über die Direktionen koordinierte Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton implementiert werden.

**Leistungsziel:**

Im Konzept sind zur Umsetzung die folgenden vier Strategien mit Zielvorgaben festgelegt und im Detail beschrieben worden: 1. Information und Kommunikation, 2. Durchführung von Schwerpunktprogrammen, 3. Unterstützung von Politik und Verwaltung und 4. Weiterentwicklung der Präventions- und Gesundheitsförderungsstrukturen.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	*	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6200-04**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Die allgemeinen Zielsetzungen sind im Bericht „Konzeption für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich“ enthalten. Die in einem gegebenen Jahr vom ISPMZ zu erreichenden Ziele sind Teil der jährlichen Vereinbarung der Gesundheitsdirektion mit der Universität Zürich. Das ISPMZ berichtet danach jährlich zweimal über den Stand der Arbeiten.

**Bemerkungen**

\* = in der pauschalierten Abgeltung an das ISPMZ enthalten.



<b>Projekt-Nr.</b> <b>6300-08</b>	<b>Medical Board</b>
--------------------------------------	----------------------

**Gesundheitsdirektion / Somatische Akutversorgung und Rehabilitation**
**Kurzumschreibung Projekt**

Mit zunehmender Komplexität des medizinischen Angebotes werden die Anforderungen an die Leistungserbringer für die Beurteilung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit diagnostischer Verfahren und therapeutischer Interventionen immer grösser. Für die Überprüfung ausgewählter Diagnosen und Therapien nach wissenschaftlichen Grundsätzen auf ihre Wirksamkeit und Zweckmässigkeit und den Erlass entsprechender Empfehlungen wird eine unabhängige Fachkommission eingesetzt.

Dieses sogenannte „Medical Board“ wird im Auftrag der Gesundheitsdirektion unter externer administrativer Führung aufgebaut und betrieben. Als Mitglieder des Medical Board sollen national und international renommierte Fachpersonen aus den Bereichen „Medizin/EBM“, „Gesundheitsrecht“, „Gesundheitsökonomie“ und „Ethik“ verpflichtet werden. Die Empfehlungen des Medical Board werden von der Gesundheitsdirektion über die Spital-Leistungsaufträge umgesetzt.

**Wirkungsziel:**

Die Umsetzung der Empfehlungen bezüglich Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit von Diagnosen und Therapien verbessert die Behandlungsqualität und trägt zur Kostendämpfung bei.

**Leistungsziel:**
**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.5	-	-0.25	-0.25	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6300-08**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Aufbau Medical Board: Wahl der Mitglieder, Erlass der Reglemente, Definition der Prüfmethode etc.
2008	- Pilotphase (Analyse von 3 Themen), anschliessend Evaluation und gegebenenfalls Anpassungen
2009 ff	- Betrieb Medical Board

**Bemerkungen**



<b>Projekt-Nr. 6300-09</b>	<b>Optimierungs- und Liberalisierungspotential Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)</b>
--------------------------------	--

**Gesundheitsdirektion / Somatische Akutversorgung und Rehabilitation**
**Kurzumschreibung Projekt**

Angesichts der zunehmenden Globalisierung ist die Weiterführung der bestehenden Verpflichtung der Zürcher Spitäler zur Wäschebesorgung in der Zentralwäscherei Zürich aktuell stark umstritten.

**Wirkungsziel:**

Mit dem vorliegenden Projekt sollen folgende Fragen abgeklärt werden:

- Ist eine Zentral-Wäscherei noch zeitgerecht?
- Können zu grosse Preisdifferenzen zu privatwirtschaftlichen Anbietern im In- und Ausland noch gerechtfertigt werden?
- Welches Optimierungspotential besteht in der ZWZ bei Beibehaltung des bestehenden Waschzwangs?
- Welches Potential besteht für die ZWZ bei verschiedenen Stufen der Liberalisierung (a) Aufhebung / Lockerung des Waschzwangs, (b) Liberalisierung der Anstellungsbedingungen des Personals?

**Leistungsziel:**
**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6300-09**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
3/2006	- Projektstart
30.9.2007	- Analyseergebnisse über Optimierungs- und Liberalisierungspotential liegen vor
31.12.2007	- Massnahmen durch RR beschlossen
2008	- Umsetzung Massnahmen

**Bemerkungen**

--



<b>Projekt-Nr. 6400-12</b>	<b>Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie</b>
--------------------------------	--

**Gesundheitsdirektion / Psychiatrische Versorgung**
**Kurzumschreibung Projekt**

In allen psychiatrischen Kliniken wird eine Kostenträgerrechnung eingeführt. Um diese Kostenträgerdaten aussagekräftig auszuwerten, bedarf es einer Gruppierungsmethodik, nach der die Behandlungsfälle in Gruppen zusammengefasst werden können.

**Wirkungsziel:**

Mit Hilfe der geplanten Auswertung lassen sich Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den psychiatrischen Kliniken gewinnen. Damit wird die Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation geschaffen, was wiederum die wirtschaftliche und zweckmässige Leistungserbringung fördert.

**Leistungsziel:**

Es wird ein Fallgruppierungssystem entwickelt, das – angepasst auf die Versorgungsstrategie des Kantons Zürich und der angestrebten Versorgungsstruktur – fallbezogene Auswertungen der Kostenträgerdaten erlaubt.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.08	-0.01	-0.01	-0.02	-0.03	-0.01	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6400-12**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Erarbeitung der Grundlagen
2007	- Vernehmlassung in den Betrieben
2008	- Erste Datenerfassung in den Betrieben
2009	- Erste Datenauswertung

**Bemerkungen**

Die Fallgruppierung ist u.a. Grundlage für das Benchmarking in der Psychiatrie.



## Bildungsdirektion

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Strategische Projekte
- 1.3 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Umfeldentwicklungen
- 2.3 Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2004-2011

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.4.1 Übersicht
  - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Die im vorliegenden KEF08 enthaltenen Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme in den Leistungsgruppen weichen für die Jahre 2007-2010 vom Vorjahres-KEF insgesamt wie folgt ab:

- 2007: zusätzliche 0.4 % für Beförderungen.  
(Im KEF07 der BI nicht enthalten)
- 2008: Teuerungsausgleich (0.9%) / Stufenanstieg (1.5%), Beförderung (0.2%).  
(Im KEF07 lediglich Teuerung (0.5%), Beförderung (0.2%).)
- 2009: Teuerungsausgleich (1.1%) / Beförderung (0.2%).  
(Im KEF07: Teuerung (0.5%), Beförderung (0.2%).)
- 2010: Teuerungsausgleich (1.5%) / Beförderung (0.2%).  
(Im KEF07: Teuerung(1.5 %), Stufenerhöhung (1.5%), Beförderung (0.2%)
- 2011: Teuerungsausgleich (1.5%) Beförderung (0.2%)

Aufgrund dieser Abweichungen ergeben sich prozentuale Abweichungen in den KEF-Jahren wie folgt:

- 2007: +0.4%, zusätzliche, nachträglich vom KR bewilligte Beförderungsquote für 2007
- 2008: +1.9%
- 2009: +0.6%
- 2010: -1.5%
- 2011: +1.7% (neu)

Andere Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres werden in den folgenden Kapiteln und in den Leistungsgruppenblättern beschrieben.

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Im vorliegenden KEF 2007 bis 2010 sind im Finanzteil folgende strukturellen Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres zu verzeichnen:

Die Restrukturierung der Zürcher Fachhochschule (ZFH) mit der Zusammenführung von sieben Teilschulen zu den drei staatlichen Teilschulen Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) wirkt sich in der Leistungsgruppe 7406 erstmals im Jahr 2008 mit einer Verschiebung der Staatsbeiträge von den privaten zu den staatlichen Teilschulen aus. Die beiden Teilschulen Hochschule für Technik und Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung Zürich bleiben privat. Die Leistungsgruppe 9700 wird somit durch die LG 9710, 9720, 9740 ersetzt.

Es ist im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) auf die Neuregelung des Sonderschulwesens in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht hinzuweisen. Die NFA verursacht vor allem in der LG 7200 Volksschulen beträchtliche Mehrkosten. Die Gehörlosenschule, die in der Leistungsgruppe 7501 Jugend- & Familienhilfe angesiedelt ist, soll per 1.1.2009 verselbständigt werden. Dadurch entfällt die Darstellung der Erfolgs- und Investitionsrechnung ab diesem Jahr. Die Defizitdeckung wird ab 2008 von der Leistungsgruppe 7200 "Volksschulen" mit einer Ausgleichszahlung finanziert. Die Leistungsgruppe Volksschulen ist im Rahmen der Uebernahme der Verantwortlichkeiten über die Sonderschulen somit bereits im 2008 zuständig für die Gehörlosenschule und somit auch für die Steuerung der Rechnung und deren Ausgleich.

Die Auswirkungen der Kantonalisierung der Kindergärten ab 2008 und diejenigen der Einführung von Schulleitungen waren bereits im KEF07 enthalten.



## 1.2 Strategische Projekte

Neue strategische Projekte:

- No. 157: Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahres
- No. 158: Selbst organisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen
- No. 159: Religion und Kultur

Nicht mehr aufgeführte strategische Projekte:

- No. 117: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung Reform Schulen des Gesundheitswesens (ReBeGE), Projektabschluss im 2007

## 1.3 Finanzielle Veränderungen

Die folgende Tabelle gibt eine Zeitreihenübersicht für die Saldoentwicklung der Erfolgsrechnung, sowie auch der Nettoinvestitionsrechnung :

(in Mio. Franken)	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>a) Saldo Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-2'268	-2'303	-2'365	-
KEF 2008-2011	-2'226	-2'323	-2'376	-2'441
Veränderung	+42	-20	-11	-
<b>b) Saldo Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-198	-221	-253	-
KEF 2008-2011	-187	-192	-238	-304
Veränderung	+11	+29	+15	-

### a) Saldo Erfolgsrechnung:

Die Zunahme des Finanzbedarfes im KEF08 ist einerseits das Resultat der gegenüber dem KEF07 veränderten Vorgaben betreffend Stufenerhöhung, Teuerungszulage und Beförderung. Andererseits können Verbesserungen im Mittelschul- und Berufsschulbereich sowie bei den Schulen im Gesundheitswesen erzielt werden, sodass in der Gesamtrechnung die Differenzen beim Saldo der Erfolgsrechnung gegenüber dem KEF vom Vorjahr relativ gering ausfallen.

Der kumulierte Saldo der Erfolgsrechnung 2008/2009/2010 liegt in der neuen Planung KEF08 um 11 Mio. Fr. tiefer als im KEF07 für die gleiche Zeitspanne. Dieses Resultat konnte nur mit einer restriktiven Aufwandsplanung in allen Bereichen erreicht werden.

### b) Saldo Investitionsrechnung:

Die Netto-Investitionsausgaben in den Jahren 2008/ 2009/ 2010 wurden u.a. auch als Folge der Massnahmen E08 tiefer als im KEF07 geplant, d.h. für die Jahre 2008/2009/2010 insgesamt 55 Mio. Fr. weniger als im KEF07 für die gleiche Zeitspanne. Im 2011 belasten diverse grössere Projekte im Hochschul- und Mittelschulbereich die Investitionsrechnung. Im Vergleich zu den Durchschnittswerten der Jahre 2008 bis 2010 entsteht dazumal ein höherer Investitionsbedarf von rund 100 Mio. Fr., der sich auch in einigen Folgejahren voraussichtlich auf diesem höheren Niveau bewegen wird.



## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

Die Bildungsdirektion strebt ein Bildungsangebot an, das Allgemeinbildung und Fachwissen vermittelt und die Auszubildenden zu verantwortungsbewussten und kompetenten, lernenden und leistungsbereiten Persönlichkeiten ausbildet. Dieses Angebot umfasst die Kindergartenstufe (ab 2008), die Primarstufe, die Sekundarstufe I und II, die Tertiärstufe sowie den Bereich der Weiterbildung.

Die Bildungsdirektion erbringt zu diesem Zweck auch subsidiäre Bildungsleistungen (Stipendien, Berufsberatung u. a.) mit dem Ziel, Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg und ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen. Im Zentrum steht dabei die Verbesserung der Chancengleichheit.

Gesamthaft wurden im Jahr 2006 rund 195'000 Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende (ohne Kindergärten) an öffentlichen und beitragsberechtigten nichtstaatlichen Schulen ausgebildet (ohne Hochschulen rund 162'000 Lernende).

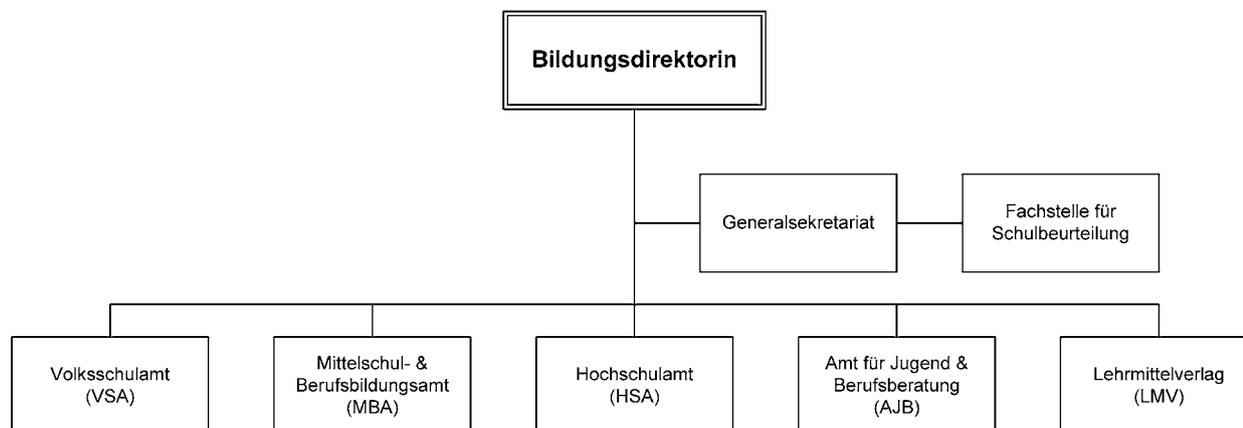
Die Bildungsdirektion (LG 7000 Bildungsverwaltung) ist mit folgenden Aufträgen und Aufgaben betraut:

- Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen z. H. Regierungsrat und Kantonsrat.
- Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen.
- Sie erteilt die Aufträge für Bau und Unterhalt aller Bauten im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion.
- Sie beaufsichtigt und koordiniert die Planung und Budgetierung.

Wichtige Organe des Zürcher Schulwesens sind der Bildungsrat (für Schulen der Primar- und Sekundarstufen), der Fachhochschulrat und der Universitätsrat.

### 2.1 Organigramm

Das Organigramm der Bildungsdirektion unterteilt sich analog dem Vorjahr in folgende Haupt-Amtsstellen:





## 2.2 Umfeldentwicklungen

Die Kosten des Bildungswesens werden wesentlich durch den exogenen Faktor der Schülerzahl bestimmt. Trends und Faktoren, welche die Schülerzahlen beeinflussen, sind im demografischen Bereich (Geburtenzahlen, Einschulungsquoten, Migration, Binnenwanderung) und/oder im ökonomischen Bereich (Konjunktur, Wirtschaftslage, Lehrstellenangebot) zu lokalisieren. Hinzu kommen, teils als Folge davon, spezifische Bildungstendenzen (Trend zur Mittelschulbildung, Zwischenlösungen, andere Berufswahlpräferenzen) oder Auswirkungen struktureller Reformmassnahmen (neue Lernangebote, Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest, Berufsmaturitätslehrgänge, Ausbau der Zürcher Fachhochschule), die unmittelbar zur Veränderung der Schülerzahlen beitragen.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist weiterhin von Multikulturalität geprägt. Um das Potenzial der SchülerInnen mit Migrationshintergrund besser erschliessen zu können, werden verstärkte Integrationsbemühungen erforderlich sein. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler steigt. Die tendenzielle Hinwendung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsnahen Elternhäusern zur Mittelschulbildung hält an. Der Anteil Auszubildender in gymnasialen Ausbildungen wird leicht zunehmen. Zudem wird sich die Zahl der Berufsmaturitätsabschlüsse gemessen am Total der Berufsausbildungen erhöhen. In der Folge werden auch die Eintritte in die Hochschulen steigen.

Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleiches (NFA) kommen auf den Kanton Zürich beträchtliche Mehrkosten zu. Dies betrifft im Aufgabenbereich der Bildungsdirektion hauptsächlich den Bereich Sonderschulen und Sonderschulheime.

Die Entwicklung der Anzahl Auszubildenden im Kanton Zürich zeigt folgende Tabelle. Dabei sind wichtige Abgrenzungen zur üblichen Zählung der Bildungsstatistik zu beachten. So werden im KEF nicht Schülerzahlen eines Schuljahres, sondern eines Rechnungsjahres verwendet, die pro rata temporis aus den Daten von zwei Schuljahren zusammengezogen werden. Ferner werden aus teilsubventionierten Bildungseinrichtungen nur die Schülerzahlen von tatsächlich mitfinanzierten Lehrgängen und nicht der ganzen Institution erfasst, wie es die Bundesstatistik vorsieht. Wie aus der Tabelle der prognostizierten Schülerzahlen hervorgeht, bewegen sich diese im Total entsprechend der Prognose vom letzten KEF07. Die Schülerzahl bei den Hochschulen, insbesondere bei den Fachhochschulen steigt unvermindert an. Ebenso verzeichnen die Berufsschulen und die Kaufmännischen Berufsbildungseinrichtungen jährliche Zuwachsraten.

## 2.3 Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2004-2011

Folgende Tabelle weist die Anzahl Schüler in den verschiedenen Schulstufen der Jahre 2004 bis 2006 aus und zeigt die prognostizierte Entwicklung der Lernenden von 2007 bis 2011 auf.



<b>Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2004-2011</b>								
Die Werte sind aus Schuljahrehebungen pro-rata-temporis auf jeweilige Rechnungsjahre transformiert*								
Schulstufe	IST-Werte			Prognostizierte Entwicklung				
	2004	2005	2006	B 2007	B 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Volksschule (LG 7200)</b>								
Vorschulstufe (ab 2008)					23 440	23 530	23 460	23 365
Unterstufe	36 189	36 281	36 134	35 750	36 420	36 270	35 920	35 800
Mittelstufe	36 635	36 332	36 375	36 300	36 430	36 360	36 595	36 705
Oberstufe	30 175	30 478	30 461	30 370	30 345	30 390	30 485	30 490
Sonderklassen	5 066	4 763	4 178	4 165	3 425	3 260	3 100	2 965
<b>Total KEF08</b>	<b>108 065</b>	<b>107 854</b>	<b>107 148</b>	<b>106 585</b>	<b>130 060</b>	<b>129 810</b>	<b>129 560</b>	<b>129 325</b>
<b>Total KEF07</b>	<b>108 065</b>	<b>107 854</b>	<b>108 370</b>	<b>106 585</b>	<b>130 145</b>	<b>129 835</b>	<b>129 505</b>	
<b>Mittelschulen (LG 7301)<sup>1</sup></b>								
Kantonsschulen u. KME	13 962	14 294	14 467	14 770	14 935	15 110	15 120	15 005
<b>Total KEF08</b>	<b>13 962</b>	<b>14 294</b>	<b>14 467</b>	<b>14 770</b>	<b>14 935</b>	<b>15 110</b>	<b>15 120</b>	<b>15 005</b>
<b>Total KEF07</b>	<b>13 962</b>	<b>14 294</b>	<b>14 675</b>	<b>14 770</b>	<b>14 925</b>	<b>14 910</b>	<b>14 830</b>	
<b>Schulen im Gesundheitswesen (LG 7302)<sup>2</sup></b>								
Ausbildungen im Gesundheitswesen	3 139	3 256	3 490	3 820	3 290	3 055	2 940	3 070
<b>Total KEF08</b>	<b>3 139</b>	<b>3 256</b>	<b>3 490</b>	<b>3 820</b>	<b>3 290</b>	<b>3 055</b>	<b>2 940</b>	<b>3 070</b>
<b>Total KEF07</b>	<b>3 139</b>	<b>3 256</b>	<b>3 990</b>	<b>3 820</b>	<b>3 545</b>	<b>3 465</b>	<b>3 505</b>	
<b>Berufsfachschulen (LG 7303)<sup>3</sup></b>								
Kantonale Berufsfachschulen	23 877	24 349	24 988	25 455	26 840	27 255	27 310	27 170
Kaufm. Berufsbildungseinrichtungen	6 775	6 434	6 390	6 605	6 720	7 010	7 225	7 370
<b>Total KEF08</b>	<b>30 652</b>	<b>30 783</b>	<b>31 378</b>	<b>32 060</b>	<b>33 560</b>	<b>34 265</b>	<b>34 535</b>	<b>34 540</b>
<b>Total KEF07</b>	<b>30 652</b>	<b>30 783</b>	<b>31 600</b>	<b>32 060</b>	<b>32 800</b>	<b>33 180</b>	<b>33 380</b>	
<b>Nichtstaatliche Schulen (LG 7305)<sup>4</sup></b>								
Beitragsberechtigter Berufsausbildung	2 862	3 062	3 176	3 380	3 115	3 105	3 135	3 260
Beitragsberechtigter höhere Berufsbildung	2 974	2 373	2 283	2 440	2 375	2 395	2 405	2 415
<b>Total KEF08</b>	<b>5 836</b>	<b>5 435</b>	<b>5 459</b>	<b>5 820</b>	<b>5 490</b>	<b>5 500</b>	<b>5 540</b>	<b>5 675</b>
<b>Total KEF07</b>	<b>5 836</b>	<b>5 435</b>	<b>5 655</b>	<b>5 820</b>	<b>6 045</b>	<b>6 125</b>	<b>6 165</b>	
<b>Hochschulen (LG 9600/9700)</b>								
Zürcher Fachhochschule (ZFH) ohne PHZH <sup>5</sup>	6 862	7 213	7 703	8 100	8 850	9 330	10 050	10 430
Pädagogische Hochschule (PHZH) <sup>5</sup>	1 943	2 102	1 949	2 100	1 850	1 900	1 950	2 000
Universität <sup>6</sup>	23 421	23 817	23 910	24 200	24 460	24 690	25 040	25 340
<b>Total KEF08</b>	<b>32 226</b>	<b>33 132</b>	<b>33 562</b>	<b>34 400</b>	<b>35 160</b>	<b>35 920</b>	<b>37 040</b>	<b>37 770</b>
<b>Total KEF07</b>	<b>32 226</b>	<b>33 132</b>	<b>33 370</b>	<b>34 400</b>	<b>35 100</b>	<b>35 700</b>	<b>36 900</b>	
<b>Total Lernende KEF 08</b>	<b>193 880</b>	<b>194 754</b>	<b>195 504</b>	<b>197 455</b>	<b>222 495</b>	<b>223 660</b>	<b>224 735</b>	<b>225 385</b>
<b>Total Lernende KEF07</b>	<b>193 880</b>	<b>194 754</b>	<b>197 660</b>	<b>197 456</b>	<b>222 560</b>	<b>223 215</b>	<b>224 285</b>	
<b>Übriges Bildungswesen:</b>								
Höhere Berufsbildung (zu LG 7303) <sup>7</sup>	3 226	3 105	2 957	3 095	2 995	3 075	3 150	3 225
Nachdiplomstudien ZFH (zu LG 9700) <sup>8</sup>	677	923	0	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.
<b>Total KEF08</b>	<b>3 903</b>	<b>4 028</b>	<b>2 957</b>					
<b>Total KEF07</b>	<b>3 903</b>	<b>4 028</b>	<b>3 285</b>	<b>3 095</b>	<b>3 180</b>	<b>3 270</b>	<b>3 350</b>	

\* Das öffentliche Bildungswesen umfasst alle voll- oder teilsubventionierten Bildungseinrichtungen des Kantons, ohne reine Privatschulen.  
Alle Angaben sind mit Ausnahme jener der Universität Zürich aus betreffenden Schuljahren (bzw. Semestern) pro rata temporis auf die jeweiligen Rechnungsjahre transformiert worden und enthalten neu exakt die Leistungsgruppendaten (LG 7200 ff.).

<sup>1</sup> Ohne die in Kontrakten zusätzlich angerechneten Schülerzahlen für die Maturitätsprüfungen; ohne private Mittelschulen.  
<sup>2</sup> Ist-Werte ohne die in Kontrakten zusätzlich angerechneten Schülerzahlen in Modulkursen und Nachholbildungen des Gesundheitswesens.  
<sup>3</sup> Prognose auf Basis der Fortschreibung von Schulabgängen bei den Volksschulen (Schulen im Gesundheitswesen teilweise noch nach Einteilung GD).  
Ab 2004 neue Ausbildung FAGE und ab 2005 sukzessive weitere Ausbildungen im Gesundheitswesen (Sekundarstufe 2 sowie Tertiärstufe).  
<sup>4</sup> Prognose in Form grober Schätzungen (Lernende in beitragsberechtigter privater Berufsausbildung, nur subventionierte Lehrgänge einbezogen).  
Höhere Ausbildungen enthalten: Vorbereitung auf Berufsprüfung und höhere Fachprüfung BBT, Technikerschulen TS und übrige Tertiärstufe.  
<sup>5</sup> IST-Werte und Prognose ohne Nachdiplomstudien.  
<sup>6</sup> Studierendenzahlen der Universität Zürich beziehen sich auf das jeweilige Wintersemester je Jahr (keine Transformation pro-rata-temporis).  
<sup>7</sup> Höhere Ausbildungen: Vorbereitung auf Berufsprüfung und höhere Fachprüfung BBT sowie Technikerschulen TS, weitgehend selbsttragend.  
<sup>8</sup> Teilnehmerzahlen NDS sind in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Teilschulen ZFH nicht aufgeführt.

Quellen: Bildungsstatistik, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Hochschulamt.



### 3. Strategische Ziele

Die Bildungsdirektion strebt für alle Bevölkerungsgruppen ein chancenfares Bildungsangebot an, das stufengerecht Allgemeinbildung und Fachwissen vermittelt und die Auszubildenden zu mündigen, verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern und kompetenten, lebenslang lernenden und leistungsbereiten Persönlichkeiten ausbildet.

Die Bildungsdirektion hat folgende strategischen Zielsetzungen festgelegt:

#### **Ziel 1: Integration und Spitzenleistungen ermöglichen**

Ein zukunftsgerichtetes Bildungswesen muss jedem Kind die bestmögliche Ausbildung bieten: Hochbegabte, deutschsprachige, fremdsprachige, behinderte und nicht behinderte Kinder, Mädchen und Knaben - alle haben ihre persönlichen Bedürfnisse und gehören doch zusammen. Dazu braucht es weitere Investitionen in eine frühe Förderung und in Massnahmen, die eine individuelle Förderung auf allen Bildungsstufen gewährleisten. Im Zentrum steht dabei auch in den nächsten Jahren die Umsetzung der Volksschulreform. Diese trägt mit der Einführung von Schulleitungen, Blockzeiten, ausser-schulischen Betreuungsangeboten, mit integrativen Fördermassnahmen und mit der Schülerinnen- und Elternmitwirkung den künftigen Herausforderungen Rechnung. Zudem müssen die Grundlagen für einen politischen Entscheid über die Grundstufe erarbeitet und künftig auch für Kinder im Vorschulalter bedarfsgerechte Angebote an ausserfamiliärer Betreuung geschaffen werden. Ein Konzept für das sonderpädagogische Angebot im Kanton Zürich muss auf dem Hintergrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) erarbeitet und die Organisation der Schulpsychologie neu geregelt werden. Auf der Oberstufe wird die Ausweitung des Pilotversuchs umgesetzt und die flächendeckende Einführung der Reform 9. Schuljahr überprüft. Grundlagen zur weiteren Verbesserung der Durchlässigkeit und Integrationskraft der Oberstufe sollen erarbeitet werden.

Der Hochschulstandort muss weiter gestärkt werden. Spitzenleistungen im Bereich von Bildung und Forschung sind eine Voraussetzung für die internationale Bedeutung des Kantons. Zusammen mit den Hochschulen werden zu diesem Zweck Schwerpunkte gesetzt, wie beispielsweise bei den Life Sciences, den Bank- und Finanzwissenschaften und der Hochschulmedizin.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Umsetzung Volksschulgesetz
- Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen
- Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS)
- Schulversuche mit der Grundstufe
- Neugestaltung 9. Schuljahr
- Einführung der zweisprachigen Maturitätsausbildung an Mittelschulen (Deutsch/Englisch)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Leistungsgruppe Volksschulen
- Leistungsgruppe Mittelschulen
- Leistungsgruppe Schulen im Gesundheitswesen
- Leistungsgruppe Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- Leistungsgruppe Universität
- Leistungsgruppe Zürcher Fachhochschule
- Leistungsgruppe Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

#### **Ziel 2: Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen**

Die Schule ist ein Raum, in dem grundlegende Werte entdeckt und vermittelt werden und die Verständigung zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen erprobt und vertieft. Die Schule leistet einen Beitrag zum Zusammenhalt unserer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Ein ausgebautes Netz der Jugendhilfe unterstützt Eltern, Kinder und Jugendliche in



schwierigen Situationen. Die Gesetzgebungsarbeiten zur Reform der Jugendhilfe werden in der neuen Legislatur wieder aufgenommen. Darüber hinaus soll in allen Gemeinden eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit gewährleistet werden, die an gleichen Standards ausgerichtet ist. Die Einführung des neuen obligatorischen Faches "Religion und Kultur" hat zum Ziel, Schülerinnen und Schüler im kompetenten Umgang mit religiösen und kulturellen Fragen und Traditionen zu fördern. Als stufenübergreifendes Ziel soll die Gesundheitsförderung (Bewegung, Ernährung, Suchtprävention) und die Gewaltprävention an den Schulen verbessert werden. An den Hochschulen wird die interdisziplinäre Forschung und Entwicklung im Bereich der Sozialwissenschaften gefördert.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
- Religion und Kultur

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Leistungsgruppe Volksschulen
- Leistungsgruppe Jugend- & Familienhilfe

**Ziel 3: Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen**

Alle Schulen – die Volksschule, die Mittel- und Berufsfachschulen und die Hochschulen - müssen die Unterrichtsqualität weiter verbessern und dabei selbstständiges Lernen vermehrt fördern. Dazu braucht es weitere Anstrengungen bei den Unterrichtsmethoden und der Ausbildung von Lehrpersonen. Ziel ist es, die überfachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler (soziale Kompetenzen, eigenverantwortliches, individuelles Lernen und Medienkompetenzen) auf allen Stufen zu verbessern.

Mit nationalen und internationalen Bildungsstandards sollen in Zukunft Leistung und Qualität der Schule transparenter und vergleichbarer werden. Der Kanton unterstützt deshalb den interkantonalen Harmonisierungsprozess mit Bildungsstandards in der Volksschule und die regelmässige Überprüfung der erreichten Standards. Er nimmt aktiv an der Erarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans teil. An den Mittelschulen strebt der Kanton eine Weiterentwicklung der Unterrichtsformen und der Bildungsziele an. In den nächsten Jahren sollen das neue kantonale Fachhochschulgesetz umgesetzt und die neuen Fachhochschul-Campuslösungen realisiert werden. An der Fachhochschule und der Universität wird die Bologna-Reform mit dem Auf- respektive Ausbau der Master- und Doktoratsstufe (nur Universität) abgeschlossen.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- HarmoS (interkantonales Projekt der Erziehungsdirektorenkonferenz)
- Umsetzung Fachhochschulgesetz
- Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen – neue Lehr- und Lernformen

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Leistungsgruppe Volksschulen
- Leistungsgruppe Mittelschulen
- Leistungsgruppe Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- Leistungsgruppe Schulen im Gesundheitswesen
- Leistungsgruppe Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- Leistungsgruppe Universität
- Leistungsgruppe Zürcher Fachhochschule
- Leistungsgruppe Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

**Ziel 4: Partnerschaft für Bildung stärken**

Wirkungsvolle Zusammenarbeit stützt sich auf Partner, die mitreden und Mitverantwortung übernehmen können. Die Schule hat viele Partner: Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen, Gemeinden, weiterführende Schulen, Arbeitswelt und Politik. Diese Partnerschaften müssen gestärkt werden. Nur gemeinsam und im offenen und verbindlichen Dialog können wir das Bildungswesen für die Herausforderungen der Zeit bereithalten. Mit der Umsetzung der Volksschulreform wird die Schülermitwirkung gefördert und die Elternverantwortung gestärkt. Die Arbeitszufriedenheit der



Lehrpersonen soll sich verbessern. Dazu ist unter anderem ihr Berufsauftrag zu überprüfen. Für eine transparente und verbindliche Zusammenarbeit muss die Vertretung der Betroffenen in bildungspolitischen Entwicklungs- und Beratungsgremien sichergestellt werden.

In der Berufsbildung tragen Kanton und Bund und Arbeitswelt eine gemeinsame Verantwortung für die Schaffung von Lehrstellen und die Ausgestaltung und Finanzierung der Berufsbildung. Diese Partnerschaft muss weiter gestärkt werden. Im Bereich Forschung und Entwicklung gilt es, den Wissensaustausch und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu fördern. Auch darüber hinaus soll der Dialog zwischen den Bildungsinstitutionen, der Politik und der Öffentlichkeit verbessert werden.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung
- Überprüfung Belastung Schulleitungen
- Wiederaufnahme Modell Poolstunden zur Entlastung Lehrpersonal und Schulleitung
- Zeitliche Quantifizierung Berufsauftrag Lehrpersonen

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Leistungsgruppe Volksschulen
- Leistungsgruppe Schulen im Gesundheitswesen
- Leistungsgruppe Berufsfachschulen & Lehrabschlussprüfungen

**Ziel 5: Anschlüsse gewährleisten**

Die nachobligatorische Bildung gewinnt angesichts von vielgestaltigen, modernen Lebensläufen immer mehr an Bedeutung. Am Übergang in die Berufsbildung und im Bereich der Weiterbildung müssen deshalb besondere Anstrengungen unternommen werden, damit das Bildungswesen Anschlüsse gewährleisten und den Einstieg oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben ermöglichen kann. Das neue Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz, das 2007 vom Kantonsrat verabschiedet werden soll, legt dafür die notwendigen Grundlagen. Es ermöglicht insbesondere die Weiterführung der Lehrstellenförderung und die Mitwirkung bei der Entwicklung neuer Ausbildungsangebote. Jugendliche sollen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben wo nötig individuell unterstützt werden. Ein Weiterbildungskonzept ist notwendig, um aufzuzeigen, wie Weiterbildung und lebenslanges Lernen gezielt gefördert werden können. Die Durchlässigkeit von Bildungswegen und die Validierung informell erworbener Bildung eröffnen zusätzliche Anschlüsse.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung
- Reform der Brückenangebote
- Zentrale Aufnahmeprüfung an Mittelschulen (ZAP)
- Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich
- Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Leistungsgruppe Mittelschulen
- Leistungsgruppe Schulen im Gesundheitswesen
- Leistungsgruppe Berufsfachschulen & Lehrabschlussprüfungen
- Leistungsgruppe Berufs- und Studienberatung



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Die untenstehende Tabelle zeigt eine Uebersicht über die Investitionen im Bildungsbereich von über 50 Mio. Fr. Gesamtkredit mit dem voraussichtlichen Realisierungszeitraum. Von diesen Grossinvestitionen werden im Voranschlagsjahr 2008 vorerst jedoch erst rund 4 Mio. Fr. an Ausgaben getätigt (siehe dazu auch Uebersicht unter Kapitel 4.2).

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
<b>Berufs- und Mittelschulen:</b>				
KS Uster: Neubau im Rahmen des Bildungszentrums	-88.0	2004	2007	2009-2013
Allgemeine Berufsschule Zürich (ABZ): Schulhaus, Turnhalle, Neubau Areal Kornhausbrücke	-77.0	2001	2008	2010-2014
<b>Universität / Fachhochschulen</b>				
Universität; Irchel, Neubau 5. Bauetappe	-200.0	2005	2006	2009-2014
Universität; Irchel, Neubau 6. Bauetappe	-350.0	2006	2008	2011-2016
Toniareal	-80.0	2007	2007/2008	2011-2013

Projekte und Investitionen unter 50 Mio. Fr. sind in der Ausgabenübersicht der Tabelle der übrigen Investitionen subsummiert (siehe Kapitel 4.2).

### 4.2 Übrige Investitionen

Folgende Übersicht zeigt das Verhältnis der Gross- zu den sogenannten übrigen Investitionen (Nettoausgabenvolumen  $\geq 10$  Mio.) . Sofern letztere bereits in der Planungsphase bis 2011 in der aggregierten Investitionsrechnung enthalten sind, werden die wichtigsten mit ihren geschätzten Nettoaussgaben nachstehend aufgeführt:

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
Grosse Investitionen		-5.0	-4.0	-28.0	-33.0	-63.5
Übrige Investitionen		-170.1	-183.3	-164.0	-204.8	-240.8
<b>Total Nettoinvestitionen</b>		<b>-175.1</b>	<b>-187.3</b>	<b>-192.0</b>	<b>-237.8</b>	<b>-304.3</b>

Die wichtigsten Investitionskredite, die in der aggregierten Summe der sogenannten "übrigen Investitionen" enthalten sind, detaillieren sich pro Leistungsgruppe wie folgt:

**Mittelschulen:**

- KS Hohe Promenade, Gesamtsanierung (-36.0 Mio.)
- KS Freudenberg und Enge, 3-fach Turnhalle (-25.0 Mio.)
- KS Oerlikon + Birch, Innensanierungen Klassentrakte (-22.0 Mio.)
- KS Rychenberg, Erweiterung KRW/KLW (-27.5 Mio.)
- KS Büelrain, Ersatz und Ergänzungsbau (-33.0 Mio.)
- KS Küsnacht, Neubau Barackenersatz (-13.0 Mio.)
- KS Zürcher Unterland, Klassen + Korridorsanierung (-16.4 Mio.)
- KS Limmattal, Neubau Aula (-9.0 Mio.)

**Berufsschulen:**

- BS Dietikon, Gesamtsanierung (-11.6 Mio.)
- Bildungszentrum Zürichsee, Erweiterung/Neubau (-15.0 Mio.)
- Bildungszentrum Zürichsee, Gesamtsanierung (-11.8 Mio.)
- Gewerblich Industrielle Berufsschule Uster, Umbau/Sanierung (-18.0 Mio.)
- Gewerbliche Berufsschule Wetzikon, Umbau/Erweiterung Oberwetzikon (-10.0 Mio.)
- Berufsbildungsschule Winterthur, Anton-Graff Gebäudehülle /OG's (-28.0 Mio.)
- BS für Detailhandel, Gesamtsanierung (-17.0 Mio.)
- BS für Detailhandel, Erweiterung (-11.0 Mio.)
- Techn. Berufsschule Zürich, Ausstellungsstrasse 70, Sanierung Fassade (-31.3 Mio.)

**Universität:**

- Neubau Kleintierklinik (-28.2 Mio.)
- Plattenstrasse 11, Sanierung Hochhausstrakt (-50.0 Mio.)
- Irchel Stockwerksanierung 2. Bauetappe (-26.0 Mio.)
- Irchel Y36 Umbau (-23.0 Mio.)
- Gloriastrasse 32, Gesamtsanierung (-22.5 Mio.)
- Zollikerstrasse 107, Sanierung Kuppel-Schauhäuser (-12.4 Mio.)
- Plattenstrasse 22/24, Neubau (-13.0 Mio.)
- Energetische Sanierungen (-10.0 Mio.)
- Gloriastrasse 30, Instandsetzung (-17.0 Mio.)
- Irchel, Instandsetzung Flachdächer 2. Bauetappe (-12.2 Mio.)

**Zürcher Hochschule der Künste:**

- Sanierung Hauptgebäude (-29.4 Mio.)

**Pädagogische Hochschule Zürich:**

- Sihlpost (-45.0 Mio.)

**Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften:**

- Gebäude B, Gesamtsanierung, Küche, Fassade HSW Grüntal, Diverse Projekte Werterhaltungsmassnahmen (-30.0 Mio.)
- Gebäude L, Gebäudesanierung II (- 10.0 Mio.)
- Diverse Werterhaltungsmassnahmen (-10.0 Mio.)

### 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Die meisten strategischen Projekte haben Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung. In folgender Tabelle werden jedoch nur diejenigen aufgelistet, die in den Jahren 2008 bis 2011 mit insgesamt mehr als 10 Mio. Fr. den Nettoaufwand der Bildungsdirektion beeinflussen werden. Das Projekt Nr. 117 Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung Reform Schulen des Gesundheitswesens (ReBeGe) wurde dabei ausgeklammert, d.h. nicht mehr aufgeführt, da dieses per Ende 2007 abgeschlossen sein wird.



Betreffend den Auswirkungen dieses im letzten Jahr noch aufgeführten Projektes auf die Erfolgsrechnung der Jahre 2008 und ff. ist zu erwähnen, dass die Schliessung von 25 bestehenden Schulen seit Jahren vorangetrieben wird und die Konzentration auf zwei Zentren in vollem Gange ist. Im Vergleich zur finanziellen Situation vor der Inkraftsetzung des Gesetzes im 2004 werden die Einsparungen durch die eingeleiteten und noch einzuleitenden Massnahmen auf mehrere Millionen Franken pro Jahr beziffert (siehe auch Vergleich mit Staatsrechnung früherer Jahre).

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Erfolgsrechnung (Mio. Fr.)
Projekt 140: Reform der Brückenangebote	2008	ab 2009	-65.4 *1)
Projekt 148: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung	2007	ab 01.01.2009	-13.5

\*1) Die Nettobelastung auf den Staatshaushalt bei der Umsetzung des Projektes 140 "Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG) " beginnt 2009 mit 11 Mio. Fr. und beträgt über die KEF-Periode 33 Mio. Fr. Bereits heute entrichtet der Kanton Beiträge von 8.1 Mio. Fr. an die Brückenangebote. Rund 6.6 Mio. Fr. stammen von der Volksschule (LG 7200; Beiträge an 10. Schuljahr, Werkjahr und Integrationskurse) und ab 2008 sind noch Beiträge von 1.5 Mio. Fr. für die Hauswirtschaftlichen Jahreskurse der Leistungsgruppe 7305 diesem Projekt zuzurechnen. Die Summe aller Aufwände in der KEF-Periode für die Brückenangebote beträgt somit insgesamt 65.4 Mio. Fr. Im Projektblatt 140 wird diese Gesamtsumme ausgewiesen.

## 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

### 4.4.1 Übersicht

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Saldi der Erfolgsrechnung sowie diejenigen der Investitionsrechnung in der Zeitspanne der KEF08-Planung:

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>a) Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	1'229.3	1'228.6	1'487.4	1'498.5	1'508.3	1'521.0
Aufwand	-3'207.7	-3'347.3	-3'713.9	-3'821.6	-3'884.0	-3'961.8
Saldo	-1'978.4	-2'118.8	-2'226.5	-2'322.9	-2'375.8	-2'440.8
<b>b) Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	20.8	10.5	10.2	9.5	10.9	11.1
Ausgaben	-144.0	-185.6	-197.5	-201.5	-248.7	-315.4
Nettoinvestitionen	-123.2	-175.1	-187.3	-192.0	-237.8	-304.3

#### a) Erfolgsrechnung:

Die Zunahme des Finanzbedarfes im KEF08 ist einerseits auf die veränderte Vorgabe gegenüber dem KEF07 betreffend Stufenerhöhung, Teuerungszulage und Beförderung zurückzuführen. Andererseits belastet der Neue Finanzausgleich NFA und die Umsetzung der Volksschulreform die Erfolgsrechnung ab 2008 zusätzlich. Erhöhte Einnahmen werden auf der anderen Seite u.a. mit dem nBBG erwartet (Detaillierte Angaben siehe Kapitel 4.4.2).

**b) Investitionsrechnung:**

Ein höherer Investitionsbedarf wird v.a. ab 2010 geplant, indem Bauvorhaben beim Toniareal, bei der Sihlpost, der Kantonsschule Uster, des Hochhausstraktes an der Plattenstrasse 11 (Universität), der Allgemeinen Berufsschule Zürich (Kornhausareal), sowie der 5. Bauetappe der Uni-Irchel in etwa zeitgleich begonnen werden.

**4.4.2 Veränderungen mit Begründungen**

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Bildungsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits, sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen):

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)		Veränderungen zu B 2007 (%)	
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	258.8	275.3	+21.1%	+22.4%
Aufwand	-366.5	-498.0	-11.0%	-14.9%
Saldo	-107.8	-222.7	-5.1%	-10.5%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-1.0	-0.1	-3.3%	-0.9%
Ausgaben	-8.7	-55.1	-6.4%	-29.7%
Nettoinvestitionen	-9.7	-55.2	-6.9%	-31.5%

**A) Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****a) Erfolgsrechnung:**

Der Ertrag erhöht sich um 258.8 Mio. Franken oder 21.1%. Wichtigste Ursachen:

- +157.0 Mio.: Höherer Ertrag durch Weiterverrechnung an die Gemeinden von Personalaufwand im Volksschulbereich (siehe dazu Kommentar in der nachfolgenden Rubrik "Aufwand"). Dieser zusätzliche Ertrag ist einerseits die Folge der Kantonalisierung der Kindergärten mit rund 1350 KindergärtnerInnen sowie der Einführung von Schulleitungen und Blockzeiten als Folge der Umsetzung des Volksschulgesetzes. Andererseits entstehen der Bildungsdirektion im Personalbereich zusätzlich zu den geplanten Stufenerhöhung, Beförderungen und Teuerungszulagen Mehrkosten, die im Volksschulbereich ebenfalls zu rund zwei Dritteln den Gemeinden weiter belastet werden.
- +36.3 Mio.: Interne Verrechnungen, z.T. infolge Umstellungen in der Kostenrechnung bei den Berufsfachschulen. Diese Umstellung ist mit entsprechend buchungstechnisch-bedingtem Aufwand in gleichem Umfang kostenneutral.
- +29.4 Mio.: Es werden u.a. im Rahmen der neuen Finanzierung der Berufsbildung mehr Bundesbeiträge erwartet, davon 15.0 Mio. bei der LG 7303 Berufsfachschulen und 11.0 Mio. bei der LG 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Fachschulen.
- +18.3 Mio.: Erhöhung der saldoneutralen Beiträge von Bund und Kanton (Durchlaufsposten).
- +11.5 Mio.: Höhere Einnahmen von den Kantonen (+6.0 Mio. bei der LG 7303 Berufsfachschulen infolge höherem Beitragsansatz für ausserkantonale Schüler) und den Gemeinden (+5.2 Mio. bei der LG 7501 Jugend und Familienhilfe).
- +6.3 Mio.: Diverses (u.a. Rückerstattungen, Uebrige Dienstleistungen).



Der Aufwand erhöht sich um 366.5 Mio. Franken oder 11.0%. Wichtigste Ursachen:

- - 195.8 Mio.: Höherer Personalaufwand brutto, der in dieser Grössenordnung (-191.0 Mio.) bei den Volksschulen durch die Integration der Kindergärten sowie der Einführung der Schulleitungen und Blockzeiten entstehen wird (siehe auch Bemerkung unter Ertrag). Ebenso höherer Aufwand infolge geplanter Stufenerhöhungen, Beförderungen und Teuerungszulagen. Weniger Personalaufwand von 6.9 Mio. bei den Schulen im Gesundheitswesen infolge schrittweiser Schliessung von Schulen im Rahmen der Zentralisierung und des Projektes ReBeGe.
- -107.9 Mio.: Erhöhung der eigenen Beiträge, wovon:
  - (-64.1 Mio.): Erhöhung infolge Neuregelung der Staatsbeiträge in den Leistungsgruppen 7200/7501 (Sonderschulheime, Brückenangebote, Kinder-/Jugendheime).
  - (-28.6 Mio.): höherer Staatsbeitrag an die Universität.
  - (-12.0 Mio.): an die Zürcher Fachhochschule und -1.1 Mio. an die ausserkant. Fachhochschulen.
  - (-10.7 Mio.): an die Nichtstaatlichen Berufsfachschulen.
  - (+ 6.6 Mio.): Die Schulen im Gesundheitswesen reduzieren die Beiträge infolge Schliessung von Schulen in Spitälern und Aufbau der kantonseigenen Schule ZAG Winterthur.
  - (+ 2.0 Mio.): Diverse (Abbau).
- - 36.9 Mio.: Saldoneutrale Erhöhung von internen Verrechnungen (u.a. als Folge der Umstellung in der Kostenrechnung der Berufsfachschulen).
- - 18.4 Mio.: Erhöhung saldoneutrale Durchlaufsposten.
- - 7.5 Mio.: Diverses.

Zu Buche schlagen die Auswirkungen der NFA mit saldomässigen Mehrbelastungen gegenüber dem Budget 07 von 101.8 Mio. in der laufenden Rechnung für die Sonderschulheime, Schulen und die Verwaltung, und 7.64 Mio. in der Investitionsrechnung. Bei den Ausbildungsstätten für Fachpersonal Sozialberufe (Fachhochschulbereich) und durch die Integration der GSK-Berufe im Bereich der Schulen im Gesundheitswesen fallen weitere geschätzte Aufwände von insgesamt 4.8 Mio. an. Der von den Gemeinden zu bezahlende NFA-Anteil für die Sonderschulen und Sonderschulheime beträgt 48.7 Mio. Fr.

#### **b) Investitionsrechnung:**

- -12.2 Mio.: Die Nettoinvestitionen erhöhen sich 2008 um -12.2 Mio. Franken oder 6.9%, was u.a. auf eine aktualisierte Terminplanung zurückzuführen ist.

### **B) Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr**

#### **a) Erfolgsrechnung:**

Der Ertrag erhöht sich um 275.3 Mio. Fr. oder 22.4 %. Wichtigste Ursachen:

- +172.9 Mio. : Höhere Rückerstattungen der Gemeinden für den Personalaufwand von Lehrkräften (siehe auch Begründung der Veränderung zum Budgetentwurf).
- + 49.3 Mio.: Die Beiträge vom Bund steigen um durchschnittlich 35.8 Mio., diejenigen der Kantone und Gemeinden um je 6.8 Mio.
- + 47.2 Mio. : Saldoneutrale Erhöhung von internen Verrechnungen und Durchlaufsposten.
- + 5.9 Mio.: Diverses.

Der Aufwand erhöht sich durchschnittlich um 498.0 Mio. oder 14.9 % über das Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

- -235.5 Mio.: Mehrkosten im Personalbereich infolge der in Kapitel 1 erwähnten Veränderungen in der Besoldung sowie infolge der Kantonalisierung der Kindergärten ab 2008 sowie der Einführung der Schulleitungen und Blockzeiten. Rund 2/3 der Besoldungs- und Sozialkosten im Volksschulbe-



reich werden den Gemeinden weiterverrechnet (siehe unter Rubrik Ertrag).

- -197.5 Mio.: Erhöhung der eigenen Beiträge, wovon 59.1 Mio. höherer Staatsbeitrag an die Universität, 34.5 Mio. an die Fachhochschule, 4.4 Mio. an die Ausserkant. Fachhochschule, 75.8 Mio. an die Sonderschul- und Sonderschulheime, 26.4 Mio. an Ausserkant. Berufsfachschulen, jedoch weniger Beiträge an Schulen im Gesundheitswesen (+6.8 Mio.) infolge Schliessung einzelner Schulen.
- -53.1 Mio.: Höhere interne Verrechnungen und Durchlaufsposten.
- -11.9 Mio.: Diverses.

### **b) Investitionsrechnung:**

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Bildungsdirektion durchschnittlich 55.2 Mio. oder 31.5% mehr als im Jahr 2007. Wichtigste Ursachen:

Eine Reihe von Neu- und Umbauten mit hohem Investitionsvolumen belasten die KEF-Jahre sowie auch die folgenden Jahre zusätzlich zum Voranschlagsjahr 2007. Dazu zählen der Neu/Umbau der Kantonschule Uster, die Allgemeine Berufsschule Areal Kornhausbrücke, die 5. Bauetappe Uni Irchel, der geplante Bezug des Toniareals und der Sihlpost, etc. Andererseits werden grössere Bauvolumen in den KEF-Jahren beendet, wie die KS Rychenberg, die Technische Berufsschule Zürich, die Kleintierklinik, der Umbau Y36 im Irchel sowie die Stockwerksanierung der 2. Bauetappe im Irchel.





## **5. Leistungsgruppen**

**7000    Bildungsverwaltung**

**7100    Lehrmittelverlag**

**7200    Volksschulen**

**7301    Mittelschulen**

**7302    Schulen im Gesundheitswesen**

**7303    Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen**

**7305    Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse**

**7401    Universität (Beiträge und Liegenschaften)**

**7402    Sonstige universitäre Leistungen**

**7406    Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)**

**7407    Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen**

**7501    Jugend- und Familienhilfe**

**7502    Berufs- und Studienberatung**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	11.4	9.5	0.3	10.2	0.4	10.2	0.3	10.5	10.2	-10.6
Aufwand	-78.3	-87.3	-2.0	-87.3	-4.0	-89.3	-5.5	-89.9	-88.7	13.3
Saldo	-66.9	-77.7	-1.6	-77.1	-3.6	-79.1	-5.2	-79.3	-78.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.1	-1.4	-0.4	-1.7	-0.4	-0.9	-0.2	-0.8	-0.9	-0.9
Nettoinvestitionen	-0.1	-1.4	-0.4	-1.7	-0.4	-0.9	-0.2	-0.8	-0.9	-0.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	264.0	294.0	12.9	312.9	22.8	320.8	28.8	323.8	321.9	

**Aufgaben**

- A1 Die Bildungsverwaltung umfasst das Generalsekretariat und die Aemter der Bildungsdirektion: Hochschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt, Amt für Jugend und Berufsberatung. Der Lehrmittelverlag wird als separate Leistungsgruppe geführt. Folgende Aufgaben obliegen der Bildungsverwaltung:
- A2 Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A3 erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen zhd. Regierungs- und Kantonsrat.
- A4 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A5 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A6 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Volksschulreform (siehe auch LG 7200)	05-12	1
E2 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (siehe auch LG 7303 7305)	04-07	4
E3 Neues Fachhochschulgesetz	04-07	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.-9. Klasse) in %		5.4	5.3	5.5	5.5	5.5	5.5
<b>Leistungen</b>							
L1 Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten		5	6	6	6	6	6
L2 Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen		3	3	5	5	4	4
L3 Anzahl Leistungsgruppen (inkl. 9600/9710/9720/9740)		16	16	18	18	18	18
L4 Anzahl strategische Projekte		16	14	13	14	14	14
L5 Beschäftigungsumfang administrierte MitarbeiterInnen (BU)		10668	11'025	12'699	12'699	12'686	12'630
L6 Anzahl Erlasse in Bearbeitung		6	12	7	5	4	4
L7 Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)		236/215	195/195	230/230	200/220	200/220	200/220
L8 Anzahl parlamentarische Vorstösse (eingegangen/erledigt)		55/54	45/45	35/35	35/35	45/45	50/50
L9 Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung		94	85	95	90	90	85
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %, Ziel <2.5%		2.26	2.49	2.40	2.43	2.41	2.32

Leistungsgruppe 7000	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-77.109
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.675

Budget	Leistungsgruppe 7000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen****Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Leistungsgruppe Bildungsverwaltung wird ihre Aufgabenschwerpunkte auf die optimale Umsetzung folgender Vorhaben setzen:
- Verschiedene Massnahmen und Projekte im Bereich der Volksschulreform,
- Neuregelung des Sonderschulwesens,
- Einführung von Schulleitungen,
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen,
- Kantonalisierung der Kindergärten,
- Kantonalisierung von drei privaten Teilschulen und Zusammenführung von sieben Teilschulen bei den Zürcher Fachhochschulen.

**Indikatoren**

- W1: Anteil der PrivatschülerInnen am Total der Lernenden in der obligatorischen Schulzeit (Volksschule und 7.-9. Schuljahr Mittelschulen). Diese Quote zeigt einerseits, wie das Bildungswesen gesellschaftlichen Erwartungen - besonders den Anforderungen sozial gut gestellter Familien - entspricht. Die Quote ist auch eine Masszahl für Leistungserbringung: Der komplementäre Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern wird öffentlich beschult.
- L5: Die Bildungsverwaltung administriert die Besoldungen aller Lehrpersonen. Die ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen beinhalten ausser den Lehrpersonen ebenso alle Angestellten in der Administration, im Lehrmittelverlag und in den Jugendsekretariaten. Nicht eingeschlossen sind darin das Personal der Universität, der drei Fachhochschulen, d.h. der Zürcher Fachhochschule, sowie die Angestellten weiterer staatlich selbständiger Institutionen (z.B. Zentralbibliothek, etc.). Ebenso nicht enthalten darin sind Lehrlinge, Praktikanten und Hilfspersonal. Die Werte betreffen die pro Jahr durchschnittliche besoldete Beschäftigungsdauer der einzelnen Angestellten. Die Werte von 2006 betragen rund 40 Beschäftigte mehr als ausgewiesen (Schulen im Gesundheitswesen).

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Leichte Abnahme des Saldos der Erfolgsrechnung von 0.6 Mio gegenüber dem Budget 07; dies unter Berücksichtigung und Umsetzung der Einsparmassnahmen von E08 im Betrag von 3.4 Mio.
- Der Anstieg gegenüber der Rechnung 2006 ist zurückzuführen auf höhere Besoldungskosten u.a. als Folge der Umsetzung des Volksschulgesetzes. Betroffen ist v.a. der Personalaufwand in der Verwaltung mit rund 8.6 Mio. höheren Kosten für fast 50 zusätzliche Vollzeitstellen. Neben der erst im Frühjahr 2007 beschlossenen Stufenerhöhung und Teuerungszulage/Beförderung für rund 300 Personen in der Bildungsverwaltung belasten folgende Veränderungen gegenüber 2006 die Rechnung durch die neu geschaffenen Stellen:
- Erhöhter Leitungs- und Administrationsbedarf für die Volks-, Sonderschulen und Sonderschulheime sowie Kindergärten (u.a. infolge NFA).
- Aufbau der Fachstelle Schulbeurteilung
- Mehraufwand für Lehrmittel und Weiterbildungskosten der Lehrkräfte (u.a. auch für das neue Fach Religion und Kultur).

**Investitionsrechnung**

- Zentrale Dienste AJB:
- Die Einführung von Lotus Notes als Mailsystem bei den Bezirksjugendsekretariaten, die Hardware-Zentralisierung (Server / Rechenzentrum) sowie die Installation einer Verschlüsselungstechnik (PKI) führen 2008 zu einem höheren Investitionsbedarf (2008: -0.4 Mio.).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Zentrale Dienste VSA: Zunahme von 16.2 Stellen bzw. Vollzeitäquivalente (VZÄ)
- Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA, 9.0 zusätzliche Stellen), Neugestaltung des 9. Schuljahres (0.5 zusätzliche Stellen), restliche 6.7 Mehrstellen: Ausschöpfung des bestehenden Stellenplans sowie Stellenplanergänzungen im Rahmen der Umsetzung VSG.
- Zentrale Dienste AJB: Zuwachs von 2 Beschäftigten durch den Zusammenzug des JS-Informatiksupports beim LKC Informatik AJB (+ 2 VZÄ von LG 7501). Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Schulsozialarbeit (siehe LG 7501) ist im Backofficebereich (Personaladministration / Informatik) mit zusätzlichem Personalaufwand zu rechnen (-0.4 Mio.).
- Fachstelle für Schulbeurteilung: Im Sommer 2008 letzter Ausbauschritt zum Vollbetrieb. Durchschnittlicher Personalbestand 2008 26.6 Stellen (ab Sommer 2008 rund 30 VZÄ gemäss Stellenplan).

**Indikatoren**

- L5: Erhöhung der administrierten Lohnbezüge ab 2008 v.a. infolge Kantonalisierung der KindergärtnerInnen (1300 Lehrpersonen sowie weitere 53 Stellen für zusätzliche Vikariate). Weitere rund 84 Stellen durch die Einführung von Blockzeiten und die restlichen Veränderungen von 163 Stellen insbesondere für die Einführung von Schulleitungen.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren****Erfolgsrechnung**

- Im VSA weiterhin steigende Personalkosten 2009 um 1.1 Mio.: Davon 0.5 Mio. Mehrkosten für Weiterbildung der Lehrkräfte (v.a. für Umsetzung VSG) sowie 0.6 Mio. für höhere Besoldungen / Sozialleistungen (Start des Aufbaus des Bereiches Schulpsychologischer Dienst). Tiefere Sachkosten (+1.1 Mio.): weniger Aufwand v.a. für Lehrmittel (+ 0.5 Mio.) und Dienstleistungen Dritter (+ 0.6 Mio.).
- Ab 2010 werden die höheren Personalkosten infolge des weiteren Ausbaus des Bereiches Schulpsychologischer Dienst (+6 Stellen) durch rückläufige Kosten für die Weiterbildung der Lehrkräfte kompensiert (Umsetzung VSG).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Zentrale Dienste VSA:
- siehe Bemerkungen unter Erfolgsrechnung. Die Anzahl Beschäftigten erhöht sich durch die in den Aufgabenschwerpunkten aufgeführten Vorhaben, was sich auch auf den Finanzbedarf niederschlägt.

**Indikatoren**

- Zu L7: Ab 2009 Wegfall von Rekursen innerhalb der Bildungsverwaltung, da Verschiebung von Rekursen im Volksschulbereich zum Bezirksrat. Wegfall der Vollzeitäquivalente in der Gehörlosenschule infolge Ueberführung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ab 2009.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr****Erfolgsrechnung**

- Die Umsetzung aller Entwicklungsschwerpunkte der Bildungsverwaltung führt im 2008 zu einem um rund 13 Stellen höheren Personalbedarf als im KEF07 angenommen. Der Saldo der Erfolgsrechnung erhöht sich zusätzlich auch infolge der Massnahmen im Lohnbereich um 1.6 Mio. Fr.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	22.1	22.9	0.4	23.9	0.3	23.8	0.1	23.8	23.7	7.2
Aufwand	-18.7	-19.6	-0.1	-20.2	-0.0	-20.1	0.3	-20.1	-20.5	9.7
Saldo	3.4	3.3	0.3	3.7	0.3	3.7	0.4	3.8	3.2	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	24.0	25.0	-0.2	24.8	-0.2	24.8	-0.2	24.8	24.8	

**Aufgaben**

- A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, welche einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) und für andere Bildungsbereiche (Mehrleistung).
- A2 Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.
- A3 Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Mittelstufe	2008	3
E2 Lehrmittelentwicklung und -produktion Mensch und Umwelt für die Mittelstufe	2008	3
E3 Lehrmittelentwicklung und -produktion Deutsch für die Mittelstufe	2010	3
E4 Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Oberstufe	2010	2
E5 Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Oberstufe	2011	3
E6 Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Oberstufe	2013	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit der Lehrkräfte in Bezug auf die Lehrmittel: Anteil positiver Synodalgutachten	P	66%	80%	75%	75%	75%	75%
W2 Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	P	99%	n.q.	96%	n.q.	96%	n.q.
W3 Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	P	99%	n.q.	97%	n.q.	97%	n.q.
W4 Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale	P	72%	74%	73%	73%	74%	74%
W5 Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung	P	63%	65%	64%	64%	65%	65%

**Leistungen**

L1 Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung)	P	10.1 Mio.	10.8 Mio.	11.0 Mio.	11.0 Mio.	11.0 Mio.	10.9 Mio
L2 Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen und Dritten (Mehrleistung)	P	11.7 Mio.	11.9 Mio.	12.9 Mio.	12.8 Mio.	12.8 Mio.	12.8 Mio.

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Lehrmittelpreise pro Schüler der Volksschule 2007	Preis LMV ZH	übrige Verlage	Differenz				
B2	CHF	CHF	CHF				
B3 - Mathematik	216	353	63				
B4 - Deutsch	164	237	44				
B5 - Französisch	88	137	56				
B6 - Englisch	59	161	171				

**Leistungsgruppe 7100 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	3.691
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

**Budget Leistungsgruppe 7100**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Gemäss Auftrag an den Lehrmittelverlag sollen der Kanton und die Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise entlastet werden. Es ist daher nicht das primäre Ziel des Lehrmittelverlages, den Gewinn zu optimieren, sondern möglichst kostengünstige Lehrwerke im Markt anzubieten. Deshalb wurden seit 2003 auch keine generellen Preiserhöhungen vorgenommen, da sich der Gewinnsaldo in Relation zum Umsatz auf einem hohen Niveau bewegt.
- Die unter den Entwicklungsschwerpunkten aufgeführten Lehrwerke werden in enger Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ) entwickelt und teilweise in enger Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Verlagen produziert. Damit soll ein möglichst hoher Koordinationsgrad erreicht und die Zielsetzungen des interkantonalen Harmonisierungsprozesses im Bildungswesen unterstützt werden.

**Indikatoren**

- zu W1: Die vom Bildungsrat bestimmten obligatorischen und zugelassenen Lehrmittel werden von der Schulsynode nach deren Erscheinen begutachtet.
- zu W2 und W3: Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im 2-Jahres-Turnus durchgeführt. Die Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel bezieht sich auf die grafische Gestaltung, Ausstattung und Robustheit. Die konzeptionelle und inhaltliche Qualität der obligatorischen und zugelassenen Lehrmittel liegt in der Kompetenz des Bildungsrates bzw. der Kantonalen Lehrmittelkommission.
- zu B1: Der Benchmark basiert auf den aktuellen Katalogpreisen und stellt die Produkte des Lehrmittelverlages vergleichbaren Lehrwerken anderer Anbieter gegenüber, die in Schweizer Volksschulen eingesetzt werden.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Rahmen des Entlastungsprogrammes 08 wurde der Saldo (Gewinnablieferung) des Budgets 2008 gegenüber dem Vorjahresbudget um Fr. 0.3 Mio erhöht. Diese Gewinnerhöhung soll vor allem durch Umsatzsteigerungen im ausserkantonalen Marktsegment erzielt werden.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Es ist keine Veränderung des Beschäftigungsumfanges geplant.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aufgrund der Entwicklung der Anzahl Lernenden ist mittelfristig mit stagnierenden oder sinkenden Umsätzen zu rechnen. Aus diesem Grund ist für das Planjahr 2011 ein tieferer Gewinnsaldo budgetiert.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Zur Zeit sind keine Änderungen des Beschäftigungsumfanges in der Planungsperiode vorgesehen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aus den Massnahmen des Entlastungsprogrammes 08 ergeben sich für die Jahre 2008 bis 2010 leicht höhere Gewinnsaldi als im KEF Vorjahr eingestellt.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	619.7	619.4	34.4	777.2	22.0	790.7	8.6	798.9	807.9	30.4
- Rückerstattungen von Gemeinden	614.2	614.4	33.1	771.4	19.9	784.1	6.6	792.4	801.3	
Aufwand	-1,010.0	-1,025.4	-48.2	-1,278.8	-44.7	-1,311.6	-27.1	-1,328.0	-1,343.0	33.0
- Personalaufwand	-917.8	-923.9	-29.3	-1,114.9	-20.9	-1,144.6	-1.4	-1,156.9	-1,169.9	
Saldo	-390.3	-406.0	-13.8	-501.6	-22.8	-520.9	-18.5	-529.1	-535.1	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-8.0	-12.9	-7.7	-27.2	-7.4	-28.9	-6.1	-27.6	-27.2	-22.0
Nettoinvestitionen	-8.0	-12.9	-7.7	-27.2	-7.4	-28.9	-6.1	-27.6	-27.2	-22.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	6,873.0	6,985.0	77.0	8,585.0	-21.0	8,629.0	-17.0	8,608.0	8,571.0	

**Aufgaben**

- A1 Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen.
- A2 Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen.
- A3 Förderung des Urteilsvermögens.
- A4 Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005.	2011	1
E2 Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache.	2008	3
E3 Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzug des Bundes aus der Sonderschulung (NFA).	2008	1
E4 Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe.	2009	1
E5 Inhaltliche/organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schüler/innen.	2009	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R06 stammt aus der Studie 2003		-4	-	>=CH-D.	-	-	-
W2 PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R06 stammt aus der Studie 2003		-1	-	>=CH-D.	-	-	-
W3 Lernstandserhebung 3. Primar Deutsch (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R06 stammt aus der Studie 2001		90%	>=90%	>=90%	-	-	-
W4 Lernstandserhebung 3. Primar Mathematik (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R06 stammt aus der Studie 2001		94%	>=94%	>=94%	-	-	-
W5 Lernstandserhebung 3. Primar Schulzufriedenheit (Werte 1 - 4, 4 = bester Wert), der Wert in Spalte R06 stammt aus der Studie 2001		3.3	>=3.3	>=3.3	-	-	-
W6 Regelverlaufsquote Primarschule in %		86.2	84.0	86.6	86.7	86.8	86.9
W7 Keine Anschlusslösung nach Volksschule inklusive 10. Schuljahr in %		7.5	8.8	7.4	7.3	7.3	7.3
<b>Leistungen</b>							
L1 am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen		76	76	76	76	76	76
L2 durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe		-	-	17.7	18.0	18.4	18.8
L3 durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe		21.0	21.0	21.0	21.0	21.0	21.0
L4 durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe		18.6	18.6	18.7	18.7	18.7	18.7
L5 Anzahl Volksschüler/innen		107'148	106'585	130'060	129'810	129'560	129'325
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Bruttoaufwand pro Volksschüler/in in Fr. (ohne Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)		9'426	9'620	9'832	10'104	10'250	10'384
B2 Nettoaufwand (Saldo) pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)		3'643	3'809	3'857	4'013	4'084	4'138

Leistungsgruppe 7200 Budgetentwurf 2008	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-501.600
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-27.181

Budget Leistungsgruppe 7200	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes, dem das Volk am 5. Juni 2005 zugestimmt hat, ist eine der zentralen Aufgaben in der Planungsperiode 2008-2011. Daneben kommt der Neuregelung des Sonderschulwesens in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht grosse Bedeutung zu. Diese Neuregelung ist notwendig, weil sich der Bund im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vollständig aus der Steuerung und Mitfinanzierung der Sonderschulung zurückzieht und die Verantwortung den Kantonen überträgt. Diese NFA-bedingten Mehrkosten, die ab 2008 zu einem markanten Saldoanstieg in der Erfolgsrechnung führen, sind nach heutigem Wissensstand im KEF abgebildet. Aufgrund der Komplexität der Sachverhalte ist aber damit zu rechnen, dass in den Folgejahren noch Anpassungen bei den Belastungen notwendig werden könnten.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Vergleich zum Vorjahr zeigt der Saldo des Bereiches Volksschulen mit einer Zunahme von 96 Mio. oder 24 % einen markanten Anstieg. Davon entfallen allein 77 Mio. auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen (bekanntlich zieht sich der Bund im Rahmen der NFA per 1.1.2008 aus der Mitfinanzierung des Sonderschulwesens zurück und überträgt die entsprechenden Lasten auf die Kantone bzw. die Gemeinden). Im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes fallen planmässige Mehrkosten von rund 11 Mio. an (Einführung von Blockzeiten, Einsetzung von Schulleitungen etc.). Weiter führt die Umsetzung der Vorgaben gemäss Budgetrichtlinien bei den Volksschullehrpersonen zu einem Anstieg der Personalkosten von rund 8 Mio. Die restlichen Mehrkosten (insbesondere die zusätzlichen Leistungen an die Schulpsychologischen Dienste der Gemeinden im Rahmen der Neuregelung des Sonderschulwesens) werden durch ergebnisverbessernde Faktoren gerade etwa kompensiert (unter anderem durch die Übertragung der Mittel für die Brückenangebote an das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (LG 7303).

**Investitionsrechnung**

- Ähnlich wie bei der Erfolgsrechnung ist auch bei der Investitionsrechnung u.a. die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) im wesentlichen für den Anstieg des Saldos (-14.3 Mio.) verantwortlich.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Personalstellenanstieg von rund 1600 Stellen ist insbesondere eine Folge der Kantonalisierung der Kindergärten (+ 1300 Lehrpersonen sowie weitere 53 Stellen für Vikariate). Weitere rund 84 Stellen ergeben sich aus der Einführung von Blockzeiten. Der restliche Anstieg (+163 Stellen) ist insbesondere auf die Einführung von Schulleitungen zurückzuführen. Dabei handelt es sich teils um kommunale Schulleitungen, die zu 100% an die Gemeinden weiterverrechnet werden und dadurch für den Kanton saldoneutral sind.

**Indikatoren**

- W1 und W2: Die im Jahr 2006 eingetragenen Werte stammen aus der PISA-Studie 2003 und sind hier bloss als Ausgangswerte dargestellt. Die nächsten Ergebnisse werden im Jahr 2008 vorliegen. Angestrebt wird mindestens der Durchschnittswert der Schweiz.
- W3 - W5: Die Daten der Lernstandserhebung 2006 werden im Jahre 2008 vorliegen. Angestrebt wird eine mindestens gleich hohe Lernzielerreichung bzw. Schulzufriedenheit wie bei der Zürcher Lernstandserhebung des Jahres 2001.
- W6: Anteil der Lernenden, welche die Primarschule (1. - 6. Regelklasse) regulär durchlaufen. Abweichungen vom regulären Klassenwechsel sind beispielsweise: Repetition, Zuteilung in Sonderklasse, Abgang in Heim- bzw. Sonderschule, Übertritt in Privatschule. Diese Quote ist ein Mass für die Integrationsfähigkeit der Regelklasse.
- W7: Anteil der Schulabgänger/innen aus dem 9. Schuljahr Volksschule bzw. aus dem 10. Schuljahr, die zum Zeitpunkt des Schulaustritts keine weiterführende Schullösung oder einen Lehrberuf in Aussicht haben. Diese Quote ist einerseits ein Mass für die Vermittelbarkeit von Schulabgängern sowie für die Funktionalität des Schulsystems, andererseits aber auch ein Indikator für die von der Wirtschaft bereitgestellten Lehrstellen. Eine fehlende Anschlusslösung verursacht gegebenenfalls erhebliche soziale Kosten; auf jeden Fall werden persönliche Entwicklungen von jungen Menschen erheblich gefährdet.
- L2: Im Zusammenhang mit der Kantonalisierung des Kindergartens wird - analog der Primar- und Sekundarstufe - neu auch ein Indikator "durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe" geführt.
- L5: Der Kontinuitätssprung der Kenngrösse "Anzahl Schüler/innen" im Budgetjahr 2008 ist auf den erstmaligen Einbezug der 23'440 Kinder des Kindergartens zurückzuführen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Nach dem starken Saldoanstieg im Jahr 2008 (-96 Mio., Kommentar siehe Rubrik Budget) wächst der Saldo in den Folgejahren vergleichsweise moderater (2009 -19 Mio., 2010 -8 Mio., 2011 -6 Mio.). Im Jahre 2009 wirken sich noch die im Rahmen der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes auf das Schuljahr 2008/09 neu eingesetzten Schulleitungen saldoerhöhend aus. Weiter führt das in den Jahren 2008 bzw. 2009 deutlich angestiegene jährliche Investitionsniveau (insbesondere eine Folge der NFA und der Übertragung des Zentrums für Gehör und Sprache) in den Jahren 2009 - 2011 zu wesentlich höheren kalkulatorischen Kosten (2009: -3 Mio.; 2010: -3 Mio.; 2011: -2 Mio.). Für die restliche Saldoveränderung sind die Personalkostensteigerungen gemäss Budgetrichtlinien, die leicht rückläufigen Schülerzahlen sowie die Rotationsgewinne verantwortlich.

**Investitionsrechnung**

- Nach dem Kontinuitätssprung im Jahre 2008 aufgrund der NFA stabilisieren sich die Investitionsausgaben in den nachfolgenden Planjahren auf höherem Niveau.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Im Jahre 2009 steigt die Stellenzahl infolge der Schulleitungen noch leicht an. Ab 2010 ist ein leichter Rückgang der Stellen zu verzeichnen, insbesondere eine Folge der leicht rückläufigen Schülerzahlen sowie der abnehmenden Anzahl Vikariate für VSG-Umsetzungsaktivitäten.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Saldi der Jahre 2008-2010 liegen zwischen 14 und 23 Mio. über den Vergleichswerten des Vorjahres-KEF. Gründe: Aufgrund einer aktualisierten Beurteilung fallen im Rahmen der NFA höhere Belastungen für den Kanton an (im letztjährigen KEF wurde explizit auf noch bestehende Unsicherheiten hingewiesen). Weitere Mehrkosten ergeben sich daraus, dass im Zusammenhang mit der Neuregelung des Sonderschulwesens neu ein Beitrag an die Schulpsychologischen Dienste der Gemeinden vorgesehen ist. Schliesslich hat die Übertragung des Zentrums für Gehör und Sprache (ZGSZ) vom Amt für Jugend und Berufsberatung auf den Bereich Volksschulen Mehrkosten zur Folge.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	44.5	42.3	0.5	47.1	10.2	54.0	-1.7	48.5	45.6	2.6
Aufwand	-342.4	-357.6	-4.0	-363.0	-8.2	-368.9	-1.4	-375.2	-386.4	12.8
- Personalaufwand	-277.2	-282.8	-2.8	-287.7	-7.2	-293.6	-3.8	-298.7	-303.5	
Saldo	-298.0	-315.2	-3.5	-315.9	2.0	-314.9	-3.1	-326.8	-340.8	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen	1.1						0.4	0.4	0.6	0.4
Ausgaben	-26.2	-32.5	10.2	-31.6	9.1	-49.6	-19.0	-79.1	-81.9	-50.2
Nettoinvestitionen	-25.1	-32.5	10.2	-31.6	9.1	-49.6	-18.6	-78.7	-81.3	-49.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,687.0	1,752.0	3.0	1,770.0	32.0	1,795.0	45.0	1,800.0	1,785.0	

## Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement.  
A2 Ausbildung an der Fachmittelschule FMS oder Diplommittelschule DMS.  
A3 Ausbildung an der 'Handelsmittelschule plus' oder an der Informatikmittelschule.  
A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich.  
A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses und der Prüfung für die 'Passerelle'.

## Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einführung der zweisprachigen Maturitätsausbildung (Deutsch-Englisch, Projekt), verlängerte Projektdauer.	2009	1
E2 Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (Projekt ZAP).	2009	5
E3 Selbstorganisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen (Projekt SOL)	2011	3

## Indikatoren

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher zufrieden'	min.	n.q.	85%	n.q.	n.q.	85%	n.q.
W2 Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher gut'	min.	n.q.	75%	n.q.	n.q.	75%	n.q.
W3 Maturitätsquote im 10. Schuljahr in %		20.2	20.8	20.6	20.7	20.8	20.9
<b>Leistungen</b>							
L1 Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor		1.95	1.95	1.95	1.95	1.95	1.95
L2 Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Kontrakten finanziert werden		14'829	14'980	15'090	15'320	15'335	15'225
L3 Anzahl Lernende in Mittelschulen		14'467	14'770	14'935	15'110	15'120	15'005
L4 Davon Lernende in den Informatikmittelschul-Klassen		127	180	180	180	180	180
L5 Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur		122	165	200	220	240	240
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.		20'093	21'044	20'935	20'556	21'309	22'381

## Leistungsgruppe 7301 Budgetentwurf 2008

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-315.906
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-31.608
Kredite mit Sperrvermerk (§ 28 Abs. 2 FHG), VA08:	
KS Wiedikon, Sanierung 3.OG (Gesamtkredit - 3.5 Mio)	-1.5
KS Zürcher Unterland, (Gesamtkredit - 4.0 Mio)	-1.0
KS Limmattal, Landübertragung Parz. 4448 (Alt 4014)	-3.92

## Budget Leistungsgruppe 7301

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Zu A2: Die Fachmittelschule ersetzt ab 2007 sukzessive die Diplommittelschule.
- Zu A5: Die Passerelle ist ein einjähriger Vorbereitungskurs für Schülerinnen und Schüler mit sehr gutem Berufsmaturitätszeugnis. Nach erfolgreichem Bestehen der Schlussprüfung ist ein Eintritt in alle Hochschulen der Schweiz möglich.

**Indikatoren**

- Zu W1 und W2: Der Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss wird mit einer Befragung ermittelt, welche aus Spargründen nicht alle Jahre durchgeführt wird. Die 6-teilige Antwortskala reicht von 'sehr unzufrieden' bis 'sehr zufrieden'. Es ist mittelfristig geplant, diese Befragung zu ersetzen (Projekt Benchmarking Sek. II).
- Zu W3: Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülern und Maturitätsschülerinnen im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
- Zu L1: Lektionenfaktor 1.95 bedeutet, dass der Schule pro Schüler/Schülerin und Schuljahr 1.95 Lektionen pro Woche zu Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsrelevanten Aufwände finanziert werden, inklusive Projektwochen, Maturitätsarbeit etc.
- Zu L2 und L3: Die Schülerzahlen, welche in den Kontrakten für die Finanzierung mittels der Schülerpauschale eingesetzt werden, sind gegenüber den Stichtagswerten der Bildungsstatistik leicht erhöht, da sie den erst Ende September austretenden Maturjahrgang pro rata berücksichtigen.
- Zu L2: Anzahl Schüler und Schülerinnen nach Schultypus für 2008: Gymnasium: 13'940, Fach-/Diplommittelschulen: 626, Handels-/Informatikmittelschulen: 524.
- Zu L5: Mit der Verlängerung der Projektphase haben 2007 drei weitere Schulen mit dem zweisprachigen Ausbildungsgang begonnen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Für die Verbesserung der laufenden Rechnung wurden ab 2004 folgende Massnahmen umgesetzt:
- MH06 (+2 Mio.) und E08 (+7 Mio.).

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Entlastungsmassnahmen E08 verlangen eine Reduktion des Saldos der Erfolgsrechnung um 7.0 Mio.
- Dies wurde erreicht durch höhere Erträge von 4.5 Mio. und Nichtausschöpfung der Lohnsummenerhöhung im Personalaufwand von 3.1 Mio. (Erhöhung nur um 7.2 Mio. anstatt der zulässigen 10.3 Mio.)
- Der Sachaufwand, die Abschreibungen und die internen Verrechnungen bleiben mit einer Aufwandsteigerung von insgesamt ca. 0.6 Mio. weitgehend stabil.
- Der höhere Ertrag von 4.5 Mio. ist weitgehend begründet durch: höhere Rückerstattungen Dritter (0.6 Mio.), höhere Rückerstattung von Projektierungskosten (2.2 Mio.) und höhere Beiträge vom Bund und von den Gemeinden (1.8 Mio.).

**Investitionsrechnung**

- Der Betrag für die Investitionen im 2008 entspricht weitgehend dem Wert für 2007.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Anstieg des Beschäftigungsumfanges ist eine Folge der ansteigenden Schülerzahlen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Schulbetrieb sind die Aufwände und Erträge weitgehend stabil. Einzig die Änderungen in den Schülerzahlen und die Lohnsummenvorgaben des Regierungsrates bewirken eine Steigerung des Nettoaufwandes.
- Grössere Schwankungen gibt es beim baulichen Unterhalt, den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen/Zinsen) und bei den Projektierungskosten und deren späterer Rückerstattung; diese Positionen sind in der Regel Folgen von Verzögerungen oder Verschiebungen grosser Investitionsvorhaben. Aus diesem Grund steigen die Erträge im 2009 und 2010 gegenüber den Vorjahren z.T. markant an, was u.a. zu Änderungen beim Nettoaufwand pro Schülerin/Schüler (Indikator B1) führt. Diese Schwankungen beim baulichen Unterhalt können nicht durch entsprechende Massnahmen im Schulbetrieb (Lektionenfaktor, Lehrmittel etc.) kompensiert werden.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionen werden ab dem Jahr 2009 ansteigen, da auf diesen Zeitpunkt der Baubeginn des Neubaus im Rahmen des Bildungszentrums Uster geplant ist (P09/P08: -21.5 Mio). Die grössten Ausgaben werden in den Jahren 2010/2011 anfallen, da diverse grössere Bauvorhaben (Neubau KS Uster, Gesamtsanierung KS Hohe Promenade, Dreifach Turnhalle KS Freudenberg und Enge, Ersatz- und Ergänzungsbau KS Büelrain) geplant bzw. in der Ausführungs-Hauptphase sind.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang beinhaltet die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen basieren auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen ab von den schwankenden Klassen- und Schülerzahlen sowie vom Lektionenfaktor. Der Anstieg des Beschäftigungsumfanges ist auf die aus demographischen Gründen immer noch leicht ansteigenden Schülerzahlen zurück zu führen.

**Indikatoren**

- zu L2: nach einem mehrjährigen Anstieg der Schülerzahlen sollte das Maximum im Jahr 2010 erreicht sein.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Saldo der Erfolgsrechnung weicht in folgenden wesentlichen Punkten vom VorjahresKEF ab:
- Erhöhung der Lohnsumme gemäss den Vorgaben um 8.3 Mio.
- Senkung des Aufwandes um 1.0 Mio. infolge von ca. 50 Schülern weniger als im VorjahresKEF.
- Erhöhung um 3.8 Mio. bei den Kosten von Projektierungen infolge Verschiebung grosser Investitionsvorhaben. Die entsprechend höheren Rückerstattungen werden erst 2009/2010 zu einer gleich hohen Ertragssteigerung führen.
- Verminderung um 7.6 Mio. infolge der Entlastungsmassnahmen E08 (7 Mio.) und weiterer Verbesserungen (0.6 Mio).

**Investitionsrechnung**

- Hauptgrund für die Änderung gegenüber dem VorjahresKEF ist die Verzögerung beim Bildungszentrum Uster.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	14.2	14.1	7.0	17.5	6.4	13.2	5.2	10.9	11.0	-23.0
Aufwand	-70.2	-70.9	0.8	-57.3	-1.6	-55.0	-1.4	-49.8	-51.8	-26.2
- Eigene Beiträge	-36.2	-35.9	0.6	-29.3	-4.9	-31.3	-2.6	-27.6	-28.2	
Saldo	-55.9	-56.8	7.8	-39.8	4.8	-41.8	3.8	-38.8	-40.8	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben			0.5	-4.5						-0.8
Nettoinvestitionen			0.5	-4.5						-0.8

Personal (Beschäftigungsumfang)	37.0	93.0	6.0	103.0	1.0	104.0	-9.0	100.0	99.0	
---------------------------------	------	------	-----	-------	-----	-------	------	-------	------	--

**Aufgaben**

- A1 Umsetzung der Ausbildungen Pflege, Physio-, Ergo- und Aktivierungstherapie, med.-tech. Radiologie, Operationstechnik, Dentalhygiene, bio-med. Analytik, Ernährungsberatung, Hebamme und Pflegeassistent gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen (LS 413.51) und den Bestimmungen des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK).
- A2 Durchführung des Berufsfachschulunterrichts der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe), des Validierungsverfahrens und der Nachholbildung FaGe sowie des schulgestützten Ausbildungsganges FaGe.
- A3 Durchführung des Eignungsverfahrens für alle Bildungsgänge der Höheren Fachschulen Gesundheit.
- A4 Umsetzung der Bildungsgänge Pflege HF, bio-med. Analytik HF, Operationstechnik HF, med.-tech. Radiologie HF, Dentalhygiene HF und Aktivierungstherapie HF gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen und Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61).
- A5 Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemässen Weiterbildungsangebotes.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Etappenweise Integration der Ausbildungen im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes.	2009	3
E2 Evaluation, Anpassung und Etablierung der Ausbildung FaGe, des Validierungsverfahrens und der Nachholbildung	2010	4
E3 Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen durch modulare, sich ergänzende Bildungsangebote	2010	5
E4 Etablierung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich. Unterstützung des Aufbaus der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich. Einführung der vergleichenden Befragung zwischen den beiden Zentren und der gemeinsamen Qualitätsindikatoren.	2010	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg.	min.	94.8 %	90.5 %	90.5%	90.5%	91%	91%
W2 Zufriedenheit der Arbeitgeber/innen mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg	min.	n.q.	85 %	85%	85%	85.2%	85.2%
W3 Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden der Zentren	min.	n.q.	80%	81%	81%	82%	82%
W4 Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplomabschlüssen	max.	4%	8%	18 %	18 %	18 %	17 %

**Leistungen**

L1 Total Anzahl Lernende und Studierende		3'592	3'820	3'290	3'055	2'940	3'070
L2 Total Absolvent/innen Nachholbildung FaGe			102	134	98	90	90
L3 Auslastung der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe: Kapazität 1894	min.	31%	49%	57%	71%	78%	87%
L4 Auslastung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich: Kapazität 1770	min.	33%	52%	63%	68%	75%	83%

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Studierende Lehrgänge HF für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.		14'947	14'635	14'720	14'828	14'451	14'040
B2 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Fachangestellte/r Gesundheit für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.		11'932	11'909	13'917	13'456	13'100	12'454
B3 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Pflegeassistent für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.		10'309	10'367	10'583	10'693	n.q.	n.q.
B4 Durchschnittliche Gesamtkosten pro Studierende bzw. Lernende		15'576	14'850	12'097	13'665	13'203	13'294

**Leistungsgruppe 7302 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-39.798
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.500

**Budget Leistungsgruppe 7302**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

## Allgemeine Bemerkungen

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Gemäss dem Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz, LS 810.1) ist der Kanton bei verschiedenen Berufen im Gesundheitswesen verantwortlich für die Nachwuchsförderung. Diese Ausbildungen wechselten 2002 von der Gesundheits- in die Bildungsdirektion und wurden 2004 dem Berufsbildungsgesetz (BBG) unterstellt. Die Überführung in die Bildungssystematik des Bundes machte eine inhaltliche und strukturelle Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen nötig. Die zwölf Diplomausbildungen sind neu auf Tertiärstufe B situiert, auf Sekundarstufe II wurden die Ausbildungen Fachangestellte/r Gesundheit und Attest Gesundheit eingeführt. Die bestehenden 25 Schulen im Gesundheitswesen werden geschlossen bzw. es wird ihnen der Leistungsauftrag entzogen. Die Ausbildungen im Gesundheitswesen werden in drei Zentren - Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich, Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich und Zürcher Hochschule Winterthur, Departement Gesundheit - konzentriert. Die letzten altrechtlichen Schulen werden im Dezember 2009 geschlossen, die Bildungsgänge Pflege (teilweise), Physiotherapie, Ergotherapie und Hebamme werden ab 2009 nicht mehr in der LG 7302 geführt sondern durch die LG 7406 (Zürcher Fachhochschule) finanziert.

### Indikatoren

- Als Folge der strukturellen Reorganisation der Ausbildungen im Gesundheitswesen mussten auch die Indikatoren angepasst werden.
- W2/W3: Hier werden neu nicht nur die Lernenden bzw. Studierenden befragt, sondern auch die Arbeitgeber/innen und die Mitarbeitenden der Zentren. Die Erhebung dieser Befragung erfolgt erstmals 2008. W4: Ab 2008 nur noch Ausweis der Ausbildungsabbrüche der Diplomausbildungen. Die neue Berechnungsart führt zu einem höheren prozentualen Anteil, ohne wesentliche Veränderung der absoluten Zahlen.
- Leistungen: Hier wird die Gesamtzahl der Lernenden bzw. Studierender ausgewiesen sowie die Auslastung der beiden Zentren.
- Wirtschaftlichkeit: Hier werden einerseits die vom Kanton bezahlten Pauschalen für Verwaltung und Lehrkörper ausgewiesen und andererseits die effektiven Gesamtkosten pro Lernende bzw. Studierende. Ab 2009 erfolgt der Vergleich der Kosten pro Lernende bzw. Studierende zwischen den beiden Zentren. Indikator B3 entfällt ab 2010, die Ausbildung Pflegeassistenten wird nicht mehr angeboten.

### Sonstige Bemerkungen

- Die Verrechnung der Kosten der Schulen in den kantonalen Spitälern USZ, Rheinau und PUK an die LG 7302 erfolgte 2006 ordnungsgemäss. Die Uebertragung des entsprechenden Beschäftigungsumfanges in der Statistik des Personalsystems PALAS erfolgte jedoch nicht, sodass im 2006 lediglich die Beschäftigten des neuen Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich, ZAG, mit rund 37 Stellen ausgewiesen wurden. Zum Vergleich mit dem Voranschlag 2007 und 2008 sowie den weiteren Planjahren müssen aber auch das Lehr- und Verwaltungspersonal der altrechtlichen Schulen in die Statistik miteinbezogen werden. Diese werden mit ca. 40 Stellen in den einzelnen Spitälern wie folgt geschätzt: GKPS an der PUK: 9 Stellen, GKPS Rheinau: 4 Stellen, Schulen am Universitäts-Spital Zürich: 26. Ab 2007 wird auch die Schule für Rettungssanität Zürich in der LG 7302 geführt.

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Aufgrund der Konzentration aller Ausbildungen in drei Zentren sinkt der Aufwand um 13.5 Mio. Fr. Der Umfang der Aufwandminderung übersteigt den im Projekt Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen (ReBeGe) berechneten Wert deutlich. Die erwartete Effizienzsteigerung und die Nutzung von Synergien zwischen den einzelnen Ausbildungsgängen konnten realisiert werden. Gleichzeitig resultieren aus dem Schliessungsprozess der Schulen bedeutend weniger Kosten als ursprünglich angenommen, da die altrechtlichen Schulen die Strukturen laufend der abnehmenden Anzahl Lernenden anpassen und gleichzeitig die im Verlauf der letzten zehn Jahren gebildeten Rücklagen auflösen. Auf der Ertragsseite spielen zwei Faktoren eine wesentliche Rolle: 1. Im altrechtlichen System wurde die Arbeitsleistung der Lernenden den Spitälern in Rechnung gestellt, während im neuen System die Spitäler die Studierenden direkt für den Einsatz im Praktikum entschädigen. Zwischen den Schulen und den Spitälern bestehen keine finanziellen Verpflichtungen mehr, die Erträge nehmen entsprechend kontinuierlich bis 2010 ab. 2. Die bisher ausschliesslich kantonal finanzierten Ausbildungen im Gesundheitswesen erhalten aufgrund der Unterstellung unter das Berufsbildungsgesetz ab 2008 auch finanzielle Unterstützung durch den Bund (+10 Mio.). Insgesamt nimmt der Ertrag im Vergleich zum Budget 07 um 3.5 Mio. Fr. zu.

### Investitionsrechnung

- Das Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich, ZAG, wird im August 2008 das definitive Gebäude beziehen. Für die Ausstattung der Mieträume wurde ein Objektkredit im Umfang von 4.5 Mio. Fr. bewilligt.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mit der Schliessung der 25 Schulen im Gesundheitswesen werden neu nicht mehr nur ein Drittel der Lernenden bzw. Studierenden in kantonalen Schulen unterrichtet, sondern rund die Hälfte. Dies führt dazu, dass bereits bestehende 10 Stellen nun zusätzlich ausgewiesen werden müssen (es werden nur Stellen in Kantonalen Schulen gezählt). Da auch die staatsbeitragsberechtigten Schulen im Gesundheitswesen zu 90% - 100% vom Kanton finanziert wurden, wirkt sich der durch die zusätzlichen Stellen erhöhte Aufwand jedoch saldonneutral aus. Betreffend Entwicklung seit 2006 siehe weiter oben im Kommentar unter Sonstige Bemerkungen.

### Indikatoren

- W1: Die Zufriedenheitsbefragung wird 2008 erstmals bei allen drei an der Ausbildung beteiligten Parteien durchgeführt (Schule, Lernende bzw. Studierende und Arbeitgeber). Da die neuen Ausbildungen und die Konzentration der Ausbildungen in den beiden Zentren von allen eine grundsätzliche Neuausrichtung fordern, ist im 2008 von einer geringeren Zufriedenheit als bisher auszugehen.
- L1: Die Gesamtanzahl der Lernenden bzw. Studierenden steigt langsamer als angenommen. Entsprechend ist die Auslastung der Zentren im 2008 noch nicht optimal.
- B4: Die Gesamtkosten pro Lernende bzw. Studierende sinken 2008 erwartungsgemäss um rund 18 % pro Person, werden aber 2009 und 2010 wieder leicht ansteigen. Dies ist auf die höheren Erträge bei den altrechtlichen Schulen zurückzuführen.

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

### Erfolgsrechnung

- Die Entwicklungsschwerpunkte sind durch die Überführung der Berufsbildung im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes vorgegeben. Das Projekt Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird per Ende 2007 abgeschlossen, seine Umsetzung endet aber erst 2010. Während 2008 die letzten vier Ausbildungen auf Tertiärstufe B überführt werden, erfolgt die Einführung der Attestausbildung voraussichtlich erst 2009 und schliessen die letzten Schulen 2009/2010.

### Indikatoren

- B1/B2: Die Auslastung der Zentren wird erst ab 2011 optimal sein. Entsprechend werden die pro Lernende/Studierende ausgerichteten Pauschalen kontinuierlich gesenkt und dann zum dem angestrebten Mittelwert von ca. Fr. 13'000 pro Lernende/Studierende entsprechen.

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	86.3	81.4	45.9	127.7	46.4	129.9	47.9	132.5	133.6	54.8
Aufwand	-326.5	-349.0	-27.3	-378.9	-25.5	-387.7	-21.6	-390.3	-398.5	22.1
- Eigene Beiträge	-53.4	-58.0	2.9	-56.3	9.0	-59.6	9.0	-61.6	-62.9	
Saldo	-240.2	-267.5	18.6	-251.2	20.9	-257.7	26.4	-257.8	-265.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	0.5	0.4	-0.2							0.2
Ausgaben	-12.6	-31.7	0.2	-23.6	13.1	-18.1	12.5	-31.1	-55.0	-28.7
Nettoinvestitionen	-12.1	-31.3	-0.0	-23.6	13.1	-18.1	12.5	-31.1	-55.0	-28.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,244.0	1,327.0	-5.0	1,319.0	13.0	1,325.0	9.0	1,329.0	1,328.0	

**Aufgaben**

- A1 Ausbildung von Lernenden gemäss eidg. Berufsbildungsgesetz (BBG Art. 3) an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten. Die schulische Bildung - aus beruflichem und allgemeinem Unterricht gemäss BBT-Rahmen-Lehrplänen oder Bildungsverordnungen - führt zum eidg. Berufsattest, zum eidg. Fähigkeitszeugnis oder im Zusammenhang mit dem Abschluss einer erweiterten Allgemeinbildung zur Berufsmaturität.
- A2 Organisation von berufsorientierter Weiterbildung und der höheren Berufsbildung (Tertiärer Bereich) gemäss BBG.
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren (ohne Mitarbeitende der zentralen Verwaltung MBA).

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Schaffung von teilautonomen Berufsfachschulen: Weiterentwicklung Kontrakte	2008	4
E2 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz	2004/8	4
E3 Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich	2008	5

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
W1 Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen	100%	100%	100%	100%	100%	100%
W2 Berufsmaturitätsquote in %	13.4	13.6	14.2	14.6	15.0	15.4

**Leistungen**

L1 Anzahl Lernende in der Berufsfachschulausbildung	31'380	32'060	33'560	34'265	34'535	34'540
L2 davon Anzahl Berufsmaturanden	5'485	5'300	5'400	5'500	5'600	5'700
L3 Anzahl durchgeführte Lehrabschluss-Einzelprüfungen	11'823	11'805	13'189	13'533	13'746	13'746
L4 davon Anzahl Absolventen BMS	1'672	1'600	1'700	1'800	1'900	1'900
L5 Lektionenpauschale im Pflichtunterricht aller BS inkl. KV	164	174	183	185	188	191
L6 Jahrespauschale für Verw. und Betrieb pro Schüler im Pflichtunterricht	1'671	1'849	1'540	1'560	1'586	1'613
L7 Anzahl Teilnehmerlektionen in der Weiterbildung	2'728'491	2'950'000	2'400'000	2'400'000	2'400'000	2'400'000
L8 Teilnehmer an Weiterbildungsangeboten nur in der Höheren Berufsbildung an Kantonalen und kaufmännischen Bildungseinrichtungen	2'957	3'095	2'995	3'075	3'150	3'225
L9 Anzahl Berufe, für die eine Berufsausbildung angeboten wird	221	221	221	221	221	221

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Aufwand pro Lernende in der Berufsbildung (exkl. LAP u. Löhne WB)	8'874	9'349	8'827	8'780	8'857	9'109
B2 Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende in der Berufsschulausbildung	7'654	8'345	7'486	7'522	7'464	7'672
B3 LAP-Aufwand pro geprüfte(r) Lernende(r) in Fr.	1'547	1'598	1'551	1'556	1'554	1'554
B4 Lehrpersonalaufwand pro Teilnehmerlektion in der Weiterbildung in Fr.	13.33	13.20	16.20	16.40	16.65	16.95

Leistungsgruppe 7303	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-251.242
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-23.590
Kredite mit Sperrvermerk (§ 28 Abs. 2 FGH), VA 08: Berufsbildungsschule Winterthur, Umnutzung/Umbauen/Sanierung Anton Graff (Geamtkredit -28.0 Mio.)	1.0

Budget	Leistungsgruppe 7303
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Indikatoren

- W2: Die Berufsmaturitätsquote in % zeigt den Anteil in lehr- und berufsbegleiteten Berufsmaturitätsschulen gemessen am Total der Auszubildenden in der Berufsbildung. Dieser Indikator zeigt die Schulbildungsfähigkeit für höhere Fachschulen bzw. Fachhochschulen.
- L5: Die Lektionenpauschale entspricht der ersten Ebene des Kontraktes (LG 1 für Pflichtunterricht und Verwaltung und Betrieb). Die Lohnkosten der Lehrkräfte werden durch die Anzahl Lektionen im Pflichtunterricht dividiert (ohne Lehrwerkstätte für Möbelschreiner [rein schulische Ausbildung] und EBZH [Erwachsenenweiterbildung]).
- L6: Die Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb wird ebenfalls in der LG 1 als Subtraktion der Lohnkosten der Lehrkräfte von dem für den Pflichtunterricht z.V. stehenden Betrag ausgewiesen. Die Division mit der Anzahl Schüler ergibt die Pauschale für Verwaltung und Betrieb (ohne Lehrwerkstätte für Möbelschreiner).
- L7: Die Anzahl Teilnehmende an Weiterbildungskursen wird pro Schule mit den zu erteilenden Weiterbildungslektionen multipliziert. Durch die Addition der Teilnehmerlektionen aller Schulen erhält man die Gesamtteilnehmerlektionen in der Weiterbildung.
- L9: Neuer Indikator ab 2006: Anzahl Berufe an den kantonalen und ausserkantonalen Berufsfachschulen.
- B1: Der Gesamtaufwand der LG 7303 (ohne Weiterbildung u. Lehrabschlussprüfung (LAP)) wird durch die Anzahl Lernende dividiert.
- B3: Der Aufwand der Lehrabschlussprüfungen wird durch die Anzahl geprüfte Lernende dividiert.
- B4: Der Lehrpersonalaufwand in der Weiterbildung wird durch die Anzahl Teilnehmerlektionen in der Weiterbildung dividiert.

### Sonstige Bemerkungen

- Saldoverbesserungen MH06: 2007: 4.6 Mio., 2008: 6.9 Mio., 2009: 6.9 Mio.
- E08 (Vorgabe - 15 Mio./Jahr.): Wird in den Planjahren 2008 - 2011 mehr als erreicht.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Entlastungsmassnahmen E08 verlangen eine Reduktion des Saldos der Erfolgsrechnung um 15 Mio.
- Erhöhung von Aufwand und Ertrag um 26.5 Mio. infolge interner Verrechnung der Abschreibungen, Zinsen und des Unterhalts. Die Belastung erfolgt ab VA 2008 bei den Schulen und nicht mehr bei den Liegenschaften BS.
- Mit dem nBBG wechselt der Bund von der aufwandorientierten Finanzierung zur Abgeltung mit Pauschalen. Dies hat zur Folge, dass der Bundesbeitrag ab 2008 um ca. 15 Mio. steigt. Mehreinnahmen auch aufgrund der Verrechnung des höheren Ansatzes für ausserkantonale Schüler von ca. 6.1 Mio.
- Nichtausschöpfung der bewilligten Lohnsummenerhöhung im Personalaufwand um 2.6 Mio. trotz mehr Schüler und mehr Lektionen.
- Erhöhung des Sachaufwandes um 1.2 Mio. aufgrund Mehrausgaben bei den LAP von 1.6 Mio., beim Unterhalt der Liegenschaften von 0.4 Mio., Miete und Pacht 0.3 Mio. und Projektierungen 0.3 Mio. Minderausgaben bei den Dienstleistungen Dritter von 0.7 Mio., Lehrmitteln 0.4 Mio. und übrige Mobilien 0.2 Mio..
- Höhere Abschreibungen von 0.5 Mio. aufgrund der Investitionstätigkeit im Vorjahr.
- Weniger Staatsbeiträge an die KV Schulen von insgesamt 1.7 Mio.

### Investitionsrechnung

- Der Minderaufwand von 5.24 Mio. gegenüber dem Budget 07 entsteht durch die Beendigung der Fassadensanierung Ausstellungsstrasse 70 der Technischen Berufsschule Zürich auf das Jahr 2008.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die Löhne steigen aufgrund der bewilligten Teuerung, Beförderung, Stufenanstieg sowie Mehrschüler und -lektionen.
- Schwankungen gibt es bei den Projektierungen, LAP, übr. Dienstleistungen Dritter, den Beiträgen an die KV Schulen sowie bei den Abschreibungen und Zinsen.
- Bei den Erträgen schwanken vor allem die Rückerstattungen für Projektierungen und die Pacht und Miete, die sich jedoch aus der internen Verrechnung ergibt.

### Investitionsrechnung

- Auf das Jahr 2010 ist der Beginn der Gesamtsanierung Berufsschule Mode & Gestaltung Zürich sowie der/des Erweiterung/Neubaus Bildungszentrum Zürichsee geplant. Ab 2011 ist der Neubau der Allgemeinen Berufsschule Zürich und die Gesamtsanierung und Erweiterung der Berufsschule für Detailhandel Zürich vorgesehen.

### Indikatoren

- L1: Kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahlen bis 2011.
- L3: Dadurch auch Anstieg der durchzuführenden Lehrabschlussprüfungen.
- L6: Sinkende Pauschale aufgrund der Kombination von Mehrschüler und kleinerem Verwaltungs- und Betriebsaufwand.
- L7: Weiterbildung geht weiter zurück.
- B1: Stabilisierung des Aufwands pro Lernende trotz grösserer Anzahl Lernende.
- B2: Sowohl der Sparkurs als auch die höheren Einnahmen führen zu diesen Resultaten.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Ohne Berücksichtigung der Internen Verrechnung von Abschreibungen/Zinsen und dem Unterhalt der Liegenschaften bewegt sich der Aufwand, trotz Teuerung, Beförderung, Stufenanstieg und Mehrschüler, auf dem Niveau des Vorjahres-KEF. Die Erträge steigen aufgrund höherer Bundesbeiträge und Mehreinnahmen bei den ausserkantonalen Schülern.
- Der Sachaufwand verharrt in den Jahren 2008 und 2009 auf dem Vorjahres-KEF, um dann in den Jahren 2010 und 2011, infolge deutlich weniger Projektierungen, unter das Niveau des KEF 2007 zu fallen.
- Deutliche Verbesserung bei den Staatsbeiträgen gegenüber dem KEF 2007.
- Die internen Verrechnungen steigen gegenüber dem KEF 2007 im Durchschnitt um 26.5 Mio. infolge Weiterbelastung der Abschreibungen/Zinsen und des Unterhalts der Liegenschaften an die Schulen.
- Mehreinnahmen im Bereich der Beiträge vom Bund und von den Kantonen gegenüber dem KEF 2007 infolge Änderung der Finanzierungspraxis mit dem nBBG und höhere Gebühren für ausserkantonale Schüler.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	10.6	11.8	16.4	27.3	15.3	26.2	11.3	22.2	22.2	109.9
Aufwand	-43.6	-48.9	9.7	-64.3	1.0	-73.4	5.3	-69.5	-69.4	59.2
- Eigene Beiträge	-31.4	-35.4	15.1	-46.1	-5.4	-66.9	-4.9	-67.1	-67.2	
Saldo	-33.0	-37.1	26.1	-37.0	16.3	-47.2	16.6	-47.3	-47.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	0.4	0.1								0.1
Ausgaben	-0.9	-2.9	-2.6	-4.4	-1.2	-1.7	-0.7	-0.9	-0.9	-1.9
Nettoinvestitionen	-0.5	-2.8	-2.6	-4.4	-1.2	-1.7	-0.7	-0.9	-0.9	-1.9

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, an Mittelschul- und Lehrlingsunterricht, an die berufliche Fort- und Weiterbildung, an Erwachsenenbildung und an Ueberbetriebliche Kurse für Lehrlinge bei kommunalen und privaten Trägerschaften sowie Koordination im ganzen Beitragsbereich.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz	2004/9	4
E2 Einführung der leistungsorientierten Beitragsleistung (Subventionierung); Abkehr von der aufwandorientierten Beitragsgewährung	2004/9	4
E3 Reform Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung)	2008/10	5

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Die verschiedenen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in dieser Leistungsgruppe sind nicht vergleichbar. Die Heterogenität dieser Ausbildungen verunmöglicht eine Definition von kohärenten Indikatoren.							
W2 Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen		100%	100%	100%	100%	100%	100%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Lernende an 4 anerkannten Mittelschulen im Kt. Zürich		651	-	-	-	-	-
L2 Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung im Kt. Zürich		3'176	3'380	3'115	3'105	3'135	3'260
L3 Teilnehmer Vorbereitung Berufsprüfung		940	1'050	930	945	955	965
L4 Teilnehmer Vorbereitung höhere Fachprüfung		125	160	185	200	200	200
L5 Teilnehmer Technikerschulen (HF)		517	535	585	595	600	600
L6 Teilnehmer Uebrige Fachausbildung		701	695	675	655	650	650
L7 Total Teilnehmer an WB-Angeboten nur in der höheren Berufsbildung an beitragsberechtigten Bildungseinrichtungen im Kt. ZH		2'283	2'440	2'375	2'395	2'405	2'415
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Die Finanzierung der Berufsbildung inkl. Weiterbildung wird im neuen Berufsbildungsgesetz (nBBG) auf Verordnungsstufe geregelt.							

Leistungsgruppe 7305	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-37.015
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.427

Budget	Leistungsgruppe 7305
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

## Allgemeine Bemerkungen

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Beitragsleistungen an die Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung) erfolgen ab 2009 im Rahmen des neuen Einführungsgesetz (EG) zum Berufsbildungsgesetz (BBG). Bis 2008 richtet der Kanton aufgrund verschiedener Rechtsgrundlagen Beiträge an Hauswirtsch. Jahreskurse, an 10. Schuljahre, Werkjahre und Integrationskurse aus. Diese zukünftigen Brückenangebote gem. BBG sowie weitere Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufl. Grundbildung erhalten ab 2009 Staatsbeiträge aufgrund des neuen EG zum BBG.

### Indikatoren

- W1 Die Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen in dieser Leistungsgruppe sind aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit nicht vergleichbar. Die Ausbildungen beinhalten: Vollzeit-Vorbereitungsjahre auf die berufliche Grundbildung ab 2009; Berufsfachschulunterricht (Teil- und Vollzeit) für Lernende; Überbetriebliche Kurse (blockweise) pro Beruf von unterschiedlicher Dauer; Weiterbildungslehrgänge für Erwachsene; Fort- und Weiterbildungskurse von mind. 30 bis zu mehreren hundert Lektionen.
- W2 Voraussetzung für die Beitragsgewährung an die berufliche Weiterbildung ist die Zertifizierung nach EduQua.
- L1 Es sind keine Betriebsbeiträge an private Zürcher Mittelschulen vorgesehen; die Leistungskennzahl wird ab VA 2007 nicht mehr erhoben.

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Aufgrund der Entlastungsmassnahmen E08 ist der Saldo der Erfolgsrechnung um 3 Mio. zu reduzieren.
- Durch die Transferierung von Beiträgen des Volksschulamtes in die LG 7305 (Projekt Nr. 140 Reform Brückenangebote) erhöhen sich die Beiträge ab 2008 um 6.6 Mio.; entsprechende Minderausgaben in der LG 7200.
- Mit dem NFA überträgt der Bund dem Kanton Finanzierungen der tertiären Ausbildung (Soziales) von 2.7 Mio.
- Erhöhung der Kantonsbeiträge (Schulgeld) für Zürcher Lernende an ausserkantonalen Berufsfachschulen (2.2 Mio.).
- Mit dem nBBG wechselt der Bund von der aufwandorientierten Finanzierung zur Abgeltung mit Pauschalen. Gleichzeitig wird die Beitragsabstufung nach der Finanzkraft der Kantone aufgehoben. Zusammen mit der Beitragsleistung an die neu dem BBG unterstellten Angebote hat dies eine Erhöhung der Bundesleistung ab 2008 von rund 11 Mio. zur Folge.
- Durch die Abgrenzung der letztmals für das Jahr 2008 nachschüssig als durchlaufende Beiträge auszurichtenden Bundesleistungen steigen einerseits die Beiträge um rund 4.7 Mio. und andererseits erhöhen sich die Erträge entsprechend.

### Investitionsrechnung

- Beitrag Sanierungs- und Erweiterungsmassnahmen der Schulgebäude der Schweiz. Tech. Fachschule (STF) Winterthur (0.7 Mio.).
- Teilzahlung (Invest.-Beitrag) an die Neuerstellung eines Ausbildungszentrums des Gärtnermeisterverbandes (1.2 Mio.).

### Indikatoren

- L1: Ab VA 2007 wird keine Leistungskennzahl mehr erhoben, da keine Betriebsbeiträge an private Zürcher Mittelschulen vorgesehen sind.
- L2: Die Prognose in Bezug auf die Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung war mit dem letztjährigen KEF zu optimistisch und muss nach unten korrigiert werden.
- L7: Die prognostizierte Zunahme der Teilnehmerzahlen in der höheren Berufsbildung verzögert sich bzw. trifft verlangsamt ein.

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

### Erfolgsrechnung

- Ab 2009 leistet der Kanton Zürich Betriebsbeiträge (Subventionen) aufgrund des neuen EG zum BBG. Gestützt auf die IPSAS-Rechnungslegungsstandards erfolgt die Beitragsleistung zudem gleichzeitig nur noch nach dem Gegenwartsprinzip (analog Bund). Zusätzliche Betriebsbeiträge von 11 Mio. erhalten Gemeinden für Vorbereitungsjahre auf die berufliche Grundbildung (Brückenangebote) sowie 1 Mio. zusätzliche Beitragsleistungen erfolgen an Institutionen in den Bereichen Soziales und Kunst (Tertiärstufe).
- Mit der Umstellung des Bundes auf Pauschalfinanzierung fallen nach Ausrichtung der letzten nachschüssigen, durchlaufenden Schlusszahlungen des Bundes von rund 4 Mio. (an das Kalenderjahr 2008) ab 2009 die durchlaufenden Beiträge gänzlich weg (rund 12 Mio. pro Jahr). 11 Mio. Bundesbeiträge werden somit ab 2009 als eigene Beiträge des Kantons Zürich vereinnahmt.
- Die Staatsbeiträge enthalten ab 2009 als Folge der Änderung der Bundesfinanzierung anteilmässig auch die pauschalen Abgeltungen des Bundes. Dies bewirkt eine Erhöhung der Beiträge im Rahmen der Bundesleistungen (rund 8 Mio.).

### Investitionsrechnung

- Ab 2009 sind keine Investitionsbeiträge an Dritte gemäss EG zum BBG mehr vorgesehen (pauschale Leistungsabgeltungen). Es gelangen nur noch Beiträge gestützt auf die Übergangsregelung zur neuen Gesetzgebung zur Ausrichtung.

### Indikatoren

- L1: Kontinuierlicher Anstieg der Anzahl Lernender
- L7: Die Prognosewerte zeigen mit Ausnahme von L6, wo ein Rückgang erwartet wird, leicht steigende Teilnehmerzahlen

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

### Erfolgsrechnung

- Mit dem Wechsel von der aufwandorientierten Finanzierung zur Pauschalabgeltung gemäss nBBG und der gleichzeitigen Aufhebung der Beitragsabstufung nach der Finanzkraft der Kantone steigt ab 2008 der Bundesbeitrag an die Angebote der Berufsbildung im Kanton Zürich gemäss prov. Berechnungen um jährlich 11 Mio. Mit der Pauschalfinanzierung des Bundes werden ab 2009 die bisher durchlaufenden Beiträge durch Erhöhung der Staatsbeiträge in diese eingebaut. Gleichzeitig erfolge die Umstellung von der nachschüssigen Beitragsleistung zur Gegenwartsfinanzierung gemäss IPSAS. Infolge Abgrenzung der nachschüssigen Bundesbeiträge ergeben sich in den Jahren 2008 und 2009 zusätzliche durchlaufende Beiträge von je rund 6 Mio..
- Die zusätzlichen Staatsbeiträge an die Gemeinden für Brückenangebote von 11 Mio. fallen durch die später vorgesehene Inkraftsetzung des EG zum BBG erst ab 2009 an.
- Geringere zusätzliche, im Rahmen des neuen Finanzausgleichs (NFA), durch den Kanton Zürich zu tragende Finanzierungsleistungen (Staatsbeiträge) in den Jahren 2008 bis 2011 von je 3.5 - 4.5 Mio.

### Investitionsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr sind neu Beiträge für das Schulgebäude der Schweiz. Tech. Fachschule Winterthur, höhere Schlusszahlung an das Zentrum Hotel & Gastroformation Wädenswil sowie Beiträge an das Ausbildungszentrum des Gärtnermeisterverbandes vorgesehen.

### Indikatoren

- L2 und L7: Die Prognosen waren im letztjährigen KEF zu optimistisch und müssen nach unten korrigiert werden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	161.5	167.5	-1.4	167.3	1.5	170.5	1.7	171.1	170.2	5.4
Aufwand	-618.4	-644.4	-5.3	-672.8	-26.8	-697.5	-27.7	-717.1	-735.5	18.9
- Kostenbeitrag an Universität	-456.9	-476.9	-6.7	-505.5	-25.3	-527.0	-26.0	-546.0	-565.3	
Saldo	-456.9	-476.9	-6.7	-505.5	-25.3	-527.0	-26.0	-546.0	-565.3	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen	14.8	10.0	-1.0	9.5	2.0	9.5	3.0	8.5	4.5	9.5
Ausgaben	-62.7	-57.0	-6.0	-59.0	-5.0	-56.3	8.4	-46.5	-48.0	-54.9
Nettoinvestitionen	-47.9	-47.0	-7.0	-49.5	-3.0	-46.8	11.4	-38.0	-43.5	-45.5

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund und den Kanton Zürich. Zudem enthält sie Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Räume.
- A2 Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, welche vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Art	bis		Direktionsziel Nr.
E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der Universität können der Leistungsgruppe 9600 entnommen werden			0

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.						
<b>Leistungen</b>						
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.						
<b>Wirtschaftlichkeit</b>						
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.						

Leistungsgruppe 7401	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-505.500
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-59.000

Budget	Leistungsgruppe 7401
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Saldoanstieg gegenüber dem Vorjahr entspricht dem Anstieg des Staatsbeitrags an die Universität Zürich. Die Gründe für den Anstieg des Staatsbeitrags können den Kommentaren zum Globalbudget 9600 entnommen werden.

**Investitionsrechnung**

- Höhere Ausgaben für den Neubau Kleintierklinik als im Vorjahr.
- Die Investitionen der Teilverlegung der Universität im Irchelareal werden im GB 7403 abgebildet.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Diese Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Sie wird vom Hochschulamt innerhalb der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung administriert.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Saldoanstieg in den Planjahren entspricht dem Anstieg des Staatsbeitrags an die Universität Zürich. Die Gründe für den Anstieg des Staatsbeitrags können den Kommentaren zum Globalbudget 9600 entnommen werden.

**Investitionsrechnung**

- In den Jahren 2008 und 2009 sind höhere Investitionen in den Neubau Kleintierklinik budgetiert (Bauende 2009). Ab 2009 sind steigende Ausgaben für den Abbruch und Neubau Plattenstrasse 22/24 geplant. Ab 2008 ist mit dem Auslaufen von mehreren Sanierungsprojekten von Liegenschaften im Verwaltungsvermögen zu rechnen.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Staatsbeiträge an die Universität Zürich liegen über dem KEF des Vorjahres. Die Gründe für die höheren Staatsbeiträge können den Kommentaren zum Globalbudget 9600 entnommen werden.

**Investitionsrechnung**

- Von 2008 - 2010 bleibt das gesamte Investitionsvolumen gegenüber dem KEF Vorjahr praktisch konstant. Einerseits verschiebt sich der Neubau Kleintierklinik zeitlich bis Ende 2009, andererseits ist ab 2009 mit dem früheren Auslaufen von Sanierungsprojekten von Liegenschaften im Verwaltungsvermögen zu rechnen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	120.7	121.5	0.0	122.0	0.0	122.5	0.0	123.0	123.5	2.3
Aufwand	-195.9	-197.3	2.7	-194.9	-0.7	-198.8	-0.4	-199.7	-200.2	2.2
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-22.8	-22.5	1.7	-21.1	0.0	-23.0	0.0	-23.2	-23.5	
- Eigene Beiträge an Universitätsbibliotheken	-24.5	-24.7	-0.5	-25.3	-0.6	-25.5	-0.4	-25.8	-26.1	
Saldo	-75.2	-75.8	2.7	-72.9	-0.7	-76.3	-0.4	-76.7	-76.7	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Die Leistungsgruppe setzt sich aus den drei Bereichen Ausserkantonale Konkordatsbeiträge, Zentralbibliothek / Sozialarchiv sowie Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität zusammen.
- A2 - Im Bereich der Ausserkantonalen Konkordatsbeiträge ist die Leistungsgruppe ein Durchgangskonto für die Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende und weist die Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende aus.
- A3 - Der Bereich Zentralbibliothek und Sozialarchiv umfasst die vertraglich festgesetzten jährlichen Beiträge des Kantons an diese Institutionen. Die Beträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung.
- A4 - Der Bereich Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität enthält die Zahlungen an die Bezüger sowie Freizügigkeitsleistungen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

- E1 Die Leistungsgruppe weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus, da es sich um reine Finanztransaktionen an den Leistungserbringer handelt. 0

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

- W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

**Leistungen**

- L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

**Wirtschaftlichkeit**

- B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

**Leistungsgruppe 7402 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -72.854  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 7402**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Administrationstätigkeit durch das Hochschulamt ist in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung (7000) enthalten.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Der teuerungsbedingten Zunahme der Beiträge an die Zentralbibliothek und das Sozialarchiv gegenüber dem Vorjahr steht ein Rückgang der Ruhegehälter an Professoren und Professorinnen der Universität Zürich, der Beiträge an Schweizer Universitäten ausserhalb des Kantons Zürich für Zürcher Studierende und der Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen auf den aktivierten Investitionsbeiträgen gegenüber.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Der Ertrags- und Aufwandsanstieg basiert auf einer Zunahme der Beiträge an ausserkantonalen Universitäten für Zürcher Studierende und höheren Beiträgen an die Zentralbibliothek und das Sozialarchiv aufgrund der kantonalen Richtlinien zur Berechnung der Lohnsummenentwicklung. Diesen Zunahmen stehen weiterhin abnehmende Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen gegenüber.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr wurden die Ruhegehälter für die Professoren und Professorinnen der Universität und die Beiträge an die Universitäten ausserhalb des Kantons für Zürcher Studierende tiefer budgetiert.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	68.4	74.0	0.3	90.9	-3.7	93.5	1.0	101.9	106.6	55.9
Aufwand	-290.4	-321.7	-2.4	-349.2	-5.3	-369.0	-1.8	-390.4	-410.6	41.4
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-163.0	-193.6	-46.7	-247.9	-55.9	-264.4	-53.5	-277.1	-291.5	
- Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen	-44.6	-46.2	43.3	-3.9	44.5	-4.0	46.8	-4.1	-4.2	
Saldo	-222.0	-247.6	-2.2	-258.4	-9.0	-275.5	-0.9	-288.5	-304.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	3.9									0.7
Ausgaben	-31.7	-33.4	14.8	-34.3	18.7	-35.6	15.8	-44.0	-82.3	-43.5
Nettoinvestitionen	-27.8	-33.4	14.8	-34.3	18.7	-35.6	15.8	-44.0	-82.3	-42.9

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH durch Bund und Kanton Zürich. Die Globalbudgets der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Leistungsgruppen 9710, 9720 und 9740 abgebildet. Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule. Die kalkulatorischen Kosten auf dem Anlagevermögen werden den staatlichen Schulen als Raummiete in Rechnung gestellt.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der drei staatlichen Teilschulen der ZFH können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.	bis	Direktionsziel Nr.
		0

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						
<b>Leistungen</b>						
L1 Total Studierende	9'652	10'200	10'700	11'230	12'000	12'430
<b>Wirtschaftlichkeit</b>						
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						

Leistungsgruppe 7406	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-258.356
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-34.300

Budget	Leistungsgruppe 7406
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Restrukturierung der ZFH mit der Kantonalisierung von drei privaten Teilschulen und der Zusammenführung von sieben Teilschulen zu den drei staatlichen Teilschulen Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW, Zürcher Hochschule der Künste ZHdK und Pädagogische Hochschule Zürich PHZH wirkt sich in der Leistungsgruppe 7406 erstmals im Jahr 2008 mit einer Verschiebung der Staatsbeiträge von den privaten zu den staatlichen Teilschulen aus. Die beiden Teilschulen Hochschule für Technik und Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung Zürich bleiben privat.
- Die Leistungsgruppe 7406 wird vom Hochschulamt der Bildungsverwaltung gesteuert. Entsprechende Stellen sind in der LG 7000 der Bildungsverwaltung ausgewiesen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Zunahme des Aufwandes und des Staatsbeitrags gegenüber 2007 ist eine Folge der geplanten Zunahme der Studierendenzahl, u.a. wegen der Einführung der Fachhochschulausbildung im Fachbereich Gesundheit und der Einführung der Masterstudiengänge. Zudem erhöht sich der Aufwand durch die Vorgaben des Regierungsrats zur Lohnsummenentwicklung.
- Die Erhöhung der Bundesfinanzierung für die Fachbereiche Gesundheit, Soziales und Kunst führt ab 2008 zu höheren durchlaufenden Bundesbeiträgen, auch wenn dieser Anstieg durch eine Reduktion der Studierendenpauschalen in den Fachbereichen Technik, Wirtschaft und Design teilweise kompensiert wird.

**Investitionsrechnung**

- Mehrausgaben für die Erneuerung und den Ausbau der IT-Infrastruktur an der ZHAW.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Anstieg des Umsatzes und des Staatsbeitrags an die Teilschulen der ZFH in den Planjahren ist eine Folge der geplanten weiteren Zunahme der Studierendenzahl. Der Anstieg ist unter anderem auf den Aufbau des Fachbereichs Gesundheit und die Einführung von Masterstudiengängen zurückzuführen. Zudem erhöht sich der Aufwand durch die Vorgaben des Regierungsrats zur Lohnsummenentwicklung. Trotz der Erhöhung der Lohnsumme wird mit einem von 2008 bis 2011 abnehmenden Staatsbeitrag pro Student/in geplant.

**Investitionsrechnung**

- Bauliche Investitionen: In den Jahren 2010 und 2011 sind an der ZHAW grössere Gebäudesanierungen auf dem Campus Technikstrasse in Winterthur geplant.
- Ausstattungsinvestitionen: In den Jahren 2008 bis 2010 beschränken sich die Investitionen weitgehend auf die Erneuerung und den Ausbau der IT-Infrastruktur. Der starke Anstieg des Investitionsbetrags im Jahre 2011 ist auf die erstmaligen Ausgaben für die Ausstattung der beiden Grossprojekte Sihlpost (PHZH) und Toniareal (ZHdK) zurückzuführen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Erhöhung des Aufwandes ist auf die Vorgaben des Regierungsrates zur Lohnsummenentwicklung zurückzuführen.
- Demgegenüber fallen durch die Verschiebung der Ausgaben für die Erstausrüstung der geplanten neuen Standorte Toniareal und Sihlpost die kalk. Abschreibungen und Zinsen auf Ausstattungsinvestitionen in den Jahren 2009 und 2010 gegenüber dem KEF 2007 - 10 geringer aus.
- Die aktualisierte Berechnung ergab für 2009 gegenüber dem KEF Vorjahr tiefere durchlaufende Bundesbeiträge

**Investitionsrechnung**

- Bauliche Investitionen: Minderausgaben in den Jahren 2008 und 2009 durch die Verschiebung der Sanierungs- und Werterhaltungsprojekte an der ZHAW in Winterthur aufgrund der noch abschliessend zu erarbeitenden Entwicklungsplanung.
- Ausstattungsinvestitionen: Durch die zeitliche Verzögerung der Standortkonzentrationsprojekte Toniareal und Sihlpost verschieben sich die ersten Tranchen der Ausgaben für die Erstausrüstung der beiden neuen Standorte ins Jahr 2011.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-46.0	-45.6	5.4	-46.4	0.5	-49.5	0.4	-51.1	-51.1	10.9
Saldo	-46.0	-45.6	5.4	-46.4	0.5	-49.5	0.4	-51.1	-51.1	

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet einerseits die Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen). Beigetreten ist der Kanton Zürich interkantonalen Vereinbarungen mit der Hochschule Rapperswil HSR, der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen SHL und der Hochschule für Heilpädagogik Zürich HfH. Der Kanton Zürich leistet für die Lehre Beiträge im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV und beteiligt sich anteilmässig an den Restkosten. Der Kanton Zürich tritt auf Herbst 2008 aus dem Konkordat der Hochschule Rapperswil aus.
- A2 Andererseits beinhaltet die Leistungsgruppe die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen, welche im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung für Zürcher Studierende ausgerichtet werden.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Aufgaben der Leistungsgruppe werden oben beschrieben; sie weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus.		0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							
<b>Leistungen</b>							
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							

Leistungsgruppe 7407	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-46.350
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 7407
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Leistungsgruppe 7407 wird vom Hochschulamt der Bildungsverwaltung gesteuert. Entsprechende Stellen sind in der LG 7000 der Bildungsverwaltung ausgewiesen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Wegfall der Bundessubvention im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs führt ab 2008 zu einer Erhöhung des Beitrags an die HfH. Andererseits wurden die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung und die Abschreibungen und Zinsen auf den Investitionsbeiträgen gegenüber 2007 tiefer budgetiert.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Zunahme der Anzahl Zürcher Studierender - zum Teil eine Folge der Einführung von Masterstudiengängen - führt zu einem Anstieg der Staatsbeiträge an die ausserkantonalen Fachhochschulen.

**Investitionsrechnung**

- Durch den Konkordatsaustritt entfallen Beiträge des Kantons Zürich an zukünftige Ausbauprojekte der Hochschule Rapperswil.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Gegenüber dem KEF Vorjahr wurden die Beiträge 2008 an ausserkantonale Fachhochschulen für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung tiefer budgetiert. Zudem fallen als Folge der 2006 nicht getätigten Ausbauprojekte und der seit der Vorjahresplanung aus der Planung entfallenen Investitionsbeiträge 2007 und 2008 an die Hochschule Rapperswil geringere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen an.

**Investitionsrechnung**

- Wegfall des Beitrags des Kantons Zürich an die für 2007 und 2008 geplanten Ausbauprojekte an der Hochschule Rapperswil als Folge des Konkordatsaustritts.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	48.2	42.3	17.2	54.2	5.1	42.5	4.6	42.7	43.0	-10.7
Aufwand	-131.3	-142.1	-8.4	-162.3	-7.9	-162.3	-7.9	-163.7	-165.2	25.8
Saldo	-83.1	-99.8	8.8	-108.1	-2.8	-119.7	-3.3	-121.0	-122.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06-11)									
Einnahmen			0.7	0.7						0.1
Ausgaben	-1.2	-7.4	-2.6	-6.9	-0.2	-3.6	-0.2	-3.6	-3.5	-4.4
Nettoinvestitionen	-1.2	-7.4	-1.9	-6.2	-0.2	-3.6	-0.2	-3.6	-3.5	-4.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	424.0	428.4	25.2	453.6	-48.2	380.2	-48.2	380.2	380.2	

**Aufgaben**

- A1 Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
- A2 Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
- A3 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
- A4 Amtsvormundschaft für minderjährige, allein stehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
- A5 Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
- A6 Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe	2009	2
E2 Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe	2009	2
E3 Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Jugend- und Familienhilfe über Leistungsaufträge	2009	2

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate)		37%	< 38%	< 38%	< 38%	< 38%	< 38%
W2 Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen		83%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)		16'660	14'500	17'100	17'300	17'500	17'700
L2 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind		89%	87%	> 85%	> 85%	> 85%	> 85%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)		991	1'050	1'150	1'150	1'150	1'150
B2 Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpäd. Angebot		361	365	370	379	388	398
B3 Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot		445	520	456	467	479	491

Leistungsgruppe 7501	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-108.107
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-6.860

Budget	Leistungsgruppe 7501
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Sonstige Bemerkungen

- Das Amt für Jugend und Berufsberatung ist Bestandteil der Leistungsgruppen "7501 Jugend- und Familienhilfe", "7502 Berufs- und Studienberatung" sowie "7000 Bildungsverwaltung". Die Bezirksjugendsekretariate verteilen sich auf die LG 7501 und 7502.
- Das Zentrum für Gehör und Sprache (Gehörlosenschule) bleibt für das Jahr 2008 saldoneutral der Leistungsgruppe 7501 zugeordnet. Die Zuständigkeit liegt beim VSA. Die Verselbstständigung ist per 1.1.2009 vorgesehen.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Saldoveränderung zwischen Budget 2007 und Planjahr 2008 von Fr. -8.3 Mio. ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen: Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung (HFE) sowie der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (neue Aufgabe, Auswirkung NFA, -5.1 Mio.); höhere Staatsbeiträge an die ausserkantonale Platzierung von Kindern und Jugendlichen (insbesondere Wegfall IV bzw. Auswirkung NFA, -6.2 Mio.); Übergabe Führung Jugend- und Familienhilfe durch die Stadt Wädenswil an den Kanton (-0.3 Mio.); Antrag der Jugendkommissionen auf Personalaufstockung in den Jugendsekretariaten aufgrund der erhöhten Arbeitsbelastung und Fallkomplexität, wobei die beantragten 61.2 Stellen mit Hinweis auf das Entlastungsprogramm 08 um 23 Stellen bzw. Fr. 1.8 Mio. auf 38.2 Stellen (-3.0 Mio.) reduziert werden; Wechsel Zuständigkeit für das Zentrum für Gehör und Sprache zum VSA (+1.2 Mio.); Entflechtung der ambulanten kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung von den Jugendsekretariaten (Wechsel Zuständigkeit KJPD zur Gesundheitsdirektion; +4.1 Mio.); voraussichtlich geringerer Stipendienaufwand aufgrund besserer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (+ 1.0 Mio.).

### Investitionsrechnung

- Die Veränderungen resultieren zur Hauptsache aus der Bautätigkeit bzw. dem Baufortschritt beim Zentrum für Gehör und Sprache (Neubau und Sanierung Altbau inkl. Bundesbeitrag).

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Werte basieren auf dem mutmasslichen durchschnittlichen Beschäftigungsumfang sowie den Voranschlagszahlen 2007 (Die Grundlagen werden infolge komplexer Erhebung und Leistungsgruppenzuordnung in Zusammenarbeit mit dem Personalamt verifiziert). Veränderungen ergeben sich im Zusammenhang mit der Koordination / Administration der HFE, der Übernahme der Jugend- und Familienhilfe der Stadt Wädenswil, dem Antrag der Jugendkommissionen auf Personalaufstockung bei den Bezirksjugendsekretariaten, dem Wechsel des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (KJPD) zur Gesundheitsdirektion sowie der Konzentration des Informatiksupports beim Leistungs- & Kompetenzzentrum Informatik AJB bzw. bei der Bildungsverwaltung.

### Indikatoren

- Bei der Anzahl der Jugend- und Familienberatungen ist weiterhin von einem Wachstum auszugehen. Der Anstieg im Jahr 2008 steht zudem im Zusammenhang mit dem Einbezug der Jugend- und Familienhilfe der Stadt Wädenswil.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Das Jahr 2009 steht im Zeichen einer kantonalen Regelung und Umsetzung der Schulsozialarbeit (SSA). Ziel ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit qualitativ vergleichbaren SSA-Leistungen (siehe auch Projekt Nr. 149). Verschiedene Modelle sind während der Projektphase bzw. bis Ende 2009 noch im Detail zu analysieren (Dienstleistungserbringung für und/oder Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden). Die Personalaufwandsentwicklung wurde gemäss den kantonalen Besoldungsvorgaben in den Planjahren berücksichtigt. Die Verselbstständigung des Zentrums für Gehör und Sprache schlägt sich im Jahr 2009 saldoneutral in Aufwand und Ertrag nieder.

### Investitionsrechnung

- Der Investitionsbedarf reduziert sich durch die Auslagerung des Zentrums für Gehör und Sprache.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Rückgang des Beschäftigungsumfangs ist auf die geplante Verselbstständigung des Zentrums für Gehör und Sprache zurückzuführen.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Diverse Rahmenbedingungen haben sich seit der letzten KEF-Erstellung verändert, was dazu führt, dass die Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben ist. Die wichtigsten Themenbereiche die zu Änderungen führten: Auswirkungen NFA (HFE, Staatsbeiträge an ausserk. Kinder-/Jugendheime), Zeitpunkt der Verselbstständigung des Zentrums für Gehör und Sprache, Wechsel KJPD zur Gesundheitsdirektion, Stellenanträge Jugendkommissionen, Einführung/Regelung Schulsozialarbeit.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	14.3	14.6	1.2	15.9	0.7	15.6	0.6	15.7	15.8	10.5
Aufwand	-28.6	-30.6	-1.4	-32.2	-1.4	-32.5	-1.1	-32.8	-33.1	15.9
Saldo	-14.3	-16.0	-0.2	-16.3	-0.7	-16.9	-0.5	-17.1	-17.3	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	0.0									0.0
Ausgaben	-0.5	-0.5	0.3	-0.3	0.2	-0.3	0.2	-0.3	-0.3	-0.3
Nettoinvestitionen	-0.5	-0.5	0.3	-0.3	0.2	-0.3	0.2	-0.3	-0.3	-0.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	115.0	120.3	0.0	120.3	0.0	120.3	0.0	120.3	120.3	

**Aufgaben**

- A1 Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
- A2 Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (inkl. Kompetenzenbilanz)
- A3 Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen	2009	5
E2 Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung	2009	5

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)		95%	> 98%	> 98%	> 98%	> 98%	> 98%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)		10'610	11'000	11'000	11'000	11'000	11'000
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)		1'061	1'050	1'050	1'050	1'050	1'050

**Leistungsgruppe 7502 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-16.349
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.320

**Budget Leistungsgruppe 7502**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Das Amt für Jugend und Berufsberatung AJB ist Bestandteil der Leistungsgruppen "7501 Jugend- und Familienhilfe", "7502 Berufs- und Studienberatung" sowie "7000 Bildungsverwaltung". Die Bezirksjugendsekretariate verteilen sich auf die LG 7501 und 7502.
- Die Administration der Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren (biz) bei den Bezirksjugendsekretariaten erfolgt durch die jeweilige Verwaltungsstelle, welche der Leistungsgruppe 7501 Jugend- und Familienhilfe zugeordnet ist. Eine anteilmässige Verrechnung ist zurzeit nicht Bestandteil der vorliegenden Zahlen. Es handelt sich somit um Primärkosten, vor Berücksichtigung von Umlagen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Saldoveränderung zwischen Planjahr 2008 und Budget 2007 ist in erster Linie auf die Besoldungsentwicklung gemäss kantonalen Vorgaben (Fr. -0.2 Mio.) sowie auf Abschreibungen und Zinsen auf Basis der Vorjahresinvestitionen (Fr. -0.1 Mio.) zurückzuführen. Die vermehrten bezirksübergreifenden Tätigkeiten der Berufsberatungen und Berufsinformationszentren führen zu entsprechenden Verrechnungen, welche sich saldoneutral nach dem Bruttoprinzip im Aufwand und Ertrag niederschlagen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Nach der Integration der Berufsberatung der Stadt Winterthur wird von einem mehr oder weniger konstanten Personalbestand bzw. Beschäftigungsumfang ausgegangen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Saldoentwicklung wird von der Besoldungsentwicklung geprägt. Im Planjahr 2009 trägt der Wegfall von Bundesprojektbeiträgen (Fr. -0.4) zudem zu einer Saldoverschlechterung bei.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionen stehen im Zusammenhang mit Softwareanpassungen / -entwicklungen (Fallführung) sowie mit einem periodischen Erneuerungsbedarf im Bereich Mobiliar / Einrichtungen.

**Indikatoren**

- Für den Planungszeitraum wird von einer konstant bleibenden Anzahl Berufsberatungen ausgegangen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Gegenüber dem KEF Vorjahr ergeben sich keine massgeblichen Veränderungen.





## 6. Fonds

### 7403 Fonds Teilverlegung der Universität

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	7.6	7.1	-0.8	6.2	-1.3	6.2	-1.2	6.4	7.9	3.7
- Rückerstattung aus Laufender Rechnung	7.6	7.1	-0.8	6.2	-1.3	6.2	-1.2	6.4	7.9	
<b>Aufwand</b>	<b>-7.6</b>	<b>-7.1</b>	<b>0.8</b>	<b>-6.2</b>	<b>1.3</b>	<b>-6.2</b>	<b>1.2</b>	<b>-6.4</b>	<b>-7.9</b>	<b>3.7</b>
- Abschreibungen	-5.5	-5.2	0.6	-4.5	0.9	-4.5	0.9	-4.7	-5.7	
- Zinsen	-2.1	-1.9	0.2	-1.7	0.4	-1.7	0.3	-1.8	-2.1	
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen					-3.0		-1.0	2.0	6.0	1.3
Ausgaben		-5.0	4.0	-4.0	3.5	-6.5	2.0	-15.0	-15.5	-7.7
<b>Nettoinvestitionen</b>		<b>-5.0</b>	<b>4.0</b>	<b>-4.0</b>	<b>0.5</b>	<b>-6.5</b>	<b>1.0</b>	<b>-13.0</b>	<b>-9.5</b>	<b>-6.3</b>
Fondsbestand										

**Aufgaben**

A1 Dieses Globalbudget stellt in Form eines Fonds die Investitionsausgaben und Bundeseinnahmen für Bauten auf dem Irchelareal der Universität dar. Der Fonds wurde 1971 zur Tilgung der durch die Teilverlegung der Universität entstehenden und vom Kanton zu tragenden Baukosten per Gesetz (Gesetz über die Teilverlegung der Universität vom 14. März 1971) geschaffen. In dieser Leistungsgruppe werden die Abschreibungen und Zinsen gemäss den Bilanzwerten der Liegenschaft der Universität Irchel sowie der Eingang der Bundessubventionen für die bisherigen Bauetappen verbucht.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Keine Entwicklungsschwerpunkte in dieser Leistungsgruppe Direktionsziel Nr. 0

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>						
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.						
<b>Leistungen</b>						
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.						
<b>Wirtschaftlichkeit</b>						
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.						

Fonds 7403	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.000

Budget	Fonds 7403
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

#### Erfolgsrechnung

- Die Liegenschaften des Fondskontos werden in der Anlagebuchhaltung der Universität geführt. In der laufenden Rechnung werden die kalkulatorischen Kosten auf dem Netto-Anlagevermögen ausgewiesen, die der Universität (GB 9600) als Raummiete weiterverrechnet werden. Der Saldo der laufenden Rechnung ist deshalb immer Null.
- Abnehmende Buchwerte ergeben gegenüber dem Vorjahr geringere kalkulatorische Kosten (Abschreibungen und Zinsen), die der Universität als Raummiete weiterverrechnet werden.

#### Investitionsrechnung

- Geringere bauliche Investitionen aufgrund der Verzögerung der 5. Bauetappe des Projekts Universität Irchel.
  - Die Investitionen im Liegenschaftsbereich der Universität werden in der LG 7401 aufgeführt
- 

### Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

#### Erfolgsrechnung

- Anstieg der Kapitalfolgekosten ab 2011 durch den Anstieg der baulichen Investitionen in der 5. und 6. Bauetappe des Projekts Universität Irchel ab 2010.

#### Investitionsrechnung

- Anstieg der baulichen Investitionen in die 5. und 6. Bauetappe des Projekts Universität Irchel in den Jahren 2010 und 2011.
- 

### Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

#### Erfolgsrechnung

- Geringere Kapitalfolgekosten der aktivierten baulichen Investitionen in den Jahren 2008 bis 2010 aufgrund der Verzögerung bei den Investitionen der 5. und 6. Bauetappe des Projekts Universität Irchel.

#### Investitionsrechnung

- Geringere bauliche Investitionen in den Jahren 2008 bis 2010 aufgrund von Verzögerungen der 5. und 6. Bauetappe des Projekts Universität Irchel.



## 7. Projekte

### Volksschulen

- Projekt-Nr. 156: Umsetzung Volksschulgesetz (VSG)
- Projekt-Nr. 504: Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (RESA, Sonderpädagogisches Angebot)
- Projekt-Nr. 505: Qualität in multikulturellen Schulen QUIMS (Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger, Umsetzung Volksschulgesetz)
- Projekt-Nr. 513: Schulversuche mit der Grundstufe
- Projekt-Nr. 157: Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahres
- Projekt-Nr. 159: Religion und Kultur

### Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen

- Projekt-Nr. 148: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (ohne Reformen der Gesundheitsberufe)
- Projekt-Nr. 152: Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich

### Nichtstaatliche / ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten / Kurse

- Projekt-Nr. 140: Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)

### Jugend- und Familienhilfe

- Projekt-Nr. 149: Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung (Leistungsgruppen 7501 und 7502)

### Mittelschulen

- Projekt-Nr. 154: Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen



### **Mittelschulen**

- Projekt-Nr. 153: Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)
- Projekt-Nr. 158: Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen



<b>Projekt-Nr. 156</b>	<b>Umsetzung Volksschulgesetz (VSG)</b>
<b>Bildungsdirektion / Volksschulen</b>	
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>	
<p>Das bestehende Volksschulgesetz aus dem Jahre 1899 wird aufgrund der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst und durch ein neues VSG ersetzt. Dieses Gesetz bringt für die Schulen des Kantons Zürich zahlreiche Neuerungen und Veränderungen. Diese werden etappiert und zeitlich und finanziell gestaffelt umgesetzt.</p>	
<b>Geleitete Schulen:</b>	
<p>Alle Schulen im Kanton erhalten eine Leitung. Die Schulen arbeiten mit einem für die Lehrpersonen verbindlichen Schulprogramm. Die Schulen und Schulleitungen erhalten mehr Kompetenzen und entlasten dadurch die Schulpflegen.</p>	
<b>Familienfreundliche Blockzeiten und Tagesstrukturen:</b>	
<p>An allen Vormittagen wird während vier Lektionen unterrichtet oder betreut. Darüber hinaus bieten Gemeinden im Bedarfsfall weitergehende Tagesstrukturen und Aufgabenhilfe an, wobei jedoch erstere für Eltern kostenpflichtig sind.</p>	
<b>Qualitätssicherung:</b>	
<p>Die Schulpflegen und Schulen zeichnen für die Qualitätssicherung verantwortlich. Neu wird zudem eine professionelle Fachstelle für Schulbeurteilung die Qualität in den Schulen überprüfen.</p>	
<b>Aufsicht:</b>	
<p>Der Bezirksrat behandelt neu Rekurse und Beschwerden. Die bis 2007 eingestellten Gelder stehen ab 2008 der Direktion für Justiz und Inneres zur Verfügung.</p>	
<b>Finanzierung der Volksschule:</b>	
<p>Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Volksschule, zu welcher neu auch der Kindergarten gehört. Das heutige Finanzierungssystem wird vereinfacht. Die Mittel werden über Vollzeitstellen, welche die soziale Struktur einer Gemeinde berücksichtigen, ausgerichtet.</p>	
<b>Entlastung der Schulpflegen:</b>	
<p>Die Schulleitungen und die Vereinfachung des Staatsbeitragswesens werden zu einer Entlastung der Schulpflegen führen.</p>	
<b>Leistungsförderung in Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger (QUIMS):</b>	
<p>Die Qualitätssicherung in multikulturellen Schulen wird gesetzlich verankert (siehe Projekt Nr. 505).</p>	
<b>Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (früher RESA):</b>	
<p>Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden nach Möglichkeit integrativ geschult (siehe Projekt Nr. 504)</p>	
<b>Eltern:</b>	
<p>Das Gesetz schafft für Eltern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, beschreibt jedoch auch klarer ihre Pflichten.</p>	
<b>Kindergarten:</b>	
<p>Der Kindergarten wird Teil der Volksschule; der Besuch ist obligatorisch. Die Anstellung ist kantonal geregelt.</p>	
<b>12. Schuljahr:</b>	
<p>Der Kanton beteiligt sich neu im gleichen Umfang wie beim Werkjahr an den Kosten. Die eingestellten Gelder stehen ab 2008 dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt zur Verfügung.</p>	
<b>Oberstufe:</b>	
<p>Die Oberstufe erhält eine neue Rahmenregelung, in der die bisherigen von den Schulgemeinden gewählten Modelle weiterhin ihren Platz haben werden, die neu aber Zwischenlösungen ermöglicht.</p>	
<b>Wirkungsziel:</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Schule steuert ihre Entwicklung und sichert ihre Qualität innerhalb der kantonalen Vorgaben.</li><li>• Die Schule hat Leitungs- und Mitwirkungsstrukturen, die eine zielgerichtete gemeinsame Entwicklung garantieren.</li><li>• Die Schule setzt die Sonderpädagogischen Massnahmen in der Regel integrativ und durch individualisierenden Unterricht um. Sie leistet einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.</li><li>• Die Sprachfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler wird gezielt gefördert.</li></ul>	

**Leistungsziel:**

- Die Umsetzung des Volksschulgesetzes wird bis 2011/2012 abgeschlossen.
- Die Gemeinden werden bei der Umsetzung bedarfsgerecht mit schriftlichen Materialien, Beratungen am Ort, themenspezifischen teaminternen Weiterbildungen und allfälligen weiteren Weiterbildungen (Zertifikatslehrgänge) unterstützt.
- Der Kanton stellt die Lehrpersonen der Kindergartenstufe kantonal an, erarbeitet einen Lehrplan für die Kindergartenstufe, übt die Aufsicht über die Privatschulen aus, führt die Fachstelle für Schulbeurteilung und regelt die Finanzierung des 12. Schuljahres neu.
- Auf der Ebene Gemeinde werden vierstündige Blockzeiten und im Bedarfsfall weiter gehende Tagesstrukturen angeboten.
- Alle Schulen haben Leitungsstrukturen.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-15.13	-3.04	-4.33	-3.07	-2.08	-1.40	-1.21
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-28.40	-8.92	-11.88	-5.08	-1.04	-0.81	-0.67
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 156**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Verabschiedung der Verordnungen (Volksschulverordnung, Lehrpersonalverordnung) durch RR / Start der etappierten Umsetzung Blockzeiten, QUIMS, etc. / Start der Weiterbildungen und Unterstützungsleistungen
2007	- Verabschiedung der Finanz- und der Sonderpädagogischen Verordnung / Ablösung der Bezirksschulpflegen durch Bezirksrat als Rekursinstanz / Aufsicht Privatschulen durch Kanton
2008	- Kantonalisierung der Kindergärten / Erarbeitung und Einführung Lehrplan Kindergarten / Neues Finanzierungssystem eingeführt / Kanton beteiligt sich kantonsweit an den Kosten geleiteter Schulen / Schulleitungen an allen Schulen / Start der etappierten Umsetzung der sonderpäd. Massnahmen
2009	- Tagesstrukturen in Gemeinden eingeführt
2012	- Umsetzung VSG abgeschlossen

**Bemerkungen**

Gegenüber dem KEF 2007 - 2010 ergeben sich ab Kalenderjahr 2008 erhebliche Unterschiede bei den Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Dies liegt darin begründet, dass wiederkehrende Kosten (Schulleiter-Löhne, Beiträge an Blockzeiten usw.) nicht mehr unter dem Projektblatt 156 geführt werden. Gleiches lässt sich auch bezüglich des Projektaufwandes feststellen. Auch hier werden die wiederkehrenden Kosten nicht mehr im Projekt 156 ausgewiesen.



<b>Projekt-Nr. 504</b>	<b>Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (RESA, Sonderpädagogisches Angebot)</b>
------------------------	--

**Bildungsdirektion / Volksschulen**

**Kurzumschreibung Projekt**

Das Angebot der sonderpädagogischen Massnahmen wird neu gestaltet und integrativ ausgerichtet. Schüler/innen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen (d.h. Kinder mit Lernschwierigkeiten wie auch besonders begabte Schüler/innen) werden so weit als möglich innerhalb der Regelklasse gefördert. Dies bedingt die gezielte Ausbildung einer grossen Gruppe von Lehrpersonen sowie Unterstützung der Gemeinden bei der Implementierung.

Sonderpädagogische Massnahmen werden so eingesetzt, dass sie sowohl das einzelne Kind und über die Arbeit innerhalb der Klasse auch die Schule als Ganzes unterstützen und stärken. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen und sonderpädagogischen Fachpersonen ist ein zentrales Element, um diese Wirkung erzielen zu können. Im Weiteren wird diese Neuorganisation auch zu einer Vereinheitlichung der Massnahmen der verschiedenen Gemeinden führen. Zur Umsetzung der vorgenannten Massnahmen muss ein sonderpädagogisches Konzept und ein Klassifizierungssystem für den Kanton Zürich erarbeitet werden.

**Wirkungsziel:**

- Verstärkung der Ausrichtung der sonderpädagogischen Angebote gemäss neuem VSG
- Erhöhung der Leistungen des sonderpädagogischen Systems

**Leistungsziel:**

- Unterstützung der Lehrpersonen durch klassenunterstützende, unterrichtsnahe Angebote
- Förderung der Kooperation auf Schuleinheitsebene inkl. Vernetzung der Fachleute
- Erweiterung der Erkenntnisse mit der qualitativen (wirkungsorientierten) Weiterentwicklung des sonderpädagogischen Angebotes auf schulorganisatorischer sowie unterrichtsnaher Ebene
- Erarbeitung eines sonderpädagogischen Konzeptes
- Planung und Evaluation des sonderpädagogischen Angebotes gemäss Konzept
- Weiterbildung resp. Ausbildung der sonderpädagogischen Lehrpersonen

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-6.30	-0.26	-0.98	-1.33	-2.03	-1.13	-0.57
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-1.60	-	-0.07	-0.51	-0.51	-0.51	-
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 504**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006/2007	- Vorbereitungsarbeiten, Erstellen sonderpädagogisches Konzept
2007	- Kick off Veranstaltungen
2008-2010	- Gestaffelte Einführung der neu gestalteten sonderpädagogischen Massnahmen

**Bemerkungen**

Die geplanten Arbeiten stützen sich ab auf die bisherigen Erfahrungen aus den fünf ehemaligen Pilotschulen Teilautonome Volksschulen TaV/RESA. Infolge Rückzug der Invalidenversicherung von der Mitfinanzierung der sonderpädagogischen Ausbildung per 1.1.2008 (NFA) liegen die Ausbildungskosten und damit die Projektkosten über den Vergleichswerten des Vorjahres-KEF.



<b>Projekt-Nr. 505</b>	<b>Qualität in multikulturellen Schulen QUIMS (Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger, Umsetzung Volksschulgesetz)</b>
------------------------	--

**Bildungsdirektion / Volksschulen****Kurzumschreibung Projekt**

Schulen mit hohen Anteilen Fremdsprachiger führen gemäss neuem Volksschulgesetz (§§ 25 und 62) zur Sicherung der Qualität zusätzliche Angebote und Massnahmen. Die Schulen werden dabei finanziell unterstützt.

**Wirkungsziel:**

- Verbesserung der Lernbedingungen im Sprachlernen und Leistung von Beiträgen zur Förderung des Schulerfolgs
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern
- Hebung des Leistungsniveaus und der Bildungschancen

**Leistungsziel:**

- QUIMS-Massnahmen in 20 Schulen (2005 und 2006), in 40 Schulen (2007), in 60 Schulen (2008), in 80 Schulen (2009), in 100 Schulen (2010)
- Hebung des Informationsstandes über Qualitätsverbesserung in 100 weiteren stark betroffenen Schulen

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-2.31	-0.38	-0.52	-0.53	-0.53	-0.35	-
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-16.65	-1.30	-1.75	-2.40	-3.20	-4.00	-4.00
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 505**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002-2006	- Dritte Projektphase, Ausweitung auf 20 Schulen (Schulversuch)
2006-2008	- Erste Staffel zur Einführung von 40 neuen Schulen (Stadt Zürich)
2008-2010	- Zweite Staffel zur Einführung von 40 neuen Schulen (restlicher Kanton)
2010	- Abschluss der Einführung
ab 2011	- QUIMS als fester Bestandteil in den beteiligten Schulen (Normalbetrieb)

**Bemerkungen**

Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden ausgerichteten Mittel werden in der Rubrik „Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt“, der Mittelbedarf für Projektmitarbeitende, Dienstleistungen Dritter etc. in der Rubrik „Projektaufwand“ ausgewiesen.



<b>Projekt-Nr. 513</b>	<b>Schulversuche mit der Grundstufe</b>
<b>Bildungsdirektion / Volksschulen</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Neugliederung der Volksschule durch Einrichtung einer Grundstufe für vier- bis siebenjährige Kinder, die flexibel in drei (ausnahmsweise auch in zwei oder vier) Jahren durchlaufen wird. Weitgehende Integration von Kindern mit besonderen sonderpädagogischen Bedürfnissen.
<b>Wirkungsziel:</b>
Schulmodell für die Schuleintrittsstufe, das auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lernstände der Kinder ausgerichtet ist und Strukturen sowie Inhalte neu regelt:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Differenzierung nach Entwicklungsstand</li> <li>• fließender Übergang vom lernenden Spielen zum systematischen Lernen</li> <li>• flexibler Übergang in die nächste Stufe</li> </ul>
<b>Leistungsziel:</b>
(gemäss RRB Nr. 1337/2003)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projektstart auf Schuljahr 04/05 mit maximal 30 Klassen</li> <li>• Ausweitung des Projektes auf Schuljahresbeginn 05/06 mit maximal weiteren 60 Klassen</li> <li>• Ausweitung des Projektes auf Schuljahr 06/07 mit weiteren 30 Klassen</li> <li>• Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des Schulmodells</li> <li>• Pädagogische, strukturelle, rechtliche, finanzielle Grundlagen zur Entscheidungsfindung</li> </ul>

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-6.49	-1.04	-1.23	-1.22	-1.00	-1.00	-1.00
Netto-Investitionen							

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-2.78	-0.81	-0.52	-0.55	-0.30	-0.30	-0.30
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 513</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>
2003	- Vorbereitung: Entwicklungsarbeiten, Projektplanung, Ausschreibung
2004	- Versuchsstart mit erster Staffel; Nachqualifikation der Lehrpersonen
2005 / 2006	- Versuchsstart mit zweiter und dritter Staffel; Nachqualifikation der Lehrpersonen; Vorbereitung Entscheidungsfindung; Zwischenbericht
2007 / 2008	- Öffentlichkeitsarbeit; Behördenschulung; Entscheidungsgrundlagen
2009	- Schlussbericht

<b>Bemerkungen</b>
Im Frühjahr 03 überwies das Parlament eine Leistungsmotion zur Durchführung eines Versuches mit der Grundstufe. Mit RRB Nr. 1337/2003 wurden die Kreditmittel für den im Schuljahr 2004/05 beginnenden und bis August 09 dauernden Schulversuch bereitgestellt. Diese Mittel werden aber nicht ganz ausgeschöpft, da die effektiv am Versuch beteiligte Anzahl Grundstufenklassen total 76 beträgt und unter dem geplanten Wert liegt. Ab Schuljahr 2007/08 kommen zwei weitere Klassen hinzu (Schulgemeinde, Schuleinheit). Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden ausgerichteten Mittel werden unter der Rubrik „Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt“ ausgewiesen. Die Rubrik „Projektaufwand“ beinhaltet Sach- und Personalkosten während der Projektphase.



<b>Projekt-Nr. 157</b>	<b>Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahres</b>
<b>Bildungsdirektion / Volksschulen</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr. Feststellen des individuellen Lernstandes mit dem Testinstrument Stellwerk als Ausgangspunkt für die gezielte Lernförderung und bessere Vorbereitung auf den Übergang Volksschule - Beruf. Erprobung des Rahmenkonzepts in zehn Pilotschulen an der Sekundarstufe, Ausweitung auf weitere Sekundarschulen prüfen.
<b>Wirkungsziel:</b>
Schulmodell für das 9. Schuljahr, das eine qualitativ bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die Sekundarstufe II ermöglicht, indem es auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Lernstände der Jugendlichen ausgerichtet ist und Inhalte und Organisation entsprechend neu regelt:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Feststellen des individuellen Lernstandes mit dem Instrument Stellwerk als Grundlage für die Standortbestimmung und Zielvereinbarung im Rahmen des standardisierten Standortgespräches mit Lehrpersonen, Eltern und Schülerinnen und Schülern.</li> <li>• Einsatz des Instruments Stellwerk als Ausgangspunkt für die Unterrichtsentwicklung und gezielte Lernförderung; Lernsteuerung durch Unterrichtsangebote, die sich am selbstverantwortlichen Lernen und Erproben von erweiterten Lernstrategien orientieren.</li> <li>• Zusammenarbeit zwischen Schule - Berufsberatung intensivieren, frühzeitigere Erfassung und Begleitung der Risikogruppen.</li> </ul>
<b>Leistungsziel:</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projektstart ab Schuljahr 2005/06 mit maximal 10 Pilotschulen (rund 50 Klassen pro Schuljahr).</li> <li>• Projektverlängerung bis Ende Schuljahr 2008/09, Ausweitung des Projektes ab Schuljahr 2007/08 mit maximal weiteren 10 bis 20 Schulen prüfen.</li> <li>• Grundlagen für eine flächendeckende Umsetzung vorbereiten.</li> <li>• Erprobung des Rahmenkonzepts evaluieren und Erkenntnisse für Umsetzung sichern.</li> </ul>

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-1.74	-	-	-0.30	-0.34	-0.55	-0.55
Netto-Investitionen							

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 157</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>
2005/06	- Projektstart: Projektplanung, Ausschreibung, Entwicklungsarbeiten, Weiterbildung der Lehrpersonen, erster Testlauf Stellwerk 8.
2006/07	- Zwischenbericht zum ersten Projektjahr; Anpassung WB-Konzept, Umsetzung neues 9. Schuljahr, zweiter Testlauf Stellwerk 8, Initiierung Netzwerk Pilotschulen.
2007/08	- Schlussbericht zur Pilotphase 2005-07, Grundlagen für Entscheid Einführung vorbereiten (RRB), Ausweitung auf weitere Sekundarschulen. Vernehmlassung betreffend Anpassungen Lehrplan und Lektionentafel, Auswertungsbericht.
2008/09	- Allfällige Umsetzung ab 2009/10 planen.

<b>Bemerkungen</b>



<b>Projekt-Nr. 159</b>	<b>Religion und Kultur</b>
<b>Bildungsdirektion / Volksschulen</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
An der gesamten Volksschule wird ein obligatorisches Fach Religion und Kultur eingeführt, das mit der verfassungsmässig garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit übereinstimmt. Es ersetzt das Freifach Biblische Geschichte auf der Primarstufe sowie den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht (KokoRu) auf der Sekundarstufe I.
<b>Wirkungsziel:</b>
Erhöhung der Kompetenz im Umgang mit religiösen und kulturellen Fragen und Traditionen sämtlicher Schülerinnen und Schüler durch den obligatorischen Unterricht
Förderung des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft
Gewährleistung der Unterrichtsqualität durch spezifisch aus- und weitergebildete Lehrpersonen sowie durch einen neu ausgerichteten Lehrplan und darauf abgestimmte Lehr- und Lernmaterialien
<b>Leistungsziel:</b>
Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen sowie Bereitstellen von geeigneten Lehr- und Lernmaterialien
Integration des Faches in die Lektionentafel
Einbezug aller Beteiligten, einschliesslich Vertretungen verschiedener Religionsgemeinschaften und des Schulfeldes
Bedarfs- und zeitgerechte Information der Öffentlichkeit über die Ziele, Inhalte und Umsetzung
Support der Schulgemeinden bei der Einführung des Faches
Für die Zielerreichung adäquate Projektorganisation

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung			-0.38	-1.22	-1.18	-1.18	-1.18
Netto-Investitionen							

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							*
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 159</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>
2007	- Einführungsbeschluss des Bildungsrates, Erarbeitung der Projektstruktur, möglicher Beginn der Einführung auf der Sekundarstufe, Erarbeitung eines Konzeptes zur Neuschaffung eines Lehrmittels, Evaluation bestehender Lehrmittel, Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen
2008	- Bereitstellen von Unterrichtsmaterialien für die Übergangszeit, Verträge zur Lehrmittelschaffung, möglicher Beginn der Einführung auf der Primarstufe
2008 - 2011	- Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, Bereitstellen von Materialien für den neu ausgerichteten Unterricht
2011	- Definitiver Beginn der Einführung auf der Primar- und Sekundarstufe, Herausgabe von Unterrichtsmaterialien

<b>Bemerkungen</b>
* Spätestens bis im Schuljahr 2011/12 haben alle Schulgemeinden mit der Einführung des neuen Faches Religion und Kultur auf der Primar- und Sekundarstufe I begonnen. Die Gemeinden können das Fach auf der Sekundarstufe bereits ab Schuljahr 2007/08, auf der Primarstufe ab Schuljahr 2008/09 einführen, sofern sie über genügend qualifizierte Lehrpersonen verfügen. Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, wann die einzelnen Gemeinden mit der Einführung beginnen werden. Mit der Einführung des Faches bleibt die Gesamtzahl der Lektionen auf der Unterstufe und auf der Sekundarstufe gleich, nur auf der Mittelstufe wird sie um eine Lektion erhöht (was im Endausbau, d.h. spätestens 2017, zu einer kantonalen Mehrbelastung von jährlich rund 2 Mio. Fr. führt).



<b>Projekt-Nr. 148</b>	<b>Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (ohne Reformen der Gesundheitsberufe)</b>
------------------------	--

**Bildungsdirektion / Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen**
**Kurzumschreibung Projekt**

Das eidg. Berufsbildungsgesetz (BBG) ist seit 1.1. 2004 in Kraft. Da der Kanton für den Vollzug des BBG zuständig ist, sind die entsprechenden Rechtsgrundlagen anzupassen.

**Wirkungsziel:**

- Einbezug der Berufe in den Bereichen Soziales und Kunst
- Differenzierte berufliche Bildung: 3- oder 4-jährige Grundbildungen mit hohem Schulanteil sowie 2-jährige Grundbildungen mit eigenem Qualifikationsprofil für Schwächere (Grundbildung mit Attest)
- Klar definierte höhere Berufsbildung im Nicht-Hochschulbereich
- Mehr Verantwortung der Akteure vor Ort
- Pflicht zur Qualitätsentwicklung
- Neue Qualifikationsverfahren (z.B. Modulabschlüsse)
- Verbesserte Durchlässigkeiten
- Leistungsorientierte Finanzierung über Pauschalen

**Leistungsziel:**

Integration der Ausbildungen im Sozial- und Kunstbereich in die Bildungssystematik des Bundes

- Etablierung der Grundbildung Fachfrau / Fachmann Betreuung sowie der additiven BM Gesundheit/Soziales
- Etablierung der Grundbildungen Kunst, z.B. Bühnentanz. In Absprache mit den andern Kantonen, festlegen des Schulortes.
- Überführung der Diplomausbildungen im Bereich Soziales und Kunst in die Höheren Fachschulen - sofern sie einem öffentlichem Interesse entsprechen.
- Bereinigung der Strukturen bei den Diplomausbildungen HF Soziales

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.75		-0.15	-0.28	-0.22	-0.1	0
Netto-Investitionen							

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-17.0	-1.0	-2.5	-2.7	-3.3	-3.7	-3.8
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 148**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003 bis 2005	- Entwurf und Vernehmlassung Einführungsgesetz zum neuen Berufsbildungsgesetz (BBG) im Kanton Zürich
2004	- Gesetz und Verordnung auf Bundesebene per 1.1.2004 in Kraft
2007	- Beratung und Entscheid im Kantonsrat
2007	- Entscheid der Bildungsdirektion zur zukünftigen strukturellen und inhaltlichen Ausrichtung der Bildung im Bereich Soziales
2008	- Voraussichtliche Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes zum BBG im Kanton Zürich per 1.1.2009



#### Bemerkungen

- Die Entwicklungen werden durch den Bund bzw. das neue Berufsbildungsgesetz und die entsprechenden Verordnungen bestimmt.
- Bei nur leicht steigenden Schülerzahlen erhöht sich der Schulanteil verhältnismässig stärker wegen steigendem Anteil von BMS-Absolventen, Einführung Eidg. Berufsattest, den an die erweiterten Lehr- und Lernformen angepassten Lehrplänen, neuen Bildungsverordnungen und dem Ausschöpfen der möglichen maximalen Lektionenzahl.
- Ab 2008 ist aufgrund des Neuen Finanzausgleiches (NFA) mit weiteren Kosten zu rechnen: Übernahme der Finanzierung von Ausbildungen im Sozialbereich und von bisher durch die IV finanzierten Grundbildungen.



<b>Projekt-Nr. 152</b>	<b>Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich</b>
<b>Bildungsdirektion / Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
<p>Im Rahmen der Weiterbildungs-Strategie des Kantons Zürich:</p> <p>Bestandesaufnahme der Weiterbildungsangebote an den Berufsfachschulen und Institutionen der beruflichen Weiterbildung im Kanton Zürich.</p> <p>Entwicklung von Grundlagen zur Umsetzung des Service Public im Sinne des neuen Einführungsgesetzes (nEG) zum neuen Berufsbildungsgesetz (Kostenrechnung, Statistiken usw.).</p> <p>Überprüfung des Verwaltungsaufwandes an den Weiterbildungsabteilungen der Berufsfachschulen und Entwicklung eines Overheadquotienten.</p> <p>Prüfung der Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit mit den privaten Anbietern sowie allfällige Vergabe von Leistungsaufträgen an diese unter Berücksichtigung der Marktproblematik.</p> <p>Analyse der Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung im Kanton Zürich.</p> <p>Prüfung der Auswirkungen des Weiterbildungsartikels in der Bildungsverfassung.</p>
<b>Wirkungsziel:</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Festlegen der Strategie des Kantons Zürich in der Weiterbildung</li> <li>• Definition der Service-Public-Angebote in den Bereichen Höhere Berufsbildung, Berufsorientierte- und Allgemeine Weiterbildung nach Vorgabe nEG.</li> <li>• Rollenklärung staatliche Schulen vs. private Schulen.</li> <li>• Aufbau/Entwicklung einer aussagefähigen Kostenrechnung für die BS.</li> <li>• Entwicklung einer Weiterbildungs-Statistik auch unter Einbezug/Berücksichtigung der privaten Anbieter.</li> <li>• Klärung der staatlichen Ressourcen (personell und finanziell)</li> <li>• Verbesserung der gezielten und individuellen Weiterbildungsbeteiligung</li> </ul>
<b>Leistungsziel:</b>

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-2.0		-1.5	-0.5			
Netto-Investitionen							

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-6.0				-2.0	-2.0	-2.0
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 152</b>	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
02.2006	- Lehrpersonenlöhne/Kursgeldeinnahmen/Anzahl Teilnehmende sind für das Herbstsemester 2005 erfasst.
03.2006	- Grafiken zu obigen Daten erstellt
2007	- nEG durch den Kantonsrat verabschiedet.
01.2007	- Kostenrechnung operativ
12.2007	- Service Public Angebote definiert
06.2008	- WB-Statistik aufgebaut
08.2008	- Weiterbildungsstrategie ist festgelegt



**Bemerkungen**

Der Zeitplan der Behandlung des neuen kantonalen Einführungsgesetzes zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz bedingt eine Anpassung der Meilensteinplanung und des Projektaufwandes mit dem KEF / VA 2009.



<b>Projekt-Nr. 140</b>	<b>Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)</b>
------------------------	--

**Bildungsdirektion / Nichtstaatliche / ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten / Kurse**

#### Kurzumschreibung Projekt

Der Kanton definiert ein kohärentes, flexibles System der Brückenangebote mit Ausrichtung auf die Berufsbildung. Die Trägerschaft, die Finanzierung und das Controlling dieser Angebote werden geregelt.

#### Wirkungsziel:

- Kostenbelastung für die Eltern und Kantonsbeiträge sind einheitlich.
- Rahmenlehrpläne für das Projekt BAVbG liegen vor und werden zielgerichtet umgesetzt.
- Die Übergänge von den BAVbG in die Berufsbildung sind geregelt.

#### Leistungsziel:

#### Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

#### Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-65.4		0	-8.1	-19.1	-19.1	-19.1
Netto-Investitionen							

#### Meilensteinplanung Projekt-Nr. 140

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Start des Projektes
2005	- Konzept der BAVbG und Entwurf der Rechtsgrundlagen liegen vor
2006	- Erarbeiten der Rechtsgrundlagen im Rahmen neues Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz abgeschlossen
2006	- Rahmlehrpläne erstellt
2008	- Voraussichtliche Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes BBG im Kanton Zürich
2008	- Auf Schuljahr 2008/09 Umsetzung des Konzeptes
2009	- Erstmalige Finanzierung nach neuer Regelung

#### Bemerkungen

Die Nettobelastung der Umsetzung des Projektes auf den Staatshaushalt beginnt 2009 mit 11 Mio. Fr. und beträgt über die KEF-Periode 33 Mio. Fr. Bereits heute entrichtet der Kanton Beiträge von 8.1 Mio. Fr. an die Brückenangebote. 6.6 Mio. Fr. stammen von der Volksschule (LG 7200; Beiträge an 10. Schuljahr, Werkjahr und Integrationskurse) und ab 2008 kommen noch Beiträge von 1.5 Mio. Fr. von den Hauswirtschaftlichen Jahreskursen der Leistungsgruppe 7305 diesem Projekt zu Gute.

Diese neue Struktur und Aufgabenteilung basiert auf den Rechtsgrundlagen für die BAVbG, die im Rahmen des Projektes "Neues Berufsbildungsrecht im Kanton Zürich" geschaffen werden.

Die Mehrkosten basieren auf einem Kantonsanteil von 50% an die Vollkosten nach Abzug eines Schulgeldes von 2400 Fr. Die Mehrkosten reduzieren sich um allfällige Bundesbeiträge.

Legende: BAVbG: Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung.



<b>Projekt-Nr. 149</b>	<b>Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung (Leistungsgruppen 7501 und 7502)</b>
------------------------	---

### Bildungsdirektion / Jugend- und Familienhilfe

#### Kurzumschreibung Projekt

Das Jugendhilfegesetz (Gesetz über die Jugendhilfe) und die dazugehörigen Verordnungen werden revidiert.

Es werden folgende Ziele angestrebt:

- Erweiterung des Geltungsbereiches des JHG um die Bereiche: Schulsozialarbeit, Familienergänzende Betreuung.
- Überarbeitung der Bestimmungen zu den Finanziellen Leistungen (Alimentenbevorschussung, Überbrückungshilfen und Kleinkindbetreuungsbeiträge).
- Aufnahme von Bestimmungen zum Datenschutz.
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren.
- Bestimmungen zur Bildung regionaler Strukturen.
- Regelung der Aufgaben und Kompetenzen der Jugendkommissionen.
- Neuregelung der Mandantenverwaltung.

Die Erkenntnisse der Reformprojekte werden weiterhin umgesetzt. In der Region Ost (Oberland) werden neue Organisationsformen, bzw. Kooperationsmodelle sowie Planungs- und Steuerungsgrundsätze in der Praxis erprobt. Basis dazu bildet bis zur Einführung des Telrevidierten Jugendhilfegesetzes die Verordnung zur Erprobung neuer Strukturen der Jugendhilfe vom 20.7.2005 (VOJHG; LS 852.15). Die Region Süd (Bezirke Horgen, Affoltern und Dietikon) wird im Jahre 2007 geschaffen, was entsprechende Reorganisationen erfordert.

In den Regionen und Kooperationsräumen werden Modelle zur Leistungserbringung erprobt. Es geht um die bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung sowie um Bündelung zentraler Dienstleistungen und um die Durchlässigkeit der Angebote.

Im Hinblick auf die Erweiterung des Geltungsbereiches des Jugendhilfegesetzes werden die entsprechenden Vorarbeiten weitergeführt.

#### Wirkungsziel:

- Sicherstellung eines bedarfsorientierten Leistungsangebots der Jugendhilfe und Berufsberatung zur Verwirklichung der politischen Zielvorgaben.
- Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen.

#### Leistungsziel:

Leitbild Jugend- und Familienhilfe / Interdisziplinäre und interinstitutionelle Zusammenarbeit erhalten und fördern. / Neues Finanzierungsmodell für die ambulante und die stationäre Jugendhilfe / Umsetzung des Konzeptes für die "Zusammenarbeit von Berufsberatung und Schule".

#### Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-3.0		-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Netto-Investitionen	-2.0		-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4

#### Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-28.8				-9.0	-9.6	-10.2
Netto-Investitionen							

#### Meilensteinplanung Projekt-Nr. 149

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Teilrevision des Jugendhilfegesetzes / Gesetzesvorlage. - Reorganisation verschiedener Berufsberatungsstellen in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen in den Regionen.



**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 149**

**Jahr                    Meilensteine / Ergebnisse**

- |      |   |
|------|---|
|      | <ul style="list-style-type: none"><li>- Umsetzung der Erkenntnisse aus den Reformprojekten bis voraussichtlich Ende 2011.</li><li>- Erarbeitung von kantonalen Empfehlungen zur Schulsozialarbeit; Aufbau der Fachstelle.</li></ul> |
| 2009 | <ul style="list-style-type: none"><li>- Einführung des revidierten Gesetzes.</li></ul>  |

**Bemerkungen**



<b>Projekt-Nr. 154</b>	<b>Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen</b>						
<b>Bildungsdirektion / Mittelschulen</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Während der vom Regierungsrat bewilligten Verlängerung des Pilotprojektes „Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen (Deutsch/Englisch)“ um weitere drei Jahre und einer Ausweitung auf drei weitere Pilotschulen soll das Projekt auf der Grundlage der externen Evaluationsergebnisse weiterentwickelt werden.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Die Weiterentwicklung des Projektes betrifft insbesondere die Zulassungsbedingungen der SchülerInnen zum zweisprachigen Ausbildungsgang sowie die kantonalen Rahmenbedingungen zur Einführung der zweisprachigen Maturität (Deutsch/Englisch). Diese sind anzupassen und zu optimieren.							
Die Anforderungen an die Qualifikation der Immersionslehrpersonen und die damit verbundenen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind zu überprüfen. Bezüglich der Anforderungen an die Erteilung von Immersionsunterricht bzw. der Beurteilung der Sprachkompetenzen von Immersionslehrpersonen sind Standards und Assessment-Verfahren zu entwickeln.							
Das Ziel des Projekts ist dessen Weiterentwicklung im Sinne der Empfehlungen des Evaluationsberichtes. Auch für die Pilotverlängerung ist eine externe wissenschaftliche Evaluation vorzusehen. Die Ergebnisse sollen die Grundlage liefern für den Entscheid bezüglich einer allgemeinen Einführung.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Per Schuljahr 2007/08 starten drei neue Pilotschulen mit zweisprachigen Ausbildungsgängen.							
Es wird eine externe wissenschaftliche Evaluation durchgeführt.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-0.850	-0.100	-0.355	-0.295	-0.100	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 154</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2006	- Die Pilotphase wird um 3 Jahre verlängert.						
2006	- Der Bildungsrat teilt drei weiteren Mittelschulen zweisprachige Ausbildungsgänge zu.						
2007	- Der Zwischenbericht der externen wissenschaftlichen Evaluation liegt vor, ebenso die Expertise 'Immersion und Assessment'.						
2007	- Alle (bisherigen und neuen) Pilotschulen starten nach den neuen überarbeiteten Rahmenbedingungen.						
2007	- Der Regierungsrat bewilligt das revidierte Aufnahmereglement.						
2008	- Der Schlussbericht der externen wissenschaftlichen Evaluation liegt vor.						
2009	- Die dreijährige Verlängerung Pilotphase endet mit dem Frühlingsemester 2009.						
<b>Bemerkungen</b>							
Der Bildungsrat wird vom Schlussbericht der Expertise „Immersion und Assessment“ im Sommer 2007 Kenntnis nehmen.							



<b>Projekt-Nr. 153</b>	<b>Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)</b>
<b>Bildungsdirektion / Mittelschulen</b>	

**Kurzumschreibung Projekt**

Die bisher dezentral erarbeiteten und durchgeführten Aufnahmeprüfungen an die kantonalen Mittelschulen werden vereinheitlicht. Zuständigkeiten, Kompetenzen, Abläufe und Zeitpläne werden angepasst und gegebenenfalls neu entwickelt. Mit externer wissenschaftlicher Begleitung wird die Qualität der traditionellen, zu vereinheitlichenden Aufnahmeprüfung optimiert.

**Wirkungsziel:**

Das Ziel des Projekts ist die Erhöhung der Qualität der Aufnahmeprüfungen. Dabei soll die Begabung einen grösseren Einfluss haben als ein kurzfristiges Prüfungstraining.

**Leistungsziel:**

2007: Vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen an den Langgymnasien

2008: Vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei den Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen

In einer zweiten Phase, beginnend 2008 bei den Langgymnasien, sollen neue Prüfungselemente mit wissenschaftlicher Unterstützung erprobt werden. Angestrebt wird ein fachfreier Testteil, der das Potenzial für das Bestehen der Probezeit und die ersten Jahre der Mittelschule prüft.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	-0.376	-0.052	-0.104	-0.104	-0.067	-0.049	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 153**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Start des Projektes
2006	- Zwischenbericht an die Direktion
2007	- Erstmals vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei Langgymnasien und Fachmittelschulen incl. Auswertung
2008	- Erstmals vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen incl. Auswertung
2008	- Erstmals Erprobung neuer Prüfungselemente (Potenzialtest) bei Langgymnasien incl. Auswertung
2009	- Erstmals Erprobung neuer Prüfungselemente (Potenzialtest) bei Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen incl. Auswertung
2010	- Entscheid über den definitiven Einsatz neuer Prüfungselemente (Potenzialtest)

**Bemerkungen**

Bezug zu weiteren Projekten:

HarmoS-Projekt; Evaluation der Maturitätsreform (EVAMAR); Bildungsrätlicher Bericht „Stand und Entwicklung der Mittelschulen im Kanton Zürich“; MH06



<b>Projekt-Nr. 158</b>	<b>Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen</b>						
<b>Bildungsdirektion / Mittelschulen</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Der Bericht „Aktueller Stand und Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der gymnasialen Mittelschulen des Kantons Zürich“ hat nebst den Resultaten der Ehemaligenbefragungen der vergangenen Jahre Bedarf an zusätzlicher Vermittlung von überfachlichen Kompetenzen ergeben. Es sollen besondere Unterrichtsformen erhoben und ausgewertet werden, die zur Stärkung des selbständigen Lernens beitragen, die Mitverantwortung der Schüler/innen für den Lernprozess fördern und den Erwerb von Lernstrategien und -techniken ermöglichen. Einen zentralen Teil der Umsetzung werden Fortbildungsmaßnahmen für Mittelschullehrpersonen darstellen.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Förderung von SOL-Projekten an einzelnen Schulen Koordination der SOL-Projekte an Mittelschulen in Zusammenarbeit mit den Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen							
<b>Leistungsziel:</b>							
Erhebung und Auswertung bereits bestehender SOL-Unterrichtsformen an Zürcher Mittelschulen Analyse des Weiterbildungsbedarfes der Lehrpersonen an Zürcher Mittelschulen Analyse spezifischer Aus- und Weiterbildungsangebote							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-1.45	0	0	-0.20	-0.35	-0.45	-0.45
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen	0	0	0	0	0	0	0
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 158</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2008	- Erhebung zu bereits bestehenden Formen von selbstorganisiertem Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, Bestandesaufnahme von Best-Practice-Beispielen						
2008	- Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten						
2008	- Erarbeiten von Entwicklungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Mittelschulen						
2009	- Aufbau und Weiterentwicklung von SOL-Projekten an den Mittelschulen						
2009	- Durchführung von Aus- und Weiterbildungen für Lehrpersonen an Mittelschulen						
2010	- Durchführung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen inklusive Evaluation						
2011	- Erstellen eines Kompetenzrasters für SOL						
<b>Bemerkungen</b>							



## Baudirektion

### Entwicklungs- und Finanzplanung

#### 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

#### 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Aufgaben
  - 2.2.1 ARV Amt für Raumordnung und Vermessung
  - 2.2.2 ALN Amt für Landschaft und Natur
  - 2.2.3 AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
  - 2.2.4 IMA Immobilienamt
  - 2.2.5 HBA Hochbauamt
  - 2.2.6 TBA Tiefbauamt
  - 2.2.7 GS Generalsekretariat
- 2.3 Umfeldanalyse

#### 3. Strategische Ziele

#### 4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
  - 4.4.1 Übersicht
  - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

#### 5. Leistungsgruppen

#### 6. Fonds

#### 7. Projekte



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

### 1.1 Änderungen der Organisation, der Aufgaben und des Umfeldes

Gegenüber der KEF Periode 2007-2010 ergeben sich folgende organisatorische Veränderungen:

- Mit der Zusammenführung von KEF und Globalbudget in einem Tool ändert sich die Darstellung der Leistungsgruppenstruktur des Amtes für Landschaft und Natur (ALN). Neu wird das ALN nur noch mit einem Leistungsgruppenblatt, Leistungsgruppennummer 8800, dargestellt.
- Der Leistungsumfang der ehemaligen Leistungsgruppe Sondermülldeponie Kölliken, Leistungsgruppennummer 8510, wurde erweitert. Neu heisst die Leistungsgruppe Altlasten. Unter dieser Leistungsgruppe werden inskünftig auch die künftigen Ausfallkosten von belasteten Grundstücken erfasst.
- Mit dem Aufbau des Immobilienamtes (Leistungsgruppennummer 8700, IMA) findet auch eine Aufgabenteilung zwischen IMA und Hochbauamt (HBA) statt. Diese Entflechtung zeigt sich in der finanziellen Darstellung der Leistungsgruppen. Alle Projektinvestitionen und die Projektierungskosten wurden vom HBA ins IMA transferiert.
- Die Strategischen Ziele der Baudirektion wurden grundlegend überarbeitet. Neben der sprachlichen Anpassung der bestehenden Ziele wurden auch zwei neue Ziele definiert. Die Themen "Energie" und "Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft" wurden neu als Strategische Ziele aufgenommen. Ebenso wurde das strategische Ziel "Kompetente Partnerin" konkretisiert. Es wurde ein Ziel mit eindeutiger Aussenwirkung und ein Ziel mit Innenwirkung definiert. Das Ziel "Gesteigerte Attraktivität des Lebens- und Erholungsraums Zürich" mit seinen Massnahmen wurde in die anderen Ziele integriert.

### 1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2008	2009	2010	2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-247	-253	-267	-
KEF 2008-2011	-247	-207	-256	-271
Veränderung	0	+46	+11	-
<b>Investitionsrechnung:</b>				
KEF 2007-2010	-226	-163	-135	-
KEF 2008-2011	-86	-229	-181	-163
Veränderung	+140	-66	-47	-

#### Planjahr 2008

##### Erfolgsrechnung (alle Werte in Mio. Franken)

+80.7 Aufwandsreduktion:

- +20.0 Übertrag der Finanzierung der Glattalbahn in die Abteilung VIS der Volkswirtschaftsdirektion im Zuge der Reorganisation im Bereich Verkehr
- +66.7 Verringerung des baulichen und betrieblichen Unterhalts für die Nationalstrassen
- -5.4 Erhöhung der Planungskosten, vor allem infolge Projektverschiebungen im Polizei- und Justizzentrum (PJZ)
- +8.5 Verringerung der Beiträge an Dritte wegen des langsameren Projektfortschritts bei der Sonder-



mülldeponie Kölliken

- -2.9 Höherer Personalaufwand (vor allem höherer Teuerungsausgleich und Stufenanstieg)

-80.9 Ertragsreduktion:

- -22.0 Aktivierung der Projektierungskosten des PJZ ins Jahr 2009 verschoben
- -61.8 Reduzierte Bundesbeiträge für den Bau und Unterhalt im Strassenbereich
- +9.8 Höherer Übertrag aus dem Strassenfonds für die Bau- und Unterhaltsleistungen des Tiefbauamts
- -3.5 Weniger Aktivierungen für Eigenleistungen im Strassenunterhalt
- -4.9 Weniger kalkulatorische Erträge für Miet- und Nebenkosten infolge Überarbeitung der Planungsgrundlagen

#### **Investitionsrechnung (alle Werte in Mio. Franken)**

+140.0 Ausgabenreduktion:

- +137.0 Verschiebung des Baubeginns PJZ auf 2009
- +7.7 Tiefere Budgetierung für verschiedene Wasserbauprojekte
- -7.3 Höhere Budgetierung für verschiedene Hochbauprojekte

#### **Planjahr 2009**

##### **Erfolgsrechnung (alle Werte in Mio. Franken)**

+73.7 Aufwandsreduktion:

- -5.0 Mehr Personalaufwand (Stufenanstieg und Beförderungen)
- +63.1 Reduktion der Kosten für den baulichen und betrieblichen Nationalstrassenunterhalt
- +19.3 Weniger Kapitalkosten vor allem aufgrund von Verschiebungen im Projekt PJZ

-27.6 Ertragsreduktion:

- +32.0 Geplante Aktivierung des Projektierungsaufwands für das PJZ
- -57.6 Reduktion der Betriebsbeiträge vom Bund für den Bau und Unterhalt im Nationalstrassenbereich
- +6.7 Höherer Übertrag für Leistungen des Tiefbauamts aus dem Strassenfonds
- -3.5 Weniger Aktivierung für Eigenleistungen im Strassenunterhalt
- -5.3 Geringere kalkulatorische Erträge für Miet- und Nebenkosten infolge Überarbeitung der Planungsgrundlagen

#### **Investitionsrechnung (alle Werte in Mio. Franken)**

-65.7 Ausgabenerhöhung:

- -61.5 Mehr Investitionsausgaben wegen Projektverschiebung PJZ
- -7.5 Verschlechterung bei den restlichen Hochbauprojekten
- +2.5 Verbesserung bei verschiedenen Wasserbauprojekten

#### **Planjahr 2010**

##### **Erfolgsrechnung (alle Werte in Mio. Fr.)**

+74.8 Aufwandsreduktion:

- +61.0 Reduktion der Kosten für den baulichen und betrieblichen Nationalstrassenunterhalt
- +7.6 Verringerung der Kapitalkosten vor allem aufgrund von Verschiebungen im Projekt PJZ
- +6.9 Reduktion der Beiträge für die Sanierung der Altlasten
- -2.8 Mehr Personalaufwand

-63.4 Ertragsreduktion:

- -55.6 Weniger Betriebsbeiträge vom Bund für den Bau und Unterhalt im Nationalstrassenbereich
- -3.6 Weniger Aktivierung für Eigenleistungen im Strassenunterhalt
- -4.0 Geringere kalkulatorische Erträge für Miet- und Nebenkosten infolge Überarbeitung der Planungsgrundlagen



### Investitionsrechnung (alle Werte in Mio. Franken)

-46.5 Ausgabenerhöhung:

- 48.7 Höhere Investitionsausgaben für das PJZ

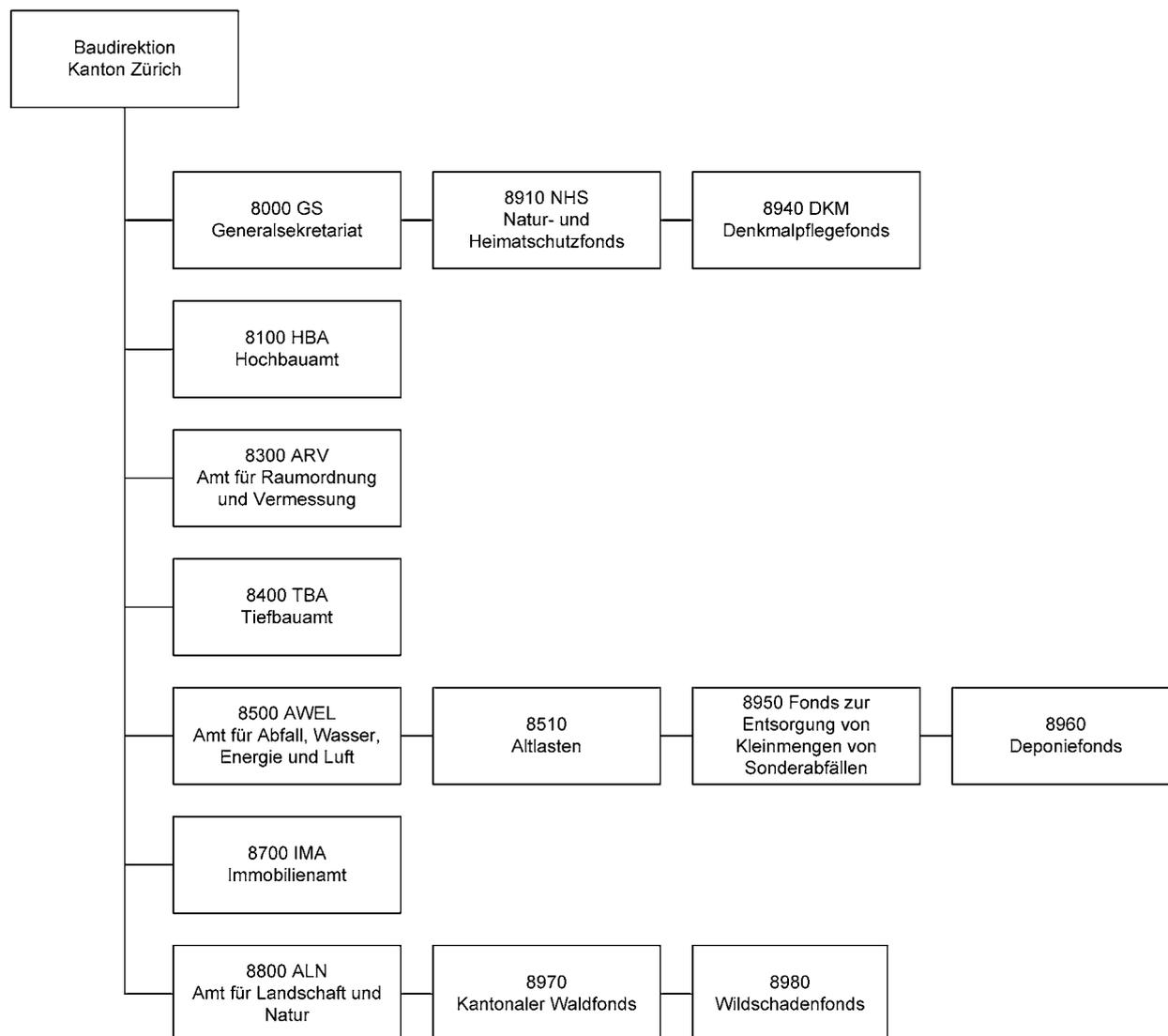
## 2. Organisation, Aufgaben und Umfeldentwicklungen

Die Baudirektion gliedert sich in 14 Leistungsgruppen, die sich wie folgt zusammensetzen:

Das Generalsekretariat, 6 Ämter, die Altlasten und 6 Fonds. Die Leitung der Fonds 8950 und 8960, 8970 und 8980 obliegt den sachlich verantwortlichen Ämtern, jene der Fonds 8910 und 8940 dem Generalsekretariat.

Die Baudirektion ist in den Geschäftsfeldern Raumordnung, Infrastruktur (Hoch- und Tiefbau), Umwelt, Energie, Landschaft und Natur sowie Land- und Forstwirtschaft tätig.

### 2.1 Organigramm





## 2.2 Aufgaben

Die Baudirektion Kanton Zürich engagiert sich für eine nachhaltige Entwicklung. Der Kanton Zürich soll attraktiv und lebenswert sein. Im Zentrum der Baudirektions-Leistungen steht der Nutzen für Wirtschaft und Bevölkerung. Um in effizienter Weise möglichst viel Wirkung zu erzielen, arbeiten die verschiedenen Fachbereiche interdisziplinär und partnerschaftlich.

Die Baudirektion nimmt in den Bereichen Raumordnung, Landschaft, Kulturgüter, Umwelt, Energie, Land- und Forstwirtschaft sowie Planung, Bau und Betrieb von Infrastruktur und Immobilien wichtige gesetzliche Aufgaben wahr und erbringt vielfältige Dienstleistungen für Bevölkerung, Wirtschaft und andere Direktionen. Mit wirtschaftlich tragbaren, sozial gerechten und ökologisch verträglichen Konzeptionen fördert sie eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und reduziert die Umweltbelastungen.

### 2.2.1 ARV Amt für Raumordnung und Vermessung

- Raumplanung: Sicherstellung der zweckmässigen, haushälterischen, umweltgerechten und nachhaltigen Nutzung von Siedlung und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich. Grundlagenerarbeitung, Koordination und Aufsicht über die raumwirksamen Tätigkeiten und die räumliche Entwicklung
- Vermessung und Geoinformation: Leitung, Überwachung und Verifikation der amtlichen Vermessung. Bereitstellung und Erneuerung des Lage- und Höhenfixpunktnetzes
- Aktualisierung und Vertrieb der Übersichts- und Spezialpläne. Betrieb Geografisches Informationssystem und Datentransportsystem. Bewirtschaftung und Koordination raumbezogener Daten
- Kulturelles Erbe: Schutz, Erhaltung, Pflege, nachhaltige Nutzung und wissenschaftliche Untersuchung / Dokumentation des architektonischen und archäologischen Erbes

### 2.2.2 ALN Amt für Landschaft und Natur

- Vollzug der land- und forstwirtschaftlichen Gesetzgebung
- Optimierung und Koordination bei der Umsetzung des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Erholungs- und Freizeitnutzungen im ländlichen Raum
- Förderung einer konkurrenzfähigen multifunktionalen Landwirtschaft
- Schutz und Pflege des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle, naturnahe Lebensgemeinschaft und Erholungsraum
- Schutz, Erhaltung und Förderung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume und angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- Schutz des Bodens: Überwachung, Gefährdung abschätzen und abwehren
- Waldfonds: Finanzierung von Walderhaltungsmassnahmen
- Wildschadenfonds: Vergütung und Verhütung von Wildschäden

### 2.2.3 AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

- Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserversorgung und zunehmend besserer Luft
- Sorge für den haushälterischen Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen
- Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie Minimierung der Belastung durch Abfälle
- Vermehrung attraktiver Erholungsräume am Wasser und Vernetzung vielfältiger aquatischer Lebensräume
- Schutz vor Hochwasser, Schadenereignissen im Bereich Biologie, Chemie und Elektromog
- Sicherstellen einer kostengünstigen, sicheren, ausreichenden und benutzeroptimierten Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung
- Kompetente Beratung und rasche Bewilligungsverfahren mit angemessenen Entscheiden
- Gewährleistung von Rechtssicherheit
- Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen: Finanzierung der Kosten des Staates für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen



- Deponiefonds: Finanzierung der Kosten für die Nachsorge und die Sanierung von Deponien

#### **2.2.4 IMA Immobilienamt**

- Eigentümerversammlung für Bauten des Verwaltungsvermögens
- Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Vorgaben des Regierungsrates bezüglich Immobilienstrategie und Standards
- Gewährleistung des Immobilienbetriebs in der Zentralverwaltung, in den Bezirksverwaltungen sowie im Auftragsverhältnis in weiteren kantonalen Institutionen
- Prozessführung bei Immissions-Entschädigungsforderungen Privater aus Fluglärm

#### **2.2.5 HBA Hochbauamt**

- Als zentrales Baufachorgan: Wahrnehmung Verantwortung für Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten sowie Instandhaltung der Bauten von kantonalen Institutionen in Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt und den Nutzern/ Bewirtschaftern
- Wahrnehmung fachlicher Interessen bei subventionsberechtigten Bauten
- Bewirtschaftung der kantonalen Kunstsammlung

#### **2.2.6 TBA Tiefbauamt**

- Ausführungsprojektierung, Submission und Bau von Tiefbauten des Kantons
- Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes zur Gewährleistung optimaler Verkehrsflüsse (Sicherung hoher Verfügbarkeit) und des baulichen Unterhalts (langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastrukturanlagen)

#### **2.2.7 GS Generalsekretariat**

- Managementsupport für die Unternehmensstufe und Unterstützungsleistungen für die Ämter der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik und Recht)
- Querschnittsdienstleistungen für die Baudirektion und andere Direktionen (insbesondere Leitung Baubewilligungs- und UVP-Verfahren, Koordination Umweltschutz, Submissionswesen)
- Gesetzgebung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau, Umwelt und Beschaffungswesen
- Leitung des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds

### **2.3 Umfeldanalyse**

#### **Grundlagen**

- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Raumplanung- und Bau
- Enteignungsrecht und Beschaffungsrecht
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung sowie Europaratskonventionen im Bereich Natur- und Heimatschutz
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Vermessung und Geoinformation
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Strassen, Strassenverkehr und Strassenfinanzierung
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebungen in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz, Fischerei und Jagd



## Trends

### Bevölkerung und Siedlung

- Die Bevölkerung wächst weiterhin, wird urbaner, multikultureller, mobiler und älter.
- Die Ansprüche an Verkehrsinfrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten, Ver- und Entsorgung sowie Erholungsmöglichkeiten steigen.
- Die Ansprüche an die Bildungsinfrastruktur steigen infolge erhöhtem Bedarf an Hoch- und Mittel-schulbildung, Neustrukturierung der Bildungsangebote sowie verstärkter Diversifikation (Struktur und Angebote).
- Anspruchshaltung und Beanspruchung von Ressourcen nehmen in allen Lebensbereichen (Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit, Erholung) zu.
- Zunahme des Schadenpotentials aus Katastrophen durch verdichtetes Bauen und Konzentration von Sachwerten.
- Zunahme des Sanierungsbedarfes:
  - von Hochbauten aufgrund der Alterung der in den 70er-Jahren erstellten grossen Bauvolumen so-wie Anpassung an die heutigen, veränderten Ansprüche.
  - von Ver- und Entsorgungsanlagen.

### Umwelt und Landschaft

- Unausgewogene Niederschlagsentwicklung mit Zunahme im Winter und Abnahme im Sommer ver-bunden mit vermehrten Naturereignissen wie Hochwasser.
- Nutzungsdruck durch Siedlung, Verkehr und Freizeitansprüche weitet sich stetig auf die freie Land-schaft aus und unverträgliche Nutzungen treffen dadurch aufeinander.
- Abnahme der Lebensräume und Artenvielfalt. Zunehmende Fragmentierung von Lebensräumen.
- Zunehmende Bodenversauerung im Wald mit Auswirkungen auf die Standfestigkeit der Bäume.
- Zunehmende Zahl von Stoffen und Organismen mit unklaren Auswirkungen auf Mensch und Um-welt.
- Gesundheitliche Risiken durch Luftbelastung (Feinstaub und Stickoxyde) bleiben hoch.
- Der weitere Handlungsbedarf in den Bereichen Energieversorgung und Energieeffizienz wird er-kannt.

### Verkehr

- Die Mobilitätsansprüche nehmen zu, speziell aufgrund des Freizeitverhaltens.
- Der Sanierungsbedarf von Verkehrsinfrastrukturen nimmt stetig zu (wachsende Zahl von Infrastruk-turanlagen, zunehmende Beanspruchung derselben).
- Zunahme von Umweltbelastung und Energieverbrauch durch Verkehrswachstum und stärkere Mo-toren. Die höhere Effizienz von Motoren oder Steuerungsinstrumente wie die LSVA vermögen den Trend nicht zu brechen.

### Politik und Verwaltung

- Bisherige politische Grenzen (Gemeinde, Bezirk, Planungsregionen, Kanton, Bund) verlieren ange-sichts der grossräumigen Aufgabestellungen an Bedeutung.
- Die Aufgaben der öffentlichen Hand werden komplexer, stellen die heutigen Strukturen in Frage und sind zunehmend nur noch durch flexible Zusammenarbeitsformen lösbar.
- Das Bedürfnis nach aktuellen Daten und permanenter Information nimmt zu.
- Personalknappheit und Personalabwanderung auf Grund demografischer Entwicklung und Wirt-schaftsaufschwung
- Arbeitsmarkt-Segmentierung erschwert die Personalsuche in einzelnen Berufsbildern
- Loyalität und Motivation der Mitarbeitenden ist im Wandel
- Der Kostendruck soll sich nicht negativ auf die Attraktivität der Baudirektion als Arbeitgeberin aus-wirken

### Wirtschaft

- Die produzierenden Betriebe wenden zunehmend komplexere Technologien an.



- Weiterhin starker Strukturwandel in der Landwirtschaft mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen.
- Weiterhin stark geforderte Forstwirtschaft (instabile Märkte, Trockenheit, Borkenkäfer). Steigende Holzpreise erhöhen den Anreiz zur Nutzung.
- Die Bereitschaft der Land- und Forstwirtschaft, unbezahlte Ökoleistungen zu erbringen, nimmt ab; Akzeptanz gegenüber Einschränkungen der Land- und Forstwirtschaft sinkt.
- Der Energieverbrauch steigt weiter bei knapper werdenden Ressourcen.
- Ruhige, gut mit dem öffentlichen und dem privaten Verkehrsmittel erreichbare Lagen werden zum massgebenden Standortfaktor für die Ansiedlung von Firmen mit hoch qualifizierten Arbeitskräften.

## Planungsannahmen

### Bevölkerung und Siedlung

- Wohnbevölkerungsentwicklung 2005-2025: +7.0% (durchschnittlich +0.34% pro Jahr, abflachende Tendenz) (Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich: <http://www.statistik.zh.ch>, Stand 06.04.2006)
- Anteil der über 64-Jährigen: 2005-2025: +20.4% (durchschnittlich +0.9% pro Jahr, zunehmende Tendenz) (Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich: <http://www.statistik.zh.ch>, Stand 06.04.2006)
- Jährliche Zunahme der Wohnfläche pro Person bis 2025: 1.2% (Quelle: ARV: Raumberechnung Kanton Zürich, Heft 24 vom Dezember 2004)
- Jährliche Zunahme der Beschäftigten bis 2025: 0.34% (Annahme: Bei abnehmendem Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, dürften sowohl die Erwerbsquote als auch die Zupendler weiter zunehmen, sodass sich die Beschäftigtenzahl im selben Mass wie die Einwohnerzahl erhöhen dürfte.)
- Jährliche Zunahme der Geschossflächen bis 2025: 1 Mio. m<sup>2</sup> (durchschnittlich +0.8% pro Jahr) (Quelle: ARV: Datenlogistik ZH, Fortschreibung der Entwicklung 1996-2004)
- Der Marktanteil von Minergie-Bauten steigt 2010 auf 15% und bei Sanierungen auf etwa 5% (Quelle: AWEL-Entwicklungsplan 2007-2010)
- Steigerung der Attraktivität der Baudirektion als Arbeitgeberin durch Anreizsystem
- Bessere Positionierung auf dem Arbeitsmarkt, Erschliessung neuer Kanäle für die Personalrekrutierung
- Personalerhaltungsmassnahmen / Personalentwicklung
- Zertifizierung der HR-Abteilung

### Umwelt und Landschaft

- Jährliche Abnahme des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Kopf um 0.5% (2005-2050). (Quelle: AWEL: Vision Energie 2050, 2005, Referenz-Szenario)
- Abnahme des Bevölkerungsanteils mit übermässiger Luftbelastung (PM<sub>10</sub>) um 0.5% pro Jahr bis 2015. (Quelle: BAFU: „Modelling of PM<sub>10</sub> und PM<sub>2.5</sub> ambient concentrations in Switzerland“, 2003 / BfS, Eidgenössische Volkszählung 2000, 2005)
- Die Menge brennbarer Abfälle bleibt von 2004 – 2012 konstant. (Quelle: BAFU, 2005, Prognose für Ostschweiz)
- Regionales Klimaszenario für die Alpennordseite 2050 (Quelle: MeteoSchweiz, Regionales Klimaszenario 2050 für die Schweiz, 2005):
  - Zunahme Luftdurchschnittstemperaturen im Sommer +2.7 oC
  - Zunahme Luftdurchschnittstemperaturen im Winter +1.8 oC
  - Niederschlagsabnahme im Sommer um 17%
  - Niederschlagszunahme im Winter um 8%
- Neuüberbauungen im Kt. ZH von 150 Hektaren Land pro Jahr (Quelle: Kofu/SK: Umfeldanalyse im Bereich „Umwelt“, 2007)
- Stickstoffeintrag aus der Luft in den Boden von 10kg/ha Boden- mit Auswirkung auf Bodenversauerung (Quelle: Kofu/SK: Umfeldanalyse im Bereich „Umwelt“, 2007)
- Jährlich 1400 Baugesuche für Bauten ausserhalb von Bauzonen – mit Auswirkungen auf das Land-



schaftsbild (Quelle: Kofu/SK: Umfeldanalyse im Bereich „Umwelt“, 2007)

- Jährliche Zunahme des Anteils geschützter Lebensräume von 2.5% (Zielwert gemäss NSGK: 3600 ha; Stand 2006 78%)

#### Verkehr

- Jährliche Zunahme der zurückgelegten Distanz pro Person bis 2025: 0.1% (Amt für Verkehr, 2006, Trends und Planungsannahmen als verbindliche Grundlage für die KEF-Planung 2007-2010)
- Jährliche Zunahme der Verkehrsleistung bis 2025 beim MIV = 0.29% und beim ÖV = 0.86%; MIV 2005-2025: +6.0%; ÖV 2005-2025: +18.7%; MIV+ÖV 2005-2025: +9.0% (durchschnittlich +0.43% pro Jahr) (Gemäss kantonalem Richtplan, Leitlinie 2, soll Verkehrszuwachs ÖV = MIV sein. Berechnungsgrundlage: Verkehrszuwachs ÖV = MIV)
- Jährliche Zunahme der Sanierungskosten für Infrastrukturanlagen bis 2025: 1.5% (Die durchschnittliche Zunahme der Sanierungskosten dürfte in verschiedenen Bereichen von Infrastrukturanlagen höher als 1.5% sein.)

#### Wirtschaft

- Anzahl Arbeitsplätze bleibt konstant oder steigt leicht (Konjunktur, Teilzeitarbeit)

(Quelle: Statistisches Amt Kt. ZH)

- Jährliche Abnahme der Anzahl Landwirtschaftsbetriebe um 2.5%
- Jährliche Zunahme Energieverbrauch um 0.3% bis 2050

(Quelle: AWEL, Vision Energie 2050, 2005, Referenzszenario)

- Jährliche Zunahme Stromverbrauch um 0.9% bis 2050

(Quelle: AWEL, Vision Energie 2050, 2005, Referenzszenario)

- Selbstversorgungslücke Strom ab dem Jahr 2020. Grösse der Lücke im Jahr 2050, wenn keine neuen Kraftwerke gebaut werden und die heute bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz nicht mehr in Betrieb sind: 32'500 GWh (entspricht 4-fachem heutigem Stromverbrauch des Kt. Zürich).

(Quelle: AWEL, Vision Energie 2050, 2005, Referenz-Szenario)



### 3. Strategische Ziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Baudirektion tragen mit ihrer Arbeit in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich für Bevölkerung und Wirtschaft ein nachhaltig attraktiver Standort ist.

#### Ziel 1: Raumentwicklung

Nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Siedlung und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Kanton Zürich sowie Steigerung der Attraktivität als Erholungsraum.

##### *Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Überprüfung und Aktualisierung der Richt- und Nutzungspläne (ARV)
- Optimierung des Planungs- und Baurechts (GS, ARV)
- Bericht „Nachhaltige Entwicklung des Kantons Zürich“ (GS)
- Koordination von Siedlungsentwicklung und Verkehr (ARV)
- Weiterentwicklung der Raubeobachtung und des Raumcontrollings (ARV)
- Zentrale Bereitstellung von raumbezogenen Daten (ARV)
- Erarbeitung eines kantonalen Geoinformationsgesetzes, GeolG (ARV)
- Raum Flughafen / Glattal; Planungssicherheit durch Festsetzung der langfristigen Entwicklungsperspektiven für die Flughafenregion im kantonalen Richtplan und im Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt. Kompensatorische Massnahmen im Planungs- und Baubereich für die Flughafengemeinden. (ARV)
- Raum Limmattal und Glattal; Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr (ARV)
- Gestaltungsplan Uetliberg Uto Kulm (ARV)
- Nutzungskonzept Flugplatz Dübendorf (ARV)
- Schonung von Bodenressourcen durch Flächenrecycling (AWEL)
- Raumsicherung für ober- und unterirdische Gewässer und Seen (AWEL)
- Raumsicherung für Infrastrukturanlagen der Ver- und Entsorgung (AWEL)
- Projekt Standortpolitik/Verkehr/Parkierung Publikumsintensive Einrichtungen (ARV)
- Erarbeitung von Strategien für die Bewilligung von Golfanlagen und ggf. anderer Freizeitanlagen im Grünraum (ALN, ARV, GS)
- Aktive Unterstützung von Gemeinden, Planungsgruppen und Bewirtschaftern bis 2007 auf einem Drittel der Kantonsfläche Landschaftsentwicklungs- und Vernetzungskonzepte zu realisieren (ALN, ARV)
- Intensivere Unterstützung kommunaler Baubehörden betreffend deren Vollzugsaufgaben bei Grünraumbelangen, wie Bodenschutz und Bauen in der Landwirtschaftszone.
- (ALN, GS)
- Waldentwicklungsplanungen (WEP) (ALN)
- Unterstützung der Regionalpolitik des Bundes im Berggebiet (ALN)
- Unterstützung der Gemeinden beim Hochwasserschutz und der Renaturierung von Fließgewässern (AWEL)
- Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und –staaten (ARV)

##### *Bezug zu Leistungsgruppen:*

- GS, ARV, AWEL, ALN

#### Ziel 2: Infrastruktur

Infrastruktur mit hoher Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sowie guter gestalterischer Qualität planen, erstellen und betreiben.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Investitionen zur Bereitstellung einer qualitativ und quantitativ hoch stehenden Infrastruktur zur Schaffung einer hohen Standortqualität (HBA, TBA, AWEL, IMA)
- Sicherstellung der hohen Standortqualität durch die langfristige Werterhaltung der staatlichen Infrastrukturbauten und -anlagen (HBA, TBA, AWEL)
- Standardisierung von staatlichen Hochbauten und im Strassenbereich (HBA, TBA)
- Bereitstellung der Infrastruktur zu angemessenen Kosten und mit angemessener Rücksicht auf soziale, städtebauliche, architektonische und ökologische Anliegen (HBA, IMA)
- Mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln den grösstmöglichen Nutzen in den Bereichen Bau, Betrieb und Unterhalt für das System Strasse erreichen (TBA)
- Sicherstellung einer kostengünstigen und bedürfnisgerechten Werterhaltung und Entwicklung der kommunalen und privaten Ver- und Entsorgungsanlagen (AWEL)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- HBA, AWEL, TBA, IMA

**Ziel 3: Lebensgrundlagen**

Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen vor Gesundheitsrisiken und anderen schädlichen und lästigen Einwirkungen. Schutz der Artenvielfalt, Förderung der natürlichen Lebensräume und Erhaltung des Kulturlandes als Produktionsgrundlage für die Nahrungsmittelerzeugung. Schonung der Ressourcen Wasser, Luft und Boden.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Entwicklung eines Umweltcontrollings für den Kanton (GS)
- Lärmsanierungen entlang Strassen gemäss Umweltschutzgesetz (TBA)
- Anteil der verwertbaren und endlagerfähigen Abfälle erhöhen, Recyclingmaterialien fördern (AWEL)
- Aufwertung nicht natürlicher Fluss- und Bachabschnitte sowie von Seeufern zu vielfältigen Lebens- und attraktiven Erholungsräumen (AWEL)
- Verbesserung des Hochwasserschutzes (AWEL)
- Altlasten werden innert einer Generation ab Inkrafttreten der Altlastenverordnung saniert (AWEL)
- Die Risiken für Bevölkerung und Umwelt durch chemische und biologische Störfälle werden minimiert (AWEL)
- Die Bevölkerung wird durch Luftverschmutzung und Elektromog nicht übermässig belastet. (AWEL, ARV)
- Umweltgerechtes Verhalten (inkl. ökologische Beschaffungen) der Verwaltung (GS)
- Qualitative Anforderungen an ober- und unterirdische Gewässer werden erfüllt (AWEL)
- Sicherung der Produktionsflächen für die Land- und Forstwirtschaft (ALN)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- GS, ARV, TBA, AWEL, ALN

**Ziel 4: Kulturelles Erbe**

Erhalt und Schutz von historischen Ortsbildern, von Bau- Kultur- und Naturdenkmäler, von archäologischen Kulturgütern sowie von Landschaften mit kultureller Bedeutung (z.B. alte Obstgärten, Torfstiche, historische Weinberge).

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Gezielter Einsatz der knappen Mittel auf die wertvollen Kulturgüter (ARV)
- Wirkungsorientierte Beratungstätigkeit im Ortsbild, in Landschaftsschutzgebieten und bei Denkmalschutzobjekten (ARV)
- Initialisierung und Unterstützung von Pilotprojekten und Ideenwettbewerben (ARV)
- Umsetzung Bundesinventar der historischen Verkehrswege (ARV)
- Einbindung von Anliegen und Auflagen denkmalpflegerischer Art in die gesamtheitliche Entwicklung und Realisierung von Bauvorhaben (HBA)



- Laufende Umsetzung der Vorgaben des Bundes bezüglich „Inventar der historischen Verkehrswege in der Schweiz“ in Land- und Forstwirtschaft (ALN)
- Flächendeckende Umsetzung des 2002 neu eingeführten Beitragssystems zur Erhaltung und Förderung von Obstgärten (ALN)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- ARV, HBA, ALN

#### **Ziel 5: Verbesserte Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft**

Unterstützung der Landwirtschaft bei der Bewältigung des Strukturwandels.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Mit Bildung und Beratung am Strickhof die Voraussetzungen für eine marktfähige, umweltverantwortliche und multifunktionale Zürcher Landwirtschaft schaffen (ALN)
- Verstärkte Förderung der unternehmerischen Kompetenzen angehender Betriebsleiter in der höheren Berufsbildung (ALN)
- Optimierung des Umweltschutzvollzugs in der Landwirtschaft in den Bereichen Luft und Gewässer mit dem Ziel, die Selbstverantwortung der Landwirte zu stärken (ALN, AWEL)
- Erarbeiten einer Strategie bezüglich des landwirtschaftlichen Bauens ausserhalb der Bauzonen mit dem Ziel, wettbewerbsfähige Strukturen zu fördern (ALN, GS, ARV)
- Sichern der sachgerechten Pflege von Schutzgebieten vorwiegend durch landwirtschaftliche Bewirtschafter („Naturschutz aus Bauernhand“) (ALN)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- ALN, GS, ARV, AWEL

#### **Ziel 6: Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**

Unterstützung der Industrie und des Gewerbes bei der Bewältigung des Umweltschutzvollzugs.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Optimierung des Umweltschutzvollzugs bei Industrie und Gewerbe mit dem Ziel, deren Selbstverantwortung zu stärken (AWEL)
- Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens durch interne Prozessoptimierungen, verstärkter Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln und bessere Information der Gesuchsteller (GS)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- AWEL, GS

#### **Ziel 7: Energie**

Die Effizienzpotentiale und die wirtschaftlichen erneuerbaren Energien werden mit den besten einsetzbaren Technologien ausgeschöpft, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen von heute 6t bis 2035 auf 3.5t pro Einwohner und Jahr zu senken.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Verbrauchsabnahme fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (AWEL)
- Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (AWEL, ALN)
- Verringerung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien im Verkehrsbereich (AWEL)
- Vorbildfunktion des Kantons (AWEL, ALN, HBA, IMA)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- AWEL, ALN, IMA, HBA

#### **Ziel 8: Zielgerichteter Umgang mit den Finanzmitteln**

Weiterentwicklung des Immobilienmanagements durch Standort- und Flächenoptimierungen (Effektivität)



sowie Optimierung der Bewirtschaftung (Effizienz).

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen für eine zielgerichtete Investitionspolitik des Regierungsrates (IMA)
- Erstellen einer Gesamtsicht für den Regierungsrat für die frühzeitige Steuerung der Hochbauinvestitionen (IMA)
- Keine übermässige zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes durch ausgewogenes Verhältnis zwischen werterhaltenden und wertvermehrenden Investitionen (HBA, IMA)
- Hohe Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sowie gute gestalterische Qualität in Einklang bringen mit dem sparsamen Einsatz von Finanzmitteln für staatliche und beitragsberechtigte Hochbauten (HBA, IMA)
- Raumangebot und Raumnutzung optimieren (IMA, HBA)
- Entwicklung und Umsetzung der Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (IMA)

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- IMA, HBA

**Ziel 9: Kompetente Partnerin**

Die Baudirektion ist für Bevölkerung und Wirtschaft eine kompetente, zuverlässige und lösungsorientierte Partnerin. Sie fördert die Zusammenarbeit mit Gemeinden, anderen Kantonen, dem Bund und dem benachbarten Ausland.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Kompetente Beurteilung von Gesuchen und Anfragen, kundenorientierte Abwicklung
- Förderung von E-Government
- Weitere Förderung inner- und interkantonalen Vollzugsmodelle
- Wirkungsorientierte Beratungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Alle Ämter und das GS

**Ziel 10: Attraktive Arbeitgeberin**

Die BD verfügt über ein modernes, einheitliches und werteorientiertes Human Resources Management (HRM).

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden und des Kadres der Baudirektion, insbesondere Förderung einer hohen Führungs- und Sozialkompetenz
- Förderung der Vernetzung innerhalb der Baudirektion (z.B. Workshops, Kadertreffs, Mitarbeiteranlässe auf Stufe Direktion und Amt)
- Zielvereinbarungen und Mitarbeiterbeurteilungen werden konsequent und einheitlich umgesetzt.

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- Alle Ämter und das GS



## 4. Finanzielle Entwicklungen

### 4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
8700 IMA Projekt 10630 Bezirksgebäude Dietikon; Neubau	-52.0	2002	2004	2009
8700 IMA Projekt 11529 Bezirksgebäude Meilen, Erweiterung	-6.7	2004	2005 (Kreditbeschluss)	2008
8700 IMA Projekt 20184 Rechberg Hauptgebäude, Umsetzung Sanierung	-6.5	2003	2003	2010
8700 IMA Projekt 11900 PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich	-514	2004	2007	2008-2024
8500 AWEL Projekt 85 W-700 Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft	-53.6 (Brutto)	1998	2005/2006 (Kreditentscheid)	2006-2019
8500 AWEL Projekt 85W-372 Eulach, W'thur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhaltebecken Hegmaten)	-32.4		2006	2009-2013

### 4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	<b>-238.2</b>	<b>-63.7</b>	<b>-65.0</b>	<b>-62.6</b>	<b>-66.1</b>	<b>-55.2</b>

Bemerkung zu den übrigen Investitionen Rechnung 2006:

Die Investitionsrechnung beinhaltet alle TBA-Investitionen (inkl. VIS / VD), aber keine Investitionen des ALN.



### 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
8000 GS / 8910 NHS Umsetzung Naturschutzgesamtkonzept	2000	205-2009	- 1.0 bis -3.0
8500 AWEL Projekt 85P-500 Kataster der belasteten Standorte	2000	2001-2012	-2.1 bis -2.5
8500 AWEL Projekt Gefahrenkartierung	2003	2006-2012	-0.6

### 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

#### 4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	1007.0	552.5	497.3	532.3	500.3	493.3
Aufwand	-1'194.1	-797.2	-744.4	-739.4	-756.3	-764.4
Saldo	-187.1	-244.7	-247.0	-207.0	-256.0	-271.0
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	432.5	15.1	12.9	14.3	13.8	13.3
Ausgaben	-678.0	-104.0	-98.9	-243.0	-195.2	-176.0
Nettoinvestitionen	-245.5	-88.9	-86.0	-228.7	-181.4	-162.7

Bemerkungen zur Rechnung 2006:

- In der Rechnung 2006 ist das TBA (inkl VIS / VD) und Strassenfonds enthalten. Das ALN mit den beiden Fonds (Wildschadenfonds und Waldfonds) ist nicht enthalten.

#### 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2008 der Baudirektion mit dem beschlossenen Budget 2007 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2008-2011 mit dem Niveau des Budgets 2007 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (Mio.)	Veränderungen zu B 2007 (%)	Veränderungen zu B 2007 (%)
	B 2008	Schnitt 2008-2011	B 2008	Schnitt 2008-2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>				
Ertrag	-55.2	-46.7	-10.0%	-8.4%
Aufwand	+52.8	+46.1	+6.6%	+5.8%
Saldo	-2.4	-0.6	-1.0%	-0.2%
<b>Investitionsrechnung:</b>				
Einnahmen	-2.2	-1.5	-14.5%	-10.2%
Ausgaben	+5.2	-74.2	+5.0%	-71.4%
Nettoinvestitionen	+3.0	-75.8	+3.3%	-85.2%

### Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

#### Erfolgsrechnung

-55.2 Ertragsverschlechterung (-10.0%):

- -41.8 Geringere Bundesbeiträge für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Nationalstrassen
- -7.9 Geringerer Übertrag aus dem VD/VIS für die Bau- und Unterhaltsleistungen des Tiefbauamtes
- -2.6 Geringere Erträge aus Aktivierung von Eigenleistungen im Tiefbauamt
- -2.6 Geringere Erträge für Mieten und Mietnebenkosten der Verwaltungsliegenschaften
- -2.5 Geringere Rückerstattungen der Kantone an das Tiefbauamt
- -2.3 Geringere Beiträge der Gemeinden für die Entsorgung von Sonderabfällen (LG 8950)
- +1.9 Höhere durchlaufende Beiträge

+52.8 Aufwandsverbesserung (+6.6%):

- -3.1 Höhere Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen)
- -2.7 Höherer Aufwand für Lärmschutz im Tiefbauamt (Studien)
- -2.3 Höhere Lohnkosten wegen Stufenanstieg, Teuerung und Beförderungen
- -1.9 Höherer Beitrag an die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken (LG 8510)
- -1.9 Höhere durchlaufende Beiträge
- +2.2 Geringere Einlage in den Sonderabfallfonds (LG 8950)
- +65.6 Geringerer Aufwand für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Nationalstrassen

#### Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen sinken 2008 um 3.0 Mio Franken oder 3.3 %



## Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

### Erfolgsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Ertrag durchschnittlich um 46.7 Mio. oder 8.4% unter dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

- -35.9 Geringere Bundesbeiträge für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Nationalstrassen
- -15.2 Geringerer Übertrag aus dem VD/VIS für Bau- und Unterhaltsleistungen des Tiefbauamtes
- -2.6 Geringere Erträge aus Aktivierung von Eigenleistungen im Tiefbauamt
- -2.5 Geringere Rückerstattungen der Kantone an das Tiefbauamt
- -2.3 Geringere Beiträge der Gemeinden für die Entsorgung von Sonderabfällen (LG 8950)
- +3.6 Höhere durchlaufende Beiträge
- +8.0 Einmaliger Ertrag durch die Aktivierung der Planungskosten für das PJZ (+32.0 im Jahr 2009)

In den Jahren 2008 bis 2011 liegt der Aufwand durchschnittlich um 46.1 Mio. oder 5.8% unter dem Niveau des Budgets 2007. Wichtigste Ursachen:

- -21.2 Höhere Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) v.a. wegen PJZ
- -6.2 Höhere Lohnkosten wegen Stufenanstieg, Teuerung und Beförderung
- -3.6 Höhere durchlaufende Beiträge
- -2.2 Höherer Aufwand für Lärmschutz im Tiefbauamt (Studien)
- +2.2 Geringere Einlagen in den Sonderabfallfonds (LG 8950)
- +3.1 Geringere Beiträge an die Sondermülldeponie Kölliken
- +4.3 Geringerer Aufwand für die Sanierung von Altlasten
- +5.8 Geringere Planungskosten nach Abschluss der Planung des PJZ
- +6.0 Geringerer Aufwand für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Staatsstrassen
- +60.8 Geringerer Aufwand für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Nationalstrassen

### Investitionsrechnung

In den Jahren 2008 bis 2011 investiert die Baudirektion durchschnittlich 75.8 Mio. oder 85.2% mehr als im Jahr 2007. Wichtigste Ursachen:

- -89.9 Investitionen PJZ
- +14.1 Übrige Investitionen





## **5. Leistungsgruppen**

- 8000 Generalsekretariat (GS)**
  
- 8100 Hochbauamt (HBA)**
  
- 8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)**
  
- 8400 Tiefbauamt (TBA)**
  
- 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)**
  
- 8510 Altlasten**
  
- 8700 Immobilienamt**
  
- 8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	22.9	15.9	-4.1	15.5	-4.9	15.5	-4.7	16.3	16.9	-26.1
Aufwand	-71.7	-47.5	24.6	-46.5	5.1	-46.7	5.2	-47.6	-48.5	-32.3
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-18.0	-18.0		-18.0		-18.0		-18.0	-18.0	
Saldo	-48.8	-31.6	20.5	-31.1	0.2	-31.1	0.5	-31.4	-31.6	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-1.3	-3.2	1.4	-1.8	0.4	-3.0	-0.4	-2.8	-1.3	-2.2
Nettoinvestitionen	-1.3	-3.2	1.4	-1.8	0.4	-3.0	-0.4	-2.8	-1.3	-2.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	98.2	92.1	1.1	92.6	-0.1	91.4	-0.1	91.4	91.4	

**Aufgaben**

- A1 Managementsupport für die Direktion und die Leistungsgruppen der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik, Recht und Beschaffungswesen)
- A2 Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds
- A3 Rechtssetzung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau und Umwelt
- A4 Bauverfahren und Koordination Umweltschutz: Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren; Erbringung von Querschnittsleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, Ökologische Beschaffung, Beratung, Dokumentation

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / straffes Kostenmanagement	2010	8
E2 Teilrevisionen Planungs- und Baurechte / IVHB Revision Bauordnungsrecht	2009	6
E3 Erarbeitung und Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie	2008	10
E4 Umsetzung Controllingkonzept / Indikatorenbewirtschaftungssystem	2009	8

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle 2 Jahre)	min.	-	75%	-	75%	-	75%
W2 Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle 2 Jahre)	min.	72%	-	70%	-	70%	-
W3 Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern)	min.	83%	-	80%	80%	80%	80%
<b>Leistungen</b>							
L1 Einhaltung der gesetzlichen Behandlungsfrist von 60 Tagen für Rekurse und Aufsichtsbeschwerden	min.	91%	90%	90%	90%	90%	90%
L2 Controllingunterstützung der Ämter (Anteil der Arbeitsstunden für die Unterstützung der Leistungsgruppen)	min.	69%	72%	75%	75%	80%	80%
L3 Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration inkl. Lohnadministration / Benchmark: schlanke Organisation >100)		117	115-120	115-120	115-120	115-120	115-120
L4 Anzahl betreuter Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150)	min.	185	180	180	180	180	180
L5 Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche	min.	80%	85%	85%	85%	85%	85%
L6 Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen	min.	96%	90%	90%	90%	90%	90%
L7 Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1-3%)	min.	0.8%	1.3-1.7%	1.3%	1.3%	1.3%	1.3%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Leistungsgruppe 8000	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-31.083
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.800

Budget	Leistungsgruppe 8000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- L2 Anteil der Controllingstunden aller GS-Controlling-Mitarbeiter, welche direkt zugunsten der Unterstützung von BD-Ämtern und GS aufgewendet werden.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +0.8 Geringere Kapitalfolgekosten aufgrund geringerer Informatikinvestitionen im Vorjahr (Abschreibungen und Zinsen)
- +0.6 Geringere Informatikkosten für die Abteilungen des Generalsekretariates
- 0.3 Höherer Personalaufwand (Teuerungsausgleich, Stufenanstieg, Beförderung)
- 0.7 Geringere Informatikerträge wegen geringerem Informatikaufwand

**Investitionsrechnung**

- +1.4 Weniger Informatikinvestitionen

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Integration von 1.6 Stellen vom ALN ins GS/Personal bei gleichzeitiger Abgabe von 0.5 Stellen ins VD/GIS
- San04: Reduktion um 0.6 (pro Rata)

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Investitionsrechnung**

- Informatikinvestitionen steigen in P9 und P10 auf 3.0 Mio. resp. 2.8 Mio. wegen geplanter Client-Migration (Hardware und Software). Ab P11 sinken die Informatikinvestitionen wieder auf das Niveau vor der Migration.

**Indikatoren**

- L2: Der Indikator wurde in P11 angesichts der stetig wachsende Anforderungen ausserhalb der Controllingbereiche (politische Geschäfte, Projekte, Anforderungen an Mitarbeiterführung) konstant gehalten.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im KEF Vorjahr ist in den Planperioden P7 und P8 eine Einlage in den Strassenfonds von je 20.0 Mio. Franken für die Glattalbahn geplant worden. Im Zuge der Reorganisation im Bereich Verkehr wird diese Einlage neu von der Volkswirtschaftsdirektion vorgenommen. Für das Budget 07 ist dieser Transfer per Nachtrag zum Voranschlag 2007 berücksichtigt worden. Im aktuellen KEF führt dies zu einer entsprechenden Abweichung im Vergleich zum KEF Vorjahr P8.
- Im KEF Vorjahr sind für die Fluglärmliedenschaften für die Planjahre 2008 bis 2010 Aufwand von 3.7 Mio. und Mieterträge von 4.1 Mio. Franken eingestellt worden. Die Fluglärmliedenschaften werden ab 2007 durch das Immobilienamt betreut, wodurch dieser Aufwand und Ertrag für das Generalsekretariat wegfallen.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionsplanung im Bereich Informatik ist überarbeitet worden, was zu veränderten Annahmen betreffend Umfang und zeitlichem Ablauf von Informatikprojekten geführt hat.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	48.9	0.3	-22.1	0.2	-0.1	0.2	-0.1	0.2	0.2	-99.6
Aufwand	-85.6	-29.1	3.7	-19.9	0.9	-20.3	1.0	-20.6	-21.0	-75.5
Saldo	-36.7	-28.8	-18.4	-19.7	0.9	-20.1	1.0	-20.4	-20.8	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-12.9	-26.1	158.8	0.0	100.2		65.7			-6.5
Nettoinvestitionen	-12.9	-26.1	158.8	0.0	100.2		65.7			-6.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	189.5	104.3	4.5	108.8	4.5	108.8	4.5	108.8	108.8	

**Aufgaben**

- A1 Gesamtes Hochbauamt: Zentrales Baufachorgan für kantonale Hochbauten und staatsbeitragsberechtigzte Bauten.  
A2 Planung und Bau: Projektmanagement Bauherrschaft für Neu- und Umbauten, Erneuerungen im Auftrag der Fachdirektionen.  
A3 Werterhaltung: Unterhaltsplanung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens im Auftrag des Immobilienamtes, Betreuung der Kunstsammlung im Auftrag der Fachdirektionen.  
A4 Begutachtung: Beurteilung der staatsbeitragsberechtigzten Vorhaben aus baulicher Sicht im Auftrag der Fachdirektionen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter angemessener Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen.	laufend	2
E2 Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder besser, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard.	laufend	7
E3 Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz.	laufend	7
E4 Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen.	laufend	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung): 50'000 - 3 Mio.		642	650	650	650	650	650
L2 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung): 3 - 20 Mio.		56	40	40	40	40	40
L3 Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Realisierung): über 20 Mio.		23	20	20	20	20	20
L4 Anteil bearbeiteter staatsbeitragsberechtigter Projekte		540	550	550	550	550	550
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

**Leistungsgruppe 8100 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-19.715
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	0.000

**Budget Leistungsgruppe 8100**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Erhöhung der Transparenz zur internen und externen Beurteilung der Leistungen des Hochbauamtes durch verbesserte Nutzung der vorhandenen Daten, Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Inkraftsetzung der Finanzcontrolling-Verordnung.

**Indikatoren**

- Wirkungen: Befragung Leistungsbezügler HBA 2004-2006 nicht durchgeführt. Infolge Veränderungen durch den Aufbau Immobilienamt ist die Methodik neu aufzusetzen (2007).
- Leistungen: Ist-Werte stark von exogenen Faktoren abhängig.

**Sonstige Bemerkungen**

- Zur Wirtschaftlichkeit können aufgrund der zur Zeit fehlenden Grundlagen für die Beurteilung von Dienstleistungen des Hochbauamtes keine Angaben gemacht werden (siehe Erhöhung der Transparenz zur internen und externen Beurteilung der Leistungen HBA).
- Im Zusammenhang mit dem Aufbau des Immobilienamtes (IMA) sind Reorganisationsmassnahmen im HBA eingeleitet worden. Deren Umsetzung sowie die präzise Definition der Schnittstellen zum IMA erfordern einen erheblichen internen Personalaufwand.
- Gemäss Immobilienverordnung werden per 01.01.2008 die Investitionen und damit verbunden auch die Projektierungskonti der Laufenden Rechnung dem Immobilienamt übertragen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 0.5 Mehr Personalaufwand
- +0.7 Minderaufwand für Raum- und Nebenkosten sowie für Informatikleistungen.
- +9.0 Übertrag Planungsgelder an das Immobilienamt, wovon 8.0 Mio. für PJZ

**Investitionsrechnung**

+26.1 Investitionsausgaben, u.a. für Bezirksgebäude Dietikon und Meilen, Umbauten Zentralverwaltung gehen als Übertrag ans Immobilienamt.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- +4.5 Erhöhung des Beschäftigungsumfanges innerhalb des Stellenplans (u.a. für Projekt PJZ)

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Mehraufwände an Personalkosten infolge Teuerungsanpassungen und Stufenanstieg.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Gemäss Immobilienverordnung übernimmt das Immobilienamt alle Planungskonti für Hochbauten per 2008 vom Hochbauamt. Dadurch entfallen die im Vorjahres-KEF eingestellten Planungsgelder und der Aktivierungsgewinn für das PJZ von 22.0 Mio. im Jahr 2008.

**Investitionsrechnung**

- Gemäss Immobilienverordnung werden alle Investitionskonti für Hochbauinvestitionen ab 2008 vom Immobilienamt übernommen. Die im Vorjahres-KEF eingestellten Werte sinken dadurch im Hochbauamt auf Null.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	5.3	5.0	0.1	5.1	0.0	5.0	0.1	5.1	5.0	-5.2
Aufwand	-23.1	-24.1	0.5	-23.9	0.4	-23.9	0.4	-24.3	-24.5	6.4
- Abschreibungen und Zinsen	-2.1	-2.1	0.2	-1.9	0.2	-1.8	0.1	-1.9	-2.0	
- Staatsbeiträge	-0.2	-0.3	0.0	-0.3	0.0	-0.3	0.0	-0.3	-0.3	
Saldo	-17.8	-19.1	0.5	-18.8	0.4	-18.8	0.5	-19.3	-19.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen	0.4	0.8	0.0	0.7	0.2	0.6	0.2	0.6	0.6	0.6
Ausgaben	-1.5	-2.2	0.2	-2.5	-0.3	-2.5	-0.2	-2.4	-2.4	-2.2
Nettoinvestitionen	-1.1	-1.4	0.2	-1.8	-0.1	-1.9	0.0	-1.8	-1.8	-1.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	100.9	101.2	1.3	102.5	1.2	102.4	1.2	102.4	102.4	

**Aufgaben**

- A1 Raumplanung (Orts-, Regional- und Kantonalplanung): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raumb Beobachtung und -controlling
- A2 Vermessung / Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunktnetz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
- A3 Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutzmassnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung / Bauteilelager

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Weitsichtige Raumordnung; zweckmässige, haushälterische, umweltgerechte und nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Siedlung und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Kanton Zürich	2011	1
E2 Kulturelles Erbe: Erhalt und Schutz der historischen Ortsbilder, Baudenkmäler und des archäologischen Kulturguts	2011	4

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Bauzonenbeanspruchung in m2	max.	124.7	118	117	117	117	117
W2 Bauzonenmanagement in ha	max.	13.9	<10	<10	<10	<10	<10
W3 Bauzonenverbrauch in ha	max.	182.6	140	135	135	130	130
W4 Kundenbeziehungen Datenmanagement	min.	42	45	50	55	60	100
W5 Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse	min.	21	60	75	85	95	100
W6 Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers	min.	142'000	210'000	300'000	370'000	420'000	440'000
W7 Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes	min.	143	170	250	300	330	350
W8 Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten	min.	1'065'000	650'000	1'100'000	1'150'000	1'200'000	1'250'000
W9 Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen / in Arbeit	min.	116 / 50	129 / 37	139 / 31	148 / 23	156 / 15	164 / 7
W10 Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten / ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten (in %)	min.	62 / 26	65 / 15	65 / 15	65 / 15	65 / 15	65 / 15
W11 Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in %	min.	81.7	-	>80	-	>80	-
W12 Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in %	min.	k.E.	>60	>65	>70	>75	>80
W13 Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in %	min.	k.E.	>60	>65	>70	>75	>80
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Beteiligungen an Kooperationsprojekten	min.	8	8	8	8	8	8
L2 Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen / gesamthaft (in %)	min.	91 / 72	87 / 73	94 / 80	96 / 85	100 / 90	100 / 95
L3 Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche in % (Lagefixpunktnetz / Höhenfixpunktnetz)	min.	98 / 19	100 / 40	100 / 60	100 / 80	100 / 100	100 / 100
L4 Anzahl laufende Archäologie-Projekte: nach Aufwandgruppen	min.	48 / 67 / 63	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum in %	min.	91.4	100	100	100	100	100
B2 Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH in %	min.	110.6	100	100	100	100	100

Leistungsgruppe 8300	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-18.775
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.450

Budget	Leistungsgruppe 8300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen**

**Indikatoren**

- W1/W2/W3: Diese Indikatorenwerte sind gemeinsam zu beurteilen, um die Entwicklung beurteilen zu können. Die gesamte Bauzone im Kanton Zürich beträgt rund 30'000 ha. Ziel: Die Ausweitung der Bauzonen zu Lasten der Landschaft ist einzuschränken und durch die Förderung der inneren Verdichtung zu kompensieren. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um den Wert per Ende des Vorjahres. Ein positiver Saldo der Ein- und Auszonungen bedeutet, dass Flächen zur Überbauung freigegeben werden und somit die Gesamtbauzonenfläche im Kanton Zürich erweitert wird (Bauzonenmanagement). Neue Überbauungen innerhalb der nicht überbauten Bauzonen reduzieren die Bauzonenreserven und weisen den Bauzonenverbrauch aus. Die Bauzonenbeanspruchung beschreibt die Nutzungsdichte der überbauten Bauzone pro Person. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um eine annäherungsweise Ermittlung. Die Bauzonenbeanspruchung im Kanton Zug betrug 88 m2 im Jahr 2006 (Benchmark).
- W4: Summe der individuellen Datenabgaben, Datenabonnemente, Internetdienstleistungen, Beratung, Projektmitarbeit
- W9: In §5 der Vermessungsverordnung (VVO) sind die kantonalen Mehranforderungen beschrieben, wie Nutzungszonen, Grundwasserschutzzonen, Baulinien usw. Der Indikator weist die Anzahl der Gemeinden aus, welche "vermessen" wurden, wobei der Grad der Vermessung sich nach Bundesrecht richtet. Das einheitliche Vermessungswerk wird im Jahr 2012 flächendeckend im Kanton Zürich abgeschlossen sein.
- W11: Diese Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt. Der Kundenbefragungskreis wurde im Jahr 2006 um Kunden, die noch keine bis wenige Dienstleistungen erhalten haben, erweitert.
- W12: Die Kunden sind neben den bei Renovationen und Umbauten betreuten Bauherren (Beitragsempfänger) auch die Nutzer (Einzelpersonen und Institutionen) unserer Dokumentationsstelle und die Besucher unserer Veranstaltungen. Die Kundenzufriedenheit wird mit einem normierten Fragebogen erhoben.
- W13: Die Kunden sind neben den Bauherren (Erdbewegungen in archäologischen Zonen) auch die Nutzer (Einzelpersonen und Institutionen) unserer Dokumentationsstelle und die Besucher unserer Veranstaltungen. Die Kundenzufriedenheit wird mit einem normierten Fragebogen erhoben.
- L1: Beispiele für Kooperationsprojekte = PAZ Plattform Aargau-Zürich, Interreg EU-Gemeinschaftsinitiative, Projekte Agglomerationspolitik Bund, Kantonsplanerkonferenz KPK
- L2: Die Kantonsfläche beträgt 165'627 ha (100%). Der Indikator beziffert den Prozentsatz der bereits vollnumerisch vermessenen und somit aufgearbeiteten Bauzonenfläche. Die Vermessung der Bauzonenfläche hat Priorität.
- L3: Der Indikator beziffert den Prozentsatz der bereits erneuerten und somit aufgearbeiteten Kantonsfläche. Mit der Erneuerung und Aufarbeitung des Höhenfixpunktnetzes wurde im Jahr 2006 begonnen.
- L4: Aufwandgruppen: Gross = > 1'000 Std. Leistungsaufwand bzw. > 100'000 Fr. Kostenaufwand; mittel = > 50 Std. bzw. > 5'000 Fr.; klein = < 50 Std.
- B2: Massnahme aus Sanierungsprogramm: Vollständige Kostendeckung Abteilung Datenlogistik ZH seit 2005.

**Sonstige Bemerkungen**

- Umsetzung Sanierungsmassnahmen '04 (ER): San. 257, 262, 264 (ab 2006 im ARV vorher HBA): 2007 +1.6 Mio. Fr. / San. 266, 269,270,272,273 (ER): 2007 +1.6 Mio. Fr. / San. 266, 272 (IR): 2007 +0.9 Mio Fr.
- Umsetzung Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht '06: Massnahme Nr. 830001, Stellenreduktion um 0.8 Stellen im Jahr 2008 (frühzeitige Pensionierung).

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- 0.6 Personalkosten: Stufenanstieg, Beförderungen und Teuerungsausgleich 2008 (inkl. Sozialversicherungsbeiträge), zusätzliche Stelle bei Abteilung Datenlogistik ZH für das Projekt Personenregister
- +0.2 Zinsen und Abschreibungen: Tiefere Investitionen in den Vorjahren
- +0.6 Sachaufwand intern: hauptsächlich tiefere Informatikkosten

**Investitionsrechnung**

- 0.4 Anschaffungen Informatik: Notwendige Systemanpassungen - / ausbauten Datenlogistik ZH sowie GIS

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- + 1.0 Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Abteilung Datenlogistik im Zusammenhang mit dem Projekt Registerharmonisierung.

**Indikatoren**

- W8: Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten: Die Nachfrage nach GIS-Daten hat sich in den letzten Jahren sehr erfreulich entwickelt und die Erwartungen bereits im Jahr 2006 übertroffen (Budget 2006: 600'000).

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

Keine wesentlichen Änderungen

**Investitionsrechnung**

Keine wesentlichen Änderungen

**Indikatoren**

Keine wesentlichen Änderungen

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

Keine wesentlichen Änderungen

**Investitionsrechnung**

Keine wesentlichen Änderungen

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- + 1.0 Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Abteilung Datenlogistik im Zusammenhang mit dem Projekt Registerharmonisierung.

**Indikatoren**

Keine wesentlichen Änderungen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	473.6	242.2	-58.0	184.3	-56.2	187.6	-61.1	182.8	173.7	-63.3
- Beiträge vom Bund	41.9	75.9	-62.8	34.2	-58.6	39.4	-56.6	41.4	42.8	
- Übertrag aus Strassenfonds	368.5	137.0	9.9	129.2	6.8	127.4	-0.2	120.7	110.2	
- Übrige Erträge	63.1	29.3	-5.0	21.0	-4.3	20.8	-4.3	20.7	20.7	
Aufwand	-473.6	-242.2	58.0	-184.3	56.2	-187.6	61.1	-182.8	-173.7	-63.3
- Staatsbeiträge an Strassenunterhalt	-63.4									
- Kapitalkosten	-175.1	-1.5	-3.6	-5.2	-3.5	-5.1	-3.1	-4.8	-4.7	
- Betriebsaufwand	-234.1	-240.7	61.5	-179.1	59.7	-182.5	64.1	-177.9	-169.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	427.9	0.3	-0.2							71.4
Ausgaben	-635.0	-3.6	0.2	-2.6	0.3	-2.0	-0.7	-2.7	-1.8	-107.9
Nettoinvestitionen	-207.1	-3.3	-0.0	-2.6	0.3	-2.0	-0.7	-2.7	-1.8	-36.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	460.9	432.4	-4.9	426.4	-4.9	426.4	-4.9	426.4	426.4	

**Aufgaben**

- A1 Bau: Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und ausbauen, einschliesslich Brücken.  
A2 Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen.  
A3 Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen.	2020	2
E2 Bau: Vervollständigen des Velowegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.	2020	2
E3 Bau: Intensivierung Lärmschutz-Sanierungen an National- u. Staatsstrassen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften).	2015	3
E4 Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts u. an Kreuzungen (Unfallsschwerpunkte).	2010	2
E5 Unterhalt: Keine Zustandsverschlechterung bei Staatsstrassen ausserorts sowie bei Einrichtungen zur Regelung des Verkehrs.	dauernd	2

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Zustand Brücken, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 2.5 %)	max.	2.3 %	2.5 %	2.5 %	2.5 %	2.5 %	2.5 %
W2 Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1.5 %)	max.	1.4 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %
W3 Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 2.5 %)	max.	2.9 %	1.5 %	2.5 %	2.5 %	2.5 %	2.5 %
W4 Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerks-Erhaltung), Soll: rund 50 Mio. für Strassen sowie 9 Mio. für Kunstbauten (TBA + VIS)	P	67.5	73.2	73.8	69.5	60.2	57.1
W5 Minimierung der Verkehrsbehinderungen bei Bau- und Unterhaltsarbeiten auf Nationalstrassen: Baustellentage mit Fahrstreifenreduktion (Ziel: <2000 pro Jahr)	max.	2289	2000	2000	2000	2000	2000

**Leistungen****Wirtschaftlichkeit**

- B1 Rund 92 % der Ausgaben des Tiefbauamtes sind Fremdleistungen, die unter Konkurrenz offeriert und nach den Vergabekriterien normalerweise an den wirtschaftlich günstigsten Bewerber in Auftrag gegeben werden.

**Leistungsgruppe 8400 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.610

**Budget Leistungsgruppe 8400**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Ab 2008 übernimmt der Bund sämtliche Nationalstrassen in sein Eigentum (NFA) und finanziert den Nationalstrassenunterhalt zu 100 %.
- Per 15. Mai 2006 wurde der strategisch/plannerische Teil des Tiefbauamtes (inkl. den dazugehörigen finanziellen Mitteln) in die Volkswirtschaftsdirektion / VIS transferiert.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag:
  - 4.0 Geringere Eigenleistungen auf Investitionen und Unterhalt
  - 3.0 Wegfall von Rückerstattungen durch andere Kantone/Gemeinden
- 41.8 Geringere Betriebsbeiträge des Bundes für den Nationalstrassen-Unterhalt
- 7.9 Geringerer Übertrag aus dem Strassenfonds
  - Aufwand:
    - +66.0 Wegfall baulicher Nationalstrassen-Unterhalt
    - 1.3 Mehraufwand Besoldung für Teuerung und Beförderungen (gem. RRB-Beschluss 2.6 %)
    - +1.4 Stellenreduktion (vor allem im Strasseninspektorat) sowie Anpassung der Budgetierung der Verpflegungs-Zulagen
    - 3.8 Höherer baulicher Staatsstrassen-Unterhalt

**Investitionsrechnung**

- EINNahmen:
  - 0.3 Wegfall Bundesbeiträge für Unterhalt Nationalstrassen-Werkhöfe
- AUSGABEN:
  - +0.5 Wegfall Erneuerungsunterhalt Nationalstrassen-Werkhöfe
  - +0.8 Abschluss Ausbau Werkhof Pfäffikon
  - 0.3 Anpassung Beschaffung Mobilien

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Reduktion von 6 Stellen vor allem im Strasseninspektorat

**Indikatoren**

- Die Definition des Indikatoren W3 wurde leicht modifiziert.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- ERTRAG:
  - Höhere Bundesbeiträge betrieblicher Nationalstrassen-Unterhalt (infolge gestaffelter Eröffnung Westumfahrung 2009 bis 2011).
  - Abnahme der Überträge aus dem Strassenfonds (infolge geringerem Aufwand im TBA).
- AUFWAND:
  - Jährlicher Mehraufwand Besoldung für Teuerung und Beförderungen gem. RRB-Beschluss.
  - Mehraufwand für betrieblichen Nationalstrassen-Unterhalt (infolge gestaffelter Eröffnung Westumfahrung 2009 bis 2011).
  - Projektbezogene Reduktion des Staatsstrassen-Unterhalts (2010/2011)

**Investitionsrechnung**

- Um-/Ausbau Werkhof Wila in den Jahren 2009/2010
- Jährliche Anpassung Beschaffung Fahrzeuge/Mobilien

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Wegfall baulicher Nationalstrassen-Unterhalt (Aufwand + Ertrag)

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Stellenreduktion (vor allem im Strasseninspektorat)

**Indikatoren**

- Die Definiton des Indikatoren W3 wurde leicht modifiziert.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	22.6	19.3	1.4	21.6	1.9	20.7	2.1	20.7	18.5	-18.2
Aufwand	-89.2	-87.1	0.8	-88.4	-1.1	-89.6	-1.6	-91.0	-90.5	1.4
- Abschreibungen und Zinsen	-32.0	-30.1	0.1	-30.2	0.4	-30.9	0.5	-31.3	-31.5	
Saldo	-66.7	-67.8	2.2	-66.8	0.8	-68.9	0.5	-70.3	-72.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	4.1	11.2	2.6	9.4	2.6	10.9	2.6	10.4	9.9	9.3
Ausgaben	-21.2	-37.6	7.7	-31.9	2.6	-34.8	3.7	-37.8	-38.5	-33.6
Nettoinvestitionen	-17.1	-26.4	10.3	-22.5	5.2	-23.8	6.3	-27.3	-28.7	-24.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	226.7	224.3	3.0	222.5	3.0	222.5	3.0	222.5	222.5	

**Aufgaben**

A1 Das AWEL strebt einen nachhaltigen Umgang mit Abfall sowie mit den natürlichen Ressourcen, Wasser, Energie und Luft an und trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung. Es vollzieht seine Aufgaben im öffentlichen Interesse gemäss dem gesetzlichen Auftrag, dem Stand der Technik und dem Verhältnismässigkeitsgebot. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kundenorientiert und bieten kompetente Auskunft.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Strategie Klimaschutz	2008	3
E2 Vision Zürichsee 2050	2008	1
E3 Implementierung eines Controllings für den ausgelagerten Vollzug (Sanierungsprogramm San04)	2008	8
E4 Hochwassermanagement Zürichsee - Sihl - Limmat	2010	3
E5 Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund	2010	1
E6 Aufwertung Flussraum Limmattal-Sihltal	2011	3
E7 Gewässerraumsicherung / Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale	2011	1
E8 Finanzmanagement und -controlling bei Ver- und Entsorgungsanlagen	2011	2
E9 Naturgefahrenkarten	2013	1
E10 Begleitete Standortsuche Endlager	2020	1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO2	max.	7%	6%	5%	4%	4%	4%
W2 Anteil Trinkwasser mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020=100%)	min.	95%	95%	96%	96%	96%	97%
W3 Verbrauchsabnahme fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (gegenüber Vorjahr; 2003 = 16'110 GWh)	min.	+2 GWh	-20 GWh	-20 GWh	-20 GWh	-20 GWh	-20 GWh
W4 Erhöhung Nutzung erneuerbarer Energie u. Abwärme (Basis: 2000, Ziel pro Jahr +0,2%)	min.	3,6%	2,3%	4,0%	4,2%	4,4%	4,6%
W5 Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	60%	70%	71%	73%	74%	76%
W6 Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	79%	83%	81%	82%	83%	84%
W7 Die Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen sind bis 2010 zu 85% erfüllt.	min.	75%	83%	83%	83%	85%	85%
W8 Die Anforderungen an Strahlung emitt. Funkanlagen sind bis 2010 zu 98% erfüllt.	min.	** )	**)	93%	96%	98%	98%
W9 Verwertete + endgelagerte Abfälle / Gesamtabfall	min.	*)	79%	79%	79%	80%	82%
W10 Aufwert. nicht natürl. Fluss-, Bachabschnitte u. Seeufer	min.	5,9 km	4 km	4 km	4 km	4 km	4 km
W11 Anzahl biol. oder chem. Zwischenfälle mit Folgeschäden	max.	0	< 4	< 4	< 4	< 4	< 4
W12 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Entwässerungsplan (GEP)	min.	72%	70%	76%	78%	80%	82%
W13 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Wasserversorgungsprojekt (GWP)	min.	94%	97%	95%	95%	95%	95%
W14 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP)	min.	60%	61%	62%	63%	64%	65%
W15 Jährlicher Zuwachs an Minergieflächen (Ist 31.12.03 = 1'170'000m2)	min.	423'558	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
W16 Ausschöpfung NOx-Emissionsplafond Flughafen (2003 = 53%)	max.	*)	59%	61%	63%	65%	65%
W17 % der ARA, welche die Einleitungsbedingungen erfüllen (Ziel 2020 alle 100%): org. / N / P	min.	75/78/89%	89/80/90%	91/82/92%	93/84/94%	95/85/95%	96/86/96%

**Leistungen**

L1 Überprüfte Verdachtsflächen aufsummiert (Ziel 13'000)	min.	7'125	6'670	9'825	10'775	11'725	13'000
L2 Anz. Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen	min.	133	100	100	100	100	100
L3 Realisierte Hochwasserschutzprojekte (Anzahl pro Jahr)	min.	3	2	2	2	2	2

Leistungsgruppe 8500	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-66.791
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-31.926
Gesperter Kredit Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für Wasserbauinvestitionen (in Mio. Fr.)	-2.150

Budget	Leistungsgruppe 8500
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Leistungen</b>							
L4 Produktive Stunden Gewässerunterhalt	min.	85'620h	89'500h	89'500h	89'500h	89'500h	89'500h
L5 Anzahl genehmigter GEP / GWP / EP	min.	24/18/2	6/7/3	6/10/3	6/10/3	6/10/3	1/10/3
L6 Anzahl neue Minergie-Labels jährlich	min.	405	200	400	400	400	400
L7 Geprüfte Energiekonzepte/Jahresberichte d. Energie-Grossverbraucher	min.	58	50	50	50	50	50
L8 Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei C-Schadenfällen	P	162	130	130	130	130	130
L9 Anzahl erteilte Bewilligungen BVV	P	808	750	750	750	750	750
L10 BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen	min.	90%	>95%	>95%	>95%	>95%	>95%
L11 Flächenrecycling (ha/J)	min.	**)	25	25	25	25	25
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Jährliche Kosten pro belasteter Standort (Fr./J)	max.	Fr. 2'090	Fr. 2'500				
B2 Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung (OSTLUFT) in Fr./Einw. und Jahr	max.	**)	Fr. 1.00	Fr. 0.94	Fr. 1.05	Fr. 1.05	Fr. 1.05
B3 Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie (kWh/Fr.)	min.	400	>300	>300	>300	>300	>300
B4 Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro EinwohnerIn (Durchschn. der Kantone 2002 = 4.93 Fr./EW)	min.	1.42	3.85	3.85	3.85	3.85	3.85

**Allgemeine Bemerkungen**

**Indikatoren**

\*) Daten für 2006 noch nicht verfügbar. \*\*) neuer Indikator.

**Sonstige Bemerkungen**

Umsetzung Entlastungsprogramm E08: 2008 +2,34 Mio. / 2009 +2,54 Mio. / 2010 +2,73 Mio. Franken gegenüber den entsprechenden Planjahren im KEF 2007-2010.

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- 0.6 Höherer Personalaufwand: Teuerungsausgleich von 0,9 %; Stufenanstieg von 1,5 %, Lohnerhöhungen/Beförderungen 0,2 %.
- 0.7 Höhere Aufwendungen für Planung/Projektierung Wasserbau als Folge der Hochwassergefahrenkartierung.
- +0.5 Reduktion Gewässerunterhalt (Entlastungsprogramm E08).
- +1.8 Höhere Heimfallverzichtsentschädigung Kraftwerk Eglisau im Zusammenhang mit dem Projektfortschritt Thurauen-Projekt.
- 1.0 Keine Rückerstattung an die Sanierung der Säureharzdeponie Tössegg in Wildberg im Jahr 2008 mehr.
- +0.5 Erhöhung der Gebühren für die Nutzung von Grundwasser und Oberflächengewässer (Entlastungsprogramm E08).
- +0.6 Ab 2008 Beiträge im Zusammenhang mit NFA beim Wasserbau (Entlastungsprogramm E08).

**Investitionsrechnung**

- +3.0 Ab 2008 Bundesbeiträge an Hochwasserschutzinvestitionen im Zusammenhang mit NFA (Entlastungsprogramm E08).
- 1.5 Höhere Energiesubventionen (Förderprogramm Energie, Ausrichtung gemäss Rahmenkredit).
- +1.8 Tiefere Investitionsbeiträge für Abwasseranlagen (Sanierungsprogramm San04).

**Indikatoren**

- W4 Budgetwert B07 war zu konservativ (grössere Auswirkung des Förderprogramms Energie und der höheren Energiepreise).
- L6 Mit der Erhöhung Förderprogramm Energie ist mit einer dauernden Zunahme an Minergie-Labels zu rechnen.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Steigender Personalaufwand aufgrund des jährlich budgetierten Teuerungsausgleichs von 1,1 bis 1,5 % und der für Lohnerhöhungen/Beförderungen zur Verfügung stehenden 0,2 %, jährlich von -0,5 Mio. Franken.
- Höhere Abschreibungen/Zinsen aufgrund der Erhöhung der Globalbeiträge Energie von 2007 auf 2008.
- Erhöhung der Gebühren für die Nutzung von Oberflächengewässer und Grundwasser im Jahr 2009 gegenüber 2008 von 0,5 Mio. Franken.
- Unterschiedliche jährliche Höhe der Heimfallverzichtsentschädigung Kraftwerk Eglisau (abhängig vom Projektfortschritt Thurauen-Projekt).
- Im Jahr 2011 keinen Bundesbeitrag mehr an die Erstellung des Katasters der belasteten Standorte von -0,5 Mio. Franken.

**Investitionsrechnung**

- Die Differenzen bei den Nettoinvestitionen sind auf Veränderungen bei den Wasserbaunetinvestitionen zurückzuführen.

**Indikatoren**

- B4 Förderprogramm Energie / Eingesetzte Franken pro EinwohnerIn: Aufgrund der höheren Energiesubventionen (Ausrichtung gemäss dem zur Verfügung stehenden Rahmenkredit) Steigerung dieses Indikators.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Entlastungsprogramm E08: 2008 +2,34 Mio. Franken, 2009 +2,54 Mio. Franken, 2010 +2,73 Mio. Franken.
- Höherer Personalaufwand u.a. aufgrund eines gegenüber dem KEF Vorjahr höher budgetierten Teuerungsausgleichs.
- Höhere Abschreibungen/Zinsen aufgrund der Erhöhung der Globalbeiträge Energie.

**Investitionsrechnung**

- Höhere Nettoglobalbeiträge Energie. Tiefere Investitionsbeiträge an Abwasseranlagen.
- Neu im Zusammenhang mit NFA: Bundesbeiträge an Hochwasserschutzmassnahmen von jährlich 3,0 Mio. Franken.
- Restliche Differenzen bei der Budgetierung der Wasserbaunetinvestitionen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- +3 neue Stellen im Zusammenhang mit der neuen Verordnung über den Vollzug der Chemikaliengesetzgebung.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0									
Aufwand	-17.1	-34.8	5.0	-35.1	-0.7	-29.7	6.9	-22.5	-22.4	30.5
Saldo	-17.1	-34.8	5.0	-35.1	-0.7	-29.7	6.9	-22.5	-22.4	0.0

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 01.01.2007: Erweiterung der Leistungsgruppe "Sondermülldeponie Kölliken" zu "Altlasten".
- A2 In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung aufgeführt. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes sind auf den 1. November 2006 neue Bestimmungen in Kraft getreten, wonach der Kanton unter bestimmten Bedingungen nicht nur als Verhaltens- oder Zustandsstöcker Kosten zu tragen hat. Neu fallen für den Kanton auch so genannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Kölliken auch die Verpflichtungen des Kantons aus der USG-Revision geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.
- A3 Die Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) stellt eine Altlast dar, die auf Grund des Umwelt- und des Gewässerschutzgesetzes sowie der Altlasten-Verordnung des Bundes zu sanieren ist. Der Kanton Zürich bildet zusammen mit dem Kanton Aargau, der Stadt Zürich und der Basler Chemischen Industrie das Konsortium SMDK. Mit Beschluss Nr. 5154/1977 hat der Regierungsrat der Gründung dieses Konsortiums zugestimmt. Die Beteiligung von 41,67 % an der einfachen Gesellschaft SMDK ist massgeblich für den Anteil, den der Kanton Zürich an die Kosten zur Sanierung der Deponie zu tragen hat.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Sondermülldeponie Kölliken:		3
E2 - Sanierung ab 2007	2012	3
E3 - Nachsorge ab 2012		3
E4 Vom Staat verursachte Aktivitäten, die vermehrt zu Ausfallkosten Altlasten führen können:		3
E5 - Durchführung der Voruntersuchungen ab 2007	2016	3
E6 - Detailuntersuchungen ab 2011		3
E7 - Sanierungsprojekte ab 2011		3
E8 - Untersuchungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgutbeeinträchtigungen	laufend	3

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen****Leistungen**

L1 - Beiträge an die SMDK (Mio. Fr.)	-14.8	-27.6	-29.5	-27.6	-20.5	-20.4
L2 - Abschreibungen / Zinsen SMDK (Mio. Fr.)	-2.3	-2.2	-2.2	-2.1	-2.0	-2.0
L3 Total Aufwand SMDK (Mio. Fr.)	-17.1	-29.8	-31.6	-29.7	-22.5	-22.4
L4 Ausfallkosten Altlasten (Mio. Fr.)		-5.0	-3.5	0.0 *)	0.0 *)	0.0 *)

**Wirtschaftlichkeit****Leistungsgruppe 8510 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) -35.130  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 8510**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
 können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- \*) In den Jahren 2009 ff. sind keine Beträge eingesetzt, da in den Jahren 2007/2008 zuerst Erfahrungswerte gesammelt werden müssen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Sondermülldeponie Kölliken:  
Der Bund hat dem Kanton Aargau als Standortkanton der Deponie im August 2006 Abgeltungen gemäss Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA) von Fr. 121'495'000 zugesichert. Dieser Beitrag wird in Tranchen gemäss Sanierungsfortschritt dem Kanton Aargau überwiesen. Der Kanton Aargau überweist wiederum diesen Beitrag an die SMDK (erstmalig im Jahr 2007). Damit verringern sich die Beitragszahlungen der einzelnen Konsortialpartner.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Sondermülldeponie Kölliken: Beiträge gemäss Sanierungsfortschritt.
- Ausfallkosten Altlasten: Neu ab 01.01.2007 aufgrund der Revision des Umweltschutzgesetzes. Der budgetierte Wert stellt einen Schätzwert dar.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Sondermülldeponie Kölliken: Beiträge gemäss Sanierungsfortschritt.
- Ausfallkosten Altlasten: Keine Budgetwerte ab 2009, da eine Schätzung der Kosten schwierig ist. Nach Vorliegen erster Ist-Werte wird die Budgetierung auf Grund besserer Datenbasis möglich sein.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Sondermülldeponie Kölliken: Die Beiträge sind abhängig vom Sanierungsfortschritt.
- Ausfallkosten Altlasten: Zum Zeitpunkt der Erstellung des KEF 2007-2010 wurden die Grundlagen für die Finanzierung der Ausfallkosten erstellt. Ein Beschluss über die Finanzierung lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, weshalb die Ausfallkosten im KEF 2007-2010 nicht budgetiert wurden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag		52.7	-0.1	50.9	30.5	82.9	-0.2	52.2	52.4	
- Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten		37.2	-4.9	34.7	-5.2	35.8	-4.0	37.1	37.3	
Aufwand		-59.7	-11.0	-71.2	13.9	-64.7	2.4	-86.0	-97.5	
- Abschreibungen und Zinsen		-21.2	0.8	-22.0	18.1	-24.4	6.4	-45.7	-57.6	
Saldo		-7.0	-11.1	-20.3	44.4	18.2	2.2	-33.8	-45.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben			-29.1	-29.1	-169.2	-169.2	-118.0	-118.0	-104.6	-70.1
Nettoinvestitionen			-29.1	-29.1	-169.2	-169.2	-118.0	-118.0	-104.6	-70.1
Personal (Beschäftigungsumfang)		122.6	5.9	108.5	24.2	108.5	24.2	108.5	108.5	

**Aufgaben**

- A1 Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümerversammlung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
- A2 Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
- A3 Die Abteilung Landerwerb bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtstellen in juristischen Fragen.
- A4 Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufbau Systematik und Nutzwertsteigerung des Verwaltungsvermögens	2008	8
E2 Produktkatalog optimieren, Dienstleistungsvereinbarungen abschliessen	2008	8
E3 Zustandswert der Immobilien im Verwaltungsvermögen eruieren und Strategie für werterhaltende Investitionen entwickeln (Investitionsplanung nächste 12 Jahre)	2009	2

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Verhandlungserfolg Landerwerbsgeschäfte (Prozentualer Anteil an Freihandgeschäften in Enteignungsverfahren)	min.			>90%	>90%	>90%	>90%
W2 Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung	min.			78%	83%	85%	85%
W3 Grad der Kundenzufriedenheit Portfoliobetreuung (Erste Erhebung ist für Herbst 2007 vorgesehen)	min.			75%	80%	85%	90%
<b>Leistungen</b>							
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Werterhaltungsindex (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	min.			64%	50%	52%	50%
B2 Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung	max.			19.0 m2	18.0 m2	17.0 m2	17.0 m2
B3 Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung	max.			17.0 m2	15.5 m2	15.5 m2	15.5 m2

Leistungsgruppe 8700	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-20.300
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-29.105
Gesperrter Kredit Investition ZV Verlegung Passbüro (-3.5 Mio.)	-2.000
Gesperrter Kredit Investition Sanierung Rechberg (-6.5 Mio.)	-1.000

Budget	Leistungsgruppe 8700
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Das Immobilienamt nimmt die Beträge der Projekte in den Budgetentwurf und in den KEF auf, für welche die Baudirektion die Vertretung der Nutzer wahrnimmt. Ab dem Jahr 2008 werden für die Betriebsliegenschaften der Zentral- und Bezirksverwaltungen die finanziellen Mittel (Investitionen und Projektierungsaufwand) im Immobilienamt eingestellt (Transfer der Investitionsprojekte vom HBA ins IMA).

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aufwand
- 7.6 Verschiebung der Projektplanungskosten aus dem Hochbauamt zum Immobilienamt. Beim Hochbauamt ergibt sich eine entsprechende Aufwandreduktion.
- 0.8 Mehr Abschreibungen und Zinsen wegen Mehrinvestitionen.
  - Ertrag
- 2.6 Mindererlös bei der Verrechnung von kalkulatorischen Mieten und Nebenkosten (Überarbeitung der Planungsgrundlagen)

**Investitionsrechnung**

- 29.1 Die gesamten Investitionen vom Hochbauamt werden neu im Immobilienamt geplant .

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Die Veränderung von 14.1 Stellen widerspiegelt die begonnene Auslagerung (Outsourcing) des Reinigungspersonals.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Das Projekt PJZ beeinflusst die Erfolgsrechnung im Jahr 2009 mit einem Aktivierungsertrag aus den Projektierungsaufwendungen der vergangenen Jahre von 32 Mio. Franken. Ab dem Jahr 2010 führen dann die anfallenden Abschreibungen und Zinsen zu einem starken Anstieg des Aufwands.

**Investitionsrechnung**

- Durch die Realisation des Projektes PJZ steigen die Ausgaben für Investitionen ab dem Jahr 2009 wesentlich.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Planungsgrundlagen beim Ertrag aus kalkulatorischen Mieten und Nebenkosten wurden überarbeitet. Dies führt zu Mindererlösen, es fällt aber entsprechend weniger Aufwand bei den Nutzern in den anderen Direktionen und Aemtern an.
- Das Verschieben der Investitionen vom Hochbauamt zum Immobilienamt beeinflusst die Erfolgsrechnung durch Planungsgelder und Aktivierungserlöse. Speziell beim Projekt PJZ kommen im Jahr 2008 Planungsgelder von 7.0 Mio. und im Jahr 2009 ein Aktivierungsertrag von 32.0 Mio. dazu.
- Durch die Verschiebung des Projektes PJZ um ein Jahr fallen die damit verbundenen Kapitalfolgekosten (Abschreibungen und Zinsen) erst ab dem Jahr 2010 und nicht wie im Vorjahres-KEF angenommen schon ab 2009 an.
- Die Fluglärmliegenschaften werden ab 2007 nicht mehr durch das Generalsekretariat sondern durch das Immobilienamt betreut. Dadurch wird für alle Planjahre der Ertrag um 3.9 Mio. (Mietträge) und der Aufwand um 3.0 Mio. (Unterhalt und Kapitalkosten) erhöht.

**Investitionsrechnung**

- Gemäss Immobilienverordnung übernimmt das Immobilienamt alle Investitionskonti für Hochbauinvestitionen per 2008 vom Hochbauamt.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch den Entscheid im RRB 362/2007 MH06 wird die Veränderung des Beschäftigungsumfang vom Reinigungspersonals verzögert. Es sind 24 Stellen beim Reinigungspersonal mehr geplant. Dafür fällt weniger externer Reinigungsaufwand an.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	184.2	183.6	2.3	187.6	2.2	188.2	2.1	190.5	193.1	4.9
- Durchlaufende Bundesbeiträge	151.4	153.5	0.7	155.5	0.6	155.6	0.6	157.7	159.9	
Aufwand	-237.6	-239.1	-1.2	-242.9	-2.1	-244.7	-2.2	-248.8	-252.8	6.4
- Durchlaufende Bundesbeiträge	-151.4	-153.5	-0.7	-155.5	-0.6	-155.6	-0.6	-157.7	-159.9	
Saldo	-53.4	-55.5	1.1	-55.3	0.1	-56.5	-0.1	-58.3	-59.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	2.6	2.8	0.0	2.8	0.1	2.8	0.1	2.8	2.8	2.8
- Durchlaufende Bundesbeiträge	2.4	2.5	0.0	2.5	0.1	2.5	0.1	2.5	2.5	
Ausgaben	-15.7	-18.6	-1.8	-18.6	-3.4	-19.8	-0.2	-19.8	-15.4	-18.0
- Durchlaufende Bundesbeiträge	-2.4	-2.5	0.0	-2.5	-0.1	-2.5	-0.1	-2.5	-2.5	
Nettoinvestitionen	-13.1	-15.8	-1.8	-15.8	-3.4	-17.0	-0.2	-17.0	-12.6	-15.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	236.9	241.9	2.3	245.1	2.2	246.5	2.4	248.5	250.0	

**Aufgaben**

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt Kompetenzzentrum Strickhof (RRB 40/2006)	2010	5
E2 Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen	2010	2
E3 Umsetzung der Massnahmen aus dem Projekt "Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kt. Zürich"; Zwischenbilanz	2008	5
E4 Umsetzung der Ökoqualitätsverordnung (ÖKV) sowie der Landschaftsentwicklungskonzepte (LEK)	2009	1
E5 Umsetzung der E-Government-Lösung für die Direktzahlungen	2008	5
E6 Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung	2015	3
E7 Erstellen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich (gem. Kt. Waldgesetz vom 7.07.1998)	2011	1
E8 Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald	2011	5
E9 Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (ca. 3'600 ha)	2012	3
E10 Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK)	2025	3
E11 Übergang zum Standardvollzug bei Bodenverschiebungen, Geländeauffüllungen und Rekultivierungen	2008	3
E12 Festlegen der neuen Pachtbedingungen und der Kalkulation der Jagd- und Fischereirevierpreise	2009	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschl. landwirtsch. Ausbildung am Strickhof	min.	-	> 70%	-	-	-	> 70%
W2 Landwirtschaft: Hochbausubventionen; Kostensenkungseffekt je kg produzierte Milch	P	3.61%	3.75%	3.75%	3.75%	3.75%	3.75%
W3 Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen	min.	92%	90%	90%	93%	93%	93%
W4 Wald: Holznutzung im Privatwald (Vergleich z. Zuwachs)	min.	114%	100%	100%	100%	100%	100%
W5 Wald: Holznutzung im öff. Wald (Vergleich z. Zuwachs)	min.	103%	100%	100%	100%	100%	100%
W6 Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten	min.	1.37	> 1	> 1	> 1	> 1	> 1
W7 Bodenschutz: Bodenbeeinträchtiger Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5'000m2 Fläche	max.	27%	20%	20%	15%	15%	10%
W8 Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anz. Rehwild	P	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung)	P	59'429	50'000	55'000	55'000	55'000	55'000
L2 Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	P	38'166	27'000	27'000	27'000	27'000	27'000
L3 Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume	P	78%	80%	81%	83%	85%	87%
L4 Naturschutz: Anz. Bewirtschafter von Naturschutzflächen	P	1'663	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L5 Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial	min.	65%	75%	75%	75%	75%	75%
L6 Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	P	9'131	9'500	9'200	9'200	9'200	9'200
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtsch. Hochbauprojekt	P	28	40	40	42	45	45
B2 Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald	min.	56%	50%	50%	50%	50%	50%
B3 Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad	min.	99%	95%	89%	87%	81%	80%

Leistungsgruppe 8800	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-55.254
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-18.590

Budget	Leistungsgruppe 8800
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen**

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- E4: Umsetzung durch die Abteilung Landwirtschaft und Fachstelle Naturschutz
- E6: Umsetzung durch die Abteilungen Landwirtschaft und Wald sowie Fachstelle Bodenschutz

**Indikatoren**

- W1: Erhoben per Umfrage alle 4 Jahre an alle Betriebsleiter von Haupterwerbsbetrieben im Kanton Zürich (erstmalig 2003), zusammen mit der Ermittlung der Angaben, welche die Abt. Landwirtschaft für die Ausrichtung der Direktzahlungen benötigt.
- W2: Zeigt die Wirkung der kantonalen Subventionen an Milchviehställen auf die Produktionskosten der Betriebe.
- W6: Entwicklung der Bestände bedrohter Pflanzenarten mit Artenschutzmassnahmen der Fachstelle Naturschutz im Vergleich zur Entwicklung der Bestände bedrohter Arten ohne Schutzmassnahmen.
- W8: Zeigt die Wirkung der Massnahme für einen ausgewogenen und gesunden Nutzwildbestand.
- L3: Zielwert 100% entspricht 3'600 ha gemäss Inventar überkommunaler Schutzgebiete und Naturschutzgesamtkonzept.
- B2: Neuer Indikator, da die alte Betriebsabrechnung (BAR) ausläuft und auf den 1.09.07 durch die neue Lösung ersetzt wird. Entspricht dem Quotient zwischen Ertrag und Aufwand im Staatswald.

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- 0.8 Höhere Personalausgaben infolge Beförderungen, Stufenanstieg und Teuerung
- 0.6 Anstieg der Naturschutzleistungen und -beiträge
- 0.2 Höherer Übertrag in den Wildschadenfonds für Massnahmen der Wildschadenverhütung
- 1.9 Höhere Durchlaufende Beiträge
- +0.5 Steigender Umsatz bei den Holzverkäufen
- +0.3 Höhere Bundesbeiträge für Naturschutzmassnahmen im Wald
- +1.9 Höhere Durchlaufende Beiträge
- +0.6 Höherer Übertrag aus dem Natur- und Heimatschutzfonds für Naturschutzleistungen
- +0.3 Höhere Vergütung der Bildungsdirektion für den Leistungsauftrag "Ausbildung Fachangestellte Gesundheit" am Strickhof

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Für den Leistungsauftrag "Ausbildung Fachangestellte Gesundheit" sowie die erhöhten Beratungs- und Ausbildungsbedürfnisse am Strickhof werden 3.2 Stellen benötigt, welche im Stellenplan vorhanden sind und im Budget 2008 eingestellt werden.

**Indikatoren**

- L1: Zunahme der Schülertage um 5'000 bedingt durch die Ausbildung Fachangestellte Gesundheit; Leistungsauftrag der Bildungsdirektion
- L6: Aufgrund der rückläufigen Anzahl Berechtigungen aus dem Jahr 2006 sowie der Neuorganisation der Fischereiberechtigungen auf den Seen ist mit einem Rückgang der Fischereipässe zu rechnen.
- B2: Mit dem Leistungsauftrag des Staatswaldes sind verschiedene gemeinwirtschaftliche Leistungen, wie Schutzfunktion des Waldes, Aus- und Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Erholung, Naturschutz etc. gefordert. Der Staatswald soll mit der Nutzung des Waldes und dem daraus resultierenden Erlös einen Kostendeckungsbeitragsgrad von 50% erreichen.
- B3: Die höheren Ausgaben für die Vergütung der Wildschäden und die höheren Beiträge an Wildschutzmassnahmen verschlechtern die Wirtschaftlichkeit der Fischerei- und Jagdverwaltung.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Durch die vorgesehenen Investitionen der Jahre 2007 bis 2010 nehmen die Abschreibungen und Zinsen um 1.5 Mio. in der Planperiode zu.

**Investitionsrechnung**

- Der notwendige Ausbau der Infrastrukturanlagen am Strickhof soll bis 2010 abgeschlossen sein. Der Investitionsbedarf kann daher auf das Jahr 2011 um 3.3 Mio. reduziert werden.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Mit dem geplanten Ausbau des Strickhofes als interkantonales Kompetenzzentrum für die landwirtschaftliche Bildung und Beratung sowie mit dem Leistungsauftrag "Ausbildung Fachangestellte Gesundheit" der Bildungsdirektion steigt der Beschäftigungsumfang im ALN von 245.1 Stellen im Jahr 2008 auf 250.0 Stellen im Jahr 2011 an.

**Indikatoren**

- B3: Die rückläufigen Einnahmen aus den Patentverkäufen wie die zu erwartenden tieferen Erträge aus den Verpachtungen lassen den Kostendeckungsgrad der Fischerei- und Jagdverwaltung bis zum Jahr 2011 auf 80% sinken.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Der Saldo des ALN soll für das Jahr 2008 um 0.7 Mio. besser ausfallen durch verschiedene Einzelmassnahmen im Rahmen des E08. Ab dem Jahr 2010 steigen die Aufwendungen für das Personal, was zu einer Verschlechterung des Saldos (-0.1 Mio.) führt.

**Investitionsrechnung**

- Höhere Investitionen (-1.8 Mio. 2008 und -3.4 Mio. 2009) am Strickhof durch den Nachholbedarf bei den Infrastrukturanlagen der Schule und des Ausbildungsbetriebes (vgl. E2).

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Durch die Übernahme verschiedener Beratungsdienstleistungen (z.B. Milchwirtschaftliche Beratung auf 2007) sind voraussichtlich 2.3 zusätzliche Stellen am Strickhof zu besetzen.





## **6. Fonds**

**8910 Natur- und Heimatschutzfonds**

**8940 Denkmalpflegefonds**

**8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen**

**8960 Deponiefonds**

**8970 Kantonaler Waldfonds**

**8980 Wildschadenfonds**

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	20.2	18.6	0.5	19.2	0.3	19.2	-0.1	19.3	19.7	-2.2
- Übertrag vom GS (8000)	18.0	18.0	0.0	18.0	0.0	18.0	0.0	18.0	18.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.3				-0.3		-0.6	0.1	0.5	
<b>Aufwand</b>	<b>-20.2</b>	<b>-18.6</b>	<b>-0.5</b>	<b>-19.2</b>	<b>-0.3</b>	<b>-19.2</b>	<b>0.1</b>	<b>-19.3</b>	<b>-19.7</b>	<b>-2.2</b>
- Abschreibungen und Zinsen	-4.0	-4.9	0.5	-4.7	0.4	-5.0	0.5	-5.1	-5.2	
- Übertrag an ALN (8800) / Fachstelle Naturschutz	-8.4	-9.4	-0.1	-10.0	-0.2	-10.4	-0.1	-10.6	-10.9	
- Einlage in Bestandeskonto	-4.7	-1.1	-0.5	-0.7	-0.1	-0.1				
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-1.5	-4.2	0.3	-3.9	0.8	-3.4	0.8	-3.4	-3.4	-3.3
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1.5</b>	<b>-4.2</b>	<b>0.3</b>	<b>-3.9</b>	<b>0.8</b>	<b>-3.4</b>	<b>0.8</b>	<b>-3.4</b>	<b>-3.4</b>	<b>-3.3</b>
Fondsbestand	7.9	8.9	4.3	9.8	4.7	9.9	5.4	9.8	9.3	0.0

**Aufgaben**

- A1 Ausrichtung von Beiträgen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
- A2 Erwerb von Grundstücken (z.B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
- A3 Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Beiträgsempfänger Naturschutz			1700	1700	1700	1700	1700
L2 Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte			5	5	5	5	5
L3 Anzahl archäologische Projekte			160	175	175	175	175
L4 Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte			5	5	5	5	5
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

Fonds 8910	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.900

Budget	Fonds 8910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Finanzierung des Fonds erfolgt über die allgemeinen Staatsmittel.
- Die administrativen Leistungen des Fonds werden an folgenden Orten erbracht und finanziert: Generalsekretariat, Amt für Raumordnung und Vermessung, Immobilienamt sowie Amt für Landschaft und Natur

**Indikatoren**

- Neue Indikatoren ab B07

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 0.6 Höherer Übertrag an ALN, Fachstelle Naturschutz
- 0.4 Mehr Dienstleistungen Dritter
- +0.1 Geringere Abschreibungen infolge geringerer Investitionen im Vorjahr
- +0.1 Mehr Eigenleistungen für Investitionen (Projekt Obergericht)
- +0.2 Mehr Rückerstattungen von Bund, Kantonen und Gemeinden
- +0.2 Höherer Zinsertrag auf dem Fondskapital aufgrund höherem Fondsbestand
- +0.3 Geringere Einlage in den Fondsbestand

**Investitionsrechnung**

- 0.5 Höhere Ausgaben für Nutzungseinschränkungen für Ortsbild- und Landschaftsschutz (Vorstadt Eglisau)
- +0.8 Geringere Ausgaben für Nutzungsbeschränkungen für Denkmalpflege

**Fondsbestand**

- +0.7 Neue geplante Einlage P8
- +0.2 Zinseffekt durch höheren Fondsbestand

**Indikatoren**

- L3: Die Entwicklung wird von externen Faktoren beeinflusst. Es werden vermehrt kleinere anstelle grösserer Projekte durchgeführt.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Keine wesentlichen Veränderungen.

**Investitionsrechnung**

- Keine wesentlichen Veränderungen.

**Fondsbestand**

- Leichter Anstieg auf 9.9 Mio. in P9
- Leichter Rückgang auf 9.3 Mio. in P11

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Keine wesentlichen Veränderungen.

**Investitionsrechnung**

- Keine wesentlichen Veränderungen.

**Fondsbestand**

- Die um 3.8 Mio. höhere Bestandeseinlage in der Rechnung 2006 gegenüber dem Voranschlag 2006 führt zu wesentlich höheren Fondsbeständen gegenüber allen Vergleichsperioden des Vorjahres-KEF.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
<b>Ertrag</b>	9.5	9.5	-0.2	9.6	-0.5	9.6	-0.6	9.9	10.3	8.3
- Übertrag vom Lotteriefonds	7.5	7.5	0.0	7.5	0.0	7.5	0.0	7.5	7.5	
- Entnahme aus Bestandeskonto			-0.2		-0.6		-0.7	0.3	0.7	
<b>Aufwand</b>	-9.5	-9.5	0.2	-9.6	0.5	-9.6	0.6	-9.9	-10.3	8.3
- Staatsbeiträge	-0.6	-1.8	0.0	-1.8	0.0	-1.8	0.0	-1.8	-1.8	
- Abschreibungen und Zinsen	-6.9	-7.5	0.8	-7.2	0.7	-7.7	0.6	-8.1	-8.5	
- Einlage in Bestandeskonto	-2.0	-0.2	-0.6	-0.6	-0.1	-0.1				
<b>Saldo</b>	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	0.0									0.0
Ausgaben	-3.6	-8.5	0.0	-8.5	0.0	-8.5	0.0	-8.5	-8.5	-7.7
<b>Nettoinvestitionen</b>	-3.6	-8.5	0.0	-8.5	0.0	-8.5	0.0	-8.5	-8.5	-7.7
Fondsbestand	55.9	56.1	2.8	56.8	3.6	56.9	4.3	56.6	55.9	0.0

**Aufgaben**

A1 Das Auftragschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.  
bis

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Zusicherungen von Beiträgen	P		50	50	50	50	50
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

<b>Fonds 8940</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-8.500

<b>Budget</b>	<b>Fonds 8940</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Beitragsgesuche von Privaten gelangen an die Gemeinde, bei welchen sich der Kanton auf freiwilliger Basis beteiligt. Die vertraglichen Unterschutzstellungen verbinden die Beiträge mit Auflagen an das Objekt, welches als kommunales Schutzobjekt in den Bestand der Gemeinde aufgenommen wird. Im Kanton wird über diese in der Regel bei den Gemeinden inventarisierten Objekte kein Inventar geführt.
- Der Fonds basiert auf dem Planungs- und Baugesetz sowie dem KRB vom 12. Februar 1973. Die Dotierung des Fonds erfolgt über den Lotteriefonds, der seinerseits aus der Landeslotterie finanziert wird.
- Die administrativen Leistungen des Fonds werden im ARV erbracht und finanziert.

**Indikatoren**

- L1: Neuer Indikator ab B07

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- +0.3 Tiefere Kapitalfolgekosten aufgrund geringerer Investitionen als geplant im Vorjahr
- 0.4 Höhere Einlage in den Fondsbestand
- +0.1 Mehr Ertragszinsen auf Fondskapital infolge höherem Fondsbestand

**Fondsbestand**

- +0.6 Neue geplante Einlage P08
- +0.1 Zinseffekt durch höheren Fondsbestand

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Für die Jahre 2007 - 2009 wird mit geringen Einlagen in den Fondsbestand gerechnet. Für die Jahre 2010 und 2011 mit geringen Entnahmen.

**Fondsbestand**

- Geplante Fondseinlagen in den Jahren 2007 - 2009 lassen den Fondsbestand von 55.9 Mio. auf 56.9 Mio. ansteigen. Für die Planjahre 2010 - 2011 wird mit leichten Entnahmen und damit mit einem leicht sinkenden Fondsbestand gerechnet. Der geplante Fondsbestand Ende 2011 entspricht mit 55.9 Mio. wieder demjenigen der Rechnung 2006.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Fondsbestand**

- Die Planung der Fondsbestände liegt über dem Vorjahres-KEF. Dazu trägt einerseits die Rechnung 2006 bei, welche gegenüber dem Voranschlag mit einer höheren Einlage von 1.9 Mio. abgeschlossen hat. Darüber hinaus wird in den Planjahren P8 und P9 mit Einlagen anstelle von Entnahmen und im Planjahr P10 mit einer geringeren Entnahme gerechnet.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
<b>Ertrag</b>	3.8	3.8	-1.0	1.6	-1.0	1.6	-1.0	1.6	1.6	-57.2
- Abgaben von Gemeinden	3.8	3.8	-1.0	1.5	-1.0	1.5	-1.0	1.5	1.6	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
<b>Aufwand</b>	-3.8	-3.8	1.0	-1.6	1.0	-1.6	1.0	-1.6	-1.6	-57.2
- Beiträge an Betriebe	-1.1	-0.7	-0.0	-0.7	-0.0	-0.7	-0.0	-0.7	-0.7	
- Abschreibungen und Zinsen	-1.2	-0.1								
- Einlage in Bestandeskonto	-0.8	-2.4	0.9	-0.2	1.0	-0.2	1.0	-0.2	-0.2	
<b>Saldo</b>	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.9									-0.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	-0.9									-0.2
Fondsbestand	-1.6	0.8	-0.9	1.1	-1.9	1.3	-2.9	1.6	1.8	0.0

**Aufgaben**

A1 Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Optimierung Sammlung Kleinmengen Sonderabfall; Reduktion der Kosten Direktionsziel Nr. 2

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Gesammelte Abfallmenge in t	P	255 *)	220	220	220	220	220
W2 Abgeber bei Sonderabfallsammlungen:	P	22'151 *)	22'300	22'300	22'300	22'300	22'300
W3 - davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	2'751 *)	2'600	2'600	2'600	2'600	2'600
W4 - davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4'335	4'700	4'700	4'700	4'700	4'700
W5 - davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	15'065	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl mobile Sammlungen jährlich:	P	260 **)	260	260	260	260	260
L2 - davon in den Städten Zürich und Winterthur	P	39	40	40	40	40	40
L3 - davon im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	221 **)	220	220	220	220	220
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin	P	Fr. 3.-	Fr. 3.-	Fr. 1.20 ***)	Fr. 1.20 ***)	Fr. 1.20 ***)	Fr. 1.20 ***)

Fonds 8950	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8950
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

\*) In der Rechnung 2006 sind diese Ist-Werte nicht aufgeführt, da sie zum Zeitpunkt des Drucks der Rechnung 2006 noch nicht verfügbar waren.

\*\*\*) Diese Werte waren in der Rechnung 2006 falsch ausgewiesen.

\*\*\*\*) Vorbehältlich RRB.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Indikatoren**

B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin: Der Fondsbestand sollte ausgeglichen sein, weshalb eine Reduktion der Sonderabfallabgabe möglich ist.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.3	1.1	0.0	1.1	0.0	1.2	0.0	1.2	1.2	-3.4
- Beiträge von Deponiebetreibern	0.9	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.6	
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.4	0.5	0.0	0.5	0.0	0.6	0.0	0.6	0.6	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-1.3	-1.1	-0.0	-1.1	-0.0	-1.2	-0.0	-1.2	-1.2	-3.4
- Einlage in Bestandeskonto	-1.3	-1.0	-0.0	-1.1	-0.0	-1.1	-0.0	-1.2	-1.2	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand	12.9	13.9	0.2	15.0	0.2	16.1	0.3	17.3	18.5	0.0
--------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------	-----

**Aufgaben**

A1 Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der aktuell betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
ziel Nr.  
bis

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Fonds 8960	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8960
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Zurzeit sind 10 Deponien dem Fonds angeschlossen, zwei davon, Chalen/Maur und Chühalden/Eglisau, sind bereits in der Nachsorge. Der Fonds hat bei diesen beiden Deponien das Risiko allfälliger Kosten zur Sanierung bereits übernommen. Die Kosten zur eigentlichen Nachsorge (Überwachung, Unterhalt, Klärg Gebühr) übernimmt der Fonds im Jahr 2016 für die Chalen und 2019 für die Chühalden.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	19.9
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	19.9
- Einlage in Bestandeskonto	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand	0.7	0.8	-0.0	0.8	-0.0	0.8	-0.0	0.8	0.9	0.0

**Aufgaben**

A1 Walderhaltungsmassnahmen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

**Indikatoren**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
Wirkungen						
Leistungen						
Wirtschaftlichkeit						

Fonds 8970	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8970
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

Falls bei Waldrodungen keine Ersatzaufforstung möglich ist, muss der Waldbesitzer eine Ersatzabgabe leisten (Art. 8 des Bundesgesetzes über den Wald). Diese Beiträge fliessen in den kantonalen Waldfonds und werden für Walderhaltungsmassnahmen (z.B. spätere freiwillige Aufforstungen) verwendet.

**Sonstige Bemerkungen**

Der Fondsbestand erhöht sich seit langem nur um die jährlich anfallenden Zinsvergütungen (Rechnung 2006: ca. Fr. 26'000). Wegen der Rundung werden Beträge unter Fr. 50'000 nicht angezeigt.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
<b>Ertrag</b>	0.3	0.4	0.2	0.6	0.2	0.6	0.2	0.6	0.6	117.8
- Sonderbeiträge der Jagdgäste	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.2	-0.0	0.2	-0.0	0.1	-0.0	0.1	0.1	
- Zinsvergütungen auf dem Fondsbestand	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.2	0.2	0.2	0.4	0.2	0.4	0.2	0.4	0.4	
<b>Aufwand</b>	-0.3	-0.4	-0.2	-0.6	-0.2	-0.6	-0.2	-0.6	-0.6	117.8
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0.2	-0.4	-0.2	-0.6	-0.2	-0.5	-0.2	-0.5	-0.5	
- Einlage in Bestandeskonto	-0.0									
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	-0.1	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	
<b>Saldo</b>	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
<b>Nettoinvestitionen</b>										
Fondsbestand	1.5	1.3	0.2	1.1	0.2	1.0	0.2	0.9	0.8	0.0

**Aufgaben**

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

<b>Indikatoren</b>	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben in Fr.	P	102'960	180'000	300'000	300'000	300'000	300'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	P	247	500	450	450	450	450
L2 Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	P	52	100	100	100	100	100
L3 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	P	65	100	60	60	60	60
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen	P	12.6%	23.6%	35%	36%	36%	36%

<b>Fonds 8980</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

<b>Budget</b>	<b>Fonds 8980</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- A1 Mit dem kantonalen Wildschadenfonds werden einerseits Wildschäden vergütet und andererseits Wildschadenverhütungsmassnahmen (z.B. Zäune und Lebensraumverbesserungsprojekte) finanziert. Er wird durch Beiträge der Jäger (siehe § 8bis des kant. Gesetzes über Jagd und Vogelschutz) und aus der Erfolgsrechnung des Amt für Landschaft und Natur, Fischerei- und Jagdverwaltung geäufnet.

**Indikatoren**

- B1 Der Indikator zeigt das Verhältnis zwischen den Beiträgen aus dem Wildschadenfonds und den Einnahmen des Jagdpachtzinses sowie der Jagdpassgebühren in der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung. Der Quotient wird aus den Budgetwerten berechnet.
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 0.2 Höhere Beiträge für Wildschäden und Wildschaden-Verhütungsmassnahmen, da mit einer Zunahme der Vergütung von Wildschäden gerechnet wird, die durch eine intensivere Waldnutzung sowie einen vermehrten Schädlingsbefall und andere Naturereignisse im Wald verursacht werden. Zudem sind höhere Beiträge für Zäune zur Verhinderung von Wildschäden in der offenen Flur zu erwarten.
- +0.2 Höherer Übertrag aus der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung, infolge steigendem Finanzierungsbedarf für obige Massnahmen.

**Fondsbestand**

- 0.2 Reduktion des Fondsbestandes von 1.3 Mio. auf 1.1 Mio.

**Indikatoren**

- L1: Anhand der aktuellen Prognosen und den Ergebnissen des Jahres 2006 ist ein leichter Rückgang auf 450 Fälle zu erwarten.
- L3: Anhand der aktuellen Vorhersagen und den eingereichten Projekten des Jahres 2006 ist ein Rückgang auf 60 Gesuche anzunehmen.
- B1: Die Zunahme der Vergütungen und Beiträge für Wildschäden als auch der Rückgang der Erträge aus den Jagdpachtzinsen erhöht den Anteil der Wildschäden an den Einnahmen der Fischerei- und Jagdverwaltung aus der Jagd.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Fondsbestand**

Die höheren Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sondermassnahmen sowie die sinkenden Zinserträge können nur zum Teil durch höhere Überträge aus der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung, aufgefangen werden. Gemäss Trend würde der Fondsbestand per Ende 2011 auf 0.8 Mio. sinken.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---



## 7. Projekte

### Immobilienamt

- Projekt-Nr. 10630: Bezirksgebäude Dietikon
- Projekt-Nr. 11529: Bezirksgebäude Meilen
- Projekt-Nr. 20184: Rechberg Hauptgebäude, Umnutzung/Sanierung
- Projekt-Nr. 11900: PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich

### AWEL

- Projekt-Nr. 85W-525: Linthkanal, Linthebene (Beitrag Kanton ZH)
- Projekt-Nr. 85W-700: Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft / Ausführung
- Projekt-Nr. 85P-0500: Kataster der belasteten Standorte (KbS)
- Projekt-Nr. 85W-372: Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhalteraum Hegmatten)



<b>Projekt-Nr. 10630</b>	<b>Bezirksgebäude Dietikon</b>
<b>Baudirektion / Immobilienamt</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Die Stimmberechtigten des Kantons beschlossen 1985 den Bezirk Dietikon mit dem Bezirkshauptort Dietikon. Für die Behörden soll nun ein geeigneter Bau erstellt werden, um alle Verwaltungseinheiten, die jetzt von verschiedenen Stellen aus operieren, in Dietikon zusammenzufassen. Das Gebäude beinhaltet Räume für die Staatsanwaltschaft, das Gericht, das Statthalteramt, den Bezirksrat, die Polizei, die Jugendanwaltschaft, die Administration des Bussenvollzugs und ein Gefängnis.
<b>Wirkungsziel:</b>
Räumliche Zusammenfassung und Einrichtung einer Bezirksverwaltung in Dietikon.
<b>Leistungsziel:</b>
Erstellung eines schlüsselfertigen Gebäudes für die Nutzung der Bezirksverwaltung

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-52.0	-6.4	-14.0	-14.00	-11.0	-3.0	

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 10630</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>
2002	- Beschluss RR
2004	- Kreditbeschluss KR
2007	- Ausführungsbeginn
2009	- Fertigstellung

<b>Bemerkungen</b>
Ein Rekursverfahren des Bauvorhabens (erledigt per März 05) hatte eine Verzögerung des Baubeginns zur Folge.



<b>Projekt-Nr. 11529</b>	<b>Bezirksgebäude Meilen</b>						
<b>Baudirektion / Immobilienamt</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Erweiterungsbau/Anbau an das bestehende Bezirksgebäude (Erstellungsjahr 1955) sowie Umbau der bestehenden Räumlichkeiten.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Räumliche Zusammenlegung Bezirksgericht sowie Neuverteilung der Räumlichkeiten Bezirksanwaltschaft. Behindertengerechte Erschliessung des Gebäudes (Einbau Lift). Feuerpolizeiliche Sanierung Umbauteil, Sicherheit.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Erstellung eines schlüsselfertigen Erweiterungsbaus für die Nutzung der Bezirksverwaltung.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-6.7	-0.4	-3.5	-2.9			
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 11529</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2004	- Beschluss RR						
2005	- Kreditbeschluss KR						
2007	- Beschluss RR Zusatzkredit (Mai/Juni)						
2007	- Ausführungsbeginn						
2008	- Fertigstellung						
<b>Bemerkungen</b>							
Rekursverfahren konnten erst im Frühjahr 2007 abgeschlossen werden, daher Verzögerung des Baubeginns.							



<b>Projekt-Nr. 20184</b>	<b>Rechberg Hauptgebäude, Umnutzung/Sanierung</b>
<b>Baudirektion / Immobilienamt</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Umnutzung/Umbau des Hauptgebäudes für Repräsentationsaufgaben des Regierungsrates, denkmalpflegerische Restaurierung der Innenausstattung. Die von der Universität genutzten Räume sind seit Sommer 2006 freigegeben. Nutzung durch den evang.-reformierten Kirchenrat im EG (4 Räume) bleibt bestehen.
<b>Wirkungsziel:</b>
Nutzung für Repräsentationszwecke des Regierungsrates (Sitzungen, Veranstaltungen, Bankette).
<b>Leistungsziel:</b>
Totalsanierung des Gebäudes. Restaurierung Innenausstattung. Schaffung von zusätzlichen Sitzungsräumen. Einbau Küche, Nebenräume und Lift.

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-0.1	-0.3				
Netto-Investitionen	-6.5			-1.0	-3.5	-2.0	

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 20184</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>
2003	- Kreditbeschluss 1191/2003
2004	- Abschluss Architekturwettbewerb
2006/2007	- Vorprojekt
2006/2008	- Projekt / KV / Objektkredit bewilligt / Baubeginn
2010	- Baufertigstellung

<b>Bemerkungen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zu Terminen: 2004-2006 Rückstellung bis Wiederaufnahme der Planung</li> <li>• Zu Aufwandszahlen: Diese entsprechen dem aktuellen Planungsstand:</li> <li>• Umbau und Restauration (-3.5 Mio.), Nutzungserweiterung mit Sitzungssaal (-3.0 Mio.)</li> <li>• Risiko: Es besteht ein grosses Rekursrisiko seitens des Heimatschutzes, sodass eine Terminvoraussage schwierig ist.</li> </ul>



<b>Projekt-Nr. 11900</b>	<b>PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich</b>
<b>Baudirektion / Immobilienamt</b>	

<b>Kurzumschreibung Projekt</b>
Neubau eines Polizei- und Justizentrums auf dem Areal des Güterbahnhofs SBB an der Hohlstrasse in Zürich-Aussersihl.
<b>Wirkungsziel:</b>
Bereitstellung des zukünftigen Raumbedarfs und Zusammenführung der zentralen Abteilungen der Kantonspolizei, der polizeilichen Ausbildungseinrichtungen, der Besonderen Staatsanwaltschaften sowie der Oberstaatsanwaltschaft und eines zweiten Bezirksgefängnis für Zürich, unter Einbezug der Polizeihaft. Zusätzliche Integration von Teilen der Jugendstaatsanwaltschaft und des Haftrichteramts sowie eines neuen Rechenzentrums für die Justizdirektion. Anbindung einer Aussenstation des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Bereitstellen von Mietflächen für die Aussenstelle Zürich der Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei des EJPD.
<b>Leistungsziel:</b>
Erstellung eines Neubaus für genannte Nutzungen. (KAPO, StA, JuStA, BGZ, IT/RZ, IRMZ, EJPD)

<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-7.0	-16.0	-9.0	+32.0		
Netto-Investitionen	-514.0				-149.8	-108.7	-101.0

<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen							

<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 11900</b>	
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>
2001/2002	- Testprojekt
2003/2004	- Volksabstimmung
2004/2005	- Städtebauwettbewerb (Masterplan), Vorbereitung Gestaltungsplan mit UVP
2005/2006	- Projektwettbewerb 1. und 2. Etappe (Baufeld I)
2006/2007	- Vorprojekt, Bauprojekt, Ausschreibung mit Kostenvoranschlag
2007/2008	- Festsetzung und Verfahren zum Gestaltungsplan (BD, RR, VG, BG)
2008	- GU-Submission, 1. Teil baurechtliches Verfahren, Objektkredit (Ende 2008)
2009	- 2. Teil baurechtliches Verfahren, Abbruch- und Baubewilligung, Baufreigabe
2009	- Landkauf 100% - Teilflächen 1 und 2 (Landkauf min. ca. 85% = Teilfläche 1)
2009	- Baubeginn 1. Etappe (Erweiterungsoption: Gefängnis 2. Etappe noch unbestimmt)
2012	- Fertigstellung 1. Etappe (Baufeld I)
2013	- Bezug 1. Etappe PJZ
2015/20	- Ev. Landkauf Restfläche, ca. 15% - Teilfläche 2 (spätestens 2020, frühestens 2009)
2019/24	- Fertigstellung Baufeld II (spätestens 2024, frühestens 2019)

**Bemerkungen**

Zu den Zahlen:

- Total -514 Mio: Exklusive Fr. 50 Mio. gebundene Kosten und inklusive Fr. 24 Mio. Zusatzinvestitionen für neue Nutzer JuStA, IRMZ (Institut für Rechtsmedizin Zürich), IT/RZ, EJPD
- 2006: -7.0 Mio: Planungskosten kumuliert bis und mit 2006
- 2009: +32 Mio: Total Planungskosten kumuliert bis 2008 (Aktivierung der Planungsgelder)
- 2009: -149.8 Mio: Investition inkl. Landkosten (-110 Mio.) und Übertrag der Planungskosten (-32.0 Mio.)

Allgemein:

Der für die Realisierung des Polizei- und Justizzentrums Zürich PJZ notwendige Objektkredit der 1. Etappe wird voraussichtlich Ende 2008 beim Kantonsrat beantragt.

Objektkreditantrag gemäss aktueller Kostenschätzung (Stand März 2007):

- Auftrag gemäss Gesetz PJZ Fr. 490.0 Mio. (Rahmenkredit für KAPO, StA, BGZ)
- Zusatzinvestition neue Nutzer Fr. 24.0 Mio. (JuStA, IRMZ, IT/RZ, EJPD)

Total Objektkredit Fr. 514.0 Mio. (Netto-Investition)

Der abgeschlossene Projektwettbewerb für das PJZ umfasst die 1. und 2. Etappe des Neubaus im Baufeld I. Die Umsetzung der Option Gefängnisenerweiterung als 2. Etappe ist zeitlich nicht festgelegt.

Das Baufeld I beinhaltet ca. 60 % des Areals. Das Baufeld II mit ca. 40 % Arealfläche steht aus heutiger Sicht mindestens für die nächsten 15 - 20 Jahre einer einstweiligen kommerziellen Nutzung offen und soll erst später für Polizei- oder Justizaufgaben genutzt werden. Die Anlagen des PJZ auf dem Baufeld I sowie das gesamte Grundstück werden im Verwaltungsvermögen eingestellt. Die einstweilen kommerziell genutzten Gebäude auf dem Baufeld II werden im Finanzvermögen erstellt, für dessen Verwendung der Regierungsrat zuständig ist. Der dafür in Anspruch genommene Landanteil wird zu Gunsten des Verwaltungsvermögens entschädigt. Die Gebäude sollen so konzipiert werden, dass sie ohne grössere Umbauten in späterer Zukunft als Erweiterung des PJZ, 3. Etappe, verwendet werden können.

Kostenübersicht (1. Etappe auf Baufeld I, ohne Option für 2. Etappe) (\*1):

Der vom Stimmvolk genehmigte Rahmenkredit beträgt Fr. 490 Mio., davon entfallen Fr. 110 Mio. auf den Landerwerb.

Anhand der Kostenschätzung des Generalplaners vom März 2007 sind im Rahmen der Investitionsüberprüfung MH06 gemäss RRB 702/2006 aktuell keine Einsparungen möglich. Durch den geplanten Bauablauf werden Fr. 44.7 Mio. der Netto-Investition erst im Jahr 2013 aktiv. Infolge der Zusatzkosten durch die Integration neuer Nutzer in das PJZ von insgesamt Fr. 24.0 Mio. sind im Zeitraum 2008 bis 2012 jedoch zusätzlich Fr. 21.2 Mio. zu investieren. Die Gesamtinvestition bis 2012 mit Einbezug der Zusatzkosten beträgt Fr. 469.3 Mio.

(\*1) Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung umfasste der Rahmenkredit noch 2 Neubauetappen. In der Projektüberarbeitung wurde aus städtebaulichen Überlegungen und aus Kostengründen eine Zusammenlegung der beiden Etappen vorgenommen.



<b>Projekt-Nr.</b> <b>85W-525</b>	<b>Linthkanal, Linthebene (Beitrag Kanton ZH)</b>						
<b>Baudirektion / AWEL</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Sanierung und Ausbau des Escher- und Linthkanals							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Verbesserter Hochwasserschutz der Linthebene mit den für den Kanton Zürich wichtigen Infrastrukturanlagen (Stromleitungen, Strassen) und Erhaltung des Walensees als Rückhalteraum (günstige Wirkung für Zürichsee).							
<b>Leistungsziel:</b>							
Sanierung des Escher- und Linthkanals mit den erforderlichen Sicherheitsstandards und unter Beachtung der Umweltbelange.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung							
Netto-Investitionen	-10.70 *)	-0.32	-0.30	-0.56	-0.56	-1.00	-1.00
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-0.09	-0.13	-0.16	-0.22	-0.28	-0.39
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-525</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
2002	- KR Beschluss Nr. 3839a/2002 (Interkantonale Vereinbarung über das Linthwerk)						
2006	- Planaufgabe (150 Einsprachen)						
2007	- Projektfestsetzung						
<b>Bemerkungen</b>							
*) Bruttoinvestitionen (Bundesbeiträge sind noch nicht berücksichtigt, da deren Höhe noch nicht gesichert ist).							
Der Kanton Zürich ist mit 10 % der Nettoinvestitionen (abzüglich Bundesbeiträge) beteiligt.							
Die Auswirkungen der Umsetzung auf die Finanzen des Staatshaushalts beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.							



<b>Projekt-Nr. 85W-700</b>	<b>Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft / Ausführung</b>
--------------------------------	--

**Baudirektion / AWEL**

**Kurzumschreibung Projekt**

Der Hochwasserschutz für Ellikon am Rhein und das Flaacherfeld sind nicht gewährleistet. Die Abflusskapazität der kanalisierten Thur ist zu klein. Das Projekt soll den Hochwasserschutz verbessern und das Auengebiet der Thurmündung revitalisieren. Das Auengebiet von nationaler Bedeutung ist das grösste im schweizerischen Mittelland.

**Wirkungsziel:**

Verbesserter Hochwasserschutz der anliegenden Siedlungen und Landwirtschaftsgebiete; Erhaltung und Revitalisierung des Thur-Auengebiets.

**Leistungsziel:**

Verbesserungen und Verstärkungen an den Hochwasserdämmen; Revitalisierung des Auengebiets.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	+7.93	0.00	+1.33	+3.13	+1.85	+1.63	0.00
Netto-Investitionen	-25.98	0.00	-1.33	-3.13	-1.85	-1.63	-2.40

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung				-0.18	-0.59	-0.79	-0.93
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-700**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1998	- RRB Nr. 2440 betreffend Organisation und Planungskredit
2001	- RRB Nr. 1084 Zusatzkredit zu RRB Nr. 2440/1998
2005	- Projektfestsetzung RRB Nr. 370/2005
2006	- Kreditbeschluss KR vom 04.12.2006
2007	- Landerwerb
2008	- Baubeginn
2019	- Bauende

**Bemerkungen**

Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Konzession für das Kraftwerk Eglisau.

Die Revitalisierung der Auenlandschaft stützt sich auf die Auenverordnung des Bundes.

Die Auswirkungen der Umsetzung auf den Staatshaushalt beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.

Mit Beschluss vom 04.12.2006 bewilligte der Kantonsrat einen Rahmenkredit von 42,482 Mio. Franken.



<b>Projekt-Nr.</b> <b>85P-0500</b>	<b>Kataster der belasteten Standorte (KbS)</b>						
<b>Baudirektion / AWEL</b>							
<b>Kurzumschreibung Projekt</b>							
Erstellung des Katasters der belasteten Standorte (KbS) nach Bundesrecht (Altlastenverordnung/AltIV vom 26. August 1998). Überprüfen aller Standorte aus dem Altlastenverdachtsflächen-Kataster (VFK) und Eintrag im KbS / Löschung im VFK.							
<b>Wirkungsziel:</b>							
Mit dem KbS sollen die von Altlasten ausgehenden Gefahren minimiert, Grundlagen für das Flächenrecycling geschaffen und Planungssicherheit für die Standortinhaber gewährt werden. Der Kataster ist öffentlich.							
<b>Leistungsziel:</b>							
Bis 2011 sollen die 13'000 Standorte aus dem VFK überprüft und sofern notwendig in den KbS aufgenommen werden.							
<b>Projektaufwand (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung	-27.0	-3.53	-1.81	-2.19	-2.13	-2.03	-2.37 *)
Netto-Investitionen							
<b>Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)</b>							
	<b>Total</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Saldo laufende Rechnung		-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)	-0.10 **)
Netto-Investitionen							
<b>Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85P-0500</b>							
<b>Jahr</b>	<b>Meilensteine / Ergebnisse</b>						
	- Summe abgeklärter Standorte kumulativ:						
2006	- 7'125 (Ist)						
2007	- 8'875 (angepasster Budgetwert aufgrund des Ist-Wertes); rund 1'750 Ablagerungs, Betriebs- und Unfallstandorte sind mitgeteilt.						
2011	- 13'000						
<b>Bemerkungen</b>							
*) Die Beträge der einzelnen Jahre 2006 bis 2011 setzen sich zusammen aus:							
Aufwand							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachgruppe Betriebsstandorte KbS (Gehälter, Sozialbeiträge Arbeitgeber, Infrastruktur)</li> <li>• Informatik O+I (Abschreibungen/Zinsen für die Applikation "al-Informatik")</li> <li>• Dienstleistungen Dritter</li> <li>• Entschädigung Temporäre</li> </ul>							
Ertrag							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebsbeiträge Bund gemäss USG-Revision vom 01.11.2006 (in den Jahren 2007 bis 2010 von je 0,5 Mio. Franken, total 2 Mio. Franken)</li> </ul>							
**) Aufwendungen für die Nachführung KbS.							



<b>Projekt-Nr. 85W-372</b>	<b>Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhalteraum Hegmatten)</b>
--------------------------------	---

**Baudirektion / AWEL**

**Kurzumschreibung Projekt**

Hochwasserrückhalteraum mit einem wirksamen Rückhaltevolumen von rund 550'000 m<sup>3</sup>. Maximale Höhe des Abschlussdamms rund 3,5 m ab Terrain. Unterirdischer Zufluss aus dem Entlastungskanal Hegi.

**Wirkungsziel:**

Verbesserter Hochwasserschutz für Winterthur.

**Leistungsziel:**

Bau des Zuflusskanals und des Rückhalteraumes mit den erforderlichen Sicherheitsstandards.

**Projektaufwand (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung	0.00	-0.16	-0.03	-0.05	-0.05	-0.05	+0.99 *)
Netto-Investitionen	-32.40					-0.10	-4.10

**Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)**

	Total	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saldo laufende Rechnung							-0.01
Netto-Investitionen							

**Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-372**

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Vernehmlassung / Planaufgabe
2008	- Projektfestsetzung

**Bemerkungen**

\*) Übertrag der aufgelaufenen Planungs-/Projektierungskosten von der Laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung.

Die Auswirkungen der Umsetzung auf die Finanzen des Staatshaushalts beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.





# Entwicklungen der Funktionsbereiche





## Einleitung zu den Funktionsbereichen

Die Funktionsbereiche dienen der Planung und Steuerung von direktionsübergreifenden, verwaltungs-internen Aufgabenbereichen. Aus einer Querschnittsperspektive heraus wird dargelegt, welche Mittel der Staat als Input für die Erfüllung der Staatstätigkeit benötigt und welche strategischen Ziele er betreffend dieser Ressourcen verfolgt.

Die Planung der Funktionsbereiche bestimmt die Rahmenordnung respektive die Leitplanken, innerhalb welcher die Verwaltung ihre Hauptleistungen erbringt. Direktionsübergreifende Standards legen die Entwicklung in den Potentialbereichen fest, definieren, welche Ressourcen der Verwaltung insgesamt zur Verfügung stehen und welche Restriktionen zu beachten sind. Somit konzentriert sich die Planung der Funktionsbereiche auf die Innenwirkung (auf die Verwaltung) und verzichtet auf die Betrachtung der Aussenwirkung (Wirkung der Verwaltungstätigkeit auf gesellschaftliche Anliegen, wie z.B. Vollzug des Umweltrechts oder Förderung der Gleichstellung ausserhalb der kantonalen Verwaltung; dieser Output ist in den einzelnen Leistungsgruppen umschrieben).

Zur Planung und Steuerung der entsprechenden Funktionsbereiche werden ein Personalcontrolling, ein Ökocontrolling (betrieblicher Umweltschutz), ein Immobiliencontrolling sowie ein IT-Controlling aufgebaut. Direktionsübergreifend geltende Ziele wie z.B. die Personalförderung oder die Erhöhung des Recyclinganteils sind nicht in jeder Leistungsgruppe aufgeführt, sondern im jeweiligen Funktionsbereich erwähnt. Sie gelten gleichwohl für alle Ämter.

### Aufbau

Nach einer kurzen Information über die seit dem letzten KEF eingetretenen Veränderungen (Abschnitt 1) zeigt ein Überblick, wie der Funktionsbereich organisiert ist und welche allgemeinen Trends ihn prägen (Abschnitt 2). Der erkannte Handlungsbedarf bestimmt die in Abschnitt 3 dargelegten strategischen Ziele, bei denen jeweils angegeben wird, mit welchen Projekten und Massnahmen sie verfolgt werden. Dieser Ressourceneinsatz setzt finanzielle Mittel voraus, deren Entwicklung in Abschnitt 4 dargestellt wird. Der Zielerreichungsgrad wird sodann mittels Indikatoren erhoben (Abschnitt 5), wo diese bereits vorliegen. Bei ungenügender Zielerreichung sollen entweder Steuerungsmassnahmen ergriffen oder - bei markanten Umfeldveränderungen – die strategischen Ziele angepasst werden.





## **Immobilien**

### **Entwicklungsplanung**

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Organisation**
- 3. Leitsätze für die strategische Führung**
- 4. Strategische Ziele**
- 5. Finanzielle Entwicklung**



## 1. Veränderung gegenüber dem KEF des Vorjahres

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Sanierungsprogramms San04 erkannt, dass ihm die notwendigen Informationen und Instrumente fehlen, um den Immobilienbereich strategisch führen zu können. Das im Jahre 2003 eingeleitete Projekt „Immobilien“ hatte zum Ziel, diesen Missstand zu beseitigen. Aufgrund dessen wurden mit dem Regierungsratsbeschluss vom 30. November 2005 das Leitbild und die strategischen Ziele für die Betriebsliegenschaften (Verwaltungsvermögen) festgelegt. Weiter wurde beschlossen, dass ein Immobilienamt innerhalb der Baudirektion zu schaffen sei.

## 2. Organisation

Im Rahmen des oben erwähnten Sanierungsprogramms wurde das Immobilienamt per 1. Juli 2006 geschaffen. Auf diesen Zeitpunkt wurden die Abteilungen Landerwerb aus dem Generalsekretariat und Bewirtschaftung aus dem Hochbauamt ins neue Amt überführt. Die dritte und direktionsübergreifende Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement wurde vollständig neu rekrutiert. Ende 2006 war der Soll-Bestand bis auf wenige Mitarbeitende erreicht. Die Grundlage für die Tätigkeit des Immobilienamtes bildet die Immobilienverordnung (ImV), die am 24. Januar 2007 durch den Regierungsrat genehmigt wurde.

## 3. Leitsätze für die strategische Führung

Die strategische Führung im Immobilienbereich, mit Fokus auf die Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement, umfasst sämtliche Liegenschaften, die der Staat für die Erfüllung der Kernaufgaben benötigt. Sie werden als Betriebsliegenschaften bezeichnet und umfassen Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sowie Mietverhältnisse mit Dritteigentümern. Die strategische Führung erstreckt sich zudem auch auf die Liegenschaften der Spezialfonds des Finanzvermögens (Strassenfonds, Natur- und Heimatschutzfonds und ehemaliger Fluglärmfonds), weil die entsprechenden Liegenschaften ausschliesslich zum Zweck der Unterstützung des entsprechenden Kerngeschäfts beschafft und bewirtschaftet werden.

Mit dem Leitbild und den strategischen Zielen für die Betriebsliegenschaften schafft der Regierungsrat die Grundlage für alle Aktivitäten in diesem Bereich. Damit soll eine zeitgerechte Steuerung und die Reaktionsfähigkeit bei sich verändernden Verhältnissen ermöglicht werden. Ebenso wichtig sind die Kontinuität in den Entscheidungen und die Schaffung von Transparenz.

Die organisatorischen Grundlagen hat der Regierungsrat in drei Leitsätzen definiert:

### 1. Leitsatz: *Besitzverhältnisse*

Zur Sicherstellung der optimalen Erfüllung seiner dauernden Kernaufgaben besitzt der Staat die dafür notwendigen Immobilien im Verwaltungsvermögen. Die Interessenwahrung der Eigentümerschaft für die Betriebsliegenschaften wird im Auftrag des Regierungsrates durch das Immobilienamt wahrgenommen.

### 2. Leitsatz: *Organisationsvorgaben Immobilienmanagement*

Diese Interessenwahrnehmung erfolgt über ein Immobilienmanagement (Steuerung & Portfoliomanagement). Die verschiedenen Rollen der Beteiligten Nutzer/Eigentümer/ Bewirtschafteter/zentrales Bau-fachorgan sind organisatorisch konsequent auseinander zu halten.

### 3. Leitsatz: *Zielsetzungen Immobilienmanagement*

Das Immobilienmanagement gewährleistet optimale infrastrukturelle Voraussetzungen für die Erfüllung der Kernaufgaben der Nutzer. Es hat sich dabei an den Kriterien Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu orientieren und angemessen Rücksicht auf soziale, architektonisch-städtebauliche und ökologische Anliegen zu nehmen.



## 4. Strategische Ziele

Die Umsetzung der Immobilien-Strategie erfolgt in drei strategischen Schwerpunkten:

### 1. Planung

Die Bedarfsplanung der Ressource Immobilie erfolgt zukunftsbezogen und ganzheitlich.

#### Grundsätze:

- Vor Inangriffnahme von Neubauten oder Umbauten an bestehenden Immobilien oder vor Zuminierung zusätzlicher Flächen müssen – im Sinn von Alternativen – sämtliche organisatorischen Massnahmen (Aufgabenänderung, Aufgabenverzicht, Nutzungstausch, Nutzungsverdichtung oder Nutzungsverlegung) geprüft worden sein.
- Alle immobilienrelevanten Massnahmen sind auf das Leitbild und die Erfüllung der strategischen Immobilienziele ausgerichtet. Sie werden beurteilt nach: Wichtigkeit (strategische Bedeutung), Dringlichkeit (zeitliche Priorität) und Wirtschaftlichkeit (Finanzierbarkeit/Folgekosten/Einsparungen)
- Mit zielgerichteter Planung soll/en der Kapitaleinsatz möglichst gering gehalten, die Werterhaltung gesichert, Folgeschäden vermieden und Bewirtschaftungskosten optimiert werden.

### 2. Bereitstellung

Die Bereitstellung der Ressource Immobilie erfolgt in angemessener Qualität und zu angemessenen Kosten.

#### Grundsätze:

- Eine hohe Funktionalität der Immobilie soll die Sicherstellung der Infrastrukturvoraussetzungen für die Leistungserbringung der Nutzer gewährleisten. Es sind bauliche Standardlösungen mit grosser Flexibilität zu realisieren. Abweichungen davon sind dort vorzusehen, wo eine Standardlösung die wirtschaftlich schlechtere Wahl ist. Die Ausbaugüte orientiert sich neben den betrieblichen Anforderungen nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer und nicht nach der Lebensdauer der Immobilie

### 3. Bewirtschaftung

Die Bewirtschaftung der Ressource Immobilie erfolgt nutzergerecht nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

#### Grundsätze:

- Die Bewirtschaftung der Immobilien erfolgt im Rahmen der ganzheitlichen Betrachtung der baulichen und gebäudetechnischen Anlagen, betrieblichen Einrichtungen sowie personenbezogenen Dienstleistungen zur Schaffung förderlicher Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse.
- Die dynamische und auf die unterschiedlichen Anforderungen abgestimmte Erbringung von Dienstleistungen unterstützt die langfristige Werterhaltung und Verfügbarkeit der Immobilie sowie die Kernprozesse der Nutzer.
- Die Bewirtschaftung entspricht wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen und erfolgt zu marktgerechten Kosten. Zur Schaffung von Anreizen für einen sparsamen und effizienten Umgang



mit Ressourcen werden die Kosten den Nutzern transparent ausgewiesen.

## 5. Finanzielle Entwicklung

Im Immobilienbereich werden folgende Querschnittsprojekte mit strategischer Bedeutung im Zeitraum 2008 – 2011 realisiert.

Projekte	Volumen in Mio. Fr.	Jahr Entscheidung	Realisierungszeitraum
Einzelbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	noch nicht festgelegt	2007	2007-2008
Zustandsbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens zusammen mit dem Hochbauamt	noch nicht festgelegt	2007	2007-2008
Strategie für werterhaltende Investitionen entwickeln	noch nicht festgelegt	2008	2008-2009



## **Informatik**

### **Entwicklungsplanung**

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Organisation**
- 3. Strategische Ziele**
- 4. Finanzielle Entwicklungen**



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Als Ergebnis der Ausarbeitung einer Informatikstrategie durch das KITT wurden neue strategische Ziele formuliert:

- statt:
1. Verstärkung elektronische Geschäftsabwicklung
  2. Einführung einer zentralen Sicherheitsinfrastruktur
  3. Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform
  4. Einführung von Standards für Recordsmanagement
  5. Netzwerk, Nachfolge LEUnet

lauten die Ziele nun:

1. Verstärkung der strategischen Ausrichtung
2. Verbesserung der Informatiksicherheit
3. Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform
4. Verbesserung und Vereinheitlichung des Dokumentenmanagements

Durch die Verlängerung des bestehenden Vertrags entfällt das Ziel ‚Nachfolge LEUnet‘. Es ist für die Nachfolge des nun bis Mitte 2012 laufenden Vertrags wieder aufzunehmen.

Im Ziel ‚Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform‘ wurde das Unterziel ‚Konsolidierung auf Plattform MS-Exchange‘ weggelassen.

Im Abschnitt ‚Finanzielle Entwicklung‘ wurde das Projekt ‚Aufbau Kompetenzzentrum IT-Sicherheit‘ ergänzt.

## 2. Organisation

Für die strategische Führung der **direktionsübergreifenden Informatik** ist seit Anfang 2005 das Kantonale IT-Team (KITT) verantwortlich. Das KITT setzt sich aus je einem Vertreter der Direktionen und der Staatskanzlei zusammen. Das KITT ist die fachlich vorgesetzte Stelle der KITT-Geschäftsstelle, welche die Entscheide des KITT umsetzt und für die Geschäftsführung zuständig ist. Die KITT-Geschäftsstelle ist eine Amtsstelle der Finanzdirektion.

Weitere Elemente der KITT-Organisation sind sogenannte Kompetenzzentren (CC) und Servicezentren (SC). CC sind verwaltungsinterne Einheiten, welche den Betrieb von direktionsübergreifenden Diensten koordinieren. SC sind interne oder externe Stellen, welche den Betrieb sicherstellen und unter der Führung eines CC die Leistungen erbringen. Seit 2005 tätig ist das CC Netzwerkdienste, welches der KITT-Geschäftsstelle angeschlossen ist und für die direktionsübergreifenden Netzwerkdienste (*LEUnet*, Verzeichnisdienste, Domain Name System DNS, Internet-Zugriff) zuständig ist. 2005 wurde das CC IT-Sicherheit eingeführt. Es ist in der Direktion der Justiz und des Inneren eingegliedert und Mitte 2007 noch im Aufbau. Die Schaffung und Weiterentwicklung von Kompetenz- und Servicezentren ist eine der Schwerpunktaufgaben im Bereich Organisation im KEF-Zeitraum.

Das Informatikcontrolling wird durch die Informatikcontroller auf Direktionsebene und durch die KITT-Geschäftsstelle auf Verwaltungsebene durchgeführt. Das Informatikcontroller-Forum koordiniert die Tätigkeiten und arbeitet an der Verfeinerung der Instrumente.

Die **bereichsinterne Informatik**, d.h. die Realisierung der Informatikvorgaben und der Betrieb der Informatik in den Amtsstellen und Direktionen ist Aufgabe der Amtsstellen und Direktionen. Sie müssen sich einerseits an die im KITT gefällten Strategieentscheide halten, können andererseits durch ihr KITT-Mitglied die Strategieentscheide beeinflussen und ihre Interessen einbringen. Der weitaus grösste Teil der Informatikausgaben erfolgt in der bereichsinternen Informatik.

## 3. Strategische Ziele

Die strategischen Ziele werden in drei Unterlagen festgelegt: dem Leitbild, der Informatikstrategie und der Umsetzungsplanung der Informatikstrategie.

Das Leitbild wurde vom Regierungsrat im Dezember 2006 festgelegt. Die Informatikstrategie und die Umsetzungsplanung werden voraussichtlich im 3. Quartal 2007 festgelegt.



Die **Umsetzung der Informatik-Strategie** erfolgt in vier strategischen Schwerpunkten:

1. Verstärkung der strategischen Ausrichtung
2. Verbesserung der Informatiksicherheit
3. Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform
4. Verbesserung und Vereinheitlichung des Dokumentenmanagements

Dabei sind folgende Vorgaben einzuhalten:

1. Das Sanierungsprogramm 04 enthält die Vorgabe, den Informatikaufwand ab 2006 nachhaltig um 10 Mio. Franken pro Jahr zu senken.
2. Mit dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 wurde diese Vorgabe auf 18 Mio. Franken pro Jahr aufgestockt.

### **1. Verstärkung der strategischen Ausrichtung**

Die Informatik soll auf die neue Informatikstrategie ausgerichtet und es sollen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung geschaffen werden.

Stand: Parallel zur Erarbeitung der Informatikstrategie, deren Festlegung im 3. Quartal 2007 geplant ist, ist auch deren Umsetzung geplant worden. Zur Umsetzung des Ziels ‚Verstärkung der strategischen Ausrichtung‘ sind vier Vorhaben geplant: Erarbeitung von technischen Standards und Architekturen sowie Aufbau des strategischen Informatikcontrollings, Schaffung eines Kompetenzzentrums ‚Projektmanagement‘, Pflege und Erweiterung der bestehenden KITT-Leistungen und die strategische Ausrichtung bestehender direktionsübergreifender Leistungen.

Umsetzung: Alle Vorhaben sollen im Zeitraum 2007 - 11 umgesetzt werden. Die ersten drei der vier Vorhaben wurden als Vorhaben mit hoher Priorität eingestuft. Federführend bei der Umsetzung ist das KITT.

### **2. Verbesserung der Informatiksicherheit**

Es soll sichergestellt werden, dass beim Einsatz der Informatik die Vorschriften betreffend Datenschutz, Sicherheit und Umgang mit Informationen und Personendaten eingehalten werden. Es sollen Rollen und Verantwortlichkeiten zugewiesen werden.

Stand: Auch zu diesem Ziel sind Vorhaben zu dessen Umsetzung geplant. Es sind dies: der Ausbau des erst in Ansätzen bestehenden Kompetenzzentrums IT-Sicherheit und die Erarbeitung eines Identity- & Access-Managements (IAM). Das Kompetenzzentrum soll die zentrale Anlaufstelle für Sicherheitsfragen in der Informatik werden und Aufgaben in der Beratung, der Beschaffung und dem Betrieb der direktionsübergreifenden Sicherheitsinfrastruktur wahrnehmen. Beim IAM geht es um eine direktionsübergreifende Lösung für die Benutzerverwaltung und die Vergabe von Zugriffsrechten.

Umsetzung: Beide Vorhaben sollen im Zeitraum 2007-2010 unter Federführung des KITT umgesetzt werden, das erste mit hoher, das zweite mit mittlerer Priorität.

### **3. Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform**

Als strategische Plattform für E-Mail und elektronische Kommunikation in Gruppen soll die Kollaborationsplattform von IBM (Lotus Notes bzw. Nachfolgeprodukte) eingesetzt werden. Ausgenommen davon sind einzelne vom KITT bezeichnete Amtsstellen bzw. Betriebe. Die bestehenden dezentralen Lösungen sollen konsolidiert und durch wenige Servicezentren betrieben werden.



Stand: Das KITT hat sich im März 2005 für eine Standardisierung auf die zwei Produktgruppen Notes und Exchange und eine Zentralisierung des Betriebs auf je einem Servicezentrum entschieden. 2005 und 2006 wurde im Rahmen des Projekts ZHcom die Umsetzung des Entscheids vorbereitet. Die Amtsstellen und Betriebe sind dabei sehr unterschiedlich betroffen. Die finanziellen Vorgaben sind einzuhalten, d.h. die Standardisierung muss zu einem deutlichen Rückgang der Kosten führen. Während der Ausarbeitung des Konzepts wurde im 2. Quartal 2007 entschieden, auf die Konsolidierung der Exchange-Plattformen zu verzichten.

Umsetzung: Die Realisierung soll 2008 abgeschlossen werden. Das Vorhaben wird zentral durch die KITT-Projektorganisation ZHcom gesteuert und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verwaltungsstellen umgesetzt.

#### 4. Verbesserung und Vereinheitlichung des Dokumentenmanagements

Angestrebt wird eine geordnete und nachvollziehbare Verwaltung der Dokumente, die in der kantonalen Verwaltung anfallen, sowie eine Standardisierung der Archivierung, damit die Übergabe von Dokumenten an das Staatsarchiv zur Langzeitarchivierung erleichtert wird.

Stand: Auch für dieses Ziel sind Vorhaben vorgesehen, die in den nächsten vier Jahren umgesetzt werden sollen: Mit dem Vorhaben ‚Dokumentenmanagementsystem (DMS)‘ sollen Softwarelösungen als Standards definiert und bereitgestellt werden. Das Vorhaben ‚elektronische Archivierung‘ soll die mittelfristige Archivierung von Dokumenten unterstützen. Das Vorhaben ‚Workflowmanagement‘ soll die elektronische Ausführung von Geschäftsprozessen unterstützen.

Umsetzung: Auch diese drei Vorhaben sollen im KEF-Zeitraum unter Federführung des KITT umgesetzt werden. Das Vorhaben ‚DMS‘ wird mit hoher Priorität behandelt.

## 4. Finanzielle Entwicklung

Informatikinvestitionen sind in der Regel über die Amtsstellen zu finanzieren und unterliegen den Investitionsplafonds der Direktionen. Zur Vermeidung einer doppelten Steuerung - einerseits über den Funktionsbereich Informatik, andererseits über die Direktionen - werden an dieser Stelle nur die direktionsübergreifenden Projekte im Sinne einer Übersicht aufgeführt.

### Informatikquerschnittsprojekte mit strategischer Bedeutung im Zeitraum 2008 – 2011

Projekte	Volumen in Mio. Fr.	Jahr Entscheidung	Realisierungszeitraum
Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform	noch nicht festgelegt	2007	2007 - 2008
Dokumenten-Managementsystem	noch nicht festgelegt	2008	2008 - 2010
Aufbau Kompetenzzentrum ‚IT-Sicherheit‘ sowie Projekte aus dem Bereich IT-Sicherheit (Netzwerksicherheit, Identity- & Accessmanagement)	noch nicht festgelegt	2007	2007 - 2009

Für acht der zehn Vorhaben, mit denen die Informatikstrategie umgesetzt werden soll, besteht eine grobe Kostenschätzung. Sie sieht für den Zeitraum 2008-2011 Ausgaben Fr. 4,6 Mio. vor, für die im KEF der Leistungsgruppe 4600 (Direktionsübergreifende Informatik) Beträge eingestellt worden sind.



## **Personal**

### **Entwicklungsplanung**

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Überblick**
- 3. Strategische Ziele**
- 4. Finanzielle Entwicklungen**



## 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Das dritte Kapitel „Strategische Ziele“ wurde gegenüber dem KEF des Vorjahres überarbeitet. Es werden neu die Legislaturziele, die Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie und die Strategischen Projekte aus Aufträgen des Regierungsrates beschrieben.

## 2. Überblick

### 2.1 Organisation

Für den Kanton Zürich arbeiteten am 31. Dezember 2006 rund 38'000 Angestellte, davon ungefähr 18'200 mit einem Teilzeitpensum. Auf volle Personaleinheiten umgerechnet betrug der Beschäftigungsumfang in der kantonalen Verwaltung im Jahr 2006 30'488 Stellen<sup>1</sup>; davon entfallen 9'372 Stellen auf Lehrpersonen, 5'717 Stellen auf Spitalberufe (inkl. Ärzte) und 2'664 Stellen auf das Personal der Polizei (ohne Zivilangestellte). Der Lohnaufwand betrug im Rechnungsjahr 2006 rund 3,1 Mrd. Franken.

Das strategische Personalmanagement wird federführend vom Personalamt (s. Leistungsgruppe Nr. 4500) wahrgenommen – zusammen mit den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei. Das Personalamt ist verantwortlich für die Umsetzung der Personalmanagement-Strategie des Regierungsrates. Die Planung und Steuerung der Umsetzung der Personalpolitik und der Personalmanagement-Strategie des Regierungsrates erfolgen durch das Personalcontrolling.

Das Personalamt fördert die Personal- und Kaderentwicklung und ist verantwortlich für die Anstellung und Betreuung der Lernenden als Kauffrau / Kaufmann sowie neu der Informatik-Lernenden. Es erarbeitet zudem die rechtlichen Grundlagen und stellt deren Auslegung und Anwendung nach den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Wirtschaftlichkeit sicher. Im Rahmen des Sanierungsprogrammes 04 sowie des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 erarbeitet, koordiniert und überwacht das Personalamt – zusammen mit den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei – Massnahmen und Programme für eine sozialverträgliche und faire Umsetzung und Begleitung des festgelegten Stellenabbaus. Die Abteilung Personalcontrolling plant und evaluiert strategische Projekte im Personalmanagement und unterstützt Führungskräfte und Personalverantwortliche bei der Beurteilung, Gestaltung und Optimierung des Personalmanagements.

Die Abteilung Lohnadministration des Personalamtes ist verantwortlich für die Prozesse und Abläufe der Lohnverarbeitung und Datenerfassung. Sie führt die Lohnverarbeitung durch und ist für die Abrechnung mit den Sozialversicherungen und die Weitererarbeitung der Daten (Schnittstellen) besorgt. Sie unterstützt und überwacht die weitgehend dezentrale Datenerfassung und übernimmt die (manuelle) Berechnung und Auslösung von fachlich anspruchsvollen Lohnzahlungen. Die Abteilung ist ausserdem für die Wartung und Weiterentwicklung der Applikation PALAS verantwortlich.

Die Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei erarbeiten zusammen mit dem Personalamt die strategischen Personalmanagement-Projekte. Ausserdem sind sie zusammen mit den Personaldiensten in den Ämtern und den Betrieben für das operative Personalmanagement verantwortlich. Die Personalbeauftragte der Finanzdirektion ist seit 2007 beim Personalamt angesiedelt.

### 2.2 Umfeldentwicklung im Personalmanagement

Die folgenden Trends bilden in den kommenden Jahren die zentralen Herausforderungen für das Personalmanagement:

- **Finanzlage bleibt angespannt** Trotz positiver Konjunktorentwicklung bleibt die Finanzlage des Kantons in den nächsten Jahren angespannt. Davon ist auch der Personalaufwand betroffen.
- **Der Arbeitsmarkt ist zunehmend segmentiert** Die kürzeren Konjunkturzyklen beeinflussen den Arbeitsmarkt, sodass generell für wenig anspruchsvolle Funktionen ein Überangebot besteht und höchstqualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten intensiv gesucht werden müssen.

<sup>1</sup> Der Beschäftigungsumfang wird in Personaleinheiten ausgewiesen. Als volle Personaleinheit (Wert 1.0) gilt eine Anstellung vom 1. Januar bis 31. Dezember bei einem Beschäftigungsgrad von 100%.



- **Zunehmend anspruchsvolle Berufe – zunehmend qualifizierte Mitarbeitende** Auf Grund der hohen Anforderungen an den Staat und der Technologisierung und Akademisierung der Arbeitswelt entstehen zunehmend anspruchsvolle Berufe. Daher steigt auch das Qualifikationsniveau der Mitarbeitenden des Kantons.
- **Alternde Gesellschaft – ältere Mitarbeitende** Durch den demographischen Wandel resultiert auf dem Arbeitsmarkt eine generelle Verknappung der Personalressourcen. Dieser Trend akzentuiert sich bei jüngeren Arbeitnehmenden. Das Durchschnittsalter der kantonalen Mitarbeitenden wird sich erhöhen.
- **Loyalitäten und Motivationen im Wandel** Die Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich unter anderem durch die Sanierungsprogramme erhöht. Gleichzeitig wandelt sich die Einstellung zur beruflichen Karriere: es werden nicht nur höher bezahlte vertikale Laufbahnen, sondern auch eine work-life-balance angestrebt.

Auf Grund dieser Trends ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des Personalmanagements zunimmt. Entsprechend steigen auch die Anforderungen an ein professionelles Personalmanagement.

### 3. Strategische Ziele

Die strategischen Ziele ergeben sich durch zwei Legislaturziele (s. 3.1), den Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie (s. 3.2) und Projekte aus verschiedenen Aufträgen des Regierungsrates (s. 3.3)

#### 3.1 Legislaturziele und Massnahmen

Im Rahmen des Legislaturziels „Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterzuentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern“ werden folgende Massnahmen verfolgt:

- Erarbeitung und Umsetzung einer Personalmanagement-Strategie (s. 3.2)
- Förderung und Unterstützung von neuen und erfahrenen Führungskräften durch eine direktionsübergreifende Führungskräfte-Entwicklung aller Stufen
- Verankerung der Stärken des Kantons als Arbeitgeber im Bewusstsein der Bevölkerung, um auch Schlüsselpositionen mit optimalen Kandidatinnen und Kandidaten besetzen zu können.
- Stärkung der Leistungsorientierung im Rahmen einer Teilrevision des Lohnsystems

Beim Legislaturziel „Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern“ sind folgende Massnahmen geplant:

- Koordination von Angeboten zur familienergänzenden Kinderbetreuung für kantonale Angestellte
- Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen und Teilzeitarbeit auf allen Stufen
- Einführung einer systematischen Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe



### 3.2 Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie

Innert vier Jahren will der Kanton über eines der professionellsten Personalmanagements aller öffentlicher Arbeitgeber mit vergleichbarer Komplexität verfügen. Dazu werden vier Stossrichtungen festgelegt und Programme zur Umsetzung dieser Stossrichtungen erarbeitet.

#### Wirksame Unterstützung der Personalführung

- Personalmanagement wird als zentrale Führungsaufgabe anerkannt und gelebt
- Die Gewinnung, Erhaltung und Motivation von qualifizierten Mitarbeitenden durch eine professionelle Führung
- Der Kanton erbringt sehr gute Leistungen mit knappen Personal-Ressourcen - ohne Risiken für die Gesundheit des Personals

Prioritäres Programm: Personalgewinnung professionalisieren

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*

→ Legislaturziel 7, Massnahme 7.5 Personalmanagement-Strategie erarbeiten und umsetzen

#### Ausbau der Personalentwicklung

- Gezielte Förderung aller Mitarbeitenden zur Bewältigung ihrer bestehenden und künftigen Aufgaben
- Erarbeitung von individuellen beruflichen Perspektiven für Vorgesetzte und Mitarbeitende
- Erstellung einer gezielten Nachwuchsplanung für die Schlüsselpositionen

Prioritäres Programm: Direktionsübergreifende Führungskräfte-Entwicklung aller Stufen weiterentwickeln

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*

→ Projekte Nr. 4500/03 Programm zur Führungskräfte-Entwicklung OptimoFit

#### Stärkung der Personalbereiche

- Personalmanagement wird zum zentralen Erfolgsfaktor für den Kanton.
- Die Personalbereiche sind Dienstleister und Partner für die Erfüllung des Leistungsauftrages und die Erreichung der strategischen Ziele.
- Es wird ein substantieller Mehrwert für die Linie und den Kanton geschaffen

Prioritäres Programm: Personalcontrolling flächendeckend einführen

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“

#### Marktpositionierung

- Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber gegen aussen und innen.
- Anreize schaffen zur Gewinnung und Erhaltung qualifizierter und motivierter Mitarbeitender.
- Der Kanton orientiert sich an marktüblichen Anstellungsbedingungen auch im Lohnbereich

Prioritäre Programme: Positionierung als Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt stärken / Projekt Teilrevision Lohnsystem durchführen

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*

→ Projekt Nr. 4500/02 Teilrevision Lohnsystem



### 3.3 Projekte aus Aufträgen des Regierungsrates

#### **Teilrevision Lohnsystem**

Im Rahmen einer Teilrevision des bestehenden Lohnsystems soll ein flexibleres und verstärkt leistungsorientiertes Konzept der individuellen Lohnentwicklung erarbeitet werden. Ausserdem ist die Bewertung vereinzelter Richtpositionen zu überprüfen und Richtpositionsumschreibungen sind bei Bedarf nachzuführen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve bleiben hingegen bestehen. Schliesslich ist ein Gremium für die laufende Nachführung des Lohnsystems zu konzipieren und einzusetzen.

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*  
→ Projekt Nr. 4500/02 Teilrevision Lohnsystem

#### **Etablierung Programm zur Führungskräfte-Entwicklung, OptimoFit**

Das Programm OptimoFit unterstützt die Führungsentwicklung des Top-Kaders der kantonalen Verwaltung. Die Zielgruppe bilden Amtsleitungen, Generalsekretärinnen und –sekretäre, Hauptabteilungsleitende und Kaderleute in gleichwertiger Funktion.

Mit OptimoFit soll eine moderne, unternehmerisch ausgerichtete Führungskultur aufgebaut und erhalten, die Vernetzung der obersten Führungskräfte und die Aussensicht gefördert werden.

Dieses Programm besteht aus zwei Elementen: Einem KaderForum, bei dem Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft aktuelle und interessante Themen aufgreifen und zur Diskussion anregen und einem modularen Weiterbildungsprogramm.

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*  
→ Projekt Nr. 4500/03 Programm zur Führungskräfte-Entwicklung, OptimoFit

#### **Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung**

In den letzten Jahren hat die Anzahl von Invalidisierungen und gesundheitlich bedingter Langzeitabsenzen zugenommen. Durch die Einführung eines systematischen Case Management in der kantonalen Verwaltung soll die Reintegration von die Arbeitswelt gefördert und die Zahl der Invalidisierungen gesenkt werden.

Ausserdem ist mit einer Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall der soziale Schutz der Mitarbeitenden klarer zu regeln und die Leistungsabgrenzung zwischen Beamtenversicherungskasse und Arbeitgeber exakt zu definieren.

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*  
→ Projekt Nr. 4500/06 Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung

#### **Einführung eines flächendeckenden Personalcontrolling**

Nach dem erfolgreich durchgeführten Pilotprojekt in der Direktion der Justiz und des Innern, der Baudirektion und der Finanzdirektion ist das Personalcontrolling in der kantonalen Verwaltung flächendeckend einzuführen. Dabei sind insbesondere die relevanten Indikatoren festzulegen, die Informatik-Tools zu spezifizieren sowie das Reporting und die Integration des Personalcontrollings in die übrigen Prozesse des Personalmanagements festzulegen.

*Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen*  
→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“



## 4. Finanzielle Entwicklung

### 4.1 Entwicklung des Personalaufwandes in der KEF-Periode

Tabelle 1: Personalaufwand und Personalstellen  
(in Mio. Franken bzw. Stellen)

	RE 2006	VA 2007	KEF 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
Laufende Rechnung						
Personalaufwand	-3'708,3	-3'124,5	-3'362,7	-3'372,5	-3'423,7	-3'475,1
- davon Lohnsumme	-3'110,6	-2'613,0	-2'810,9	-2'817,8	-2'862,6	-2'908,5
- davon Lohnnebenkosten	-507,5	-428,4	-466,2	-467,3	-474,4	-481,7
Personalstellen <sup>2</sup>	*28'621,7	*22'911,4	24'720,4	24'755,0	24'762,2	24'729,1

\* Reduktion Personalstellen im Budget 07 erfolgt primär auf Grund Ausgliederung USZ und KSW

#### Gesamte KEF-Periode

Im KEF wurden folgende Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung festgelegt:

Budgetentwurf 2008: + 2.6% (Teuerung 0.9%, Stufenaufstieg 1.5%, Beförderungen 0.2%)  
 Planjahr 2009: + 1.3% (Teuerung 1.1%, Beförderungen 0.2%)  
 Planjahre 2010/2011: + 1.7% pro Jahr (Teuerung 1.5%, Beförderungen 0.2%)

In den Jahren 2008 - 2011 sind die vollen Teuerungsausgleiche geplant. Im Budgetentwurf 2008 ist zudem ein Stufenaufstieg von 1.5% eingestellt. Die Lohnsummenentwicklung auf Grund von Beförderungen beträgt in allen Planjahren 0,2%. Die Beförderungsquote beträgt jedoch im 2008 0,4% und in den Jahren 2009 - 2011 0,6%. Davon werden 0,2% im 2008 bzw. 0,4% in den Jahren 2009 - 2011 aus Rotationsgewinnen finanziert.

#### Budgetentwurf 2008

Die Lohnsumme erhöht sich um 197.9 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag 2007 (+7.6%). Dies ist auf die Erhöhung der Personalstellen im Rahmen der Volksschulreform in der Bildungsdirektion (u.a. + 1'350 Stellen durch Kantonalisierung der Kindergärten) und des Personalbestandes der Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei (+137 Stellen) zurückzuführen, welche vom Flughafen Unique finanziert werden.

Ohne die Zunahme der Personalstellen in der Bildungs- und Sicherheitsdirektion erhöht sich die Lohnsumme lediglich um rund 1.5% und unterschreitet damit den Plafond der Budgetrichtlinien von 2,6% deutlich. Dies ist auf die Vorgaben des Entlastungsprogrammes 08 (E08) zurückzuführen, welches bereits für das Jahr 2007 eine Saldoverbesserung von 107 Mio. Fr. vorsieht.

#### Planjahre 2009-2011

Im Planjahr 2009 erhöht sich die Lohnsumme lediglich um 0.2% gegenüber dem Budgetentwurf 2008. Der Lohnaufwand von rund 40 Mio. Fr. für die Evangelisch-reformierte Landeskirche wird auf Grund des per 2009 geplanten neuen Kirchengesetzes nicht mehr eingestellt. Ohne diesen Effekt erhöht sich die Lohnsumme im Jahr 2009 um 1.7% und übersteigt somit die Vorgaben der Richtlinien um 0.4%. Die bereinigte Lohnsummenentwicklung liegt auf Grund der Zunahme um 34.6 Stellen im Planjahr 2009 über den Vorgaben der Richtlinien.

In den Planjahren 2010 und 2011 erhöht sich die Lohnsumme um je 1.6% und bewegt sich somit innerhalb der Vorgaben der Richtlinien von 1.7% pro Planjahr.

<sup>2</sup> Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.

**4.2 Entwicklung der Personalstellen in der KEF-Periode**Tabelle 2: Entwicklung der Personalstellen (Beschäftigungsumfang)<sup>3</sup> nach Direktionen

Personalstellen	RE 2006	VA 2007	KEF 2008	KEF 2009	KEF 2010	KEF 2011
<b>Regierungsrat und Staatskanzlei</b>	<b>62,8</b>	<b>63,4</b>	<b>65,5</b>	<b>67,0</b>	<b>67,0</b>	<b>67,0</b>
<b>Direktion der Justiz und des Innern</b>	<b>1'446,8</b>	<b>1'451,7</b>	<b>1'462,4</b>	<b>1'503,9</b>	<b>1'507,2</b>	<b>1'522,2</b>
davon Strafverfolgung Erwachsene	317,4	318,0	317,5	315,5	315,5	315,5
davon Amt für Justizvollzug	725,3	731,1	731,2	761,7	766,0	781,0
davon Berufliche Vorsorge und Stiftungen	17,6	18,0	18,1	32,6	32,6	32,6
<b>Sicherheitsdirektion</b>	<b>3'635,2</b>	<b>3'639,1</b>	<b>3'780,0</b>	<b>3'810,6</b>	<b>3'824,1</b>	<b>3'827,6</b>
davon Kantonspolizei	2'897,4	2'888,0	3'028,0	3'057,6	3'065,1	3'070,6
davon Strassenverkehrsamt	332,4	337,0	337,0	337,0	337,0	337,0
davon Amt für Militär und Zivilschutz	135,1	137,0	133,0	121,0	116,0	111,0
<b>Finanzdirektion</b>	<b>790,8</b>	<b>778,4</b>	<b>792,6</b>	<b>772,6</b>	<b>772,6</b>	<b>772,6</b>
davon Steueramt	654,5	632,5	632,5	612,5	612,5	612,5
<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>	<b>666,2</b>	<b>765,0</b>	<b>730,3</b>	<b>728,8</b>	<b>728,3</b>	<b>728,3</b>
davon Verkehr und Infrastruktur Strassen	-	76,0	76,0	76,0	76,0	76,0
davon Amt für Wirtschaft und Arbeit	619,9	634,9	600,3	601,8	601,8	601,8
<b>Gesundheitsdirektion</b>	<b>8'569,2</b>	<b>2'417,2</b>	<b>2'458,6</b>	<b>2'430,6</b>	<b>2'432,5</b>	<b>2'435,3</b>
davon Somatische Akutversorgung	6'488,2	251,1	243,0	215,0	216,0	217,0
davon Psychiatrische Versorgung	1'947,6	1'988,4	2'035,9	2'035,8	2'036,7	2'038,6
<b>Bildungsdirektion</b>	<b>10'668,0</b>	<b>11'024,7</b>	<b>12'688,6</b>	<b>12'699,1</b>	<b>12'686,1</b>	<b>12'630,2</b>
davon Bildungsverw.	264,0	294,0	312,9	320,8	323,8	321,9
davon Volksschulen	6'873,0	6'985,0	8'585,0	8'629,0	8'608,0	8'571,0
davon Mittelschulen	1'687,0	1'752,0	1'770,0	1'795,0	1'800,0	1'785,0
davon Schulen im Gesundheitswesen	37,0	93,0	103,0	104,0	100,0	99,0
<b>Baudirektion</b>	<b>1'313,0</b>	<b>1'318,8</b>	<b>1'306,2</b>	<b>1'306,3</b>	<b>1'308,3</b>	<b>1'309,8</b>
davon Hochbauamt	189,5	104,3	108,8	108,8	108,8	108,8
davon Immobilienamt	0,0	122,6	108,5	108,5	108,5	108,5
<b>Behörden und Rechtspflege</b>	<b>1'469,9</b>	<b>1'452,7</b>	<b>1'435,2</b>	<b>1'436,2</b>	<b>1'436,2</b>	<b>1'436,2</b>
<b>Total</b>	<b>28'621,7</b>	<b>22'911,4</b>	<b>24'720,4</b>	<b>24'755,0</b>	<b>24'762,2</b>	<b>24'729,1</b>

Wesentliche Veränderungen bei den Personalstellen in der KEF-Periode:

<sup>3</sup> Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.

Direktion der Justiz und des Innern

Die Stellenvermehrung im *Amt für Justizvollzug* (LG 2206) ab 2009 erfolgt auf Grund der Eröffnung des Gefängnisses Limmattal/Dietikon und die Erweiterung des Massnahmenzentrums Utikon.

Das *Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen* (LG 2225) übernimmt die Sammeleinrichtungen vom Bund. Dies führt ab 2009 zu einer markanten Stellenvermehrung.

Sicherheitsdirektion

Die Stellenerhöhung bei der *Kantonspolizei* (LG 3100) ist auf die Erhöhung der Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei zurückzuführen, welche vom Flughafen Unique finanziert werden. Grund dafür sind die erhöhten Sicherheitsmassnahmen im Flugverkehr.

Beim *Amt für Militär und Zivilschutz* (LG 3400) erfolgt eine Stellenreduktion ab Planjahr 2009 auf Grund der Umsetzung von San04 (Übertrag des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund).

Finanzdirektion

In der Leistungsgruppe 4400 *Steuern Betriebsteil* kann die geplante Stellenreduktion im Rahmen von San04 zeitlich verzögert erst gegen Ende 2009 umgesetzt werden.

Volkswirtschaftsdirektion

LG 5205 *Verkehr und Infrastruktur Strasse*: Im Rahmen der Neuregelung der Politikfelder Verkehr und Umwelt werden die vom Tiefbauamt in die Volkswirtschaftsdirektion übertragenen Aufgaben ab 2007 vorläufig in der Organisationseinheit *Verkehr und Infrastruktur Strasse* zusammengefasst.

Die Stellenreduktion in der LG 5300 *Amt für Wirtschaft und Arbeit* ab Voranschlag 2007 erfolgt auf Grund einer erwarteten Reduktion der Anzahl Stellensuchender. Die Stellenreduktion ist grundsätzlich saldoneutral, da die Kosten vom Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung rückvergütet werden.

Gesundheitsdirektion

Die LG 6300 *Somatische Akutversorgung und Rehabilitation* weist ab Voranschlag 2007 eine Reduktion um mehr als 6'230 Personalstellen aus. Auf Grund der Verselbstständigung des Universitätsspitals Zürich und des Kantonsspitals Winterthur werden beide Spitäler organisatorisch und finanziell aus der Gesundheitsdirektion und der entsprechenden Leistungsgruppe *Somatische Akutversorgung und Rehabilitation* ausgegliedert.

Die LG 6400 *Psychiatrische Versorgung* weist ab Budget 2008 gut 50 zusätzliche Stellen aus, da der Sicherheitstrakt Rheinau, die Jugend- und Adoleszenzstation in Winterthur und eine Station in der psychiatrischen Universitätsklinik eröffnet werden.

Bildungsdirektion

In der LG 7000 *Bildungsplanung* erfolgt ein Stellenausbau, da 2007 die Fachstelle für Schulbeurteilung ausgebaut wird und Stellen für die Lohnadministration des kantonalisierten Kindergartenlehrkörpers geschaffen werden müssen.

LG 7200 *Volksschulen* erfolgt im Planjahr 2008 ein Ausbau um rund 1'500 Personalstellen und im Planjahr 2009 ein Ausbau um weitere rund 140 Personalstellen. Die Stellenvermehrung ergibt sich aus der Umsetzung des Volksschulgesetzes, das die Kantonalisierung der Kindergarten sowie die Einführung von Schulleitungen und Blockzeiten vorsieht.

Die (technische) Stellenvermehrung in der LG 7302 *Schulen im Gesundheitswesen* seit 2006 erfolgt auf Grund einer Reorganisation. Dabei gehört das Personal, das bisher teilweise einer durch den Kanton subventionierten Trägerschaft unterstellt war, neu zum Personalbestand der genannten Leistungsgruppe. Ab 2010 wird der Stellenbestand konstant bleiben.

Baudirektion

Reduktion der Personalstellen in der LG 8100 *Hochbauamt* ab 2007 auf Grund von Stellenübertragungen an das neu geschaffene Immobilienamt.

Aufbau der LG 8700 Immobilienamt ab 2007 zur Entwicklung und Umsetzung der Immobilienstrategie des Regierungsrates. Reduktion der Personalstellen ab 2008 infolge Umsetzung von MH06.



### 4.3 Veränderungen beim Personalaufwand zum KEF Vorjahr

Tabelle 3: Abweichung zum KEF Vorjahr vom 13. September 2006, Personalaufwand (in Mio. Franken, + Verbesserung; - Verschlechterung)

	KEF 2008	KEF 2009	KEF 2010	Total* 08-10
<b>Personalaufwand Laufende Rechnung:</b>				
KEF 2008-2011 vom 12. September 2007	-3'362,7	-3'372,5	-3'423,7	
KEF 2007-2010 vom 13. September 2006	-3'271,8	-3'316,3	-3'307,1	
Abweichung zu KEF Vorjahr	-90,9	-56,2	-116,6	263,7

\* Abweichungen der Jahre 2008-2010 zusammengezählt (=- Aufwanderhöhung)

Grosse Veränderungen gegenüber dem KEF Vorjahr:

Die Richtlinien zum KEF 2008 bis 2011 geben eine höhere Lohnsummenentwicklung vor (Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg im 08 und Beförderungen), als im KEF 2007 bis 2010.

Darum resultiert ein höherer Personalaufwand von 90 Mio. Fr. im Jahr 2008, von 56 Mio. Fr. im Jahr 2009 und von 117 Mio. Fr. im Jahr 2010 (1% Lohnsumme, inkl. Lohnnebenkosten betragen beim Personalaufwand 33 Mio. Fr.).

Das Entlastungsprogramm 2008 führt zu einer Senkung des Personalaufwandes gegenüber dem KEF Vorjahr.

Bei den Evangelisch-reformierten Landeskirchen werden ab 2009 auf Grund des neuen Kirchengesetzes der Lohnaufwand und die Lohnnebenkosten nicht mehr eingestellt. Es wird neu ein Staatsbeitrag eingeplant. Der Personalaufwand reduziert sich in den Jahren 2009 und 2010 um 46 Mio. Fr. gegenüber dem KEF Vorjahr.

In den Jahren 2008 bis 2010 werden deutlich mehr Stellen eingeplant als im KEF Vorjahr, woraus eine Erhöhung des Personalaufwandes resultiert.





## **Umwelt**

### **Entwicklungsplanung**

- 1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres**
- 2. Überblick**
- 3. Strategische Ziele**
- 4. Finanzielle Entwicklungen**
- 5. Umweltkennzahlen**



## 1. Veränderung gegenüber dem KEF des Vorjahres

Die Organisationsstruktur wurde nicht verändert.

Die langfristigen strategischen Ziele sind nach wie vor gültig, ebenso die zu deren Erreichung nötigen Anstrengungen und Massnahmen. Aktualisiert wurden die Aussagen zu Stand und Handlungsbedarf.

Kapitel 4 wurde stark gekürzt.

Kapitel 5 „Umweltkennzahlen“ wurde neu konzipiert.

## 2. Überblick

### 2.1. Betriebsökologie

Die kantonale Verwaltung hat zwei verschiedene Aufgabenbereiche im Umweltschutz:

- erstens die Gesetzgebung und den Vollzug;
- zweitens als grosser „Konzern“ die Betriebsökologie (sowohl beim „Alltagsverbrauch“ als auch bei der Realisierung von Infrastruktur).

Die vorliegende „Entwicklungsplanung Umwelt“ fokussiert auf den zweiten Teil. Für den in der Betriebsökologie wichtigen Bereich Hochbau (Ökologie im Baubereich, Energieverbrauch in den Gebäuden) sei auf die Leistungsgruppe 8100 der Baudirektion verwiesen.

### 2.2. Organisation

Basis der Betriebsökologie in der kantonalen Verwaltung bildet das Programm „ökologische Beschaffung, vorbildliches Verhalten der öffentlichen Hand“ (RRB Nr. 2935/1991) und darauf aufbauend das „Schliessen von Stoffkreisläufen“ (RRB Nr. 2043/1998). Die Betriebsökologie stützt sich auf eine direktionsübergreifende Organisationsstruktur. Die Direktionen und die Staatskanzlei sind im Fachausschuss vertreten oder haben als Anlaufstelle eine(n) Direktionsbeauftragte(n) bezeichnet. Die Gesamtkoordination obliegt der Koordinationsstelle für Umweltschutz in der Baudirektion. In den wichtigsten Beschaffungsbereichen (Büro, Fahrzeuge, Hochbau, Gebäudeunterhalt) erarbeiten Trägergruppen Massnahmenvorschläge für die Betriebsökologie. Sie stehen unter der Leitung des jeweils hauptinteressierten Amtes (z.B. Büro: KDMZ). Aufgabe dieser Organisationsstruktur ist es, Übersicht und eine übergeordnete zentrale Koordination für die Verwaltung als ganzes zu gewährleisten.

## 3. Strategische Ziele

Die Betriebsökologie orientiert sich an folgenden übergeordneten, längerfristigen Zielen:

### Die Verwaltungstätigkeit der kantonalen Verwaltung...

- ... soll mit geringsten Emissionen von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden verbunden sein.
- ... soll möglichst energie- und ressourcenschonend erfolgen.
- ... soll keine durch Umweltbelastung ausgelösten Gesundheitsprobleme verursachen.

### Mit der Betriebsökologie will man...

- ... die Umsetzung von Art. 6 (Nachhaltigkeitsprinzip) der Kantonsverfassung unterstützen.
- ... Rio 1992 (Agenda 21, Kap. 4: umweltverträgliche Einkaufspolitik) und die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundesrates (Handlungsfeld 2, Massnahme 4: Einführung einer integrierten Produktpolitik) umsetzen.
- Vorbildfunktion erreichen und den Umweltschutzvollzug unterstützen.

Diese übergeordneten, langfristigen Ziele werden mit folgenden Anstrengungen und Massnahmen angestrebt:



### **Umweltbewusste Beschaffung**

Das Beschaffungsvolumen (Güter, Fahrzeuge, Verbrauchsmaterialien, etc.), für welches ökologische Kriterien angewandt werden könnten, entspricht einem jährlichen Aufwand von ungefähr 1 Mrd. Franken und Bruttoinvestitionen (insbesondere Bauleistungen) von nochmals ca. 1 Mrd. Franken. Es ist deshalb relevant, wie umweltbewusst die kantonale Verwaltung beschafft. Das Kriterium Ökologie ist jeweils in die Entscheidung mit einzubeziehen. Bei Investitionen soll auf einen minimierten Energie- und Ressourcenverbrauch und auf den Gesundheitsschutz geachtet werden. Die Stoffkreisläufe sind zu schliessen und der Stoffumsatz ist zu minimieren. Investitionsprojekte des Kantons sind möglichst ökologisch zu realisieren.

#### Massnahmen:

- Hilfsmittel bereitstellen
- Information, Beratung, Schulung
- Motivieren, überzeugen, sensibilisieren
- Erlass von Weisungen und Beschaffungsvorgaben

Stand: Für die umweltbewusste Beschaffung sind in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Produktgruppen (Bürogeräte, Fahrzeuge, Papier, Reinigungsmittel, Baubereich etc.) Hilfsmittel erarbeitet worden. Die Hilfsmittel werden den Direktionen durch die Koordinationsstelle für Umweltschutz respektive das Hochbauamt zur Verfügung gestellt. Die Anwendung dieser Hilfsmittel in den Direktionen ist teilweise noch nicht befriedigend. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) hat in verschiedenen Bereichen Beratungen zur umweltbewussten Beschaffung durchgeführt.

Handlungsbedarf: Die Umsetzung respektive der Einsatz dieser Hilfsmittel hat durch die Beschaffungsstellen in den Direktionen konsequent zu erfolgen. Sie werden seitens der Koordinationsstelle für Umweltschutz bei Bedarf unterstützt. Bei Ausschreibungen sind ökologische Kriterien unter Beachtung des Submissionsrechtes einzubeziehen. Die Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens (RRB Nr. 48/2007) bildet diesbezüglich eine gute Ausgangsbasis.

### **Förderung des Umweltbewusstseins in der kantonalen Verwaltung**

Die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung werden wirkungsvoll auf die sich im praktischen Alltag bietenden Möglichkeiten der Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs sowie der Verminderung der Abfallmenge aufmerksam gemacht.

#### Massnahmen:

- Hilfsmittel bereitstellen
- Information, Beratung, Schulung
- Motivieren, überzeugen, sensibilisieren
- Erlass von Weisungen

Stand: Die Sensibilisierung und Beratung der Mitarbeitenden ist eine Daueraufgabe. Es werden sowohl einzelne Personengruppen gezielt geschult (z.B. Reinigungs-, Energiemanagementkurse für Hauswarte) als auch allen Mitarbeitenden via Printprodukt oder in Zukunft via Intranet Informationen und Schulungen angeboten.

Handlungsbedarf: Die Beratungstätigkeit ist aufrecht zu erhalten. RRB Nr. 4272/2005 „Verwendung von Recyclingpapier in der Kantonalen Verwaltung“ und RRB Nr. 4311/2006 „Verzicht auf Holz aus Raubbau“ sind umzusetzen.

### **Öko-Controlling**

Die ökologische Beschaffung und der betriebliche Umweltschutz sollen stärker systematisiert werden. Hingegen ist die Einführung von Umweltmanagementsystemen den Organisationseinheiten freigestellt. Mittels Kennzahlen soll eine Erfolgskontrolle durchgeführt werden.

**Massnahmen:**

- Praktikables Kennzahlenset, mit minimalem Aufwand erhebbar
- Kennzahlen von Bereichen, die mittels Massnahmen direkt beeinflusst werden können
- Kommunikation und Benchmarking

**Stand:** Es existiert ein Kennzahlenset (siehe Kapitel Umweltkennzahlen). Die Daten werden jährlich erfasst und publiziert. Das Kennzahlenset muss noch weiterentwickelt und optimiert werden.

**Handlungsbedarf:** Zur Steigerung des Umweltbewusstseins ist die Kommunikation der Kennzahlen an die Direktionen zu verbessern. Insbesondere sind vermehrt geeignete Empfehlungen abzugeben, wie die direktionseigene Umweltbilanz verbessert werden könnte.

## 4. Finanzielle Entwicklung

Direkte wesentliche Umweltkosten im betrieblichen Bereich der kantonalen Verwaltung sind die Ausgaben für Energie-, Treibstoff- und Wasserverbrauch sowie für die Entsorgung von Abfall resp. Abwasser. Die finanzielle Entwicklung ist stark abhängig von der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise. Weil ein verminderter Energie- und Ressourcenverbrauch mit tieferen Kosten verbunden ist, decken sich ökologische und ökonomische Interessen.

## 5. Umweltkennzahlen

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen.

Die Zielwerte für Recyclingpapier entsprechen den in RRB Nr. 4272/2005 und RRB Nr. 4311/2006 enthaltenen Vorgaben. Die Umsetzung dieser Beschlüsse ist in Vorbereitung.

		RE 2006	Ziel 2007	Ziel 2008	Ziel 2009	Ziel 2010	Ziel 2011
Anteil Recyclingfasern Gesamtverwaltung (Ziele inkl. Fremdbezug)	[% des Kopierpapierverbrauches]	21.9% <sup>1</sup>	36.5%	47.1%	> 50%	> 50%	> 50%
Kopierpapierverbrauch (Ziele inkl. Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	7605 <sup>2</sup>	7400	7200	7000	6800	6600
Wärmeverbrauch	GW/h	169.2	<sup>3</sup>				
Elektrizitätsverbrauch	GW/h	119.5	<sup>3</sup>				
Treibhausgas-Ausstoss	[t]	90'000	<sup>4</sup>				
<b>Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben</b>							
Abfall <sup>5</sup>	[t]	911.8	-	-	-	-	-
Wieder verwertbarer Anteil	[%]	63	-	-	-	-	-

<sup>1</sup> Nur Bezug via KDMZ

<sup>2</sup> Ausgewiesen durch die KDMZ

<sup>3</sup> Der Wärme- und Elektrizitätsverbrauch bezieht sich auf das Jahr 2005 und auf rund 75% der kantonseigenen Gebäude. Die Energieverbrauchsziele in den kantonseigenen Liegenschaften werden durch die Energiegrossverbraucher-Vereinbarung vorgegeben (siehe Leistungsgruppe 8100).

<sup>4</sup> Die ausgewiesenen Treibhausgas-Emissionen beziehen sich auf den Energie- und Treibstoffverbrauch im Jahr 2005 (75% der Gebäude, 80% der Fahrzeuge). Sie dürften künftig durch den Bezug von naturemade Ökostrom (ab Oktober 2006) um mehr als die Hälfte zurückgehen.

<sup>5</sup> Zentral- und Bezirksverwaltung

## Anhang 1:

- Planungen der Behörden und der Ombudsperson
- Planungen der Rechtspflege
- Planungen der Unselbstständigen/  
Selbstständigen staatlichen Anstalten





## Finanzielle Entwicklung Behörden und Ombudsmann

Die finanzielle Entwicklung der Behörden umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

**9000 Kantonsrat**

**9020 Finanzkontrolle**

**9071 Datenschutzbeauftragter**

Mit dem neuen Informations- und Datenschutzgesetz wird der Datenschutzbeauftragte administrativ der Geschäftsleitung des Kantonsrates zugeordnet ist. Die Leistungsgruppe Nr. 2231, Datenschutzbeauftragter, wird daher aus der Direktion der Justiz und des Innern ausgegliedert und mit der neuen Leistungsgruppennummer 9071 im Anhang 1 des KEF dargestellt.

Zusätzlich umfasst die vorliegende finanzielle Entwicklung die Leistungsgruppe

### 9070 Ombudsmann

Auf einen separaten Ausweis der Finanzentwicklung des Ombudsmannes wird verzichtet. Aus Gründen der Vollständigkeit erfolgt der finanzielle Ausweis der Behörden zusammen mit dem Ombudsmann.

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	1.2	1.3	1.1	1.1	1.1	1.1
Aufwand	-15.3	-16.6	-17.0	-16.8	-16.9	-17.1
Saldo	-14.1	-15.3	-15.9	-15.7	-15.8	-16.0
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-0.0	-	-	-	-0.3	-0.1
Saldo	-0.0	-	-	-	-0.3	-0.1

Zu Vergleichszwecken werden die Ergebnisse der Rechnung 2006 und des Budgets 2007 einschliesslich den Werten des Datenschutzbeauftragten ausgewiesen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	0.0	-75.8
Aufwand	-8.1	-8.6	-0.1	-8.9	0.0	-8.5	0.1	-8.6	-8.6	7.0
Saldo	-8.0	-8.6	-0.1	-8.9	0.0	-8.5	0.0	-8.6	-8.6	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	12.3	12.2	0.7	12.9	0.7	12.9	0.7	12.9	12.9
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

**Aufgaben**

A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zusätzlich für die Verfassungs- und Gesetzgebung. übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.

A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Verberatung der Geschäfte.

A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

bis Direktionsziel Nr.

E1 --

0

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

W1 K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4.4	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
W2 PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.2	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
W3 PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidenten mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5

**Leistungen**

L1 KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	123	120	110	110	110	110
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	0.7	1.2	0.75	0.75	0.75	0.75
L3 K: Zahl behandelter Vorlagen	P	106	95	90	90	110	100
L4 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	max.	140	90	90	90	90	90
L5 K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	4.75	3.7	3.7	3.7	3.7	3.7
L6 K: Erfüllungsgrad des Jahresprogramms GPK	P	90%	90%	90%	90%	90%	90%
L7 PD: Zahl der Protokolle	P	351	350	350	350	350	350

**Wirtschaftlichkeit**

B1 PD: Kosten pro Mitarbeiter/in der Parlamentsdienste	max.	143478	152541	147829	149302	151008	154961
B2 PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll (MA Protokollführungsdienste)	max.	2670	2886	2738	2765	2800	2870
B3 PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll	max.	1024	941	1051	1062	1075	1102

**Leistungsgruppe 9000 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -8.903  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 9000**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- - 0.35 Die Saldoverschlechterung ist insbesondere auf mehr Personalausgaben infolge der neuen Kommissionsarchitektur, mehr Informatikunterhalt und zwei zusätzliche Fraktionen zurückzuführen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Erhöhung des Beschäftigungsumfangs von 12,2 auf 12,9 als Folge der neuen Kommissionsstruktur.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ab 2009 Verbesserung des Saldos infolge Wegfalls des hohen Informatikunterhalts.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	1.0	0.9	0.0	1.0	-0.0	0.9	0.0	0.9	0.9	-9.4
Aufwand	-4.7	-5.0	-0.0	-5.0	-0.0	-5.1	0.0	-5.1	-5.3	12.0
Saldo	-3.7	-4.1	0.0	-4.1	-0.0	-4.2	0.0	-4.2	-4.4	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06-11)
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.0						0.1	-0.3	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	-0.0						0.1	-0.3	-0.1	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	24.1	24.7	0.0	24.7	0.0	24.7	0.0	24.7	24.7	

**Aufgaben**

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG) d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erhöhung des Anteils an Wirtschaftlichkeits-, Zweckmässigkeits- und Wirksamkeitsprüfungen	2009	0
E2 Vermehrte Durchführung von Querschnittsprüfungen	2010	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil der umgesetzten Empfehlungen (aufgrund Stellungnahmen)	min.	91%	90%	90%	90%	90%	90%
<b>Leistungen</b>							
L1 Anteil der Feststellungen/Empfehlungen aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	26%	20%	20%	25%	25%	30%
L2 Prüfintervall in Jahren	max.	6	5	5	5	5	5
L3 Anzahl Revisionen pro Jahr	P	436	350	350	350	330	320
L4 Verhältnis durchgeführte zu geplante Revisionen (in Tagen)	min.	99%	90%	93%	93%	93%	93%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur Soll-Arbeitszeit	min.	66%	63%	64%	64%	64%	65%

**Leistungsgruppe 9020 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.082  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 9020**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
 können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- E1: Der angestrebte Zielwert L1 ist in den Jahren 2005 und 2006 bereits erreicht worden. Ein weiterer Schritt in Richtung Gleichwertigkeit der Prüfungskriterien Ordnungsmässigkeit/Rechtmässigkeit bzw. Wirtschaftlichkeit/Zweckmässigkeit/Sparsamkeit/Wirksamkeit kann erst nach Einführung der neuen Rechnungslegung erfolgen.

**Indikatoren**

- W1: Dieser Indikator wird von den wesentlichen Prüfungsfeststellungen berechnet (ohne übrige Feststellungen).
- L1: Dieser Indikator wird von den wesentlichen Prüfungsfeststellungen berechnet (ohne übrige Feststellungen).
- L2: Innerhalb des Prüfintervalls soll bei jeder Organisationseinheit mindestens eine Revision durchgeführt werden.
- B1: In der Soll-Arbeitszeit sind die Abwesenheiten (Ferien, Krankheit, Militärdienst usw.) enthalten.

**Sonstige Bemerkungen**

- Bei der Entwicklung der Indikatoren ist zu berücksichtigen, dass das Rechnungsjahr 2006 gezeichnet war durch unterdurchschnittliche Ausfallzeiten. Zudem waren keine Austritte zu verzeichnen, was sich ebenfalls positiv auf die Indikatoren L4 und B1 auswirkte.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Die budgetierte Zunahme (Fr. 0,1 Mio.) ist auf die Verrechnung der Revisionsleistungen an die neuen Anstalten zurückzuführen. Diese Mehreinnahmen werden zum Teil kompensiert durch geringere Einnahmen aus Revisionen im Bereich Nationalstrassen (NFA) und von EU-Projekten (Interne Revision bei der Universität).
- Aufwand: Die budgetierte Zunahme (Fr. 0,06 Mio.) ist hauptsächlich durch die generelle Lohnentwicklung verursacht.

**Indikatoren**

- B1 Geplante Erhöhung um 1% aufgrund der Ist-Entwicklung (siehe auch Sonstige Bemerkungen in den Allgemeinen Bemerkungen).

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Ab 2008 wird mit Mindereinnahmen gerechnet (Wegfall Mandat BVK).
- Aufwand: Die Aufwandsentwicklung entspricht der Lohnsummenentwicklung und der Teuerung gemäss Richtlinien. 2011 fallen zusätzlich höhere Abschreibungen und Zinsen aufgrund der Investitionen 2010 (+ Fr. 0.06 Mio.) an.

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Ab 2010 erfolgt die Ersatzbeschaffung der Hardware und der Standardsoftware (Betriebssysteme, Microsoft Office). Die Ersatzbeschaffung erfolgt planmässig alle fünf Jahre. Als zusätzlicher Aufwand in der Erfolgsrechnung fallen Abschreibungen und Zinsen an. Der interne Aufwand fällt vorwiegend in der Abteilung Techn. Revision an, wobei die Arbeiten auch der Weiterbildung der IT-Revisionen dienen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Investitionsrechnung**

- Ausgaben: Aufgrund teilweiser verschobener Ersatzbeschaffungen 2005/2006 wird die nächste Ersatzbeschaffung auf die Jahre 2010 und 2011 aufgeteilt.

**Indikatoren**

- L4: Erhöhung um drei Prozent ab 2008 aufgrund der Ist-Entwicklung (siehe auch Sonstige Bemerkungen in den Allgemeinen Bemerkungen).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-0.9	-1.1	-0.0	-1.1	-0.0	-1.1	-0.0	-1.1	-1.1	18.3
Saldo	-0.9	-1.1	-0.0	-1.1	-0.0	-1.1	-0.0	-1.1	-1.1	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.8	4.1	0.0	4.1	0.0	4.1	0.0	4.1	4.1	

**Aufgaben**

A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Arbeitsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 --									bis	Direktionsziel Nr.
										0

**Indikatoren**

Indikatoren	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 --							
<b>Leistungen</b>							
L1 Zahl der eingegangenen Geschäfte		738					
L2 Zahl der erledigten Geschäfte		715					
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 --							

<b>Leistungsgruppe 9070</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.066
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

<b>Budget</b>	<b>Leistungsgruppe 9070</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der Geschäftseingang ist nicht planbar.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.2	0.4	-0.2	0.2	-0.2	0.2	-0.2	0.2	0.2	6.2
Aufwand	-1.6	-2.0	0.0	-1.9	-0.1	-2.1	-0.1	-2.1	-2.1	32.7
Saldo	-1.5	-1.6	-0.2	-1.8	-0.3	-1.9	-0.3	-2.0	-2.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	7.1	7.2	0.0	7.2	1.0	8.2	1.0	8.2	8.2
---------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

**Aufgaben**

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton. Er stellt sicher, dass die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger respektiert wird.
- A2 Er führt Kontrollen durch, beurteilt datenschutzrelevante Vorhaben und Erlasse, berät die verantwortlichen Organe und fördert den Einsatz datenschutzfreundlicher Technologien. Dabei kann er verbindliche Empfehlungen abgeben.
- A3 Der Datenschutzbeauftragte informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit. Er berät Privatpersonen und vermittelt in Konfliktfällen.
- A4 Alle Aufgaben nimmt der Datenschutzbeauftragte in vollständiger Unabhängigkeit wahr.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktionsziel Nr.

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Vorabkontrolle: Detailkonzeption und Aufbau	2009	0
E2 Aufsicht: Verstärkung durch Aufbau eines Monitorings (konzeptionelle Weiterentwicklung und Standardisierung der Prozesse)	2011	0
E3 Besondere Personendaten: Verstärkung von Aufsicht und Kontrolle im Gesundheitswesen sowie im Bereich Polizei und Strafuntersuchung	2009	0
E4 Datenschutzfreundliche Technologien: Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von datenschutzfreundlichen Technologien	2011	0

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

- W1 Anteil umgesetzter Empfehlungen
- W2 Kundenbeurteilung der Qualität der Leistungen
- W3 Anteil umgesetzter Hinweise

**Leistungen**

- L1 Anzahl Beratungen von öffentlichen Organen
- L2 Anzahl Beratungen von Privatpersonen
- L3 Anzahl aufbereitete Grundsatzfragen
- L4 Anzahl Datenschutz-Reviews
- L5 Anzahl Besuche auf Internetangeboten
- L6 Anzahl Teilnehmerstunden an Weiterbildungsangeboten

**Wirtschaftlichkeit**

**Leistungsgruppe 9071 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -1.778  
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 9071**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

Allgemeine Bemerkungen

---

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---





## Finanzielle Entwicklungen Rechtspflege

Die finanzielle Entwicklung der Rechtspflege umfasst die folgenden Leistungsgruppen

- 9030 Obergericht und angegliederte Gerichte
- 9040 Bezirksgerichte
- 9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter
- 9061 Kassationsgericht
- 9062 Landwirtschaftsgericht
- 9063 Verwaltungsgericht
- 9064 Sozialversicherungsgericht

(in Mio. Franken)	R 2006	B 2007	P 2008	P 2009	P 2010	P 2011
<b>Erfolgsrechnung:</b>						
Ertrag	161.4	154.5	167.9	166.3	167.3	169.3
Aufwand	-274.1	-281.7	-290.2	-291.6	-297.7	-304.3
Saldo	-112.7	-127.2	-122.3	-125.3	-130.4	-135.0
<b>Investitionsrechnung:</b>						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-6.9	-15.0	-18.2	-26.2	-26.2	-26.2
Saldo	-6.9	-15.0	-18.2	-26.2	-26.2	-26.2

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	10.1	11.0	1.1	15.7	0.6	11.9	0.4	11.9	11.9	18.5
Aufwand	-50.4	-52.6	-5.5	-58.0	-3.6	-57.5	-3.7	-60.6	-63.5	26.0
Saldo	-40.4	-41.6	-4.4	-42.3	-3.1	-45.6	-3.3	-48.6	-51.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-1.1	-1.6	-3.2	-10.6	-4.3	-19.3	-4.3	-19.3	-19.3	-11.9
Nettoinvestitionen	-1.1	-1.6	-3.2	-10.6	-4.3	-19.3	-4.3	-19.3	-19.3	-11.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	179.3	189.0	6.0	195.0	6.0	195.0	6.0	195.0	195.0	

**Aufgaben**

A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren und Prozesse auf der Grundlage des geltenden Rechts

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Personalförderungsmaßnahmen auf allen Stufen	2008	0
E2 Aufbau und Weiterentwicklung von Controlling-Mechanismen	2009	0
E3 Projekte im Rechnungswesen der Gerichte (IPSAS)	2009	0
E4 Umsetzung von Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung von eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung	ab 2010	0
E5 Um- und Erweiterungsbau Obergericht	2012	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 70% der Berufungsverfahren sind innert 6 Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	74.9	>= 70	>= 70	>= 70	>= 70	>= 70
W2 80% der Rekursverfahren sind innert 6 Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	82.8	>=80	>=80	>=80	>=80	>=80
W3 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	1'880'318	2'100'000	2'100'000	2'100'000	2'100'000	2'100'000
W4 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	1'229'811	1'300'000	1'725'000	1'725'000	1'725'000	1'725'000
W5 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	623'004	500'000	600'000	600'000	600'000	600'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	P	488	502	498	498	498	498
L2 Erledigung von Berufungen	P	1'072	1'073	1'112	1'112	1'112	1'112
L3 Erledigung von Rekursen und Beschwerden	P	1'391	1'525	1'468	1'468	1'468	1'468
L4 Erledigung von anderen Verfahren	P	1'489	1'450	1'445	1'445	1'445	1'445
L5 Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	P	7'702	8'034	7'856	7'856	7'856	7'856
L6 Anzahl Eingänge	P	7'602	8'034	7'856	7'856	7'856	7'856
L7 Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	4'001	</=3'700	</=3'900	</=3'900	</=3'900	</=3'900
L8 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1	P	1 : 1.02	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	5'309	5'178	5'385	5'815	6'190	6'579

Leistungsgruppe 9030	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-42.321
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.600

Budget	Leistungsgruppe 9030
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- E1: Einen Schwerpunkt der Personalförderungsmaßnahmen wird eine Mitarbeiterbefragung im ersten Semester 2008 bilden. Im Übrigen wird die stufengerechte Aus- und Weiterbildung weiterhin gefördert.
- E2: Die geplante Einführung des CRG, welchem auch die Rechtspflege unterstellt ist, verlangt die Führung einer Kosten-Leistungsrechnung (Entwicklung KLR). Im Weiteren werden die Mechanismen im Personal-Controlling weiterentwickelt.
- E3: Die geplante Einführung der Rechnungslegungsstandards in Anlehnung an IPSAS wurde vom Regierungsrat im Dezember 2006 auf Anfang 2009 verschoben. Die bereits mehrfach erfolgte Verschiebung dieser Einführung führte zu einigem Mehraufwand im Bereich Finanzen&Controlling (Restatement-Arbeiten und Kontoplanänderungen, Entwicklung einer Anlagenbuchhaltung).
- E4: Der Kreditantrag für den Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts wird im 2. Quartal 2007 dem Kantonsrat unterbreitet. Mit einem Entscheid wird im Herbst/Winter 2007 gerechnet.
- E5: Rechtzeitige Planung der notwendigen organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der Änderungen der eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung im Jahre 2011. Die Folgen dieser Änderungen auf die kantonalzürcherische Gerichtsbarkeit kurz zusammengefasst: Abschaffung Geschworenen- und Kassationsgericht, Verschiebung von Zuständigkeiten von und an Bezirksgerichte, ev. Schaffung eines Kriminalgerichts.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Steigerung beim Aufwand ist auf Mehrstellen im Zusammenhang mit der Revision des Strafprozessordnung und des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches zurückzuführen. Zusätzliche Ressourcen werden vorübergehend auch an anderen Gerichten und Kammern benötigt, um die beförderliche Erledigung der Verfahren zu gewährleisten. Zur Einsparung von Baukosten und effizienter Bauausführung bezieht das Obergericht während der Bauphase ein Gebäudeprovisorium. Damit verbunden sind jährliche Mietkosten von ca. 3 Mio. Für die Mitarbeiterbefragung wird mit einmaligen Ausgaben von 0.2 Mio. gerechnet.
- Ertragsseitig wird durch die Einführung der Pauschalierung der Gerichtsgebühren mit Mehreinnahmen von ca. 1 Mio. Franken gerechnet. Zu einem zusätzlichen, ausserordentlichen Ertrag wird - die Zustimmung des Kantonsrat zum Umbaukredit vorausgesetzt - die Aktivierung der Planungskosten in der Grössenordnung von 3.8 Mio. ergeben.

**Investitionsrechnung**

- Auf der Investitionsseite bestimmt der bereits erwähnte Um- und Erweiterungsbau die Entwicklung. Die Aktivierung der Planungskosten (3.8 Mio) sowie vom Hochbauamt berechnete Baukosten in der Grössenordnung von 5.5 Mio. führen zur Abweichung gegenüber dem Vorjahresbudget.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Zur Bewältigung der Geschäftslast bzw. zur Senkung der Pendenzenzahlen wird eine vorübergehende Erhöhung des Beschäftigungsumfangs (Ersatzrichter ausserhalb des Stellenplans) unumgänglich sein (siehe auch Indikator L7).

**Indikatoren**

- W4: Die Anpassung des Tarifes für die Anwaltsgebühren (per 1.1.2007) wird zu höheren Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände führen.
- L1 - L6: Prognose wird aufgrund des Durchschnitts der letzten drei Rechnungsjahre bestimmt.
- L7: Die Anzahl Pendenzen wird aufgrund der Werte über die letzten Jahre nach oben angepasst.
- B1: Die Steigerung des durchschnittlichen Nettoaufwandes pro erledigtem Geschäft ergibt sich aus den massiv höheren Abschreibungen der Bau-Investitionen.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Auf die zusätzlichen Personalressourcen (Ersatzrichter) kann ab 2009 voraussichtlich weitgehend verzichtet werden. Zudem fallen Unterhaltskosten während des Umbaus weg. Trotz Anstieg von Abschreibungen und kalk. Zinsen resultiert 2009 eine Aufwandminderung von ca. 0.5 Mio. Auf der Ertragsseite fällt die Rückerstattung von Projektierungskosten weg (3.8 Mio).
- Die Saldoverschlechterung ab 2010 ist in erster Linie die Folge der höheren Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen.

**Investitionsrechnung**

- Der Um- und Erweiterungsbau wird gemäss Hochbauamt in den KEF-Jahren Ausgaben von je rund 19.3 Mio. Franken zur Folge haben.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Aufwandsteigerung gegenüber dem KEF Vorjahr resultiert hauptsächlich aus den nun bekannten finanziellen Auswirkungen für den Um- und Erweiterungsbau; insbesondere die zusätzlichen Belastungen durch Fremdmiete. Zudem fällt die Geschäftslast bzw. die Aufstockung der hierfür notwendigen Personalressourcen ins Gewicht.
- Die Ertragsseite konnte gegenüber der Vorjahresplanung verbessert werden.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionsrechnung weist höhere Ausgaben für den Umbau von jährlich rund 4 Mio. Franken aus. Diese Angaben erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt.

**Indikatoren**

- siehe Budgetentwurf

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	39.0	38.4	0.7	38.9	0.4	39.2	-0.8	38.5	38.8	-0.4
Aufwand	-134.1	-137.4	-3.3	-139.0	-3.3	-140.0	-2.7	-141.9	-143.8	7.2
Saldo	-95.2	-99.1	-2.6	-100.1	-2.8	-100.8	-3.5	-103.4	-104.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-1.8	-7.6	1.6	-3.6	-2.4	-4.6	-4.6	-4.6	-4.5	-4.5
Nettoinvestitionen	-1.8	-7.6	1.6	-3.6	-2.4	-4.6	-4.6	-4.6	-4.5	-4.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	715.9	631.0	38.0	669.0	38.0	669.0	38.0	669.0	669.0	

**Aufgaben**

- A1 Beförderliche Erledigung der Verfahren und Prozesse
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren)

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Personalförderungsmassnahmen auf allen Stufen	2008	0
E2 Umgliederung von Liegenschaften ins Verwaltungsvermögen der Bezirksgerichte (Alleinnutzung).	2008	0
E3 Projekte im Rechnungswesen der Gerichte (IPSAS)	2009	0
E4 Umsetzung von Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung von eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung	ab 2010	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 80% der Zivil- und Strafprozesse sind unter Berücksichtigung der Qualität innert 6 Monaten erledigt	P	77.9	>/=80%	>/=80%	>/=80%	>/=80%	>/=80%
W2 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	11'520'385	12'500'000	12'500'000	12'500'000	12'500'000	12'500'000
W3 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	9'630'887	10'000'000	11'000'000	11'000'000	11'000'000	11'000'000
W4 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	1'164'596	1'075'000	1'365'000	1'365'000	1'365'000	1'365'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Summarische Verfahren	P	33'809	35'498	35'210	35'210	35'210	35'210
L2 Zivilprozesse	P	10'324	10'643	10'745	10'745	10'745	10'745
L3 Strafprozesse	P	3'406	3'545	3'513	3'513	3'513	3'513
L4 Haftrichtersachen	P	3'469	3'949	3'833	3'833	3'833	3'833
L5 Mietschlichtungen	P	5'390	5'200	4'502	4'502	4'502	4'502
L6 Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	P	77'772	80'778	80'127	80'127	80'127	80'127
L7 Anzahl Eingänge	P	78'292	80'708	80'127	80'127	80'127	80'127
L8 Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	11'745	12'712	</=12'000	</=12'000	</=12'000	</=12'000
L9 Verhältnis Erledigungen : Eingänge	P	0.99 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L10 Verhältnis Auditoren : jur. Sekretäre	P	0.7 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	1'224	1'227	1'250	1'270	1'303	1'322

Leistungsgruppe 9040	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-100.128
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.600

Budget	Leistungsgruppe 9040
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- E1: Einen Schwerpunkt der Personalförderungsmassnahmen wird eine Mitarbeiterbefragung im ersten Semester 2008 bilden. Im Übrigen wird die stufengerechte Aus- und Weiterbildung weiterhin gefördert.
- E2: Aufgrund der Regionalisierung durch die Staatsanwaltschaften stehen den Bezirksgerichten Liegenschaften zur alleinigen Nutzung zur Verfügung. Es ist zu prüfen, ob im Laufe der Planperiode eine entsprechende Umgliederung von solchen Liegenschaften vom Hochbauamt zu den Bezirksgerichten zu vollziehen sein wird.
- E3: Die geplante Einführung des CRG sowie der Rechnungslegungsstandards in Anlehnung an IPSAS wurde vom Regierungsrat im Dezember 2006 auf Anfang 2009 verschoben. Das CRG, welchem auch die Rechtspflege unterstellt ist, verlangt die Führung einer Kosten-Leistungsrechnung (Entwicklung KLR). Im Weiteren werden die Mechanismen im Personal-Controlling weiterentwickelt.
- E4: Rechtzeitige Planung der notwendigen organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der Änderungen der eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung im Jahre 2011. Die Folgen dieser Änderungen auf die kantonalzürcherische Gerichtsbarkeit kurz zusammengefasst: Abschaffung Geschworenen- und Kassationsgericht, Verschiebung von Zuständigkeiten von und an Bezirksgerichte, ev. Schaffung eines Kriminalgerichts.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Personalaufwand steigt gegenüber dem Budget 2007 um ca. 0.6 Mio. Unter Berücksichtigung der Lohnentwicklung gemäss Vorgaben des Regierungsrates liegt die Eingabe um rund 1.5 Mio. unter der möglichen Erhöhung. Die Auslagen für unentgeltliche Rechtsbeistände werden gemäss Hochrechnung 2007 zunehmen. Die Erhöhung des Anwaltsgebührentarifs (per 1.1.2007) dürfte die Honorare im Jahre 2008 noch einmal ansteigen lassen. Die Verschlechterung beträgt hier ca. 1.3 Mio. Eine weitere Aufwandsteigerung wird durch Planungskosten für Bülach und Zürich (0.4 Mio.) sowie höhere kalkulatorische Mieten (0.2 Mio.) verursacht.
- Durch die Pauschalierung der Gerichtsgebühren wird mit einer Steigerung der Gebührenerträge um ca. 0.9 Mio. gerechnet.

**Investitionsrechnung**

- Die eingestellten Beträge erfolgen in Absprache mit dem Hochbauamt und betreffen hauptsächlich den Umbau des Bezirksgerichts Winterthur.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Für den Beschäftigungsumfang bei der Leistungsgruppe 9040 sind die bewilligten Stellenpunkte massgebend.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aufwand und Ertrag werden für die Planjahre 2009-2011 gemäss den Vorgaben des Regierungsrates weitergeschrieben. Ab 2009 nimmt das Bezirksgericht Dietikon seinen Betrieb vollumfänglich auf. Die Planung dieser Organisationseinheit erfolgt auf der Basis des Bezirksgerichtes Hinwil. Die Budgetbeträge der relevanten Kostenarten wurden bei der Planung des Bezirksgerichtes Zürich berücksichtigt (Reduktion).
- Auf der Ertragsseite fällt ab 2010 die Rückerstattung von Planungs- und Projektierungskosten weg.

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionsplanung der Bezirksgerichte wird in den Jahren 2009-2011 vom Um- und Erweiterungsbau in Bülach geprägt (2009: 2 Mio., 2010: 4.5 Mio. und 2011: 4.5 Mio.). Die Realisierung dieses Projektes verzögerte sich zuletzt wegen hängiger Einsprachen in der Planungsphase.
- Für die 2. Tranche des Umbauprojektes in Winterthur werden 1.1 Mio. in den KEF eingestellt (2009).
- Die Garagensanierung Wenigstr. 30 (BG Zürich) wurde ins Jahr 2009 verschoben (Sanierungskredit 1.5 Mio.).

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahres-KEF ist im wesentlichen auf die Erhöhung der Personalkosten (3 Mio.) zurückzuführen. Hier wirken sich einerseits die veränderten Planungsvorgaben aus und andererseits bedingt die Komplexität der Geschäftsfälle weiterhin den vermehrten Einsatz von Ersatzrichtern und juristischem Personal.
- Hingegen wird die Ertragsseite für die Planperiode optimistischer prognostiziert.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	109.4	102.5	6.4	110.4	6.4	112.1	6.5	113.7	115.5	5.5
Aufwand	-66.4	-67.1	-0.8	-68.7	-0.7	-69.1	-0.0	-69.9	-71.2	7.2
Saldo	43.0	35.4	5.6	41.7	5.8	43.0	6.5	43.9	44.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-3.7	-5.7	-0.1	-3.6	0.3	-2.2	0.3	-2.2	-2.3	-3.3
Nettoinvestitionen	-3.7	-5.7	-0.1	-3.6	0.3	-2.2	0.3	-2.2	-2.3	-3.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	423.2	483.0	-66.0	417.0	-66.0	417.0	-66.0	417.0	417.0	

**Aufgaben**

- A1 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.
- A2 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.
- A3 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte	laufend	0
E2 Aufnahme der Grundstückbeschriebe in das EDV-System	2008	0
E3 Einführung des EDV-Grundbuchs	2011	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	P	90%	90%	90%	90%	90%	90%
W2 Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres)	P	76%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%
<b>Leistungen</b>							
L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: >80% der als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle innerhalb der gesetzten Standards sind erledigt	P	90%	100%	100%	100%	100%	100%
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mte.	P	70%	80%	80%	80%	80%	80%
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mte.	P	83%	100%	100%	100%	100%	100%
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren	P	0	2	2	2	2	2
L5 Anzahl Beurkundungen	P	51'441	48'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L6 Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	P	65'028	50'000	65'000	65'000	65'000	65'000
L7 Anzahl Konkurserledigungen	P	1'734	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Deckungsgrad	P	165%	153%	155%	155%	155%	155%

Leistungsgruppe 9060	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	41.680
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.600

Budget	Leistungsgruppe 9060
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der Aufgabenbereich der Notariate, Grundbuch- und Konkursämter ist gesetzlich festgelegt. Schwerpunkt in der Entwicklung ist der Beginn der Einführung des EDV-Grundbuchs in der Planungsperiode. In der Planperiode sind grosse Anstrengungen zur Aufnahme der Rechte an den Grundstücken in das EDV-Grundbuch zu unternehmen.

**Indikatoren**

- Die Notariate müssen mit dem zur Verfügung stehenden Personal in der Lage sein, die Kundenwünsche zeitgerecht und mit hoher Qualität zu erfüllen.

**Sonstige Bemerkungen**

- Der Förderung der Grundbucheinführungsverfahren und der Meliorationsverfahren ist besondere Bedeutung beizumessen.
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Aufwandseitig fallen die die baulichen Anpassungen zur Aufbewahrung von Testamenten sowie Mieten in nichtkantonalen Liegenschaften negativ ins Gewicht (0.7 Mio). Der vorzeitige Ersatz von Hardware führt zu höheren Abschreibungen von 0.5 Mio. Hingegen führen der Wegfall von Wartungsverträgen sowie günstigere EDV-Verbindungen unter den Notariaten zu Minderaufwand (0.9 Mio).
- Die Zunahme der Geschäftslast wird Mehreinnahmen von rund 8 Mio. generieren.

**Investitionsrechnung**

- Reduktion der Investitionen im Bereich der Amtsräume (1.7 Mio.) sowie tiefere Ausgaben bei den Informatikinvestitionen.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Der Beschäftigungsumfang bleibt unverändert. Es werden nach wie vor ca. 30 Lernende pro Lehrjahr ausgebildet. Da die reorganisierte KV-Lehre immer anspruchsvoller wird und immer weniger Zeit für die praktische Vertiefung der Berufskennntnisse bleibt, werden die Absolventen der Lehrabschlussprüfungen während eines Jahres weiterbeschäftigt.

**Indikatoren**

- Die Kundenzufriedenheit soll durch periodische Umfragen in einzelnen Segmenten erhoben werden.
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Planung erfolgt gemäss den Vorgaben.

**Investitionsrechnung**

- Rückgang der Investitionen in EDV-Applikationen.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Gegensatz zur letztjährigen KEF-Planung wird aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mit einem Rückgang auf der Ertragsseite gerechnet.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Gegenüber dem Vorjahres-KEF sind die Lehrstellen nicht mehr im Beschäftigungsumfang enthalten (Weisung der Finanzverwaltung S. 6 oben)

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.6	0.6	0.1	0.6	-0.0	0.6	-0.0	0.6	0.6	-3.2
Aufwand	-4.7	-5.2	-0.0	-4.7	0.0	-4.7	0.1	-4.7	-4.8	3.8
Saldo	-4.0	-4.5	0.0	-4.1	0.0	-4.1	0.1	-4.1	-4.2	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	15.9	15.4	-0.1	14.0	-0.1	14.0	-0.1	14.0	14.0
---------------------------------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

**Aufgaben**

A1 Beurteilung von Nichtigkeitsbeschwerden gegen Entscheide des Obergerichtes, des Geschworenengerichtes, des Handelsgerichtes, des obergerichtlichen- und des handelsgerichtlichen Einzelrichter. Grundlagen: Insbesondere GVG, ZPO StPO

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Tiefe Pendenzenzahl	laufend	0
E2 Verfahrensdauer gemäss Indikator Wirkung		0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anteil der erledigten Geschäfte innert 6 Monaten	P	46%	55%	46%	46%	46%	46%
W2 Anteil der erledigten Geschäfte, welche mehr als 1 Jahr beanspruchen	P	3%	12%	3%	3%	3%	3%
W3 Zahlungen des Staates an amtliche Verteidigungen in CHF	P	291'225	150'000	189'000	188'000	191'000	184'000
W4 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	40'269	68'500	66'000	60'200	61'200	62'000
W5 Zahlungen des Staates an Entschädigungen an Parteien in CHF	P	20'773	31'500	34'000	31'150	31'520	32'100
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Erledigungen	P	297	250	250	225	225	225
L2 Anzahl Eingänge	P	242	225	225	225	225	225
L3 Anzahl Pendenzen Ende Jahr	P	93	58	81	81	81	81
L4 Verhältnis Erledigungen / Eingänge laufendes Jahr (EQ I)	P	0.64	0.74	0.65	0.65	0.65	0.65
L5 Verhältnis Erledigungen / Eingänge Vorjahre (EQ II)	P	0.95	1.0	0.97	0.96	0.96	0.96
L6 Verhältnis Erledigungen / Eingänge Total (EQ III)	P	1.23	1.11	1.11	1.0	1.0	1.0
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	13'572	18'072	16'224	18'165	18'316	18'790

**Leistungsgruppe 9061 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.056  
 Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 9061**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
 können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- 
- Gemäss dem Kantonsratsbeschluss vom 16. April 2007 wurde die Zahl der Richter am Kassationsgericht ab dem 1. Juli 2007 auf 10 Richter und 6 Ersatzrichter festgesetzt, wobei der Präsident ein Pensum von 59%, der Vizepräsident ein solches von 29% und die ordentlichen Mitglieder ein solches von je 25% innehaben. Dies entspricht einem Rückgang von einer Vollstelle (von 3,88 Stellenprozenten auf 2,88 Stellenprozente) gegenüber dem Voranschlag 2007.

**Indikatoren**

- Zu W1 und W2: Es wird mit weniger Pendenzen als im Jahr 2006, jedoch mit mehr als im Jahr 2007 gerechnet. Bei tieferer Pendenzenzahl (gegenüber 2006) müsste sich eigentlich der Anteil der in sechs Monaten erledigten Geschäfte (W1) erhöhen bzw. der Anteil der 'überjährigen' Fälle (W2) verringern, jedoch wird im Jahr 2008 mit durchschnittlich gewichtigen Fällen gerechnet, während im Jahr 2006 viele eher kleinere bzw. weniger gewichtige Fälle zu behandeln waren. Diese gegenläufigen Tendenzen gleichen sich in etwa aus.

**Sonstige Bemerkungen**

- Zu L3 ab 2008: Pendenzen ab 31.12.2007: gemäss dem gedruckten Voranschlag: 58, gemäss Hochrechnung auf Grund der Zahlen bis 31.03.2007: 106. Die weiteren Pendenzenberechnungen (2009 bis 2011) basieren auf der Annahme, dass Ende 2007 106 Verfahren pendent sein werden.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Tieferer Saldo im Jahr 2008 als im VA07 wegen Stellenabbau: betreffend Richterstellen vgl. allgemeine Bemerkungen; bei den juristischen Sekretären wurde zudem von 9,2 Stellen für das Jahr 2007 auf 8,6 Stellen für das Jahr 2008 reduziert.
- Ab 1.4.2008 soll zudem die Mietfläche reduziert werden, da der Bedarf zufolge des (früheren) Stellenabbaus gesunken ist.
- Schliesslich wird mit einer besseren Zahlungsfähigkeit der Debitoren gerechnet, da sich der Anteil der Straffälle an den gesamten Erledigungen verringert hat.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- vgl. die Bemerkungen oben zur Erfolgsrechnung

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Indikatoren**

- Anstieg der Kosten pro Fall für die Jahre 2009 bis 2011: Teuerung, Beförderungen, Stufenanstieg, Fixkosten fallen bei kleineren Erledigungszahlen stärker ins Gewicht

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Abnahme der Mietfläche führt auch in den Folgejahren zu tieferen Mietzinsen. Dadurch und weil der allfällige Rückbau von früheren Mietflächen einmalig ist, reduziert sich auch der Unterhalt der Mietliegenschaft.
- Zufolge der tieferen Erledigungszahl in den Jahren 2009 bis 2011 gehen voraussichtlich auch die Abschreibungen der Debitoren zurück.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	0.0	-3.2
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	15.1
Saldo	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	

**Investitionen (in Mio. Fr.)**

Ø (06 -11 )

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

**Aufgaben**

A1 Erledigung von Meliorationsstreitigkeiten im Kanton Zürich

**Entwicklungsschwerpunkte**

Direktions-  
bis  
ziel Nr.

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen**

**Leistungen**

**Wirtschaftlichkeit**

Leistungsgruppe 9062	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.010
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 9062
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Indikatoren**

- Das Landwirtschaftsgericht behandelt jährlich zwischen 1 und 5 Verfahren. Leistungsindikatoren sind - mit Ausnahme der Verfahrensdauer - wenig aussagekräftig, weshalb auf solche verzichtet wird.

**Sonstige Bemerkungen**

- Aufgrund der geringen finanziellen Mittel (Aufwand / Ertrag < CHF 20'000) wird auf Bemerkungen verzichtet.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	2.0	1.9	0.0	1.9	0.3	2.2	0.3	2.2	2.2	5.4
Aufwand	-6.8	-7.2	-0.0	-7.2	-0.4	-7.7	-0.4	-7.8	-7.9	15.4
Saldo	-4.8	-5.3	-0.0	-5.3	-0.1	-5.5	-0.1	-5.6	-5.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	-0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	26.0	24.8	5.2	30.0	5.2	30.0	5.2	30.0	30.0	

**Aufgaben**

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959, revidierte Fassung vom 8. Juni 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln.
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen.
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959, revidierte Fassung vom 8. Juni 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Bewältigung der künftig zu erwartenden höheren Geschäftslast unter Erhöhung des Budgets nur im Umfang der angenommenen Teuerung und der dem Gericht neu überbundenen Aufgaben.	2011	0
E2 Bewältigung der künftig zu erwartenden höheren Geschäftslast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität.	2011	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse nach maximal 6 Monaten	P	694	640	640	760	760	760
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse nach über 12 Monaten	P	13	40	40	50	50	50
W3 Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	81%	80%	80%	80%	80%	80%
W4 Anteil Erledigungen innert 12 Monaten	P	16%	14%	15%	15%	15%	15%
W5 Anteil Erledigungen über 12 Monate	P	3%	5%	5%	5%	5%	5%
W6 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	17'735	30'000	30'000	35'000	35'000	35'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	749	800	800	950	950	950
L2 Anzahl Eingänge		732	800	800	950	950	950
L3 Anzahl Pendenzen		236	255	255	255	255	255
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 durchschnittl. Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	6'411	6'629	6'679	5'796	5'922	6'056

**Leistungsgruppe 9063 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-5.344
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.100

**Budget Leistungsgruppe 9063**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Im Hinblick auf die Zunahme der Geschäftslast infolge der Rechtsweggarantie wird mit einer Erhöhung der Personalkosten gerechnet.

**Investitionsrechnung**

- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Hinblick auf die Erhöhung des Personalbestandes.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Erhöhung des Personalbestandes auf Herbst 2008 im Hinblick auf die Zunahme der Geschäftslast ab 1.1.2009 (Rechtsweggarantie)
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Erhöhung des Personalbestandes je nach Zunahme der Geschäftslast infolge der Rechtsweggarantie.

**Investitionsrechnung**

- Je nach Zunahme der Geschäftslast Schaffung weiterer Arbeitsplätze.
- 

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Berücksichtigung der Auswirkungen der Rechtsweggarantie.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	0.3	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	28.7
Aufwand	-11.6	-12.2	-0.3	-12.6	-0.4	-12.7	-0.2	-12.9	-13.0	12.8
Saldo	-11.3	-12.1	-0.0	-12.2	-0.1	-12.3	0.0	-12.5	-12.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen										0.0
Ausgaben	-0.1	0.0	-0.3	-0.3						-0.1
Nettoinvestitionen	-0.1	0.0	-0.3	-0.3						-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	62.5	61.3	0.0	61.3	0.0	61.3	0.0	61.3	61.3	

**Aufgaben**

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze).

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Zahl der Pendenzen bleibt in etwa auf dem heutigen Stand	2008	0
E2 Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt ca. 35%	2011	0
E3 Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 35 %	2011	0

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	33%	35%	35%	35%	35%	35%
W2 Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen nach über 1 Jahr	P	33%	20%	35%	35%	35%	35%
W3 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	324'096	250'000	330'000	330'000	330'000	330'000
W4 Zahlungen des Staates an Parteien	P	5'302	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Erledigungen	P	2'696	2'800	3'000	3'000	3'000	3'000
L2 Anzahl Eingänge	P	2'725	2'800	3'200	3'200	3'200	3'200
L3 Anzahl Pendenzen	P	2'268	2'441	2'641	2'841	3'041	3'241
L4 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	P	0.99	1.00	0.94	0.94	0.94	0.94
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	4'191	4'320	4'072	4'117	4'175	4'235

Leistungsgruppe 9064	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-12.217
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.300

Budget	Leistungsgruppe 9064
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

Allgemeine Bemerkungen

---

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---





## **Finanzielle Entwicklung der Unselbstständigen und Selbstständigen staatlichen Anstalten**

Die finanzielle Entwicklung der Unselbstständigen staatlichen Anstalten umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

**9100 Beamtenversicherungskasse**

**9200 Arbeitslosenkasse**

**9300 Zürcher Verkehrsverbund**

Die finanzielle Entwicklung der Selbstständigen staatlichen Anstalten umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

**9510 Universitätsspital Zürich**

**9520 Kantonsspital Winterthur**

**9600 Universität**

**9700 Zürcher Fachhochschule (neu drei staatliche Teilschulen):**

- 9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften
- 9720 Zürcher Hochschule der Künste
- 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	<b>R 06</b>	<b>B 07</b>	<b>B 08</b>
<b>A Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen</b>			
Beiträge Arbeitnehmer	326.9	325.3	330.6
Beiträge Arbeitgeber	492.0	494.8	494.1
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	64.2	41.0	51.0
Einlagen in die kollektiven Reserven	6.4	0.0	0.0
Zuschüsse Sicherheitsfonds	0.0	0.0	0.0
<b>Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen</b>	<b>889.5</b>	<b>861.1</b>	<b>875.7</b>
<b>B Eintrittsleistungen</b>			
Freizügigkeitseinlagen	411.7	320.0	400.0
Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	7.7	7.0	7.0
<b>Total Eintrittsleistungen</b>	<b>419.3</b>	<b>327.0</b>	<b>407.0</b>
<b>C (A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen</b>	<b>1'308.8</b>	<b>1'188.1</b>	<b>1'282.7</b>
<b>D Reglementarische Leistungen</b>			
Altersrenten	-585.4	-577.0	-612.0
Hinterlassenenrenten	-76.2	-72.5	-80.5
Invalidenrenten	-63.7	-64.2	-64.2
Übrige reglementarische Leistungen	-5.2	-4.0	-6.0
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-42.4	-23.0	-41.0
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-2.1	-2.0	-3.0
<b>Total Reglementarische Leistungen</b>	<b>-774.9</b>	<b>-742.7</b>	<b>-806.7</b>
<b>E Austrittsleistungen</b>			
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-321.3	-300.0	-350.0
Vorbezüge WEF / Scheidung	-63.8	-70.0	-70.0
<b>Total Austrittsleistungen</b>	<b>-385.1</b>	<b>-370.0</b>	<b>-420.0</b>
<b>F (D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge</b>	<b>-1'160.0</b>	<b>-1'112.7</b>	<b>-1'226.7</b>
<b>G Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven</b>			
Auflösung und Bildung Vorsorgekapital Aktive Versicherte	-76.3	-116.0	-20.0
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Rentner	-383.6	-389.8	-417.0
Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	-79.8	0.0	-100.0
Verzinsung des Sparkapitals	-269.7	-270.2	-312.7
<b>Total Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven</b>	<b>-809.4</b>	<b>-776.0</b>	<b>-849.7</b>
<b>H Versicherungsaufwand</b>			
Beiträge an Sicherheitsfonds	-6.5	-7.0	-7.0
<b>Total Versicherungsaufwand</b>	<b>-6.5</b>	<b>-7.0</b>	<b>-7.0</b>
<b>I (C+F+G+H) Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil</b>	<b>-667.1</b>	<b>-707.6</b>	<b>-800.7</b>

	R 06	B 07	B 08
<b>J Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage</b>			
Ertrag Flüssige Mittel	1.8	1.5	1.5
Ertrag Forderungen	0.1	0.0	0.0
Ertrag Anlagen beim Staat	2.1	0.0	1.2
Ertrag Darlehen an Dritte	2.8	1.0	0.0
Ertrag Geld- und Geldmarktanlagen	46.0	27.0	65.0
Nettoerfolg Obligationen	96.6	135.0	150.0
Nettoerfolg Wandel- und Optionsanleihen	76.6	55.0	70.0
Nettoerfolg Devisentermingeschäfte	2.7	0.0	0.0
Nettoerfolg Aktien und ähnliche Wertschriften	986.8	380.0	495.0
Nettoerfolg Alternative Anlagen	5.6	70.0	15.0
Ertrag Hypotheken	23.2	30.0	30.0
Ertrag Direkte Immobilienanlagen	225.2	199.5	200.0
Ertrag Indirekte Immobilienanlagen	32.5	0.0	3.5
Übriger Anlageertrag	6.6	1.0	5.0
Aufwand Asset Management	-36.4	-31.3	-39.5
Aufwand Real Estate Management	-0.6	0.0	-1.4
Aufwand Facility Management	-31.4	-48.1	-46.6
Aufwand Hypothekerverwaltung	-0.5	-0.5	-0.7
<b>Total Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage</b>	<b>1'439.6</b>	<b>820.1</b>	<b>947.9</b>
<b>K Sonstiger Ertrag</b>			
Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	0.2	0.2	0.2
Übriger Ertrag	0.0	0.0	0.0
<b>Total Sonstiger Ertrag</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>
<b>L Total Sonstiger Aufwand</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>M Aufwand Versichertenverwaltung</b>	<b>-7.2</b>	<b>-9.2</b>	<b>-8.9</b>
<b>N (+J+K+L+M) Ertragsüberschuss vor Bildung/Auflösung Wertschwankungsreserven</b>	<b>765.4</b>	<b>103.5</b>	<b>138.5</b>
<b>O Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserve</b>	<b>-297.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Z (N+O) Ertragsüberschuss</b>	<b>467.9</b>	<b>103.5</b>	<b>138.5</b>

## Allgemeine Bemerkungen

Die Betriebsrechnung wurde im Vergleich zur Rechnung 2006 leicht geändert. Das Budget wurde mit dieser Darstellung gemacht und die Rechnung 2006 sowie das Budget 2007 rückwirkend angepasst.

### G Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven

Diese Positionen wurden der Bilanz angepasst.

### J Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage

Eine Änderung betrifft die Konti „Ertrag Forderungen“ und „Verzinsung des Sparkapitals“. Der Zinsertrag auf offenen Ratenzahlungen in der Grössenordnung von 1.1 Mio. Franken wurde in der Rechnung 2006 unter dem „Ertrag Forderungen“ geführt. Da dieser Ertrag aber einen engen Zusammenhang mit der Bildung des Sparguthabens hat, ist es sachgerechter, ihn im Konto „Auflösung/Bildung Sparguthaben: Verzinsung des Sparkapitals“ zu führen.

Die folgenden Positionen wurden mit der Gliederung der Bilanz in Übereinstimmung gebracht:

\* Vom „Ertrag Flüssige Mittel“ wurden 8.4 Mio. Franken in den „Ertrag Geld- und Geldmarktanlagen“ überführt.

\* Vom „Ertrag Darlehen an Dritte“ wurden 2.6 Mio. Franken in den Ertrag „Kontokorrente beim Staat“ überführt.

Die Gliederung der Position „Nettoergebnis aus Vermögensanlage“ wurde leicht geändert. Bisher wurde in Nachachtung des Rechnungslegungsstandards GAAP FER 26 der Erfolg aus Vermögensanlage vor Kosten und in einer Sammelposition der Aufwand der Vermögensverwaltung dargestellt (Bruttoprinzip). Eine Ausnahme bildete der Ertrag aus direkten Immobilienanlagen, der nach Kosten ausgewiesen wurde (Nettoprinzip). Im Interesse einer einheitlichen Darstellung aller Vermögensanlagen und einer grösseren Transparenz werden neu alle Erträge vor Kosten dargestellt, auch der Ertrag aus direkten Immobilienanlagen (Bruttoprinzip). Im Gegenzug werden die Kosten der Vermögensverwaltung, differenziert nach den Kosten des Asset Managements, des Real Estate Managements (strategische Immobilienbewirtschaftung), des Facility Managements (operative Liegenschaftenverwaltung) und der Hypothekerverwaltung, separat dargestellt.

### M Aufwand Versichertenverwaltung

Gewisse Aufwände wurden wie oben erwähnt auf die jeweiligen Abteilungen überwält.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	391.0	369.5	-30.8	338.7	-20.8	348.8	-20.9	358.9	369.1	-5.6
Aufwand	-390.3	-369.5	30.8	-338.7	20.8	-348.8	20.9	-358.9	-369.1	-5.4
Saldo	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11)
Einnahmen	0.0	0.0	0.0		0.0		0.0			0.0
Ausgaben	0.0	0.0	0.0		0.0		0.0			0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0		0.0		0.0			0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	72.2	73.6	-5.6	68.0	-5.6	68.0	-5.6	68.0	68.0	

**Aufgaben**

A1

**Entwicklungsschwerpunkte**

E1 Mehr Nähe zu den Kunden bis 2010 | Direktionsziel Nr. 0

**Indikatoren**

Art R 06 B 07 P 08 P 09 P 10 P 11

**Wirkungen****Leistungen**

Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
L1 Anzahl Abrechnung Arbeitslosenentschädigung	124 175	100 000 -120 000	95 000 -115 000	95 000 -115 000	95 000 -115 000	95 000 -115 000

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen max. 2.3% 2.6% 2.6% 2.6% 2.6% 2.5%

**Leistungsgruppe 9200 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

**Budget Leistungsgruppe 9200**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Temporär entsteht in der Rechnung ein Saldo, da der Zahlungseingang (Rückvergütung des Aufwands ALK) des Bundes nicht zum gleichen Zeitpunkt wie der Jahresabschluss erfolgt. Dieser Saldo wird zu 100 % ausgeglichen.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	761.4	775.4	5.7	825.8	28.1	895.1	24.2	918.6	972.7	27.7
Aufwand	-752.4	-816.5	-34.5	-854.6	-28.1	-895.1	-24.2	-918.6	-972.7	29.3
Saldo	9.0	-41.1	-28.8	-28.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>	Ø (06 -11)									
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	30.1	31.0	0.0	31.0	0.0	31.0	0.0	31.0	31.0	

**Aufgaben**

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur Leistung: Planung Verkehrsangebot, Tarifstruktur, Controlling Verkehrsunternehmungen, Interessenwahrung Kanton Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die aufgrund der Siedlungs- und Arbeitsplatzentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 20% (Basis 2004) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr wird abgedeckt.	2012	0
E2 Das Angebot wird dort angepasst, wo bereits heute oder in absehbarer Zeit Kapazitätsengpässe auftreten und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.	2012	0
E3 Die Kundenzufriedenheit wird auf dem Niveau von 77 Punkten gehalten.	2012	0
E4 Die Kostenunterdeckung entwickelt sich teuerungsbereinigt im Rahmen der Angebotsanpassungen gemäss den Stossrichtungen.	2012	1
E5 Ziele gestützt auf die Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr 2009 – 2012 (KR 4335a vom 26.2.2007)		1

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Personenkilometer (in Mio.)	P	2554	2610	2674	2741	2809	2880
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	min.	76	76	77	77	77	77
<b>Leistungen</b>							
L1 Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	P	18.531	19.500	19.600	20.300	20.300	20.700
L2 Zugskilometer Tram (in Mio.)	P	10.558	10.750	10.800	11.300	11.300	12.400
L3 Wagenkilometer Bus (in Mio.)	P	40.576	41.600	41.300	44.100	44.200	46.100
L4 Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	P	0.533	0.550	0.550	0.550	0.550	0.550
L5 Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in CHF)		10.44	10.71	11.43	11.74	12.03	12.10
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in CHF)		4.08	4.36	4.75	5.03	5.18	5.09
B2 Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. CHF)		286.5	315.9	343.1	383.2	395.6	415.5

<b>Leistungsgruppe 9300</b>	<b>Budgetentwurf 2008</b>
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-28.765
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	0.000

<b>Budget</b>	<b>Leistungsgruppe 9300</b>
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Vom Ertrag entfällt auf: Beitrag des Kantons (aus LG 5210) an den ZVV (9300) in Mio. CHF: 157.6 (IST 2006), 158.0 (2007), 171.6 (2008), 191.6 (2009), 197.8 (2010), 207.8 (2011)
- Vom Aufwand entfällt auf: Rückerstattungen aus Vorjahren an Kanton und Gemeinden in Mio. Fr: 19.7 (ist 2006), 41.1 (2007), 28.8 (2008)
- Der Saldo ergibt sich durch die Rückerstattung von zuviel eingeforderten Beiträgen von Kanton und Gemeinden aus den Vorjahren sowie durch die Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung des laufenden Jahres.
- Ab 2008 27 Mio. CHF Mehrbelastung durch NFA (je zur Hälfte z.L. Kanton und Gemeinden)
- Nur Personalstellen ZVV-Management-Holding
- Auf 2007 Tarifierhöhung von durchschnittlich 2.8%, auf 2009 weitere Tarifierhöhung von 3% geplant.
- Umsetzung Sanierungsmassnahmen San.185, San.186, San.187: 2006 – 13 Mio. CHF; 2007 – 13 Mio. CHF
- Umsetzung Massnahmenplan MH 06 521010 und 51020: 2006 - 8 Mio. CHF, 2007 – 8.6 Mio. CHF, 2008 – 10.6 Mio. CHF, 2009 – 10.6 Mio. CHF
- Gemeldete Verbesserungen Entlastungsprogramm E08 2008-2010 min. je 6 Mio. CHF

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Mehrbelastung durch den NFA von 27 Mio. CHF, die restliche Aufwandsteigerung wird durch Mehrerträge kompensiert.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Anstieg der Kostenunterdeckung im Einklang mit den Finanzierungsgrundsätzen in KRB 4335a " Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr 2009 – 2012"

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- 2008: Rückerstattung der zuviel eingeforderten Staats- und Gemeindebeiträge 2006 von 28.8 Mio. CHF auf Grund des besseren Rechnungsabschluss

**Indikatoren**

- Ziel B2: Dank der höheren Verkehrserträge liegt die Kostenunterdeckung in Jahren 2008-2010 insgesamt um 30.9 Mio. CHF unter dem KEF Vorjahr.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	662.0	862.4	41.0	910.3	40.8	919.7	32.7	933.5	952.0	43.8
- Staatsbeitrag der Gesundheitsdirektion		230.1		253.6		256.4		263.3	274.8	
Aufwand	-885.3	-862.4	-41.0	-910.3	-40.8	-919.7	-32.7	-933.5	-952.0	7.5
Saldo	-223.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11)									
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-47.8	-33.0	0.0	-33.0	0.0	-33.0	0.0	-37.0	-37.0	-36.8
Nettoinvestitionen	-47.8	-33.0	0.0	-33.0	0.0	-33.0	0.0	-37.0	-37.0	-36.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	4,760.6	4,885.0	-104.0	4,781.0	-100.0	4,785.0	-100.0	4,785.0	4,785.0	

**Aufgaben**

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der sich aus der Verselbständigung ergebenden Veränderungen: Überarbeitung der Strategie	2008	1
E2 Umsetzung der sich aus der Verselbständigung ergebenden Veränderungen: Umsetzung der neuen Führungsstruktur	2008	2
E3 Umsetzung der sich aus der Verselbständigung ergebenden Veränderungen: Erarbeitung eines mittelfristigen Entwicklungs- und Finanzplans, inklusive der Bedarfsermittlung zur Sicherung einer zeitgemässen technologischen und baulichen Infrastruktur.	2008	3
E4 Patientenversorgung: Ausbau einer führenden Stellung bei der Einführung und Anwendung innovativer medizinischer Leistungen.	2008-2011	4
E5 Patientenversorgung: Gewährleistung einer bedarfsgerechten, qualitativ hoch stehenden und wirtschaftlichen Patientenversorgung.	2008-2011	5
E6 Lehre und Forschung: Verbesserung der Leistungsvereinbarung mit der Universität, d.h. verbesserte Leistungsparameter und leistungsgerechtere Abgeltung.	2008	6
E7 Lehre und Forschung: Ausbau einer führenden Stellung bei der Entwicklung und klinischen Erprobung neuer innovativer medizinischer Leistungen.	2008-2011	7
E8 Weiterentwicklung der finanziellen Führungsinstrumente: Leistungsindikatoren, Kostenträgerrechnung, interne Leistungsverrechnung, REKOLE, IPSAS.	2008-2009	8
E9 Vorbereitung der Einführung von SwissDRG	2009-2010	9

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen	max.		4%	4%	4%	4%	4%
W2 Ungeplante Rehospitalisationen innert 30 Tagen	max.	5.1%	5%	5%	5%	5%	5%
<b>Leistungen</b>							
L1 Stationäre Patientenaustritte total (mit gesunden Säuglingen)		33663	31770	33702	34059	34419	34841
L2 - davon Grundversicherte (GV)		26535	24695	26535	26827	27122	27420
L3 - davon Zusatzversicherte (ZV)		7128	7075	7167	7232	7297	7421
L4 Ambulante Taxpunkte in Mio.		140.3	141.0	142.4	143.8	145.3	146.7
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 CMI-bereinigte Kosten je Normfall (Fallschwere bereinigt)		9351					

Leistungsgruppe 9510	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-33.000

Budget	Leistungsgruppe 9510
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

**Allgemeine Bemerkungen**

**Sonstige Bemerkungen**

- Die in obiger Tabelle unter der Rubrik "Personal" ausgewiesene Anzahl Stellen des Rechnungsjahres 2006 entspricht nicht unserer Statistik und sollte wie folgt lauten: 4927.

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Gegenüber dem VA 2007 ergibt sich für das KEF-Jahr 2008 eine Verschlechterung des Saldos der laufenden Rechnung von CHF 38.0 Mio., die wie folgt erklärt werden kann.
- Staatsbeitrag Kanton für 2007..... 230.1
- Verbesserungen:
- Medizinischer Mehrertrag ..... -6.4
- Sparvorgabe 2008 ..... -12.7
- Verschlechterungen:
- Personalkosten: Veränderung für Teuerung, Stufenanstieg, Verselbständigung .... 9.9
- Anpassung Personalkosten, weil in VA07 zu tief budgetiert ..... 4.2
- Mehrkosten Verselbständigung USZ ..... 5.0
- Mehraufwand Arzthonorare ..... 4.3
- Medizinisches Aufwand ..... 9.8
- Höhere Abschreibungen / Zinsen für Anlagen ..... 5.4
- Teuerung Sachkosten ..... 3.4
- Personalfest ..... 0.6
- Staatsbeitrag Kanton 2008 ..... 253.6

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionen für IT, medizinische Geräte und übrige Mobilien sind mit den gleichen Beträgen wie im VA 2007 budgetiert worden.

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

**Erfolgsrechnung**

- Die KEF-Jahre 2009 bis 2011 sind gemäss kantonalen Vorgaben für die Zunahme des Personal- und Sachaufwands budgetiert worden.

**Investitionsrechnung**

- Bei den Investitionen sind in den Planjahren 2010 / 2011 jeweils 4 Mio. mehr eingeplant worden, um den Bedarf an Neuentwicklungen finanzieren zu können.

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

**Erfolgsrechnung**

- Gegenüber dem KEF 2007-2010 ergibt sich für das KEF-Jahr 2008 eine Verschlechterung des Saldos der laufenden Rechnung von CHF 31.6 Mio., die wie folgt erklärt werden kann.
- Staatsbeitrag Kanton für 2008, gemäss KEF Vorjahr .....236.5
- Verbesserungen:
- Medizinischer Mehrertrag ..... -4.2
- Sparvorgabe 2008 ..... -12.7
- Verschlechterungen:
- Personalkosten: Veränderung für Teuerung, Stufenanstieg ..... 9.9
- Mehrkosten Verselbständigung USZ ..... 5.0
- Mehraufwand Arzthonorare ..... 6.3
- Medizinisches Aufwand ..... 6.8
- Höhere Abschreibungen / Zinsen für Anlagen ..... 5.4
- Personalfest ..... 0.6
- Staatsbeitrag Kanton 2008 ..... 253.6

**Investitionsrechnung**

- Die Investitionen für IT, medizinische Geräte und übrige Mobilien sind mit den gleichen Beträgen wie im KEF-Vorjahr budgetiert worden.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	183.2	263.4	20.4	285.3	22.9	290.2	20.5	294.7	299.9	63.7
- Staatsbeitrag der Gesundheitsdirektion		89.1		97.5		100.9		105.2	110.0	
Aufwand	-267.4	-263.4	-20.4	-285.3	-22.9	-290.2	-20.5	-294.7	-299.9	12.1
Saldo	-84.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen		0.0	0.0		0.0		0.0			0.0
Ausgaben	-37.4	-9.4	-4.1	-13.5	-4.1	-13.5	-3.1	-13.5	-13.5	-16.8
Nettoinvestitionen	-37.4	-9.4	-4.1	-13.5	-4.1	-13.5	-3.1	-13.5	-13.5	-16.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,441.4	1,452.0	0.0	1,456.1	0.0	1,470.2	0.0	1,472.7	1,475.2	

**Aufgaben**

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen mittels einer bedarfsgerechten Planung sowie Festlegung der Leistungserbringer und des jeweiligen Leistungsspektrums.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Sanierung Hochhaus	2012	1
E2 Ausbau Koronarangiographie / MRI	2008	2
E3 Elektronische Patientendokumentation (PATIS)	2009	3
E4 Elektronisches Archivsystem	2009	4
E5 Evidenzbasierte Medizin	2008	5
E6 Palliative Care	2008	6
E7 Vorbereitung SWISS-DRG-Abrechnung	2009	7
E8 Umstellung der Kostenträgerrechnung auf REKOLE (Revision der Kostenrechnung und Leistungserfassung)	2009	8
E9 Umsetzung IPSAS (International Public Sector Accounting Standards)	2009	9
E10 Ausbau Kinderklinik	2008	10

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Patientenzufriedenheit		N/a	N/a	N/a	N/a	N/a	N/a
W2 Ungeplante Rehospitalisationen	P	3.8%	3.8%	3.8%	3.8%	3.8%	3.8%
<b>Leistungen</b>							
L1 stationäre Patientenaustritte inkl. gesunde Säuglinge, Total		21229	18543	21275	21501	21730	21993
L2 stationäre Patientenaustritte inkl. gesunde Säuglinge, davon Grundversichert		17266	15126	17310	17500	17693	17888
L3 stationäre Patientenaustritte inkl. gesunde Säuglinge, davon Zusatzversichert		3963	3417	3965	4001	4037	4105
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							

**Leistungsgruppe 9520 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-13.500

**Budget Leistungsgruppe 9520**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR  
können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Hinweis: Finanzierung (ER und Investitionsrechnung): Rechnungsjahr 2006 in LG 6300 und LG 9520 ausgewiesen.

**Indikatoren**

- (L) Leistungszahlen: stationäre Patientenaustritte GB 2007 sind ohne VKL-Patienten (rund 1'900 je Jahr).

**Sonstige Bemerkungen**

- Kennzahl "Personal (Beschäftigungsumfang)" beinhaltet durchschnittlicher Personalbestand ohne Personal in Ausbildung, ohne Personal in Nebenbetrieben.// RE 2006 gemäss KORE-ADMIN 2006 = 1'382.0, RE 2005 gemäss KORE-ADMIN 2005 = 1359.1
- 

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- in Mio. Fr.

21.9 Veränderung Aufwand  
 -13.5 Veränderung Ertrag  
 -8.4 Veränderung Staatsbeitrag

- Veränderungen detailliert:

1.6 Veränderung Anlagenutzung  
 4.2 Veränderung Personalkosten gemäss RRB (Teuerung, Beförderungen, Stufenanstieg gem. RRB)  
 1.2 Sachteuerung gemäss RRB  
 1.0 Kosten aus Verselbständigung  
 5.1 Personalkosten: Kapazitäts- und Leistungserweiterung, Stellen mit resultierendem Mehrertrag von insgesamt 14.8 Mio. Fr.  
 8.8 direkte Kosten: Kapazitäts- und Leistungserweiterung, mit resultierendem Mehrertrag von insgesamt 14.8 Mio. Fr.

-13.5 Mehrertrag durch Kapazitäts- und Leistungserweiterung in verschiedenen Bereichen

**Investitionsrechnung**

- Ausserordentliche Anschaffungen im Bereich Informatik: elektronische Patientendokumentation, elektronisches Archivsystem
- Ausserordentliche Anschaffungen im Bereich Medizintechnik: 3D Röntgen C-Bogen, Navigationssystem für OP-Neurochirurgie, Restzahlung 2. MRI-Gerät

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- Benötigtes Personal für Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.

**Indikatoren**

- stationäre Patientenaustritte VA 2008: GV: +1% zu RE 2006 ausser Chirurgie, Urologie, Augenklinik
  - stationäre Patientenaustritte VA 2008: HP: +3% zu RE 2006 ausser Medizin, Chirurgie, Urologie, Augenklinik
  - stationäre Patientenaustritte VA 2008: PR: analog RE 2006 ausser Chirurgie, Urologie, Augenklinik
- 

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- KEF 09 zu VA 08:

4.9 Veränderung Aufwand  
 -1.5 Veränderung Ertrag  
 -3.4 Veränderung Staatsbeitrag

- Details:

2.1 Veränderung Personalkosten gemäss RRB  
 1.2 Veränderung Sachteuerung gemäss RRB  
 1.5 benötigter Personalausbau mit entsprechenden Mehrerträgen  
 -1.5 Mehrertrag durch Personalausbau

- KEF 10 zu KEF 09

4.6 Veränderung Aufwand  
 -0.3 Veränderung Ertrag  
 -4.3 Veränderung Staatsbeitrag

- Details:

2.9 Veränderung Personalkosten gemäss RRB  
 1.2 Veränderung Sachteuerung gemäss RRB  
 0.2 Diverses

- KEF 11 zu KEF 10

5.1 Veränderung Aufwand  
 -0.3 Veränderung Ertrag  
 -4.8 Veränderung Staatsbeitrag

- Details:

3.0 Veränderung Personalkosten gemäss RRB  
 1.2 Sachteuerung gemäss RRB  
 0.6 Diverses

**Investitionsrechnung**

- Steigerung vor allem bei Konto 5062 0000, Medizinische Geräte: Nachholbedarf und Anschaffungen Ersatz Linearbeschleuniger LINAC, Computertomograph, Gamma-Kamera, zwei Röntgenanlagen, OP-Tische, PET-CT.

**Personal (Beschäftigungsumfang)**

- KEF 09 zu VA 08: +14.1 Stellen: benötigtes Personal für Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich mit resultierenden Mehrerträgen.
- KEF 10 zu KEF 09: +2.5 Stellen: Kapazitätssteigerung der Radio-Onkologie mit entsprechenden Mehrerträgen.

- KEF 11 zu KEF 10: +2.5 Stellen: Kapazitätssteigerung der Radio-Onkologie und Einführung Stereotaxie mit entsprechendem Mehrertrag.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Aufwand:
  - +2.7 Veränderung Lohnsummenparameter gegenüber KEF Vorjahr (Teuerung, Beförderungen, Stufenanstieg gemäss RRB)
  - +2.1 Veränderung Anlagenutzung
  - +7.3 Ausbau diverser Kliniken im 2006 und 2007 (Stellen, Heilmittel, Medizinischer Bedarf, Honoraraufwand)
  - +4.1 Ausbau diverser Kliniken im 2008 (Stellen, Heilmittel, Medizinischer Bedarf, Honoraraufwand)
- +2.4 Diverses
  - Ertrag:
    - 1.2 Mehrertrag Gemeindefussbeitrag
    - 7.3 Ertragssteigerung aus Mehrleistungen Kliniken 2006 und 2007
    - 4.1 Ertragssteigerung aus Mehrleistungen Kliniken 2008
    - 1.5 Minderertrag Tarifanpassungen
  - +7.5 = Total VA 2008 zu KEF 2008 Vorjahr
    - zusätzlich ab 2009:
      - +1.1 Veränderung Lohnsummenparameter gegenüber KEF 2009 Vorjahr
  - +0.1 Diverses
  - +8.7 = Total KEF 2009 aktuell zu KEF 2009 Vorjahr
    - zusätzlich ab 2010:
      - 2.4 Veränderung Lohnsummenparameter gegenüber KEF 2010 Vorjahr
  - +0.1 Diverses
  - +6.4 = Total KEF 2010 aktuell zu KEF 2010 Vorjahr

### Investitionsrechnung

- +4.1 Erhöhung des Investitionsbedarfs medizinische Geräte von Fr. 9.4 Mio auf Fr. 13.5 Mio.

### Personal (Beschäftigungsumfang)

- Keine Veränderung des im 2006 geplanten Personalausbaus 2008-2010.



**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	797.5	812.9	13.0	848.9	28.6	868.4	30.1	888.9	909.9	14.1
- Beiträge Bund				110.4		112.9		112.9	112.9	
- Konkordatseinnahmen IUV				120.5		121.5		122.5	123.5	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion				505.5		527.0		546.0	565.3	
Aufwand	-797.5	-812.9	-13.0	-848.9	-28.6	-868.4	-30.1	-888.9	-909.9	14.1
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 - 11)									
Einnahmen	4.8	2.0	0.0	2.5	0.0	2.5	0.0	2.5	2.5	2.8
Ausgaben	-33.7	-30.3	-1.1	-31.6	-1.0	-32.0	-1.0	-32.4	-33.0	-32.2
Nettoinvestitionen	-28.9	-28.3	-1.1	-29.1	-1.0	-29.5	-1.0	-29.9	-30.5	-29.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	0.0	3,500.0	90.0	3,600.0	148.0	3,668.0	172.0	3,702.0	3,724.0	

**Aufgaben**

A1 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, Lehre und weitere Leistungen auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Stärkung der nationalen und internationalen Kooperation, Schaffung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten, Gleichstellung der Geschlechter, Pflege der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren	2011	1
E2 Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte	2011	1
E3 Weitere Erhöhung der Drittmittel	2011	4
E4 Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den stark nachgefragten Fächern	2011	3
E5 Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning)	2011	3
E6 Einführung der gestuften Studiengänge und des Kreditpunktesystems gemäss Bologna-Deklaration in der Medizin und der Veterinärmedizin	2007	3
E7 Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe	2011	3
E8 Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.	2011	4
E9 Saldoneutrale Etablierung der Hausarztmedizin als gleichwertigen Fachbereich an der Medizinischen Fakultät	2008	0
E10 Erstellung und Umsetzung einer Immobilienstrategie	2025	0

**Indikatoren**

Wirkungen	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
W1 Anzahl laufende Evaluationen	P	35	29	29	28	28	28
W2 Anzahl laufende SNF-Projekte (Stichtag 1.7.)	P	369	n.q.	355	360	365	370
W3 Anzahl laufende EU-Projekte	P	93	n.q.	124	150	170	200
W4 Anzahl Erstabschlüsse	P	1'966	1'750	2'000	2'200	2'500	2'700
W5 Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin	P	321	300	300	300	300	300
W6 Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss	P	91%	-	91%	-	91%	-
W7 Höhe der ausgegebenen Drittmittel (in Mio. Fr.)	P	185	178	195	200	205	211
W8 Durch Drittmittel finanzierte Stellen (Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	1'107	1'150	1'140	1'165	1'190	1'215

**Leistungen**

L1 Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin)	P	362	390	400	410	420	430
L2 Anzahl Habilitationen	P	56	75	70	70	70	70
L3 Anzahl Studierende (inkl. Doktorierende und MAS-Studierende)	P	23'910	24'200	24'460	24'690	25'040	25'340
L4 Anzahl Professuren (in Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	445	458	486	497	506	512
L5 Anzahl Mittelbaustellen (in Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	1'568	1'596	1'620	1'674	1'691	1'703
L6 Hauptnutzflächen in m2	P	302'376	306'000	304'000	308'000	309'000	309'000
L7 Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	P	93.8	91.1	93.5	89.4	90.3	89.5
L8 Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (inkl. Doktorierende)	P	65.4	72.4	50.5	48.9	48.1	47.7
L9 Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	P	94.8	85.3	89.0	86.8	85.0	84.2

**Wirtschaftlichkeit**

B1 Staatsbeitrag für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.)	P	19'108	19'707	20'666	21'345	21'805	22'309
---	---	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Leistungsgruppe 9600	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-31.600

Budget	Leistungsgruppe 9600
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Zusammenlegung der Veterinärmedizinischen Fakultäten von Bern und Zürich ist realisiert. Der Entwicklungsschwerpunkt wurde daher gestrichen.
- Die Entwicklungsschwerpunkte E5 "Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning)" und E9 "Saldoneutrale Etablierung der Hausarztmedizin als gleichwertiger Fachbereich an der Medizinischen Fakultät" wurden aus dem bisherigen Entwicklungs- und Finanzplan 9600 "Universität" übernommen.
- Der Entwicklungsschwerpunkt zur "Bereitstellung zusätzlicher Hauptnutzflächen" wurde durch den Entwicklungsschwerpunkt E10 "Erstellung und Umsetzung einer Immobilienstrategie" ersetzt.

**Indikatoren**

- Die bisherigen Wirkungsindikatoren (W) "Anzahl Forschungsprojekte in der Forschungsdatenbank" und "Anzahl Auszeichnungen" wurden durch die aussagekräftigeren Indikatoren W2 "Anzahl laufende SNF-Projekte (Stichtag 1.7.)" und W3 "Anzahl laufende EU-Projekte" ersetzt. Der Wirkungswirkungsindikator "Durch Drittmittel finanzierte Forschungsprojekte" wurde gestrichen.
- Die Leistungsindikatoren (L) wurden aus dem bisherigen Globalbudget 9600 "Universität" übernommen. Die Leistungsindikatoren "Anzahl erfolgreiche Vor- und Zwischenprüfungen", "Anzahl Privatdozierende und Lehrbeauftragte", "Anzahl Semesterwochenstunden", Anzahl laufende Projekte Virtueller Campus Schweiz" und "Anzahl laufende Projekte Universität" wurden gestrichen.
- Zu W3: Die EU-Projektbeteiligungen unterliegen den Zyklen der mehrjährigen EU-Forschungsprogramme.
- Zu W4: Anzahl Erstabschlüsse inkl. Konkordatsprüfungen Theologie, exkl. Eidgenössische Fachprüfungen Medizin und Veterinärmedizin; ab 2005 Bachelor- und ab 2006 auch Masterabschlüsse der nichtmedizinischen Fakultäten.
- Zu W6: Die Erhebung wird alle zwei Jahre durchgeführt. Zu beachten ist, dass die Beschäftigungssituation der Hochschulabgängerinnen und -abgänger weniger durch ihre Zahl als durch den Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur beeinflusst ist.
- Zu L3: Quelle der Prognosedaten: Bundesamt für Statistik, Hochschulprognosen 2006-2014, 31.8.2006.

**Sonstige Bemerkungen**

- Der Saldo der Erfolgsrechnung ist systembedingt immer null.
- Die Staatsbeiträge des Kantons an die Universität werden jeweils im Globalbudget 7401 "Universität (Beiträge & Liegenschaften)" bewilligt.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Ertragszunahme von +36.0 Mio. setzt sich wie folgt zusammen: Erhöhung der eigenen Dienstleistungserträge (+9.9 Mio.), höhere Erträge aus Studiengebühren (+0.3 Mio.), Erhöhung des Staatsbeitrages (+28.6 Mio.) sowie Rückgang der Beiträge des Bundes (UFG) und der übrigen Kantone (IUV) (-2.8 Mio.).
- Die Entwicklung des Aufwandes ist durch folgende Faktoren beeinflusst: Erhöhung der Personalkosten aufgrund der vom Regierungsrat vorgegebenen Teuerungs- und Beförderungsquoten (-13.8 Mio., davon -1.5 Mio. aufgrund der zusätzlich gewährten Beförderungsquote 2007), Zunahme der Finanzmittel für die strategischen Instrumente/Projekte (-11.9 Mio.; davon Universitäre Forschungsschwerpunkte -4.9 Mio., Forschungskredit -2.1 Mio. und Bologna II -4.9 Mio.), höhere Abschreibungen und Verzinsung von Immobilien und Mobilien (-2.0 Mio.), Erhöhung der Raummieten Dritter (-2.4 Mio., u.a. beim Careum), zusätzliche Mittel für die Besetzungen von Professuren und Folgestellen, für die Verwaltung und Logistik (u.a. für Informatikdienste, Masterzulassung-Stellen, Career Services, etc.) sowie höherem Sachaufwand (-5.9 Mio.).

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Entsprechend der letztjährigen Planung sollen zusätzliche Mittel für die strategischen Instrumente (Bologna-Projekte, Universitäre Forschungsschwerpunkte) bereitgestellt werden. Für die weitere Profilierung und Verbesserung der Master- und Doktoratsprogramme werden unter dem Entwicklungsschwerpunkt Bologna III ab 2009 zusätzliche Mittel geplant. Für die Besetzung von bewilligten Professuren inkl. Folgestellen sowie zusätzl. Stellen in der Verwaltung müssen weitere finanzielle Mittel geplant werden. Höhere Kosten für Abschreibungen und Zinsen auf den kantonalen Liegenschaften der Universität ergeben sich aus der Investitionsplanung des Kantons, die höheren Abschreibungen auf Mobilien durch die Investitionsplanung der Universität (siehe Begründung Investitionsrechnung). Bei den Beiträgen an die Universitätskassen wird von einer Steigerung von 1% pro Jahr ausgegangen.

**Investitionsrechnung**

- Das Budget für Investitionen zeigt in den kommenden Jahren einen leichten Anstieg. Die ausstehenden Verpflichtungen für Einrichtungskredite sind in den vergangenen Jahren markant gestiegen, und es stehen weitere Berufungen an. Um den hohen Standard in Forschung und Lehre beibehalten zu können, müssen in den kommenden Jahren Geräte erneuert oder neu angeschafft werden.

**Indikatoren**

- Zu W3: Das 6. EU-Rahmenprogramm lief per 2006 aus und es wurden in den Vorjahren keine neuen Ausschreibungen von Projekten vorgenommen. Es wird erwartet, dass das 7. EU-Rahmenprogramm (Laufzeit 2006-2013) in den Jahren 2008-2011 zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Projektbeteiligung führen wird.
- Zu W4: Der Anstieg ab 2009 ist auf die gestuften Studiengänge zurückzuführen, die einen Bachelor und Master-Abschluss ermöglichen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die gemäss Richtlinien zum KEF gewährten höheren Teuerungs- und Beförderungsquoten wie auch die zusätzlich gewährte Beförderungsquote per 2007 führen zu einem starken Anstieg der Lohnkosten gegenüber dem letztjährigen KEF. Mit der Einführung des Bologna-Modells steigt der administrativ-technische Aufwand stärker als bisher angenommen. Es sind ab 2009 zusätzliche Mittel für das Projekt Bologna III geplant, welche die weitere Profilierung und Verbesserung der Master- und Doktoratsprogramme anstrebt. Zur nachhaltigen Verbesserung der Betreuungsverhältnisse wurden weitere Professuren inkl. Folgestellen geplant. Zusätzliche Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung und Logistik, höhere Raummieten und Amortisationen und eine Erhöhung des Unterhaltsbudgets für Liegenschaften erhöhen den Aufwand gegenüber dem letztjährigen KEF weiter.

**Investitionsrechnung**

- Die Erhöhung der Investitionsausgaben gegenüber dem KEF Vorjahr ist auf die gleichen Gründe wie die Erhöhung innerhalb der Planjahre zurückzuführen (siehe Investitionsrechnung "Entwicklung in den weiteren Planjahren").

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag	366.6	439.6								
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	218.3	241.9								
Aufwand	-366.6	-439.6								
Saldo	0.0	0.0								

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen	11.9	10.4								
Ausgaben	-11.9	-10.4								
Nettoinvestitionen	0.0	0.0								
Personal (Beschäftigungsumfang)	0.0	0.0								

**Aufgaben**

A1 Die Zürcher Fachhochschule (ZFH) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht (TWD: Technik, Wirtschaft und Design; GSK: Gesundheit, Soziales und Kunst) und dem kantonalen Recht (Lehrkräfteausbildung) unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die ZFH fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der ZFH nachhaltig profitieren.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	Direktionsziel Nr.	
E1 Realisierung der Auflagen des Bundes (Aufbau interner Führungsstruktur)	bis 2007	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Erwerbseintrittsquote der Neuabsolventen und -absolventinnen		95%	-				
W2 adäquate Beschäftigung ein Jahr nach Diplomabschluss		60%	-				
W3 - Anzahl erfolgreiche Diplomabschlüsse		2'112	2'400				
<b>Leistungen</b>							
L1 Anzahl Studierende in den TWD-Fachbereichen		5'528	5'700				
L2 Anzahl Studierende in den GSK-Fachbereichen		2'175	2'400				
L3 Anzahl Studierende Pädagogische Hochschule Zürich		1'949	2'100				
L4 Total Studierende		9'652	10'200				
L5 Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung und Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) bei TWD-Fachbereichen		21.3%	20%				
L6 Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung und Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur bei GSK-Fachbereichen und Lehrkräfteausbildung)		19.5%	20%				
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 TWD-Bereich: Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)		32.2%	28%				
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (Fachhochschulvereinbarungs-Studiengeldern) und Privaten		74.6%	75%				

**Leistungsgruppe 9700 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

**Budget Leistungsgruppe 9700**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden
---

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Entwicklungsschwerpunkte der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ab 2008 können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.

### Indikatoren

- Die Indikatoren der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ab 2008 können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.

### Sonstige Bemerkungen

- Aufgrund der beschlossenen und auf den 1.1.2008 einzuführenden neuen ZFH-Struktur mit den drei staatlichen Teilschulen Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW, Zürcher Hochschule der Künste ZHdK und Pädagogische Hochschule Zürich PHZH und zwei privaten Teilschulen werden ab dem Rechnungsjahr 2008 statt des Globalbudgets 9700 die drei Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 für die drei staatlichen Teilschulen der ZFH geführt.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag				259.0		281.0		309.0	323.0	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion				92.1		99.7		108.3	116.3	
Aufwand				-259.0		-281.0		-309.0	-323.0	
Saldo				0.0		0.0		0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )									
Einnahmen				6.0		6.0		6.0	6.0	4.0
Ausgaben				-6.0		-6.0		-6.0	-6.0	-4.0
Nettoinvestitionen				0.0		0.0		0.0	0.0	0.0

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Bauwesen, Life Sciences, Gesundheit, Linguistik, Soziale Arbeit und angewandte Psychologie an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die ZHAW fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der ZHAW nachhaltig profitieren.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Realisierung der Auflagen des Bundes	2008	3
E2 Umsetzung der Zusammenführung der vier Teilschulen zur ZHAW	2009	3
E3 Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS)	2010	3
E4 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen	2010	1
E5 Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder)	2010	1
E6 Aufbau des Fachbereichs Gesundheit	2011	0
E7 Umsetzung neue Standortstrategie (Standortkonzentration Winterthur, Toni-Areal)	2011	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P			344	99	3	3
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P			1'267	1'948	2'015	2'084
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P			22	22	324	386
<b>Leistungen</b>							
L1 Total Studierende	P			5'400	5'820	6'400	6'700
L2 davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P			5'000	5'280	5'610	5'830
L3 davon Studierende in den Masterstudiengängen	P			165	480	780	860
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P			28.0%	27.9%	27.9%	28.2%
L5 davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P			8.1%	7.9%	7.8%	7.8%
L6 davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P			12.7%	13.2%	13.4%	13.6%
L7 davon Anteil Dienstleistungen	P			7.2%	6.8%	6.7%	6.8%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung (ohne Infrastruktur)	P			29%	30%	29%	29%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P			79%	80%	80%	80%

Leistungsgruppe 9710	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-6.000

Budget	Leistungsgruppe 9710
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Sämtliche Entwicklungsschwerpunkte mit Ausnahme der Ausrichtung auf die internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards sowie die Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung sind von den kantonalen und/oder den Bundesbehörden vorgegeben.

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Gründung der ZHAW erfolgt auf den Beginn des Herbstsemesters 2007. Sie setzt sich aus den bisherigen Teilschulen Zürcher Hochschule Winterthur ZHW, Hochschule Wädenswil HSW, Hochschule für Soziale Arbeit Zürich HSSAZ und Hochschule für Angewandte Psychologie HAP zusammen. Die ZHAW wird ab 2008 als eigene Leistungsgruppe geführt. Bis zum Rechnungsjahr 2007 waren die Teilschulen Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 'Zürcher Fachhochschule'. Deshalb sind für die Jahre 2006 und 2007 keine Zahlen angegeben.
- ECTS: European Credit Transfer System; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die bisherigen Teilschulen der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften waren im Vorjahr Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 'Zürcher Fachhochschule'.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Anstieg des Ertrags und des Staatsbeitrags von 2008 – 2011 folgt dem Anstieg der Studierendenzahlen aufgrund des Vollausbaus der Studiengänge im Bachelor- und Masterbereich und leicht erhöhten Studierendenpauschalen. Die Erhöhung des Aufwands ist grösstenteils auf eine Zunahme der Personalkosten zurückzuführen. Dieser Anstieg berücksichtigt die steigende Studierendenzahl und die Vorgaben des Regierungsrates zur Lohnsummenentwicklung.
- In der grundständigen Lehre sind folgende Entwicklungen zentral:
- 1. Die seit der Einführung der Fachhochschulbildung im Fachbereich Gesundheit im Herbst 2006 geführten Studiengänge Ergotherapie, Pflege und Physiotherapie werden erstmals im Jahr 2008 alle drei Studienjahre führen. Der Studiengang Hebamme startet im Herbst 2008 und wird erstmals im Herbst 2010 drei Studienjahre führen.
- 2. Spätestens ab 2009 sind in allen Fachbereichen Masterstudiengänge geplant. Neben den ordentlichen Kosten wird die Erfolgsrechnung zusätzlich durch die Aufbau- und Einführungskosten belastet.
- 3. Die Erfolgsrechnungen 2008 und 2009 weisen zusätzliche Projektkosten als Folge des Zusammenschlusses der vier Teilschulen ZHW, HSW, HSSAZ und HAP zur ZHAW auf. Voraussichtlich ab 2009 zeigen sich im Bereich Verwaltung und Rektorat erste positive Skaleneffekte.

**Investitionsrechnung**

- Ausstattungsinvestitionen: In den Jahren 2008 – 2011 sind aufgrund der steigenden Studierendenzahlen die Erneuerung und der Ausbau der gesamten IT-Infrastruktur geplant. Weitere Investitionen in den Jahren 2008 bis 2010 sind für die Vereinheitlichung der IT-Systeme an der ZHAW, die Einführung von SAP und damit zusammenhängender Informationssysteme vorgesehen.

**Indikatoren**

- Indikatoren Leistung/Effizienz: Trotz volumenmässiger Steigerung des erweiterten Leistungsauftrages in den Jahren 2008 – 2011 (Zunahme Ertragsvolumen 22% über die Planungsperiode) bleibt dessen Anteil an den Gesamtaktivitäten der ZHAW infolge des starken Ausbaus der grundständigen Lehre praktisch konstant (Wachstum in bestehenden Fachbereichen, Ausbau des Fachbereichs Gesundheit sowie Aufbau der Masterstudiengänge).
- Indikatoren Wirtschaftlichkeit: Bereits der Masterplan 2004 - 2007 des Bundes hat angezeigt, dass künftig mit einem tieferen Deckungsgrad der gesamtschweizerischen Durchschnittskosten der Diplombildung durch Bundesbeiträge zu rechnen ist. Diese Beitragsreduktion zieht sich in den Jahren 2008 – 2011 fort. Der Kostendeckungsgrad durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen und Privaten kann in den Planungs Jahren 2008 – 2011 trotz sinkenden Bundesbeiträgen (Deckungsgrad Diplombildung und Infrastruktur, ab 2007 vollständiger Wegfall der Diplompauschalen im Leistungsbereich Weiterbildung) und sinkenden FHV-Beiträgen in einzelnen Fachbereichen konstant gehalten werden.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die bisherigen Teilschulen der neuen Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften waren im KEF 2007 - 2010 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 'Zürcher Fachhochschule'.

**Finanzierung**

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)</b>	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag				111.9		116.8		122.5	127.2	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion				65.6		68.5		71.8	74.6	
Aufwand				-111.9		-116.8		-122.5	-127.2	
Saldo				0.0		0.0		0.0	0.0	
<b>Investitionen (in Mio. Fr.)</b>										Ø (06 -11 )
Einnahmen				4.3		4.3		4.3	30.0	7.2
Ausgaben				-4.3		-4.3		-4.3	-30.0	-7.2
Nettoinvestitionen				0.0		0.0		0.0	0.0	0.0

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

- A1 Die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design und Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen. Die hohe Qualität in Lehre, Forschung und Produktion wird durch die strategischen Positionen Praxis, Exzellenz und Innovation beschrieben und sichergestellt. Die hohe Eintrittskompetenz der Studierenden, der qualifizierte Lehrkörper, optimale Infrastrukturen und anerkannte Produktionsplattformen führen zu einem nachhaltigen Profit der Leistungsangebote der ZHdK für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufbau und Festigung der departementsübergreifenden ZHdK-Lehrangebote	2009	3
E2 Festigung der Bachelorstudiengänge, Akkreditierung Pilotmaster Film und Implementierung Masterstudiengänge	2009	3
E3 Etablierung, Festigung und Optimierung der ZHdK-Strukturen und Betriebsprozesse	2009	3
E4 Positionierung der ZHdK in der Hochschullandschaft Schweiz und im europäischen Hochschulraum	2010	1
E5 Sicherstellung der an die ZHdK heranführenden Vorbildungswege und -angebote	2010	0
E6 Bereinigung und Umsetzung Standortstrategie Toni-Areal	2011	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P			365	121		
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P			326	317	330	336
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P			18		400	385
<b>Leistungen</b>							
L1 Total Studierende	P			1'695	1'720	1'820	1'850
L2 - davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P			999	1'022	1'045	1'071
L3 - davon Studierende in den Masterstudiengängen	P			197	583	775	779
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P			16.9%	16.8%	16.0%	15.7%
L5 - davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P			2.6%	2.5%	2.4%	2.4%
L6 - davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P			11.0%	11.0%	10.5%	10.3%
L7 - davon Anteil Dienstleistungen	P			3.3%	3.3%	3.1%	3.0%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)	P			24.1%	23.1%	23.0%	22.6%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P			67.0%	62.8%	62.8%	61.8%

**Leistungsgruppe 9720 Budgetentwurf 2008**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.300

**Budget Leistungsgruppe 9720**

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

---

**Allgemeine Bemerkungen**

---

**Sonstige Bemerkungen**

- Die Leistungsgruppe 9720 ist bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 Zürcher Fachhochschule. Deshalb sind für die Jahre 2006 und 2007 keine Zahlen angegeben.
- FHV: Fachhochschulvereinbarung; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies.

---

**Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Leistungsgruppe 9720 ist bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 Zürcher Fachhochschule.

---

**Entwicklung in den weiteren Planjahren**

---

**Erfolgsrechnung**

- Der Anstieg des Ertrags und des Staatsbeitrags von 2008 - 2011 wird durch den Vollausbau der Studiengänge im Bachelor- und Masterbereich begründet und steht in direkter Beziehung zum geplanten moderaten Anstieg der Studierendenzahlen. Ab 2010/11 ist der Vollbestand an Studierenden unter Berücksichtigung des Aufbaus des Bachelor Tanz sowie der Etablierung der Vertiefung Szenographie bei den Darstellenden Künsten weitgehend erreicht.
- Die Erhöhung des Aufwands ist grösstenteils auf eine Zunahme der Personalkosten zurückzuführen. Dieser Anstieg berücksichtigt die steigende Studierendenzahl und die Vorgaben des Regierungsrates zur Lohnsummenentwicklung.

**Investitionsrechnung**

- In den Jahren 2008 - 2011 sind Erneuerung der IT-Infrastruktur geplant. Beim hohen zusätzlichen Investitionsbetrag 2011 handelt es sich um den ersten Teil der Ausstattungsinvestitionen im Grossprojekt Toniareal.

**Indikatoren**

- Wirkung / Effektivität: Die Anzahl Diplomabschlüsse reflektiert den in den nächsten Jahren anstehenden Abschluss der Umstellungsphase auf das Bologna-Modell. Im Jahr 2008 ist durch den gleichzeitigen Diplomabschluss des ersten Bachelor-Studienjahrgangs und des letzten FH-Diplom-Jahrgangs mit fast doppelt so vielen Diplomabschlüssen zu rechnen wie in den bisherigen Jahren. Im Jahr 2009 sinkt die Zahl dann wieder auf das gewohnte Niveau, da nur ein Bachelor-Jahrgang und die restlichen FH-Diplom-Studierenden (va. im Bereich Musik) das Studium abschliessen. Ab dem Jahr 2010 pendelt sich die Zahl der Diplomabschlüsse wegen der normalerweise 2-jährigen Masterausbildungen auf hohem Niveau ein.
- Leistung / Effizienz: Die Studierendenzahlen wurden bereits im Kommentar zur Erfolgsrechnung erörtert. Der Anteil des erweiterten Leistungsauftrages am Gesamtgeschehen im FH-Bereich bleibt über die nächsten Jahre konstant, da von einer Konsolidierung dieses in den letzten Jahren gut ausgebauten Bereichs auszugehen ist. Der leichte Rückgang ist auf die Zunahme der Lehre durch die Einführung der Master-Studiengänge zurückzuführen.
- Wirtschaftlichkeit: Der Beitrag des Bundes in der Lehre deckt 2008 etwa ein Viertel der Lehraufwendungen ab. Mit den sinkenden Studierendenpauschalen, die sich ab 2009 verstärkt in den Erträgen der Lehre niederschlagen, nimmt der Anteil der Bundesfinanzierung weiter ab. Zusammen mit teilweise reduzierten FHV-Ansätzen sinkt ab diesem Jahr die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen.

---

**Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**

---

**Erfolgsrechnung**

- Die Leistungsgruppe 9720 ist bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700 Zürcher Fachhochschule.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 06	B 07	Δ(P 08)	P 08	Δ(P 09)	P 09	Δ(P 10)	P 10	P 11	Δ% (06-11)
Ertrag				114.7		118.5		121.2	124.4	
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion				87.5		90.4		92.5	94.9	
Aufwand				-114.7		-118.5		-121.2	-124.4	
Saldo				0.0		0.0		0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (06 -11 )							
Einnahmen				2.5	2.5	2.5	15.0	3.8
Ausgaben				-2.5	-2.5	-2.5	-15.0	-3.8
Nettoinvestitionen				0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Personal (Beschäftigungsumfang)

**Aufgaben**

A1 Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge im Fachbereich Lehrkräfteausbildung auf Hochschulniveau an, die dem kantonalen Recht unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die PHZH fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der PHZH nachhaltig profitieren.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS)	2010	3
E2 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen	2010	1
E3 Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder)	2010	1
E4 Umsetzung neue Standortstrategie (Sihlpost)	2011	3

**Indikatoren**

	Art	R 06	B 07	P 08	P 09	P 10	P 11
<b>Wirkungen</b>							
W1 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P			556	560	474	332
W2 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P						115
<b>Leistungen</b>							
L1 Total Studierende	P			1'850	1'900	1'950	2'000
L2 - davon Studierende in den Bachelorstudengängen	P			1'750	1'750	1'750	1750
L3 - davon Studierende in den Masterstudiengängen	P			100	150	200	250
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P			30%	30%	30%	31%
L5 - davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P			5%	5%	5%	5%
L6 - davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P			7%	7%	7%	7%
L7 - davon Anteil Dienstleistungen	P			3%	3%	3%	3%
L8 - davon Anteil Kantonalen Leistungsauftrag	P			15%	15%	15%	16%
<b>Wirtschaftlichkeit</b>							
B1 - Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P			61%	61%	61%	61%

Leistungsgruppe 9740	Budgetentwurf 2008
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.500

Budget	Leistungsgruppe 9740
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

---

## Allgemeine Bemerkungen

---

### Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 9740 ist bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700. Für die Pädagogischen Hochschulen bleiben die Kantone weiterhin vollumfänglich für die Regelung und Finanzierung zuständig.
- ECTS: European Credit Transfer System; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies.

---

## Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Leistungsgruppe 9740 ist bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700.

---

## Entwicklung in den weiteren Planjahren

---

### Erfolgsrechnung

- Die budgetierte Zunahme des Ertrages und des Staatsbeitrags von 2008 bis 2011 ist eine Folge der Zunahme der Studierendenzahl in den Masterstudiengängen. Die Erhöhung des Aufwands ist auf höhere Personalkosten zurückzuführen und berücksichtigt die Vorgaben des Regierungsrates zur Lohnsummenentwicklung.

### Investitionsrechnung

- Im Ausstattungsbereich beschränken sich die Ausgaben bis 2010 weitgehend auf die notwendigen Erneuerungen der IT-Infrastruktur. Im Jahre 2011 ist der erste Teil der Ausgaben für die Ausstattung des neuen Standorts Sihlpost budgetiert.

### Indikatoren

- Mit der Einführung der Masterstudiengängen wird von 2008 bis 2011 mit einem Anstieg der Studierendenzahl auf dieser Ausbildungsstufe gerechnet. Bei den übrigen Indikatoren werden keine wesentlichen Veränderungen erwartet.

---

## Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

---

### Erfolgsrechnung

- Die Leistungsgruppe 9740 ist bis Rechnungsjahr 2007 Bestandteil der Leistungsgruppe 9700





# Anhang 2: Entwurf Budget 2008





## Entwurf Budget 2008

Auf Grund von § 35 lit. a des Finanzhaushaltgesetzes unterbreitet der Regierungsrat dem Kantonsrat den Entwurf zum Budget des nächsten Jahres.

### 1. Übersicht Verwaltungsrechnung

Verwaltungsrechnung		Ergebnisse			
Rechnung 2006 Fr.	Budget 2007 Fr.		Budget 2008 Ausgaben Fr.	Einnahmen Fr.	Abweichung vom Vorjahresbudget Fr.
<b>Erfolgsrechnung</b>					
10 422 418 997	10 068 060 200	Aufwand ohne Verrechnungen	10 748 811 838		680 751 638-
<u>1 368 794 588</u>	<u>1 317 825 221</u>	Verrechnungen	<u>1 390 458 083</u>		<u>72 632 862-</u>
11 791 213 585	11 385 885 421	Aufwand Total	12 139 269 921		753 384 500-
10 537 234 301	9 780 705 848	Ertrag ohne Verrechnungen		10 772 927 990	992 222 142+
<u>1 368 794 588</u>	<u>1 317 825 221</u>	Verrechnungen		<u>1 390 458 083</u>	<u>72 632 862+</u>
11 906 028 889	11 098 531 069	Ertrag Total		12 163 386 073	1 064 855 004+
	287 354 352-	Aufwandüberschuss			
114 815 304		Ertragsüberschuss	24 116 152		
<b>Investitionsrechnung</b>					
1 322 954 658	1 454 008 700	Total der Ausgaben	1 378 795 100		75 213 600+
478 310 098	446 201 300	Total der Einnahmen		412 116 100	34 085 200-
844 644 560	1 007 807 400	Nettoinvestition		966 679 000	41 128 400+
<b>Finanzierung</b>					
656 361 628+	577 453 788+	Abschreibungen Verwaltungsvermögen		625 407 856	47 954 068+
114 815 304+	287 354 352-	Aufwandüberschuss Laufende Rechnung		24 116 152	
107 737 093+	49 895 000+	Ertragsüberschuss Laufende Rechnung		27 386 600	22 508 400-
<u>114 751 296-</u>	<u>583 500-</u>	Einlagen in Bestandeskonten von Spezialfinanzierungen*, Rückstellungen und Rücklagen	292 700		<u>290 800+</u>
764 162 729+	339 410 936+	Entnahmen aus Bestandeskonten von Spezialfinanzierungen*, Rückstellungen und Rücklagen			
<u>844 644 560-</u>	<u>1 007 807 400-</u>	Selbstfinanzierung	966 679 000	676 617 908	337 206 972+
80 481 831-	668 396 464-	Nettoinvestition			<u>41 128 400+</u>
90.5%	33.7%	Finanzierungsüberschuss		290 061 092	378 335 372+
		Finanzierungsfehlbetrag		70.0%	
		Selbstfinanzierungsgrad			
					BESSER + SCHLECHTER -

\* 2291 Investitionsfonds  
 5920 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs  
 5921 Fonds für den Flughafen  
 7403 Fonds für die Teilverlegung der Universität  
 8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Zürich, 12. September 2007



## 2. Zusammenzug nach Direktionen

Verwaltungsrechnung

Zusammenzug nach Direktionen

Rechnung 2006 Fr.	Budget 2007 Fr.	Konto	Budget 2008		Abweichung vom Vorjahresbudget Fr.
			Ausgaben Fr.	Einnahmen Fr.	
		<b>Total</b>			
11 791 213 585	11 385 885 421	Erfolgsrechnung	Aufwand		
11 906 028 889	11 098 531 069		Ertrag	12 163 386 073	753 384 500-
114 815 304+	287 354 352-		Saldo		1 064 855 004+
				24 116 152	
1 322 954 658	1 454 008 700	Investitionsrechnung	Ausgaben		
478 310 098	446 201 300		Einnahmen	412 116 100	75 213 600+
844 644 560-	1 007 807 400-		Saldo	966 679 000	34 085 200-
		<b>1 Regierungsrat und Staatskanzlei</b>			
		Erfolgsrechnung	Aufwand		
24 273 916	10 135 000-		Ertrag	940 000	22 501 700-
5 835 479	1 161 000		Saldo	11 426 700	221 000-
18 438 437-	11 296 000				
		Investitionsrechnung	Ausgaben		
			Einnahmen		
			Saldo	1 300 000	1 300 000-
		<b>2 Direktion der Justiz und des Innern</b>			
		Erfolgsrechnung	Aufwand		
1 055 656 311	1 025 257 400		Ertrag	487 114 300	42 418 200-
501 599 555	431 878 600		Saldo	580 561 300	55 235 700+
554 056 756-	593 378 800-				
		Investitionsrechnung	Ausgaben		
14 645 182	15 331 800		Einnahmen	553 000	1 832 700-
	15 331 800-		Saldo	16 611 500	553 000+
		<b>3 Sicherheitsdirektion</b>			
		Erfolgsrechnung	Aufwand		
2 039 822 847	2 106 176 700		Ertrag	909 666 700	216 504 700+
828 337 790	826 302 300		Saldo	980 005 300	83 364 400+
1 211 485 057-	1 279 874 400-				
		Investitionsrechnung	Ausgaben		
37 752 660	63 845 000		Einnahmen	1 689 100	2 600 100-
8 721 707	2 705 000		Saldo	64 756 000	1 015 900-
29 030 953-	61 140 000-				
		<b>4 Finanzdirektion</b>			
		Erfolgsrechnung	Aufwand		
697 185 398	732 731 536		Ertrag	6 906 479 034	463 235 509-
6 229 886 733	6 277 332 048		Saldo	5 710 511 989	629 146 986+
5 532 701 334+	5 544 600 512+				
		Investitionsrechnung	Ausgaben		
21 851 943	24 700 000		Einnahmen	200 000	1 550 000+
1 017 431	10 000		Saldo	22 950 000	190 000+
20 834 512-	24 690 000-				
		<b>5 Volkswirtschaftsdirektion</b>			
		Erfolgsrechnung	Aufwand		
800 493 704	1 222 492 185		Ertrag	981 880 342	65 327 615-
477 937 948	926 988 571		Saldo	305 939 458	54 891 771+
322 555 756-	295 503 614-				
		Investitionsrechnung	Ausgaben		
234 349 712	892 723 000		Einnahmen	386 586 000	81 143 000+
15 304 669	417 852 000		Saldo	424 994 000	31 266 000-
219 045 043-	474 871 000-				

Verwaltungsrechnung

Zusammenzug nach Direktionen

Rechnung 2006 Fr.	Budget 2007 Fr.	Konto	Budget 2008		Abweichung vom Vorjahresbudget Fr.
			Ausgaben Fr.	Einnahmen Fr.	
<b>6 Gesundheitsdirektion</b>					
2 484 263 284	1 868 527 500	Erfolgsrechnung	Aufwand	1 920 316 137	51 788 637-
1 463 716 926	698 435 200		Ertrag	723 617 737	25 182 537+
1 020 546 358-	1 170 092 300-		Saldo	1 196 698 400	
185 414 075	152 745 000	Investitionsrechnung	Ausgaben	144 614 000	8 131 000+
13 817			Einnahmen		
185 400 258-	152 745 000-		Saldo	144 614 000	
<b>7 Bildungsdirektion</b>					
3 207 659 595	3 347 346 600	Erfolgsrechnung	Aufwand	3 713 892 250	366 545 650-
1 229 274 648	1 228 580 100		Ertrag	1 487 399 560	258 819 460+
1 978 384 947-	2 118 766 500-		Saldo	2 226 492 690	
144 010 506	185 653 000	Investitionsrechnung	Ausgaben	197 461 000	11 808 000-
20 781 614	10 510 000		Einnahmen	10 164 000	346 000-
123 228 892-	175 143 000-		Saldo	187 297 000	
<b>8 Baudirektion</b>					
1 194 078 815	797 180 600	Erfolgsrechnung	Aufwand	744 351 720	52 828 880+
1 007 016 929	552 495 400		Ertrag	497 303 250	55 192 150-
187 061 886-	244 685 200-		Saldo	247 048 470	
677 988 980	104 035 900	Investitionsrechnung	Ausgaben	98 880 500	5 155 400+
432 470 859	15 124 300		Einnahmen	12 924 000	2 200 300-
245 518 121-	88 911 600-		Saldo	85 956 500	
<b>9 Behörden &amp; Rechtspflege</b>					
287 779 715	296 307 900	Erfolgsrechnung	Aufwand	307 208 669	10 900 769-
162 422 882	155 357 850		Ertrag	168 985 150	13 627 300+
125 356 833-	140 950 050-		Saldo	138 223 519	
6 941 599	14 975 000	Investitionsrechnung	Ausgaben	18 200 000	3 225 000-
6 941 599-	14 975 000-		Einnahmen		
			Saldo	18 200 000	

### 3. Budgetkredite der Leistungsgruppen

In den Leistungsgruppen werden für das Budgetjahr 2008 die Budgetkredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie Kredite mit Sperrvermerk gemäss § 28 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) in einem Kästchen hervorgehoben. Die Budgetkredite der Erfolgsrechnung werden als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Die Budgetkredite der Investitionsrechnung umfassen die Investitionsausgaben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Budgetkredite im Kästchen der Leistungsgruppen auf tausend Franken auf- und abgerundet.

Die Budgetkredite 2008 aller Leistungsgruppen sind in der folgenden Tabelle zusammen mit den Sperrvermerken frankengenau aufgelistet. Sie sind für den Budgetbeschluss des Kantonsrates massgebend, zusammen mit den Leistungsumschreibungen der Leistungsgruppen im KEF für das Budgetjahr 2008. Diese Tabelle wird nachgeführt, wenn der Regierungsrat Nachträge zum Budget (Novemberbrief) vorlegt und wenn der Kantonsrat mit seinem Budgetbeschluss Änderungen gegenüber dem Budgetentwurf des Regierungsrates festlegt.



Budget 2008 Budgetkredite der Leistungsgruppen (in Franken)	Entwurf des Regierungsrates (12. September 2007)
<b>1 Regierungsrat und Staatskanzlei</b>	
<b>1000 Regierungsrat und Staatskanzlei</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-18'578'700
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'300'000
<b>1990 Sanierungsprogramm 04, Querschnittsmassnahmen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-848'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>1991 Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht MH06, Querschnittsmassnahmen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	8'000'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2 Direktion der Justiz und des Inneren</b>	
<b>2201 Generalsekretariat JI</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-4'369'100
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2203 Zentrale Dienstleistungen JI</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-2'058'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-100'000
<b>2204 Strafverfolgung Erwachsene</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-64'402'700
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-150'000
<b>2205 Jugendstrafrechtspflege</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-30'908'800
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2206 Amt für Justizvollzug</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-139'175'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-6'813'000
<b>2207 Amt für Gemeinden</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-4'676'100
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2215 Finanz- und Lastenausgleich</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-159'889'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2221 Handelsregister</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	2'310'300
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2223 Statistisches Amt</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-7'749'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2224 Staatsarchiv</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-7'943'700
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-431'000
<b>2225 Berufliche Vorsorge und Stiftungen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-205'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2232 Fachstelle Opferhilfe</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-7'747'300
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2233 Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-1'227'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2234 Fachstelle Kultur</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-83'947'400
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-6'500'000
<b>2241 Fachstelle für Integrationsfragen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-1'174'100
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0



<b>Budget 2008</b>	<b>Entwurf des</b>
<b>Budgetkredite der Leistungsgruppen</b>	<b>Regierungsrates</b>
(in Franken)	(12. September 2007)
<b>2251 Bezirksräte</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-7'729'500
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2262 Baurekurskommissionen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-4'378'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2263 Steuerrekurskommissionen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-2'868'100
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-43'081'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'470'500
<b>2272 Römisch-katholische Körperschaft</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-9'122'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-500'000
<b>2273 Christkatholische Kirchgemeinde</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-215'400
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>2291 Investitionsfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'200'000
<b>2292 Ausgleichsfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>3 Sicherheitsdirektion</b>	
<b>3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-1'945'400
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>3100 Kantonspolizei</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-330'950'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-25'050'000
<b>3200 Strassenverkehrsamt</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	21'695'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-3'950'000
<b>3300 Migrationsamt</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-8'455'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>3400 Amt für Militär und Zivilschutz</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-19'244'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-12'245'100
<b>3500 Sozialamt</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-647'236'300
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-17'700'000
<b>3600 Statthalterämter</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	6'130'700
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>3910 Sportfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-7'500'000
<b>3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0

**Budget 2008**  
**Budgetkredite der Leistungsgruppen**  
(in Franken)**Entwurf des**  
**Regierungsrates**  
**(12. September 2007)****4 Finanzdirektion****4000 Generalsekretariat FD**Erfolgsrechnung (Saldo) 1'226'200  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4100 Finanzverwaltung**Erfolgsrechnung (Saldo) -8'184'600  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) -950'000**4200 Liegenschaftenverwaltung**Erfolgsrechnung (Saldo) -901'500  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4300 Amt für Tresorerie**Erfolgsrechnung (Saldo) -801'000  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4400 Steuern Betriebsteil**Erfolgsrechnung (Saldo) -143'481'200  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) -19'800'000**4500 Personalamt**Erfolgsrechnung (Saldo) -17'541'651  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4600 Direktionsübergreifende Informatik**Erfolgsrechnung (Saldo) -6'440'300  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4700 Drucksachen und Material**Erfolgsrechnung (Saldo) 109'500  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) -400'000**4910 Steuererträge**Erfolgsrechnung (Saldo) 5'724'630'000  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4930 Kapital- und Zinsendienst Staat**Erfolgsrechnung (Saldo) 378'250'000  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) -2'000'000**4940 Liegenschaftenerfolg**Erfolgsrechnung (Saldo) 28'168'200  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen**Erfolgsrechnung (Saldo) 189'727'340  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4960 Interkantonaler Finanzausgleich**Erfolgsrechnung (Saldo) -433'249'000  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen**Erfolgsrechnung (Saldo) -1'000'000  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich**Erfolgsrechnung (Saldo) 0  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**5 Volkswirtschaftsdirektion****5000 Generalsekretariat (GS)**Erfolgsrechnung (Saldo) -26'033'500  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) -900'000**5200 Amt für Verkehr (AFV)**Erfolgsrechnung (Saldo) -4'015'500  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) 0**5205 Verkehr und Infrastruktur Strassen (VIS)**Erfolgsrechnung (Saldo) 0  
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) -552'665'000  
gesperrter Kredit Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für  
Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingsweidstrasse -4'600'000



Budget 2008 Budgetkredite der Leistungsgruppen (in Franken)	Entwurf des Regierungsrates (12. September 2007)
<b>5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-240'167'258
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-35'723'200
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-10'018'000
<b>5920 Verkehrsfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-247'997'000
gesperrte Kredite Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für	
- Umsetzung Behindertengesetz	-5'000'000
- Tram Zürich West	-18'500'000
<b>5921 Flughafenfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>5922 Strassenfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>6 Gesundheitsdirektion</b>	
<b>6000 Steuerung Gesundheitsversorgung</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-19'938'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'230'000
<b>6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-16'134'400
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'580'000
<b>6200 Prävention und Gesundheitsförderung</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-5'040'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-593'393'800
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-112'220'000
<b>6400 Psychiatrische Versorgung</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-222'838'200
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-20'584'000
<b>6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-33'954'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-9'000'000
<b>6700 Beiträge an Krankenkassenprämien</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-305'400'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>6900 Tierseuchenfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>7 Bildungsdirektion</b>	
<b>7000 Bildungsverwaltung</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-77'108'740
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'675'000
<b>7100 Lehrmittelverlag</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	3'691'300
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>7200 Volksschulen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-501'600'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-27'181'000



<b>Budget 2008</b>	<b>Entwurf des</b>
<b>Budgetkredite der Leistungsgruppen</b>	<b>Regierungsrates</b>
(in Franken)	<b>(12. September 2007)</b>
<b>7301 Mittelschulen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-315'905'500
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-31'608'000
gesperrte Kredite Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für	
- KS Wiedikon, Sanierung 3.OG (Gesamtkredit - 3.5 Mio.)	-1'500'000
- KS Zürcher Unterland, (Gesamtkredit - 4.0 Mio.)	-1'000'000
- KS Limmattal, Landübertragung Parz. 4448 (Alt 4014)	-3'920'000
<b>7302 Schulen im Gesundheitswesen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-39'797'950
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-4'500'000
<b>7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-251'241'500
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-23'590'000
gesperrter Kredit Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für	
Berufsbildungsschule Winterthur, Umnutzung/Umbauen/Sanierung Anton Graff	
(Gesamtkredit -28.0 Mio.)	-1'000'000
<b>7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-37'014'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-4'427'000
<b>7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-505'500'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-59'000'000
<b>7402 Sonstige universitäre Leistungen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-72'853'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>7403 Fonds Teilverlegung der Universität</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-4'000'000
<b>7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-258'356'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-34'300'000
<b>7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-46'350'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>7501 Jugend- und Familienhilfe</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-108'106'800
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-6'860'000
<b>7502 Berufs- und Studienberatung</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-16'349'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-320'000
<b>8 Baudirektion</b>	
<b>8000 Generalsekretariat (GS)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-31'083'200
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-1'800'000
<b>8100 Hochbauamt (HBA)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-19'715'120
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>8300 Amt für Raumplanung und Vermessung (ARV)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-18'775'300
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-2'450'000
<b>8400 Tiefbauamt (TBA)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-2'610'000



<b>Budget 2008</b>	<b>Entwurf des</b>
<b>Budgetkredite der Leistungsgruppen</b>	<b>Regierungsrates</b>
(in Franken)	<b>(12. September 2007)</b>
<b>8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-66'791'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-31'925'500
gesperrter Kredit Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für Wasserbauinvestitionen	-2'150'000
<b>8510 Altlasten</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-35'129'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>8700 Immobilienamt</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-20'299'750
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-29'105'000
gesperrte Kredite Investitionsrechnung (§ 28 Abs. 2 FHG) für	
- ZV Verlegung Passbüro (-3.5 Mio.)	-2'000'000
- Sanierung Rechberg (-6.5 Mio.)	-1'000'000
<b>8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-55'254'200
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-18'590'000
<b>8910 Natur- und Heimatschutzfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-3'900'000
<b>8940 Denkmalpflegefonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-8'500'000
<b>8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>8960 Deponiefonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>8970 Kantonaler Waldfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>8980 Wildschadenfonds</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9 Behörden und Rechtspflege</b>	
<b>9000 Kantonsrat</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-8'903'000
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9020 Finanzkontrolle</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-4'082'300
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9030 Obergericht und angegliederte Gerichte</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-42'320'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-10'600'000
<b>9040 Bezirksgerichte</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-100'127'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-3'600'000
<b>9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	41'680'200
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-3'600'000
<b>9061 Kassationsgericht</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-4'055'950
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0



<b>Budget 2008</b>	<b>Entwurf des</b>
<b>Budgetkredite der Leistungsgruppen</b>	<b>Regierungsrates</b>
(in Franken)	<b>(12. September 2007)</b>
<b>9062 Landwirtschaftsgericht</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-9'600
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9063 Verwaltungsgericht</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-5'343'500
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-100'000
<b>9064 Sozialversicherungsgericht</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-12'216'900
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-300'000
<b>9070 Ombudsmann</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-1'066'100
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9071 Datenschutzbeauftragter</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-1'777'869
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>Total</b>	
<b>Erfolgsrechnung (Saldo)</b>	<b>24'116'152</b>
<b>Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)</b>	<b>-1'378'795'100</b>

**Unselbstständige staatliche Anstalten**

<b>9100 Beamtenversicherungskasse</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	138'498'470
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9200 Arbeitslosenkasse</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0
<b>9300 Zürcher Verkehrsverbund</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	-28'765'484
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	0

**Selbstständige staatliche Anstalten**

<b>9510 Universitätsspital Zürich</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-33'000'000
<b>9510 Kantonsspital Winterthur</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-13'500'000
<b>9600 Universität</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-31'600'000
<b>9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-6'000'000
<b>9720 Zürcher Hochschule der Künste</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-4'300'000
<b>9740 Pädagogische Hochschule Zürich</b>	
Erfolgsrechnung (Saldo)	0
Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)	-2'500'000



# Anhang 3: Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung des Regierungsrates





## **Anhang 3: Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung des Regierungsrates**

**Staatskanzlei**

**Direktion für Justiz und Inneres**

**Sicherheitsdirektion**

**Finanzdirektion**

**Volkswirtschaftsdirektion**

**Gesundheitsdirektion**

**Bildungsdirektion**

**Baudirektion**



## Staatskanzlei

<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
372/2004 (Postulat)	Aufhebung oder Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten	wird geprüft
85/2005 (Postulat)	Risikobericht für den Kanton Zürich	wird geprüft

**Direktion für Justiz und Inneres**

<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
346/2001 (Motion)	Flexibler Steuerkraftausgleich → Projekt 28J12215	
200/2003 (Motion)	Gesetzliche Grundlagen für das Kantonsreferendum	
183/2006 (Postulat)	Das Postulat regt an, einen umfassenden Massnahmenplan für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter Einbezug der Gemeinden und Fachstellen zu erarbeiten.	
257/2006 (Postulat)	Verfassung Bericht zur Situation der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich, Stellung von muslimischen Familien, Frauen und Jugendlichen, Verhältnis der Muslime zu anderen Glaubensgemeinschaften und zum Staat sowie Massnahmenvorschläge bei Identifikation allfälliger Problembereiche.	
192/2007 (Parlamentarische Initiative)	Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz)	

**Sicherheitsdirektion**

<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
<b>Polizei</b>		
37/2005 (Postulat)	Neuregelung der Kosten für die Erteilung der Verkehrserziehung durch die Kapo → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
110/2005 (Postulat)	Kosteneinsparungen bei der Kapo ohne Beeinträchtigung der Sicherheit → Strateg. Ziele: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll	
226/2005 (Motion)	Aktualisierung von Daten im Polizeiorganisationssystem (POLIS) → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
351/2006 (Motion)	Differenzierte Datensysteme im POLIS → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
352/2006 (Motion)	Kontrolle der POLIS-Nachführung → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
<b>Strassenverkehr</b>		
204/2003 (Postulat)	Lastwagen-Transitverkehr bei Ortschaften mit Umfahrungen → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit	
177/2004 (Postulat)	Fahrprüfung nur noch in Landessprachen → Strateg. Ziele: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Optimierung der Verkehrssicherheit	
207/2004 (Postulat)	Sperrung von Strassenstücken für Freizeit Zwecke → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit	
119/2005 (Motion)	Reduktion von Feinstaubemissionen (PM10) durch Einführung eines Bonussystems bei Verkehrsabgaben dieselbetriebener Fahrzeuge mit Feinstaubpartikelfiltern → Strateg. Ziel: Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen	
176/2005 (Postulat)	Einführung einer reduzierten Motorfahrzeugsteuer für Erdgas-/Kompogasbetriebene Fahrzeuge → Strateg. Ziel: Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen	
<b>Soziales</b>		
146/2004 (Postulat)	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Alters- und Behinderteneinrichtungen im stationären und teilstationären Bereich → Strateg. Ziel: Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich	4394
451/2004 (Postulat)	Schuldenberatung und -prävention → Strateg. Ziel: Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich	



<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
84/2005 (Postulat)	Finanzierung Asylwesen → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4382
242/2005 (Postulat)	Bezeichnung einer Direktion für Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
<b>Sport</b>		
416/2004 (Postulat)	Fan-Betreuung an der Euro 2008 → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
<b>Übriges</b>		
229/2004 (Postulat)	Erschwerung des Waffenerwerbs bei für den Waffenbesitz ungeeigneten Personen → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	
346/2005 (Postulat)	Leinenobligatorium/Maulkorbtragspflicht für Kampfhunde → Strateg. Ziele: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	

**Finanzdirektion**

<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
73/2003 (Postulat)	Schaffung der gesetzlichen Grundlage für mehrjährige Leistungsaufträge mit Kreditbeschluss → Haushaltsgleichgewicht	4301
320/2005 (Postulat)	Zeitgemässe Abgangsleistungen für Mitglieder des Regierungsrates → Haushaltsgleichgewicht	
337/2005 (Postulat)	Periodische Überprüfung der Staatsbeiträge bzw. Leistungsaufträge an Private und öffentlichrechtliche Institutionen → Haushaltsgleichgewicht	
146/2006 (Dringliches Postulat)	Kostenpflichtige Tests in der Lehrlingsselektion der kantonalen Verwaltung und kantonalen Betriebe → Standortattraktivität	
184/2006 (Postulat)	Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal → Standortattraktivität	
200/2006 (Postulat)	Massnahmen gegen Missbrauch des steuerrechtlichen Wochenaufenthaltsstatus im Kanton Zürich → Haushaltsgleichgewicht	
121/2006 (Motion)	Rahmenkredit für die Entwicklungshilfe aus dem Lotteriefonds	
246/2006 (Postulat)	Auszeit für frische Väter → Standortattraktivität	
399/2006 (Dringliches Postulat)	Massnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lohnsituation der Staatsangestellten ab 2007/2008 → Standortattraktivität	

**Volkswirtschaftsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
<b>Wirtschaft und Arbeit</b>		
266/2004 (Motion)	Ganzheitliche Politik für Wirtschaft und Arbeit (Wirkung) → VD-Ziel 4: Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich, LG Standortförderung	
392/2004 (Postulat)	Ausbau und Finanzierung von Sozialintegrationsprojekten für arbeitslose junge Erwachsene nach der Lehre (Leistung) → VD-Ziel 5: Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. -suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen, LG Vollzug AVIG/Arbeitsmarkt	
393/2004 (Postulat)	Praktikumsplätze und Anreize für die Beschäftigung von Lehrlinginnen und Lehrlingen (Leistung) → VD-Ziel 5, LG Vollzug AVIG/Arbeitsmarkt	
195/2005 (Postulat)	Liberalisierung des kantonalen Binnenmarktes (Rahmenordnung) → VD-Ziel 4, LG Standortförderung	4413
<b>Verkehr</b>		
271/2002 (Postulat)	Förderung von umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten bei Unternehmen (Wirkung) → VD-Ziel 1: Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme, LG Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	4329
150/2002 (Postulat)	Massnahme gegen die Verkehrsüberlastung des Limmattals (Leistung) → LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	4343
315/2004 (Postulat)	Bau einer dritten Tunnelröhre beim Gubrist (Leistung) → VD-Ziel 1, LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	
29/2005 (Postulat)	Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Ostumfahrung (Stadtunnel Brunau-Neugut, Ostast und Waidhaldetunnel) → VD-Ziel 1, LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	
112/2005 (Postulat)	Elektronik vor Beton → LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	
177/2005 (Dringliches Postulat)	Prioritäten des Kantons Zürich für das HLS-Netz (Leistung) → VD-Ziel 1, LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	4342
178/2005 (Postulat)	Verwendung der LSVA-Gelder (Leistung) → VD-Ziel 3: Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept), LG Amt für Verkehr (AFV)	
185/2005 (Postulat)	Flankierende Massnahmen zum Gateway Limmattal → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr (AFV)	
43/2006 (Postulat)	Stand der Technik bei der Reinigung von Tunnelabluft (Leistung) → LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
124/2006 (Postulat)	Busbeschleunigung Maur-Fällanden-S-Bahnhof Stettbach (Linie 743) → LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	
144/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Einführungsgesetzes zum Nationalstrassengesetz → VD-Ziel 3, LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	
145/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Strassengesetzes → VD-Ziel 3, LG Verkehr und Infrastruktur Strasse (VIS)	
8/2007 (Dringliches Postulat)	Westumfahrung/N4 und Verkehrskonzept öffentlicher Verkehr → VD-Ziel 1, LG Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	
<b>Luftverkehr</b>		
257/2005 (Postulat)	Richtplanrevision ohne Änderung von Lage und Länge der Pisten sowie ohne Pistenneubauten auf dem Flughafen Zürich (Rahmenordnung) → Ziel 2: Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich	4359
195/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (Begrenzung der Flugbewegungen und 8 Stunden Nachtruhe)	Bericht und Antrag in Arbeit
382/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (<<Keine Neu- und Ausbauten von Pisten>>)	

**Gesundheitsdirektion**

<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
286/2003 (Postulat)	Überprüfung der Spitalliste	4295/2005
287/2003 (Postulat)	Verbesserte Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Spitälern	4295/2005
217/2004 (Postulat)	Wirkungsvollere Lebensmittelkontrolle	4361/2006
230/2004 (Postulat)	Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Stiftung Hohenegg	4362/2006
316/2004 (Postulat)	Einrichtung eines einheitlichen Fehlermeldesystems für stationäre und ambulante Einrichtungen des Gesundheitswesens	4411/2007
462/2004 (Postulat)	Einführung und Förderung von Stellen für Logopädinnen und Logopäden in öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern und Institutionen	4383/2007
113/2005 (Postulat)	Revision Kantonale Lebensmittelverordnung	4361/2006
334/2005 (Postulat)	Informationspflicht und Qualitätssicherung bei Mammographie-Screenings	27.2.08
312/2006 (Postulat)	Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich von grenzüberschreitenden Spitalregionen wie auch des kantonsübergreifenden Rettungsdienstes	5.2.09
390/2006 (Postulat)	Finanzierung der hauswirtschaftlichen Leistungen im Spitexbereich	2.4.09
402/2006 (Postulat)	Arbeitsstellen und deren Ausgestaltung der Fachangestellten Gesundheit	2.4.09
71/2007 (Postulat)	Versicherungslücke im KVG bei nicht bezahlten Prämien	7.5.08

**Bildungsdirektion**

<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
<b>Generalsekretariat der Bildungsdirektion</b>		
258/2005	Fach "Religion und Kultur" an der Primarstufe, Strategieziel 2: "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen"	Vorlage 4224, Änderung Volksschulgesetz
179/2005	Senkung des Schuleintrittsalters im Kanton Zürich, Strategieziel 3: "Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen"	Änderung Volksschulgesetz, Harmos-Konkordat
255/2005	Angliederung des Schulpsychologischen Dienstes an das Volksschulamt, Strategieziel 2: "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen"	VO Sonderpädagogische Massnahmen
181/2006	Familienergänzende Kinderbetreuung in den Gemeinden des Kantons Zürich, Strategieziel 2: "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen" und Strategieziel 4: "Partnerschaft für Bildung stärken"	VSR
201/2006	Kompetenzenbilanz als Zulassungskriterium zu einer verkürzten Ausbildung als Kleinkind- und Schülerbetreuende für Quer- und Wiedereinsteigende, Strategieziel 2 : "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen" und Strategieziel 4: "Partnerschaft für Bildung stärken"	Verordnung zum EG BBG

**Baudirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
<b>Planung und Bau</b>		
50/2001 (Motion)	Verbandsbeschwerde, Ergänzung des § 315 PBG	4201
51/2001 (Motion)	Neuregelung des Verbandsbeschwerderechts	4201
179/2002 (Motion)	Änderung von § 237 PBG - öV-Verbindung nur bei grossen Anlagen mit erheblichem Publikumsverkehr	
180/2002 (Motion)	für eine massvolle Verkehrserschliessung <ul style="list-style-type: none"><li>• gegen ein Verbot beim Erstellen von Parkplätzen</li><li>• gegen eine Einschränkung der Gewerbefreiheit</li></ul>	
181/2002 (Motion)	gegen eine Einschränkung der Gewerbefreiheit - für eine massvolle Verkehrserschliessung	
130/2003 (Postulat)	Berücksichtigung der Ungenauigkeit der Kostenvoranschläge und von Unvorhergesehenem in Kreditvorlagen	4296
94/2004 (Postulat)	Förderung der Siedlungsentwicklung im Einzugsbereich der S-Bahn	
169/2004 (Postulat)	Offenlegung der Rechnungen von verbandsbeschwerdelegitimierten Organisationen	
228/2004 (Postulat)	Massnahmen zur Straffung der Fristen in Baubewilligungs- und Baurekursverfahren	4366
253/2004 (Postulat)	Entwicklungskonzept für den Üetliberg	
269/2004 (Postulat)	Befreiung von Bauvorschriften für Liftanbauten zur behindertengerechten Erschliessung	4367
298/2004 (Motion)	Beschwerdelegitimation der Verbände	
314/2004 (Postulat)	Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende (Zigeunerinnen/Zigeuner)	
370/2004 (Postulat)	Schaffung gesetzlicher Grundlagen für rauchfreie Räume in öffentlichen Gebäuden	
383/2004 (Postulat)	Wegleitung zur Regelung des Parkplatz-Bedarfs in kommunalen Erlassen	
28/2005 (Postulat)	Legitimation zur Verbandsbeschwerde nach §338a PBG	
<b>Energie, Verkehr und Umwelt</b>		
19/2003 (Postulat)	Versorgung von Kantonsverwaltung und Staatsbetrieben mit erneuerbaren Energien	4353
244/2003 (Postulat)	Verzicht auf Holz aus Raubbau	4311
262/2003 (Postulat)	Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien	4401
267/2004 (Motion)	Förderung der erneuerbaren Energien im Kanton Zürich	
351/2004 (Postulat)	Vergabe an kleine und mittlere lokale Unternehmen	4374



<b>KR-Nr. Vorstoss</b>	<b>Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie</b>	<b>Vorlage Regierungsrat</b>
395/2004 (Postulat)	Machbarkeitsstudie zur Förderung der geothermischen Energienutzung	
23/2006 (Dringl. Postulat)	Massnahmen gegen übermässige Schwebstaubimmissionen bei winterlichen Inversionslagen	4377
44/2006 (Dringl. Postulat)	Online Schadstoffmessungen im Knonaueramt	4389
18/2005 (Postulat)	Nachkontrollen bei Mobilfunkantennen	
157/2005 (Postulat)	Augen auf beim Holzkauf (nur FSC zertifiziertes Holz zulassen)	
158/2005 (Postulat)	Wärmeenergie aus Zürcher Wäldern	
243/2005 (Postulat)	Kantonale Fahrzeuge mit Erdgas-/Naturgas-Antrieb	
264/2005 (Postulat)	Kantonale Fahrzeuge mit Gas-Antrieb	
306/2006 (Postualt)	Vermehrte Nutzung von Biomasse für die Energieversorgung	



# Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF





## Richtlinien und Konventionen KEF

Die Planung für den vorliegenden KEF 2008-2011 basieren auf den nachfolgend aufgeführten Richtlinien und Konventionen

### Entwicklungsplanungen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	Wesentliche Veränderungen gegenüber dem KEF 2007-2010 (KEF Vorjahr) wie die Veränderung eines strategischen Ziels oder finanzielle Planänderungen werden aufgezeigt. Insbesondere werden bisherige Projekte, die im vorliegenden KEF nicht mehr enthalten sind, erwähnt.
Strategisches Ziel	Einzelne Ziele der Direktionen werden als strategische Ziele aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Hohe politische Bedeutung; erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Für den Regierungsrat soll zudem ein Handlungsspielraum vorhanden sein.  Die strategischen Ziele sind in der Regel durch eine lange Wirkungsdauer gekennzeichnet.
Bedeutende Investitionen	Einzelne Investitionen werden als „Bedeutende Investitionen“ aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Bezug zu strategischen Zielen und zu Projekten, die im KEF aufgeführt sind; referendumsfähiger Kantonsratsbeschluss geplant; finanziell bedeutende Investition.  Die bedeutenden Investitionen werden als Nettoinvestitionen aufgeführt. Ausnahmen davon sind speziell gekennzeichnet.
Übrige Investitionen: Geplant / In Realisierung	Eine Investition gilt als „Geplant“, wenn die Realisierung des Investitionsvorhabens zum Zeitpunkt der Planung des KEF 2008-2011 noch nicht rechtskräftig bewilligt ist. Die anderen Vorhaben werden als Investition „In Realisierung“ aufgeführt.
Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung	Einzelne Vorhaben werden in der entsprechenden Tabelle aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Bezug zu strategischen Zielen und zu Projekten, die im KEF aufgeführt sind; erhebliche finanzielle Auswirkungen, die aus der Umsetzung des Vorhabens resultieren.  Die finanziellen Angaben geben die jährlich wiederkehrenden Auswirkungen auf den Staatshaushalt an (Positives Vorzeichen: Minderbelastung; Negatives Vorzeichen: Mehrbelastung)
Vorzeichen (allgemein)	Ertrag, Einnahmen: positives Vorzeichen (wird in der Regel nicht geschrieben) Aufwand, Ausgaben: negatives Vorzeichen (wird geschrieben) Saldo: negatives Vorzeichen, falls negativer Saldo

### Leistungsgruppen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Funktionale Gliederung	Eine Leistungsgruppe wird in der Regel genau einer Rubrik gemäss (einstelliger) funktionaler Gliederung zugeteilt.  0: Allgemeine Verwaltung



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
	1: Öffentliche Sicherheit 2: Bildung 3: Kultur und Freizeit 4: Gesundheit 5: Soziale Wohlfahrt 6: Verkehr 7: Umwelt und Raumordnung 8: Volkswirtschaft 9: Finanzen und Steuern  Massgebend für die Zuordnung ist der Aufgabenbereich, der bei der einzelnen Leistungsgruppe überwiegt. In Ausnahmefällen wird bei den Bemerkungen auf weitere Zuordnungen hingewiesen.
Finanzierung	In der Erfolgsrechnung werden teilweise die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen als "Davon"-Grössen aufgeführt. Diese Positionen erleichtern die finanzielle Beurteilung der Leistungsgruppe.
Spalte "R 06" und "B 07"	Die finanziellen Werte für das Jahr 2006 (Rechnung) und 2007 (Budget) sind als Vergleichswerte aufgeführt.
Personalstellen (Beschäftigungsumfang)	Bei den Personalstellen ist die tatsächlich geplante Beschäftigung während des jeweiligen Planjahres aufgeführt.  (Der Wert 1.0 entspricht einem Beschäftigungsumfang von 100%)
Entwicklungsschwerpunkte	Bei den Entwicklungsschwerpunkten werden gezielte Entwicklungen der Leistungsgruppe aufgeführt, mit Angabe des jeweiligen Endtermins.  Allgemeine Ziele mit einem permanenten Charakter werden in dieser Rubrik in der Regel nicht erwähnt.
Bemerkungen / Begründungen von Entwicklungen	Wesentliche Entwicklungen müssen kommentiert werden. Dazu erfolgt eine Aufteilung in die Rubriken:  Allgemeine Bemerkungen Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr Entwicklung in den weiteren Planjahren Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

## Fonds

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Finanzierung	In der Erfolgsrechnung werden die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen als "Davon"-Grössen aufgeführt. Insbesondere die Einlagen in bzw. Entnahmen aus dem Fonds sind gesondert ausgewiesen.  Diese Positionen erleichtern die finanzielle Beurteilung des Fonds.
Indikatoren	Angaben zu Indikatoren beziehen sich bei den Fonds ausschliesslich auf Leistungen und Ausgaben, die Folge direkter Zahlungen der Fonds an Dritte sind. Wirkungen und Leistungen können allerdings auch bei andern Leistungsgruppen ausgewiesen werden, sofern sich die Aufgabengebiete entsprechen.  Im Falle von finanziellen Übertragungen an andere Leistungsgruppen werden Wirkungen, Leistungen und Wirtschaftlichkeit in jenen Leistungsgruppen ausgewiesen, die von den Fonds mitfinanziert werden, und nicht bei den Fonds.

**Entwicklungsplanung Projekte**

<b>Rubrik / Begriff</b>	<b>Richtlinie / Konvention</b>
Projekte	<p>Einzelne Projekte der Direktionen sind im KEF aufgeführt, wenn sie einen Zusammenhang zu den strategischen Zielen aufweisen, von politischer Tragweite sind oder erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben.</p> <p>Neu in die Planung aufgenommene Projekte sind mit der Bemerkung „Neu“ in Klammern hinter den Projektbezeichnungen gekennzeichnet.</p>
Projektaufwand / Netto-Investition	<p>In dieser Rubrik werden die Netto-Investitionen aufgeführt, die im Rahmen des Projektes getätigt werden.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Projektaufwand / Saldo Erfolgsrechnung	<p>In dieser Rubrik wird der jährliche Nettoaufwand aufgeführt, der während der Durchführung des Projektes für den Staatshaushalt resultiert. Dazu zählen unter anderem die Anstellung von zusätzlichem Personal oder Dienstleistungen Dritter.</p> <p>In dieser Rubrik nicht berücksichtigt sind Abschreibungen und Zinsen, die aus Projektinvestitionen resultieren.</p> <p>In dieser Rubrik nicht berücksichtigt sind die internen Ressourcen der jeweiligen Amtsstellen, welche für das Projekt eingesetzt werden. Dies betrifft insbesondere auch den internen Personalaufwand. Aussagen über den internen Aufwand werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanziellen Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt / Saldo Erfolgsrechnung	<p>In dieser Rubrik wird die jährliche Nettobelastung aufgeführt, die nach Abschluss des gesamten Projektes (oder nach Abschluss von Teilen des Projektes) für die Erfolgsrechnung resultiert.</p> <p>Bezugspunkt für die finanziellen Werte ist die Entwicklung des Staatshaushaltes, die eintreten würde, falls das Projekt nicht durchgeführt würde.</p> <p>In dieser Rubrik sind insbesondere auch die Abschreibungen und Zinsen berücksichtigt, die aus den Nettoinvestitionen (siehe Rubrik Projektaufwand / Nettoinvestition) für das Projekt resultieren.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt / Netto-Investitionen	<p>In dieser Rubrik ist die jährliche Nettobelastung aufgeführt, die nach Abschluss des gesamten Projektes (oder nach Abschluss von Teilen des Projektes) für die Investitionsrechnung resultiert.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Meilensteinplanung	<p>Bei der Meilensteinplanung werden vor allem die Entscheide von Regierungsrat, Kantonsrat oder Volk aufgeführt.</p>
Bemerkungen	<p>In diesem Feld werden ergänzende Informationen aufgeführt, um das Projekt möglichst aussagekräftig und nachvollziehbar zu umschreiben. Fallweise werden ergänzende Erläuterungen zum Projektaufwand und zu den finanziellen Auswirkungen des Projektes sowie wesentliche Planänderungen aufgeführt.</p>

**Funktionsbereiche**

<b>Rubrik / Begriff</b>	<b>Richtlinie / Konvention</b>
Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	Wesentliche Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres wie die Veränderung eines strategischen Ziels oder finanzielle Planänderungen werden aufgezeigt.
Strategisches Ziel	Einzelne Ziele werden als strategische Ziele aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Hohe politische Bedeutung; erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Für den Regierungsrat soll zudem ein Handlungsspielraum vorhanden sein. Die strategischen Ziele sind in der Regel durch eine lange Wirkungsdauer gekennzeichnet. Der Bezug zu Direktionen, Leistungsgruppen, Projekten und/oder Massnahmen wird aufgezeigt.